

Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)

RASSISMUS. MACHT. VERGESSEN.

Von München über den NSU bis Hanau:

Symbolische und materielle Kämpfe
entlang rechten Terrors

[transcript] X T E X T E

Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)
Rassismus. Macht. Vergessen.

X-Texte zu Kultur und Gesellschaft

Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)

Rassismus. Macht. Vergessen

Von München über den NSU bis Hanau:

Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors

[transcript]

Diese Publikation entstand im Rahmen von KEIN SCHLUSSTRICH!,
einem bundesweiten Projekt des Licht ins Dunkel e.V.



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber*innen und Autor*innen die Verantwortung.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Fördervorhabens 16TOA002
mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
im Open Access bereitgestellt.

GEFÖRDET VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Projektleitung: Dr. Juliane Zellner

Redaktion: Dr. Juliane Zellner, Susanne Haldrich

Lektorat: Susanne Haldrich, Mutlu Ergün-Hamaz, Luigi Wenzl

Druck: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Print-ISBN 978-3-8376-5863-7

PDF-ISBN 978-3-8394-5863-1

EPUB-ISBN 978-3-7328-5863-7

<https://doi.org/10.14361/9783839458631>

Buchreihen-ISSN: 2364-6616

Buchreihen-eISSN: 2747-3775

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Von München über den NSU bis Hanau <i>Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent und Jonas Zipf</i>	9
Seit Mölln, 23. November 1992 Ein drei Jahrzehnte langer Weg, auf dem nicht alle Wunden heilen <i>Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Ibrahim Arslan</i>	25
»Was ist eigentlich alles passiert, was wir nicht wahrgenommen haben?« Wie Rechtsterrorismus und politischer Widerstand Ferat Koçaks Leben veränderten <i>Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Ferat Koçak</i>	43
Es ist das Recht eines jeden Menschen <i>Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Elif Kubaşık und Gamze Kubaşık</i>	61
Wir klagen an und fordern Taten statt Worte Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen <i>Initiative 19. Februar Hanau</i>	77
Yom Kippur, Tekiez Halle und der Freundeskreis Mölln – Bündnisse und Verbundenheit <i>Esther Dischereit</i>	81
Auch eine Frage des Geldes Materielle Gerechtigkeit für Betroffene rassistischer und antisemitischer Gewalt <i>Gözde Saçık</i>	93

Schwarz-feministische Kritik der Polizei

Vanessa E. Thompson 109

Gadjé-Rassismus

Ein analytischer Perspektivwechsel auf Kontinuitäten
menschenfeindlicher Ideologien in weißer Kultur und Identität

Roxanna-Lorraine Witt 125

Wo sie uns finden – #SayTheirNames

Gedanken zu Hanau 19.02.2020

Nuran David Calis 145

Rassenbürgerkrieg

Antisemitismus, Rassismus und die mörderische
»Volkstod«-Paranoia

Gideon Botsch 147

Rechter Terror in Deutschland

Wie Rassismus und Männlichkeit zusammenhängen

Rebekka Blum 161

Der NSU als »Mikroholocaust«

Rechter Terror im Geschichtsbild der Neuen Rechten

Anja Thiele 175

München

Vier Jahrzehnte im Kampf gegen das Verdrängen
und für die Perspektive der Überlebenden

Robert Andreasch 189

Die mittleren Ebenen müssen fokussiert werden!

Franz Knoppe 199

Kämpfe um den rechten Terror von der Kölner Keup- zur Jenaer Johannisstraße

Oder: Wie aus Wasser Joghurt wird

Matthias Quent im Gespräch mit Mitat Özdemir und Katharina König-Preuss 201

Transversale Politik des Antirassismus und Antifaschismus?

Çağrı Kahveci 219

Is it okay to punch a Nazi?

Matthias Quent im Gespräch mit Jasmina Kuhnke und Torsten Meireis 233

Expertise und Erinnerung

Zuhören und Zeitzeugenschaft als notwendige Bedingungen
zukunftsfähiger Gedenkkultur

Simon Meinenreis 253

Die mörderische Gewalt der »Generation Terror« und die Verdrängung ihrer Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis

Eine Spurensuche und Würdigung antirassistischer
und antifaschistischer Gedenkinitiativen

Heike Kleffner 257

Aber das haben wir nicht gesehen

Erinnerungsarbeit und struktureller Rassismus

Jonas Zipf im Gespräch mit Mehmet Daimagüler und Wolfgang Frindte 273

Queere Nostalgie

Jin Haritaworn 291

Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit in Zeiten des kognitiven-kulturellen Kapitalismus

Ein warnendes Beispiel aus Frankfurt-Bockenheim

Eray Çaylı 303

Forensische Architektur, NSU-Monologe und andere Songs

Zur juristischen, politischen und gesellschaftlichen Wirksamkeit
von Kunst

Jonas Zipf im Gespräch mit Fritz Burschel und Dietrich Kuhlbrodt 317

Institutioneller und struktureller Rassismus im Theater

Azadeh Sharifi 331

Die Lücke 2.0

Über den Nagelbombenanschlag des sogenannten NSU
und das Leben auf der Keupstraße

Stawrula Panagiotaki 345

Deutschland ist Tatort

Gedenken der NSU-Opfer im öffentlichen Raum

Franziska Kreuzpaintner 347

Die Schwierigkeit, Rassismus zu erinnern

Zwickau, Chemnitz, Jena und der NSU-Komplex

Maria Alexopoulou 363

Denkmäler gegen rechte Gewalt und Rassismus in Deutschland: 1922-2022

Verena Krieger 381

Manifest(o)

Versuch eines Neuen Humanismus

Marc Sinan 401

Kein Schlussstrich!?

Gedenkkultur, Norm und Repräsentation

Jonas Zipf im Gespräch mit Ayşe Güleç und Volkhard Knigge 405

Autor*innenverzeichnis 425

Von München über den NSU bis Hanau

Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent und Jonas Zipf

Dieses Buch erscheint im Oktober 2021 – im 41. Jahr nach dem Münchner Oktoberfestattentat mit 13 Todesopfern; im Jahr 20, nachdem der NSU Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü und Habil Kılıç ermordete; 10 Jahre nach den Anschlägen in Oslo und auf der Insel Utøya, bei denen 77 Menschen von einem »neurechten« Terroristen ermordet wurden und 10 Jahre, nachdem die Verantwortung des NSU-Komplexes für 10 Morde und noch mehr Anschläge in Deutschland öffentlich bekannt wurde. Es ist fünf Jahre her, seit bei einem rassistischen Anschlag in München neun Menschen aus Einwanderer- und Sintifamilien durch die Schüsse eines rassistischen Attentäters starben. 2019 Jahren starben in Kassel und Halle drei Menschen durch die Gewalt rechter Terroristen. 2020 ermordete ein Mann in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Unter keinen dieser Komplexe kann ein Schlusstrich gezogen werden: Die Netzwerke, Ideologien und Mechanismen des rechten Terrors wirken fort. Von *München über den NSU bis Hanau* ziehen sich die Kontinuitätslinien des weißen, rechten, meist, aber nicht ausschließlich männlichen Terrors, die weder räumlich noch zeitlich auf diese Fälle begrenzt sind: Rechten Terrorismus gab es bereits vor 1933. Und auch nach dem Terrorregime der Nationalsozialist*innen zwischen 1945 und 1980 führten Personen und Gruppen rechtsterroristische Anschläge und Angriffe aus – vor allem gegen gesellschaftlich marginalisierte und mehrfach diskriminierte Menschen. Längst ist nicht alles aufgeklärt oder gar aufgearbeitet. Rechtsterrorismus ist nicht beschränkt auf einzelne Staaten, Städte oder Landesteile: Schon in den 1980er-Jahren war etwa die »Wehrsportgruppe Hoffmann« international vernetzt, heute erleichtern soziale Medien die Formierung einer internationalen Terrorfront, die keiner zentralen Steuerung bedarf.

Wortwörtlich *unzählige*, weil ungezählte rassistische und rechtsterroristische Anschläge fehlen in der Auflistung von Orten und Taten. Eine wissen-

schaftlich zufriedenstellende historische Daten- und Fallsammlung existiert nicht: Politische Deutungsmacht macht Rassismus vergessen.

Zu den Fällen, die an das Licht der Öffentlichkeit kamen, gehören die Schüsse in Wächtersbach: 2019 wurde in der hessischen Stadt der 26-jährige Eritreer Bilal M. von drei Schüssen aus der Pistole eines Rechtsextremisten verletzt. Kurz nachdem Bilal M. das Krankenhaus verlassen konnte, zog er mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter weg – nach Hanau, um eine Bäckerlehre anzutreten. Als dort im Februar 2020 neun Menschen durch einen rassistischen Attentäter getötet werden, verstärken sich die Ängste, unter denen er seit seinen Verletzungen in Wächtersbach leidet, erneut (vgl. Schneider 2020). Wie ihm geht es vielen Menschen, die Tag für Tag Rassismus erleben müssen. Sie werden systematisch benachteiligt und ausgeschlossen, in Angst versetzt, begleitet von der Drohmacht rechter Gewalt und durch die historisch erwachsenen und aktuellen gesellschaftlichen Wirkungsmechanismen rassistischer Unterdrückung. Im Jahr 2020, so teilte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit, nahm die Zahl der Kontaktaufnahmen aufgrund rassistischer Vorfälle um 79 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2021). Diskriminierung in und durch Institutionen oder durch Privatpersonen bis hin zu Mord- und Gewaltdrohungen im eigenen Wohnumfeld, im öffentlichen Raum oder im Internet sind Teil des rassistischen Machtkontinuums. Rassistische Hasskommentare sind Formen der verbalen Drohmacht, die ebenso dem Zweck der weißen Vorherrschaft dienen wie der rassistische Terror und mit ihm in einem unterdrückenden Wirkungszusammenhang stehen. Äußerungen prominenter Personen, wie beispielsweise des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer, die massenhaft verkauften Thesen des ehemaligen SPD-Politikers Thilo Sarrazin oder der mediale Kreuzzug der Linkspartei-Politikerin Sarah Wagenknecht gegen »Identitätspolitik« indizieren, dass Rassismus und die Abwehr von Rassismuskritik nicht allein vom rechten Rand vertreten werden.

Antirassistische Kämpfe und die Verteilung symbolischer und materieller Ressourcen

Erfahrungen früherer Viktimisierungen können im individuellen und im kollektiven Gedächtnis aktualisiert werden – mit traumatisierenden Folgen, die die soziale Marginalisierung und Prekarisierung weiter fördern, statt ihnen entgegenzuwirken. Bei der Verarbeitung derartiger Gewalterfahrungen ist es

für die Geschädigten wichtig, dass die Taten auf eine Ursache zurückzuführen sind und Schuld und Verantwortung deutlich benannt werden. Auch darum ist die Anerkennung rassistischer Motive und Strukturen unerlässlich. In der Realität aber wird die behördliche, institutionelle, rechtliche und öffentliche Benennung von Rassismus und die kollektive und individuelle Verantwortungsübernahme bei rassistisch motivierten Anschlägen und Tötungen wie auch rassistischer Diskriminierung noch immer unzureichend bis abwehrend (de)thematisiert, obgleich seit Jahrzehnten entsprechende Forderungen von Überlebenden und Angehörigen rassistischer Gewalttaten und Vertreter*innen der antirassistischen Bewegung immer wieder klar und deutlich formuliert werden. Im Zentrum antirassistischer Kämpfe stehen daher Aktivist*innen, die von Rassismus betroffen sind. Sie sind es, die sowohl in Deutschland als auch global antirassistische Bewegungen initiieren und tragen, ihre Erfahrungen – auch als intergenerationelles Wissensarchiv – vermitteln und eine antirassistische Haltung entwickeln müssen, um ein würdevolles Leben zu leben. Es ist ihre Haltung, die situierte Wissensbestände und Kämpfe um Teilhabe, Solidarität und Gerechtigkeit in rassistischen Gesellschaftsstrukturen geltend macht und einen institutionellen, sozialen und politischen Wandel maßgeblich vorantreibt. Obgleich diese Kämpfe, Wissensbestände und Forderungen seit Jahrzehnten deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht werden, bedarf es in Deutschland noch immer grundlegender Debatten um die Definition von Rassismus als historisch gewachsenes, Gesellschaften strukturierendes, Ideologien und Menschen in Überlegen- und Unterlegenheitsverhältnisse stellendes System. Ein System, das sichtbare, körperliche und/oder (fantasierte) kulturelle Merkmale mit Bedeutungen auflädt, hierarchisiert und dadurch die gerechte Verteilung symbolischer und materieller Ressourcen erschwert, wenn nicht verunmöglicht. Die Kämpfe entlang rechten Terrors sind daher auch immer als antirassistische Kämpfe um Aufklärung, Gerechtigkeit, Solidarität, Selbstermächtigung, Selbstorganisation und Widerstand zu verstehen. Das systematische Vergessenmachen kann nur durch aktivistisches Erinnern und solidarische Kämpfe überwunden werden. Eine rassistisch strukturierte Gesellschaft erfordert *aktiven* Antirassismus, will sie die eigenen demokratischen Versprechen einlösen.

Rassismus und rechter Terror bedeuten für rassifizierte Menschen in der Hierarchisierung von Leben den frühzeitigen Tod. Aber auch politische (antirassistische) Gegner*innen, die nicht von Rassismus betroffen sind, werden ermordet. Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Feindlichkeit gegen nicht binäre Menschen, Ableismus, Misogynie und die Ablehnung des liberalen

Staates und seiner Institutionen gehören zum Motivbündel des Rechtsterrorismus. Als Mittel politischer Auseinandersetzungen ist der Terrorismus von rechts eine spezifische Form gewaltsamer Machtausübung aus der Mehrheitsgesellschaft mit dem Ziel, rassistische Machtasymmetrien durchzusetzen und zu verfestigen. Seine Vollstrecker*innen sind häufig davon überzeugt, im Interesse einer größeren schweigenden weißen Mehrheit oder einer metaphysischen Mission zu handeln. Für diese Überzeugung finden sie vor allem in rassistischen und migrationsfeindlichen Einstellungen und Äußerungen in der Gesellschaft, in Behörden, in Medien und in der Politik Bestätigung. Rassistische Gewalt ist alltäglich – Botschaften der Einschüchterungen beginnen nicht erst dort, wo es zu Todesopfern kommt, sondern bereits bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, beim Spaziergang durch einen Park, auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule. Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berichten, dass im Durchschnitt in Deutschland jeden Tag fünf Menschen zum Opfer von rechter Gewalt werden. Selbst diese Werte spiegeln nur die Fälle wider, die den Beratungsstellen bekannt werden. Das Dunkelfeld ist viel größer.

Wesen und Entgrenzung rechten Terrors

Die Rechtsextremen radikalisierten stets Impulse und Narrative der Mitte. In der Jenaer Bombenwerkstatt der NSU-Terrorist*innen wurden 1998 neben rechtsextremer Propaganda und Kontaktlisten samt den Namen späterer Unterstützer, die über Jahre nicht ausgewertet wurden, auch Unterschriftenlisten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gefunden, gegen die damals CDU/CSU eine Kampagne durchführte. Diese demokratische Kampagne verfolgte wie die rechtsextreme Gewalt das Ziel der Aufrechterhaltung weißer Vorherrschaft. Die Mittel sind verschieden, doch der Ausschluss von markierten Bevölkerungsgruppen einte sie. Statt Rassismus und rechten Terror in Deutschland als die größte Gefahr für die innere Sicherheit zu erklären, die sie mindestens seit 1990 ist, bläht die Innenpolitik noch immer Gefahren durch linke und islamistische Gewalt unverhältnismäßig auf. Während staatliche Behörden, Medien und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel die Anschläge in Hanau als »Verbrechen aus Hass, aus rassistischem Hass« bezeichneten, blieb eine solch deutliche Benennung und Einordnung in vielen anderen Fällen bisher aus.

In München explodierte nicht nur die Oktoberfestbombe 1980. Am 29. August 2001 wurde Habil Kılıç durch den NSU getötet. Und am fünften Jahrestag der Anschläge von Oslo und Utøya in Norwegen, am 22. Juli 2016, starben Sevda Dağ, Chousein Daitzik, Selçuk Kılıç, Giuliano Josef Kollmann, Can Leyla, Janos Roberto Rafael, Armela Sehashi, Sabine Sulaj und Dijamant Zaber-gaja durch die Schüsse eines rechten Attentäters. Doch erst im Herbst 2019 stufte auch die bayerische Polizei den Anschlag als rechtsextrem ein – und folgte damit Forderungen von antirassistischen Initiativen und Betroffenenorganisationen sowie wissenschaftlichen Einordnungen. Bis dahin wurde der rassistische Anschlag öffentlich primär als Amoklauf diskutiert. Die rassistischen und rechtsextremen Hintergründe des Täters und des Tatmotives, so die Polizeibehörden, seien im Motivbündel weniger wichtig als dessen frühere Mobbingverfahren. Dabei waren zahlreiche rechtsextreme Äußerungen des Attentäters dokumentiert, der auch im Internet u.a. mit einem jungen Rechtsextremisten aus den USA in Kontakt stand, der 2017 in New Mexico zwei hispanoamerikanische Schüler tötete. Erst im Herbst 2020 wurde die Inschrift des Münchner Gedenk-Ensembles »Für Euch« nach dem Entwurf der Künstlerin Elke Härtel geändert: Wo zunächst vom »Amoklauf« die Rede war, steht nun: »In Erinnerung an alle Opfer des rassistischen Attentats vom 22.7.2016«.

Die strukturellen und vor allem ideologischen Netze des Rechtsterrorismus ziehen sich durch das ganze Land und über den Globus. Aus dem Gefängnis schickte der norwegische Rechtsterrorist der in Jena aufgewachsenen NSU-Terroristin Zschäpe 2012 einen Brief, der mit den Worten »Meine liebe Schwester Beate« begann. Er bezeichnete sich und seine Adressatin als »Märtyrer der konservativen Revolution«. Als »konservative Revolution« verstanden sich auch die Wegbereiter des Nationalsozialismus, in deren Tradition die heutige selbst ernannte »Neue Rechte« steht (vgl. Quent 2021). Auch der Rechtsterrorist, der 2015 in Köln die Oberbürgermeisterkandidatin Reker mit einem Messer schwer verletzte, wollte nicht als Nazi, sondern als »wertkonservativer Rebell« gelten. Die Rechte wähnt sich in einem existenziellen Abwehrkampf. In dieser ideologisch konstruierten Notwehrsituation gegen Einwanderung, Emanzipation und Globalisierung sehen sich nicht nur Neonazis, sondern allerlei als »besorgte Bürger« verharmloste Rassist*innen, die sich zu Widerstand und Gewalt berechtigt sehen. Rechtsintellektuelle schwadronieren einen Vorbürgerkrieg herbei und träumen vom Befreiungsschlag einer völkischen-nationalistischen Reconquista, bevor die Vorherrschaft der weißen Männer Geschichte ist. Der neue Terror von rechts ist die Gewalt der

»konservativen Revolution«. Deren Sympathisant*innen sammeln sich hierzulande vor allem um und in der AfD, aber auch im Umfeld der CDU-Gruppe »Werte Union«. Auch der CSU-Politiker Alexander Dobrindt forderte noch 2018 eine »konservative Revolution«. Es ist unwahrscheinlich, dass der studierte Soziologe Dobrindt nicht um die ideengeschichtlichen Wurzeln und modernen Auswüchse der antidemokratischen Semantik wusste, deren rassistischer Kulturpessimismus der Barbarei der Nationalsozialisten die Tore öffneten.

Am 15. März 2019 tötete ein rassistischer Attentäter bei einem Angriff auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen – wie schon andere orientierte sich auch dieser Täter an den Anschlägen von Oslo und Utøya und war motiviert von der rassistischen Ideologie des »großen Austauschs« – sein Manifest trägt den Titel »Great Replacement« –, die von der extremen neuen Rechten weltweit vertreten und verbreitet wird. Ein Zentrum moderner rechtsextremer Theorie- und Strategieentwicklung und der Verbreitung intellektuell verbrämter Hassschriften ist das Institut für Staatspolitik (IfS) in Sachsen-Anhalt. Dessen Chefideologe Götz Kubitschek führt dort das, wie er es nennt, »konservativ revolutionäre Milieu« zusammen. Hier werden u.a. rechtsextreme Schriften verlegt, beispielsweise über den »großen Austausch«, und männliche Gewalt glorifiziert: 2017 trat dort unter dem Titel »Violence is golden« der amerikanische Maskulinist Jack Donovan auf und plädierte »für eine neue Kultur der Männlichkeit sowie die Rückkehr zum Stammesdenken [und] über ein gesundes Verhältnis zum eigenen Gewaltpotential als Gegenbild zu einer erschlaferten Konsumgesellschaft«, wie das IfS zusammenfasst. Videos zeigen, dass im IfS auch Personen aus der Jenner Neonaziszene um den im NSU-Prozess verurteilten Rechtsterroristen Ralf Wohlleben mit dem AfD-Politiker Björn Höcke zusammen kamen.¹ Später trat auch die vermeintlich liberale AfD-Chefin Alice Weidel im rechtsextremen IfS auf. 40 Kilometer von diesem entfernt ermordete ein antisemitisch, antifeministisch und rassistisch motivierter Angreifer am 9. Oktober 2019 in Halle zwei Menschen, der den Attentäter in Christchurch als Vorbild beschrieb.

Der NSU radikalisierte sich im globalen Blood & Honour-Netzwerk, dessen Strukturen fortbestehen, obwohl es in Deutschland bereits im Jahr 2000

1 <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2020/06/06/nico-schneider-wohlleben-politischer-ziehsohn-zwischen-normannia-und-schnellroda/>.

verboten wurde, und dessen Anhänger*innen sich noch immer hinter der Parole »Trotz Verbot nicht tot« versammeln. Die Verbindungen der Wehrsportgruppe Hoffmann, zu welcher der Oktoberfest-Attentäter Kontakte hatte, und der Deutschen Aktionsgruppen, die 1980 in Westdeutschland u.a. Bombenanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verübten, reichen bis in den bis heute nicht aufgeklärten oder gar zerschlagenen NSU-Komplex. Dessen bundesweite und internationale Netzwerke ziehen sich auch durch Hessen, wo im Juni 2019 Walter Lübcke, ein Regierungspolitiker der CDU, von einem Neonazi erschossen wurde. Auch in Hanau suchte der Täter seine Opfer und die zwei Tatorte nach gesellschaftlichen, polizeilich, politisch und medial konstruierten Bedrohungszuschreibungen aus: ein »Späti«-Kiosk und eine »Shisha«-Bar – Räume, die immer wieder kriminalisiert werden, anstatt in ihnen lebendige Orte gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sehen.

Keine Einzelfälle: Struktureller Rassismus und die Spuren rechten Terrors

Die genannten Fälle stellen nicht lediglich »Einzelfälle« dar. Es hat Systemcharakter, dass die Betroffenen und Angehörigen rassistischer Gewalt von Behörden nicht nur nicht unterstützt werden, sondern von diesen erneut geschädigt und kriminalisiert werden. Das zeigt sich beispielhaft bei den jahrelangen Ermittlungen der Polizei *gegen* die Angehörigen der Opfer des rassistischen NSU-Terrors. So wurde der rassistische Terror des NSU durch das Handeln von Behörden und die Sprache in den Medien noch verstärkt. Anstatt den Perspektiven der Angehörigen und Betroffenen Platz einzuräumen, führte die rassistische Polizeiarbeit und Berichterstattung zu erneuten Viktimisierungen der Angehörigen, und dazu, dass die rassistische Unterdrückungskampagne des NSU nicht nur nicht beendet, sondern verlängert, gar verstärkt wurde. Die in diesem Zusammenhang schleppende bis bewusst verschleierte Aufklärung und Aufarbeitung ist von drei (Re)Traumatisierungen der Opferangehörigen begleitet: Nach den direkten psychischen und materiellen Folgen der Taten selbst wurden gleich mehrere Angehörige direkt verschiedenen Verdächtigungen im Zusammenhang mit ihrem persönlichen Verlust bis hin zur Unterstellung einer Mittäterschaft ausgesetzt. Doch damit nicht genug: Auch nach dem Öffentlichwerden des NSU-Komplexes im November 2011 wurde zwar zunächst seitens einiger Spitzenpolitiker*innen eine »lückenlose Aufklärung« zugesagt, doch etliche Jahre, Untersuchungsausschüsse und

einen strafrechtlichen Prozess vor dem Oberlandesgericht München später muss konstatiert werden, dass viele der Hoffnungen der Opferangehörigen nicht erfüllt wurden. Insbesondere Fragen nach der Mittäterschaft des Netzwerks hinter dem NSU sowie diverse Verflechtungen mit dem Verfassungsschutz bleiben im Dunkeln und so auch weiterhin Quelle von Spekulationen. Schwerer noch wiegt die anhaltende Praxis des blinden Flecks, der wiederholte Ausdruck eines strukturellen Rassismus, nicht nur der Ermittlungsbehörden, sondern auch der Medien, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Jurisprudenz: So war es offensichtlich dem Münchner Gericht bis zuletzt nicht möglich oder nicht wichtig genug, während des Prozesses eine klare Unterscheidung zwischen Begriffen wie Islam und Islamismus oder die korrekte Aussprache der Familiennamen der Opferangehörigen durchzusetzen.

Der NSU ist kein Einzelfall. Im Januar 1996 starben in Lübeck zehn Menschen nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für geflüchtete Menschen. Obwohl noch vor Ort Neonazis mit Brandspuren vorläufig festgenommen wurden und einer die Tat sogar gestand, ermittelten Polizei und Justiz in der Folge gegen einen Bewohner der Unterkunft, der erst drei Jahre später von allen Vorwürfen freigesprochen wurde. Bis heute wurde niemand für den Tod von zehn Menschen zur Verantwortung gezogen. Die Tat wird auch nach 25 Jahren offiziell nicht als politisch motiviert anerkannt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die Leugnung von Rassismus wird noch verstärkt durch ein gesetzliches Regelungsdefizit: Es obliegt der Auslegung von einzelnen Beamten*innen und Jurist*innen sowie der medialen Strahlweite deutungsmächtiger Akteur*innen, ob Rassismus als Tatmotiv verstanden und anerkannt wird oder nicht. Dieses teilweise willkürliche Vorgehen wiederum untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat insbesondere bei jenen Menschen, die aus rassistischen Gründen zu Opfern gemacht werden und dann noch die Erfahrung machen müssen, dass staatliche Institutionen ihre Schädigungen nicht anerkennen und die umfassende Aufklärung der Gewalt und rechter Netzwerke verhindern.

Rechte Attentäter*innen zerstören mit ihren Gewaltakten weit mehr als Menschenleben. Sie zerstören auch die Leben der Überlebenden und Angehörigen. Sie verbreiten Angst und Schrecken vor allem bei von Rassismus und Prekarisierung betroffenen Bevölkerungsgruppen. Sie markieren sie, streuen Misstrauen, Zweifel und Vorbehalte, vertiefen gesellschaftliche Spaltungslinien und vertreiben Menschen, um die weiße Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Diese Herrschaft ist durchdrungen von Macht, die in der physischen Gewalt von rechts außen am deutlichsten sichtbar wird. Die

Gewalt der Rechtsterrorist*innen ist dabei zugleich Symptom und Verstärker gewaltvoller Strukturen und Verhältnisse. Der (Nicht-)Umgang mit rechtem Terror und rassistischer Gewalt durch Behörden, Medien, Politik, Polizei, Justiz, Kultur, Stadt- und Zivilgesellschaften sowie Wissenschaft belegt die rassistischen Macht- und Exklusionsverhältnisse, in denen es möglich ist, das Leid der betroffenen Menschen nicht als Angriff auf die gesamte Gesellschaft als solche zu verstehen.

Veränderung der Repräsentationsverhältnisse und intersektionale Kämpfe für Gerechtigkeit

Doch die jüngere Geschichte des rechten Terrors ist auch eine Geschichte der symbolischen und materiellen Kämpfe emanzipatorischer, antifaschistischer und antirassistischer Bewegungen sowie kritischer journalistischer, kultureller, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit(en), die die Fehler und Lücken in den offiziellen und dominanten Narrativen immer wieder herausarbeiten und ihnen mit den Perspektiven der von Rassismus Betroffenen entgegenwirken – häufig unter persönlichem Risiko, weil sie dabei oft selbst zu Objekten von sozialer und staatlicher Repression gemacht werden. Obwohl ebenfalls umkämpft, markiert der Anschlag in Hanau einen Wendepunkt im offiziellen Umgang mit Rassismus bzw. des Nichtumgangs durch Verdrängung und Verleugnung, der die Duldung und Reproduktion von Rassismus fördert. So führten jüngst die materiellen Kämpfe der kurz nach dem Anschlag gemeinsam von Überlebenden und Angehörigen begründeten Initiative 19. Februar Hanau und ihrer politischen Verbündeten zur Forderung in Hessen einen Rechtsterrorismus-Opferfonds wie in Thüringen, Berlin und Bayern einzurichten, der die Opfer finanziell unterstützt.

Auf die symbolischen Kämpfe um Selbstrepräsentation, die als antirassistische Interventionen in die bestehenden, hegemonialen Repräsentationspraktiken eingreifen, verweisen die Bilder und Namen der neun Opfer, die im Fokus der unmittelbar realisierten erinnerungskulturellen Arbeiten stehen: Zum einen bei der Initiative selbst, zum anderen etwa bei dem Mural des *Kollektiv ohne Namen*, das sich unter der Friedensbrücke in Frankfurt am Main befindet. Darüber hinaus fokussierte die Medienberichterstattung am ersten Jahrestag des Anschlags im Februar 2021 die Perspektiven der Überlebenden und Angehörigen ebenso wie die Biografien der Opfer. Sowohl im

medialen wie auch im politischen Diskurs wurde zudem deutlicher als sonst üblich Rassismus als Tatmotiv benannt.

Des Weiteren veranschaulicht der Ausspruch #saytheirnames, den die Ha-nauer Initiative 19. Februar adaptierte², dass seit langer Zeit bestehende antirassistische Organisation erweiterte lokale und in globale Kämpfe um Gerechtigkeit eingebettete, communityübergreifende Bündnisse und Allianzen in Deutschland hervorbringt. Diese sind für den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, für intersektionale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle auf lange Sicht notwendig.

Dabei zeichnet sich ab, dass eine intersektionale, solidarische Perspektive immer dringlicher wird, da sie nicht auf einseitige, eindimensionale und temporäre Unterstützung der von Rassismus betroffenen Menschen basiert, sondern dazu aufruft, gegenseitige Solidarität als tatsächliche, zutiefst persönliche und politische Verpflichtung und Verantwortungsübernahme zu leben. Daher ist es notwendig, die Verschränkungen und Wechselwirkungen zwischen Geschlecht, Rasse, Ethnizität, Klasse, Alter, Ability und Sexualität ebenso wie die damit verbundenen Dehumanisierungs- und Unterdrückungserfahrungen in antirassistischen und antifaschistischen Organisationsnetzwerken deutlich zu adressieren, um aus dieser Haltung heraus für ein würdevolles, sicheres Leben, Gleichheit und Gerechtigkeit aller eintreten zu können.

Gedenken, Erinnern und Mahnen in der Einwanderungsgesellschaft

Mit diesen gesellschaftlichen Transformationsprozessen verbunden lässt sich über die vergangenen zehn Jahre auch beobachten, dass ein grundsätzlich gewandeltes Verständnis von Gedenkkultur und Erinnerungsarbeit an Bedeutung gewinnt (vgl. Kermani 2017; Güleç 2018). Lokale wie überregionale Akteur*innen setzen sich für eine neue Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland und für Handlungs- und Entscheidungsmacht der von Rassismus Betroffenen ein. Sie fordern und fördern antirassistische und dekoloniale Perspektiven auf Erinnerungskultur, unterstützen

2 Der Ausspruch geht auf die 2014 initiierte Kampagne #SayHerName der US-amerikanischen Schwarzen, intersektional-feministischen Bewegung zurück, die sich gegen rassistische Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen einsetzt; seit 2015 adressiert dessen Erweiterung zu #saytheirnames alle von der Polizei getöteten Schwarzen Menschen (vgl. <https://www.aapf.org/sayhername> [20.05.2021]).

und kämpfen erfolgreich für die Abschaffung kolonialrassistischer Objekte und Symbole aus dem öffentlichen Raum sowie für die Rücküberführung von kolonialen Raubgütern in die Herkunftsländer.

Dieser Prozess der Weiterentwicklung und Infragestellung bisheriger gedenkkultureller Praktiken ruft alle Beteiligten, d.h. staatliche, aktivistische und künstlerische Akteur*innen, dazu auf, etablierte und zumeist staatlich bestimmte Rahmenbedingungen, Rituale und Protokolle zu verändern und partizipative Projekte zuzulassen, neu zu entwickeln, auf Augenhöhe miteinander auszuhandeln und zu verwirklichen. Zwar unterlief die gedenkkulturelle Praxis in Deutschland im Laufe des 20. Jahrhundert bereits mehrere signifikante Paradigmenwechsel: Kurz gefasst lässt sich von einer Bewegung der stetigen Demokratisierung und zivilgesellschaftlichen Aneignung gedenkkultureller Praktiken sprechen – vom Reiterstandbild der homogenen Machtinszenierung über Mahnmale und Memorials bis hin zu dezentralen Denkmälern und Counter-Monuments sowie Kommunikationsguerilla oder partizipatorischer Formate. Dennoch wurde dabei erst in den vergangenen Jahren auf kulturpolitischer Ebene immer deutlicher, dass die Repräsentationsmittel und -verhältnisse den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen – nicht nur nationalen und internationalen Maßstäben von Gedenk- und Erinnerungskulturen, sondern auch deren Verwobenheiten mit der hiesigen Einwanderungsgesellschaft der Gegenwart und Zukunft – gerecht werden müssen. Eine Entwicklung, die auch von Künstler*innen anderer Genres in Musik, Theater, Literatur oder Film zunehmend nachvollzogen wird und Fragen an den Kulturbetrieb aufwirft: Welche inhaltliche Funktion erfüllt die jeweilige Form des Gedenkens/Erinnerns? Welche Gemeinschaft konstituiert sich anhand welcher Formen bzw. wer fühlt sich davon angesprochen und repräsentiert und wer nicht? Welchen Beitrag leisten künstlerische und kulturelle Interventionen auf die Entwicklung der öffentlichen Debatte um Einwanderung, Rassismus und Kolonialismus?

Die im vorliegenden Buch versammelten Beiträge und Diskussionen zu Rassismus, rechtem Terror und Erinnerungsarbeit verdeutlichen, dass ein im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mühsam erarbeitetes bundesrepublikanisches Selbstverständnis der rückhaltlosen Aufarbeitung eigener Vergangenheit mit dem Ziel des Lerntransfers in die gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft nur so lange staatsrational bleibt, so lange es als ein abgeschlossen dargestelltes Kapitel der vergangenen NS-Geschichte behandelt wird. Dabei wurde jedoch oft vergessen, dass die Diskussionen rund um die Aufarbeitung der Shoa in den ersten Jahrzehnten nach dem Nationalsozialismus schmerz-

haft und alles andere als konsensual verliefen. Aus diesen Erfahrungen heraus argumentierend, ist es notwendig, die gegenwärtigen Debatten um die Kontinuitäten des Kolonialismus, Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus, die die hiesige Gesellschaft und Kultur prägen, in der Entwicklung entsprechender Gedenk- und Erinnerungspraktiken reflektiert zu finden. Die besonderen Herausforderungen im Feld antirassistischer und dekolonialer Auseinandersetzungen um Erinnerung und Gedenken liegen dabei in der Schaffung von Räumen und Ressourcen sowie den Fähigkeiten der Protagonist*innen unterschiedlicher Akteursgruppen, diese oft schmerzhaften Aushandlungsprozesse *mit-* und nicht *übereinander* hinweg zu verhandeln.

20 Jahre nach den ersten Morden des NSU und 10 Jahre nach dem Öffentlich-Werden des NSU-Komplexes steht die Veröffentlichung dieses Buches im Kontext des ersten gleichzeitigen, dezentralen, bundesweiten Versuchs einer gemeinsamen Gedenkkultur sowohl staatlicher Stellen – 14 Stadt- und Staatstheatern und drei Kulturbetrieben in allen direkt vom NSU betroffenen Städten – als auch der starken Anbindung an die Zivilgesellschaft: Unter der thematischen Überschrift »Kein Schlussstrich!« hat sich ein breites Bündnis und Netzwerk gebildet, das an der Schnittstelle von Kunst und Politik operiert und einen neuen Aufbruch der multilateralen Gedenkkultur zu initiieren sucht. Mit einer Reihe von Theaterinszenierungen, einem gemeinsamen Musikprojekt, einer wandernden Ausstellung, einem breiten Diskurs- und Rahmenprogramm sowie verschiedenen Formaten der politischen und kulturellen Bildung wird der Versuch unternommen, im Kernzeitraum vom 21. Oktober bis zum 7. November 2021 die wichtigsten öffentlichen Räume der vom NSU betroffenen Städte in einen kreativen Ausnahmezustand zu versetzen und Publikumsschichten zusammenzubringen, die sonst selten zusammenkommen. Das Ziel besteht in nicht mehr oder weniger als dem gemeinschaftlichen Inne-Halten, wie es Walter Benjamin kurz vor seinem Tod als Idealzustand einer gelingenden Gedenkkultur beschrieben hat: im Ein-Gedenken der Opfer als Opfer verstehen zu lernen, welche Werte der Gemeinschaft verletzt wurden und in Zukunft mit aller gebotenen Kraft verteidigt werden müssen (vgl. Benjamin 1980).

Das Erscheinungsdatum des vorliegenden Buchs wurde so gewählt, dass es laufende und kommende Debatten rund um die Veranstaltungen direkt und konkret begleiten kann; es ist getragen von dem ambitionierten Anspruch, in diesem spannungsreichen und hochkomplexen Themenfeld unterschiedliche Perspektiven und Stimmen im Sinne eines offenen und

fairen Dialogs zusammenzubringen. Dieser ist letztlich die einzig mögliche Voraussetzung für das Gelingen einer aus der Vergangenheit lernenden und für die Gegenwart und Zukunft mahnenden Aufarbeitung.

Zu diesem Buch

Ein Buch zu Rassismus, rechtem Terror und Erinnerung gemeinsam herauszugeben bedeutet, gesamtgesellschaftliche Aushandlungen von Solidarität, gesellschaftlichem Vertrauen, gemeinsamen Forderungen und Zielen wie auch der Entwicklung von Bündnissen und Koalitionen als nie konflikt-, widerspruchs- oder gar machtfrei anzuerkennen. So vereint dieses Buch unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen, Erfahrungen und Perspektiven, mit denen die hier zusammengebrachten Stimmen an den materiellen und symbolischen Kämpfen entlang rechten Terrors teilnehmen. In der Gemeinsamkeit, das Unhinterfragte des rassistischen Machtkomplexes zu verdeutlichen und aufzulösen, sind Bündnisse möglich, in denen die Differenzen und die Heterogenität der Akteur*innen im Feld antirassistischer und antifaschistischer Arbeit an Konturen verlieren oder gewinnen können. Mit dieser Publikation hoffen wir, einige dieser Konturen sichtbar zu machen. Wie herausfordernd es ist, emanzipatorischen und rassismuskritischen Ansprüchen gerecht zu werden, bilden nicht nur die Inhalte des Buches ab. Von Jena, der Stadt, aus der die Täter*innen des NSU-Komplexes kommen, ist die Initiative für dieses Buch ausgegangen – damit es keinen Schlussstrich gibt, sondern Weiterentwicklungen, Perspektiverweiterungen, Sichtbarkeit und Gerechtigkeit. Auch der Entstehungsprozess war für uns als Herausgebende ein Weg des ständigen Lernens; nicht nur durch die inhaltlichen Beiträge der Gesprächspartner*innen und Autor*innen, sondern auch durch den Prozess des Zusammenkommens und der damit erforderlichen Konflikte und Reflexionen.

Ziel des Buches ist es, Forschungs- und Praxisansätze in einen Austausch zu bringen. Das Risiko war groß, an der Komplexität des Gegenstandes und des Buchprojektes selbst zu scheitern. Besonders anspruchsvoll dabei ist die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Leerstellen, Erfahrungen, Prägnungen, Paradigmen, Privilegien und Vorurteilen. Schon so manches Projekt scheiterte an vermeintlicher oder tatsächlicher Unvereinbarkeit von Perspektiven und an der schier überfordernden Herausforderung der Notwendigkeit ständiger Reflexivität. Notwendigerweise können in einer Publikation

wie dem vorliegenden Band nicht alle Aspekte, Diagnosen, Facetten und Perspektiven berücksichtigt werden. Während die Vermeidung von Konflikten und Widersprüchen ein Merkmal der Krisenhaftigkeit von Gesellschaften darstellt, ist die persönliche wie auch kollektive Thematisierung schmerzhafter Erfahrungen in durch Rassismus strukturierten Verhältnissen ein notwendiger, wenn auch schwer zu gehender Prozess. Wir hoffen, dass dieses Buch diesem Prozess überwiegend gerecht wird. Es ist Beitrag und Quelle von Wegen des Suchens und Verstehenwollens – trotz der Tatsache elementar unterschiedlicher Erfahrungs- und Wissensbestände und -chancen –, auf den sich nicht nur die Herausgebenden, Gesprächspartner*innen und Autor*innen, sondern auch immer größere Teile der Gesellschaft begeben haben.

Wir danken allen, die sich mit uns darauf eingelassen haben: den beteiligten Gesprächspartner*innen und Autor*innen, Lektor*innen, Transkriptor*innen und Übersetzer*innen, dem transcript Verlag sowie unseren Förderern, der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit ihrem Förderprogramm *Demokratie Leben!*. Unser besonderer Dank richtet sich für das finale Lektorat der gesamten Publikation an Susanne Haldrich sowie für die Projektkoordination an Dr. Juliane Zellner, ohne die dieses Buch nicht möglich geworden wäre. Unser herzlicher Dank gilt dem *Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund* und der *Initiative 19. Februar in Hanau*, die das Buchprojekt vertrauensvoll unterstützt haben.

Frankfurt a.M. und Jena, im Juni 2021
*Die Herausgeber*innen*

Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2021): https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2021/20210511_Jahresbericht_2020.html [13.05.2021].
- Benjamin, Walter/Scholem, Gershom (1980): Briefwechsel 1933-1940, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gülec, Ayse (2018): The Society of Friends of Halit. Migrantisch situiertes Wissen und affirmative Sabotage. documenta studien #1, Kassel: Eigenverlag Kunsthochschule Kassel.
- Kermani, Navid (2017): Die Zukunft der Erinnerung: Auschwitz morgen, in: FAZ vom 07.07.2017.
- Quent, Matthias (2021): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchauflage, München: Piper.
- Schneider, Heiko (2020): <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/ein-jahr-nach-anschlag-von-waechtersbach-bei-bilal-m-sind-angst-und-schmerz-en-geblieben,waechtersbach-ein-jahr-100.html> [13.05.2021].

Seit Mölln, 23. November 1992

Ein drei Jahrzehnte langer Weg, auf dem nicht alle Wunden heilen

Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Ibrahim Arslan

Über Zeit, Erinnerung, Trauma, politischen Widerstand, Liebe, Geduld und Solidarität – ein Gespräch zwischen Onur Suzan Nobrega und Ibrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag in Mölln am 23. November 1992 als siebenjähriges Kind überlebte.

Ibrahim Arslan engagiert sich seit vielen Jahren in der Antirassismus-Arbeit, indem er bundesweit auf Veranstaltungen, Konferenzen, vor allem aber in Schulen als politischer Bildungsreferent aus der Perspektive der Betroffenen berichtet. Durch die »Möllner Rede im Exil«, die er seit 2013 gemeinsam mit seiner Familie und dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 veranstaltet, etablierte er eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft.

Schicksalsjahre

ONUR SUZAN NOBREGA: Lieber Ibo, wir haben uns am 23. November 2018 während des Tribunals NSU-Komplex Auflösen in Mannheim kennengelernt, uns dann am 17. November 2019 bei der Möllner Rede im Exil in Frankfurt wiedergesehen. Du bist in Deiner Familie der einzige Überlebende des rassistischen Brandanschlags in Mölln. Deine Oma Bahide Arslan, deine Schwester Yeliz Arslan und deine Cousine Ayşe Yılmaz haben am 23. November 1992 zu Hause in Mölln ihr Leben verloren. Im Jahr 2022 wird das 30 Jahre her sein und dennoch sind die Gefühle von Angst, Verzweiflung und Trauer in unserem emotionalen und kollektiven Gedächtnis verankert. Nach dem Anschlag

in Hanau am 19. Februar 2020 waren all diese Gefühle wieder da. Es ist unendlich schmerzhaft, zu erleben, was Rassismus macht. Ich habe im Jahr 1992 gelernt, dass Rassismus keine Meinung ist, sondern Menschen die Möglichkeit auf ein sicheres, gutes Leben oder ihr Leben kostet. Knapp ein Jahr nach dem Anschlag in Hanau haben wir uns dort am 14. Februar 2021 in der Initiative 19. Februar getroffen und uns für dieses Gespräch verabredet. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir uns kennengelernt haben nach all diesen Jahren, und 2021 gemeinsam darüber sprechen können, was so ein langer Weg von Mölln nach Hanau, den Du und auch ich über drei Jahrzehnte gingen, uns gelehrt hat und wo wir heute und morgen miteinander stehen.

IBRAHIM ARSLAN: Ja, Onur, das ist wirklich schade, dass wir uns nicht auf eine natürliche Art und Weise kennengelernt haben, zusammen Kaffee getrunken haben oder im Park zusammen geschnackt haben, sondern dass tragische Schicksale uns zusammengebracht haben. Das finde ich so schade, wenn man realisiert: Stimmt, wir haben uns nur durch so ein Schicksal getroffen.

Die Zeit heilt nicht alle Wunden

ONUR SUZAN NOBREGA: In den Gesprächen mit Überlebenden und Angehörigen rassistischer Morde und Gewalttaten höre ich immer wieder heraus, dass Zeit eine große Rolle spielt. In Hanau sagten die Angehörigen der Ermordeten in vielen Gesprächen, auch öffentlich zu Medienvertreter*innen, dass sie keine Zeit haben, zu ruhen, zu heilen, weil sie die ganze Zeit kämpfen müssen: politisch, bürokratisch, finanziell, juristisch, um Öffentlichkeit, um das Gedenken, für lückenlose Aufklärung, gegen die Angst, für ihre Sicherheit, um Aufarbeitung, Konsequenzen, mit sich selbst, mit anderen solidarischen Menschen, gegen weitere Angriffe auf ihr Schicksal und auch aufgrund der Bürde des Überlebens. Was bedeutet Zeit für Dich angesichts dessen, was Du persönlich als Überlebender des Anschlags und Deine Familienangehörigen erlebt hast? Wie nimmst Du Zeit und Erinnerung persönlich wahr?

IBRAHIM ARSLAN: Das erste, was ich gelernt habe ist, dass das berühmte Sprichwort »Zeit heilt alle Wunden« leider nicht auf Menschen mit Traumata zutrifft. Nicht alle Wunden heilen, Traumata bleiben höchstwahrscheinlich für immer. Zumindest erlebe ich das seit fast 30 Jahren, dass das Trauma ein Bestandteil meines Lebens geworden ist. Und wichtig ist, dass man den

Prozess nicht als einen Heilungsprozess sieht, sondern wichtig ist, zu lernen, damit umzugehen. Lernen, mit den Geschehnissen umzugehen. Lernen, mit der Zeit umzugehen. Denn umso mehr Zeit vergeht, umso mehr vermisst man auch die Leute, die man durch solche Anschläge verloren hat. Je älter man wird, umso größer ist der Verlust, umso größer ist die Sehnsucht. Aber umso mehr die Zeit vergeht, umso mehr kämpft man dafür, dass die Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten und dass die Ermordeten immer in unserem kollektiven Bewusstsein bleiben. Deswegen spielt Zeit in meinem Leben eine extrem wichtige Rolle. Und natürlich ist es auch so, dass je mehr Zeit vergeht und je älter man wird, die Angst natürlich sehr groß ist, dass man, bis man stirbt, mit dem Gedanken lebt, dass man zu wenig getan hat gegen Rassismus und Faschismus. Das ist meine Lebenseinstellung und mein Ziel, so viel wie möglich gegen diese Taten vorzugehen, damit so etwas nicht noch einmal passiert. Angst ist immer ein Begleiter. Ich würde sagen: 30 Prozent der Zeit sind positiv, weil je mehr Zeit vergeht, umso mehr Gedankenprozesse finden bei Menschen statt. Und man merkt, dass auch positive Entwicklungen dadurch geschehen. Bei mir ist es zum Beispiel so, dass ich meine Heilung in meinen Interventionen erkenne und aus diesem Grund müssen wir uns mit der Frage beschäftigen: Was tut diesen Menschen, die Überlebende und Angehörige sind, eigentlich gut? Und das können wir nur herausfinden, wenn sie an Interventionen beteiligt sind. Wir müssen sie im politischen und künstlerischen Bereich beteiligen und immer wieder beobachten, welche Form der Heilung sich ausdrücken lässt. Natürlich ist es auch wichtig zu sagen: Ich brauche professionelle Hilfe von einer Psychiaterin oder einem Psychiater, aber die Möglichkeiten der Gestaltung von und Beteiligung an Interventionen schließt das nicht aus. Wenn ich heute bedenke, wo wir mit unseren Interventionen in den 1990ern waren und wo wir es heute sind, nach Hanau, dann würde ich sagen, dass die Zeit ganz, ganz viel dazu beigetragen hat, dass einige Prozesse wirksam geworden sind.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was hast Du aus deiner Kindheit mitgenommen und in dem Prozess der vergangenen drei Jahrzehnte gelernt und wer bist Du mit Deinen Erfahrungen und Erinnerungen bis zum heutigen Tag geworden?

IBRAHIM ARSLAN: Ich war sieben Jahre alt, als der Anschlag passierte. Ich habe mir ganz lange darüber Gedanken gemacht und immer wieder gefragt: Wie konnte so etwas passieren und wie konnte so etwas in dieser Umgebung

passieren? In Mölln, da wo wir leben. Da spielen wieder Zeit und Raum eine große Rolle. Zeitlich ist es logisch, dass uns das passiert ist. Damals wurde ganz viel Hetze und Propaganda betrieben, die viele Jugendliche motiviert hat, solche Anschläge zu verüben. Das war so die Phase, in der mir klar wurde: Das ist kein Zufall. Und das war für mich das Wichtigste: War es Zufall oder war es bewusst? Und: Hätte man es verhindern können? Damit habe ich viele Jahre gekämpft. Für mich war diese Frage sehr wichtig, um mit Deutschland nicht abzuschließen. Daran hat sich gezeigt, ob ich weiter hier leben kann, ob es für mich die Möglichkeit gibt, weiterhin in einem Land zu leben, in dem ich so etwas erlebt habe. Es waren die solidarischen Menschen, die dazu beigetragen haben, dass ich hier bleiben wollte, die stundenlang vor dem Haus standen, uns Schutz geboten haben, uns immer wieder gesagt haben: »Wir gehören nicht zu dieser Minderheit, wir gehören zu denen, die sich mit Euch solidarisieren wollen.« Das war die Anfangszeit meiner Politisierung in den 1990ern. Und der zweite Anschlag auf meine Politisierung bzw. auf mein politisches Bewusstsein waren die Anschläge vom NSU. Nach der sogenannten Selbstenttarnung des NSU habe ich meine Politisierung infrage gestellt und mich gefragt: »Wo war ich, als die Medien und die ganze Justiz strukturellen Rassismus eingesetzt haben? Was habe ich getan als in den Medien ›Dönermorde‹ stand?« Bis 2011 der NSU öffentlich geworden war, wurden die Familien jahrelang verurteilt, ganz lange wurden Familienangehörige beschuldigt und die Täter wurden in der migrantischen Szene gesucht. Unter uns. Das sind alles Schlüsselereignisse, Momente und auch Erlebnisse in meinem Leben, die mich immer wieder zu dem Punkt gebracht haben: Ich muss weitermachen. Es reicht immer noch nicht aus.

ONUR SUZAN NOBREGA: Welche Konsequenzen hat für Dich die Erkenntnis, dass durch die Kämpfe der NSU-Opferangehörigen, des Tribunals NSU-Komplex Auflösen, weiterer Initiativen und Projekte antirassistischer Aktivist*innen zumindest in punkto antirassistischer und antifaschistischer Politisierung positive Entwicklungen stattfinden?

IBRAHIM ARSLAN: Nachdem mir das mit dem NSU klar wurde, kam für mich eine Zeit, in der ich meine Politisierung noch mal hinterfragt habe und sofort wusste: Ich muss mich mit den Überlebenden und Angehörigen solidarisieren, so schnell wie möglich. Das erste, was ich getan habe, war, dass ich einen Brief geschrieben habe an alle Familienangehörigen der NSU-Ermordeten. Ich habe einfach gesagt, dass sie nicht alleine sind mit dieser Kriminalisie-

rung, Stigmatisierung und Instrumentalisierung und dass es Familien gibt, die dagegen ankämpfen, so wie wir. Und dass wir sie gerne bei ihren Interventionen unterstützen wollen. Der Brief ist aber nie bei den Familien angekommen, weil die Anwälte den bekommen haben. Durch mein politisches Engagement in den verschiedenen Städten habe ich die Betroffenen dann einzeln getroffen und jeden interviewt. Da habe ich bemerkt, dass, wenn die Betroffenen das Zepter nicht selbst in die Hand nehmen, kein einziger Mensch das machen wird. Und alleine das hat mir gezeigt, was in dieser Gesellschaft fehlt und was notwendig ist. Ich habe immer wieder festgestellt, auch im Zusammenhang mit Hanau, dass der dortige Laden der Initiative 19. Februar als Ort für die Betroffenen und solidarischen Menschen nur entstanden ist, weil die Betroffenen dafür gekämpft haben und das eingefordert haben. Auch die Tatsache, dass die Namen der Ermordeten in Hanau heute im Vordergrund stehen, hängt damit zusammen, dass Menschen gefordert haben, dass die Namen und Geschichten der Opfer und Überlebenden im Vordergrund stehen müssen. Wir sind alle Teil unseres gemeinsamen Kampfes, den wir schon seit Jahren und Jahrzehnten führen. Wichtig ist nur, dass wir schauen, dass wir uns in diesem ganzen Geschehnis nicht instrumentalisieren lassen. Das führt mich dazu, bundesweit zu reisen und Betroffene dahingehend zu sensibilisieren, wie mit ihnen umgegangen wird und wie mit ihnen umgegangen werden muss.

Die Kriminalisierung der Opfer

ONUR SUZAN NOBREGA: Die Kriminalisierung der Opfer, das war ja bei Euch auch der Fall, beispielsweise in Bezug auf die Medienberichterstattung damals. Ich erinnere mich an einen Artikel aus den 1990er-Jahren, der in der ZEIT noch bis vor Kurzem im Online-Archiv frei lesbar war, in dem Dein Vater, Onkel Faruk, kriminalisiert wurde von den Journalist*innen. Nachdem ich ihn kennengelernt habe und viele Gespräche mit ihm geführt habe, wurde mir klar, dass diese argwöhnische Darstellung der Öffentlichkeit ihm gegenüber ihn für viele Jahre sehr belastet hat. Auch die Familienangehörigen und Überlebenden der NSU-Opfer wurden kriminalisiert. Was hat das mit Dir gemacht?

IBRAHIM ARSLAN: Das ist bis heute der Fall. Das ist keine These von mir, sondern eine Feststellung: Wenn die Täter sich nicht mit diesem Bekennerschrei-

ben in Mölln ergeben hätten, dann wäre sicherlich meine Familie viele lange Jahre beschuldigt worden. Und trotz des Glücks im Unglück: Nachdem sich die Täter ergeben haben, gab es diesen Artikel in der ZEIT, von dem du gerade erzählt hast. Die Opfer rechter, rassistischer Gewalt zu kriminalisieren bedeutet, dass die Handlungen der Täter*innen legitim erscheinen. Ich finde das sehr tragisch und sehe das auch als einen weiteren rassistischen Anschlag auf Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist nicht nur eine Stigmatisierung, sondern auch eine Instrumentalisierung der Menschen, die diese Anschläge überlebt haben oder auch Angehörige verloren haben. Nach den NSU-Morden hat mich das extrem wachgerüttelt, weil ich wirklich dachte, dass es nach dem Anschlag gegen uns ein Zufall war, dass mein Vater kriminalisiert wurde. Aber als es beim NSU wieder passiert ist, wurde mir klar, dass ein bundesweiter struktureller Rassismus dahinter steckt.

ONUR SUZAN NOBREGA: Obwohl ja in den letzten 10 Jahren auch endlich einer breiteren Öffentlichkeit gegenüber deutlich gemacht wurde, dass die polizeilichen Ermittlungen und die Kriminalisierung durch die Medien zu weiteren Schäden führen, was das Erinnern an die Opfer und die soziale und psychische Situation der Überlebenden und Angehörigen angeht, wurden auch nach dem Anschlag in Hanau, wo der Täter gleich bekannt war und es direkt am Tag nach dem Anschlag eine bundesweite solidarische Bewegung gab, Shishabars und Kioske als Orte »krimineller Migrant*innen« bezeichnet. Darüber hinaus erhielten im Winter 2020 die Überlebenden und Angehörigen aus Hanau eine Gefährderansprache von der Polizei Hanau, nach dem sie aus den Medien erfahren hatten, dass Gerhard R., der Vater von Tobias R., im Winter 2020 wieder in seinem Haus in Kesselstadt lebt, in unmittelbarer Umgebung der Angehörigen, und die Tatwaffe seines Sohnes zurückverlangt und fordert, dass dessen Webseite samt Vernichtungsmanifest wieder freigeschaltet wird. Das hat eine große Sorge um die Sicherheit der Hanauer*innen ausgelöst, aber bisher zu keinen nennenswerten Konsequenzen geführt.

IBRAHIM ARSLAN: In Hanau sind neun Menschen ermordet worden, in ein und derselben Stadt. Nicht wie beim NSU-Komplex in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Daher gab es in Hanau auch eine extrem schnelle und effektive Vernetzung der Betroffenen. Im Fall der NSU-Opferangehörigen musste man bundesweit die Leute zusammensammeln und das ist ein immenser Akt, der letztendlich nicht funktioniert hat, sodass ganz viele Kämpfe nicht so geführt werden konnten, wie es nun die Hanauer Angehörigen tun. Es wurde

ja zum Glück innerhalb weniger Tage nach dem Anschlag in Hanau die Initiative gegründet und die Menschen sind zusammengekommen. Es gab eine bundesweite solidarische Bewegung. Wenn es das nicht gegeben hätte, wäre es definitiv zu weiteren Kriminalisierungsversuchen gekommen. Es wurde ja im ersten Moment schon von »Shishamorden« gesprochen und geschrieben, darin zeigen sich Parallelen zu den NSU-»Dönermorden«. Wenn die Gesichter der Ermordeten und auch die Geschichten der Ermordeten, Überlebenden und der Angehörigen der Ermordeten nicht intensiv in den Vordergrund getreten wären, hätte die Gesamtgesellschaft gesagt: »Na ja, das sind kriminelle Banden, Gangs, die Shishabars führen, Kioske besitzen und die sich gegenseitig umbringen«. Und wenn man die Berichte und Statements der Betroffenen aus Hanau anschaut, wird man feststellen, dass es ganz klar auch offene Fragen und Verantwortlichkeiten gibt, die das hessische Innenministerium und die Polizei angehen. Warum funktionierte der Notruf der Polizei in dieser Nacht nicht? Warum ist die Polizei so spät zu den Tatorten gekommen?

Polizeikritik und die Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes

ONUR SUZAN NOBREGA: Es gibt immer wieder massive Kritik an der Polizei, die von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, geäußert wird. Menschen, die keinen Schutz und keine Sicherheit vonseiten der Polizei erfahren, sondern im Gegenteil Kriminalisierung, Stigmatisierung und Gewalt wie im Racial Profiling, Tötungen wie im Fall von Oury Jalloh, N'deye Mareame Sarr, Christy Schwundek Ousman Sey oder Emrah Kara oder Bedrohungen, wie Idil Baydar oder Seda Başay-Yıldız im Fall des NSU 2.0. Dass rassistisches Polizieren auch in Deutschland ein Problem ist, wurde im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung und -Demonstrationen in deutschen Städten 2020 medienwirksam und öffentlich. Die Frankfurter Organisation CopWatch und die bundesweite Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V., die Initiative Oury Jalloh sowie Rom*nja- und Sint*izze-Aktivist*innen beispielsweise machen seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass es hinsichtlich des Rassismus in der Polizei dringenden Handlungsbedarf gibt. Darüber hinaus gibt es in einzelnen Städten in den USA auch Kämpfe um »Abolish the Police« und »Defund the Police«, wobei es u.a. darum geht, das Budget der Polizei zu reduzieren und stattdessen dieses Geld beispielsweise in soziale Projekte, Bildung und Versorgungsleistungen für von Armut betroffene Menschen zu

investieren. In Deutschland gibt es zudem seit vielen Jahren die Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes, die seit der Bekanntwerdung der personellen Verstrickungen und verschleierten Verantwortlichkeiten des Verfassungsschutzes bei der rassistischen Mordserie des NSU und in Folge der Morde in Hanau deutlich geäußert werden. Was ist deine Perspektive auf Polizei und Verfassungsschutz?

IBRAHIM ARSLAN: Ich bin kein Verfechter der Abschaffung der Polizei. Aber es muss mehr Leute geben, die diese Strukturen bei der Polizei verändern. Wir brauchen die Polizei, aber wir brauchen keine Polizei, die rassistisch ist. Wir brauchen keine Polizei, die faschistisch ist. Das brauchen wir nicht in einer Demokratie. Wir brauchen Polizistinnen und Polizisten, die vorurteilslos in Geschehnisse reingehen. Und dazu braucht es ein Grundverständnis, dass es in ihren Reihen Rassismus und Faschismus gibt. Man braucht eine Institution, die über der Polizei steht, um auch den Polizeiapparat zu beobachten. Es darf keine faschistische oder rassistische Institution geben, die eine andere faschistische oder rassistische Institution beobachtet. Das ist total unrealistisch. Es muss unabhängige Beschwerdestellen geben und die müssen effektiv arbeiten können. Mit Blick darauf, dass unser Innenminister eine unabhängige Rassismus-Studie über die Polizei verhindert und zur Täter-Opfer Umkehr im Falle von rassistischer Polizeigewalt beiträgt, ist die Forderung nach unabhängigen Beschwerdestellen unabdingbar. In vielen Bereichen müssen die Betroffenenperspektiven in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Im Falle des Verfassungsschutzes bin ich für die Abschaffung. Der macht überhaupt keinen Sinn in einer Demokratie. Ich meine, wenn eine Institution bewusst Neonazis ausbildet, die effektiv einsetzt und dann nichts davon gewusst haben möchte, dass die Menschen das Leben nehmen, dann brauchen wir uns nichts vormachen. Das ist keine Demokratie. Das ist eine Macht, die der Verfassungsschutz hat, um Menschen zu ermorden. Der Verfassungsschutz legitimiert immer wieder die rassistischen Handlungen eines Staates. Und das geht einfach nicht.

Sicherheit in unsicheren Verhältnissen

ONUR SUZAN NOBREGA: Angesichts rassistischer Polizeipraktiken und der Kritik am strafenden und kontrollierenden Staat und den damit verknüpften Sorgen und Gefahren insbesondere für Menschen, die von Rassismus, Mehrfachdis-

kriminierung und Illegalisierung betroffen sind, zeigen Praktiken des gegenseitigen Schützens, der kollektiven Verantwortungsübernahme, Konfliktklärung und Fürsorge untereinander alternative Wege zu Sicherheit auf. Was bedeutet Sicherheit für Dich persönlich?

IBRAHIM ARSLAN: Sicherheit bedeutet für mich: Ich kann aus der Tür rausgehen, ohne Bedenken durch die Straßen laufen, ohne Bedenken in den Bus einsteigen, ohne Bedenken meinem Kind Geld in die Hand geben und sagen: »Hier, geh mal Brot kaufen bei Penny nebenan«. Das bedeutet für mich Sicherheit. Sicherheit bedeutet für mich aber auch: Wenn ich an verschiedenen Interventionen beteiligt bin, nicht befürchten zu müssen, dass ich angegriffen werden könnte. All das zeigt mir, dass ich nicht in einem Staat lebe, in dem ich tatsächlich Sicherheit fühle, sondern mir Sicherheit erkämpfe. Und genau das geht einfach nicht. Man kann nicht von der Bevölkerung erwarten, dass sie für Sicherheit kämpfen muss. Dafür muss ein Rechtsstaat sorgen. Hier in Deutschland ist es leider so, dass Sicherheit nur Menschen bekommen, die der weißen, deutschen Mehrheitsgesellschaft angehören. Das sage ich, weil wir wissen: Seit den 1980er-Jahren werden immer wieder unsere Menschen in ihrem Alltagsleben ermordet, manchmal sogar am helllichten Tag. Manchmal war sogar die Polizei nebenan. Und das zeigt mir, dass wir in komplett unsicheren Verhältnissen leben.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was bedeutet die kämpferische Forderung nach lückenloser Aufklärung in einem Staat, dessen Rechtssystem und Behörden keine umfassende Verantwortung für die rassistischen Morde übernehmen, die in Deutschland geschehen? Ich bin sehr skeptisch, ob dieser Kampf nicht vergeblich ist und den Überlebenden und Angehörigen am Ende der Prozesse nicht weiteres Leiden und Enttäuschungen bringt.

IBRAHIM ARSLAN: In erster Linie ist es wichtig, die Forderungen der Betroffenen anzunehmen und auch anzuwenden. Wenn die Betroffenen »say their names« und lückenlose Aufklärung fordern, würde ich das nicht hinterfragen. Ob das mit meiner Ideologie übereinstimmt, darüber können wir lange diskutieren. Aus meiner Sicht wird es keine lückenlose Aufklärung geben. Alleine die Tatsache, dass der Staat kein Geheimnis daraus macht, dass Akten gesperrt werden, 120 Jahre lang, reicht schon, um das zu wissen. Dass Akten geschreddert werden, dass die Polizei in Hanau als letztes vor Ort ist und dass der Notruf 110 nicht erreichbar war, zeigt uns das doch. Deswe-

gen empfinde ich so einen Kampf um lückenlose Aufklärung als immensen Kraftaufwand, der am Ende nichts bringen wird. Für mich gibt es viel wichtigere Kämpfe, die die Betroffenen perspektivisch stärken könnten. Und das ist das, was ich immer wieder einfordere: dass die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund muss. Sie muss im Bildungssystem auftauchen. Wir müssen die Bildungs-Bausteine neu entwickeln, neu definieren. Wir müssen uns klar sein, dass wir Traumata haben, dass wir traumatisiert sind. Wir müssen diese Gesellschaft davon überzeugen, dass die Perspektive der Betroffenen interessanter und sympathischer ist als die der Täter. Wir müssen sie davon überzeugen, dass die Täterperspektive bis heute nur Leid gebracht hat und versuchen, die Opferperspektive zu stärken, aber auch zeigen, dass das Wort Opfer nicht durch Schwäche definiert werden darf, sondern eher durch Stärke. Das sind Punkte, die für mich wichtiger sind als eine lückenlose Aufklärung, die es ohnehin nicht geben wird.

Kämpfe um symbolische und materielle Ressourcen

ONUR SUZAN NOBREGA: In antirassistischen Widerstandskämpfen und Bündnissen geht es immer auch um Kämpfe um symbolische und materielle Ressourcen. Ich würde gerne ausführlicher mit dir darüber sprechen. Du stehst für den Kampf gegen Rassismus aus einer betroffenen- und angehörigenzentrierten Perspektive. Welche symbolischen und materiellen Kämpfe sind aus Deiner Sicht für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer rassistischer Gewalttaten und Morde von zentraler Bedeutung?

IBRAHIM ARSLAN: Genau, ja es geht meistens um Ressourcen. Wer bekommt die? Wer hat Ansprüche drauf? Und wer hat das Recht drauf? Ich sag mal so und das ist natürlich verstörend, was ich jetzt sagen werde: Für das, was heute aufgebaut wird, für die Ressourcen, die an die Betroffenen gerade rankommen, dafür mussten Menschen sterben. Muss das erst passieren? Muss das immer wieder passieren? Was von zentraler Bedeutung ist: Dass wir uns hinterfragen, an welchen Interventionen die Betroffenen genau beteiligt sind und welche Rolle sie in staatlichen Strukturen spielen. Ich kann Dir sagen, dass wir Betroffenen, die Überlebenden und Angehörigen, und zwar niemand von uns, an staatlichen, institutionellen Strukturen beteiligt sind. Wenn man genau hinschaut, dann sieht man, dass wir nicht strukturell gefördert werden, sondern es einzelne solidarische Menschen innerhalb institutioneller

Strukturen sind, die uns unterstützen. Das ist das, was Du hier auch gerade tust, da Du weißt und dir sicher bist, dass Betroffene auch Expert*innen sind, die in diesem Buch auftauchen müssen. Das hängt ja auch damit zusammen, dass wir gemeinsam dafür gekämpft haben. Das muss uns allen, insbesondere innerhalb antifaschistischer und antirassistischer Strukturen, klar sein, dass egal was wir tun, wir es in Absprache mit Betroffenen tun. Wenn wir in Deutschland über antirassistische Kämpfe sprechen, dann wissen wir, dass Recht haben und Recht bekommen zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Sowohl bei politischen Entscheidungen, wie auch bei der Frage nach der finanziellen Unterstützung und der Entschädigung der Opfer von Rassismus, sind Betroffene in einer schwachen Position. Es geht darum, wenn wir in einer Demokratie leben und wenn wir in einem Rechtsstaat leben, diesen Versäumnissen entgegenzutreten. Das ist die Aufgabe eines Rechtsstaates. Dazu gehören auch Entschädigungen, die unbürokratisch, schnell und natürlich auf eine respektvolle Art und Weise den Betroffenen zukommen müssen. Das gehört zu einem Rechtsstaat. Das ist nicht die Aufgabe eines Betroffenen. Leider mussten aber erst fatale Sachen passieren, damit Menschen wie wir die Möglichkeit erhalten, an Ressourcen zu kommen. Und das ist verstörend. Das ist wirklich verstörend.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, so ist es, Ibo, und das muss sich ändern. Deswegen würde ich gerne mit Dir auch ausführlicher über den Punkt der Ressourcenverteilung und »Expertise«, den du gerade nanntest, sprechen. Angehörige und Überlebende rassistischer Morde sind Menschen mit Traumata, die für eine Lebenszeit mit diesen emotionalen Wunden kämpfen und vor den Anschlägen bereits oft in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen waren. Viele verfügen aufgrund des strukturellen Rassismus im Bildungssystem über Haupt- und Realschulabschlüsse. Da die Familien meist aus der Arbeiterklasse stammen, Ausbildungen abgeschlossen oder abgebrochen haben, die sie unten auf dem Arbeitsmarkt halten oder nach dem Abbau der Industrie in den vergangenen Jahrzehnten in die Selbstständigkeit gezwungen wurden, sind sie oft auf staatliche Unterstützung wie ALG 2 angewiesen. Sie haben Kioske, Barber Shops, Shisha-Bars eröffnet, so auch viele der Opfer des NSU oder die Menschen in Hanau. Für traumatisierte Überlebende und Angehörige rassistischer Gewalt kommt also in aller Massivität zu dem, was ich beschrieben habe, hinzu, dass sie auf unabsehbare Zeit oder dauerhaft nicht mehr in ihren alten Berufen arbeiten können, Kriminalisierung erleben oder erlebt haben, die zu Stigmatisierungen führten, auch hinsichtlich möglicher

Beschäftigungsverhältnisse, und sie für die jahrelangen emotionalen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und symbolischen Kämpfe meist ihre Ressourcen aufbrauchen oder aufgebraucht haben.

IBRAHIM ARSLAN: Ja, das ist so. Ganz wichtig ist zu erwähnen: Wenn sich Menschen aus der migrantischen Community selbstständig gemacht haben, hat das etwas mit Notwendigkeiten zu tun. Es ist nicht so, dass Betroffene, die aus der migrantischen Community kommen, sich selbst im Wohlstand befinden, wenn sie selbstständig sind, sondern dass sie einfach keine anderen Möglichkeiten sehen. Sie bekommen keine Jobs, sie haben keine Ausbildung, sie sind in den Augen der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft nur für Putzjobs geschaffen. Wenn man dann aus der migrantischen Perspektive schaut, wer ist heute Jurist*in geworden, wer ist Richter*in geworden, dann sind das meistens Menschen, die dafür etwas Wesentliches geopfert haben. Wenn man sich dagegen wehrt, sich zu assimilieren, etwas von sich abzugeben und verlangt, so akzeptiert zu werden, wie man ist, dann kann man solche Stellen nicht erlangen. Ich habe jedenfalls selten Menschen gesehen, die solche Stellen erreicht haben. Vielleicht ist das heute möglich, aber in den Achtzigern und Neunzigern ist das unmöglich gewesen. Wenn wir bedenken, dass eine Frau wie Semra Ertan, eine Poetin, eine Dichterin, eine Psychologin, sich das Leben nehmen musste, weil sie in einer Gesellschaft gelebt hat, in der sie ihren Beruf nicht ausüben konnte, dann müssen wir uns fragen, in welcher Gesellschaft diese Menschen gelebt haben und welche Privilegien wir dagegen heute genießen. Trotz allem sind wir immer noch nicht da, wo wir ankommen wollen, weil viele Stellen, die eigentlich von Migrant*innen besetzt werden müssten, von weißen Deutschen besetzt werden und sie so nicht an die Ressourcen herankommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, ich denke, dass in Deutschland eine differenzierte, intersektionale Perspektive auf »Rasse«, Ethnizität, Geschlecht und Klasse dringend notwendig ist. Einige »von uns« werden, was ihre Berufe, ihren Status und ihre Lebensbedingungen angeht, Teil der bürgerlichen Klasse und zu professionellen »Rassismusexpert*innen«, während gleichzeitig die meisten »von uns« in prekären Verhältnissen und Armut leben. Dieses »Wir« stimmt aus meiner Ansicht aber immer weniger, weil dieses »Wir« der vom Rassismus betroffenen Menschen sich sehr ausdifferenziert hat, sodass jede*r Einzelne überlegen muss, was für sie/ihn als solidarische Kritik und Praxis heute notwendig ist. Es kann doch beispielsweise nicht sein, dass das, was zur Qua-

lifizierung und auf dem Karriereweg als »Expert*in« von der Arbeiter- in die Mittelklasse notwendig war und ist, darüber läuft, die Kämpfe derer sichtbar zu machen, denen selbst eine institutionelle Sichtbarkeit und Entscheidungsmacht strukturell verwehrt bleibt. Daher müssen wir über die Verschränkung zwischen Rassismus und sozialer Klassenzugehörigkeit sprechen, die bei Betroffenen von rassistischer Gewalt, die im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt Ausschlüsse erfahren, noch bevor oder auch nachdem sie Opfer rassistischer Morde wurden und genau an dieser Stelle Prozesse der Bewusstwerdung und solidarischer Praktiken aufzeigen. So funktioniert ja zum Beispiel der Zugang zum oft freiberuflichen Arbeitsfeld der antirassistischen politischen Bildungsarbeit, die von bestimmten Trägern angeboten wird, über die entsprechenden Qualifikationen und einen informellen Arbeitsmarkt, in dem man die »richtigen Leute« kennen muss. Oft sind es junge Menschen, die nach einem BA- oder MA- Studium, man könnte sagen mit »Bücherwissen« und Praktika, Demo- und Politgruppenerfahrungen, mit oder ohne eigene Rassismuserfahrungen ausgestattet, politische Bildungs-Teamer*innen werden. Überlebende und Angehörige von rassistischer Gewalt auch beruflich als Expert*innen in diesem Feld anzuerkennen, ist eine strukturelle Herausforderung, weil ihnen oft die entsprechenden Qualifikationen fehlen. Deutschland ist ja bekanntlich das Land der Qualifikationen. Auch so hängen Rassismus und Klassismus direkt zusammen. Überlebende und Angehörige rassistischer Morde in diesen Feldern mit ihrer Expertise auch zu sehen, zu würdigen und sie in entsprechenden Trainings auszubilden, sodass sie damit auch ihren Lebensunterhalt verdienen können, wäre ja zum Beispiel ein sinnvoller Weg, oder? Oder wie muss dieses Problem angegangen werden? Wie können Zugänge ermöglicht werden?

IBRAHIM ARSLAN: Wir müssen natürlich ganz andere Strukturen einfordern. Wir müssen immer wieder Menschen davon überzeugen, dass auch Betroffene, Überlebende und Angehörige rassistischer Gewalt Zertifikate wie zum Beispiel als politische Bildungsteamer*innen erwerben können, um Projekte zu entwickeln, Mittel einwerben zu können und ihren Lebensunterhalt damit zu verdienen, wenn sie es wollen. Daran müssen wir arbeiten. Das müssen wir als Betroffene einfordern. Das ist eine unserer Aufgaben. Es gehört leider zu unserer Realität dazu, dass jeden Tag jemand erneut ermordet werden kann durch Rassismus und Faschismus. Erst wenn diese Gesellschaft in dem Bereich ausgebildet und sensibilisiert wird mit unseren Perspektiven, dann wird sich auch etwas verändern. An dem Punkt wird auch klar, wem die Res-

sourcen eigentlich zustehen. Aber wir brauchen uns nichts vormachen: Heute ist es so, dass wenn man sich assimiliert, so wie du das eben gerade beschrieben hast, und damit der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft zugehörig ist, man einfach mehr Chancen aufzut, an Ressourcen heranzukommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: In den Kämpfen um symbolische Ressourcen geht es auch um die Art und Weise des Gedenkens und um Forderungen nach einer neuen Erinnerungskultur in Deutschland. Für mich persönlich ist das Gedenken und dieser Kampf immer mit der eigenen Biografie verbunden, weil ich, wenn ich von Deiner Oma Bahide höre, auch an meine Oma Gülüzar denke, mich mit ihnen beiden identifiziere. Meine Oma väterlicherseits, Gülüzar, musste ihr Dorf in Dersim verlassen, weil der türkische Staat dort 1938 die lokale zazaische, kurdische und alevitische Bevölkerung ermordete und vertrieb, darüber aber über Jahrzehnte geschwiegen wurde, sowohl in meiner Familie als auch in der Gesellschaft in der Türkei und in Deutschland. Dieses Trauma trage ich in mir. Ich denke an die Vernichtungen und Pogrome gegen von Rassismus betroffene ethnische und religiöse Minderheiten sowie deren Kämpfe um Anerkennung, Sichtbarkeit und Solidarität. Auch dieses Trauma ist da. Ihr habt die Möllner Rede im Exil 2013 ins Leben gerufen. Ich war 2019 im Historischen Museum in Frankfurt anwesend und erinnere mich, unter welchen schwierigen Bedingungen und in welcher Angst, auch durch die Morddrohungen des NSU 2.0 an die Gastrednerin Idil Baydar, die so starke, zutiefst bewegende und würdevolle Gedenkveranstaltung für Eure verstorbenen Familienmitglieder stattfand. Gedenken ist auch eine sehr persönliche Identifikation mit dem Schmerz und der Trauer des Verlusts von Familienmitgliedern, eigener und der anderer, aber wie bei der Möllner Rede im Exil auch eine Kraftquelle, um weiterzuleben, weiterzukämpfen, erhobenen Hauptes.

IBRAHIM ARSLAN: Ja es ist ja auch so, dass antifaschistische Kämpfe für uns nicht unbedingt aus einer politischen Notwendigkeit entstehen, sondern aus einer Lebensnotwendigkeit. Sobald wir aus der Tür rausgehen, sind wir dem Faschismus ausgesetzt. Ganz klar ausgedrückt: Weil ich meine Hautfarbe und mein Aussehen nicht abgeben kann, bin ich verpflichtet, diesen Kampf zu führen. Ganz einfach. Und damit bewege ich mich automatisch auf einer politischen Ebene. Und für mich ist es an diesem Punkt wichtig, welche Menschen ich um mich herum habe. Wenn wir über das Thema Solidarität sprechen, dann geht es ja darum, von welchen Menschen ich Solidarität erwarte

und was ich noch dafür tun muss, damit sich noch mehr Leute solidarisieren. Dieses Gefühl begleitet mich schon mein ganzes Leben lang. Wahrscheinlich hast du auch das Gefühl, weil du gerade erwähnt hast, dass du dich als Deine Oma siehst, dass wir zum Überleben verurteilt wurden. Wir haben uns das doch nicht ausgesucht, sondern man hat uns dazu verurteilt, dieses Leben so zu führen. Wäre unser Haus 1992 nicht angezündet worden, lebte ich trotzdem in einer Gesellschaft, in der ich potenziell Opfer von Rassismus werde, das tue ich ja heute immer noch. Und es ist nicht auszuschließen, nur weil ich einmal so etwas erlebt habe, dass die mir das nicht noch mal antun. Aus diesem Grund finde ich es extrem wichtig, das als ein Erbe zu sehen und weiterzugeben – so wie Du das deinem Sohn wahrscheinlich weitergeben wirst. Auch wenn wir das nicht tun sollten, würden unsere Kinder irgendwann ja doch damit konfrontiert werden. Leider. Ich bin mir einhundertprozentig sicher, dass das weiter gehen wird. Für mich ist es sehr wichtig, wenn wir über Politisierung sprechen, dass wir diesen Kampf als selbstverständlich betrachten, an unsere Kinder weitertragen und laut sagen: »Du hast die Möglichkeit, dagegen anzukämpfen. Wenn auch du nicht möchtest, dass die Leute dich fragen: Woher kommst du? Woher kommen deine Eltern? – dann hast du die Möglichkeit, dagegen anzukämpfen.« Vielleicht werden wir es ja bis dahin schaffen, vielleicht wird es irgendeine Möglichkeit geben, dass unsere Kinder nicht mit diesen Fragen konfrontiert werden. Aber es ist leider so, dass das wahrscheinlich auch weiterhin passieren wird. Und deswegen sollte man es nicht nur als politischen Akt ansehen, sondern als eine Lebenseinstellung, diesen Kampf fortzuführen. Das habe ich verinnerlicht. Ganz einfach.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, so ist es, Ibo.

IBRAHIM ARSLAN: Uns muss bewusst sein, dass unsere symbolischen Kämpfe, auch um das Gedenken, erfolgreich sind. Mit der Möllner Rede im Exil organisieren wir unser eigenes Gedenken im Gegensatz zu einer staatlichen Gedenk-Organisation. Auch die Hanauer Initiative organisiert ihr Gedenken selbst. Es klappt, wenn man die Betroffenen mit reinnimmt, weil sie Authentizität reinbringen in diese ganzen Geschehnisse und Kämpfe. Ich wünsche mir, dass bundesweit mehr Kommunikation unter Betroffenen stattfindet. Da kommen wir wieder zu der Frage: Was bedarf es dazu? Was fehlt uns und was müssen wir einfordern? Gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft müssen wir Bereiche einfordern, in denen Betroffene sich geschützt fühlen und von dort aus auch agieren können. Ich kämpfe dafür, ein Komitee aufzubauen.

en, das Betroffenen Rat gibt und Betroffenen-Vernetzungstreffen ermöglicht, um einen Raum zu schaffen, in dem Betroffene untereinander besprechen können, wie wir mit einem Geschehnis umgehen, wie wir mit Gedenken umgehen, wie wir mit Trauer umgehen. Ein solches Komitee, ein solcher Raum fehlt, deshalb müssen wir solche Räume immer wieder einfordern. Dieses Jahr hat die Bundesregierung einige Ressourcen freigestellt für Betroffenen-Projekte. Ich fordere das schon seit fünf Jahren und arbeite an einem Projekt mit solidarischen Menschen, die ich kenne und sehr schätze. In diesem Projekt sind die Betroffenen von rechter, rassistischer Gewalt natürlich die Haupt-Projektleiter.

Gegenwart und Zukunftsvisionen: solidarische Verantwortungsübernahme und antirassistische Bündnispolitiken

ONUR SUZAN NOBREGA: Ich würde gerne abschließend mit Dir über antirassistische und antifaschistische Bündnisse und Solidarität sprechen. Meine Beobachtung und Behauptung ist, dass wir über die vergangenen zwei Dekaden und ganz besonders über die letzten zehn Jahre zwischen von Rassismus unterschiedlich betroffenen Menschen, antirassistischen Vereinen und Community-Organisationen eine zunehmende Bündnispolitik und Solidarität praktizieren und erfahren. Zwar haben feministische Bündnisse unter migrantisierten und geflüchteten Frauen, Frauen of Colour, Schwarzen Frauen, jüdischen Frauen, Romnja und Sintizze bereits vor 30 Jahren oft von der weiteren Gesellschaft nicht gesehene oder anerkannte, aber ganz wichtige gemeinsame Politik gemacht. Gleichzeitig lässt sich aber erkennen, dass erst über die letzten zehn Jahre u.a. mit der Sichtbarwerdung der Initiativen von Betroffenen, die alten Organisationsstrukturen von Migrant*innen entlang nationaler oder ethnischer Zugehörigkeiten und ihrer spezifischen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen »unter Gleichen« als primär verbindendem, politischem Kriterium an Bedeutung verloren haben und auch weiterreichende transnationale Verbindungen, Kämpfe um intersektionale Gerechtigkeit, antirassistische und antifaschistische Bündnisse unter BPoC und migrantisierten und geflüchteten Menschen neue und zukunftsweisende Organisation, Bündnis- und Solidarpraktiken ermöglichen. So stand uns beispielsweise die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland beim NSU-Tribunal Mannheim 2018, wo wir uns kennenlernten, solidarisch

zur Seite, hat die Raummiete mitgezahlt und eigene Workshops veranstaltet, obwohl keines der NSU-Opfer schwarz ist. 2020, als dann Black Lives Matter auch in Deutschland zu Protesten gegen rassistische Polizeigewalt aufrief, waren auch nichtschwarze Menschen auf den Demos. Am Eingang des Ladens der Initiative 19. Februar steht in großen Buchstaben »#saytheirnames«, wie auch auf den T-Shirts der Initiative. Saytheirnames wurde vor einigen Jahren in den USA von Schwarzen, intersektionalen Feminist*innen ins Leben gerufen. Vielen Menschen ist das allerdings nicht bewusst, sodass die Kämpfe Schwarzer Frauen, Überlebender und Angehöriger wie auch schwarzer Feminist*innen unsichtbar gemacht werden. Gleichzeitig kann man am Interesse der Medien, aber auch einzelner Social-Media-Nutzer*innen und -Aktivist*innen die Absicht ablesen, mit dem Thema Rassismus eine möglichst hohe Reichweite zu erreichen. Wie siehst du diese Entwicklungen solidarischer Verantwortungsübernahme und Bündnisse über Community-Grenzen hinweg im Hinblick auf die Zukunft antirassistischer Selbstorganisation?

IBRAHIM ARSLAN: Das ist ein wichtiges Thema. Ich finde es problematisch, dass diese Themen für einen Medienhype benutzt werden. Black Lives Matter stand nur eine Zeit lang an der obersten Priorität der Medien und wurde danach wieder vergessen. Man sollte definitiv nicht in die Falle rein tapen, dass man einen Profit aus den Geschehnissen zieht. Das ist eine Falle, in die ganz viele Menschen rein tapen, sich Karrieren darauf aufbauen, leider auch solidarische Menschen. Das haben wir Angehörigen auch beim NSU-Tribunal erlebt. Wenn man da hinein tappt, dann sollte man sich nicht wundern, wenn man von Betroffenen kritisiert wird. Black Lives Matter heißt übersetzt: Schwarzes Leben Zählt. Schwarzes Leben zählt nicht nur in einem Jahr wie 2020, sondern das Schwarze Leben zählt immer. Genau so zählt auch mein Leben und Dein Leben. Und in diesem Kontext ist es immer wichtig, die Leute darüber zu informieren und auch immer wieder daran zu erinnern, dass es verschiedene Kämpfe gibt und dass es verschiedene Kämpfe gab. Bei den Leuten aus Hanau, da bin ich mir auch nicht ganz sicher, ob die wissen, was dieser Titel bedeutet und wer diesen Text überhaupt ins Leben gerufen hat. Man muss sie schulen, man muss sie immer wieder erinnern, dass die Kämpfe, die sie jetzt führen, zurückzuführen sind auf die Kämpfe, die schon geführt wurden. Und das sagen sie auch. Daraus machen sie ja kein Geheimnis. Aber bis das die Leute verstehen, vergeht extrem viel Zeit.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wie viel Zeit denn noch, Ibo? Man braucht so viel Verständnis, Liebe und Geduld. Und gleichzeitig muss man kämpfen.

IBRAHIM ARSLAN: Naja, es kann ein ganzes Leben dauern. Es kann aber auch ein Jahr dauern. Verstehst Du, was ich meine? Es kommt aber darauf an, wie man das übermitteln möchte. Wenn wir das so machen, wie du das erwähnt hast, mit ganz viel Liebe und ganz viel Geduld, dann können wir vielleicht darauf hoffen, dass die Menschen es irgendwann lernen. Wenn wir das effektiv machen und immer wieder einfordern und immer wieder die Leute erinnern: Ihr müsst die Leute, die davor gekämpft haben, auch jetzt wieder mit ins Boot reinholen, so wie ich mich immer wieder in verschiedene Kämpfe hinein zecke, wie so ne Zecke. Überall, wo etwas stattfindet, bin ich vor Ort. Ob es beim NSU-Tribunal oder jetzt in Hanau ist. Ich gehe einfach dahin, um zu zeigen: Leute, ihr habt diesen Kampf nicht alleine angefangen. Wir sind auch dabei. Wir gehören auch dazu. Und übrigens: Rostock gehört auch dazu. Hoyerswerda gehört auch dazu. Und übrigens: NSU gehört auch dazu. Und wenn wir das nicht immer wieder einfordern, dann werden das die Leute entweder gar nicht verstehen oder es wird ganz, ganz viele Jahre dauern, bis sie selbst etwas merken. Aber wir können diese Zeit schneller vorantreiben – oder wie nennt man das? – wir können das vorspulen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Vorspulen meinst Du? Ich bin mir da leider nicht so sicher. Ich habe das Vorspulen schon öfter an der ein oder anderen Stelle versucht, leider hat es nicht immer so funktioniert, wie ich es mir gewünscht habe. Aber inşallah, Ibo. Gut wäre es!

»Was ist eigentlich alles passiert, was wir nicht wahrgenommen haben?«

Wie Rechtsterrorismus und politischer Widerstand Ferat Koçaks Leben veränderten

Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Ferat Koçak

Über gesellschaftliche und seelische Spaltungen, Bündnisarbeit, Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft und in den Sicherheitsbehörden: ein Gespräch zwischen Onur Suzan Nobrega und dem LINKEN-Politiker Ferat Koçak, der mit seiner Familie einen Brandanschlag überlebte, der im Februar 2018 in einer rechtsterroristischen Anschlagsserie in Berlin-Neukölln das Haus der Koçaks zum Ziel hatte.

Ferat Koçak ist gebürtiger Berliner, Neuköllner Aktivist und Lokalpolitiker der Linkspartei sowie als »Der Neuköllner« Politfluencer auf Social Media. Nach dem Abitur studierte er an der Freien Universität Berlin Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt-fächern in Betriebswirtschaftslehre und ist Diplom-Volkswirt. Nach einem Nachwuchsführungskräfteprogramm und langjähriger Arbeitserfahrung im Management des Versicherungsunternehmens Allianz arbeitete er an internationalen Hochschulen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit und war zuletzt Campagner im Bereich Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Nacht vom 1. Februar 2018

ONUR SUZAN NOBREGA: Lieber Ferat, wir beiden kennen uns schon fast 20 Jahre. Ich erinnere mich an unsere ersten Begegnungen in einer der Unibibliotheken der FU Berlin, wir sahen uns oft am Kotti in Kreuzberg, trafen uns sogar einmal zufällig an der Waterloostation in London und ich erinnere mich schmunzelnd daran, wie wir gemeinsam an Deinem Lebenslauf für eine Job-Bewerbung für Dubai gearbeitet haben und Du später dann der Liebe wegen

nach Antalya in die Türkei gezogen bist. Wir waren damals jung, hatten unser Studium hinter uns, wollten die Welt auch jenseits von Berlin sehen, wir waren zuversichtlich, hatten viele Zukunftspläne. Dann kamen wir beide irgendwann zurück nach Berlin: Du bist bei der LINKEN in die Politik eingestiegen und plötzlich in der Nacht des 1. Februar 2018 gab es einen rechtsterroristischen Anschlag auf Euer Haus in Neukölln. Wir, Deine Freund*innen und Bekannten, hatten damals große Sorge um Dich und Deine Familie. Der Anschlag auf Euer Wohnhaus, auf Dein Zuhause war ein gezielter Mordversuch, weil Du zu diesem Zeitpunkt politisch aktiv warst und auch antirassistische Arbeit gemacht hast.

FERAT KOÇAK: Ja, 2016 war ich nach einer längeren Zeit in der Türkei wieder in Berlin und wir haben dann gesagt: »Okay, die AfD wird immer stärker. Ich trete in die Linkspartei ein und will auf parlamentarischer Ebene antifaschistisch und antirassistisch arbeiten im Kampf gegen die AfD.« Ich habe dann in Süd-Neukölln kandidiert, weil ich dort wohne. Ich wollte in Neukölln bleiben, weil ich mitbekommen hatte, dass insbesondere im Süden Neuköllns die Rechten sehr stark sind. Ich habe 2016 Wahlkampf gemacht und die Rechten haben meine Wahlplakate ständig abgerissen. Ich habe dann dagegen plakatiert, d.h. meine erste Konfrontation mit Nazis war indirekt. Die rissen es ab oder schrieben irgendetwas wie »Scheiß-Kanaken« darauf und klebten dann meistens ein NPD-Plakat und AfD-Plakat darüber. Hier in Neukölln sind die AfD und die NPD sehr eng miteinander verflochten. Ich habe dann zwei Jahre lang antirassistische Arbeit gemacht, habe stark gegen AfD, gegen NPD, gegen Nazis hier in Neukölln mobilisiert. So bin ich in den Fokus der Rechtsterroristen geraten. Über ein Jahr lang haben sie mich ausgespäht. Insbesondere geht es hier um zwei Hauptverdächtige, aber um die herum noch mehrere. Einer der Hauptverdächtigen war ehemaliger NPD-Kreisvorsitzender und der andere Hauptverdächtige war AfD-Vorstandsmitglied in Neukölln. Der rechte Terror in Neukölln hat Tradition. Seit elf Jahren werden hier Menschen terrorisiert. Trotz bekanntem Täterkreis null Prozent Aufklärungsrate. Diese beiden Hauptverdächtigen wurden abgehört und die Polizei wusste über ein Jahr, dass Nazis mich im Visier haben. Ich wurde nicht gewarnt. Zwei Wochen vor dem Anschlag wussten die Polizei und auch der Verfassungsschutz davon. Danach kam es wie schon zuvor zu zahlreichen Skandalen in der Polizei, in den Sicherheitsbehörden, bis in die Staatsanwaltschaft hinein. Erst kürzlich wurde einer der Staatsanwälte aufgrund von Befangenheit abgezogen, weil er einem der Hauptverdächtigen gesagt haben soll, er brauche sich keine Sorgen

machen, er sei auf ihrer Seite. Es gab ein Treffen zwischen einem der Hauptverdächtigen mit einem LKA-Beamten. Einer der Beamten, der hier in der Ermittlungsgruppe war, soll einen Geflüchteten brutal zusammengeschlagen haben und wurde aus dem Dienst abgezogen. Also, ein Rassist, der hier gegen Nazis im Kiez ermittelt. In meinem konkreten Fall wurden die beiden Hauptverdächtigen abgehört. Die Polizei wusste, dass die Rechtsterroristen zwei Wochen vorher herausgefunden hatten, wo ich wohne, aber ich wurde weder gewarnt noch haben die beiden Hauptverdächtigen eine Gefährderansprache bekommen. Mit unterschiedlichen Begründungen wurde dies dann erklärt. Aber das Entscheidende geschah in der Nacht vom Januar auf Februar 2018, da haben mutmaßlich Nazis das Zauntor aufgemacht, sind in den Garten, haben mein Fahrzeug angezündet. Das Auto stand direkt am Haus. Es war für sie ganz klar, dass das Feuer übergeht auf das Haus – und es war hinter dem Tor, keinen Meter entfernt die Hauptgasleitung. Die Feuerwehr sagte uns: Wäre ich fünf Minuten später aufgewacht, wären wir im Haus entweder verbrannt oder in die Luft gegangen. Ich bin jedenfalls zufällig wach geworden und fragte mich, warum es draußen so hell ist. Ich ging zum Fenster und das Feuer schoss mir entgegen. Ich bin sofort losgerannt, habe meine Eltern aus dem Schlaf geschrien, dann habe ich den Feuerlöscher genommen und versucht, das Feuer, soweit es geht, erst einmal vom Gebäude wegzubekommen. Ich wusste dabei aber nicht, dass da die Gasleitung ist und hätte da schon sterben können. Ich habe nur darauf gehofft, dass meine Eltern es aus dem Haus schaffen.

Das war ein traumatisches Erlebnis, an das ich mich leider immer wieder erinnere. Die erste Frage der Ermittler ist mir im Kopf geblieben: ob es ein türkisch- kurdischer Konflikt sein könnte. Und ich dachte mir: »Es gibt seit elf Jahren rechten Terror in Neukölln. Wollt ihr mich verarschen? Und ihr kommt mir jetzt mit so was hier an?« In derselben Nacht wurde Heinz Ostermanns Auto keinen Kilometer von mir entfernt in Brand gesetzt. Bei ihm war es das dritte Mal, dass er angegriffen wurde. Er ist ins Visier dieser rechten Gruppe geraten, weil er in seiner Buchhandlung Veranstaltungen gegen rechts gemacht hat. Es gab mehrere Betroffene in Neukölln, die kurz davor Anschläge erlebt haben. Durch den Anschlag auf Heinz Ostermann war ganz klar: Das war ein rechter Angriff. Andere Faschos, türkische Faschos würden sich nicht in derselben Nacht Heinz Ostermann rauspicken und ihn angreifen. Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn der Buchhändler nicht angegriffen worden wäre. Dann würde die Polizei wahrscheinlich heute noch denken, es handele sich

um einen türkisch-kurdischen Konflikt. Das ist der Tathergang und seitdem kämpfen wir mit allen Betroffenen in einem Bündnis zusammen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wenn wir uns anschauen, mit wem ich für dieses Buch Gespräche führe, dann sind das ja alles Personen mit türkischen Namen: Ibrahim Arslan, Gamze und Elif Kubaşık und Du, Ferat Koçak. Von rassistischer Gewalt sind aber nicht nur Menschen mit Migrationsbiografien aus der Türkei betroffen, sondern alle, die nicht weiß sind. Gleichzeitig haben aus der Türkei migrierte Menschen und ihre Kinder und Enkel in der Bundesrepublik sowohl quantitativ wie auch in Bezug auf die Repräsentationsverhältnisse innerhalb rassifizierter Communitys in Deutschland die größte Sichtbarkeit, würde ich behaupten. In London beispielsweise, wo wir uns ja auch getroffen hatten, ist die aus der Türkei migrierte Community nicht so sichtbar im Vergleich zu Communitys mit Diaspora- und Kolonialbezügen in die Karibik, Afrika und Asien. Die stärkere Sichtbarkeit türkeistämmiger Community-Zusammenhänge im Vergleich zu anderen von Rassismus betroffenen Communities, könnte man kritisch anmerken, reproduziert sich auch in der hier in diesem Buch repräsentierten Personen, die als Überlebende rassistischer Anschläge und Familienangehörige mit mir sprechen. Gleichzeitig funktioniert politische Community-Arbeit eben u.a. auch über geteilte Geschichte, kollektive Erinnerungen, Vertrauen in gegenseitiges Verständnis, geteilte politische Perspektiven und Haltung usw. Ich würde Dir an dieser Stelle gern dazu eine produktive Frage stellen: Was denkst Du, ist unsere spezifische Perspektive auf Rassismus?

FERAT KOÇAK: Was ich sehr interessant finde, ist, dass es natürlich in UK ein ganz anderer Ausgangspunkt war als bei den Gastarbeiter*innen hier, die nach Deutschland gekommen sind. Das hat mit der Geschichte Deutschlands von 1933 bis 1945 zu tun. Alles zerbombt, keine Leute mehr, die arbeiten, Arbeitskräfte wurden gebraucht. Im Prinzip hat diese ganze menschenverachtende NS-Ideologie mit sich gebracht, dass später Gastarbeiter*innen gebraucht wurden. Wie mit dieser Migrationsgeschichte umgegangen wurde, wie wir sozialisiert wurden, ist ja auch in Anlehnung zu den Erfahrungen von 1933 bis 1945 geschehen. Ich habe früher immer gesagt: »Wir hatten in der 8. Klasse Nationalsozialismus, wir hatten in der 10. Klasse Nationalsozialismus, wir hatten in der 12. Klasse Nationalsozialismus.« Und ich habe das als Jugendlerner gar nicht wahrgenommen, warum wir uns damit die ganze Zeit beschäftigen mussten. Jetzt verstehe ich das: Weil Deutschland in der

Zeit, als die Gastarbeiter*innen schon hier waren, selbst noch in der Aufarbeitungsphase des Zweiten Weltkriegs war. Aber was dabei unterging, war die Zeit davor – also, wenn ein Gauland kommt und die NS-Zeit in ein Verhältnis setzt zu einer »glorreichen« Geschichte vor 1933, dann müssen wir aufschreiben und sagen: »Die Geschichte davor war auch brutal, denn da gab es die ganzen Kolonialverbrechen. Ihr habt sie nur noch nicht aufgearbeitet.«

Unsere Eltern sind hierhergekommen und haben gearbeitet – und wir wussten nicht, was rechter Terror ist. Wir haben Rassismus erlebt, aber haben die Hintergründe nicht wirklich verstanden. Wenn wir uns jetzt anschauen, wie sich das alles bis heute entwickelt hat, wie rechte Strukturen stärker geworden sind in den Neunzigern bis heute mit der AfD, dann merken wir, was schon lange da ist. Wir haben es aber nur teilweise wahrgenommen, mit einem Anschlag hier und da oder mit dem Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin. Beim NSU haben wir laut geschrien, aber es ist trotzdem alles passiert und wir konnten da nicht wirklich viel verändern, weil die Politik und Behörden zugelassen haben, dass es weitergeht. Es ist diese Ignoranz der ersten Gastarbeiter*innen-Generation, aber auch der jungen Menschen hier in Neukölln, die Rassismus erleben, aber es nicht als Rassismus öffentlich benennen, die mich stört.

ONUR SUZAN NOBREGA: Der Anschlag auf Euer Zuhause steht in einer Serie von Anschlägen und Morden in Neukölln. Könntest du dazu mehr erzählen?

FERAT KOÇAK: Eine der Initiativen, mit der wir eng zusammenarbeiten, ist die Burak Bektaş-Initiative. Burak Bektaş wurde 2012 auf offener Straße erschossen. Er ging mit Freunden gerade nach Hause und keine 500 Meter von seiner Haustür entfernt kam jemand aus dem Nichts auf der Hauptstraße, zog die Waffe und schoss auf die Jugendlichen. Es gab mehrere Verletzte und Burak Bektaş wurde ermordet. Bis heute zeigen alle Indizien in Richtung rechts, weil das die Hochphase des rechten Terrors in Neukölln war. Aber die Ermittler ermittelten nicht Richtung rechts. Erst jetzt, durch unseren Druck, wird die Ermordung von Burak Bektaş mitberücksichtigt, aber das ist eigentlich nur politisches Gelaber. In Wirklichkeit passiert nichts. Es gibt mehrere Betroffene, bei denen das genauso ablief – etwa bei Familie Gélieu, der auch das Auto angezündet wurde, das Feuer ging ebenfalls auf das Haus über. Das kann sich jeder vorstellen: Wenn jemand sein Auto direkt am Haus parkt, dass dann natürlich das Feuer auch auf das Haus übergeht. Deshalb stört es uns auch, wenn die Leute darüber reden, dass ein Auto gebrannt hat. Das war

kein Anschlag auf das Auto, das war ein Anschlag auf uns. Ihre Strategie ist es, politische Gegner*innen, Aktivist*innen einzuschüchtern. Hier haben sie beispielsweise auch die Kirche angegriffen, die sich für Refugees einsetzt. Ich bin in der Süd-Neuköllner-Betroffenen-Gruppe bis auf Burak Bektaşs Familie einer der wenigen mit Rassismuserfahrungen. Seit 2018 gibt's auch hier in Süd-Neukölln eine sehr starke Polizeipräsenz. Die können es sich natürlich nicht leisten, dass es weiter geht. Zwar passieren weiterhin rassistische Markierungen, aber die Polizeipräsenz hat dazu geführt, dass die Angriffe auf Personen hier im Süden nachgelassen haben. Aber die Angriffe in Nord-Neukölln haben seit 2018 zugenommen. Seit 2018, insbesondere mit einem Start 2019, werden dort Läden von Migrant*innen angegriffen, mit Nazi-Markierungen, riesengroße Hakenkreuze, Autos werden in Brand gesetzt, Wohnungen werden in Brand gesetzt, Morddrohungen an Wänden. Mittlerweile trauen sie sich da im Norden auch, dass sie einfach in Briefkästen flyern. Der erste Angriff fand auf zwei Gebäude statt, die in einem Video vom Bürgermeister ganz deutlich in Verbindung mit sogenannter »Clankriminalität« gezeigt wurden. Im Gebäude wohnen auch andere Menschen – mal abgesehen davon, was ich vom Thema Clankriminalität halte. Diese beiden Gebäude wurden mehrmals angegriffen, davor wurde ein Auto angezündet, eine arabische Bäckerei wurde mehrmals angegriffen.

Rechtsterrorismus und rassistische Diskurse in der Mitte der Gesellschaft

ONUR SUZAN NOBREGA: Ich würde gern mit Dir das gegenwärtig aktuelle Stichwort »Clankriminalität« besprechen, das Du gerade erwähnt hast. Verkürzt würde ich sagen, was ich in Gesprächen mit biodeutschen Bürger*innen zum Teil heraushöre, auch von jenen, die sich politisch im mitte-links Spektrum bewegen: »Ja, okay, der Tobias Rathjen hat in Hanau neun Menschen erschossen, aber was ist denn mit der Clankriminalität in Neukölln?« Dabei wird ein Mörder mit einer faschistischen, zutiefst rassistischen, menschenfeindlichen, uns alle quasi »zu Ungeziefer« erklärenden Ideologie, dessen Tat politisch motiviert ist, in ein relatives Verhältnis gesetzt zu den nicht politisch-ideologisch motivierten Straftaten von Männern, deren Familien aus Ländern des Mittleren Ostens nach Deutschland migriert sind. Statt Armutsursachen zu bekämpfen, werden zudem dabei Straftaten wie auch Korruptionsbeziehungen innerhalb weißer deutscher Seilschaftsbeziehungen unsichtbar ge-

macht, indem der Begriff der sogenannten »Clankriminalität« auf ganz bestimmte rassifizierte Körper übertragen wird. Wie würdest Du als Neuköllner die Verwendung des Begriffs der sogenannten »Clankriminalität« erklären?

FERAT KOÇAK: Mein Problem ist, dass der Begriff medial aufgebauscht und den Rassist*innen durch die Medien so präsentiert wird, als seien Clans die bösen muslimischen, arabischen und kurdischen Familien. Dadurch wird ein Feindbild geschaffen. Antimuslimischer Rassismus kommt ja nicht von irgendwo her. Und von antimuslimischem Rassismus sind nicht nur muslimische Menschen betroffen, sondern alle Menschen, die als muslimisch gelesen werden. Dazu gehöre ich auch, obwohl ich mich nicht als Moslem bezeichnen würde. Diese ganze Thematik der Clankriminalität greift genau in diese Lücke. Die SPD versucht sich nach außen als Vertretung einer Politik der Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung zu präsentieren. Mich würde interessieren, warum sie nicht einfach Kriminalität mit sozialen Mitteln bekämpfen, anstatt daraus eine Show zu machen und Rassismus zu schüren. Keiner sagt, man solle nicht die Kriminalität bekämpfen. Aber die Kriminalität sollte nicht auf eine rassistische Art und Weise bekämpft werden, dass Menschen darunter leiden, die vielleicht denselben Nachnamen tragen, die auch auf der Sonnenallee wohnen und so aussehen, als wären sie »so welche«, aber nicht kriminell sind, sondern Ausbildungen machen, arbeiten etc. Die Politik der Mitte führt die Menschen nach rechts außen und macht den rechten Rand stark.

ONUR SUZAN NOBREGA: Innerhalb der weißen deutschen Linken gibt seit den 1960er-Jahren auch kritikwürdige Solidaritätspraktiken insofern, als dass sie sich bestimmte transnationale politische Bewegungen, bevorzugt aus Ländern des globalen Südens, und migrantische Repräsentant*innen hier in Deutschland ausgesucht hat, die sie dann gefeiert haben – zum Beispiel die linken politischen Bewegungen in Lateinamerika, früher noch die der linken Exiliraner*innen gegen den Schah und über die letzten zehn Jahre verstärkt Kurdistan und Black Lives Matter. Ich würde behaupten, dass es in der weißen deutschen Linken immer wieder Konjunkturen gibt, was gerade angesagt ist, ohne dabei mit zu bedenken, dass das für die entsprechenden Menschen in den Ländern und Diasporas lebenslange Kämpfe sind. Gibt es aus Deiner Sicht antifaschistische und antirassistische Bündnisse, die wirklich so aufeinander wirken, dass sie dauerhaft funktionieren? Ich frage das auch, da in Deutschland Faschismus und Rassismus ja immer wieder auseinandergehalten wurden und jahrzehntelang immer wieder gesagt wur-

de: »Mit dem Ende des Faschismus haben wir auch das Rassismusproblem gelöst«.

FERAT KOÇAK: Ich würde sagen, dass sich nach Hanau und der damit einhergehenden bundesweiten politischen Mobilisierung dieses alte Verständnis innerhalb der Linken weiter entwickelt hat, das uns als Menschen, die sowohl antirassistisch als auch antifaschistisch aktiv sind, gegenwärtig repräsentiert. Wir haben immer gesagt, dass wir eine antirassistische Bewegung brauchen, die sowohl den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft bekämpft als auch den Rassismus rechts außen benennt – und dadurch, dass antirassistische Bewegungen den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft bekämpfen, kappen sie den Zustrom nach rechts außen ab. Wir versuchen in der Mitte der Gesellschaft ein Verständnis dafür zu schaffen, was rassistisch ist und was nicht. Dadurch kann auch Antifaschismus nachhaltig umgesetzt werden. Nach Hanau ist genau das entstanden: dass antifaschistische und antirassistische Bewegungen viel stärker zusammengedrückt sind, die Migrant*in*en zum Beispiel ist ein Sinnbild für dieses Zusammenrücken. Früher waren die Linke und die Antifa immer weiß und die anderen, die sich gegen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft engagiert haben, waren überwiegend Menschen, die von Rassismus betroffen waren. Aber jetzt sind die Bewegungen sich nähergekommen, auch durch die jahrelange antirassistische Kritik, die dazugehört. Wenn wir jetzt sagen, dass die Klimabewegung zu weiß ist, verstehen die Leute in den Bewegungen, dass sie sowohl nach außen als auch nach innen etwas machen müssen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Du kennst den NSU-Komplex, hast den Anschlag auf Euer Zuhause erlebt und alles, was danach folgte. Du hast die erste bundesweite Kundgebung nach dem Anschlag in Hanau 2019 mit organisiert. Wo siehst Du konkrete Notwendigkeit für antirassistische Bündnisarbeit, gegenwärtig wie auch zukünftig, angesichts der Erfahrungen, die Du in den letzten zehn Jahren gesammelt hast?

FERAT KOÇAK: Es gibt eine Ebene, auf der wir gemeinsam unsere Kämpfe gestärkt fokussieren können und das ist mein Hauptthema: Rassismus in der Polizei und Nazis bei der Polizei. Beides sind unterschiedliche Themen, die man aber doch gesamtgesellschaftlich näher zusammenbringen kann. Durch das, was letztes Jahr passiert ist, also wenn wir uns jetzt Hanau anschauen und das gesamte staatliche Versagen bis heute, dann sehen wir wieder eine

Sicherheitsbehörde, die nicht funktioniert, wenn es um rechten Terror geht, die nicht wirklich durchgreift, wenn es um Nazis geht. Antifaschist*innen machen immer wieder darauf aufmerksam, dass es Nazi-Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden gibt. Es wird immer wieder aufgedeckt: Waffenfunde, Nazi-Chats und vieles mehr. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir genau auf der Ebene, wenn wir Polizei als Sinnbild der Gesellschaft sehen und wenn wir darüber reden, wie wir unsere Gesellschaft umgestalten und in einer solidarischen Gesellschaft leben wollen, dann müssen wir uns immer fragen, welche Rolle die Polizei dabei hat? Und wir müssen uns fragen: Wie verstehen wir Sicherheit? Wie können wir diese vollziehende Gewalt, Exekutive anders denken, umgestalten, um gemeinsam, friedlich und zufrieden in einer Gesellschaft der vielen leben zu können.

Rassismus und Polizei

ONUR SUZAN NOBREGA: Es gibt in den USA die Forderung »Defund the police« und auch die Forderung nach der Abschaffung der Polizei – eine Forderung, die sich im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung auch in Deutschland verbreitet hat. Dabei geht es darum, Polizeiarbeit durch andere Formen der öffentlichen und sozialen Sicherheit zu substituieren und dadurch transformative Gerechtigkeit jenseits der Polizei zu verhandeln. In den USA gibt es in manchen lokalen Communitys ein bestimmtes Verständnis, eine Struktur, die jenseits des strafenden und kontrollierenden Staates agierend Fragen von Sicherheit und Gerechtigkeit in der Stadt und in Nachbarschaftsverhältnis neu verhandeln. »Defund the police« wird oft als großer Idealismus abgetan – man würde unrealistische und gar gefährliche Ziele verfolgen mit dem Vorschlag, die Polizei zu entmachten. Da aber Polizist*innen nicht jeder Person Schutz bieten, sondern auch Leben gefährden, verletzen, Tote zu verantworten haben, ist es doch durchaus denkbar, solidarische Praktiken jenseits der Polizei zu erarbeiten und in gemeinschaftlichen Zusammenhängen Sicherheit herzustellen, die durch bestimmte intersektionale Diskriminierungserfahrungen hinsichtlich zum Beispiel Klassenzugehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Sexualität, Rasse, Ethnizität, mentale Gesundheit, Behinderung etc. bestimmt wird. Das betrifft konkret die Frage: Wer ist Täter, wer ist Opfer? In Hanau wohnt der Vater des Täters Tobias Rathjen, der selbst ein Nazi ist und damit auch gefährlich sein kann, in wenigen Metern Entfernung zu den Angehörigen von Menschen, die von seinem Sohn ermordet wurden.

Die Polizei richtete aber an die Überlebenden und Angehörigen eine Gefährderansprache – nicht eine Gefährdetenansprache. Unfassbar. Was bedeutet angesichts dessen, was Du erlebst hast, Sicherheit für Dich?

FERAT KOÇAK: Ja, mir ist Ähnliches passiert wie den Menschen in Hanau. Ein Jahr nach dem Anschlag auf mich – und ich wurde nicht alarmiert, das will ich noch mal betonen –, wurde einer der Hauptverdächtigen gewarnt, dass er sein Auto lieber weg parken soll, da es am Jahrestag des Anschlags einen Racheakt geben könnte. Ich dachte mir: »Wollt ihr mich verarschen? Ihr warnt den Nazi, dass es ein Racheakt auf sein Auto geben könnte. Mein Leben war in Gefahr. Ihr habt mich nicht gewarnt!« Wir haben in Deutschland eine krasse Wahrnehmung von Sicherheit. Letztens sagte jemand zu mir, dass wir in Deutschland damit anfangen müssen, die Polizei in uns selbst zu bekämpfen, denn irgendwie ist hier gefühlt jede*r Polizist*in und deshalb ist auch das Sicherheitsverständnis verkorkt und so stark präsent. Darauf bauen Parteien auf und ich fühle mich mies, wenn auf einmal linke Politiker*innen darüber reden, dass wir mehr Polizei bräuchten, während andere über »abolish the police« oder »defund the police« reden. In Berlin beispielsweise wurde die Polizei im letzten Jahr mit neuer Ausrüstung aufgestockt. Wir reden immer von Abrüstung der Bundeswehr, aber warum rüsten wir die Polizei auf? Und können wir das Geld nicht anders verwenden? Wir brauchen eine Entkriminalisierung, andere Gesetze im Bereich Drogen, Aufenthaltsrecht und dadurch nicht mehr Polizei, sondern weniger Polizei, weil sie dann weniger Arbeit hat. Ich glaube, das Abschaffen der Polizei ist in Deutschland unrealistisch, aber ich finde es gut, dass darüber gesprochen wird, weil wir uns dann fragen können: Wenn es die Polizei nicht gibt, was gibt es dann? Wie können wir Aufgaben der Polizei umverteilen, wie können wir weniger für Polizeiarbeit ausgeben? Dahin sollten wir gehen. Dafür braucht es auch ein Verständnis für Basisdemokratie. Warum soll alles von oben herab genau diktiert werden? Wir könnten beispielsweise in Berlin Bezirks- oder Kreis-Parlamente stärken, damit die Probleme in den Kreisen besser gelöst werden können. Aber in Deutschland wird alles von oben herab diktiert und unten die Basis oder die Lokalpolitiker*innen haben kaum Entscheidungsmöglichkeiten und sind eigentlich nur symbolhaft.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wenn wir intersektional auf die lange Liste der Todesopfer der rassistischen Anschläge schauen, dann sind das nicht Leute, die aus dem bürgerlichen Milieu kommen, sondern in Westdeutschland sind es ras-

sifizierte Menschen, die vor allem ab den 1990er-Jahren zunehmend prekär wurden. Der Zugang zum industriellen Arbeitsmarkt ist vor allem in Berlin damals vehement zusammengebrochen und hat entweder zur Arbeitslosigkeit oder zum Zwang zur Selbstständigkeit für migrantisierte Berliner*innen geführt. Wenn ich mit den Kubaşiks spreche, die bis 2006 einen Kiosk hatten und mir also die Bewegung in die Selbstständigkeit anschauere, dann sind wir stark verstrickt in neoliberale Verhältnisse in Deutschland, Europa und anderen Teilen der Welt, die Geflüchtete, Migrant*innen und von Rassismus betroffene Menschen besonders hart treffen. Vor allem sieht man darin, dass die Menschen, die umgebracht wurden, nicht auf der Gewinner*innenseite der Gesellschaft standen. Hier verschränken sich Migration, Armut und Geschlechterverhältnisse auf eine bestimmte Art und Weise. Ich hatte mit Ibrahim Arslan, den Du auch kennengelernt hast, darüber gesprochen, dass, als der Anschlag in Mölln 1992 passierte, der Wandel der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Deutschland noch nicht ganz vollzogen war. Wie siehst Du diese Entwicklungen in dieser Zeitspanne? Wie alt warst Du eigentlich 1992?

FERAT KOÇAK: Ich war 13 Jahr alt und Mölln und Solingen waren Bilder, die sich in meinen Kopf eingebrannt haben. Die Anschläge waren einer der Gründe, warum ich politisch geworden bin. Meine Eltern haben mehr Diaspora-Politik betrieben, bei denen ging es immer nur um die Türkei, um die alte Heimat. Ich habe da angefangen, mir Gedanken zu machen und gemerkt, dass wir Probleme hier haben, dass wir hier umgebracht werden. Was ist eigentlich alles passiert, was wir nicht wahrgenommen haben? Ich habe mich nach Mölln und Solingen gefragt: Was haben eigentlich meine Großeltern vorher erlebt? Diese Menschen sind nicht von irgendwo hergekommen, sondern es gab vorher schon Angriffe. Und dann habe ich angefangen zu recherchieren und entdeckt, dass es in den 1980er-Jahren »Gangs« gab, also migrantisierte Jugendgruppen, die sich vor diesen Angriffen geschützt haben. Als ich dann weiter recherchiert habe, habe ich festgestellt, dass all die Gastarbeiter*innen auch schlecht behandelt wurden und da fing bei mir dieser Gedanke an, dass ich mich hier engagieren muss – gegen Rassismus, rechten Terror, gegen Nazis, auch, um eine andere Position innerhalb der Community, die von Rassismus betroffen ist, aufbauen zu können.

Für mich war lange Zeit mein Schwerpunkt Partizipation, also Entscheidungspositionen, Sichtbarkeit, jetzt nicht nur in den Parteistrukturen, sondern auch in Gewerkschaften, Möglichkeiten, Vereine zu gründen, die sich dann mit Themen wie Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen be-

schäftigen. Das war für mich als Jugendlicher ein Riesenschritt, weil viele meiner Freund*innen da gar nicht so weit waren. Sie wollten eher nichts sagen, arbeiten, zur Schule gehen, ein Teil des Systems sein und nicht auf die Probleme sehen, die es gibt. Als ich angefangen habe, die Probleme wahrzunehmen, erst einmal in Bezug auf Teilhabe, habe ich versucht, andere Menschen mitzuziehen. Viele waren immer noch mit dem Kopf wie ihre Eltern in der Türkei: Diaspora-Politik, was passiert in der Türkei, wer wurde gewählt, wie steigen die Kurse dort? Die Gespräche, die sie einmal im Jahr im Türkei-Urlaub erlebten, begleiteten sie zwölf Monate im Jahr. Die Probleme, die wir hier hatten, waren nebensächlich. Erst nach Mölln und Solingen haben viele deutsch-türkische und deutsch-kurdische Menschen angefangen, sich hier mit Rassismus zu beschäftigen – erst einzelne Akteure, dann durch den Austausch mehr Menschen. Beim NSU war ich schockiert, wie gelähmt und ich dachte mir, wie kann so etwas passieren? Wie können Nazis über so viele Jahre hinweg morden und keiner merkt was? Bei Hanau war da keine Schockstarre mehr. Bei Hanau war: Wir müssen jetzt sofort etwas machen.

Ölen ile ölünmez – Mit den Toten stirbt man nicht

ONUR SUZAN NOBREGA: Es gibt viele Veränderungen innerhalb antirassistischer Bewegungskontexte: die zunehmende Sichtbarkeit von Ereignissen, aber auch die Unsichtbarkeit anderer. Es gibt eine bestimmte mediale Aufmerksamkeitsökonomie und organisatorische und intergenerationelle Veränderungen in der antirassistischen Bewegung in Deutschland. Was wird aus Deiner Perspektive wie sichtbar oder unsichtbar?

FERAT KOÇAK: Wir haben natürlich mediale Veränderungen. Wenn mir heute jemand wie die Soziologin und Aktivistin Ceren Türkmen vom rassistischen Anschlag in Duisburg 1984 erzählt oder jemand von Lübeck 1996 berichtet, dann denke ich mir im ersten Moment, dass ich das gar nicht mitbekommen habe. Heutzutage haben wir soziale Medien, da wird alles sehr schnell geteilt, aber die Terrorangriffe, die früher waren, die kannte man, wenn überhaupt, nur lokal. Wir merken das auch jetzt beim rechten Terror hier in Neukölln. Die Behörden und die Politik versuchen, das so lokal wie möglich zu halten, sie wollen, dass so schnell wie möglich Gras über die Sache wächst. Doch jetzt sind wir viel aufmerksamer und recherchieren mehr die Hintergründe und versuchen aufzuarbeiten, was passiert ist. Das hat auch damit zu tun,

dass wir uns besser organisieren können aufgrund einer stärkeren Vernetzung heutzutage, sodass wir mit Antirassist*innen aus Frankfurt oder aus Hamburg sprechen können.

ONUR SUZAN NOBREGA: Über das Schweigen und die Unsichtbarmachung wird viel transportiert. Das lässt sich auch bei Traumata feststellen, die durch rassistische Gewalttaten entstanden sind. Du sagtest, was in Hanau gut ist, ist, dass es für die Menschen, die Traumata durch das Überleben des rassistischen Mordens und den Verlust ihrer Familienmitglieder erlebt haben, sofort Unterstützung gab und einen Raum, in dem sie sein können, in dem das offen besprochen werden kann. Dagegen mussten etwa die Angehörigen der NSU-Opfer selbst recherchieren, was ihnen widerfahren war, weil die Opfer und ihre Angehörigen kriminalisiert wurden und die richtigen Recherchen jahrelang niemand anderes gemacht hat. In Hanau gab es das Bekennerschreiben von Tobias Rathjen. Bereits vor der Tat, im November 2019, war klar, was er vorhatte und weitere Recherchen zeichnen ein zunehmend detaillierteres Profil von Rathjen. Er war beispielsweise schon Jahre zuvor auffällig genug, um ihm seinen Waffenschein zu entziehen. Das passierte nicht, es wurde ignoriert. Grundsätzlich nun an Dich die Frage, wenn wir über Sichtbarkeit, Unsichtbarkeit, Verschweigen und Offenlegen in diesen Zusammenhängen sprechen: Was bedeutet es für Dich, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zu erleben? Was sind die blinden Flecken, die Menschen haben? Und welche Rolle spielt Erinnerung dabei?

FERAT KOÇAK: Ich denke an Mölln, an Hunderte von Unterstützungsbriefen, die über Jahre nicht an die Familie Arslan weitergereicht wurden. Wir leben in einer Kultur, die das so schnell wie möglich abhaken möchte. Aber wir, die von Rassismus betroffen sind, erinnern uns auch 20, 30 Jahre danach noch daran, sofern wir etwas davon mitbekommen haben. Aber ich glaube, die Erinnerung ist wichtig, weil sie uns ein Verständnis dafür gibt, was jetzt passiert ist, und uns die Kraft gibt, um aktiv zu werden. Mein Vater würde ein türkisches Sprichwort an dieser Stelle aussprechen: »ölen ile ölülmeyiz« – »Mit den Toten stirbt man nicht«. Es handelt sich aber nicht um nur einen tragischen Moment. Es ist ja nicht nur einmal NSU passiert, einmal Hanau, einmal Mölln, sondern es steckt eine Kontinuität dahinter. Wir sind an dem Punkt, dass wir die Kontinuitäten viel stärker wahrnehmen, aber auch viel stärker in größeren Bündnisstrukturen nach außen kommunizieren können. Wir versuchen, das große Ganze zu sehen und das ist ein System, das davon

lebt, Menschen zu hierarchisieren, Menschen zu spalten und dann innerhalb derjenigen, die da unten sind, noch mal zu hierarchisieren, sie dadurch auszuubeuten und im schlimmsten Fall zu vernichten.

Äußere und innere Spaltungen

ONUR SUZAN NOBREGA: Spaltung, Hierarchisierung und im schlimmsten Fall Vernichtung: Diese rassistische Spaltung ist innerhalb rassistischer Hierarchisierungsstrukturen erlernt, die, schaut man sich Studien aus der Psychologie an, bei Kindern bereits früh im Spiegelstadium beginnt, in dem der Körper Identifikation herstellt, gleiche Körper erkennt und leider viele Erwachsene Kindern früh bereits vermitteln, wie »anders aussehen« mit rassistischen Bedeutungen und Hierarchisierungen aufgeladen wird. Wenn eine äußere Spaltung von Menschen permanent hergestellt wird mit sozialen Konstrukten wie Klasse, Geschlecht, Race, Ethnicity, Behinderung, Sexualität usw., dann wird dadurch eine innere Spaltung vom »Menschsein zwischen allen Menschen« hergestellt. Die Botschaft dabei ist: Du bist nicht ebenbürtiger Teil der Einheit der Menschheit, eine*r von allen. Über den antischwarzen Rassismus der weißen europäischen Kolonialist*innengesellschaft hat der Psychoanalytiker und dekoloniale Freiheitskämpfer Frantz Fanon bereits in seinem Buch »Schwarze Haut, weiße Masken« aus dem Jahr 1952 geschrieben. Menschen, die aus der Türkei kommen und dort eine hegemoniale Position haben und die dann nach Deutschland kommen, sagen oft, dass sie erst in Deutschland plötzlich merken, was Rassismus ist, dass sie zu »Türk*innen« gemacht werden in einer rassistischen Hierarchie, die sie vorher, weil sie Teil der dortigen Mehrheitsgesellschaft waren, nicht gesehen, nicht erlebt haben. Was ist in Dir passiert, nachdem Du eine so massive rassistische Gewalterfahrung erlebt hast?

FERAT KOÇAK: Ich bin jemand, der in der Community aktiv war, nach dem Anschlag war ich aber erst einmal weg vom Fenster. Du weißt nicht, wer gut ist, wer böse ist, du weißt nicht, wem du vertrauen kannst, wem nicht. Das heißt: Allen Menschen, die weiß sind, aber auch rechten Migrant*innen, misstraust du, und das macht einen richtig fertig. Die Person, die den Anschlag verübt hat, ist in unseren Safe Space eingedrungen, hat dort Gewalt verübt und das zu einem Zeitpunkt, wo ich nicht damit gerechnet habe. Das ist auf einmal

passiert. Wenn ich wochenlang vorher Drohungen bekommen hätte und es irgendwann passiert wäre, hätte ich vielleicht anders reagieren können.

ONUR SUZAN NOBREGA: Kannst Du das noch mal beschreiben?

FERAT KOÇAK: In der Nacht habe ich mir eine Sache gesagt und dieser Satz geht mir immer noch durch den Kopf. Das Einzige, was ich will, ist es denen heimzahlen, die mir und meiner Familie das angetan haben, sodass sie es bereuen. Und mit diesem Satz bin ich eigentlich hinaus und hab mir die ganze Zeit überlegt: Was mache ich? Ich habe gleich in der Nacht eine Presseerklärung geschrieben und sie gefühlt an tausend Presseleute geschickt, weil ich in dem Moment funktionieren musste. Ich habe funktioniert, bis ich irgendwann zusammengebrochen bin. Aber danach habe ich wieder weitermachen können. Ich finde es gut, dass ich funktioniert habe und dass ich diesen ganzen Stress in Aktivismus kanalisiert habe, in »*ich muss was verändern*«. Das ziehe ich bis heute durch. Ich habe währenddessen eine interessante Sache gemerkt: Menschen, die von Rassismus betroffen sind, werden in dieser Gesellschaft nicht gehört. Wir können noch so laut schreien. Sobald wir aber angegriffen werden und Opfer sind, haben wir aus Sicht der Dominanzkultur etwas zu erzählen und werden gehört. Als ich das gemerkt habe, habe ich gesagt: »Ich habe etwas zu erzählen, also hört mir zu«. Und ich habe mehr erzählt als nur: »Ich wurde angegriffen«. Ich habe angefangen, über die Hintergründe zu reden und Menschen motiviert, aktiv zu werden.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was bedeutet es, wenn Überlebende und Angehörige entscheiden, Energie freizusetzen und Ressourcen einzubringen in antirassistische Kämpfe in einem linken politischen Spektrum und dass dabei die Opfer der Anschläge wie auch die Überlebenden und Angehörigen selbst zum Teil sehr stark emotional und romantisch aufgeladen werden – dass eine Art politisches Held*innentum produziert wird, wenn gleichzeitig der tägliche seelische Zusammenbruch mit dem Verlust, den Gewalterfahrungen, dem Einbruch des alten Lebens, den finanziellen Nöten, mit Schuldgefühlen usw. einhergeht? Ich frage das, weil ich es nicht unproblematisch finde, dass Menschen, die von Rassismus betroffen sind und politischen Aktivismus machen, genau in diesem Dilemma stecken, was Du gerade beschrieben hast.

FERAT KOÇAK: Persönliche Geschichten mobilisieren stärker, sie erreichen viel mehr Menschen, als wenn man ihnen einfach rational erklärt, was Rassismus

ist und warum wir ein Rassismus-Problem haben. Wir wollen etwas Positives schaffen, aber Menschen dabei nicht gegen ihren Willen instrumentalisieren. Wenn das auch ihre Forderung ist, dann ist das gut, dann ist der Tod dieser Person nicht umsonst gewesen. Es kann daraus etwas Positives entstehen. Es muss jedenfalls mit Einverständnis der Person sein: Ich erzähle meine Story, weil ich damit einverstanden bin, dass Menschen mitbekommen, wie es mir emotional ging und geht. Wenn wir als politische Akteur*innen zum Beispiel die Bilder der Verstorbenen von Hanau überall aufhängen, ist die Frage natürlich zuerst: »Was macht das mit den Eltern und den Angehörigen? Wollen sie das?« Das muss zuerst geklärt werden.

Lückenlose Aufklärung und solidarische Bündnisse

ONUR SUZAN NOBREGA: Stichwort Leere. Der Kampf um lückenlose Aufklärung und Konsequenzen geht weiter. Manche würden sagen, dass das eine unrealistische Forderung ist. Lückenlose Aufklärung hat es nie gegeben, nirgendwo auf der Welt, und die wird es auch jetzt nicht geben. Wie gehst Du damit um? Was passiert in der Leere zwischen der Artikulation, dem Kampf und dem unerreichten Ziel?

FERAT KOÇAK: Es ist eine Frage der Definition: Was beinhaltet eine lückenlose Aufklärung? – dass der gesamte Tathergang und die Hintergründe aufgeklärt werden? Ist es lückenlos aufgeklärt, wenn die Täter verurteilt wurden oder nicht? Das müsste jeder für sich genauer definieren. Doch ich glaube, dass es nicht so klar definiert werden kann. Der rechte Terror ist nicht aufgeklärt, weil zwei Menschen festgenommen wurden, sondern er ist aufgeklärt, wenn die Fragen der Betroffenen beantwortet wurden. Wir wollen, dass die Nazi-Strukturen innerhalb der Polizei aufgeklärt werden. Die Polizei will das nicht. Sie sagt, es gibt gar keine Nazis bei uns. In genau diesem Wettbewerb stecken wir. Deshalb ist Aktivismus so wichtig, weil wir den Druck erhöhen auf Politik und Behörden. Im Prinzip ist unser einziges Werkzeug, dass wir viele Stimmen auf die Straßen bringen und sehr laut sind. Wenn ich eine Person mehr davon überzeuge, mit mir zusammen für Gerechtigkeit zu kämpfen, dann habe ich schon einen Schritt mehr gemacht und das ist für mich ein Gewinn. Natürlich will ich Aufklärung. Es ist ein Kampf. Aber es ist wichtig zu fragen, wie ich mehr Menschen im Kampf für Gerechtigkeit mobilisiere – für eine Lebensweise, die antirassistisch, antifaschistisch, feministisch usw. ist. Wir

werden nicht den ganzen Kuchen kriegen, aber wir müssen für den ganzen Kuchen kämpfen – oder für die Bäckerei. Das ist die Stoßrichtung. Wenn wir sagen, dass wir nur ein Stück vom Kuchen wollen, dann geben sie uns nur ein kleines Stück von diesem kleinen Stück. Wir müssen sagen: »Wir wollen alles. Wir wollen lückenlose Aufklärung, damit wir zumindest ein bisschen Aufklärung bekommen.« Beim NSU-Komplex gab es Teilerfolge durch den Untersuchungsausschuss, die Akteneinsicht investigativer Journalist*innen, Antifa-Recherche usw., mit denen wir unsere antifaschistische und antirassistische Arbeit fortsetzen können.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was ich beobachtet ist, dass in den vergangenen Jahren communityübergreifende Zusammenarbeit, Bündnispolitik, Allianzen an manchen Punkten zunehmend gut funktionieren. Gleichzeitig können BPoCs sich untereinander rassistisch, sexistisch, klassistisch, queerfeindlich, ableistisch diskriminieren. Daher glaube ich, dass es ganz wichtig ist, sich wirklich zu überlegen, was ein solidarisches Miteinander unter uns bedeutet. Solidarität ist eine gegenseitige politische Praxis – Hand in Hand im Interesse und Wohlwollen aller handelnd. Daher ist es meiner Ansicht nach unerheblich, dafür sensibilisiert zu sein und zu kämpfen, dass soziale, politische, finanzielle und psychologische Hilfe und Unterstützung innerhalb von communityübergreifenden Netzwerken und Bewegungskontexten ein klares Verständnis und eine Haltung von gegenseitiger Solidarität als Praxis beinhaltet. Wie siehst Du das?

FERAT KOÇAK: Da hast Du viele Punkte angesprochen. Erst einmal ist es natürlich wichtig, dass wir den Rassismus innerhalb der von Rassismus unterschiedlich betroffenen Communitys aufarbeiten. Das dürfen wir nicht den Rechten und Konservativen überlassen. Aber es ist wichtig, dass wir das intern kommunizieren und uns die Möglichkeiten geben, dass nicht nur darüber diskutiert wird, sondern dass wir einander stärken können. Der Gedanke, dass wir alle im selben Boot sitzen, muss viel stärker fokussiert werden. Den Zusammenhalt hatten wir etwas mehr bei der ersten Generation der Gastarbeiter*innen, weil die Leute, die aus der Türkei kamen, wussten, dass sie alle im selben Boot in Deutschland sitzen. Aber es gab auch die Leute, die schon in der Türkei diskriminiert wurden und sich zurückgehalten haben, die zum Beispiel nicht kurdisch gesprochen haben vor den türkischen Leuten oder die vor den Sunnit*innen nicht sagen konnten, dass sie Alevit*innen sind. Dieses Verständnis müssen wir immer noch schaffen, damit wir

verstehen, dass wir im selben Boot sitzen und solidarisch sein müssen, weil es sonst kentert. Das ist immer noch ein sehr langer Weg. Natürlich gibt es diejenigen, die diese Kämpfe schon wahrnehmen, oder die, die diese Kämpfe wahrnehmen wollen. Genau mit denen müssen wir arbeiten. Aber es gibt auch viel mehr Leute, die diese Kämpfe nicht wahrnehmen wollen und ihren Alltag leben, ihre Bäckerei haben und Brötchen den Nazi und Migranten verkaufen. Es gibt die Leute, die lieber in Dax-Konzernen arbeiten, die einen Impfstoff entwickeln, viel Geld machen, aber sonst nichts. Wie sehr können wir solche Menschen in diese Kämpfe mit einbeziehen? Ich glaube, das ist die Herausforderung der Zukunft.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ich bin gespannt, wo wir in zehn Jahren stehen werden, wenn wir gemeinsam auf heute zurückschauen. Vielen Dank für das Gespräch, lieber Ferat!

Es ist das Recht eines jeden Menschen

Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Elif Kubaşık und Gamze Kubaşık

Ein Gespräch zwischen Onur Suzan Nobrega und Elif Kubaşık, der Witwe von Mehmet Kubaşık, und Gamze Kubaşık, der Tochter von Elif und Mehmet Kubaşık, der am 4. April 2006 in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt vom NSU ermordet wurde. Am 10. Juli 2018 fiel das Urteil im NSU-Prozess am Oberlandesgericht München. Sicherheit, Gerechtigkeit und eine lückenlose Aufklärung rassistischer Morde in Deutschland gibt es bis heute nicht. Akten, die zur Aufklärung des NSU-Komplexes wichtig wären: verschwunden, für 120 Jahre unter Verschluss. Keine Gerechtigkeit. Kein Schlussstrich.

2006-2021: 15 lange Jahre

ONUR SUZAN NOBREGA: Liebe Elif teyze¹ und liebe Gamze, ich danke Euch dafür, dass wir heute hier in Dortmund Nordstadt zusammen sind und einander kennenlernen. In wenigen Tagen, am 4. April 2021 sind es 15 Jahre, seit Mehmet amca² nicht mehr da ist. In der Zeit zwischen den Jahren 2000 und 2007 sind er und neun weitere Menschen vom NSU getötet worden. Erst im Jahre 2011 wurde der NSU öffentlich, also fünf Jahre vergingen, in denen ihr nicht wusstet, wer den Mord begangen hat, fünf lange Jahre, in denen Eure Familie beschuldigt wurde, fünf lange Jahre in dieser Stadt. Dann vergingen weitere fünf Jahre für den NSU-Prozess am Oberlandesgericht München von 2013 bis

1 teyze (türkisch): Tante ist die informelle, freundliche Anrede für Frauen, die älter sind als die adressierende Person, »teyze« oder »abla« (türkisch: große Schwester) genannt, auch wenn keine Verwandtschaftsbeziehung besteht.

2 amca (türkisch): Onkel ist die informelle, freundliche Anrede für Männer, die älter sind als die adressierende Person, »amca « oder »abi« (türkisch: großer Bruder) genannt, auch wenn keine Verwandtschaftsbeziehung besteht.

zur Urteilsverkündung im Jahre 2018. Das ist jetzt drei Jahre her. Ich würde gerne mit Euch über Eure Erfahrungen der letzten 15 Jahre sprechen, weil ich fest davon überzeugt bin, dass die Überlebenden und Angehörigen der jüngsten rassistischen Gewalttaten und Morde und alle Menschen, die Eure Worte aufmerksam lesen werden, von euren Erfahrungen, Erinnerungen und Kämpfen sehr viel für sich und über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Handlungsmacht in dieser Gesellschaft, lernen können. Etwas zu lernen, heißt ja, sowohl in die Vergangenheit zu schauen, in der Gegenwart zu sein, Kontinuitäten und Unterschiede feststellen zu können und auch Perspektiven, Visionen, Sorgen und Wünsche hinsichtlich dessen, was werden könnte, also die Zukunft zu formulieren. Für Überlebende und Angehörige, die in den vergangenen zehn Jahren, also nach dem Öffentlichwerden des NSU, ihre Familienmitglieder verloren haben, so wie die Familie von Burak Bektaş und Luke Holland in Berlin 2012 und 2015, die Familien der Opfer des Anschlags in Hanau 2020, Arkan Hussein Khalaf in Celle 2020 und so viele weitere Familien und Überlebende wie in Halle 2019, sind die seelischen Wunden und zum Teil auch die materiellen Sorgen noch sehr frisch, es ist wenig Zeit vergangen für die Verarbeitung eines so traumatischen Ereignisses, wenn das überhaupt möglich ist in einer Lebenszeit. Wenn Du, Gamze, jetzt zurückschaust auf all das, was passiert ist, welche Rolle spielt da die Zeit?

GAMZE KUBAŞIK: Welche Rolle spielt für mich die Zeit? Die Zeit von der Ermordung meines Vaters im Jahr 2006 bis zum Jahr 2011 war so, dass ich mich immer rechtfertigen musste. Ich und meine Familie wurden in eine Schublade gesteckt, in der wir nicht hätten sein sollen. Das war eine Zeit des Kampfes und wir hatten jeden Tag zu kämpfen. Wie Du ja weißt, mussten wir uns beweisen, es wurde viel über uns berichtet und es wurde viel über uns gesprochen. Sachen, die auf unsere Familie und auf meinen Vater nicht zutreffen. Das war eine schwierige Zeit, eine emotionale Zeit, eine Zeit, in der wir bzw. ich über das Schicksal, die Ermordung und über den Verlust meines Vaters nicht trauern konnten. Das Kämpfen hat mich daran gehindert zu trauern.

ONUR SUZAN NOBREGA: Elif teyze, welche Bedeutung hat die Zeit in Deinem Leben mit all den Geschehnissen und Gefühlen, die Du über die letzten 15 Jahre erlebt hast? Ich hatte vor ein paar Tagen ein Gespräch mit Ibrahim Arslan, der den Brandanschlag in Mölln 1992 als Kind überlebte und uns in Verbindung miteinander gebracht hat. Er sagt: »Die Zeit heilt nicht alle Wunden«. Wie ist das für Dich?

ELIF KUBAŞIK: Ich stimme ihm zu. In den letzten 15 Jahren erlebe ich einen andauernden Schmerz. Am wichtigsten sind die Geburtstage meiner Kinder, Mehmet's Geburtstag und auch die Festtage. Diese Tage erlebe ich wie in einer Taubheit, man sehnt sich nach ihm. Er hat zum Beispiel die Hochzeiten seiner Kinder und seine Enkelkinder nicht sehen können. Er hätte das alles sehen müssen. So wie jeder Mensch das Recht hat, seine Enkelkinder zu sehen, so war es auch sein Recht. Seine Kinder sind erwachsen geworden, das hat er nicht gesehen. Ihre Jugend hat er nicht gesehen. Entschuldige, manchmal werde ich so emotional. Alle haben gesehen, wie ihre Kinder erwachsen geworden sind oder wie sie zusammen mit ihnen Dinge erleben konnten, wir konnten das alles nicht erleben. Uns wurden viele gemeinsame Erlebnisse weggenommen. Am Anfang fragten wir uns: »Warum ist das alles so passiert?« Dann haben sich die Dinge offenbart. Anfangs liefen wir mit dem Kopf nach unten. Man wusste nicht, bei wem man sich rechtfertigen muss, da immer Anschuldigungen kamen gegen Mehmet und uns. Wir haben darunter sehr gelitten und den Schmerz erlebst du für immer. Also klar, man läuft, man isst, man macht dies und das aber so etwas prägt dich sehr stark. Es ist das Recht eines jeden Menschen, und es war auch das Recht Mehmet's, die Hochzeit seiner Kinder und seine Enkelkinder mitzuerleben. Wieso und weshalb? Ein unschuldiger Mensch. Das ist sehr schwer zu ertragen.

Leben für die Würde der Familie – Leben mit Kriminalisierung, Sorge und Unsicherheit

ONUR SUZAN NOBREGA: So viel Schmerz, Verlust, Ungewissheit, Angst und dann fingen die Menschen auch schon an mit der rassistischen Kriminalisierung der Opfer, von Mehmet amca und Eurer Familie. Gamze, wie hast Du das überlebt? Was hat Dir Sicherheit gegeben?

GAMZE KUBAŞIK: Die Zeit nach der Ermordung meines Vaters, in der ich das Haus kaum verlassen habe, weil ich mit der Situation nicht umgehen konnte, mit dem Gerede und Gelästere, die konnte ich einfach nicht verarbeiten, weil ich auch niemandem beweisen konnte, dass das alles nicht stimmt, was man in den Medien über meinen Vater erzählt oder geschrieben hat. Das konnte ich einfach nicht beweisen und das war für mich die schlimmste Zeit. Das erste Jahr. Ich war zu dem Zeitpunkt 21 Jahre alt. Zu dem Zeitpunkt hatte ich das Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung besucht. Gott sei Dank hatte ich

damals noch ein paar Monate Unterricht und dann kamen die Prüfungen und danach sollte ich eigentlich eine Ausbildung beginnen, was ich nicht konnte. Es war für mich so: Verstecke dich lieber, dann bist du weg von allem, du hörst nichts, bist in deinen vier Wänden. Das hat mir Sicherheit gegeben. Draußen zu sein war für mich nicht mehr sicher. Das war für mich die schlimmste Zeit. Gott sei Dank hatte ich zwei enge Freundinnen, die haben dann viel mit mir unternommen. Die sind auch zu Besuch gekommen und haben gesagt: Das geht so nicht weiter Gamze, das ist nicht das Leben, das bist nicht du. Ich habe dann mit der Zeit so langsam wieder angefangen mit Allem, mich wieder mit Freunden zu treffen und ich bin dann natürlich auch raus gegangen. Hat es mir gutgetan? Nein, hat es nicht. Wieder rauszugehen, in die Öffentlichkeit, andere Menschen zu treffen – das hat mir teilweise nicht gutgetan, aber ich hatte keine andere Wahl, weil ich mich nicht verstecken konnte.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wie war es für Dich rauszugehen?

GAMZE KUBAŞIK: Ich lebe in Dortmund, wir wohnen in der Nordstadt, da hört man das ein oder andere. Ich kann dir dazu eine Geschichte erzählen, da war ich mit meiner Freundin draußen. Sie hat Bekannte getroffen und sich kurz mit denen unterhalten. Ich habe sie kurz begrüßt. Wir waren zu dem Zeitpunkt in der Stadt, ich bin zu den Schaufenstern gegangen. Als sie noch sprachen, meinte eine der beiden Frauen: »Ist das deine Freundin?« Meine Freundin antwortete mit: »Ja, Gamze ist eine gute Freundin von mir«. Die Frau kommentierte: »Ich kenne sie, das ist doch die von dem der Mann, der erschossen wurde?« Sie antwortete: »Nein, der Vater von ihr.« Ich war zwei Schritte entfernt von denen und dann sagte sie: »Weißt du, irgendwie hat er das doch verdient, wenn er an Jugendliche Drogen verkauft hat.« Das waren die Gerüchte in Dortmund, dass mein Vater Drogen an Jugendliche verkauft hätte. Für mich war das so: »Gamze, die Leute, die glauben daran, die haben deinen Vater in eine Schublade gesteckt und der kommt da nicht mehr raus.« Ich musste was tun, aber ich konnte halt nicht, weil: Wie sollte ich das machen? Wer glaubt mir? Ich habe als Reaktion darauf alles geschluckt. Ich habe mich nicht umgedreht und habe nicht gesagt: »Nein, stimmt nicht«. Warum ich das nicht gemacht habe, weiß ich auch nicht. Ich kann es dir nicht sagen. Vielleicht wollte ich kein Gespräch anfangen, vielleicht wollte ich keine Diskussion.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, das kann ich verstehen. Die Kriminalisierung der Opfer, Überlebenden und Angehörigen rassistischer Anschläge nennt der Überlebende des Möllner Brandanschlags Ibrahim Arslan »einen weiteren Anschlag« gegen die Familien. Für Ibo, der uns ja auch einander vorgestellt hat, ist es notwendig, dieser Kriminalisierung entgegenzutreten. Er sagt, er hat sich, nachdem, was er über den NSU-Komplex erfahren hat, bewusster politisiert, besonders was die Kriminalisierung angeht. Andere Menschen, die rassistische Anschläge erlebt haben, entscheiden sich, Deutschland zu verlassen, weil sie es nicht ertragen, in einem Land zu leben, in dem so etwas passiert. Wieder andere bleiben, möchten aber nicht öffentlich werden. Wie versteht Ihr diese Entscheidungsprozesse?

GAMZE KUBAŞIK: Ich kann Familien verstehen, die sagen, die Sache ist für mich gegessen und so ist es, wie es gerade ist. Aber für mich ist es so, dass ich keine innerliche Ruhe habe, wenn ich sage, ich stecke das jetzt in eine Schublade und für mich ist die Sache somit gegessen, also mein Vater wurde von Nazis umgebracht und das ist jetzt halt so, das war jetzt unser Schicksal, so ist es nämlich nicht. So habe ich auch keine innere Ruhe, nicht als Tochter, nicht nachdem man meinen Vater so schlecht gemacht hat. Hier ist der Staat schuldig, weil der Tod meines Vaters hätte verhindert werden können. Das wird mich bis zu meinem Tod mitbegleiten – dass mein Vater nur schlecht geredet wurde. Da spielt die Polizei eine große Rolle, die haben meinen Vater zu einem Drogendealer gemacht, die haben meinen Vater zu einem Mafiosi gemacht. Ich kann so etwas nicht einfach vergessen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Hat sich in den letzten zehn Jahren, also nach 2011 und dem Gerichtsprozess etwas an dem Verhalten dieser Menschen in Dortmund geändert? Haben sich Menschen bei Euch entschuldigt?

GAMZE KUBAŞIK: Bei mir hat sich direkt keiner entschuldigt. Als die Leute davon erfahren haben, kamen zwei Gesichter zum Vorschein. Erst einmal reden sie hinter deinem Rücken und dann erfährt man, dass das alles doch nicht so ist, und dann reden sie ganz anders: »Wir wussten doch, dass das nicht stimmt. Wir wussten doch, das kann nicht sein.« Ich kenne viele Leute, die mich heute noch angucken und sagen: »Wir wussten das, ach Mehmet nein, niemals, der Mann würde so etwas nicht tun«, aber ich weiß, vor 2011, da hat diese Person viele Lügen erzählt. Sie sagten: »Der hat bestimmt so etwas gemacht. Er ist doch immer in die Türkei gereist und dann mit der Tochter und

dann haben die doch bestimmt immer was geschmuggelt«. Aber der kann mir heute noch ins Gesicht gucken und sagen: »Nö, ich habe das niemals gesagt«. Wenn ich jetzt Jahre später darüber nachdenke, verstehe ich das immer noch nicht. Ich glaube, die Menschen sprechen den anderen Menschen nach, das ist eine Veranlagung von vielen Menschen, die nichts Gutes wollen – in meinem Umfeld und auch generell.

ONUR SUZAN NOBREGA: Es ist so traurig, dass Du so jung nach dem Verlust Deines Vaters auch noch um die Würde Deines Vaters und Eurer Familie kämpfen musstest.

GAMZE KUBAŞIK: Der Kampf, in der Zeit, in der wir nicht wussten, wer das war, hat mir nicht gutgetan. Nach 2011, als wir dann erfahren haben, was passiert ist, ist mir eine Last von den Schultern gefallen. Ich habe echt viel mit mir getragen. Das war so eine Last, ich habe mich frei gefühlt von dem Tag an. Ich wusste: Alle Kanäle haben darüber berichtet. Es war ein gutes Gefühl und an dem Tag habe ich gedacht: »Okay gut, du versteckst dich nicht mehr, du zeigst dich jetzt, und du darfst jetzt sprechen, du bist keine Täterin mehr«. Dann fing die Zeit an, wo ich dachte: »Wir bekommen Gerechtigkeit«. Ich dachte: »Wir kriegen eine hundertprozentige Aufklärung«. Es ging dann alles so schnell. Wir wurden eingeladen von den Regierenden dieses Landes, von Merkel, da gab es Versprechungen, dass wir eine hundertprozentige Aufklärung bekommen werden. Ich habe daran geglaubt. Für mich war das wichtig und heute ist es immer noch so, dass die Ehre meines Vaters schlecht gemacht wurde, aber dann wussten alle, das stimmt nicht und genau das war ein gutes Gefühl für mich.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wie war das für Dich Elif teyze in dieser Zeit als verwitwete, plötzlich auch alleinerziehende Mutter mit all den Anschuldigungen umzugehen, Sorge für die Familie zu tragen und gegen die Unsicherheit anzukämpfen?

ELIF KUBAŞIK: Wie Gamze schon sagt, wir führen unseren Kampf für Mehmet, meinen Mann. Zuhause wurde ich Mutter und Vater seit Mehments Tod. Ich hatte viel Verantwortung. Wenn meine Kinder zu spät nach Hause kamen, konnte ich nicht schlafen, ich habe immer gefragt: »Wann kommt ihr nach Hause?« Da haben meine Kinder mir entgegnet: »Wieso machst du dir denn solche Sorgen?« Verstehst Du, Onur: Meine Verantwortung ist eine ganz an-

dere geworden. Bei der Beerdigung meines Mannes wurde uns der Vorwurf gemacht, mein Mann hätte eine Affäre gehabt. Mein Mann und ich, seit wir 16 oder 17 waren hatten wir eine geheime Liebe im Dorf – also beim Thema Ehre habe ich niemals an meinem Mann gezweifelt, niemals im Leben. Er hat seine Augen mit mir geöffnet und mit mir geschlossen, könnte man sagen. Dann gab es noch den Vorwurf, er hätte etwas mit Alkohol oder Glücksspiel am Hut gehabt, aber Mehmet war nicht so ein Mensch.

ONUR SUZAN NOBREGA: Nach all diesen Erfahrungen, was bedeutet es für Dich heute, Dich in der Gesellschaft unsicher oder sicher zu fühlen?

ELIF KUBAŞIK: Sicherheit in der Gesellschaft, naja. Viele Leute stehen hinter uns und das macht mich glücklich. Aber nachdem, was alles passiert ist, kann ich niemandem mehr vertrauen. Also in dem Viertel, in dem ich lebe, kann ich mich wieder geborgen fühlen. Es gibt Menschen, bei denen ich mich sehr geborgen und vertraut fühle. Das sind Menschen, die uns schon sehr lange kennen, die wissen, wer wir sind, deswegen habe ich mich in diesen Freundschaften nie unsicher gefühlt. Viel wichtiger ist allerdings, dass man sich selbst vertrauen kann. Wem du nach dir selbst vertrauen kannst und wem nicht, ist dann eigentlich nicht so wichtig.

ONUR SUZAN NOBREGA: Gamze, wie ist das für Dich?

GAMZE KUBAŞIK: Fünf, sechs Jahre nach dem Mord an meinem Vater habe ich mich langsam wieder sicher gefühlt. Aber natürlich gibt es immer wieder Situationen, in denen ich mich nicht sicher fühle. Ich würde sagen, dass ich mich in Dortmund schon sicher fühle. Das war eine Zeit lang nicht so, deswegen bin ich ein Jahr lang nicht rausgegangen. In Dortmund gibt es ganz viele Nazis, die hier leider wohnen und leben. Ich habe selbst keine so große Angst, ich fühle mich teilweise sicher und auch nicht sicher. Das Gefühl von Sicherheit jedenfalls kam für mich mit der Zeit, also es wird immer besser.

ONUR SUZAN NOBREGA: Du hast gerade die Dortmunder Naziszene angesprochen, die bundesweit bekannt ist und bei der wir uns Sorgen darum machen müssen, wie sicher es ist, hier weiterhin zu leben. Elif teyze, was macht diese anhaltende Gefahr durch Nazis hier in der Stadt mit Dir?

ELIF KUBAŞIK: Natürlich sind wir diejenigen, die an vorderster Stelle stehen, wenn es darum geht, gegen Gewalt zu sein. Sagen wir mal, es gibt eine Naziblockade, da bin ich schon sehr oft hin, sei es vor dem Laden oder vor unserem Haus. Das Jahr vor Corona, 2019 zum Beispiel, da waren fünf Nazi-Demonstrationen angemeldet. Ich habe Videos aufgenommen und dann alle angerufen, die Polizei und die Leute, die bei der Stadt arbeiten. Ich habe geschrien, alle sind gekommen und was ist passiert? »Sie haben Maßnahmen ergriffen« – sagen sie, doch was soll das heißen? Die bringen meinen Mann um, also die sind verantwortlich für den Tod meines Mannes und dann machen die eine Demo vor meinem Haus? Fünf Wochen gingen diese Nazis hier demonstrieren. Das war im Dezember 2019, jede Woche. Dann habe ich die Sicherheitsbehörden angerufen, die waren innerhalb einer halben Stunde da. Manchmal sage ich »die haben doch keine Schuld«, aber eigentlich haben sie ja schon Schuld, sie sollen mal wirklich ihre Maßnahmen ergreifen. Dass die Nazis vor meinem Haus aufmarschieren können! – Da muss die Stadt sensibler werden, die müssen an uns denken. »Hier, schau mal, diese Familie lebt da.« Viele Menschen wissen, wo wir leben. Jedes Mal heißt es: »Das liegt nicht in unserer Hand, die sind genehmigt.« Aber die Polizei muss uns gegenüber sensibel sein, die müssen das bedenken. Ich habe gesagt: »Ich nehme einen Stein und schlage zu, ich werde Eier werfen. Das werde ich machen«. Sollen sie mir doch antun, was sie mir antun möchten. Ich bin doch sowieso schon wie ohnmächtig. Ich habe keine Kraft mehr. Ich habe ein gewisses Alter erreicht, ich habe so viele schlimme Dinge gesehen.

Der Kampf gegen Rassismus und für lückenlose Aufklärung

ONUR SUZAN NOBREGA: So viele erschütternde Dinge und gleichzeitig muss man sagen, dass Überlebende und Angehörige wie auch antirassistische Aktivist*innen viel von Euren Kämpfen gelernt haben – gerade weil wir uns alle wünschen, dass diese Gewalt des rassistischen Terrors und strukturellen Rassismus aufhört. Gamze sagte, dass es der Kämpfe bedarf, die einem allerdings auch nicht immer so guttun. Die Angehörigen in Hanau sagen das Gleiche, dass sie verpflichtet sind, diese Kämpfe um Aufklärung, Konsequenzen, Erinnerung für ihre verstorbenen Familienmitglieder durchzustehen, weil das sonst niemand für sie machen wird. Aber gleichzeitig hat man kurz nach einem so traumatischen Ereignis keine Zeit, um zu trauern, denn der Kampf um Aufklärung setzt ein, der Kampf um die eigene Existenzsiche-

rung, wenn das Leben gewaltsam zerstört wurde, und um das Gedenken für das geliebte Familienmitglied. Was würdest Du sagen, hast Du in den vergangenen 15 Jahren gelernt, was den Kampf für Mehmet amcas Gedenken, gegen Rassismus und für die lückenlose Aufklärung des NSU-Komplex betrifft?

ELIF KUBAŞIK: Was habe ich gelernt? Anfangs habe ich gelernt zu kämpfen. Beispielsweise wusste ich nichts von Demonstrationen bis dahin. Mit Gamze haben wir Demonstrationen organisiert. Wir haben so viel getan, wie wir konnten. Wir sind von Tür zu Tür gegangen, um nach Unterstützung zu fragen. Ich weiß mittlerweile, dass ich in dem Gerichtsprozess Recht zugesprochen bekommen habe, und ich habe das sowieso gewusst, dass ich Recht habe, dass mein Mann unschuldig ist. Wir hatten ja keinen Streit mit anderen Familien oder Feinde. Das wusste ich, da war ich mir sicher. Deswegen bin ich mit diesem Gerichtsprozess immer am Ball geblieben. Wir haben im Jahr 2006 oder 2007 Journalisten nach Hause eingeladen für Reportagen. Da haben sie uns gefragt, weshalb das passiert ist, da wusste ich nicht einmal, was Nazis sind. Wir nannten sie Rassisten. Nazis habe ich gesehen, aber ich wusste nicht, weshalb und wofür oder wogegen sie marschieren. Damals in den 90ern, als wir nach Deutschland kamen, da trugen sie noch Schnürstiefel und hatten ganz bestimmte Klamotten an. Wenn man sie gesehen hat, dann hat man sich ein wenig erschreckt. Und jetzt zuletzt, also beim Gerichtsprozess wurde klar, dass es sich um Nazis handelte und dass sie selbst im Staat drin sind. Ich glaube, der Staat hat zu 99 Prozent Schuld. Das habe ich verstanden. Denn hätten sie recherchiert, wäre Mehmet vielleicht nicht gestorben, vielleicht wäre auch Halit Yozgat nicht gestorben und auch die anderen nicht.

ONUR SUZAN NOBREGA: All diese verschwundenen Akten und die Akten, die für 120 Jahre unter Verschluss sind, was soll das aus Eurer Sicht bedeuten?

ELIF KUBAŞIK: Für mich ist wichtig, und ich denke, das wissen viele, dass dies eine Sache ist, die innerhalb des Staates passiert ist. Jeder weiß, weshalb diese Akten verschollen sind, warum sie versteckt wurden, es gibt einen Grund. Was könnte dieser Grund sein? Sie möchten nicht, dass ihrem Staat etwas so Schlimmes angehängt wird, was ganz klar mit Rassismus verbunden ist. Welcher Staat würde es denn wollen, für Rassismus und Terror bekannt zu sein?

GAMZE KUBAŞIK: Ich habe einmal meinen Anwalt gefragt, was wäre, wenn das jetzt alles umgekehrt wäre. Wenn jetzt sagen wir mal ein Türke zehn Jahre lang untergetaucht wäre und er hätte beispielsweise nur Deutsche erschossen. Würde das dann genauso ablaufen? Mein Anwalt ist Deutscher und er hat gesagt: »Da würden, ich bin mir sicher, keine Akten verschwinden, da wäre nichts versteckt worden.« Die Familien hätten, wenn ich zum Beispiel nicht Gamze, sondern die Steffi wäre, eine lückenlose Aufklärung bekommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Du bist ja in Deutschland aufgewachsen, Deine Kinder sind hier geboren und Deine Eltern hatten in der Türkei als kurdische und alevitische Minderheit Diskriminierung erlebt und sich auch deswegen entschieden, aus der Türkei nach Deutschland zu gehen, ihr Zuhause aufzugeben, um hier sicher leben zu können mit ihren Kindern. Diese Sicherheit wurde Euch gewaltsam genommen. Was bedeutet Zugehörigkeit für Dich nach all diesen Erfahrungen?

GAMZE KUBAŞIK: Ich hatte immer deutsche Freundinnen, bei denen ich auch zu Hause war, deutsche Freunde, die zu mir gekommen sind, man hat bei mir übernachtet. Ich wurde nie wegen meines Aussehens, wegen meiner Religion oder wegen meiner Herkunft oder wegen meiner Eltern beleidigt, beschimpft oder Sonstiges. Es war nie die Frage bei mir, ich habe mich in diesem Land so wohlfühlt. Für mich war das meine Heimat und die Türkei war für mich ein Urlaubsort und das Land, aus dem meine Eltern kommen. So war das bis 2006. Ich hatte meinen Glauben an den Staat nie in Zweifel gezogen. Das, was die vom Staat gesagt haben, war für mich richtig. Nach dieser Zeit und während des Gerichtsprozesses habe ich das erste Mal dieses Fremdsein gefühlt. An dem Fall meines Vaters und während des Prozesses in München habe ich meinen Glauben an den Staat verloren. Ich glaube nicht mehr daran, dass das auch mein Staat ist, in dem ich mich vorher doch wohlfühlt habe, sicher gefühlt habe und das, was hier gemacht wird, war für mich immer richtig. Aber heute, wenn man mich heute fragt, ist das leider nicht mehr so. Das hat mir dieser Staat weggenommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Die Erfahrungen mit strukturellem Rassismus in Deutschland, sei es mit staatlichen Behörden, den Gerichten, der Polizei, der Schule und im Alltag, führen viele von Rassismus betroffene Menschen dazu, sich zu politisieren und antirassistisch aktiv zu werden. Manche Angehörige und Überlebende rechten Terrors, z.B. in Hanau, haben mir erzählt, dass

sie sich seit den Morden an ihren Familienangehörigen und in ihrer Stadt erstmals mit Rassismus bewusst beschäftigen und viele Jahre lang zwar über die Medien von rassistischen Anschlägen gehört, sich aber nicht aktiv gegen Rassismus politisch eingesetzt haben. Wie ist das bei dir, Gamze?

GAMZE KUBAŞIK: Ich weiß, was Du meinst, aber wollte ich mich wirklich mit Rassismus beschäftigen? Nein. Will ich mich heute noch damit beschäftigen? Nein. Heute will ich mich nicht damit beschäftigen, weil ich dann einfach meine innere Ruhe nicht finden kann. Es tut mir zwar gut, wenn ich darüber rede, aber es würde mir nicht guttun, wenn ich immer mit der Sache in Verbindung gesetzt werde und wenn ich immer etwas damit zu tun habe. Es gibt zum Beispiel den Vorschlag, in verschiedene Schulen hier in der Gegend zu gehen und ich möchte mich da auch vorstellen und meine Situation und mein Schicksal erzählen. Ich weiß, es wird mir guttun, aber ich kann nicht zu jeder Veranstaltung gehen und einen Vortrag halten. Mein Vater ist jetzt seit fast 15 Jahren nicht mehr bei uns. Ich kann das bis heute nicht verarbeiten. Wie soll ich das denn jetzt erklären? Ich brauche Zeit, ich kann nicht.

ONUR SUZAN NOBREGA: In den Medien wirst Du über den Prozess am Oberlandesgericht in München als eine Frau mit sehr viel kämpferischer Kraft dargestellt und Du und Deine Mutter habt über fünf Jahre lang den Prozess als Nebenklägerinnen begleitet. Wie war die Zeit währenddessen und danach für Dich aus Deiner heutigen Perspektive?

GAMZE KUBAŞIK: Ich habe nach fünf Jahren Prozesszeit bemerkt, dass ich stoppen muss. Das hat mich so mitgenommen. Dieser Prozessverlauf hat mich echt viel Kraft und Nerven gekostet. Es war sehr schwer für mich, viele der anderen Familien, die ich kannte, haben aufgegeben und sind nicht mehr erschienen nach einem Jahr. Wir haben das fünf Jahre lang durchgezogen. Wir sind zum Prozess gegangen und sind wieder zurück, weil beispielsweise einer von den Angeklagten Kopfschmerzen hatte – und dann wurde alles abgesagt für die Woche und auf die nächste Woche verschoben. Wir sind also dann an dem Tag wieder nach Dortmund gefahren und sind die darauffolgende Woche wieder nach München geflogen. Das haben wir durchgezogen. Viele Familien haben gesagt: »Nein, das machen wir nicht. Die spielen mit uns, die verarschen uns. Das bringt sowieso nichts.« Wir wussten natürlich auch, dass das nichts bringt. Ich hatte Hoffnung auf hundertprozentige Aufklärung. Ich dachte: »Die innere Ruhe wird da sein, ich weiß, ich kann jetzt abends wieder

in Ruhe schlafen und werde nicht mehr darüber nachdenken müssen, warum, weshalb, wie ist das passiert? War mein Vater ein Zufallsopfer oder hat man ihn vielleicht Tage vorher beobachtet?» Während dieses Prozesses ist es nicht dazu gekommen. Das habe ich relativ schnell gemerkt. Ich wollte während des Prozesses nicht gehen und sagen: »Ich möchte mit dem Prozess nichts mehr zu tun haben, weil das sowieso nichts mehr bringt und das sowieso nie etwas bringt und das ist alles nur Müll, was ihr da macht. Also ihr macht da nur so eine Schauspielerei.« Ich wollte das nicht sagen – so wie viele Familien das gesagt haben. Ich habe zu mir selbst gesagt: »Ich kämpfe, ich lass mich trotzdem da blicken, auch wenn mir dieser Prozess nicht gefällt, aber ich als Tochter möchte sagen, dass ich hier bin.« Ich wusste, hier hätte vieles aufgeklärt werden können, aber es passierte nichts, weil das der Staat meiner Meinung nach nicht wollte.

ONUR SUZAN NOBREGA: Welche Folgerungen hast Du daraus für Dich persönlich gezogen?

GAMZE KUBAŞIK: Ich muss sagen: In der ganzen Geschichte ist das Einzige, worauf ich stolz bin, unsere Anwälte. Die geben uns Halt, die geben uns Kraft, die helfen uns bei allem, die unterstützen uns. Auch wenn ich körperlich und seelisch nicht mehr kann, sind sie da und sagen: »Wir geben nicht auf. Wir sind immer für euch da. Dieser Kampf wird so lange weitergehen, bis ihr eure Aufklärung bekommen habt. Bis ihr sagt: Damit können wir leben.«

ONUR SUZAN NOBREGA: Wie ist das für Dich, Elif teyze? Welche persönlichen Folgerungen hast Du gezogen aus dem, was während und nach den Gerichtsprozessen passiert ist?

ELIF KUBAŞIK: Wie ich vorhin sagte, am Anfang wurden wir alleine gelassen und marginalisiert, aber wenn du die Menschen siehst, die auch diesen Kampf mit dir eingehen, dann weißt du, dass dein Weg der richtige Weg ist. Also ich sehe das in der Form, dass ich sage, ich kämpfe und andere Menschen teilen meine Meinung und kämpfen mit mir. Abgesehen von Gerechtigkeit kommt mir Vertrauen sehr wichtig vor. Sagen wir mal, heute würde etwas passieren, wenn ich ein Problem hätte und nehmen wir Ali Şirin von unserer Initiative hier in Dortmund als Beispiel: Das, was er sagt, gibt mir Vertrauen. Ich weiß und ich fühle es, diese Person steht hinter mir, egal ob es etwas Gutes oder etwas Schlechtes ist. Er stand hinter mir, als es

um den Gerichtsprozess ging. Früher hatte ich zum Beispiel Schwierigkeiten damit, zu vertrauen und das ist auch immer noch so. Manchen Menschen vertraue ich einfach nicht, da trete ich einen Schritt zurück.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was ist Gerechtigkeit und Solidarität nach all diesen Erfahrungen für Euch?

GAMZE KUBAŞIK: Gerechtigkeit ist für mich, wenn ich meine Rechte bekomme und meine innere Ruhe damit habe. Das ist für mich Gerechtigkeit. Ich kann aus Erfahrung für mich und meine Geschwister sprechen. Natürlich gibt es ganz viele Menschen, die ich kennengelernt habe in meiner Umgebung, und auch viele, die ich nicht persönlich kennengelernt habe, die uns unterstützen, uns helfen wollen, indem sie uns nicht alleine auf diesem Weg lassen. Das ist für mich Solidarität. Das kannte ich ja in den Jahren davor nicht, wir waren so alleine gelassen und ja, man hat nur über einen schlecht geredet, von daher kannte ich Solidarität nicht. Ich habe das erst nach 2011 erfahren, was das für ein Gefühl ist, dass jemand einem zuhört und einem beisteht. Ich habe zum Beispiel eine sehr enge Bindung mit Semiya Şimşek. Wir haben zusammen viel unternommen und haben einen sehr starken Zusammenhalt. Man muss aber auch die Familien verstehen, die in Ruhe gelassen werden möchten. Ich würde mir wünschen, dass alle betroffenen Familien zusammenhalten, dass sie sich nicht verstecken oder leise sind oder sagen, dass sie Angst haben und die Tür zu machen. Ich würde mir das wünschen, denn je mehr die Familien mit uns sind, desto stärker sind wir. Und wenn ich heute nicht kann, dann kann zum Beispiel Semiya morgen; auch wenn Semiya jetzt in der Türkei lebt, sie kommt schon öfters nach Deutschland und wäre sicherlich dabei.

ELIF KUBAŞIK: Was ist Gerechtigkeit? Dass alle Schuldigen ihre Strafe bekommen, also dass es eine angemessene Strafe geben wird. Leider haben wir diese Gerechtigkeit nicht erleben können. Es gibt zwar Gerechtigkeit, die konnten wir aber nicht in der Form erfahren, in der wir sie uns vorgestellt haben. Wenn die Vorstellung nicht erfüllt wird, was passiert dann? Der Prozess hat zu keiner Gerechtigkeit geführt. Es gibt zwar eine moralische Gerechtigkeit, aber die juristische Gerechtigkeit hat es nicht gegeben. Selbst die Versprechen, die uns gemacht wurden, wurden nicht eingehalten. Wenn u mich aber nach der Gerechtigkeit meines Gewissens fragst, dann bin ich mit dieser absolut in Frieden mit mir. Ich habe für Gerechtigkeit gekämpft, ich habe getan, was ich tun konnte. Ich stand immer aufrecht, wenn es um den Vater mei-

ner Kinder ging. An diesem Punkt kann an mir keiner etwas aussetzen. Das ist eine moralische Gerechtigkeit. Wenn es um meinen Mann geht, kann niemand über mich urteilen. Ich bin nur zur Grundschule gegangen, kann kein perfektes Deutsch, Bildung fehlt mir, aber ich habe immer weiter gekämpft. Mit Gamzes Deutsch und meinem Türkisch ging alles – sei es ein Streit oder ein Konflikt. Ich bin eine starke Frau. Ich habe die Kraft, mit meinen Worten zu kämpfen. Wenn Du aber nach der Gerechtigkeit im Gericht fragst, so kann ich Dir sagen: Wir haben keine Gerechtigkeit erlebt.

Gedenken, erinnern und mahnen

ONUR SUZAN NOBREGA: Ich würde gerne mit Euch über das sprechen, was für Euch *gedenken*, *erinnern* und *mahnen* bedeutet. Was ist für Dich Elif teyze besonders wichtig?

ELIF KUBAŞIK: Sein Grab.

ONUR SUZAN NOBREGA: Mehmet amcas Grab ist ja in Kahramanmaraş in der Türkei. Hier in Dortmund gibt es ja seit 2012 in der Mallinckrodtstraße, wo euer Kiosk war, die Gedenktafel, auf der steht: »Zum Gedenken an Mehmet Kubaşık«. Im Juli 2013 wurde in der Nähe des Dortmunder Hauptbahnhofs ein Mahnmal für alle zehn Todesopfer des NSU errichtet. Im Jahre 2019 wurde der Platz, der im Karree »Münsterstraße/Mallinckrodtstraße/Kleine Burgholzstraße« liegt, in Mehmet-Kubaşık-Platz umbenannt. Die Gedenkorte für die vom NSU ermordeten Menschen werden immer wieder beschädigt. Diese Schändungen fanden in Zwickau, Kassel, Rostock, Heilbronn und Nürnberg statt

ELIF KUBAŞIK: Ja. Als hier der Platz Mehmet-Kubaşık-Platz umbenannt wurde, da dachte ich, dass da doch auch stehen muss, wieso er getötet wurde. Viele Leute wissen das gar nicht. Deswegen war es für mich wichtig, dass da steht, dass er von Nazis ermordet wurde und auch was Nazis sind. Ich denke, der schönste Gedenkort ist in Dortmund. Er ist sehr bedeutungsvoll. Abends ist er beispielsweise beleuchtet und jeder kann nachlesen, es steht sogar auf Griechisch da, wieso und weshalb es zu dem Mord kam. Gedenken ist etwas sehr Schönes, so bleibt Mehmet in täglicher Erinnerung und die Menschen werden nicht vergessen, was passiert ist. Für die kommenden Generationen

ist das sehr wichtig. Es müssten auch an Schulen Reportagen dazu gezeigt werden. Die jungen Leute müssen das wissen, das ist sehr wichtig.

ONUR SUZAN NOBREGA: Gibt es ein Denkmal oder eine Gedenktafel in der Türkei?

ELIF KUBAŞIK: In der Türkei haben wir das noch nicht angesprochen. Gute Idee. Es wäre schön, auch dort ein Gedenken zu haben. Das werde ich mal in die Wege leiten. Also ich denke, da sollte man schon eine Art Gedenktafel machen – entweder in Kahramanmaraş oder in Gaziantep, wo wir leben, wenn wir in der Türkei sind.

ONUR SUZAN NOBREGA: Es gibt ja auch einige Filme, Theaterstücke, Kunstprojekte, die sich mit Euren Kämpfen und dem NSU-Komplex befassen. Werdet Ihr in diese Projekte immer mit einbezogen und wie sind da Eure bisherigen Erfahrungen?

GAMZE KUBAŞIK: Ja, Ich finde, das ist unser Recht, wenn was über meinen Vater gemacht wird, dass ich Bescheid weiß, ob das alles so in Ordnung ist. Ich würde es auf jeden Fall immer gern wissen – vor allem nach dem Ganzen, was wir erlebt haben, möchte ich nicht, dass sich Falschdarstellungen wiederholen. Ich will, dass es vorher geklärt wird. Ich möchte nicht, dass sich das Gleiche wiederholt – und das würde ich auch nicht zulassen. Am Anfang war ich sehr still und habe nichts sagen können oder mich wehren können, aber heute würde ich das nicht so mit uns machen lassen. Ich würde meinen Anwalt anrufen. Ich würde die Person oder diejenigen verklagen und das natürlich auch öffentlich machen.

Zukunftsperspektiven

ONUR SUZAN NOBREGA: Was wünscht Ihr Euch für die nächsten zehn Jahre?

ELIF KUBAŞIK: Mein Wunsch ist, dass so etwas nicht nochmal passiert. Das ist uns passiert und wir leben damit, aber andere sollen das nicht erleben, denn es ist sehr schwer. Wir haben das erleben müssen, andere sollen das nicht auch erleben müssen.

GAMZE KUBAŞIK: Also ich bin mir zu hundert Prozent sicher, solange wir keine Aufklärung bekommen und solange wir keine Gerechtigkeit bekommen, werden die Menschen nicht in ihren Gräbern ruhen. Heute ist es immer noch so, dass ich denke: »Wer ist noch dabei gewesen? Wer hat denen geholfen? Welche Hintermänner gab es noch?« Das wissen wir nicht, es hätte Aufklärung geben können, aber irgendjemand möchte das nicht. Da ist etwas so Schlimmes passiert, da konnten Nazis zehn Jahre lang untertauchen. Der NSU-Fall hat die Leute ja richtig erstmals wach gemacht, da können wir als Familien nicht aufgeben. Sie konnten Leute ermorden, einfach so, und wenn ich jetzt als Tochter sage, dass für mich die Sache gegessen ist, dann gäbe es dieses Interview zum Beispiel nicht. Du hättest oder Ihr hättet dann zwar dieses Buch gemacht, aber es wäre ein Buch nur mit eurer Geschichte oder mit eurer Denkweise. Ich weiß, dass dieses Land das einfach jetzt nur noch in Vergessenheit bringen möchte, aber das geht nicht. Ich wünsche mir für die nächsten 10 Jahre hundertprozentige Aufklärung.

Wir klagen an und fordern Taten statt Worte

Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen

Initiative 19. Februar Hanau

Wir trauern und erinnern uns: an Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Am 19. Februar 2021 war der rassistische Anschlag in Hanau ein Jahr her.

Am Jahrestag gab es in Hanau eine offizielle Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten und dem hessischen Ministerpräsidenten. Wir haben viele anteilnehmende Worte gehört, Betroffenheit und Verurteilungen der Tat. Was wir nicht gehört haben, sind Antworten auf unsere vielen Fragen. Was wir nicht gehört haben, sind Konsequenzen, damit sich das, was passiert ist, nicht wiederholt. Wir brauchen Taten statt Worte.

Ein Jahr danach sagen wir selbst, was nicht gesagt werden wird: Wir sprechen über das Versagen der Behörden vor, während und nach der Tat, über die Schwerfälligkeit der Ämter bei der Unterstützung und Hilfe und beim Erkennen gravierendster Probleme – die Kälte der Bürokratie. Wir sprechen über das unverzeihliche Fehlverhalten der Sicherheitskräfte in der Tatnacht, über die Unwilligkeit und Schludrigkeit von Staatsanwaltschaft und Polizei bei den Ermittlungen, bei der Verfolgung von Spuren, bei dem Ernstnehmen neuer Bedrohungslagen, bei unserem Schutz. Wir sprechen über die wiederkehrenden Respektlosigkeiten und herabwürdigenden Gesten von Beamt*innen, Vertreter*innen von Behörden und Polizei gegenüber Angehörigen und Überlebenden und selbst gegenüber den Toten. Wir sprechen über den Normalzustand von institutionellem Rassismus.

Ein Jahr danach bedeutet für uns, wir klagen an. Wir zeichnen die Kette des Versagens nach, wir benennen die Bedingungen des Terrors und klagen den andauernden rassistischen Normalzustand an.

Wir wünschen uns nicht nur Beistand in der Trauer. Wir wollen mit Euch gemeinsamen Druck entwickeln, um unsere Forderung durchzusetzen. Eine bittere Erkenntnis des letzten Jahres ist, dass all das, was in Bewegung geriet, nur durch uns alle gemeinsam in Bewegung gesetzt worden ist. Wir haben gelernt, dass die Verantwortlichen in Politik und Behörden »von unten« dazu gezwungen werden müssen, dass Hanau wirklich zur Zäsur wird.

Deswegen fordern wir Euch jedes Jahr am 19. Februar dazu auf, in allen Städten und Dörfern mit uns gemeinsam Zeichen zu setzen. Die Namen der Opfer unvergessen machen. Ihre Namen sollen erinnern und mahnen, den rassistischen Normalzustand im Alltag, in den Behörden, den Sicherheitsapparaten und überall zu beenden. Der rassistische Anschlag war auch ein Ergebnis der rechten Hetze von Politiker*innen, Parteien und Medien. Behörden und Sicherheitsapparate haben ihn durch ihre strukturelle Inkompetenz und Ignoranz weder verhindert noch aufgeklärt.

Es sind diese fließenden Formen rechten Terrors, die in den Handlungen Einzelner ihre mörderische Zuspitzung und Folge finden und damit niemals Einzeltaten sind.

Schluss damit! Damit wir keine Angst mehr haben müssen, muss es politische Konsequenzen geben. Rassismus, egal in welcher Form, darf nicht mehr geduldet, verharmlost oder ignoriert werden.

Wir sind die Angehörigen, die Überlebenden, die Betroffenen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Namen der Opfer bekannt sind – und nicht der des Täters. Wir waren unbequem und haben selbst recherchiert. Wir wurden vom Bundespräsidenten empfangen und von vielen anderen in Behörden und Gremien beschwichtigt. Wir wurden hingehalten. Wir haben nicht geschwiegen. Wir sind gereist, haben Treffen abgehalten, große und kleine, öffentliche und hinter verschlossenen Türen. Wir haben Öffentlichkeit geschaffen. Wir haben gelitten und uns gegenseitig getröstet, beruhigt und gestärkt. Wir sind sichtbar und unsere Stimmen sind überall zu hören. Wir sind vernetzt mit allen, die wissen und begreifen, dass Rassismus das Problem ist. Wir sind Berlin-Neukölln, Halle, Köln, Nürnberg, Mölln, Kassel, Wächtersbach. Wir sind Kesselstadt, das JUZ, die Initiative 19. Februar Hanau und viele mehr. Wir stehen zusammen und kämpfen gemeinsam. Danke, dass Ihr Eure Kämpfe mit unseren verbindet.

Wir haben es geschafft, dass die Stimmen der Betroffenen, der Familienangehörigen der Ermordeten und der Überlebenden und ihre Anklage rund um den Jahrestag nicht zu überhören waren. Wir danken allen, die die Anklage an so vielen Orten übertragen haben. Wir danken auch allen, die mit dafür

gesorgt haben, dass dieses Mal nicht die Perspektive des Täters, sondern die der Betroffenen die Medien bestimmt hat.

Danke an alle, die uns immer wieder zuhören. Es ist wichtig, dass wir nicht in die Leere sprechen – dass es immer mehr Zeug*innen gibt für das Versagen vor, während und nach der Tat; dass mehr und mehr Menschen selbst aktiv werden und ihre eigenen Geschichten erzählen. Um dem strukturellen Rassismus etwas entgegenzusetzen, müssen wir viele sein. Wir dürfen nicht aufhören mit einem Jahrestag. Wir haben noch einen langen Weg vor uns.

Mittlerweile ist es auch ein Jahr her, dass wir die Anlaufstelle in der Krämerstraße offiziell eröffnet haben. Seitdem war der Raum jeden Tag offen. »140qm gegen das Vergessen« – wie wir den Laden in Hanau umschreiben – sind manchmal kaum genug Raum für das, was passierte. Zu klein für die Emotionen, für die Wut, die Trauer, die Politik der Selbstorganisation, das gegenseitige Zuhören, Lachen, Weinen, Ideen und Forderungen entwickeln. Von außen ist es nur ein Laden. Für manche von uns, die wir dort ständig sind, ist es ein Mahnmal, für andere ein Prozesssaal, ein Medium, um die Forderungen der Angehörigen – Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen – zu erkämpfen. Er ist aber auch ein Wohnzimmer, ein Ort des Gemeinsamen, in dem wir trotz all unserer Verschiedenheit und Differenzen zueinanderfinden und uns gegenseitig zuhören können.

Wir bedanken uns bei allen, die in diesen Kämpfen mit uns sind und die Stimmen aus Hanau weitergetragen haben. Diese unermüdliche Solidarität gibt uns allen die Kraft weiterzumachen.

Gegen die Angst. Für das Leben. Erinnern heißt, für Veränderung zu kämpfen. Für die Gesellschaft der Vielen.

Yom Kippur, Tekiez Halle und der Freundeskreis Mölln – Bündnisse und Verbundenheit

Esther Dischereit

Als der Jahrestag nach dem Attentat von Halle, das am 9. Oktober 2019 verübt wurde, heranrückte, kamen Betroffene und Überlebende wieder zusammen. Auch viele derjenigen, denen der Anschlag nicht gegolten hatte, wollten sich zu dieser schrecklichen Tat verhalten und ihre Anteilnahme zum Ausdruck bringen. Nicht nur die, die davongekommen waren, waren untereinander in Verbindung geblieben. Auch Menschen und Initiativen, die an anderen Orten gegen rechte, rassistische, antiziganistisch oder antisemitisch motivierte Angriffe kämpften, hatten sich gemeldet und den Kontakt gesucht.

Ein Mädchen und eine Frau sind angekommen. Es ist der 9. Oktober 2020, der erste Jahrestag nach dem Anschlag des Attentäters von Halle auf die Synagoge, den Kiez-Döner, heute Tekiez, und weitere, bei dem zwei Menschen ermordet und 66 Menschen einem Mordversuch ausgesetzt waren, weitere wurden verletzt, zum Teil sehr schwer. »Ich habe ein Leben vor dem 9. Oktober und eines danach«, hatte Dagmar M. vor Gericht gesagt, welches das Verfahren zur Verurteilung des Täters Stephan B. am 21. Juli 2020 aufnahm.

Die beiden Frauen sind so früh hier, dass die Absperrungen für den bevorstehenden Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier noch nicht platziert sind. An der Mauer der Synagoge in Halle liegen Blumen, die Bürger*innen haben Kerzen hergebracht, wenige kleine Steine wie man sie auf jüdischen Gräbern niederlegt, ein Blumengesteck: Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale), ein Kranz der Mobilen Opferberatung Halle. Auf den Schleifen steht in Erinnerung an Jana L.: »In tiefer Trauer und Wut«. Ihr Lebensalter: »40 Jahre«, darunter das Geburtsdatum, dann das Todesdatum. Für Kevin S. wird der Kranz am Kiez-Imbiss liegen – daneben der schwarzrotgoldenen kenntlich gemachte Kranz des Bundespräsidenten, ein kleines Schild: No No.

In der benachbarten Straße, In der Großen Steinstraße 30, sind an den Stolpersteinen zum Gedenken an Fanny Koppel, deportiert nach Minsk 1941, ermordet und Rosalie Koppel, Polenaktion 1938, Schicksal unbekannt, zwei gelbe Rosen niedergelegt. Die metallische Oberfläche glänzt wie frisch gereinigt. Vor dem Kiez-Döner in der Ludwig-Wucherer-Straße, der jetzt »Tekiez« heißt und zu einem Frühstückscafé umgebaut wurde, ist ebenso wie an der Synagoge eine Steinplatte eingelassen mit der Aufschrift: »Im Gedenken an Jana Lange und Kevin Schwarze und alle weiteren Opfer des antisemitischen Terroranschlags am Yom Kippur 5780 – 9. Oktober 2019 auf die Hallesche Synagoge und einen Imbiss.«

Dahinter, auf der Fensterscheibe des Ladens, der 2020 ein Kiez-Döner, Bistro, Spätkauf war, werden Kaffee, Snacks und Getränke angeboten, drinnen soll man Abstand halten und sich hinter der Theke stehend entscheiden: mit oder ohne Zwiebeln oder die Gerichte mit Reis.

Vor der Bodenplatte, zwischen Blumen und Schottersteinen, liegt ein handgemaltes Papier mit dem Text: »INTOLERANZ und Rassismus gehören NICHT (!) in die Gesellschaft, in der ich leben möchte.«

Auf dem Weg zum »Raum der Erinnerung und Solidarität« von Halle gegen Rechts, Bündnis für Zivilcourage, Mobile Opferberatungsstelle und anderen Am Steintor in Halle, dem partizipatorischen Ausstellungsprojekt, an dem Talya Feldman als Konzeptkünstlerin, die selbst überlebte, mitwirkte, demonstrieren Bewohner*innen mit einer Plane, die vom zweiten Stock aus der Fensterfront eines Altbaus herabhängt: »Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus – tötet.«

In der Ulrichskirche, dem zentralen und staatsoffiziellen Gedenkort des Tages, sind die Flaggen Sachsen-Anhalts, der Stadt Halle und die Deutschlandfahne platziert, in der Mitte vor dem Hintergrund der Orgel Säulen als Träger zweier Kerzen, mächtig wie auf den Altären christlicher Kirchen. Zur Tatzeit um 12.01 Uhr läuteten die Kirchenglocken der Stadt, ein Friedensgebet folgte, stellvertretend gehalten von Friedrich Kramer, dem Landesbischof der Ev. Kirche für Mitteldeutschland. Für drei Minuten sollte das öffentliche Leben zum Erliegen kommen, die Straßenbahnen und Busse hielten an. Vom Roten Turm der Stadt erschallte das Lied: Hevenu shalom alejchem.

Das Urteil gegen den Attentäter wurde am 21. Dezember 2020 in Magdeburg durch das Oberlandesgericht Naumburg gesprochen: »Lebenslänglich« und »besondere Schwere der Schuld« lautete der Urteilsspruch. Die Betroffenen Aftax Ibrahim und İsmet Tekin legten Revision ein, weil das Gericht den Anschlag auf sie nicht als Mordversuch wertete.

Durch die Sicherheitskräfte waren die Orte des Gedenkens, die Synagoge und die Straße vor dem Frühstückscafé Tekiez, damals noch Kiez-Döner, weiträumig abgesperrt, sodass man eigentlich von einer Aussperrung der Bürger*innen sprechen konnte, ein Verweis der Zivilgesellschaft auf die Position des Zuschauens, ihre eigenen Angelegenheiten betreffend. Dabei war es ja gerade die Zivilgesellschaft gewesen, die unmittelbar nach der Tat mit großer Anteilnahme dafür hatte sorgen können, dass die Opfer des Anschlags sich in Solidarität aufgehoben fühlen konnten.

»Das war für mich persönlich die wichtigste Schlussfolgerung nach dem Anschlag, obwohl das möglicherweise irritierend klingt. Aber meine allgemeine Einstellung zur Situation in unserem Land ist nach dem Anschlag optimistischer geworden als vorher, [...] gerade diese unglaubliche Welle von Solidarität, von Anteilnahme von einfachen Menschen, [...] ich meine jetzt nicht, dass Herr Steinmeier, Herr Seehofer am nächsten Tag oder Herr Dr. Haselhoff am gleichen Tag am Abend um 23.30 Uhr nach Halle gekommen sind [...], darum geht es nicht, es geht um einfache Menschen, nicht nur aus Halle, nach den Adressen von überall [...], Menschen, die sich an uns gewandt haben, die E-Mails geschickt haben, Briefe, WhatsApp, Facebook, alle möglichen Medien, Nachrichten – da kann man die Geografie der Bundesrepublik danach lernen oder von Europa. Es gab Mails aus Australien, aus Singapur, aus den Vereinigten Staaten, selbstverständlich aus Israel, aus allen europäischen Ländern und aus Deutschland fast von überall. Es ist wirklich erstaunlich, wie viele Menschen das waren und welche Worte sie gefunden haben. Wir haben geplant, diese E-Mails und auch meine Antworten, [...] damit so etwas wie eine Ausstellung zu machen, die Briefe, die Geschenke, die wir bekommen haben. Ein Beispiel: Gleich nach Yom Kippur beginnt das Sukkot-Fest, das Laubhüttenfest, und aus Mannheim, aus der jüdischen Gemeinde – die haben verstanden, dass wir jetzt keine Zeit haben für unsere Kinder das Sukkotfest vorzubereiten. Sie haben uns sofort nach Yom Kippur ein Paket mit Geschenken zu Sukkot geschickt, damit wir unseren Kindern diese Geschenke geben können. Das kann man mit Worten nicht beschreiben. Noch ein Beispiel: Bei diesem Anschlag wurde das Einfahrtstor kaputtgemacht, die Antriebsanlage. Die Produzentin dieser Anlage, diese Firma sitzt irgendwo in Baden-Württemberg, hat im Fernsehen gesehen, dass sie kaputt ist, und sie hat uns einfach eine neue Anlage gespendet. Diese Anlage wurde schon eingebaut. Ich kann zwei, drei Stunden darüber weiter erzählen, das ist unglaublich, wie viel Solidarität [es gab] [...], Shabbat am 11.

Oktober – das ist etwas, was ich nie in meinem Leben erwartet hätte und nie in meinem Leben gesehen habe. Ca. 2.000 Menschen, Hallenser – und Halle ist nicht New York [...] – 2.000 Menschen sind zur Halleschen Synagoge gekommen, um die Synagoge von außen zu schützen und Solidarität zu zeigen. Die Straße war absolut voll mit Menschen, das ist wirklich unglaublich – ich verstand, dass die normalen Menschen hier in diesem Land in absoluter Mehrheit sind und das macht mir wirklich Hoffnung.«

Max Privorozki, Geschäftsführer und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Halle, sagt das knapp acht Monate nach dem Anschlag im Gespräch mit NSU-Watch und dem Verband der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (25.05.2020, Moderator*innen: Caro Keller und Heike Kleffner). Das Gespräch begann mit einer Würdigung der beiden getöteten Menschen Jana L. und Kevin S.: »Jedwedes Attentat ist ein Attentat zu viel und kann nicht gerechtfertigt werden, »egal aus welcher Religion« oder »aus welchen Gründen, ob aus rassistischen Gründen oder anderen«. Max Privorozki hatte nach dem nachfolgenden Anschlag in Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 neun Menschen einem weiteren Anschlag aus rassistischen Gründen zum Opfer fielen, spontan eine Kerze in die Hand genommen und an dem Gedenken für die Opfer teilgenommen. Er sagte, er habe hier gesprochen, »nicht weil ich Vorsitzender der jüdischen Gemeinde bin«, sondern »weil ich das einfach als Mensch wollte« (ebd.). Und er sagt weiter, er fühle sich seit dem 9. Oktober »wesentlich mehr hier zu Hause als vorher«.

Diese Rede mag stellvertretend stehen für eine Position, die viele der Überlebenden des Anschlags von Halle formulierten. Sie waren von Anbeginn an von dem Wunsch getragen, derer zu gedenken, die getötet und derer, die verletzt wurden, und sie achteten darauf, dass die Menschen, die als Muslime – »Nahöstler« wie der Täter sagte –, als geflüchtet Gelesene und als Schwarze Menschen den Anschlag überlebt hatten, sich daran beteiligen konnten, im Gerichtssaal und öffentlich zu sprechen. Dazu gehört unbedingt die Ermutung der Betroffenen, die einer Situation ausgesetzt sind, die sie außerordentlich belastet, nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch gegenüber der medialen Öffentlichkeit, in Bezug auf den Umgang mit Rechtsvertreter*innen und auch mit jenen, die ihnen als zunächst unbekannte Personen solidarisch begegnen wollen. Im Zusammenhang des Anschlags von Halle war es innerhalb einer Gruppe von Betroffenen möglich geworden, untereinander Respekt und Verständnis zu zeigen, Menschen, die einander ja weder durch den Synagogenbesuch per se bekannt gewesen waren noch die Betroffenen aus dem

Tekiez oder weitere mit diesen. Nach ihren Reden vor Gericht applaudierte das Publikum spontan. Später wurde diese Bekundung des Respekts durch das Gericht untersagt.

Es spielte, wie schon in dem NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht in München zu beobachten gewesen war, eine Rolle, ob auch die Nebenklagevertreter*innen zusammenarbeiten konnten. Im Halle-Verfahren, das in Magdeburg stattfand, ist dies einem Teil der Nebenklagevertreter*innen möglich gewesen, was zu einer fruchtbaren Interaktion geführt hat. Immer wieder war zu bemerken, dass Anwälte*innen einander unterstützten und ergänzten. Dies war besonders von Bedeutung, weil es dem Generalbundesanwalt durchaus nicht von Anfang an deutlich war, dass der Anschlag auf die Besucher*innen des Gottesdienstes in der Synagoge als Mordversuch gegen 51 Menschen anzusehen war. Bereits im Vorfeld agierten hier die späteren Nebenklagevertreter*innen, Dr. Kati Lang und Kristin Prietzyk, und fragten immer wieder nach. Der Mobilen Opferberatungsstelle Halle war es schließlich gelungen, die Belange der auch räumlich unterschiedlich Betroffenen in einer gemeinsamen Kommunikation, sofern das gewünscht war, aufzunehmen: Eine Teilnehmer*innengruppe war aus Berlin angereist (sie waren überwiegend englischsprachig), Betroffene der jüdischen Gemeinde Halle (sie sprachen überwiegend Russisch und Deutsch) sowie Betroffene des damaligen Kiez-Döners und weitere. Auch OFEK, eine Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, hatte sich eingebracht.

Was im NSU-Verfahren in München nur partiell entwickelt war, etwa zu Prozessbeginn und zu dessen Ende – allerdings stellte die Verfahrensdauer von insgesamt fünf Jahren eine unvergleichbar andere Dimension dar –, konnte von Anbeginn an in Magdeburg deutlich gemacht werden: wie wichtig es war, einer solchen Tat die sichtbare Präsenz derer gegenüberzustellen, die ausgelöscht und aus der Gesellschaft »ausgemerzt« werden sollten. Die Betroffenen und Nebenklagevertreter*innen erhielten die Möglichkeit, öffentlich zu sprechen, wann immer sie das für richtig hielten. Radio Corax spielte hier eine verlässliche wichtige Rolle, eine kleine Bühne gegenüber dem Gerichtsgebäude stand zur Verfügung und an allen Prozesstagen waren Mahnwachen und Stände organisiert. Die Betroffenen konnten sich kontinuierlich »begleitet« fühlen, neben einer persönlichen Begleitung, die die Mobile Opferberatungsstelle Halle mitorganisierte. Dass »draußen« – im öffentlichen Raum – Reden gehalten wurden, war im Gerichtssaal noch zu hören. Die »drinnen« waren mit denen »draußen« ständig symbolisch verbunden.

Es war gelungen, diese Sichtbarkeit auf ein Bündnis zu stützen, das breit aufgestellt und nur deshalb auch möglich war: durch AK Antira Magdeburg, Borderless Solidarity, FAU Magdeburg, Feministisches Kollektiv Magdeburg, Kritische Jurist*innen Halle, Halle Postkolonial, Kiezdöner Soligruppe und Anwohner*inneninitiative Adam-Kuckhoff-Straße (Halle), um nur einige zu nennen. Hinzu kommen Einzelpersonen. An einigen Tagen war die Jüdische Studierendenunion Deutschland JSUD mit einem Stand vertreten. Immer wieder schloß sich ein Schofar-Bläser an, sein Beitrag, sich als Überlebender, der in der Synagoge gewesen war, auszudrücken.

Die Betroffenen, die Teil der Base Group Berlin waren, waren von Beginn an im öffentlichen Raum präsent und verstanden sich auch als Botschafter*innen ihrer Auffassung von Jüdischkeit im Sinne einer Verantwortlichkeit für alle Teile der Gesellschaft. Sie betonten, dass sie sich ausdrücklich gegenüber den als muslimisch gelesenen Menschen, den Geflüchteten und denen, die rassistisch oder aus Gendergründen verfolgt werden, solidarisch verstehen.

Base Group Berlin, geleitet von den Rabbiner*innen Rebecca Blady und Jeremy Borovitz, die religiös Modern Orthodox Judaism verkörpern, bezieht sich auf Hillel International, eine plurale jüdische Organisation, die sich insbesondere an jüdische Studierende und junge Erwachsene richtet, um sie darin zu bestärken, in jüdischen Zusammenhängen verantwortungsvolle Positionen zu übernehmen.

Wie Solidarität organisieren und Bündnisse erweitern? Während sich NSU-Watch – auch bereits ein bemerkenswerter Zusammenschluss verschiedener politischer Gruppen – im Zusammenhang der NSU-Ermittlungen nach 2011 erstmals gründete, konnte sich die unabhängige Berichterstattung aus dem Gerichtssaal in mehreren Sprachen jetzt auf sehr viel Erfahrung stützen; unabhängige Blogs wurden eingerichtet wie Prozess Report Halle, Democ oder Belltower News; Netz für digitale Zivilgesellschaft und andere kamen hinzu. Der Verband der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berichtete konstant und entwickelte zusammen mit NSU-Watch eigene Podcast-Formate.

Auf jener Bühne vor dem Gerichtssaal in Magdeburg sprachen unterschiedliche Vertreter*innen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft: Politiker*innen, Dichter*innen, Eva Nickel vom Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN), selbst zweite Generation nach der Shoa, Marguerite Marcus, Mitbegründerin von Esra, einer Organisation von jüdischen Ärzt*innen und Psycholog*innen, Kamil Majchrzak, Aktivist für die Ghetto-Renten,

Larissa Korshevnyuk, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Magdeburg, die Zeitschrift Jalta, Ferat Koçak, Politiker der Linken und selbst Opfer rechter Gewalt in Berlin-Neukölln, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Ibrahim Arslan vom »Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992«, Kutlu Yurtseven von der Initiative Keupstraße, Köln, NSU-Tribunal. Der Migrationsrat Berlin besuchte den Prozess gegen den Attentäter mehrfach, sprach mit Betroffenen und stellte seine Podcasts den 80 Mitgliedsorganisationen, die er als Dachorganisation repräsentiert, zur Verfügung.

Wenige Monate nach dem Attentat in Halle, am 19. Februar 2020, ereignete sich das Attentat von Hanau. Neun Menschen starben bei diesem rassistischen Anschlag. Hier waren unter den Opfern Sinti*zze und Rom*nja. Ihr Schicksal ist, wie es auch jüdische Überlebende des Halle-Attentats später vor Gericht formulierten, mit der Erzählung ihrer Familien als Opfer des Holocaust oder Porajmos verbunden. »Der Urgroßvater starb in Auschwitz, sie in Hanau«, sagte Filip Goman, Vater der ermordeten Mercedes Kierpacz. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erkennen das rassistische Tatmotiv und bestehen auf seiner Ächtung. Es wäre von Belang, auch den antiziganistischen Hintergrund zu nennen. Diesen Familien ist die öffentliche Anerkennung als NS-Opfer antiziganistischer »Rasse«verfolgung jahrzehntelang verweigert worden und antiziganistisch motivierte Straftaten werden erst seit 2017 in der Kriminalstatistik erfasst. Sie blieben Ungenannte und Unsichtbare, obwohl sie wegen ihrer Zugehörigkeit bedroht sind, und nicht als private Subjekte.

Die Sinti*zze und Rom*nja waren im Zusammenhang von rechtsextrem motivierten Anschlägen immer wieder nachfolgender Terrorisierung ausgesetzt. Vier Tage nach dem Anschlag in Halle erhielt der Vorsitzende des Verbands Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg, Daniel Strauß, eine Botschaft via Handy: »Nach Halle ist jetzt euer Kulturhaus dran«. Kurz zuvor hatte das Landeskriminalamt dringend empfohlen, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen. Oktoberfest-Attentat, Pogrom Rostock-Lichtenhagen, OEZ-Anschlag München, Halle – regelmäßig nahmen anonyme Täter*innen die Verbrechen zum Anlass, den Sinti*zze und Rom*nja-Communities anzukündigen, sie seien die nächsten. Auf der Zieldatenliste des NSU mit 10.000 Anschlagzielen sind muslimische, deutsch-türkische, queere, politische Einrichtungen zu finden und soziale Räume von Sinti*zze und Rom*nja sowie 233 jüdische Einrichtungen. Der Historiker Michael Brenner sagte nach dem Anschlag in Halle: »Die sprichwörtlichen Koffer, schon lange ausgepackt und

ausgeleert, stehen bei vielen Juden in Deutschland noch auf dem Dachboden. Wir sollten sie herunterholen. Es ist an der Zeit zu überlegen, was wir einpacken. Noch können wir sie stehen lassen, aber sie sollten bereit sein, denn der Tag, an dem wir sie brauchen, mag nicht mehr weit sein.« 6. Februar 2020. Das Attentat von Hanau hatte noch nicht stattgefunden.

Wie fragil die Situation bleibt, drückte Daniel Strauß für die Community der Sinti*zze und Rom*nja aus, als er Worte, die er nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 schon einmal gesagt hatte, 2021 wiederholte: »die Gefahrenlage ist so ernst, dass ich – und da bin ich nicht allein – immer einen gepackten Koffer mit dem Wichtigsten griffbereit habe, um meine Familie im Zweifel sofort im Ausland in Sicherheit zu bringen« (Mannheimer Morgen, 08.05.21). Er vertritt eine Bürgerrechtsbewegung, die sich seit Langem immer wieder mit der jüdischen Community verbindet.

Überlebende von Halle, sicher noch selbst vom posttraumatischen Schock gezeichnet, nahmen an der Gedenkveranstaltung teil und sprachen hier. Nach Prozessbeginn vor dem Oberlandesgericht Naumburg war die »Initiative 19. Februar Hanau« nach Magdeburg, dem Ort der Verhandlung, gekommen. Naomi Henkel-Gümbel, die den Anschlag in Halle überlebte, und Newroz Duman, Vertreterin der »Initiative 19. Februar Hanau«, sprachen ein Jahr später, 2021, auf der Möllner Rede im Exil, die die Familie Arslan und der Freundeskreis in jedem Jahr organisiert.

Die Organisierung der Solidarität hat innerhalb der politischen Linken die Bedeutung antisemitisch begründeter Verfolgung hervorgehoben und einen gemeinsam verstandenen Memory Activism gestärkt. Die Zivilgesellschaft ist lauter geworden gegen Rassismus und die Betroffenen ermächtigen sich selbst, sagte Katharina König-Preuss, Thüringer Landtagsabgeordnete und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses, einmal.

Enver-Şimşek-Platz wird seit dem 19. September 2020 – zur gleichen Zeit fand das OLG Verfahren Naumburg wegen des Halle-Attentats in Magdeburg statt – in Jena-Winzerla ein Platz in jenem Stadtteil genannt, von dem aus das mörderische NSU-Trio seinen Ausgang nahm und im Jahr 2000 Enver Şimşek als erstes Opfer einer mehrjährigen Killerserie tötete. Die Familie ist zu der Zeremonie gekommen, die Witwe Adile, die Tochter Semiya mit Mann und Kind, der Sohn Abdulkерim Şimşek. Das war für die Familie wichtig, nicht das Urteil, das 2018 gesprochen wurde. Abdulkерim Şimşek sagt:

»In den 3025 Seiten des Urteils kommt mein Vater als Mensch überhaupt nicht vor. Dass er ein Familienvater war, dass er Ehemann war, dass er 38

Jahre alt war [...], nichts steht über ihn. Darüber, welche Folgen die Tat für uns hatte. NICHTS: Umso wichtiger ist, dass wir heute hier stehen. Dass wir nicht vergessen, was ihm angetan wurde. Dass wir nicht vergessen, wer er war. Dass wir alles tun, dass sich so etwas nicht wiederholt. Danke an alle, die gekommen sind und die uns immer wieder unterstützen.«

Zu diesem Zeitpunkt läuft auch der Prozess gegen Stephan E., den Mörder des CDU-Politikers und Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Frankfurt a.M. Vertreter*innen von NSU-Watch nehmen sowohl hier als auch am Prozess gegen den Halle-Attentäter teil.

Innerhalb jüdischer Zusammenhänge entstand Bewegung und die Verfolgten aus rassistischen, antimuslimischen oder antiziganistischen Gründen wurden ausdrücklich in ihre Solidarität aufgenommen. Eine Spendenaktion der Jüdischen Studierendenunion erbrachte knapp 30.000 Euro und machte den Brüdern Rafik und İsmet Tekin, deren Familien durch den Anschlag in Halle auch materiell in den Ruin getrieben wurden – der damalige Kiez-Döner blieb durch die Polizei wochenlang geschlossen – Mut, einen Neuanfang zu wagen. Sie taten sich anfangs schwer, die Spende anzunehmen, wie sie sagten. Jetzt wird mit diesem Geld umgebaut und »Tekiez«, ein Frühstückscafé, ist entstanden. Der Täter von Halle hatte zuallererst jüdische Menschen auslöschen wollen, dem Jüdischsein ordnete er sowohl das Empowern von Frauen, LGBT-Menschen und schließlich von sämtlichen »Anderen«, etwa Schwarzen Menschen, geflüchteten Menschen, Eingewanderten und Muslim*innen zu. Insofern folgte er einer Rangigkeit in der Klassifizierung seiner vorgeblichen Feinde, allesamt galten sie ihm als Bedrohung des weißen Mannes. Im Urteil gegen den Täter wurden die Zielgruppen »Juden und Muslime« genannt sowie der Tatbestand der Holocaustleugnung und Volksverhetzung. Das Gericht sah insgesamt »seine antisemitische, rassistische, fremden- und frauenfeindliche Tatmotivation sowie seine grenzenlose Menschenverachtung« als konstitutiv für die Tat an.

Eine Hierarchisierung findet nicht nur von Täterseite aus statt, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft, wenn es um die Anteilnahme an den Opfern solcher Taten geht. Durch die Ebene der repräsentativen Politik wird dem Jüdischen in Deutschland ein privilegierter oder herausgehobener Status zugeordnet, in der unabhängigen antirassistischen Bewegung nicht, um nicht zuzugestehen, hier bedarf es einer besonderen Anstrengung, um das Dazugehören antisemitisch, auch antiziganistisch verfolgter Menschen zu wollen. Die Hierarchisierungen betreffen nicht nur das Ranking des Bedauerns und Mit-

fühlens, wenn es um antisemitisch verfolgte, rassistisch verfolgte und/oder antiziganistisch verfolgte Menschen und andere geht, sondern dieses Ranking sortiert auch nach Klassenzugehörigkeit, Armut und Bildungsstandard.

Sowohl in Hessen als auch in Sachsen-Anhalt werden landesweit einzu-richtende Opferfonds benötigt, damit eine Möglichkeit geschaffen wird – und hier gibt es diese Diskrepanz zwischen dem Glockenläuten in Halle, dem Besuch des Bundespräsidenten, der Rede des Ministerpräsidenten und den Fürbitten der Evangelischen Landeskirche –, jenseits der mitfühlenden Verlautbarungen unbürokratisch und direkt die Betroffenen zu unterstützen. Das Schicksal der Studentin Agata Maliszewska, die den Anschlag von Halle überlebte, dem Gerichtsverfahren in Magdeburg als Nebenklägerin und Zeugin beiwohnte und dann ihr BAföG durch ungerechtfertigten Entzug in Brandenburg verlor, bleibt ebenfalls ohne Worte. Es bedarf keiner weiteren Deutung, um zu verstehen, was struktureller Rassismus und Antisemitismus sind.

Um so dringlicher stellte sich die Aufgabe, in diesem einen Punkt, wie können die Folgen der Tat überwunden und die Schmerzen der Betroffenen gelindert werden, sich der gegenseitigen Unterstützung zu vergewissern und dafür Sorge zu tragen, dass das Schicksal jedes Einzelnen eine angemessene Würdigung erfährt.

Mitglieder des HFC-Fanclubs, der eher rechten »Saalefront« nahestehend – hier war der ermordete Kevin S. heimisch geworden, – betraten am Gedenktag 2020 den Kiez-Döner von Rafik und İsmet Tekin, sie trugen Sonnenbrillen und hielten eine geöffnete Bierflasche in der Hand. Die Besucher sahen sich um und würdigten, wie einem der ihren hier gedacht wurde. Während Kund*innen eine Cola bestellten und sich der Döner-Spieß drehte, standen sie gleichzeitig in einem Raum, der einem Tempel glich: Die Wand war tapeziert mit einem Fußballfeld in Großformat, ein T-Shirt vom HFC, rot mit zahlreichen Unterschriften darauf, ein anderes weiß-schwarz, ein Wimpel, eine Traueranzeige, aufgegeben von den »Fanclubs für Kevin S. und Jana L.«, zwei Maskottchen, Anzeige »Euer Kiez & Freunde«, kleine Sockel, die sich aus der Wand erheben, auf denen Erinnerungsfiguren platziert sind: ein Stofftiger, vor dem Hintergrund des Netzes im Fußballtor eine Anzeige des World Jewish Congress, kleine Kinderengel aus weißem Gips, eine rote Grablichtkerze, ein weißes Herz mit Schlaufe, ein schwarz-gelber Schal 2016, dahinter ein rot-weißer, »R.I.P. Jana & Kevin«, eine liegende kleine Skulptur eines Kinderengels »In stillem Gedenken.« Ein Gedicht: »Fünf Türme leben noch« in weißem Rahmen hinter Glas, eine weiße Grablichtkerze, daneben ein kleiner Topf mit einem Zitronenbaum.

Jetzt ist hier Tekiez entstanden: Ein Ort erfindet sich neu und seine Menschen leben.

»Wir sind keine Minderheit. Wir sind eine Mehrheit. Eigentlich ist jede Person eine Mehrheit. Man kann einen Menschen nicht derart gering schätzen. Ein Mensch kann so vieles. Wer hat diese Welt gestaltet und kann noch so vieles schaffen? Deshalb muss man zusammenhalten und zusammenarbeiten. Wenn der Prozess vorbei ist, wird die Aufmerksamkeit wahrscheinlich geringer werden. Dieser Fall hat mir gezeigt, dass ich persönlich zu wenig getan habe. Ich werde mehr tun für die Solidarität, mit guten Taten. Wenn einer böse ist – böse ist böse – man muss nicht gegen etwas Böses Böses tun, dann würde man nur das gleiche tun. Ich werde nach besten Kräften versuchen, Gutes zu tun, etwas Gutes zu machen. Wer davon hört, was ich tue, wer sieht, was ich tue, das ist mir wichtig. Und ob ich etwas tue oder nicht. [...] Für die Gesellschaft ist die Solidarität etwas, das sie stark macht. Die Leute von der Opferberatung, die normalen Menschen, die rings um uns waren, sie sind immer noch bei uns. Die sind die Besten, das kann ich sagen. Wir sind zusammen in Solidarität.« (İsmet Tekin)

Seit dem Verfahren gegen den NSU, das im Jahr 2013 begann, haben viele Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die sich auf einzelne Fragen politischer Kämpfe konzentrieren, zusammengefunden, wenn es darum geht, den Überlebenden und Angehörigen von Opfern rechter, rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Gewalt beizustehen und Gemeinsinn, Bürgersinn oder Solidarität zu zeigen. Es gibt zivilgesellschaftlich organisierte Meldeverfahren, alternative Radiosender bis Antidiskriminierungsstellen und andere Strukturen der Gegenwehr, in denen eine Professionalisierung stattgefunden hat und auch bürgerlich etablierte Institutionen kommen nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, was über diese Netzwerke geschieht und bekannt wird. Im Besonderen konnte im Halle-Prozess wie in einem Pilot-Verfahren durch die Betroffenen und ihre Nebenklagevertreter*innen gezeigt werden, wie eine bedeutende, aber regelmäßig in den Hintergrund gedrängte Aufgabe des Gerichts, nicht nur Recht zu sprechen, sondern die, denen Unrecht geschah, zu Wort kommen zu lassen, erfüllt werden kann. Das Engagement derer, die zuhören wollten, unterstützte sie dabei.

*Dank an Chana Dischereit für Hinweise, die Situation der Sinti*zze und Rom*nja betreffend.*

Auch eine Frage des Geldes

Materielle Gerechtigkeit für Betroffene rassistischer und antisemitischer Gewalt

Gözde Saçırak

Einleitung

Nach rassistischen und antisemitischen Anschlägen beginnen für die Überlebenden, ihre Angehörigen und Hinterbliebene jahrelang andauernde, belastende Prozesse. Neben der Trauer- und Traumabewältigung tragen die unmittelbaren Betroffenen psychische und physische Verletzungen davon, deren Folgen meist ein Leben lang andauern. Sie müssen Beerdigungen organisieren, umziehen, eine Vielzahl von Anträgen stellen, Anwält*innen suchen, Gerichtsprozesse überstehen und nach dem Verlust von Angehörigen ihr gesamtes Leben neu organisieren. Zugleich sind sie gezwungen, sich für die lückenlose Aufklärung der Tat und Konsequenzen einzusetzen, die keineswegs selbstverständlich folgen.

Damit zusammenhängend stehen unmittelbar Betroffene nach rassistischen und antisemitischen Anschlägen vor besonderen materiellen Belastungen, die vor allem Außenstehenden kaum bewusst sind und für die es nur unzureichende Unterstützungen gibt.

Im Folgenden werden die materiellen Herausforderungen dargestellt. Am Beispiel des Anschlags in Hanau wird gezeigt, dass diese Belastungen von Betroffenen und Unterstützer*innen zwar deutlich benannt werden, aber dass die finanzielle Absicherung der Betroffenen unzureichend institutionell und gesetzlich verankert ist. Dies hat zur Folge, dass die materielle Sicherheit nach jedem Anschlag neu eingefordert werden muss. Die materielle Benachteiligung, die auf Anschläge folgt, ist derart regelmäßig und systematisch, dass argumentiert wird, dass sich in dieser Organisation zuständiger Behörden institutionelle Diskriminierung manifestiert.

Eine angemessene gesellschaftliche Reaktion auf rassistische und antisemitische Gewalt darf die Betroffenen nicht wieder zu Opfern machen und ihnen keine unnötigen Belastungen, auch nicht materieller Art, zumuten. Eine unabhängige finanzielle Absicherung, die ein Leben in Würde ermöglicht und aus öffentlichen Geldern finanziert wird, muss daher institutionell verankert werden.

Materielle Belastungen nach rassistischen und antisemitischen Anschlägen

Unmittelbar nach einem Anschlag entstehen gesundheitliche Behandlungs- und Beerdigungskosten. In einigen Fällen sind ein Umzug und möglicherweise auch neue Möbel und Hausrat nötig. Dies gilt besonders in Fällen von Brandanschlägen auf Wohnungen oder bei unmittelbarer Nähe der Wohnung zum Tatort, wie beispielsweise bei einigen Familien in Hanau (vgl. Bildungsstätte Anne Frank 2021: 2). In vielen Fällen sind infolge der steigenden Mieten die neuen Lebenshaltungskosten deutlich höher als vor dem Umzug (vgl. ebd.).

In manchen Fällen muss die kurzfristige Anreise mehrerer Familienmitglieder zu Beisetzungen im Ausland bezahlt werden. Dazu kommen Fahrtkosten zu Therapeut*innen, Ärzt*innen, Anwalt*innen und Beratungsstellen, die sich mit der Zeit zu hohen Beträgen summieren (vgl. ebd.: 3).

Aufgrund psychischer und physischer Anschlagfolgen sind die Betroffenen oft längerfristig arbeitsunfähig (vgl. ebd.: 2). Sie können zwar Krankengeld beantragen, doch beträgt dieses nur zwei Drittel des üblichen Lohnes. Das bedeutet auf Dauer eine deutliche finanzielle Einschränkung.

Wenn Angehörige versterben, fehlt zusätzlich deren komplettes Gehalt im Haushaltseinkommen (vgl. ebd.). Die Hinterbliebenenrente bietet hier einen kaum nennenswerten Ausgleich. Diese kann nur von verwitweten Ehepartner*innen oder verwaisten Kindern beantragt werden und beträgt maximal 55 % der Rente, die die Person zum Todeszeitpunkt erhalten hätte. Bei jungen Menschen fällt sie daher sehr gering aus. Eltern und Geschwister, also die Mehrheit der Angehörigen in Hanau, können keine Hinterbliebenenrente beziehen (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2021). Selbstständig tätige Betroffene, wie vielfach im NSU-Komplex, können durch lange Arbeitsunfähigkeit oder den Tod eines Angehörigen die Unternehmen oft nicht weiterführen. Dadurch verlieren sie ihre materielle Existenzgrundlage (vgl. Bildungs-

stätte Anne Frank 2021: 2). Dazu kommen finanzielle Verpflichtungen, wie beispielsweise Kredite, die schon vor der Tat bestanden und nun, trotz der unvorhersehbaren, neuen Belastungen, weiterhin erfüllt werden müssen.

Ein Großteil der von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Menschen haben einen sogenannten »Migrationshintergrund«¹. Sie sind aufgrund von struktureller Benachteiligung überproportional häufig von Armut betroffen (vgl. Statistisches Bundesamt 2020) und haben keinen nennenswerten Wohlstand (vgl. Verwiebe 2014: 27), der in diesen Situationen ein Puffer sein könnte. Zudem sind sie häufiger prekär beschäftigt und erleben daher stärker die Einschränkungen im Einkommen (vgl. ebd.).

Diese Belastungen trägt die gesamte Familie. Für die jungen Angehörigen (insbesondere Geschwister und Kinder) bedeuten sie eine Einschränkung in ihren Möglichkeiten, z.B. durch die mangelnde Finanzierbarkeit eines Studiums. Damit tragen sich die Folgen in die nächsten Generationen fort.

In allen Fällen rassistischer und antisemitischer Gewalt entsteht aus dieser Vielzahl an Faktoren eine Kombination vielschichtiger materieller Belastungen für die unmittelbar Betroffenen.

Gesellschaftliche Verantwortungsübernahme durch öffentliche Mittel

Diese Belastungen müssen zu einem großen Teil mit öffentlichen Mitteln aufgefangen werden und um darüberhinausgehende Entschädigungszahlungen ergänzt werden.

Die Tatsache, dass solche Taten überhaupt geschehen können, und das in dieser Alltäglichkeit (vgl. Kleffner 2021: 29), ist ein Zeugnis des Scheiterns der deutschen Gesellschaft und ihrer Institutionen (vgl. Franzke et al. 2021). Es ist ein Scheitern gegenüber der Selbstverpflichtung allen staatlichen Handelns im ersten Artikel des deutschen Grundgesetzes und der Selbstverpflichtung der deutschen Gesellschaft im oft beschworenen »Nie wieder!«. Die Gesellschaft und ihre Institutionen können durch Entschädigungen aus öffent-

1 Die Kategorie »Migrationshintergrund« reproduziert rassistische Bilder und macht zugleich unsichtbar, dass es vor allem nichtweiße Menschen, nicht Migrant*innen sind, die von Rassismus betroffen sind (vgl. Utlu 2019: 445f.). Sie wird hier nur verwendet, da ein Großteil der Statistiken zum Einkommen und Wohlstand in Deutschland noch immer diese Kategorie nutzt.

lichen Töpfen Verantwortung für ihr Scheitern übernehmen, um Menschen von rassistischer und antisemitischer Gewalt zu schützen.

Ein Ernstnehmen dieser Selbstverpflichtungen und ihres Versagens muss darüber hinaus bedeuten, dass die erlebte Gewalt nicht der Grund für weitergehende Benachteiligungen, zum Beispiel finanzieller Art, wird. Ein solcher Ausgleich der materiellen Belastungen kann in Anteilen auch eine zivilgesellschaftliche Unterstützung beinhalten. Die materielle Absicherung der Betroffenen darf jedoch nicht vom Spendierwillen der Mehrheitsgesellschaft oder dem kleinen Etat unabhängiger Stiftungen abhängig sein. Sie muss ausreichend, unabhängig, sicher und schnell sein, wie es nur unbürokratisch vergebene öffentliche Gelder leisten können.

Zur Verfügung stehende öffentliche Mittel und Fonds

Der Freistaat Thüringen hat 2018 den Entschädigungsfonds NSU für die unmittelbar Betroffenen des NSU-Terrors eingerichtet. Dieser war mit 1,5 Millionen Euro ausgestattet und zahlte den Familien der Verstorbenen sowie den Verletzten Pauschalbeiträge (vgl. Freistaat Thüringen 2017). Diese Mittel waren eine Entschädigung mit dem expliziten Zweck, die »eigene Verantwortung an den menschenverachtenden und rassistischen Mord- und Terrorataten« (ebd.) anzuerkennen. Damit nahm Thüringen im Bereich der Verantwortungsübernahme nach rechtsterroristischen Taten eine Vorreiterrolle ein. Allerdings ist dieser Fonds auf den NSU begrenzt und steht Betroffenen anderer antisemitischer und rassistischer Taten nicht zur Verfügung (vgl. ebd.).

Andere Bundesländer, beispielsweise Bayern, stellen eine allgemeine Opferhilfe zur Verfügung (vgl. Freistaat Bayern 2021). Diese zahlt zwar schnell und unbürokratisch, jedoch nur in Ausnahmefällen, in denen keine anderen Leistungen zur Verfügung stehen (vgl. ebd.). Damit kommen sie für Opfer rassistischer und antisemitischer Anschläge zumeist nicht in Frage, da argumentiert wird, dass sie bereits durch das Opferentschädigungsrecht und den Härtefonds (beide nachfolgend beschrieben) unterstützt werden. Des Weiteren dient die Opferhilfe nicht der Entschädigung und erkennt nicht das institutionelle und gesellschaftliche Scheitern bei rassistischer und antisemitischer Gewalt und die daraus folgende besondere Verantwortung an. Es handelt sich stattdessen um Mildtätigkeit gegenüber den Opfern.

Auf Bundesebene zahlt das Bundesamt für Justiz aus dem Härtefonds für Opfer von terroristischen oder extremistischen Taten Mittel an Betroffene.

Dieser besteht dauerhaft und ist jährlich mit einer Million Euro ausgestattet. Für Ehepartner*innen, Kinder und Eltern von Verstorbenen werden 30.000 € pro Person ausgezahlt, für Geschwister 15.000 € (vgl. BfJ 2020). Für Selbstständige, deren Räume Tatort eines solchen Anschlags wurden, können bis zu 15.000 € ausgezahlt werden (vgl. BfJ 2021). Diese Mittel stehen kurzfristig zur Verfügung und werden ohne eine Bedürftigkeitsprüfung pauschal vergeben (vgl. BfJ 2012: §2). Dieser Härtefonds soll »als Akt der Solidarität des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger mit den Betroffenen« (ebd.: §1) verstanden werden und ein »deutliches Zeichen für die Ächtung derartiger Übergriffe« (vgl. BfJ 2021) setzen. Der Fonds ist laut seiner Statuten zwar explizit solidarisch mit den Betroffenen und ächtet entsprechende Anschläge, aber benennt nicht die gesellschaftliche und institutionelle Verantwortung bei rassistischen und antisemitischen Taten.

Zusätzlich zu diesen Summen können Leistungen auf Grundlage des bundesweiten *Opferentschädigungsgesetzes* beantragt werden. Diese stehen, wie die Opferhilfefonds der Länder, für alle Menschen zur Verfügung, die Opfer einer Gewalttat wurden (vgl. BMAS 2020). Die Leistungen umfassen eine Entschädigung für die gesundheitlichen Folgen und Zahlungen für ihre wirtschaftlichen Folgen, so beispielsweise Krankenbehandlungen, Kosten von Hilfsmitteln oder Bestattungsgeld (vgl. ebd.). Eigentums- und Vermögensschäden werden grundsätzlich nicht gedeckt. Die Beantragung der Leistungen ist langwierig und bürokratisch, sodass sie ohne professionelle Unterstützung nicht möglich ist (vgl. Bildungsstätte Anne Frank 2021: 3).

Zusammenfassend deckt das Opferentschädigungsgesetz die Kosten von Gesundheitsbehandlungen und Beerdigungen, jedoch nicht die damit verbundenen regelmäßigen Fahrtkosten, Sachbeschädigungen (z.B. nach einem Brandanschlag auf die Wohnung oder einem Anschlag auf den eigenen Laden), Umzugskosten oder entstehende höhere Mieten (vgl. ebd.: 2f.). Die Verdienstauffälle durch Arbeitsunfähigkeit und den Tod von Angehörigen werden nicht ausgeglichen. Hier kann der Härtefonds der Bundesregierung zu Anfang eine wichtige Entlastung bieten, da er eine pauschale Entschädigung auszahlt.

Gleichwohl reichen diese Mittel weder im Einzelnen noch in Kombination auf Dauer aus. Nach wenigen Monaten stehen die Überlebenden und Angehörigen vor einem stark verringerten Einkommen und erhöhten Ausgaben (vgl. Initiative 19. Februar 2020). Unweigerlich entstehen so nachhaltige materielle Benachteiligungen für die unmittelbar Betroffenen rassistischer und antisemitischer Gewalt. Das stellt eine grundlegende Ungerechtigkeit dar, da

Menschen nicht nur die unmittelbare Gewalt, sondern darüber hinaus weitere vermeidbare Belastungen erleben.

Die Betroffenen selbst sowie Einrichtungen, die mit ihnen zusammenarbeiten, beispielsweise die Initiative 19. Februar in Hanau und der bundesweite Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG), benennen regelmäßig, dass die zur Verfügung stehenden Mittel unzureichend sind (vgl. Bildungsstätte Anne Frank 2021; VBRG 2020a) und fordern die Ausweitung dieser Mittel oder die Einrichtungen neuer Fonds (vgl. VBRG et al. 2021; Initiative 19. Februar et al. 2020).

In Hanau sichert die Initiative 19. Februar für die Betroffenen zentrale materielle Ressourcen. Der Laden in der Krämerstraße ist ein unabhängiger, selbstverwalteter Raum, der den Betroffenen zur Verfügung steht (vgl. Cholia 2021b: 110). Die Unterstützer*innen in der Initiative helfen bei Anträgen und vermitteln an die richtigen Stellen. Durch Kontakte zu Journalist*innen, Anwält*innen und anderen Initiativen erschließen sich den Betroffenen wichtige Zugänge.

Nichtsdestoweniger bleiben die unmittelbar existenziellen Nöte der Betroffenen. Diese müssen, wie die Initiative 19. Februar und andere in Hanau unmittelbar mit den Angehörigen arbeitende Einrichtungen betonen (vgl. ebd.; Initiative 19. Februar 2020; Initiative 19. Februar et al. 2020; VBRG et al. 2021), durch staatliche Mittel auf Bundes- und Landesebene gedeckt werden. Einerseits müssen die zusätzlichen Ausgaben übernommen werden. Andererseits müssen unbürokratische, ausreichende Pauschalbeträge zur Entschädigung und ohne Bedürfnisprüfung nachhaltige Benachteiligungen verhindern. Dabei ist es unbedingt nötig, dass die Fonds explizit die besondere gesellschaftliche und institutionelle Verantwortung im Kontext rassistischer und antisemitischer Gewalt benennen.

Institutioneller Rassismus

Die aktuelle Organisation der Institutionen, die für die finanzielle Unterstützung von Betroffenen antisemitischer und rassistischer Anschläge zuständig sind (u.a. BfJ, BMAS), benachteiligt sie. Bei einem Blick in Definitionen wird deutlich, dass diese regelmäßige, materielle Benachteiligung ein Beispiel für institutionellen Rassismus ist.

»Die sozialwissenschaftlichen Konzepte der institutionellen Diskriminierung und des institutionellen Rassismus verweisen auf das Zusammenwirken von gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und Behörden, ihren Normen und Praktiken in der Produktion und Reproduktion von Rassismus. Rassismus wird in dieser Betrachtungsweise nicht als rein individuelles Fehlverhalten verstanden, sondern als durch gesellschaftliche Strukturen reproduziertes Phänomen der Ausgrenzung, Dehumanisierung, systematischen Benachteiligung und Gewalt sowie der ungleichen Ressourcenverteilung.« (Thompson 2020)

Wie dargestellt, treten sowohl antisemitische und rassistische Anschläge (vgl. Kleffner 2021: 29) als auch die darauffolgende Benachteiligung der von ihnen Betroffenen in Deutschland so regelmäßig auf, dass sie als systematisch bezeichnet werden müssen. Die Organisation zuständiger staatlicher Institutionen, die eine derartige systematische Benachteiligung hervorbringt, ist somit ein Beispiel für institutionelle Diskriminierung.

Diese Form materieller Benachteiligung nach rassistischen und antisemitischen Anschlägen muss sowohl in der Wissenschaft als auch im Aktivismus vermehrt in den Blick genommen werden.

Konsequenzen erkämpfen

Für die unmittelbar Betroffenen entsteht aufgrund der mangelnden finanziellen Sicherheit regelmäßig eine Mehrfachbelastung aus Trauer- und Traumbewältigung, gesundheitlichen Folgen und Existenzsorgen. Dabei ist aus der Forschung und der direkten Arbeit mit Betroffenen bekannt, dass ohne eine ausreichende materielle Absicherung keine Bewältigung der Tat, Trauer und ihrer gesundheitlichen Folgen möglich ist (vgl. Initiative 19. Februar et al. 2020). Dazu kommt der langwierige und kräftezehrende Kampf für eine Aufklärung der Tat und resultierenden Konsequenzen.

Denn ein weiteres typisches Muster rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland ist, dass die Aufklärung und Umsetzung von Konsequenzen von den Betroffenen und ihren Unterstützer*innen eingefordert und erkämpft werden müssen, anstatt automatisch und selbstverständlich zu folgen (vgl. Initiative »Keupstraße ist überall« 2021: 90ff.).

Nach dem rassistischen Anschlag in Hanau waren es die Angehörigen, Überlebenden und Journalist*innen, welche auf den verschlossenen Notaus-

gang am Tatort Arena Bar, die mangelnde Notrufweiterleitung und die Obduktion der Verstorbenen ohne die Zustimmung der Angehörigen hinwiesen (vgl. Bildungsstätte Anne Frank 2021: 3; Kordes et al. 2021). Diese Versäumnisse wurden vom hessischen Innenminister Peter Beuth erst nach monatelangem Druck teilweise eingeräumt, obwohl sie aus den Akten hervorgingen (vgl. Der Spiegel 2021). Es folgten dennoch keine Konsequenzen, weswegen die Angehörigen eine Amtshaftungsklage vorbereiten mussten, um Konsequenzen vonseiten des Landes Hessen zu erwirken (vgl. Initiative 19. Februar 2021).

Die Gewalt, die die Betroffenen erleben mussten, ist zu Teilen das Ergebnis des Scheiterns der Gesellschaft und ihrer Institutionen. Der unzureichende Ausgleich der daraus folgenden materiellen Belastungen kann auf eine diskriminierende Organisation von Institutionen zurückgeführt werden. Zusätzlich müssen die Betroffenen mit ihren Unterstützer*innen im Nachgang der Gewalt die Arbeit der Behörden antreiben oder selbst leisten. Dazu gehören die Aufklärung von Straftaten, das Ermitteln der eigenen Versäumnisse und das Ergreifen notwendiger Konsequenzen. Durch ihren Einsatz machen die Betroffenen mit ihren Unterstützer*innen die unmittelbare Gewalttat, ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den institutionellen Rassismus, der ihnen im Anschluss entgegenschlägt, sichtbar und leisten damit aktiv Widerstand.

Die Reduktion der Angehörigen und Überlebenden auf Trauer

Dieses Übernehmen und Einfordern der Arbeit der Behörden ist jedoch keinesfalls unkompliziert. Stattdessen begegnen die Betroffenen dabei vielfachen Widerständen. Eine zentrale Strategie, die dabei angewandt wird, ist die Reduzierung der Betroffenen auf die Trauer. Die Rolle als trauernde Angehörige und belastete Überlebende ist der Rahmen, auf den sie von der Öffentlichkeit und Behörden regelmäßig reduziert und immer wieder zurückgewiesen werden.

Das wurde beispielsweise deutlich bei der staatlichen Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau am 19.02.21. Diese wurde vom hr-Fernsehen übertragen und von Kristin Gesang moderiert. Fast alle Angehörigen, die bei der Veranstaltung sprachen, äußerten Wut und klare Forderungen nach Konsequenzen und Verantwortungsübernahme. Armin Kurtović sagte: »Wir möchten eine lückenlose Aufklärung. Wir

möchten auch, dass schonungslos gegen die vorgegangen wird, die ihren Job nicht gemacht haben.« (Hessenschau Extra 2021) Emiř Gürbüz äußerte:

»Wir wollen lückenlose Aufklärung. Die Behörden sollen ihre Fehler zugeben. [...] Seit den 80ern geschehen immer wieder Morde aus rassistischen Motiven. Immer wieder kam hinterher heraus, dass es Hinweise auf die Täter und Taten gab. Ich fordere die zuständigen Politiker und Behörden auf, jetzt endlich ihre Pflicht zu tun: Gewaltverbrechen aus rassistischen Motiven frühzeitig entdecken und verhindern.« (Hessenschau Extra 2021)

Nachdem die Angehörigen diese Forderungen und ihre Wut geäußert hatten, kommentierte die Hessenschau-Moderatorin Kristin Gesang im selben Beitrag: »Soweit also die Stimmen der Angehörigen in diesem Video. Da kommt alles zutage: das Leid, die Trauer, die Enttäuschung, die Vorwürfe. Das soll alles nicht verschwiegen werden, um eben nicht zu vergessen. Das war der Stadt Hanau heute ganz wichtig.« Es waren nicht vor allem Leid, Trauer, Enttäuschung oder Vorwürfe, die zutage kamen, sondern klare Forderungen und Wut. Durch den Kommentar der Moderatorin wurden die Angehörigen jedoch wieder in den Rahmen der Trauer verwiesen. Ihr Benennen von Versagen und die Forderungen nach ihrer Aufklärung und Konsequenzen wurden zu »Vorwürfen« reduziert. Sie müssen gehört werden, »um eben nicht zu vergessen«, nicht etwa, um sie ernst zu nehmen, daraus zu lernen und etwas zu verändern. Im letzten Satz ergänzte sie, dass der Grund die Angehörigen am Jahrestag nicht zum Schweigen zu bringen der Willen der Stadt Hanau war. Anstatt anzuerkennen, dass die Angehörigen das selbstverständliche Recht haben bei der Trauerfeier für ihre Kinder, Partner und Geschwister zu sprechen, musste dieses aus ihrer Sicht mit dem Wunsch der Stadt Hanau begründet werden.

Die Reduktion der Angehörigen auf die Trauer bedeutet auch, dass die Art, wie ihnen begegnet wird, hauptsächlich Mit- und Beileid sind. Dadurch werden die unangenehmen Fragen nach dem eigenen Rassismus, der Verantwortung und der Notwendigkeit von persönlichen und gesellschaftlichen Veränderungen weggeschoben.

Durch diese Emotionalisierung aller Äußerungen der Betroffenen werden ihre Forderungen und ihr Benennen von Versagen zugleich entpolitisiert. Wenn sie unleugbar politisch werden, wird das kritisiert und behauptet, dass Trauer nicht politisiert werden solle.

Diese Entpolitisierung ist gewaltvoll. Erstens, weil sich die Mehrheitsgesellschaft anmaßt, entscheiden zu dürfen wie die Angehörigen mit der Ge-

walt umzugehen haben und was (un-)angemessene Formen der Trauer und Bewältigung sind. Zweitens sind rassistische und antisemitische Anschläge immer politische Taten. Gewalt aus Motiven der Diskriminierung ist mehr als die reine physische Gewalt. Mit ihr wird eine ganze Gruppe an Menschen mitangegriffen und ihnen ihr Existenzrecht abgesprochen. Dies ist eine eigene Form der Gewalt, die über das rein Physische hinausgeht und rassistische und antisemitische Taten immer politisch macht. Eine Entpolitisierung der Tat bedeutet, den Rassismus und Antisemitismus unsichtbar zu machen. Eine Entpolitisierung der Bewältigung bedeutet, die Diskriminierung unbesprechbar zu machen. Drittens wird dadurch den Betroffenen verunmöglicht, die schon mehrfach genannten institutionellen und gesellschaftlichen (z.B. materiellen) Benachteiligungen zu benennen. Diese werden unsichtbar und dadurch unveränderbar.

Die Verwobenheit von Trauer, Aufklärung und materieller Gerechtigkeit

Dabei ist besonders gewaltvoll, dass den Betroffenen genau diese Trauer, auf die sie reduziert werden sollen, unmöglich gemacht wird. Die Betroffenen benennen immer wieder den Wunsch, dass die Gesellschaft, politisch Verantwortliche und Behörden die Konsequenzen ziehen und ihre Arbeit selbst machen, wie beispielsweise Emiř Gürbüz im obigen Zitat deutlich sagt: »Ich fordere die zuständigen Politiker und Behörden auf, jetzt endlich ihre Pflicht zu tun« (Hessenschau Extra 2021) (vgl. auch Initiative »Keupstraße ist überall« 2021). Die Tatsache, dass dies nicht passiert, macht das politische Aktivwerden der Betroffenen überhaupt erst nötig.

Viele Überlebende von Gewalt und Angehörige erfahren nach der Tat Verharmlosung, Nichtbeachtung, Leugnung und weitere Benachteiligung durch ihr soziales Umfeld, die breitere Gesellschaft und staatliche Institutionen (vgl. Cholia 2021a: 169; Quent et al. 2014: 33ff.; Geschke, Quent 2021: 74ff.). Diese erneute Opferwerdung wird als sekundäre Viktimisierung bezeichnet und ist besonders typisch für rechte Gewalt (vgl. Quent et al. 2014: 11). Wie Kleffner (2021: 29) formuliert: »Der Umgang von Polizei, Justiz, Behörden, Medien und Politik mit den direkt und indirekt Betroffenen ist immer auch ein Spiegelbild davon, welchen Stellenwert eine Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen den Angegriffenen, den jeweils angegriffenen Communitys und dem Schutz ihrer Grund- und Menschenrechte einräumen.« Solange die Tat nicht

gesellschaftlich und institutionell ernst genommen und aufgeklärt wird, begnügt den Betroffenen daher statt einer Möglichkeit der Heilung nur weitere Gewalt in Form sekundärer Viktimisierung.

Zudem ist, wie bereits dargestellt, eine Trauer und Bewältigung nicht möglich, solange die Betroffenen durch materielle Sorgen belastet sind.

Die Initiative 19. Februar in Hanau weist regelmäßig auf die Notwendigkeit materieller Absicherung und ihre Verwobenheit mit Fragen der institutionellen Verantwortungsübernahme und Traumabewältigung hin.

In einem offenen Brief vom 18. September 2020 benennen sie, zusammen mit anderen Hanauer Akteur*innen, die hohen Einkommensverluste und Probleme bei der Wohnungssuche. Dafür fordern sie unbürokratische und schnelle staatliche Unterstützung, denn:

»Es erscheint als das Mindeste, dass die Angehörigen materiell abgesichert werden. [...] Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und – neben der lückenlosen Aufklärung – die Grundlage dafür, dass die Familien die soziale Sicherheit bekommen, die sie in die Lage versetzen, in Ruhe zu trauern und zu versuchen, einen Umgang mit dem Unfassbaren zu finden.« (Initiative 19. Februar et al. 2020)

Zugleich fordert die Initiative 19. Februar zusammen mit dem VBRG und der Beratungsstelle response die hessische Landesregierung auf, mit der Einrichtung eines Opferhilfsfonds die besondere politische Verantwortung anzuerkennen und »die Hinterbliebenen und Überlebenden des Attentats von Hanau und von Rechtsterrorismus mit Pauschalen durch einen Opferhilfsfonds zu entschädigen« (VBRG et al. 2021). Aus dem unmittelbaren Kontakt mit den Betroffenen des Anschlags kennen all diese Akteur*innen die unzureichende materielle Unterstützung, die Bedeutung der gesellschaftlichen Anerkennung, um sekundäre Viktimisierung zu vermeiden, und damit verbunden die Verwobenheit der Trauer, Aufklärung und materiellen Sicherheit.

Schluss

Aus dem NSU-Komplex haben viele Menschen gelernt, sich nach rassistischen und antisemitischen Anschlägen direkt mit den unmittelbaren Betroffenen zu vernetzen, ihnen aktiv zuzuhören und ihre Perspektiven ernst zu nehmen (vgl. Initiative »Keupstraße ist überall« 2021: 89). Infolgedessen entstanden zahlreiche Initiativen, in denen Betroffene sich gemeinsam mit Unterstüt-

zer*innen organisieren (Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, Initiative Duisburg 1984 u. a.). Außerdem folgte, auch in Reaktion auf den NSU-Komplex, eine stärkere Vernetzung und gegenseitige Unterstützung von Überlebenden und Angehörigen verschiedener antisemitischer und rassistischer Anschläge (vgl. Initiative »Keupstraße ist überall« 2021: 90).

Dadurch wurden viele Muster bei solchen Anschlägen und im Umgang mit ihnen erkennbar. Dazu gehört auch, dass die Regelmäßigkeit der materiellen Belastungen der unmittelbar Betroffenen deutlich wurde. Dabei zeigte sich u. a., dass die zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel unzureichend sind, um die Betroffenen zu unterstützen, und dadurch anhaltende Benachteiligungen entstehen.

Dies muss als Form institutioneller Diskriminierung noch stärker in Analysen berücksichtigt werden. Zudem darf die Verwobenheit der Heilungsprozesse, Aufklärung und materiellen Sicherheit nicht unterschätzt werden. Betroffene benennen zusammen mit Akteur*innen wie beispielsweise der Initiative 19. Februar oder der Beratungsstelle response die materielle Notlage und fordern die institutionelle Verankerung besserer Unterstützung. Dies passiert jedoch bisher vor allem mit Blick auf einzelne Anschläge.

Es muss gelingen, die Vernetzung unmittelbar Betroffener, verschiedener Initiativen, Beratungsstellen und anderer Akteur*innen dafür zu nutzen, die unzureichende materielle Unterstützung als übergreifendes Phänomen sichtbar zu machen und gemeinsam eine institutionelle Veränderung und ein Ende dieser Benachteiligung zu erreichen.

Ziel ist erstens, dass zusätzliche Ausgaben der Betroffenen durch öffentliche Mittel übernommen werden, um sie nicht zusätzlich finanziell zu benachteiligen. Zweitens müssen Institutionen und die Gesellschaft durch ausreichende, unbürokratische Entschädigungszahlungen ihre besondere Verantwortung bei antisemitischer und rassistischer Gewalt anerkennen. Von welchen Ministerien auf Landes- und Bundesebene die Mittel bereitgestellt werden, muss gesellschaftlich und politisch festgelegt werden. Zentral ist, dass sie sich an der Situation der Betroffenen orientieren, also ausreichend ausgestattet sind, schnell ausgezahlt werden und möglichst barrierearm beantragt werden können. Vor allem müssen sie die besondere gesellschaftliche und institutionelle Verantwortung in diesen Fällen von Gewalt explizit benennen.

Gerechtigkeit für Betroffene rassistischer und antisemitische Gewalt ist immer auch eine Frage des Geldes.

Literatur

- Bildungsstätte Anne Frank (2021): https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/PM_2021__Ein_Jahr_nach_dem_Anschlag_von_Hanau.pdf [01.04.2021].
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021): Opferentschädigungsrecht. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Soziale-Entschaedigung/Opferentschaedigungsrecht/opferentschaedigungsrecht.html> [01.04.2021].
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesamt für Justiz (2012): https://www.bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Haerteleistungen/Richtlinie_Haerteleistung_extremistisch.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [31.03.2021].
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesamt für Justiz (2020): https://www.bm.jv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_node.html [01.04.2021].
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesamt für Justiz (2021): https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Haerteleistungen/extremistisch/extremistisch_node.html?sessionId=FDC99B4E4BE9172677FE8E9D733CoC2A.1_cid392 [01.04.2021].
- Cholia, Harpreet (2021a): »Das schlimmste ist nicht die Tat an sich, sondern dass man allein damit gelassen wird.« Forderungen Betroffener aus der Beratungsarbeit, in: Harpreet Cholia/Christin Jänicke (Hg.), Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 168-172.
- Cholia, Harpreet (2021b): »Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst«. Postmigrantische und antirassistische Bewegungsarbeit vor und nach Hanau, in: Harpreet Cholia/Christin Jänicke (Hg.), Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 106-113.
- Deutsche Rentenversicherung (2021): https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Allgemeine-Informationen/Rentenarten-und-Leistungen/Renten-an-Hinterbliebene/renten-an-hinterbliebene_node.html [01.04.2021].
- Der Spiegel (2021): <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/hanau-in-hessen-peter-beuth-raeumt-notruf-probleme-bei-anschlag-ein-a-8d732265-cbc4-4b41-9c07-9cbe914f5475> [02.04.2021].

- Franzke, Amna/Vu, Vanessa/Tomšić, Sara/Amjahid, Mohamed/Biskin, Nadire (2021): Deutschland, wir glauben nicht mehr an dich. https://www.zeit.de/campus/2021-02/anschlag-hanau-rechtsextremismus-vertrauensverlust-polizei-politiker-institutionen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F [01.04.2021].
- Freistaat Bayern, Staatsministerium für Justiz (2021): <https://www.justiz.bayern.de/service/opferhilfe/> [26.03.2021]
- Freistaat Thüringen, Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (2017): <https://justiz.thueringen.de/themen/fondnsu/> [01.04.2021].
- Geschke, Daniel/Quent, Matthias (2021): Zweimal Opfer werden. Sekundäre Viktimisierung durch Polizei und Justiz, in: Harpreet Cholia/Christin Jänicke (Hg.), Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 74-80.
- Hessenschau Extra (2021): <https://www.hr-fernsehen.de/sendungen-a-z/gedenkenfeier-in-hanau--hessenschau-extra,video-144260.html> [25.03.2021].
- Initiative 19. Februar (2020): <https://19feb-hanau.org/2020/07/19/sechs-mona-te/> [01.04.2021].
- Initiative 19. Februar (2021): <https://19feb-hanau.org/2021/03/24/pressemitteilung-familien-konfrontieren-das-hessische-innenministerium/> [02.04.2021].
- Initiative 19. Februar Hanau/Hanauer Hilfe/Welle gGmbH/Zentrum für Traumapädagogik Hanau/Response/Bildungsstätte Anne Frank (2020): <https://19feb-hanau.org/2020/09/18/offener-brief/> [31.03.2021].
- Initiative »Keupstraße ist überall« (2021): Nicht länger ohne uns, sondern mit uns! Betroffenenperspektive auf den NSU-Komplex in: Harpreet Cholia/Christin Jänicke (Hg.), Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 89-95.
- Kleffner, Heike (2021) Eine furchtbare Bilanz: Kontinuitäten, Normalisierung und Solidarität, in: Harpreet Cholia/Christin Jänicke (Hg.), Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: edition assemblage, S. 26-34.
- Kilomba, Grada (2016): Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism. Münster: UNRAST-Verlag.
- Kordes, Herbert/Taßler, Jochen/Oeser, Adrian/Wierzchowski, Marcin (2021): <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/hanau-anschlag-versaeumnisse-101.html> [02.04.2021].

- Quent, Matthias/Geschke, Daniel/Peinelt, Eric (2014): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. Jena.
- Statistisches Bundesamt (2020): <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-armutsgefaehrdung.html> [01.04.2021].
- Thompson, Vanessa Eileen (2020): <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/308350/racial-profiling-institutioneller-rassismus-und-interventionsmoeglichkeiten> [02.04.2021].
- Utlü, Deniz (2019): Migrationshintergrund, in: Susann Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: UNRAST-Verlag, S. 445-448.
- VBRG e.V. (2020a): https://verband-brg.de/offener_brief_bundesjustizministerin_lambrecht_ausweitung_entschaedigungsleistungen/ [01.04.2021].
- VBRG e.V. (2020b): <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2019-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/> [01.04.2021].
- VBRG e.V./Bildungsstätte Anne Frank/Initiative 19. Februar (2021): <https://verband-brg.de/hessische-landesregierung-muss-besondere-verantwortung-fuer-opfer-von-rechtsterrorismus-uebernehmen/> [31.03.2021].
- Verwiebe, Roland (2014): Die Auflösung der migrantischen Mittelschicht und wachsende Armut in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49, S. 24-30.

Schwarz-feministische Kritik der Polizei

Vanessa E. Thompson

1 Einleitung

Die Proteste für Schwarze Leben und gegen Polizeigewalt, die sich nach den Tötungen von George Floyd, Breonna Taylor, Tony McDade und vielen anderen in den USA und global artikuliert haben, zeigten, dass auch in Deutschland rassistisch-intersektionales Polizieren für viele Menschen Alltag ist.¹ Das beinhaltet Racial Profiling sowie darüber hinausgehende Gewaltformen und Tötungen. In Pandemiezeiten kann man die Logik dieses differenziellen Polizierens besonders beobachten: Schwarze migrantische und Jugendliche of Color wurden im Sommer am Frankfurter Opernplatz, trotz Maske und Abstand massiv kontrolliert und Identitätskontrollen unterzogen. Zugleich trinken am Friedberger Platz weiße, relativ wohlhabende Menschen gedrängt Weißwein. Schwarze Menschen werden im Berliner Görlitzer Park kontrolliert, wenn sie z.B. in Kleingruppen spazieren gehen. Geflüchtete Menschen stehen wiederkehrend unter polizeilicher Massenquarantäne wie im brandenburgischen Ellwangen. Im April 2018 demonstrierten dort mehrere Schwarze geflüchtete Personen gegen polizeiliche Abschiebung und für ein würdevolles Leben. Ihr Protest wurde medial-politisch als gewaltvolle Etablierung einer »rechtsfreien Zone« kriminalisiert. Eine geplante Demonstration in Hanau sechs Monate nach dem rassistisch-rechtsterroristischen Anschlag, bei dem Ferhat Unvar, Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin ermordet wurden, ist pandemiebedingt verboten worden. Seit Monaten finden hingegen bundesweit Querdenker-Demos statt, wo Corona geleugnet wird und AHA-Regeln missachtet werden. *The policing of the pandemic*,

1 Dieser Beitrag basiert auf einem Vortragsmanuskript und einer leicht aktualisierten Fassung des Artikels Thompson (2018).

um es in Anlehnung an Stuart Hall zu sagen (vgl. Hall et al. 1978), legt die Normalität ihrer differenziellen Funktionsweisen offen, ohne darauf beschränkt zu sein. Für Schwarze Menschen, migrantisierte Personen und People of Color (PoC) bedeutet das: »We are at risk of police violence generally, and now specifically through this pandemic« (Purnell, 2020). Diese gelebte Erfahrung ist Teil eines Gesellschaftsvertrages, in dem die Polizei Sicherheit und Schutz garantieren soll, nicht deren Abweichung.

Aus Schwarz-feministischer Perspektive werde ich eine Kritik der Polizei diskutieren. Sie wird als Institution und als eine in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebundene Praxis verstanden. Sie ist nicht monolithisch gefasst, da sie durch historisch-gesellschaftliche Konjunkturen im rassifizierten, vergeschlechtlichten Kapitalismus geprägt ist (vgl. Robinson 1983; Bhattacharya 2018). Ich diskutiere hierfür drei Ansätze der kritischen Polizeiforschung und gehe auf Leerstellen ein. Darauf folgend arbeite ich die intersektionalen Gewaltmodalitäten von Polizieren, verstanden als Verhältnis der Kriminalisierung und Kontrolle, heraus. Abschließend beschreibe ich abolitionistische Praktiken, die ich als radikale Care-Formen diskutiere. Der Beitrag schöpft aus einem ethnografisch-aktivistischen Forschungsprojekt sowie eigenen politisch-aktivistischen Erfahrungen in dem Bereich.

2 Kritische Theorien der Polizei und ihre Leerstellen

Traditionslinien kritischer Polizeiforschung werden jüngst im deutschsprachigen Raum weiterentwickelt. Sie untersuchen die Heterogenität des Polizierens aus verschränkten Perspektiven und analysieren Formen, Effekte, Mechanismen und multiple Geschichten (vgl. Künkel 2014). Angelehnt an marxistische sowie poststrukturalistische Ansätze wird die Polizei als gesellschaftliches Kräfteverhältnis verstanden, das hegemoniale diskursiv-praktische Formationen re-produziert, diese zugleich übergreift und die kapitalistische Eigentumslogik schützt. Repression wird vornehmlich auf Klassen- und Besitzverhältnisse sowie auf das kapitalistisch-ausbeuterische Produktivmachen von Körpern diskutiert (vgl. Neocleous 2000). Ideologisch-subjektbezogen wird sie als internalisiertes Repressions- und Kontrollverhältnis gefasst, das für Louis Althusser (1977) an die polizeiliche Anrufung gebunden ist. Szenisch beschreibt er diese Anrufung, als die Polizei eine Person mit »Hey, Sie da!« (ebd.: 142) adressiert und diese sich umdreht. Dadurch wird sie sich ihrer Rechtssubjektivität bewusst. Moderne Rechts-Subjekte

sind also immer schon poliziert und polizierend (vgl. Jobard 2001), auch ohne konstante Polizeipräsenz (vgl. Butler 1997; Trautmann 2013).

Anti-koloniale, Schwarze und feministische Analysen haben einige dieser Ansätze grundlegend erweitert.

3 Methodologischer Eurozentrismus – koloniale Kontinuitäten modernen Polizierens

Theoretiker*innen wie Frantz Fanon, Frederick Douglass, Joy James und Simone Browne zeigten, dass die Herausbildung der modernen Polizei inhärent mit den Kontroll-, Überwachungspraktiken und der Herbeiführung Schwarzer »frühzeitiger Tode« (vgl. Gilmore 2007) verbunden ist, die u. a. auf den Plantagen und in den Kolonien beobachtbar gewesen sind. D. h., ohne eine Analyse »kolonialer Laboratorien« (vgl. Bhabra 2017; Thompson 2018; Elliott-Cooper 2021) ist eine Analyse der modernen Polizei schwerlich möglich. Als Experimentier- und Entwicklungsfelder von Macht- und Herrschaftstechniken unterhielten sie variantenreiche Interdependenzbeziehungen mit kapitalistischen Ausbeutungstechniken in Europa: Deportationen, Versammlungsrestriktionen versklavter-kolonisierter Bevölkerungen, Durchsuchungen, Ausweisungen, Passsysteme, Aufstandsniederlagen, Arbeitscamps, exzessive-alltägliche Gewaltanwendung zum Kontrollerhalt kolonialer Besitzstrukturen sind Eckpfeiler dieser polizeilich-kolonial-imperialen Regierungsweisen (vgl. Browne 2015). Auch Rom*nja und Sinti*zze und, aber anders, weiße verarmte und marginalisierte Menschen und Arbeiter*innen Europas waren betroffen. Dieses transkoloniale und –lokale Regime sicherte so Überausbeutung (vgl. Jones, 1949).

Das Verhältnis kolonisierter Subjekte zur Polizei ist daher als immanent und alltäglich gewaltvoll beschreibbar, wie es Fanon (1981) bereits früh ausarbeitete, und argumentierte, dass die polizeiliche Gewalt gegen die kolonisierte Bevölkerung stets eine andere Qualität hatte, als die polizeiliche Gewalt gegen Arbeiter*innen in den kolonialen Metropolen. Daran schlossen Theoretiker*innen wie George Jackson, Angela Davis, Joy James und uvm. später an.

4 »Hey, Sie da!« Wer da? – das »Andere« modernere Rechtssubjektivität

Subjektivierungsanalytisch erweiterungsbedürftig ist, dass Althusser rassifizierte, vergeschlechtlichte, arme Subjekte konzeptionell auszuschließen scheint. Wendet sich das polizierte Rechtssubjekt deshalb um, weil es sich relativ sicher sein kann, keine Repression zu erfahren? Wäre es bei Individuen, die alltäglich (in-)direkte repressive Kontakte erleben, nicht wahrscheinlicher, dem Polizieren zu entgehen oder gar zu flüchten? Wer ist dieses »Sie«? Wer wird durch rassistische, institutionalisierte, behördliche Arrangements geduzt und schikaniert?

Beispielhaft hierfür steht ein Spruchbanner, das von rassifizierten Gruppen aus Pariser Arbeiter*innenvororten im Rahmen eines Gerechtigkeitsprotests für Théo Luhaka und Adama Traoré gemalt wurde: »Théo und Adama erinnern uns daran, warum Zyed und Bouna weggelaufen sind.« Théo wurde am 2.2.2017 polizeilich schwer misshandelt. Adama starb 2016 in Polizeigewahrsam. Zyed Benna und Bouna Traoré sind im Oktober 2005 vor einer rassistischen Polizeikontrolle in ein Transformatorenhäuschen flüchtend von Stromschlägen tödlich getroffen worden.

Narrative des Flüchtigseins und Entfliehens aus dem polizeilichen Blick, der Bewegungsfreiheiten intersektional-rassifizierter Menschen alltäglich einschränkt (vgl. Wa Baile et al. 2019), finden sich in transnationalen Alltagswelten, kulturell-literarischen Archiven mehrfach marginalisierter, besonders armer Gruppen im globalen Norden wie Süden – relativ zu polizeilichen Entwicklungen und daher formenreichen Anrufungsweisen. Sie führen eine konstitutive Unterscheidung ein: Die einen werden als bürgerliche Rechtssubjekte konstituiert. Die »Anderen« werden als zu polizierende Gruppen kriminalisiert und unterdrückt. Dabei richtet sich Polizieren im Alltag besonders gegen die, die im neoliberalen rassifizierten, vergeschlechtlichten Kapitalismus zunehmend als »Überflüssige« produziert werden (siehe auch Loick 2018). So werden wir differenziell gesellschaftlich re-positioniert und erfahren differenziell Sicherheit.

5 Schwarze Linien – rassifizierte Machtbeziehungen als Fundamente der Disziplinarmacht

Browne zeigt in ihrer Vergleichsanalyse des Verhältnisses zwischen anti-schwarzer Gewalt und kolonial-modernen Sicherheits- und Überwachungstechniken, wie kontemporäre Überwachungstechnologien und -praktiken mit der Geschichte der Versklavung, dem Kolonialismus und der Überwachung von Schwarzen Menschen verknüpft sind. In ihrer Re-Lektüre Foucaults (1993) zieht sie eine »Schwarze Linie« (Browne 2015: 42) und belegt, dass die Re-Produktion von gefügigen Subjekten sich vergeschlechtlichend und rassifizierend vollzieht, also nicht eurozentrisch universalisiert werden kann (vgl. Thompson 2020). Der Wandel in den Machtbeziehungen bezieht sich demzufolge auf *bestimmte* Weise für *bestimmte* Subjekte. Browne zeigt, dass der polizeiliche Zugriff auf Schwarze Menschen aus Armutsverhältnissen nach wie vor vordergründig über brutale Gewalt operiert.

Nun geht es mir nicht um die Darstellung einfacher polizeilich-kolonialer Kontinuitäten, sondern um die Re-Kontextualisierung der Wirkweisen und Funktionen des Polizierens. Das erlaubt, gegenwärtige rassifizierte Gewaltförmigkeiten und differenzielle, polizeiliche Funktionsweisen offen zu legen, was an Racial Profiling gezeigt werden kann.

6 Racial Profiling – Zur Normalität des institutionellen und intersektionalen Rassismus

Racial Profiling umfasst unterschiedliche Kontroll- und Durchsuchungsformen auf Basis rassifizierter Zuschreibungen wie Hautfarbe, phänotypischen Merkmalen, vermeintlicher nationaler Herkunft und Religion. Auch angesichts von Protesten ist Racial Profiling neuerdings in kontinental-europäischen Kontexten stärker öffentlich-politisch debattiert worden – in Ländern, in denen institutioneller Rassismus als Gesellschaftsproblem hegemonial unbenannt bleibt oder schlicht geleugnet wird. In Deutschland, Frankreich und der Schweiz wird es durch Polizeirechte im Nexus von Kriminalisierungen strukturiert: irreguläre Migration, vorgebliche Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, Kriminalisierung von Armut uvm. Zeitgleich gründeten sich verstärkt Initiativen, die Racial Profiling sichtbar machen und Betroffenen Unterstützung bieten. Deren Archive dokumentieren dessen weiterreichenden Folgen.

Polizeilich angehalten, befragt und durchsucht zu werden, während man beispielsweise auf dem Arbeitsweg, zur Schule oder zu einem Privattreffen geht, ist als »stopping device« (Ahmed 2007: 161) lesbar. Menschen werden so in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, was rassifizierte Eigentumsverhältnisse re-aktualisiert und den Körper selbst zur Grenze macht. Das trägt zur gesellschaftlichen Kriminalisierung rassifizierter Subjekte bei, indem der öffentliche Eindruck entsteht, dass das Polizeien nicht grundlos sei, was rassistische Gesellschaftsstrukturen re-produziert (vgl. Basu 2016). Polizierte müssen sich daraufhin in ihrer Nahwelt de-kriminalisieren und klarstellen, nichts »verbrochen« zu haben. Racial Profiling übergreift so temporal Kontrollformen der »langsamen Gewalt« (Nixon 2011), die über die Kontrolle hinausgeht. Auch psychosoziale Folgen wie Verfolgungsängste oder Depressionen sind hinterlegt (vgl. ADBs NRW 2017). Polizeikontrollen betreffen häufiger mental vulnerable Menschen, was deren Vulnerabilität vertieft. Ebenfalls Teil dieser Gewaltmodalität: Racial Profiling wird nur schwer und selten gemeldet mangels unabhängiger Beschwerdestellen. So wird diese dehumanisierende Polizeipraxis gesamtgesellschaftlich unsichtbar. Die Aussicht auf eine Verurteilung ist gering. Der Aufenthaltsstatus und befürchtete Konsequenzen wie Deportation spielen ebenfalls eine Rolle. Geflüchtete Gruppen und in illegalisierte Ökonomien Abgedrängte sind besonders verletzlich für polizeiliche Kontrollen und sind zudem oft von den Unterstützungsstrukturen abgeschnitten. Angesichts der polizierten-gesellschaftlichen Kriminalisierung finden sich selten aussagewillige Zeug*innen. Anwält*innen lehnen Mandate zumeist ab, da Rechtsverfahren meistens verloren gehen. Im Anzeigefall, vor allem bei körperlichen Übergriffen, müssen Betroffene mit einer polizeilichen Gegenanzeige rechnen. Sie werden so hegemonial Gegenstand einer Täter-Opfer-Umkehr. Auch wenn sie es waren, die um polizeiliche Hilfe riefen. Wie bei Derege Wevelsiep, der nach einer rassistisch eskalierten Fahrscheinkontrolle in Frankfurt a.M. im Oktober 2012 vor seiner Verlobten und seinem dreijährigen Sohn von der Polizei zusammengeschlagen wurde. Oder wenn sie auf Verletzungen oder Einschränkungen verweisen. In Zürich ist Wilson A. 2009 mit einem Freund in einer Tram polizeilich kontrolliert worden. Nachfragend, warum nur die beiden kontrolliert werden, ist er gewaltsam aufgefordert worden, die Tram zu verlassen. Daraufhin wurde er brutal körperlich angegangen. Obwohl er die Polizei informierte, dass er eine Herzoperation hinter sich habe, gingen die Beamten gewaltsam vor und beschimpften ihn zudem rassistisch. Laut eigener Aussage konnte er kaum atmen.

Dieses Atmen ist sehr wichtig. Es umfasst physisches wie soziales Atmen. In meiner Deutung der Verunmöglichung von Atmen als heuristisch-materielle Erfahrung orientiere ich mich an Fanon, der hierfür den Begriff »combat breathing« prägte. Es verkörpert das Ringen nach Luft, das Abdrücken der Luftzufuhr, die Kurzatmigkeit und die Panikattacke. Atmen ist eine Austauschbeziehung mit und in der Welt. Ohne Luft keine Sozialität und kein Kontakt mit der (nicht-)menschlichen Welt. Zugleich ist jeder neue Atemzug weltmachend (vgl. Crawley 2016). Der Bezug zu George Floyd oder Eric Garner ist deutlich. Auch zu Samuel Dolphyne aus Wien, der im November 2018 durch einen Würgegriff eines Polizisten in Helsinki erstickt. Seine letzten Worte, so sein Freund: »He was shouting and calling my name; Ofori, Ofori they are killing me. I can't breathe.«² Der Würgegriff und die Fixierung am Boden der Hamburger psychiatrischen Abteilung des Universitätsklinikums, die zur Bewusstlosigkeit, ins künstliche Koma und dann zum Tod führte, beendete auch das Leben von William Tonou-Mbobda im April 2019, als er dort Hilfe ersuchte.

Die Verunmöglichung von Atmen taucht analytisch wiederkehrend beim Polizieren von Schwarzen Menschen auf, besonders bei armen und geflüchteten Schwarzen Menschen. Diese Verunmöglichung wirkt auch dann, wenn der Verweis auf »I can't breathe« implizit bleibt. Auch Christy Schwundek, eine Schwarze Frau, die in einem Frankfurter Jobcenter im Mai 2011 um einen Vorschuss bat und von einer Polizistin erschossen wurde, wurde das Atmen unmöglich gemacht. Ich denke an ihr angstvolles Atmen – wie an das der Schwarzen Frau im Haus ihres weißen Ex-Partners im Juli 2001 in Aschaffenburg, die ihr Kind abholen wollte: Mareama Ndeye Sarr. Mimi, eine Refugee Aktivistin, die bei den Protesten am Berliner Oranienplatz und bei der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule aktiv war, starb am 11. Dezember 2014 an schwerer Krankheit. Das Polizieren beschrieb sie oft als Repression, die ihr die Luft abschnürte.

Racial Profiling schafft ein einschnürendes Klima beim Angehaltenwerden, ein hastiges Atmen bei Polizeikontrollen, ein Aus-der-Puste-Kommen beim Wegrennen, wie bei Zyed und Bouna in Frankreich, in urbanen Zentren, deren Außengrenzen und dem *Black Mediterranean*, das konzeptionell den Mittelmeerraum zwischen Afrika und Europa beschreibt und historisch durch Versklavung, Akkumulation und Tötung Schwarzer Menschen geprägt

2 [https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/Ghanaian-allegedly-killed-by-Finnish-police-officers-703712\[25.04.2021\]](https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/Ghanaian-allegedly-killed-by-Finnish-police-officers-703712[25.04.2021])

ist (vgl. Smythe 2018). Todesursache des Ertrinkens ist die Asphyxie infolge einer Verlegung der Atemwege durch Wasser oder andere Flüssigkeiten. Intersektionales Polizieren von Schwarzsein ist zentraler Teil der strukturellen Verunmöglichung gesellschaftlichen Atmens kriminalisierter und marginalisierter Schwarzer und rassifizierter Menschen, zu Land und zu Wasser.

Das gilt auch für die Atemnot derer, die für Gerechtigkeit eintreten, aber keine erfahren: etwa die Familie von Oury Jalloh, einem Schwarzen geflüchteten Mann aus Sierra Leone, der in einer Polizeizelle ermordet wurde oder die Angehörigen der Opfer des sogenannten NSU. Die Familien in Hanau, denen das Trauern genommen wird, die Ermittlungen und Recherchen übernehmen müssen: Warum besaß der Täter eine Waffe? Warum wurde nicht zuvor auf seine Drohungen reagiert? Warum kriminalisierte man Überlebende in der Tatnacht? Warum erfahren Hinterbliebene keine ausreichende staatliche Unterstützung?

Wo es nicht zum physischen Atemstillstand kommt, ist das Polizieren als unspektakuläre Form einer langsamen Gewalt analysierbar: Wilson A. erstattete Anzeige. Die drei Beamten erstatteten Gegenanzeige. Nach achtjährigem Verfahren wurden Letztere freigesprochen. Sein Anwalt ging in Revision. Die einhergehenden psychischen, körperlichen und finanziellen Belastungen sind Teil des Racial Profiling. Derlei institutioneller Umgang mit Opfern und deren Angehörigen re-produziert und verlängert ihre Gewalterfahrungen.

Auch die polizeilich-aktive Inaktion ist darunter lesbar, wenn Betroffene bedroht werden oder in Gefahr sind, z.B. bei den Rostock-Lichtenhager-Pogromen oder jüngst, als Vili Viorel Păun in der Nacht des Hanauer Terroranschlags mehrmals den Notruf rief und niemand abnahm. Oder bei der ermordeten Schwarzen asylsuchenden Frau Rita Awour Ojunge nahe des Lagers Hohenleipisch: Obwohl Freund*innen aus dem Lager und ihre Kinder mehrfach auf Ritas Verschwinden seit April 2019 aufmerksam machten, wurde erst nach zwei Monaten eine polizeiliche Suchaktion veranlasst. Ihre Körperteile wurden in Lagnähe im Wald gefunden. Das europäische Lagersystem, im Innern sowie an den Außengrenzen, verdichtet diese intersektionale, staatliche, anti-schwarze Gewaltform (vgl. Gilmore 2007). Wie Alma, eine Schwarze geflüchtete Frau, mir eindringlich erzählt hat:

»Policing where we go, or better, stopping our movement, containment, even before the pandemic, and beyond Europe ... before we can even cross the sea, border police. Then, when you arrive in Europe, there is constant fear of police in the night because of deportation, policing our bodies regarding

reproductive rights, our children who often are denied birth certificates, no support in cases of violence but just more violence, and, the policing of resistance; this is how I would describe my relation to the police as a black refugee women in Europe.«

Schwarze Feminist*innen machen seitjeher darauf aufmerksam, dass Polizieren entlang intersektionaler Ungleichheitsverhältnisse verläuft. Mehrfach marginalisierte Personen, Frauen und LGBT*IQ/geflüchtete/mittellose, *dark skinned* und von der Gesellschaft behinderte Schwarze und PoC sind besonders vulnerabel. Auch und gerade rassifizierte Frauen und queere Personen werden als hyper-aggressiv und außerhalb geschlechtsspezifischer Normen wahrgenommen. Sie werden als nicht zu schützende Subjekte konstruiert, wie Andrea Ritchie zeigt. Sie legt frei, dass die Unsichtbarkeit solcher Gewalterfahrungen mit der Fokussierung auf physische und letale Polizeigewalt in öffentlichen Räumen zusammenhängt. Das ist meines Erachtens eine Leerstelle in vielen hiesigen Kämpfen. Der US-Kontext muss zwar vom europäischen unterschieden werden. Doch auch in Letzterem verschärft sich die Armutsvergeschlechtlichung, die mit einem vergeschlechtlichtem Polizieren einhergeht (vgl. Sudbury 2005), und wiederholt tödlich verläuft: Bei Christy Schwundek oder N'deye Mariame Sarr waren mindestens zwei Polizist*innen und eine weitere Person anwesend. Christy Schwundek und N'deye Mariame Sarr waren situationsübergreifend die einzigen Schwarzen Frauen. Das Polizieren gründete weder auf einer polizeilichen Identitätskontrolle noch fand es im öffentlichen Raum oder im sog. Gewahrsam statt. Der Fall verdeutlicht, feministische Analysen ermöglichen es, auch Polizieren in wohlfahrtsstaatlichen Institutionen oder vermeintlich privaten Räumen in den Blick zu bekommen. Ebenfalls wichtig: In beiden Fällen waren Kinder involviert. Schwundek kämpfte um die Wiedererlangung des Sorgerechts für ihre Tochter, wodurch sie in den letzten Monaten an Depressionen litt. Sarr wollte ihren Sohn bei seinem Vater abholen, der den Sohn bei seinen Eltern versteckt hatte. Schwarze, aber auch Rom*nja und Sinti*zze, Muslim*a, migrantische Mütter und Mütter of Color werden oft als »schlechte« Mütter stigmatisiert und poliziert. Detaillierte und historisierende Analysen und Kritiken rassifizierter mittelloser Eltern und Fürsorgeregimen rassifizierter Kinder in Europa stehen bislang aus.

Rassifizierte Frauen, nicht-binäre und trans*Personen erfahren Racial Profiling oft gepaart mit sexualisierter Stigmatisierung und Gewalt, vor allem in semi-öffentlichen wie häuslichen Bereichen. S/Exotisierung (vgl.

Pinto 2018) und Kriminalisierung wirken dabei zusammen. Vergeschlechtlichte mehrfach marginalisierte Subjekte werden historisch als promisk und sexuell gefügig fantasiert. In ihrem Gespräch zu Profiling und Rassismus bei Sexarbeit in der Schweiz verweisen Forscher*innen und Mitarbeiter*innen betreffender Fachstellen, Serena O. Dankwa und Christa Ammann (2019), darauf, dass rassistisches Profiling bei Frauen of Color, besonders Schwarzen Frauen, vielerorts über die Kriminalisierung als Sexarbeiter*in operiert. Gleiches gilt für Sexarbeiter*innen of Color, die in der kritischen Rassismus- und Polizeiforschung kaum befragt werden. Die Autor*innen schreiben, dass sowohl Häufigkeit, Art und Intensität polizeilicher Kontrollen bei rassifizierten Sexarbeitenden höher liege als bei weißen. Auch die Selbstorganisation von migrantischen Sexarbeitenden der Frankfurter Doña Carmen e.V. skandalisieren die rassistisch-repressiven Gehalte des Polizierens im Prostitutionsgewerbe, was auch Sorgerechts- sowie Aufenthaltsberechtigungen berührt.

Schwarze Feminist*innen kritisieren angesichts der vergeschlechtlichten Dimensionen der karzeralen Wende im rassifiziert-vergeschlechtlichten Kapitalismus die »Vergessenheiten«, wenn es um intersektionales Polizieren mehrfach marginalisierter Gruppen oder aktive Interpellation des strafen-den Staates innerhalb feministischer Bewegungen geht. Der Begriff des »karzeralen Feminismus« ist hier aufschlussreich. Definiert wird er als »a cultural and political formation in which previous generations' justice and liberation struggles are recast in carceral terms« (Bernstein 2019: 21). Er beschreibt die Orientierung am Strafrechtssystem und kazeraler Logiken feministischer Bewegungen, die soziale Gerechtigkeitsdiskurse dezentrieren. Statt einer Stärkung der Menschen- und Arbeitsrechte tritt so zum Beispiel eine Verbrechenskontrolle und -bestrafung zutage, wie Bernstein in ihrer ethnographischen Forschung zu internationaler Intervention und Debatten über Frauenhandel und Sexarbeit herausarbeitet (Bernstein 2010, 2012, 2019). Wie Schwarze abolitionistische Feminist*innen zuvor zeigt sie, dass neoliberale Strafrechtsdiskurse postkolonial geprägt sind, rassistische Logiken perpetuieren und intersektional vulnerable Gruppen besonders kriminalisieren. Abolitionistische Feminismen haben hier wichtige Alternativen entwickelt.

7 Möglichkeiten und Horizonte des postkolonialen Abolitionismus

Wenn Polizeien und staatliche Straflogiken keine Sicherheit für mehrfach marginalisierte Subjekte bedeuten, die konstitutiv aus dem liberalen Sicherheitsverständnis ausgeschlossen sind, braucht es Konzepte des Aufeinander-Aufpassens, der Verantwortungsübernahme und des Sorge-füreinander-Tragens, die »Ziel und auch Methode gegen Gewalt« (Brazzell 2016) sind, und die ich als abolitionistische Care-Politikformen diskutiere.

Sie wirken in zweifacher Richtung. Einerseits geht es u.a. um Interventionen bei polizeilichen Ein- und Übergriffen, wie es viele genannte Initiativen machen. Deren *Dokumentation* spielt eine wesentliche Rolle. Seit 2000 dokumentiert die »Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt« (KOP) in Deutschland rassistisch-motivierte Polizeiübergriffe. Angesichts fehlender finanzieller Unterstützung hat sie einen Rechtshilfefonds organisiert, der es Betroffenen ermöglicht, sich rechtlich zu wehren. »Copwatch«-Gruppen leisten hier wichtige Arbeit. *Unterstützung* ist ebenfalls wesentlicher Teil. Mit Betroffenen Räume zu schaffen, wo sie ihre Erfahrungen freiwillig teilen können, mit ihnen auszuloten, wie dagegen vorgegangen werden kann, und ihnen zuzuhören, ist hierfür grundlegend. Die *Sensibilisierung* der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist ebenfalls zentral. Eigene Forschungen, Berichte und Interviews, Statements und Kampagnen tragen wesentlich zur Skandalisierung und Denormalisierung rassistischen Polizierens bei. Initiativenseitige politische Forderungen sind zudem die Abschaffung verdachts- und ereignisunabhängiger Kontrollen, die rechtliche Spezifikation rassistischer Diskriminierungstatbestände in Antidiskriminierungsgesetzen und die Einrichtung unabhängiger Beschwerde- und Ermittlungsstellen. Andere Ansätze streben zudem grundlegendere gesellschaftliche Transformationen an, die auf polizeiliche »Lösungen« fernab entkriminalisierender Sicherheitsverständnisse verweisen.

Es geht andererseits um die Etablierung abolitionistischer Care-Praktiken und -Politiken, die niemanden zurücklassen und sich gegen die Kriminalisierung mehrfach marginalisierter Gruppen stellen. Abolitionismus bedeutet nicht einfach die Abschaffung von gewaltförmigen-straftenden Institutionen, sondern neue und radikal demokratische institutionell-strukturelle Alternativen sozialer und intersektionaler Gerechtigkeit zu entwerfen. Betroffene haben jahrzehntelang, aufbauend auf historisch marginalisierten Wissensbeständen, Konzepte und Methoden entwickelt, z. B. Transformative Justice und Community Accountability. LesMigraS berät und unterstützt bezüg-

lich Sicherheitsfragen fernab staatlicher Sicherheitsregime (vgl. ebd. 2011), Women in Exile haben ebenfalls Konzepte entwickelt. Hier geht es darum, soziale Strukturen zu schaffen (nicht bloß alte zu reformieren), um gewalt- und bestrafungsfreie, sorgende und selbstbestimmte Beziehungen zu etablieren, und gegen Bedingungen und Verhältnisse im rassifiziert-vergeschlechtlichten Kapitalismus zu kämpfen, die die materiellen Bedingungen Mehrfachmachmarginalisierter zuvorderst re-produzieren. Abolition ist demnach nicht einfach auf Fragen von Kriminalisierung oder strafenden Institutionen beschränkt, sondern Teil der Kämpfe gegen Versklavung, Kolonialismus, Kapitalismus und der intersektionalen Unterdrückungsformen, die dadurch produziert werden, und der Bildung neuer Welten (vgl. Gilmore 2007).

Weitere Allianzförderungen zwischen polizei- und knastkritischen Gruppen, selbstorganisierten Gruppen von Menschen mit Fluchterfahrung und Unterstützer*innen, Anti-Gewaltzusammenhängen und Netzwerken von Sexarbeiter*innen, Basisgewerkschaften und Gruppen gegen Militarisierung, mit der Priorisierung der Realitäten, Erfahrungen und der Kritik von besonders armen Schwarzen queeren und trans*Personen of Color und migrantischen Personen, sind grundlegender Teil eines neuen Abolitionismus, der nicht nur neue Institutionen, sondern Verhältnisse schafft.

Literatur

- ADBs für NRW/Antidiskriminierungsbüro Köln (2017): https://www.gleichbehandlungsbuero.de/docs/Rassistische%20Diskriminierung%20bei%20der%20Polizei*Brochure%20vom%20ADB*Köln.pdf [17.05.2021].
- Ahmed, Sara (2006): *Queer Phenomenology: Orientations, Objects, Others*, Durham: Duke University Press.
- Althusser, Louis (2010) [1970]: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg: VSA Verlag.
- Bhambra, Gurinder K. (2017): The Current Crisis of Europe: Refugees, Colonialism, and the Limits of Cosmopolitanism, in: *European Law Journal* 23(5), S. 395-40.
- Basu, Biplab (2016): Die Lüge von der Neutralität. Überlegungen zu Rassismus in Polizei, Justiz und Politik, in: *Kampagne für Opfer Rassistischer Polizeigewalt* (Hg.), *Alltäglicher Ausnahmezustand. Institutioneller Rassismus in Deutschen Strafverfolgungsbehörden*, Münster: Edition Assemblage, S. 85-101.

- Bernstein, Elisabeth (2010): Militarized Humanitarianism Meets Carceral Feminism: The Politics of Sex, Rights, and Freedom in Contemporary Anti-trafficking Campaigns, in: *Signs* 36(1), S. 45-72.
- Bernstein, Elisabeth (2012): Carceral politics as gender justice? »The traffic in women« and neoliberal circuits of crime, sex, and rights, in: *Theory and Society* 41(3), S. 233-259.
- Bernstein, Elisabeth (2019): *Brokered Subjects: Sex, Trafficking, and the Politics of Freedom*, Chicago: University of Chicago Press.
- Bhattacharyya, Gargi (2018): *Rethinking Racial Capitalism: Questions of Reproduction and Survival*, London: Rowman & Littlefield International.
- Brazzell, Melanie (2016): Was macht uns wirklich sicher? Transformative Justice statt Polizei: eine Einführung in Community-basierte Konzepte von Sicherheit, in: *ak – analyse & kritik* 621.
- Browne, Simone (2015): *Dark Matters: On the Surveillance of Blackness*, Stanford: Duke University Press.
- Butler, Judith (1997): *The Psychic Life of Power. Theories in Subjection*, Stanford: Stanford University Press.
- Crawley, Ashon T. (2016): *Blackpentecostal Breath. The Aesthetics of Possibility*, New York: Fordham University Press.
- Dankwa, Serena O./Christa Ammann/Jovita dos Santos Pinto (2019): Profiling und Rassismus im Kontext von Sexarbeit, in: Mohamed Wa Baile/Serena O. Dankwa/Tarek Naguib/Patricia Purtschert/Sarah Schilliger (Hg.), *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und Antirassistischer Widerstand*, Bielefeld: transcript, S. 155-171.
- Dos Santos Pinto, Jovita (2018): *Besitzen, s/Exotisieren, Vergessen – Sklaverei, Einbürgerung und Rassisierung um 1798. Warum wir Schweizer Geschichte neu Denken Sollten*, Bern: Universität Bern, Unveröffentlichtes Manuskript.
- Elliott-Cooper, Adam (2021): *Black Resistance to British Policing*, Manchester: Manchester University Press.
- Fanon, Frantz (1981): *Die Verdammten dieser Erde*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Gilmore, Ruth Wilson (2007): *Golden Gulag. Prisons, Surplus, Crisis, and Opposition in Globalizing California*, Berkeley: University of California Press.
- Jobard, Fabien (2013): Zur politischen Theorie der Polizei, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 13(1), S. 65-77.

- Jones, Claudia (1949): *An End to the Neglect of the Problems of the Negro Woman!*, New York: Political Affairs.
- Hall, Stuart/Chas Critcher/Tony Jefferson/John Clarke/Roberts Brian (1978): *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*, London: Macmillan.
- Kampagne für Opfer Rassistischer Polizeigewalt (KOP) (2016): *Alltäglicher Ausnahmezustand: Institutioneller Rassismus in Deutschen Strafverfolgungsbehörden*, Münster: Edition Assemblage.
- Künkel, Jenny (2014): Intersektionalität, Machtanalyse, Theorienpluralität. Eine Replik zur Debatte um kritische Polizeiforschung, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2(2), S. 77-90.
- LesMigras (2011): https://lesmigras.de/tl_files/lesmigras/Tapesh/LM_Broschüre_Tapesh_UnterstuetzungGeben.pdf [17.05.2021].
- Loick, Daniel (2018): *Kritik der Polizei*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Neocleous, Mark (2000): *The Fabrication of Social Order. A Critical Theory of Police Power*, London, Sterling & Virginia: Pluto Press.
- Nixon, Rob (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*, Cambridge: Harvard University Press.
- Ritchie, Andrea (2017): *Invisible No More. Police Violence against Black Women and Women of Color*. Boston: Beacon Press.
- Robinson, Cedric (1983): *Black Marxism. The Making of The Black Radical Tradition*, London: Zed Press.
- Purnell, Derecka (2020): <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/07/criminal-justice-system-us-coronavirus-shown-possible-to-change> [17.05.2021].
- Smythe, SA (2018): The Black Mediterranean and the Politics of Imagination, in: *Middle East Report* 286, S. 3-9.
- Sudbury, Julia (2005): *Global Lockdown. Race, Gender, and the Prison-Industrial Complex*, New York: Routledge.
- Trautmann, Felix (2013): Polizey, in: Frankfurter Kunstverein (Hg.), *Ohnmacht als Situation. Democracia, Revolutive, Polizey, Begleitheft zur Ausstellung*.
- Thompson, Vanessa E. (2018): Hey, Sie da! Postkolonial-feministische Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling, in: Daniel Loick (Hg.), *Kritik der Polizei*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 197-219.
- Thompson, Vanessa E. (2020): Verschränkte Beschlagnahmen: Postkoloniale Perspektiven auf die Strafgesellschaft, in: Frieder Vogelmann (Hg.), *Fragmente eines Willens zum Wissen. Michel Foucaults Vorlesungen 1970-1984*, Stuttgart: Metzler, S. 51-70.

Wa Baile, Mohamed/Serena O. Dankwa/Tarek Naguib/Patricia Purtschert/Sarah Schilliger (2019): *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und anti-rassistischer Widerstand*, Bielefeld: transcript.

Gadjé-Rassismus

Ein analytischer Perspektivwechsel auf Kontinuitäten menschenfeindlicher Ideologien in weißer Kultur und Identität

Roxanna-Lorraine Witt

Die Frage nach dem Schlussstrich, nach dem »Wann reicht es denn endlich?«, ist stets präsent in Diskursen zum Themenkomplex gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Erinnerung, insbesondere wenn diese Gruppen der Sinte*zze und Rom*nja und ihre Lebensrealitäten betreffen. Die Debatten werden so geführt, als hätte die Gewalt gegen Rom*nja und Sinte*zze vor 76 Jahren ein abruptes Ende genommen. Die Ignoranz, sowohl gegenüber der historisch dokumentierten »Zweiten Verfolgung« als auch den anhaltenden Zuständen des Kampfes, der gegen Sinte*zze und Rom*nja mit den Mitteln psychologischer und physischer Gewalt geführt wird, zum Zweck der Unterdrückung, ist schier grenzenlos und spiegelt sich im Versagen des angemessenen Umgangs mit den jüngsten Ereignissen der Verfolgungsgeschichte wider: ob NSU, Halle oder Hanau. Die Gründe für die anhaltende Verfolgung werden im breiten öffentlichen Diskurs gern in Tradition oder im Naturell der Gruppen festgemacht. Dabei könnte in einem Land im Herzen Europas mit seiner tausendjährigen Geschichte ideologischem weißen Übermenschentums, des Kolonialismus und des Holocaust nicht klarer sein, wo sich der eigentliche Handlungsbedarf ergibt: in der Identität und Kultur der Aggressoren.

Indem das Sprechen über die Ursachen zur Ursache selbst verklärt wird und die Subalternen für ihre eigene Unterdrückung verantwortlich gemacht werden, dort, wo ihnen »Identitätspolitik« als Kampfbegriff entgegenschlägt, ersuchen insbesondere die Profiteure des Systems der Ungleichheit ihre Macht aufrechtzuerhalten. Dieser Artikel umreißt analytisch die Ursprünge der ideologischen Sozialisation all jener, die mit unter Verschluss gehaltenen Akten, Widerstand gegen interne Untersuchungen zu Rassismus

im Polizeiapparat und dem Mantel des Schweigens zu Abschiebungen von Rom*nja in den Tod all ihre Bemühungen daran setzen, den Kanon der gewaltvollen weißen Kultur aufrechtzuerhalten und das System der Ungleichheit vor der Dekonstruktion zu schützen. Die Analysen sollen dazu dienen, die Konstruktion der Identität der Gadjé und ihrer gewaltgeladenen Kultur nachvollziehbar zu machen und so den Weg zu ebnen, den aus dieser gewaltgeladenen Identität hervorgehenden Terror in seiner Entstehung zu verhindern. Die Ereignisse in Halle und Hanau haben deutlich aufgezeigt, dass die Notwendigkeit der Dekonstruktion der Gadjé-Identität nicht zum »Minderheitenproblem« verklärt werden darf, sondern vielmehr als eine Frage der nationalen Sicherheit behandelt werden muss. Dort nämlich, wo Gadjé selbst dem Terror erliegen, der Resultat unreflektierter Sozialisation im Sinne nationalsozialistischer Ideologie aus der Mitte der Gesellschaft entspringt, bedarf es eines Perspektivwechsels auf die zugrunde liegenden Ursachen und Mechanismen.

1 Der emanzipierte Blick

Gadjé bezeichnet hierbei als Begriff aus dem Romnes¹ nicht, wie oftmals falsch übersetzt, »Nicht-Sinti/Nicht-Roma«. Es gibt mitunter eigene Begrifflichkeiten im Romnes für Angehörige von Gruppen, die ähnliche Dimensionen der rassifzierten Gewalt erfahren, wie bspw. Jüdische und Schwarze Menschen, die keine Gadjé sind und die zudem in ihrer intersektionellen Natur ebenso Rom*nja oder Sinte*zze sein können. Gadjé ist ein sehr spezifischer Terminus, um nicht nur Zugehörigkeit zur Dominanzgesellschaft zu markieren, die Privilegien und privilegierte Zugänge zu Ressourcen besitzt², sondern als Begriff für Angehörige jener Gruppen, denen ein **Gewaltpotenzial** gegen Rom*nja und Sinte*zze inhärent ist, wenn auch »nur« dadurch, dass

-
- 1 Ein Begriff für die verschiedenen Sprachen, Sprachvarianten und Dialekte ebenjener, die von verschiedenen Gruppen der Rom*nja und Sinte*zze gesprochen werden. Der hier verwendete Begriff ist die Selbstbezeichnung für die Sprache der westdeutschen autochthonen Gruppen der Sinti. Ein weiterer geläufiger Begriff im deutschsprachigen Raum ist bspw. »Sintitikes«.
 - 2 Die Autorin spricht hier für das von ihr selbst gesprochene Romnes der deutschen Sinti, nicht für alle Sprachen und Kulturen aller Gruppen der Sinte*zze und Rom*nja weltweit.

sie keinerlei Wissen und, daraus abgeleitet, Professionalität für die Menschen der Gruppen der Sinte*zze und Rom*nja besitzen. Für alliierte weiße Personen werden mitunter andere Termini verwendet.³ Gadjé-Rassismus inkludiert zudem eine weitere Dimension der Emanzipation: Die Definition dessen, was »Wissenschaft« ist, wie Wissensproduktion stattfindet und wie »Wissenschaft« zu sein habe, wird von denjenigen infrage gestellt, die lange Zeit durch »Wissenschaftler*innen« – von Ritter und Mengele bis »Tsignologen« der Neuzeit – entmündigt wurden und deren Wissensproduktion im Kontext eines Kanons der Schriftlichkeit als einzig legitime Form der Wissensproduktion delegitimiert worden war (vgl. Jonuz/Weiß 2020: 53-70).

»Die Chronik dieses Gadjé*-Rassismus ist eine Geschichte der weißen Wissenschaft, der Medizin, des Wohlfahrtsstaates und der Kirchen, der Polizeiparate und der politischen »Ordnungswerkzeuge«. [...] Es ist nicht alles dasselbe aber die Traditionen und die weißen Überlieferungen der Repressionen sind deutlich«. (Fernandez 2015: 152)

Wie in vielen anderen Gruppen mit einer historischen Tradition der »Oral-History« wird die Dokumentation der Wissensproduktion innerhalb der Gemeinschaften der Rom*nja und Sinte*zze heutzutage vor allem durch audiovisuelle Medien dokumentiert. Diese Form der Wissensproduktion steht konträr zu dem, was in weißen Wissenschaftskontexten nur in Form von Papers und Büchern Legitimierung und Eingang in Forschung und Lehre, in das anerkannte Verständnis von *Realität* findet. Die Notwendigkeit, das dokumentierte und prozessierte Wissen zu verschriftlichen und zu belegen, ist eine Taktik, die der Wahrung wissenschaftlicher Kulturdominanz dient: Das Wissen der Gruppen wird vom akademischen Kanon ausgeschlossen, solange es nicht verschriftlicht ist. Um es zu verschriftlichen, müssen jedoch zunächst die Quellen verschriftlicht werden, was sich aufgrund des Misstrauens in Wissenschaft durch den Beitrag wissenschaftlicher Einrichtungen und einzelner »Wissenschaftler« zur Entmenschlichung und Verfolgung der Gemeinschaften äußerst schwierig gestaltet. Die Anerkennung von Wissen am Kriterium der Schriftlichkeit festzulegen, trägt also aktiv zur Exklusion des Wissens aus durch rassistische Gewalt traumatisierten Gruppen bei. Gadjé-Wissenschaft als Instrument der Legitimation von Herrschaft und Entmenschlichung ist demnach bewusst so ausgelegt, dass die Deutungshoheit für anzuerkennende Wissensproduktion und damit Bestimmung darüber, was als *Realität* und

3 Siehe Fußnote 2.

was als *gefühlte Wahrheiten* zu verstehen ist, stets nur in der Hand von Gadjé verbleiben kann (vgl. Jonuz/Weiß 2020: 47-70). Die Reproduktion von Rassismus ist somit konzeptioneller Teil des wissenschaftlichen Kanons der Gadjé.

»Es ist krass, immer Rassismusreproduktion zu unterbrechen oder zu entlarven: sozusagen immer sagen zu müssen, was wir nicht sind, um ab und zu sagen zu können wie/was Romnja*, Sinti*zza, Calé*, Manouches* agieren oder denken. Aber es ist bezeichnend dafür, dass der deutsche weiße Rassismus nicht historisch gedacht und betrachtet wird. Die rassistischen und revisionistischen Strukturen und Menschen tun so, als ob sie nicht heute mit gestern denken würden, obwohl sie genau wissen, dass sie es tun. [...] Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass klare Elemente der Diskurse aus dem 19. Jahrhundert, zum Beispiel im kulturellen Feld oder in sozial-darwinistischen oder bildungsbezogenen Aussagen, heute wiederzufinden sind.« (Fernandez 2015: 152)

Rassismus ist ein Akt der Gewalt, der zumeist auf Menschen einwirkt, deren Lebensrealitäten eine intersektionelle Wirklichkeit abbilden, in welcher verschiedene Arten diskriminierender und traumatisierender Gewalt auf sie einwirken und miteinander interferieren, so auch der Gadjé-Rassismus. Die Gewalt ist gemäß ihrem Zweck stets entmenslichender Natur. Sie entspringt ideologisch dem Weltbild einer Überlegenheit der Gadjé, deren konstruierte Überlegenheit über den Faktor »Mensch-Sein« ihre Herrschaft legitimiert und gleichzeitig vor eben jener Ausbeutung und Verfolgung schützt, derer Legitimation durch *die Konstruktion der Anderen* erfolgt, welchen das Mensch-Sein graduell oder vollständig, bemessen an ihrer *konstruierten Andersartigkeit*, abgesprochen wird. Dies dient vor allem der Legitimation der Ausbeutung nicht-weißer Gruppen und der Aneignung ihrer Ressourcen. Dem zugrunde liegenden Weltbild der Gadjé ist eigen, dass es nur zwei Modi zulässt: »Herrschen« oder »Beherrscht-Werden«. Selbst im demokratischen System, das von humanistischen Werten geprägt diesen Vorstellungen eigentlich diametral gegenübersteht, ist die *Angst vor dem Beherrscht-Werden* der Gadjé deutlich erkennbar: etwa dort, wo die Legislative mit vorwiegend weißen, cis-geschlechtlichen und heteronormativen Menschen besetzt ist und ein Abbild der durchschnittlichen Bereitschaft zur viel beschworenen repräsentativen Vielfalt in allen Positionen der Macht, von Politik bis Medien, ergibt. Die Vorstellung, dass eine gewaltfreie, im Sinne einer herrschaftsfreien, gleichberechtigte Gesellschaft lediglich eine Utopie darstelle, die gegen die »Natur des Menschen« im Sinne sozialdarwinistischer Vorstellungen vom *Recht des Stärkeren* sei, ma-

nifestiert sich als größte Hürde für Gadjé, sich reflexiv mit der von ihnen geschaffenen gewaltgeladenen Identität und Kultur auseinanderzusetzen, da eine Aufgabe von Herrschaft gemäß dieser Vorstellungen einer Unterwerfung gleichkommen würde.

Unter dem Terminus »Antiziganismus« versuchten bislang vor allem Gadjé und jene, die eine politische Strategie des sogenannten »White Appeasement«⁴ verfolgen, seit jeher diese Gewalt zu beschreiben, ohne sie als solche zu benennen und ohne die Quellen der Gewalt als solche sichtbar zu machen. Oftmals auch ohne anzuerkennen, wie sie selbst Gewalt gegen Rom*nja und Sinte*zze in und mit ihrer Wissensproduktion kontinuierlich reproduzieren und legitimieren, symbolisch festgehalten in dem von ihnen dafür konstruierten Begriff: »Antiziganismus«. Die Rechtfertigung zur Nutzung des Terminus dekonstruieren Oprea und Matache, indem sie die Ablenkung von der systemischen Dimension von Rassismus durch die Etablierung eines auf Konstruktion bzw. Vorurteilsforschung basierenden Konzeptes des »Antiziganismus« entlarven:

»Wenn wir also über Rassismus diskutieren, müssen wir über die Projektionen der Mehrheit hinausschauen und die systemische Natur, die Machtstrukturen und die Achsen der Herrschaft in Bezug auf dieses Phänomen verstehen. Als Roma-Frauen in Schweden oder der ehemaligen Tschechoslowakei zwangssterilisiert wurden, geschah dies nicht auf Druck der dominanten Bevölkerung aufgrund ihrer Wahrnehmung von »Zigeunern«⁵, sondern weil die Regierungen eine gezielte Politik zur Unterdrückung der »minderwertigen« Roma betrieben. In ähnlicher Weise wurden die Roma während des Holocausts nicht einfach verfolgt, weil die Gesellschaft sie als »Zigeuner« ansah, sondern sie waren das Ziel einer institutionellen Politik, die auf einem starken rassistischen Glauben an die Überlegenheit der Weißen beruhte. [...] Indem wir also argumentieren, dass die imaginierte Vorstellung eines »Zigeuners« das eigentliche Objekt des Hasses aufgrund von Vorurteilen ist, lenken wir von der strukturellen und ideologischen Natur des Rassis-

4 »White Appeasement« bezeichnet eine Form der Beschwichtigungspolitik gegenüber Weißen, die von Akzeptanz der weißen Überlegenheit und widerstandsloser Unterordnung seitens Individuen aus marginalisierten Positionen gekennzeichnet ist.

5 Die rassistische Fremdbezeichnung für Sinte*zze und Rom*nja, ebenso wie andere in diesem Artikel zitierte rassistische Fremdbezeichnungen, werden gemäß der Empfehlung von Barz durchgestrichen zitiert (vgl. Randjelović 2019).

mus gegen Roma ab, die in rassistischem Glauben, Hierarchie und Herrschaft wurzelt.« (Oprea/Matache 2019: 295f.)

Der emanzipierte Blick kehrt die Entmenschlichung der Sinte*zze und Rom*nja um: Indem sie sich von beschriebenen Objekten zu beschreibenden Subjekten emanzipieren, nehmen sie sich aktiv die Deutungshoheit zurück – über ihr Mensch-Sein, über ihre Identität, über Begrifflichkeiten, über die Legitimität ihrer eigenen Wissensproduktion fernab eines weißen Referenzrahmens. Gadjé-Rassismus löst nicht nur symbolisch den Begriff Antiziganismus ab, die Natur des Gadjé-Rassismus ist eine andere: Rom*nja und Sinte*zze richten den analytischen Blick auf die Quellen und Ursachen der gegen sie gerichteten Gewalt. Gadjé-Rassismus als analytische Praxis ist eine Rückaneignung des Mensch-Seins durch die von Gadjé Entmenschlichten. Durch die Verschiebung der Fokussierung von Opfer- auf Täter*innenstrukturen bemächtigen sich Rom*nja und Sinti*zze des Subjektseins, der Beobachter*innenrolle, der Analysehoheit innerhalb rassistischer Blick- und Deutungsverhältnisse.

Aus welchen ideologischen Grundannahmen erwächst die Bereitschaft zur Gewalt gegen BIPOC und POC⁶, gegen Rom*nja und Sinte*zze? Wo finden diese ihre Ursprünge, welche intergenerationellen, intragenerationalen und kulturellen Transmissionswege sind zu identifizieren und in welchem Zusammenhang steht die Identität der Gadjé mit ihrer Bereitschaft zur Gewalt? Welchen Zweck erfüllen Rom*nja und Sinte*zze als Projektionsflächen der Gadjé-Identität und wie zeigt sich die Kontinuität der Entmenschlichung zu eben jenen Zwecken in der Erinnerungskultur? Diesen Überlegungen folgend ist es zunächst wichtig, die Strategien der Entmenschlichung, welche sich als besondere Charakteristika des gegen Rom*nja und Sinte*zze gerichteten Rassismus präsentieren, zu benennen, um schließlich daraus resultierend die Konstruktionsmechanismen der Gadjé-Identität zu verstehen.

Randjelović beschreibt in »Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze« (2019) fünf Kennzeichen, die sie als spezifisch für Rassismus gegen Rom*nja

6 **BIPOC** = **B**lack and **I**ndigenous **P**eople of **C**olor: sozio-kulturelle Konstruktionen, die die Position marginalisierter Individuen, Gruppen und Kollektive im gesellschaftlichen, gesamthierarchischen Gefälle markieren und die damit einhergehenden intersektionellen Formen der akuten wie auch historisch wirksamen Formen der entmenschlichenden Gewalt, die auf die Individuen und ihre Lebensrealitäten formend und ggf. identitätsbildend einwirken, sichtbar machen.

und Sinte*zze isoliert. Ihre Kernaussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Die Rassifizierung der Gruppen der Sinte*zze und Rom*nja als Impersonifikation des absoluten Gegenteils der bürgerlichen Tugendhaftigkeit, Moral und Werte. Diese geht mit einer Exotisierung und Fetischisierung einher und der Verklärung zu »mystischen Wesen« oder »ewigen Fremden«, die sich insbesondere in der Verbindung zwischen Sexismus und Rassismus äußert.
- 2) Die Konstruktion des Übermenschentums der Gadjé über den Faktor Zivilisation durch Abgrenzung vom Untermenschentum der Rom*nja und Sinte*zze als absolute Antagonisten und darin begründete konkrete Herrschaftsverhältnisse, welche sich bspw. im Erziehungsgedanken und in entsprechenden strukturellen Maßnahmen der Unterdrückung äußern.
- 3) Ordnungs- und Polizeiapparat sowie das gesamte Feld der sozialen Arbeit als ausübende Organe der Herrschaftsgewalt sowie die Wissenschaft als Instrument der zielgerichteten Produktion von »Wissen«, das dazu geeignet ist die Herrschaftsverhältnisse durch Ethnisierung von sozialen Problemen zu legitimieren.
- 4) Die historisch kontinuierliche Verklärung von Ursache und Wirkung im Sinne der Verklärung von durch Verfolgung erzeugte Lebensumstände von Rom*nja und Sinte*zze zu »Kultur«, um dieses »*kulturelle Andersartigkeit*« wiederum zur Legitimationsgrundlage von Verfolgung zu verklären, welche dazu dient, die wahren Quellen und Ursachen von Verfolgung unsichtbar zu machen, also *das gewaltvolle Verhalten von Gadjé zu entkriminalisieren* und damit vor Dekonstruktion zu schützen.
- 5) Die aktive Exklusion von Betroffenen und damit deren absolute Unsichtbarmachung in Diskursen über sich selbst und ihrer eigenen Lebensrealitäten.

»Beim Rassismus handelt es sich also nicht einfach um individuelle Vorurteile, sondern um die **Legitimation von gesellschaftlichen Hierarchien**, die auf der Diskriminierung von so konstruierten Gruppen basieren. In diesem Sinn ist Rassismus immer ein gesellschaftliches Verhältnis« (Rommelspacher 2009, S. 29). Demzufolge ist Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja nicht nur ein Vorurteil beziehungsweise die Summe mehrerer Vorurteile,

sondern ein gesellschaftliches Verhältnis und als solches produziert(e) es fortwährend Gewalt gegen Rom*nja und Sinti*zze. Diese Gewalt wird legitimiert (und auch ausgeübt) mithilfe von Diskursen, die sich in symbolischen Politiken und struktureller Diskriminierung äußern, z.B. indem Rom*nja das Recht auf Asyl pauschal und kollektiv abgesprochen wird und ihre Fluchtursachen entpolitisiert werden (Vgl. Bislimi 2014).« (Randjelović 2019: 21; Hervorhebung R.-L.W.)

Die Konstruktion des *Absoluten Anderen* als Gegenbild zur Identität der Gadjé, die *Kriminalisierung der Existenz von Rom*nja und Sinti*zze* und der unvergleichbare Grad der Entmenschlichung bilden das Fundament dessen, worüber sich Gadjé-Identität in Abgrenzung konstruiert. **Die Vorstellung der Gadjé über sich selbst bzw. das Ideal, nach dem sie durch ihre Sozialisation zu streben gezwungen sind⁷, kann durch umgekehrte Analyse der Aussagen zur Andersartigkeit von Nicht-Weißen erschlossen werden.** Das historisch beschriebene Objekt des abgewerteten »schwarzen Zigeuner« funktioniert beispielsweise nur in Abgrenzung zum beschreibenden, sich selbst erhöhenden Subjekt des »weißen Nicht-Zigeuner«. Die Konstruktion der Z*geuner-Identität durch Gadjé beinhaltet also auch immer die Konstruktion ihrer eigenen Identität, die jedoch abermals zum Schutz vor Dekonstruktion bewusst unmarkiert bleibt. **Die Unsichtbarkeit der weißen Norm aufzuheben, bedeutet nicht, die Konstrukte, auf derer Basis die Aussagen getätigt werden, zu erschaffen; es bedeutet lediglich, sie sichtbar zu machen und der Entmenschlichung so die Grundlage zu entziehen, da im Moment der Sichtbarkeit auch eine Gerichtsbarkeit gemäß humanistischer Werte ermöglicht wird.** Für die Analysen des Gadjé-Rassismus ist es fundamental, die Instrumente der Dekonstruktion zu beherrschen. Sind die Mechanismen der Entmenschlichung bei allen anderen Arten der Diskriminierung mehr oder minder offensichtlich, so zeichnen sich insbesondere die gegen Rom*nja und Sinti*zze gerichteten Formen der Gewalt durch verdeckte Formen des Rassismus aus, im Vergleich zu offenen Formen des Rassismus, wie sie sich bspw. gegen Schwarze Menschen oder jüdische Menschen richten und von welchen auch Rom*nja und Sinti*zze betroffen sind, die phänotypisch als nicht-weiße Menschen sichtbar sind oder/und eine weitere sichtbare BIPOC-Identität besitzen.

7 Die psychologisch verheerenden, auto-aggressiven Auswirkungen des Gadjé-Rassismus auf Gadjé selbst müssen an anderer Stelle näher untersucht werden.

Dies wiederum hängt mit dem Grad der sozialen Akzeptanz in der breiten Gesamtbevölkerung gegenüber den Dimensionen der Entmenschlichung von Gruppen der Rom*nja und Sinte*zze zusammen: Nur für jene, von denen noch angenommen werden könnte, dass sie Menschen sind und ihnen Mensch-Sein innewohnt, musste und muss eine Rechtfertigung für ihre Entmenschlichung und Ausbeutung gefunden werden. Dort, wo die Entmenschlichung bereits Normalität geworden ist, die Entmenschlichung einer Gruppe also von einem großen Teil der Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie der dominierenden oder einer ebenfalls marginalisierten Gruppe angehören – unhinterfragt bleibt, bedarf es keiner weiteren Rechtfertigung.

Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Gruppen selten in Manifesten von Tätern wie Rathjen explizit erwähnt, jedoch letztlich Zielscheiben der Gewalt dieser Täter werden, direkt wie in Hanau oder indirekt durch Kriminalisierung wie in Heilbronn im Fall der Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter durch den NSU.

»Die Spur 101/104 Landfahrer«

»Polizei und Medien suggerierten im Fall von Michèle Kiesewetter, es müsse sich bei der Frau um eine ›Landfahrerin‹ oder ›reisende Person‹ handeln. Schließlich sei ja die DNA-Spur der ›unbekannten weiblichen Person‹ zwischen 1993 und 2007 an unterschiedlichsten Tatorten in Deutschland, Österreich und Frankreich gefunden und seien in Tatortnähe Roma serbischer Herkunft kontrolliert worden. Oder in den Worten von Romani Rose, des Vorsitzenden des Zentralrats deutscher Sinti und Roma: **›Hier wurde eine ganze Minderheit unter Generalverdacht gestellt.‹**« (Kleffner 2017, Hervorhebung durch R.L.W.)

Davon auszugehen, dass sich Attentate, die aus einer Ideologie der *white Supremacy* heraus begangen werden, nicht gegen Sinte*zze und Rom*nja richteten, nur, weil diese in ideologischen Schriften oder Manifesten keine Erwähnung finden, ist fatal. Es muss im Gegenteil davon ausgegangen werden, dass bei allen Auswüchsen dieser Art von Gewalt Sinte*zze und Rom*nja immer mitgedacht werden und gerade deshalb besonderen Schutzes vor Gewalt bedürfen. Die Geschichte zeigt, dass es weder in Hitlers »Mein Kampf« noch im Hauptwerk des von ihm ernannten NSDAP-Chef-Ideologen Alfred Rosenbergs der expliziten Erwähnung von Sinte*zze und Rom*nja als Feindbilder bedurfte, um ihre Vernichtung zu vollziehen.

2 Ideologische Kontinuitäten: auf den historischen Spuren einer gewaltgeladenen Identität

Rosenbergs ideologisches Hauptwerk »Der Mythos im 20. Jahrhundert« ist nicht der Grundstein aller globaler Vorstellungen weißer Vorherrschaft, doch besonders interessant, um die Verwobenheiten und das gegenseitige Bedingen von verschwörungstheoretischen Lügenkonstrukten und strategisch gestreuten Desinformationen, der Legitimation des Machtanspruches mittelmaßiger weißer Männer sowie die generationsübergreifende Kontinuität dieser Legitimation durch gezielten Einsatz von *Erziehung und einseitig vorteilhafter Konstruktion von Werte- und Kulturvorstellungen* aufzuzeigen.

Die um 1903 erstmals im russischen Raum publizierte antisemitische Verschwörungsschrift »Die Protokolle der Weisen von Zion« diente Rosenberg als Inspiration für sein Hauptwerk und der fundamentalen Formung ideologischer Grundlagen des Nationalsozialismus. Nicht nur ist dieses Werk bis heute in sozialen Medien von Facebook bis zum russischen Pendant VK zirkulierend zu finden, Rosenberg selbst ist mutmaßlich als Begründer des infamen »Lügenpresse«-Kommentars zu betrachten, indem er in der 1923 vom NSDAP-Parteiverlag publizierten Version den Mythos von der »jüdischen Medienkontrolle« konstruierte und die Protokolle um diesen ergänzte (Seidler 2016: 226).

Nicht nur beschreibt Rosenberg in seinen Werken sehr genau, welchen Phänotyp und Charakter der von ihm im Sinne eines »Herrenvolkes« konstruierte Übermensch zu haben hat, er zeigt auch, dass es strategisch notwendig ist, Menschen empathische Kompetenzen abzutrainieren, um die gesellschaftlich durch das Konstrukt »Rasse« künstlich in unterschiedliche Wertkategorien eingeteilte Bevölkerung dazu zu bringen, die Ausbeutungsverhältnisse zu schaffen und zu erhalten, zu welchem Zweck eben jene Einteilung von ihm vorgenommen wird. Im folgenden Absatz entlarvt er selbst die Ideologie der Entmenschlichung diverser Gruppen als Mittel zur Sicherung von privilegierten Zugängen zu Ressourcen wie Arbeit, Beziehungen und Finanzmittel durch die »nordische Rasse« und schließt sich damit Hitler an, der bereits in »Mein Kampf« das »moralische Recht zu Erwerbung fremden Grund und Bodens« mit der Notwendigkeit der Bedürfnisbefriedigung weißer Menschen legitimierte (vgl. Hitler 1943: 35):

»Dank der Humanitätspredigt und der Lehre von der Menschengleichheit konnte [...] jeder Jude, Neger, Mulatte vollberechtigter Bürger eines euro-

päischen Staates werden; dank der humanitären Sorge für den Einzelnen wimmelt es in den europäischen Staaten von Luxusanstalten für unheilbare Kranke und ~~Irnsinnige~~, dank der Humanität wird auch der rückfällige Verbrecher als unglücklicher Mensch ohne Bezug auf die Interessen des ganzen Volkes gewertet, bei der ersten Möglichkeit wieder auf die Gesellschaft losgelassen und in seiner Fortpflanzungsfähigkeit nicht behindert. Im Namen der Humanität und der ›Freiheit des Geistes‹ wird den Schmutzjournalisten und jedem ehrlosen Halunken der Vertrieb jeglicher Bordell-Literatur gestattet; dank der Humanität dürfen ~~Nigger~~ und Juden in die nordische Rasse hineinheiraten, ja wichtige Ämter bekleiden. Diese an keinen rassistischen Ehrbegriff gebundene Humanität hat das unerhörteste Betrugswesen der Börse zu einem geachteten Beruf unter anderen gemacht, ja dieses organisierte Verbrechen in Frack und Zylinder bestimmt heute auf Weltwirtschafts- und ›Sachverständigen‹-Konferenzen fast selbstherrlich über jahrzehntelange Fronarbeiten von Millionenvölkern.« (Rosenberg 1934: 69)

Die Indoktrination erfolgte im Nationalsozialismus auf allen Ebenen, mit einem besonderen Fokus auf die Ausbildung junger Menschen und die Sozialisation gemäß den ideologischen Wertevorstellungen von Über- und Untermenschen in den Schulen. Der Wegfall der individuellen Identitätsentwicklung hat einen besonderen Stellenwert und geschieht bei Rosenberg bewusst:

»**Der Mensch ist nichts ›an sich‹**, er ist Persönlichkeit nur so weit als er geistig-seelisch eingefügt ist in eine organische Ahnenreihe von Tausenden von Geschlechtern. Dieses Bewußtsein stärken, begründen und somit den Willen züchten, die erfahrenen Werte weiter zu vererben, für das G a n g e⁸ zu kämpfen, das ist Aufgabe des Staates, der nur dann durch Befolgen dieser Erkenntnis echte Bürger erziehen kann.« (Rosenberg 1934: 215, Hervorhebungen R.-L.W.)

Die ideologischen Verbindungen zwischen deutschen Nationalsozialisten und ihrem amerikanischen Pendant waren seit jeher eng. Die gemeinsamen Vorstellungen einer weißen Herrenrasse verband nicht nur Rosenberg mit Hitler, sondern Jahrzehnte später auch den Autor der »Turner Tagebücher«, William Luther Pierce, mit dem Weltbild der Nationalsozialisten:

»Ich bewundere viele Dinge, die Hitler geschrieben hat, vieles aus seinem Programm und Richtlinien, welche er in Deutschland etabliert hat, aber wir

8 Vermutlich »Ganze«.

kopieren nicht einfach blind Programm oder Richtlinien von jemand anderes. Wir haben unser eigenes Programm formuliert aus der Perspektive der Situation, welcher wir hier in Amerika gegenüber stehen.« (Pierce im Interview mit Mike Wallace im Sender CBS für das Format »60 minutes«, 1996)

Der Roman propagiert rassistische und antisemitische Ideen. Im Zentrum steht die Unausweichlichkeit des »Rassenkampfes«, für welchen der Roman das organisierte Vorgehen einer Terror-Gruppe aus dem Untergrund heraus skizziert. Er gilt als ein Standardwerk der rassistischen White-Supremacy-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Sowohl der Utoya-Attentäter Anders Breivik bezog sich auf die Werke Pierce, als auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), auf deren Rechner die »Turner-Tagebücher« gesichert werden konnten. Aus dem Umfeld des NSU fanden einzelne Personen zeitweise Unterschlupf bei Pierce, der als Gründer der amerikanischen weißen Supremacists-Vereinigung National Alliance regelmäßig Gast in der deutschen Neonazi-Szene war und gute Kontakte zu dieser pflegte.

»[Es] wird alles verloren sein – unsere Geschichte, unser Erbe, nutzlos all das vergossene Blut und die Opfer und das Streben nach Höherem während unzähliger Jahrtausende. Der Feind, den wir bekämpfen, beabsichtigt, ganz und gar die rassistische Grundlage unserer Existenz zu zerstören. Keine Entschuldigung für unser Scheitern wird irgendwelche Bedeutung haben, weil das nur eine wimmelnde Horde belangloser ~~Mulatten-Zombies~~ zu hören bekäme. **Es wird dann keine weißen Menschen mehr geben**, die sich über uns Gedanken machen, weder um uns ob unserer Schwäche zu beschuldigen, noch um uns, ob unserer Torheit zu vergeben. Wenn wir scheitern, wird Gottes großartigster Versuch gescheitert sein, und dieser Planet wird sich wieder, wie schon vor Millionen Jahren **ohne höhere Wesen** durch den Äther bewegen.« (Pierce 1987, S. 37-39, Hervorhebung R.-L.W.)

Die *Angst vor der Auslöschung von Gadjé-Identität und damit verbundener Kultur durch die Existenz nicht-weißer Menschen* findet sich sowohl in den Tagebüchern als auch als wiederkehrendes Muster in Manifesten wie dem Christchurch-Attentäter Tarrant, dem Hanau-Attentäter Rathjen oder dem Utoya-Attentäter Breivik. Parallelen zu den Turner-Tagebüchern zeigen sich nicht nur in der Ideologie, sondern auch in den Anweisungen, die gezielt potenzielle Nachahmer dazu animieren sollen, ihr Vorgehen strategisch zu planen und über den unmittelbaren Terror hinaus die Dimension der

manipulativen psychologischen Kriegsführung langzeitstrategisch in ihre Planung einzubeziehen. So schreibt Pierce:

»Der wahre Wert unserer Angriffe liegt heute in der **psychologischen Wirkung**, nicht in den unmittelbaren Verlusten. Zum einen haben unsere Bemühungen gegen das System unermesslich an Glaubwürdigkeit gewonnen. Noch wichtiger ist aber, was wir den Politikern und den Bürokraten zeigen. Sie lernen heute, dass kein einziger von ihnen außerhalb unserer Reichweite ist. Sie können sich in der Stadt hinter Stacheldraht und Panzern verstecken, oder sie können sich hinter den Betonmauern und Alarmanlagen ihrer Landsitze verstecken, aber wir können sie immer noch finden und sie töten.« (Ebd.: 6, Hervorhebung R.-L.W.)

Breivik suggeriert zudem, dass die Gesinnung bewusst nicht zu sehr nach außen getragen werden dürfe, um die Massen für den *Rassenkrieg*, den er als »Kulturkampf« umdefiniert, zu gewinnen:

»Um sich mit dem einfachen Mann zu verbinden, müsst ihr verstehen, dass er ein moderner Mensch ist, der eine mehrere Jahrzehnte lange Reise durch multikulturelle Institutionen hinter sich hat. Er ist komplett gehirngewaschen, also geht vorsichtig vor und trifft die nötigen Vorkehrungen. Ihr müsst seine Schmerzen und Sorgen in seinem Alltag verstehen. Die Angst vor der Islamisierung ist die größte Sorge der meisten Europäer und der Islam ist KEINE Rasse. Vermeidet es also, von Rasse zu sprechen. Es ist ein Kulturkrieg, kein Rassenkrieg! **Wenn ihr glaubt, dass es ein Rassenkrieg ist, dann behaltet es für euch, denn es ist zweifellos kontraproduktiv, diese Ansichten zu kennzeichnen.**« (Breivik 2011: 679 Hervorhebung R.-L.W.)

Gepaart mit der starken Multiplikation rechter Ideologien durch die Möglichkeiten, die in digitalen Resonanzräumen, insbesondere speziellen Foren und sozialen Medien geboten wird, ist die Taktik der gesellschaftlichen Mitte als Zielgruppe dieser Ideologie sicherlich keine neue Erfindung, vielmehr sind durch die verpasste systematische Entnazifizierung von Bildung-, Kultur- und Verwaltungsapparat die ideologischen Grundlagen, die Rosenberg einst gezielt in ebenjene Mitte der Gesellschaft indoktrinierte, als fruchtbaren Nährboden immer noch vorhanden und warten insbesondere in Zeiten humanistischer oder ökonomischer Krisen nur auf den richtigen Dünger. Die Radikalisierung der Gadjé entspringt deshalb keinen *extremen* Vorstellungen, sondern wird aus dem in der gesellschaftlichen Mitte als »Normalität« getarnten ideologischen Vorstellungen von Übermenschentum und dem daher

inhärenten Gewaltpotenzial geboren. *Gefühlte oder tatsächliche Bedrohungen der Ordnungsverhältnisse* führen hierbei als Trigger zur restlosen Enthemmung dieser Gewalt. Auch Rathjens Enthemmung beginnt im Elternhaus, in welchem der Vater seine ideologischen Vorstellungen teilt. Die letzte Motivation erhielt er in digitalen Räumen, in denen er sein Weltbild bestätigt fand und die bloße Existenz anderer Menschen als Zumutung schließlich in seinem Manifest niederschrieb:

»Dieser Erkenntnisgewinn umfasste mehrere Schritte: Zunächst stellte sich mir die grundsätzliche Frage, wie es sein kann, dass solche Volksgruppen überhaupt in meinem Land sind? Diese Menschen sind äußerlich instinktiv abzulehnen [...]. Umgekehrt lernte ich mein eigenes Volk kennen, als ein Land, aus dem das Beste und Schönste entsteht und herauswächst, was diese Welt zu bieten hat. Es ist mir an dieser Stelle nicht möglich alle Errungenschaften auf sämtlichen Wissenschaftsgebieten aufzuzählen, aber die Fakten sprechen für sich. In meinen Augen passte hier somit irgendetwas nicht zusammen. Einerseits ist mein Volk mit dafür verantwortlich, dass wir die Menschheit als Ganzes emporgehoben haben, andererseits wiederum haben offenbar gewisse Personen aus meinem eigenen Land mit dazu beigetragen, dass wir nun Volksgruppen, Rassen oder Kulturen in unserer Mitte haben, die in jeglicher Hinsicht destruktiv sind. **Ich kam zur ersten Schlussfolgerung, dass, wenn ich auf diese Welt komme, diese Menschen gar nicht da sein dürfen.** Es ist absurd. Da aber diese Völker besonders zahlreich auf diesem Planeten vertreten sind und offensichtlich nicht bereit sind auf eine weitere Vermehrung freiwillig zu verzichten bzw. im Gegenteil sich erstaunlicherweise sogar besonders toll finden, obwohl sie es nicht sind, muss also ein Problem gelöst werden. Meine weitere Schlussfolgerung war: Daher kann eine Anstrengung, mit dem Ziel eine komplette Ausweisung dieser Menschen aus unserem Land zu erreichen, keine Lösung mehr sein, da **die Existenz gewisser Volksgruppen an sich ein grundsätzlicher Fehler ist** und das Problem nur auf zukünftige Generationen verlagert wird. Es kann nicht sein, dass ich mich mit einer solchen Problematik überhaupt beschäftigen muss, und auch alle zukünftigen Generationen sollten sich mit einem solchen Problem erst gar nicht beschäftigen müssen. Daher sagte ich, dass folgende Völker komplett vernichtet werden müssen: [...].« (Rathjen 2019: 5f., Hervorhebung R.-L.W.)

Die Eigenwahrnehmung als Übermensch ist keine *radikale* Interpretation von Gadjé-Identität und darf nicht als solche behandelt werden. Die Sozialisation

zu solchen Vorstellungen muss als strukturelles Problem der gesellschaftlichen Mitte begriffen werden. Die Täter verstehen sich nicht als Terroristen, die über Terror Herrschaft beanspruchen wollen, sondern als »Retter der weißen Rasse« und »Retter der Normalität«, weil dort, wo Herrschaft bereits etabliert ist und als natürlicher Normalzustand behandelt wird, es nicht dem Erheben eines Anspruchs auf selbige bedarf. Tarrant, der in einem Attentat auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen tötete, beschreibt in seinem bezeichnend für die Angst vor der Auslöschung von Gadjé-Identität »The Great Replacement« – »Der große Austausch« betitelten Manifest sich selbst wie folgt:

»Wer bist du? **Ein ganz normaler weißer Mann**, 28 Jahre alt. Geboren in Australien in einer Arbeiterfamilie mit geringem Einkommen. Meine Eltern sind schottischer, irischer und englischer Abstammung. Ich hatte eine **normale** Kindheit, ohne große Probleme. Während meiner Schulzeit hatte ich wenig Interesse an Bildung und erreichte kaum einen guten Abschluss. Ich habe die Universität nicht besucht, da ich kein großes Interesse an allem hatte, was an den Universitäten zum Studieren angeboten wurde. Ich habe eine kurze Zeit gearbeitet, bevor ich etwas Geld verdiente, indem ich in Bitconnect investierte und dann das Geld aus der Investition zum Reisen verwendete. In letzter Zeit habe ich in Teilzeit als Kebab-Umzugshelfer gearbeitet. **Ich bin ein ganz normaler weißer Mann, aus einer ganz normalen Familie.** Ich habe mich entschieden, Stellung zu beziehen, um meinem Volk eine Zukunft zu sichern.« (Tarrant 2019: 6, Hervorhebung R.-L.W.)

Die Aussagen der Täter, die im Hier und Jetzt auf Basis derselben Kernvorstellungen der Ideologie von Rosenberg sich als Vertreter eines Rassenkrieges verstehen, die gegen die Ausrottung des »weißen Herrenvolkes« (Rosenberg 1934) für die »Zukunft weißer Kinder« (vgl. Tarrants Manifest) in den vermeintlichen Krieg gegen bereits marginalisierte Gruppen ziehen, sind umso erschreckender, weil sie Massen an Gleichgesinnten von enormer Größe finden, die ihren Manifesten Monate vor den Anschlägen enorme Reichweiten verschafft haben. Die Attentate erfahren in diesen Kreisen einen Bedeutungswandel zum *Unterhaltungsevent*, bei dem die *Performance* der Täter in digitalen Foren auch noch Bewertung in Form von Zuspruch oder Kritik erfährt, wie es im Fall des Halle-Attentäters dokumentiert wurde. Dieser stellte seinen Anschlag auf eine Synagoge live für seine Peer-Group online zur Verfügung und erntete dafür in Echtzeit Likes und Dislikes sowie einer Vielzahl soge-

nannter Memes⁹, die sich über sein »Versagen« echauffierten, als er an der Erfüllung seiner selbstformulierten »Score«-Aufgaben scheiterte, weil er weder muslimische noch jüdische Menschen schaffte zu töten. Die Attentäter der jüngeren Zeit tauschen sich auf Imageboards wie 8chan und 4chan, auf Gaming-Szene-Boards wie Steam oder Reddit auf Basis von Ideologien aus, die schon viel länger als dem hier skizzierte Zeitraum von etwa 120 Jahren in der Mitte der Gesellschaft fluktuieren.

»Woher hast du deine Ansichten erhalten/recherchiert/entwickelt?

Aus dem Internet natürlich. Du wirst die Wahrheit nirgendwo anders finden.

Wurden deine Ansichten von anderen Attentätern beeinflusst?

Ich habe die Schriften von Dylan Roof und vielen anderen gelesen, aber wirklich inspiriert hat mich eigentlich nur der Justiziar Breivik. Sei kreativ, sei ausdrucksstark, sei emotional und vor allem sei leidenschaftlich. Das sind die Dinge, die Menschen ansprechen, Menschen verbinden, Menschen antreiben. Malen, schreiben, singen, tanzen, Gedichte rezitieren. Zur Hölle, sogar Memes. Erstelle Memes, poste Memes und verbreite Memes. **Memes haben mehr für die ethno-nationalistische Bewegung getan als jedes Manifest.**« (Tarrant: ebd., Hervorhebung R.-L.W.)

3 Warum es mehr braucht als Erinnerungstheater

»Mein Opa wurde im KZ vergast, meine Tochter in Hanau erschossen.«

Filip Goman, Vater der in Hanau ermordeten Romni Mercedes Kierpacz – symbolisch für die Wirksamkeit zeitgenössischer Gedenkkultur

Die Gedenkkultur hat ihren Platz als lobgepriesenes Allheilmittel gegen jegliche Form der Menschenfeindlichkeit genau da eingenommen, wo diese entsteht: in der Mitte der Gesellschaft. Dementsprechend ist wenig verwunderlich, dass sie zuweilen relativ ohnmächtig daherkommt, eben jene Gesellschaft der Gadje von der Ideologie zu befreien, mit welcher die heutige Form der Gedenkkultur eifrig konstruiert wurde.

9 Memes: Bilder mit vermeintlich oder tatsächlich humoristischen Inhalten, die als Jugendkommunikationsmittel in sozialen Medien große Beliebtheit erfahren.

»Die weiße deutsche Gedenkpolitik in sich ist viel mehr Tourismus und Tun für ein gutes Gewissen als Versuch einer wirklichen Auseinandersetzung und Herstellen von Beziehungen.« (Fernandez 2015: 154)

Die Rolle der Rom*nja und Sinte*zze nimmt im Gedächtnistheater mittlerweile eine ähnliche Position ein wie die jüdischer Menschen, wenn auch die Geschichte eine andere ist. Sinte*zze und Rom*nja mussten zunächst darum kämpfen, überhaupt als Geschädigte des Holocaust anerkannt zu werden, um zumindest einen Platz in diesem Theater zu erhalten, dessen Zweck vielmehr die Erlösung der Gadjé von ihrer Schuld, als die tatsächliche Entnazifizierung der Identität, Kultur und Gesellschaft der Gadjé war und ist.

In »Desintegriert euch!« konstatiert der Politikwissenschaftler Max Czollek (2018, Hervorhebung R.-L.W.):

»Das Gedächtnistheater erzeugt also die Nachfrage nach bestimmten Judenfiguren, die bestätigen sollen, dass die deutsche Gesellschaft ihre mörderische Vergangenheit erfolgreich verarbeitet hat. [...] Denn das ist seit Jahrzehnten **die Funktion der Juden in der Öffentlichkeit: Die Wiedergutwerdung der Deutschen zu bestätigen.** [...] erinnert ihr Deutschen euch an die Judenvernichtung und ihr werdet nicht nur Vergebung finden, sondern **Erlösung** [...].«

Er fordert zugleich, dass es einen »Zentralrat der Deutschen« geben müsse, der sich von Terroranschlägen deutscher Terroristen distanziert:

»Ich bin nämlich der Meinung, dass die Deutschen ihre Verantwortung für die Vergangenheit gründlich missverstanden haben, als sie sich jahrzehntelang eine neue Normalität herbeiphantasierten. Allerspätestens mit der Wahl der AfD in den Bundestag ist das unübersehbar geworden.« (Ebd.)

Deutschland gilt weit über die Grenzen Europas hinaus als vorbildlich, was die Aufarbeitung seiner Vergangenheit angeht. Doch die Realität spricht eine andere Sprache: Die Ideologie, die Rosenberg einst konzipierte und mit vielen anderen teilte, ist bis heute etabliert in der gesellschaftlichen Mitte. Die verpasste systematische Entnazifizierung und ihre Folgen sind ursächlich für die Gewalt der Gegenwart. Wir müssen uns als Gesellschaft die Frage stellen, wie wir die Strategie der Nationalsozialisten aktiv umkehren können. Dafür wird es nicht reichen, an einer Hand voll Gedenktagen Kränze niederzulegen und bedeutungsschwangere Reden zu halten, während in den Curriculae der Schulen sich zwar noch die Ausläufer von Rosenbergs systematischer Indok-

trination verstecken, jedoch die Geschichten der Geschädigten rassistischer Gewalt weiterhin unsichtbar und damit entmenschlicht bleiben. Bis heute hat die Geschichte der Rom*nja und Sinte*zze keinen strukturellen Eingang in die Schulbücher und Rahmenlehrpläne gefunden, die Geschichte des Kolonialismus wird selbst Schwarzen Schüler*innen als »Aufteilung der Welt« beigebracht, die Geschichte der *Maafa*, des Genozides an Menschen afrikanischer Herkunft, ist für Schüler*innen mit Nazi-Hintergrund in der Familie weiterhin nichts weiter als die Geschichte von vier weißen Männern, die einen Kuchen zerteilen. Die Mitschüler*innen, deren Lebenswirklichkeit bis heute von den Auswirkungen dieser Zeit geprägt ist, bleiben weiter »ewige Fremde«.

Auf Entmenschlichung kann nur Vermenschlichung die Antwort sein, insbesondere in jenen Räumen, in denen das größte Potenzial für Radikalisierung besteht. Die Antwort der Initiative 19. Februar, in der sich die Angehörigen der Ermordeten des Hanau-Attentates zusammengeschlossen haben, stellt in diesem Sinne ein »Best Practice«-Beispiel für fortschrittliche Gedenkkultur dar: In Form eines digitalen Mahnmals werden aus den Opfern, die vom Täter und im Nachhall des Attentates zu »Fremden« und »Ausländern«, deren Familien zu »Clans« entmenschlicht wurden, wieder Mütter, Freunde und Geschwister: Ihre Lebensgeschichte ist gefüllt mit Bildern und Erinnerungen, die sie als Menschen zeigen, die sie waren und als die sie sich selbst gesehen haben.¹⁰

Die Mahnmale im Berliner Tiergarten, die an die im Nationalsozialismus Ermordeten Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie die Opfer der »Euthanasie-Morde« gedenken sollen, hätten ebenfalls die Chance dazu gehabt, als Wahrzeichen der gelungenen Aufarbeitung deutscher Geschichte zu stehen, wenn diese denn stattgefunden hätte. Stattdessen sind sie eben genau zu jener Manifestation unvollständiger Reflexion geworden, die sich aus einer Gedenkkultur, welche seit jeher eher kosmetischer als substanzieller Natur seitens der Gadjé voranging, nur hatte ergeben können.

Bis heute bleiben die Opfer des Nationalsozialismus im Gedenken entmenschlicht, denn ihnen wird weiterhin aus der Perspektive der Täter gedacht. Im Gedenken gibt es keine neurodiversen Sinte*zze, es gibt keine homosexuellen jüdischen Menschen oder gar jüdische Rom*nja. Den Opfern wird in jenen Kategorien gedacht, die die Nationalsozialisten einst für sie schufen – als eindimensionale Entitäten. Im Gedenken im Berliner Tiergarten wird die Menschlichkeit nicht sichtbar, das Mensch-Sein nicht zurück-

10 Siehe <https://www.hanau-steht-zusammen.de/> [22.05.2021].

gegeben. Viel mehr noch: Das gerade mal zu diesem Zeitpunkt (2021) neun Jahre alte Mahnmal, welches über zwei Dekaden Kampf gegen vollständige Entmenslichung zu ~~Zigeunern~~ seitens der Rom*nja und Sinte*zze gebraucht hat, benötigt erneuten Protest seitens der Sinte*zze- und Rom*nja-Gemeinschaften: Im vergangenen Jahr zogen knapp 1.000 Leute zum Protest gegen die Pläne des Landes Berlin und der Regierung, das Mahnmal mittelfristig in eine Baustelle zu verwandeln, um das Straßenbahnprojekt S-21 zu realisieren (vgl. Schleiermacher 2020).

Was braucht es, um Gadjé-Identität loszulösen von den gewaltvollen Selbst- und Fremdbildern? Was braucht es, um das Erbe der Nationalsozialisten und ihrer ideologischen Verbündeten aus den letzten Winkeln der deutschen Kultur, aber auch global auszumerzen? Brauchen wir humanistische Propaganda, um eine Veränderung der bewusst antihumanistisch konstruierten Strukturen herbeizuführen? Welche Dimensionen der Gewalt bedeutet die Kontinuität in diesen Strukturen für Gadjé selbst, was bedeutet die Gewalt gegenüber marginalisierten Gruppen in der Interpretation einer Autoaggression, die sich gegen auf marginalisierte Gruppen projizierte Identitätsanteile der Gadjé richtet? Wie können wir die Betroffenen der Gewalt vor weiterer Traumatisierung schützen, wie können wir sie empowern und bestärken, welche Veränderung braucht es und welche Rolle können und wollen Gadjé einnehmen? Sind es vielleicht auch Gadjé, die es zu empowern gilt, um sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und wenn ja, welche Mittel benötigen sie, um die Kontinuitäten in ihrer Mitte zu durchbrechen? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage danach, wie digitale Räume im Sinne humanistischer und demokratischer Grundwerte gestaltet werden können und wie die Bearbeitung der hier nicht bearbeiteten toxischen Maskulinitätsvorstellungen im Kontext der Dekonstruktion von Gadjé-Identität stattfinden muss.

Eins ist sicher: Wir haben noch einen langen Weg vor uns, damit aus einem »immer noch« tatsächlich ein »nie wieder« werden kann. Bis dahin kann es keinen Schlusstrich geben.

Literatur

- Breivik, Anders (2011): 2083, London.
- Czollek, Max (2018): *Desintegriert euch!*, München: Carl Hanser Verlag.
- Fernandez, Elsa (2015): *Überlieferungen und Kontinuitäten*, in: Çetin Zülfi-kur/Taş,Savaş (Hg.), *Gespräche über Rassismus – Perspektiven & Widerstände*, Berlin: Yilmaz-Günay.
- Hitler, Adolf (1943): *Mein Kampf*, München: Zentralverlag der NSDAP.
- Jonuz, Elizabeta/Weiß, Jane (2020): *(Un-)Sichtbare Erfolge? Bildungswege von Romnja und Sintize in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS.
- Kleffner, Heike (2017): <https://www.nsu-watch.info/2017/10/nsu-und-das-ph-antom-von-heilbronn-rassistische-ermittlungen-gegen-roma-und-sinti/> [22.05.2021].
- Oprea, Alexandra/Matache, Margareta (2019): *Rückaneignung des Narratives: Eine kritische Bewertung der Terminologie im Kampf für Rechte von Sinti und Roma (Reclaiming the Narrative: A Critical Assessment of Terminology in the Fight for Roma Rights)*, in: *Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (European Network Against Racism aisbl), Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.), Dimensions of Antigypsyism in Europe*, Brüssel.
- Pierce, William als Macdonald, Andrew (1987): *Die Turner-Tagebücher*, Barri-cade Books.
- Randjelović, Isidora (2019): https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/expertise_randjelovic_rassismus_gegen_rom_nja_vielfalt_mediathek_1.pdf [22.05.2021].
- Rosenberg, Alfred (1934): *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, München: Hoheneichen-Verlag.
- Schleiermacher, Uta (2020): <https://taz.de/Mahnmal-fuer-ermordete-Sinti-und-Roma!/5689497/> [22.05.2021].
- Schott, Dominik (2017): <https://www.vice.com/de/article/gyjney/menschenjagd-und-nachgebaute-kzs-unterwegs-in-der-nazi-community-von-rust> [22.05.2021].
- Speit, Andreas/Baeck, Jean-Philipp (Hg.) (2020): *Rechte Egoshooter Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*, Bonn: Christoph-Links-Verlag.
- Tarrant, Brenton (2019): *Der große Austausch (The Great Replacement)*.

Wo sie uns finden - #SayTheirNames

Gedanken zu Hanau 19.02.2020

Nuran David Calis

Filip Goman (Vater von Mercedes):

Serpil, keiner versteht, was wir hier machen.

Serpil Unvar (Mutter von Ferhat):

Ja. Nicht einmal unsere Leute zu Hause verstehen uns.

Filip Goman:

Warum sind wir jeden Tag hier?

WO SIE UNS FINDEN. Der rassistische Mord in Hanau wurde von einem Rechtsradikalen begangen. Es war nicht »die Tat eines einzelnen Irren«, das ist ein gängiges, die Gesellschaft »beruhigendes« Narrativ, das zu kurz greift. Seine Webseite, sein Manifest das sind Tarnkappen, um die Erzählung des einsamen Wolfes für die Öffentlichkeit zu spinnen. Der Mörder weiß, dass er nicht einsam ist, wenn führende Politiker aus der Mitte der Gesellschaft öffentlich in Parlamenten und Medien nationalsozialistisches Gedankengut verbreiten können. Der Mörder wusste, wo er hinmusste, Shisha-Bars, 24/7-Kioske sind die einzigen Orte, wo man hinkann, nach unzähligen Abweisungen vor den Türen »normaler« Klubs und Bars. »Stopp, du kommst hier nicht rein« – »Öl Auge, hey du, du mit der ›Olivenhaut‹, draußen bleiben« – »Heute Nacht keine Schwarzköpfe« – »Heute Nacht keine ›Südländer‹ – Kanaken bleiben draußen, machen zu viel Ärger, Kollege«.

... 18 Jahre, jung, zusammen mit Freunden, Andre, Frank, Oliver, Fahrt mit dem grünen Passat zum nächsten Ort, habe einen Pass mit dem Adler drauf, aber sofort kommt die Frage auf, wenn ich in die falsche Straße tauche, vor

dem Eingang des Klubs, hörst du dann: »du ja, du ja, du nein, du ja, du nein« – bleibst dann draußen, das ganze Reden deiner Freunde bringt dann auch nichts, du sitzt dann in dem Auto, die ganze Nacht lang, denn sie treffen ihre Freundinnen an der Cocktailbar und du willst nicht der Spielverderber sein, fühlst dich schuldig, fühlst dich fehl am Platz und die Freunde bringen dir Getränke und Joints raus, in deinen Passat Knast... – Nächstes Wochenende gehst du dann nicht mit, sondern bleibst bei Hakan Hassan und Hikmet, in der Shisha Bar ...

Rechtsradikale wissen das. Sie wissen genau, wo sie hinmüssen. Sie sind vernetzt und durch die Ächtungen dieser Orte durch die Mehrheitsgesellschaft fühlen sie sich berufen, dort mit Waffen Säuberungen vorzunehmen ...

Nuran David Calis ist freischaffender Regisseur und erarbeitet im Rahmen von KEIN SCHLUSSSTRICH! 2020 »Die Lücke 2.0« am Schauspiel Köln sowie »438 Tage« beim Kunstfest Weimar.

Rassenbürgerkrieg

Antisemitismus, Rassismus und die mörderische »Volkstod«-Paranoia

Gideon Botsch

Die neun Opfer der beiden Anschlagsserien des NSU in den Jahren 2000 bis 2001 und 2004 bis 2006 waren zweifellos sehr unterschiedliche Menschen – Individuen mit ihren eigenen Geschichten und Plänen, Familien und Freundeskreisen, Stärken und Schwächen, Freuden und Sorgen. Griechischer, kurdischer und türkischer Herkunft, hatten sie, so gesehen, nicht viel gemeinsam. In den Augen der Täter, im rassistischen Blick auf die Opfer, bildeten sie aber eine Gruppe: Sie galten als Eindringlinge, sie hatten in Deutschland nichts zu suchen, gehörten nicht hier her. Mehr noch: Im Weltbild der Neonazis waren sie gefährlich, denn es handelte sich nicht nur um Fremde, sondern durchweg um Männer, und zwar Männer im zeugungsfähigen Alter (vgl. Röpke 2012).

Ihren Ausgang nahm die Radikalisierung des NSU-Trios und seines näheren Umfelds Mitte der 1990er-Jahre zunächst von unpolitischer Jugenddelinquenz und Gelegenheitsgewalt »gegen Ausländer« und »Linke«. Seit Mitte der 1990er erfuhren diese noch vagen Feindbildkonstruktionen eine Politisierung und Ideologisierung, für die zwei miteinander verwobene Netzwerke verantwortlich waren: Neonazi-Gruppierungen des »Kameradschaftsspektrums« und deutschlandweite sowie internationale Netzwerke neonazistischer Skinheads, vor allem Blood & Honour (B&H). Ort dieser Radikalisierung war die Kameradschaft Jena, ihrerseits eine tragende Kraft im regionalen Kameradschafts-Netzwerk Thüringer Heimatschutz (vgl. Quent 2016). Erste schockierende Auftritte in der Öffentlichkeit waren Provokationen in Erfurt während des Prozesses gegen den rechtsextremen Aktivist Manfred Roeder. Dieser stand im September 1996 vor Gericht, weil er mit jüngeren Neonazis in die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehr-

macht« eingedrungen war, um sie zu beschädigen. Im Gerichtssaal traten die Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes aggressiv als quasi uniformierter Block auf. Schon ein Jahr zuvor standen Böhnhardt, Mundlos und andere Szene-Angehörige im Verdacht, Mahnmale gegen den Nationalsozialismus geschändet und am 9. November 1995 eine Puppe mit aufgemalten »Judenstern« von einer Autobahnbrücke gehängt zu haben. Auch eine der ersten Bombenattrappen, die dem Trio zugerechnet wird, war mit einer solchen Puppe verbunden (vgl. Aust/Laabs 2014).

Daneben stehen Übergriffe auf »Ausländer« und auf Flüchtlingsunterkünfte. Als 1998 das Depot und die Bombenwerkstatt der Kameradschaft Jena in einer von Beate Zschäpe angemieteten Garage durchsucht wurden – woraufhin das Trio »abtauchte« – fand sich dort auch ein Datenträger mit einem rassistischen, gegen türkische Migrant*innen gerichteten Text. Auf den ersten Blick scheint er noch die »rohe« Xenophobie der frühen deutschen Skinheadszenen zum Ausdruck zu bringen, und nicht bereits das hoch-ideologisierte Feindbild-System, das sich gegen Ende der 1990er im deutschen wie internationalen Rechtsrock erkennen ließ (vgl. Botsch 2001). Der Text¹, möglicherweise für ein Rechtsrock-Lied gedacht, ist überschrieben mit »Alidreck-sau wir hassen dich!« In Verbindung mit der Drohung, »doch heut noch stirbt er«, heißt es dort: »Nur leider ist der Ali schlau, | er sucht sich eine deutsche Frau, | mit der er dann 10 Kinder macht« (zit.n. Aust/Laabs 2014: 301). Die Tötungsabsicht gegenüber männlichen Zuwanderern aus der Türkei ist hier schon vorformuliert – derartiges ließ sich indes auch in älteren Rechtsrock-Texten finden. Doch in der Mutmaßung über die deutsche Frau und die zehn Kinder kommt eine »biopolitische« Dimension ins Spiel, die auf ein komplexeres ideologisches Konstrukt verweist: den Mythos vom »Volkstod« bzw. »Volksmord« (vgl. Botsch/Kopke 2019).

Der NSU, sein Umfeld und der »Volkstod«-Mythos

Dass dieses Motiv im NSU-Umfeld bekannt war, wurde im Münchner Prozess gegen Beate Zschäpe und andere mehrfach deutlich. Als Richter Manfred Götzl den Zeugen Thomas Gerlach am 10. Juli 2014, dem 126. Hauptverhandlungstag, fragt, ob er den Begriff kenne, antwortet dieser: »Nationale Kreise

1 Es lässt sich im Folgenden nicht vermeiden, die hasserfüllte, gewaltorientierte und herabwürdigende Sprache der Täter zu zitieren.

verbinden damit, dass das deutsche Volk wegen der niedrigen Geburtenrate und der Zuwanderung von Ausländern ausstirbt. Und das führt zum Volkstod. Unser Ziel war natürlich, den Volkstod aufzuhalten, also: Rückführung von Ausländern, Familien unterstützen, damit mehr Kinder machbar sind.« (Ramelsberger et al. 2018: 560)²

Am 26. November 2015, dem 247. Hauptverhandlungstag, wurden vor Gericht lange Textpassagen der zweiten Ausgabe des deutschen B&H-Magazins aus dem Jahr 1996 verlesen. Ein Exemplar davon fand sich auch in der Jenaer Garage. Die Nebenklage hatte diesen Beweisantrag gestellt, da in den Artikeln »die Ideologie des bewaffneten Kampfes im Rahmen eines ›führerlosen Widerstands‹ beworben« und »in abgedruckten Songtexten zum Mord an Migranten u. a. durch ›in den Kopf schießen‹ aufgerufen« wurde.³ In der Tat zitierte das B&H-Magazin Louis Beam, den Aktivisten des Ku-Klux-Klans, der den Gedanken der »leaderless resistance« einige Jahre vorher in die »White-Supremacy«-Szene der USA eingeführt hatte (Beam 1992; vgl. Kaplan 1997; Kaplan 2000: 17-23), mit den Worten: »Die Patrioten von heute müssen sich auf den größten aller Kriege, den Rassenkrieg, vorbereiten« (Ramelsberger et al. 2018: 1079). »Rassenkrieg«, auch »Rassenbürgerkrieg«, war das Stichwort zur Selbstermächtigung, der Waffenruf für die amerikanische und bald darauf auch europäische Neonazi-Bewegung. Bei der amerikanischen Rechtsrock-Band RaHoWa, aus deren Umfeld heraus kurz zuvor mit Resistance Records eines der weltweit führenden Produktionsunternehmen des neonazistischen Musik-Netzwerkes gegründet worden war (vgl. Dornbusch/Raabe 2002: 255), fand dieser Gedanke noch eine pseudoreligiöse Unterfütterung: RaHoWa, der Bandname, stand für »Racial Holy War«, also »Heiliger Rassenkrieg« oder »Rassischer Heiliger Krieg« (vgl. Kaplan 2000: 54-57). Mindestens Thomas Gerlach war »RaHoWa« als Konzept wie als Rechtsrock-Band bekannt.⁴

Parallel zu den NSU-Mordserien bemühte sich die Neonazi-Szene, einschließlich der NPD, um die Verbreitung des »Volkstod«-Motivs. Dabei kam namentlich dessen antisemitische Grundierung stärker zum Ausdruck. Dies

2 Ergänzend zu den Notaten bei Ramelsberger et al. 2018 empfiehlt es sich, die Protokolle der Hauptverhandlungstage bei NSU-Watch hinzuziehen, vgl. <https://www.nsu-watch.info>.

3 Zit. n.: <https://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/11/26/26-11-2015/vom-26.11.2015>; vgl. Hoffmann 2018.

4 Vgl. <https://www.nsu-watch.info/2014/10/protokoll-151-verhandlungstag-16-oktober-2014/>.

zeigen Dokumente, welche die Polizei bei dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben fand. Er war einer der engsten Freunde und Mitstreiter des Trios und inzwischen Aktivist der NPD. Diese Textdateien standen in Bezug zur antisemitischen »Antikap-Kampagne«. Diese wurde von einem Bündnis aus NPD, ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und dem Kame-radschaftsspektrum Mitte der 2000er-Jahre initiiert (vgl. Rensmann 2008; Botsch/Kopke 2013). In den Texten wurde u.a. argumentiert, die »Existenz des deutschen Volkes« sei »auf eine nie gekannte Weise gefährdet«; Zuwanderer griffen zur »Waffe des Verdrängungswettbewerbs«; es finde eine Besatzung statt, aber »nicht mit Panzerwagen, sondern mit Kinderwagen« (zit.n. Ramelsberger 2018: 1472 u. 1592). Dieser Text unter dem Titel »Zukunft statt Globalisierung – Kapitalismuskritik von rechts« diffamierte die »Einwanderer« auch als »Zivilokkupanten«, »Raumstörer und Raumschmarotzer« (zit.n. Ramelsberger 2018: 1472).

Warum findet sich eine derartige Passage in einem Text, der gegen den Kapitalismus gerichtet ist? Verständlich wird der gesamte Gedankenkomplex nur bei Berücksichtigung der antisemitischen Basisideologie. Dabei wird nicht nur der Kapitalismus als »Globalismus« (in den Worten des damaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt) auf das weltweite schädliche Wirken des »Judentums« zurückgeführt. Darüber hinaus wird eine vermeintliche Zersetzung der Völker, namentlich des deutschen Volkes, durch Vermischung und Migration zu einem zentralen Element eines jüdisch-kapitalistischen Weltherrschaftsgedankens erklärt.

Drohender Untergang – zur Tradition des Volkstod-Mythos

Einige Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU wurde der »Volkstod«- bzw. »Volksmord«-Mythos unter verändertem Label neu belebt. Ausgangspunkt waren Netzwerke der sogenannten Neuen Rechten. Dazu zählte auch die Identitäre Bewegung, die der neurechten Strömung zugeordnet wurde. Tatsächlich rekrutierte sie einen maßgeblichen Anteil ihrer Aktivist*innen in offen rechtsextremen, teils neonazistischen Milieus. In der Lausitz-Region gehörten dazu auch Aktivist*innen, die im Rahmen der sogenannten Spreelichter-Kampagne zunächst noch unter der Parole »Demokraten bringen den Volkstod« am alten Begriff festgehalten hatten. In manchen Aspekten nahmen ihre Aktionen indes bereits die Protestformen vorweg, die dann im Rahmen der Identitären Kampagnen fortentwickelt

wurden (vgl. Krüger 2012; Quent 2014). Allerdings wurde in diesem Rahmen der »Volkstod-/Volksmord«-Mythos durch den Begriff »Großer Austausch« ersetzt (vgl. Camus 2016; Sellner 2016). Hieran lässt sich die spezifische Technik neurechter Ideologiebildung zeigen: Ein rechtsextremes Motiv wurde, ohne substantielle Veränderungen, mit einem neuen begrifflichen Label versehen, um Assoziationen mit dem historischen Nationalsozialismus oder jüngerem Neonazismus zu vermeiden. Die Parole vom »Großen Austausch« hat seit einiger Zeit verstärkt Aufmerksamkeit gefunden, zugleich konnte die nach wie vor antisemitische Grundierung herausgestellt werden (vgl. Botsch 2019: 33; Botsch/Kopke 2019).

Doch gilt es, ein Missverständnis zu vermeiden: Das neue Wort sollte nicht die Tatsache verdecken, dass das Motiv eine sehr viel ältere Geschichte hat. Schon Oswald Spengler hatte in seinem Klassiker »Der Untergang des Abendlands« nach dem Ersten Weltkrieg ein Szenario heraufbeschworen, in dem mächtige Kulturnationen im Prozess ihres Verfalls von dynamischen, jungen Völkern überrollt und verdrängt werden (vgl. Spengler 1986). Aber er dachte damals noch nicht an konkrete Migrationsprozesse. Auch für Friedrich Burgdörfer, der 1932 mithilfe statistischer Berechnungen ein dramatisches Bild des bevorstehenden Volkstodes zeichnete (vgl. Burgdörfer 1932), spielte Migration nur am Rande eine Rolle (vgl. Botsch/Kopke 2019, S. 19-22). Im Verlauf der 1960er-Jahre identifizierten einflussreiche Stichwortgeber des postnationalsozialistischen deutschen Rechtsextremismus dann eine dreifache Bedrohung. Diese Bedrohung betraf in ihrer Wahrnehmung nicht mehr nur das deutsche Volk, sondern alle »weißen« »europäischen« Völker gleichermaßen: Erstens wurde das seit den 1950er-Jahren prognostizierte weltweite Bevölkerungswachstum – die »Menschenlawine« (Wirsing 1956) – angesichts sinkender Geburtenraten bei den »Weißen Völkern«, insbesondere nach dem Pillenknick, als »biopolitische« Bedrohung wahrgenommen. Zweitens verloren die »weißen« europäischen Mächte im Zuge der Dekolonisierung auch politisch ihre weltweite Vormachtstellung. Das verdeutlichten etwa die Niederlage und der Rückzug Frankreichs im Algerienkrieg. Drittens entwickelte sich Deutschland – ähnlich wie andere europäische Länder – seit den 1960er-Jahren zunehmend zu einem Einwanderungsland. Dabei kamen mit dem Beginn der Anwerbung türkischer »Gastarbeiter«⁵ auch Men-

5 Vorwiegend wurden tatsächlich zunächst Männer angeworben, sodass die zeitgenössische Schreibweise im Maskulinum hier als Zitat stehen bleiben kann.

schen nach Deutschland, die dem »außereuropäischen Kulturkreis« zugeordnet wurden.

Soziokulturelle Wandlungsprozesse der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre schienen das katastrophische Szenario noch zu stützen: der Verlust tradierter Autoritäten, die Krise der heteronormativen Kleinfamilie, Feminismus und Emanzipation, die entstehenden Schwulen- und Lesbenbewegungen, sexuelle »Libertinage« und die »Pornowelle«. All das zerstörte und zersetzte, so die Wahrnehmung, das Selbstbewusstsein der weißen Völker. Dabei schien dem deutschen Volk durch staatliche Teilung und »Umerziehung«⁶ das Rückgrat fast gebrochen. Zugleich zerbröckelte die antikommunistische Integrationsideologie der frühen Bundesrepublik unter dem Einfluss einer neuen Linken. Mit dem politischen Wechsel nach den Bundestagswahlen 1969 und der Umorientierung auf Entspannungspolitik und Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs wurde das Bedrohungsszenario als existenziell wahrgenommen. In den Augen der politischen Rechten war dies eine krypto-kommunistische Verschwörung und zugleich »Verzichtspolitik«. Um 1970 stand die »Weiße Welt am Wendepunkt«⁷. Von hier nahm tatsächlich der neuere Rechtsterrorismus in Deutschland seinen Ausgangspunkt, der mit dem Jahr 1970 einsetzte (Botsch 2020).

Im Lauf des nächsten Jahrzehnts entwickelte die extreme Rechte das Motiv der »Überfremdung« durch Einwanderung systematisch weiter, bis es in den 1980ern zum zentralen Thema rechtsextremer Mobilisierung wurde. Gleichwohl blieben die übrigen Themen von Bedeutung, die sich um die Kernelemente des rechtsextremen Denkens gruppieren: Demokratiefeindschaft, radikaler Nationalismus, fundamentaler Antiegalitarismus. So wurde die Größe der Nation beschworen, die NS-Vergangenheit verharmlost oder gar glorifiziert und der aggressive Kampf gegen die Erinnerungskultur fortgesetzt. So wurden auch die Institutionen des demokratischen Verfassungsstaats verunglimpft, namentlich die Parlamente und die »Altparteien«. Und auch den Kampf gegen vermeintlichen Kulturverfall prägten

6 Tatsächlich: die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen Geschichte mit ihrem Kernstück, der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden.

7 So lautete der Untertitel eines programmatischen Buches, das der frühere nationalsozialistische Propagandaexperte Helmut Sündermann, nach 1945 einer der einflussreichsten Stichwortgeber des postnationalsozialistischen Rechtsextremismus, unter dem Pseudonym Heinrich L. Sanden 1971 in seinem eigenen Druffel Verlag publizierte (vgl. Sanden 1971) und mit dem er an seinen ausführlichen Bericht »Die Welt der Tausend Völker« von 1969 anknüpfte (Sanden 1969).

und motivierten weiterhin antifeministische Impulse und der Wunsch nach Verteidigung einer heteronormativen Geschlechterordnung. Doch als zugkräftigste Kampagne erwies sich immer klarer die Agitation gegen Zuwanderung und Migrant*innen. Xenophobe und vage »ausländerfeindliche« Stimmungslagen wurden dabei ideologisiert und rassistisch aufgeladen, bald auch mit Feindschaft gegenüber der islamischen Kultur und Religion verbunden. Einwanderung wurde zum Sinnbild des Untergangs des deutschen Volks (»Volkstod«) stilisiert. Dies geschah besonders prägnant im »Heidelberger Manifest« (Heidelberger Manifest 1981). Verfasst wurde der Text von einer Gruppe älterer Professoren, die ihre Karriere im Nationalsozialismus begonnen und in der Bundesrepublik fortgesetzte hatten. Einige von ihnen genossen in ihren Fächern ein hohes Ansehen.

Neben dem Phänomen der Arbeitsmigration war inzwischen erstmals in der Bundesrepublik eine Fluchtmigration registrierbar. Deren Subjekte wurden nicht von den europäischen kommunistischen Regimen verfolgt und konnten daher nicht mit offenen Armen als Freiheitskämpfer*innen empfangen werden. Es handelte sich vielmehr um Menschen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen Schutz erhofften, welche sich außerhalb Europas ereigneten – etwa in Vietnam, im Libanon oder in Sri Lanka. Die ersten Todesopfer einer rechtsterroristischen Tat auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland waren Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, zwei Geflüchtete aus Vietnam. Sie starben am 22. August 1980 in Hamburg bei einem Brandanschlag. Verantwortlich für die Tat war eine Deutsche Aktionsgruppe des Neonazi-Führers Manfred Roeder. Roeder war eben jener Mann, dem die NSU-Mörder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt 1996 im Erfurter Gerichtssaal ihre Solidarität bekundeten, als er wegen seines Angriffes auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht« vor Gericht stand.

Hier schließt sich ein Kreis. Roeder hatte Anfang der 1970er zunächst Aktionen gegen die »Porno-Welle« gestartet. Anders als viele Feminist*innen bekämpfte Roeder nicht frauenverachtende Bilder und Praktiken der Pornoindustrie. Vielmehr wurde Pornografie im zeitgenössischen Rechtsextremismus, neben Frauenbefreiung und selbstbestimmter Schwangerschaft, biopolitisch als Bedrohung für die Reproduktivität der weißen Deutschen betrachtet. Im weiteren Verlauf der 1970er konzentrierte Roeder sich auf Aktionen gegen die Gedenkkultur. Auch die Terrorserie seiner Deutschen Aktionsgruppen im Jahr 1980 richtete sich zuerst gegen entsprechende Zielobjekte, bevor Brandanschläge gegen Geflüchtete folgten.

Das verweist auf die jüdenfeindliche Grundierung des rechtsextremen Volkstod-Mythos. Im Antisemitismus ist das verbindende Element der unterschiedlichen Ideologiefragmente des Rechtsextremismus zu sehen. Um die verschiedenen, auf diverse gesellschaftliche Entwicklungen bezogenen Angst- und Bedrohungsmotive zu integrieren, benötigte das rechtsextreme Milieu eine Feindgruppe, der diese negativen Entwicklungen zuzuschreiben waren. Und dieses Feindbild stand unverändert zur Verfügung: Es handelte sich weiterhin um »die Juden«, »das Judentum«. In allen oben geschilderten Erzählungen verkörpert es die steuernde, absichtsvoll handelnde, negative Gegenmacht, die für die volksgefährdenden Tendenzen der jeweiligen Gegenwart entweder unmittelbar verantwortlich war, sie gezielt verstärkte und ausnutzte oder zumindest von ihnen profitierte.

»Zurüstung zum Bürgerkrieg« – Volkstod und Neue Rechte

Ein weiteres Missverständnis würde sich einstellen, wollte man die »neurechten« Diskursstränge um Einwanderung und »Überfremdung« von den gewalttätigen und rechtsterroristischen, neonazistischen Formen trennen. Die Parallelität der Kampagnen gegen Migrant*innen, der zu Grunde liegenden ideologischen Konstrukte, und nicht zuletzt auch der Bilder und der Sprache, die dabei verwendet wurden und werden, sollte nicht übersehen und bagatellisiert werden. Schon für die Herausbildung des Rechtsterrorismus während der 1960er und im Übergang zur Tat seit 1970 sind neurechte Einflüsse deutlich erkennbar. Im vorliegenden Beitrag, der den NSU zum Ausgangspunkt nimmt, lässt sich diese entsprechende Entwicklung nicht nachzeichnen. Indes muss an die Propagandabemühungen und rassistischen Kampagnen erinnert werden, die sich annähernd parallel zu den Anschlägen und Mordtaten des NSU während der 2000er-Jahre feststellen lassen.

In diesem Kontext ist zunächst das stets um bürgerliche »Anständigkeit« bemühte, repräsentative Leitmedium des neurechten Lagers zu nennen, die Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Im Jahr der Gründung des NSU entstand im Umfeld der *Jungen Freiheit* und aus ihrem Autor*innenstamm heraus zudem das Institut für Staatspolitik. Dessen Gründer Götz Kubitschek etablierte das zweimonatlich erscheinende Theorieorgan »Sezession« und den Kleinverlag Antaios. Während der gesamten 2000er-Jahre waren die Wochenzeitung und das Netzwerk um Kubitschek eng miteinander verbunden und praktizierten eine bewusste Arbeitsteilung. Sie entwickelten auch politische Kampagnen

noch in unmittelbarer Partnerschaft. Erst im Verlauf der 2010er-Jahre zeigte sich zwischen Junger Freiheit und Institut für Staatspolitik eine Differenz aufgrund verschiedener strategischer Orientierungen.

Im selben Zeitraum, in dem der NSU mordete, wechselten bei der Jungen Freiheit die Argumentationsweisen im Zusammenhang mit Einwanderung, Staatsbürgerschaft und »nationaler Identität« (vgl. Kellershohn 2013). Die befürchtete Auflösung einer vermeintlich ethnischen Homogenität bzw. der Substanz des deutschen Volkes wurde in enge Verbindung gebracht zu einem gleichzeitig befürchteten Verlust der kulturellen Identität. Beide Tendenzen wurden dem absichtsvollen Wirken verantwortungsloser Politiker und einflussreicher globaler Eliten zugeschrieben. Diese wurden selten offen als »jüdisch« markiert, allerdings häufig mit Personen in Beziehung gesetzt, deren Nennung antisemitischen Vorbehalten in der Leser*innenschaft Nahrung gab.

Eine exzessive Thematisierung sozialer Spannungen, Konflikte und Gewalttaten in Verbindung mit Zuwanderung prägte die Berichterstattung. Die Junge Freiheit schreckte dabei nicht vor dem Katastrophenszenario eines »Bürgerkrieges« zurück. Schon der Zustand der 2000er-Jahre wurde als »Vorbürgerkrieg« bezeichnet (vgl. Botsch 2017). Thorsten Hinz, den die Junge Freiheit gern als konservative »Edelfeder« vorstellte, publizierte bei Kubitschek im Antaios-Verlag einen Essayband unter dem Titel »Zurüstung zum Bürgerkrieg. Notizen zur Überfremdung Deutschlands« (Hinz 2008). Das war argumentativ und ideologisch eng mit dem »Rassenbürgerkrieg« verwandt, den das Neonazi-Spektrum an die Wand malte. Auch für die Autor*innen der Jungen Freiheit war Zuwanderung Ausdruck einer feindlichen Landnahme durch Fremde und Verdrängung der autochthonen Deutschen. Zunehmend war nicht mehr von »Ausländergewalt« die Rede, sondern von »Gewalt gegen Deutsche«. Gemeinsam mit einem weiteren Autor der Jungen Freiheit, Michael Paulwitz, veröffentlichte Kubitschek eine Chronik, der sie den Titel »Deutsche Opfer – Fremde Täter« gaben (Kubitschek/Paulwitz 2011). Zeitgleich publizierte ein weiterer Autor aus dem Netzwerk, Manfred Kleine-Hartlage, im selben Verlag eine Apologie des Weltverschwörungsmythos, die ihre antisemitische Grundlage nur schwach verdeckte (Kleine-Hartlage 2011).

Im Jahr der Veröffentlichung der beiden zuletzt genannten Schriften, 2011, veränderten zwei einschneidende Ereignisse den Phänomenbereich Rechtsterrorismus und seine Wahrnehmung nachhaltig. Die »Selbstentarnung« des NSU im Anschluss an den missglückten Raubüberfall im November 2011 ist das eine dieser Ereignisse. Doch bereits zuvor, am 22. Juli

2011, verübte der norwegische Attentäter Anders Breivik seinen mörderischen Doppelanschlag in Oslo und auf der Insel Utøya. Im Unterschied zum NSU argumentierte Breivik nicht mehr neo-nationalsozialistisch, sondern mit eben jenen Motiven der Überfremdung und Verschwörung, des Bürgerkriegs und des Abwehrkampfes gegen eine drohende Landnahme, die in Deutschland und anderen Ländern durch die sogenannte Neue Rechte verbreitet worden waren. Breivik kann in diesem Sinne als der erste »neurechte Rechtsterrorist« gelten. Als ideologische Grundlage für Taten und Tatbekenntnis zitierte Breivik bevorzugt den norwegischen Blogger Fjordman (d.i. Peder Jensen). Fast trotzig edierte Kleine-Hartlage gemeinsam mit Martin Lichtmesz bei Kubitscheks Antaios-Verlag einige ausgewählte Fjordman-Texte, die noch nach dem Mordanschlag erschienen (vgl. Fjordman 2011).

Unbeobachtet von den Verfassungsschutzbehörden, und unbeirrt von der weiteren ideologischen Radikalisierung des Rechtsextremismus und der von hier ausgehenden Gewalt, strickten die Ideologieproduzenten des neurechten Netzwerkes weiter an ihren Legenden vom drohenden Untergang des deutschen Volkes. Maßgeblich unterstützt durch Kubitschek selbst, bildeten sich aus österreichischen und deutschen rechtsextremen Kreisen die Aktionsgruppen, die sich selbst als Identitäre Bewegung bezeichneten. Zwar bekannten sich die Identitären zu gewaltfreien Strategien, in der Tat bedienten sie sich aber einer militanten, brutalen und vor Gewaltneigung triefenden Sprache und Symbolik. Ihr wichtigster Wortführer war der österreichische Aktivist Martin Sellner, der – ähnlich wie einige deutsche Identitäre – zuvor im neonazistischen Kameradschaftsspektrum Erfahrungen gesammelt hatte. Sellner etablierte im deutschsprachigen Raum den Begriff »Großer Austausch« als neue Chiffre für das, was bislang als »Volkstod« oder »Volksmord« bezeichnet worden war (vgl. Sellner 2016). 2019 verübte Brenton Tarrant, ein australischer Rechtsterrorist – in bewusster Nachfolge von Breivik – in Christchurch, Neuseeland, einen weiteren mörderischen Doppelanschlag. Wer die Agitation der Neuen Rechten, die Aktivitäten der Identitären Bewegung aufmerksam verfolgte, konnte schnell erkennen: Tarrant verwendete nicht nur den Begriff »Great Replacement«, sondern hob auch die Identitären als positive Bewegung hervor. Sellner hatte er eine großzügige Spende überwiesen.

Antisemitische und rassistische Denkweisen motivierten den NSU zu seiner rassistischen Mord- und Anschlagsserien. Sie verweisen auf ein gemeinsam geteiltes Konstrukt: den »Volkstod« oder »Austausch des Volkes« infolge gesteuerter Migration und den bevorstehenden »Bürgerkrieg« oder »Rassenbürgerkrieg«. Globale Eliten – offen oder verdeckt als »jüdisch« markiert

– werden als Verantwortliche bezeichnet. Diese Feindbildkonstruktion wirkt fort und motiviert bis in die Gegenwart hinein Gewalttäter zu mörderischen Anschlägen.

Quellen

- Beam, Louis (1992): »Leaderless Resistance«. In: *The Seditious* 12, S. 12-13.
- Burgdörfer, Friedrich (1932): *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Ein Problem der Volkswirtschaft – der Sozialpolitik – der nationalen Zukunft*. Berlin-Grunewald: Vowinckel.
- Camus, Renaud (Hg.) (2016): *Revolte gegen den Großen Austausch. Unter Mitarbeit von Martin Lichtmesz*. Schnellroda: Antaios.
- Fjordman (2011): *Europa verteidigen. Zehn Texte*. Hg. v. Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage, Schnellroda: Antaios.
- Heidelberger Manifest (1981): »Das Heidelberger Manifest 1981«. In: *Nation Europa* 31:12, S. 29-30.
- Hinz, Thorsten (2008): *Zurüstung zum Bürgerkrieg. Notizen zur Überfremdung Deutschlands*. Schnellroda: Antaios.
- Kleine-Hartlage, Manfred (2011): »Neue Weltordnung«. *Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?* Schnellroda: Antaios.
- Paulwitz, Michael, und Götz Kubitschek (2011): *Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund – Chronik – Prognose*. Schnellroda: Edition Antaios.
- Sellner, Martin (2016): »Der Große Austausch in Deutschland und Österreich. Theorie und Praxis«. In: Camus (Hg.) (2016), S. 189-221.
- Spengler, Oswald (1986): *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*. München: dtv.
- Wirsing, Giseler (1956): *Die Menschenlawine. Der Bevölkerungszuwachs als weltpolitisches Problem*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Literatur

- Aust, Stefan/Dirk Laabs (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München: Random House.
- Botsch, Gideon (2001): Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechts-extremen Musik-Netzwerkes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46(3), S. 335-344.
- Botsch, Gideon (2017): <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230020/die-junge-freiheit-sprachrohr-einer-radikal-nationalistischen-opposition> [01.04.2021].
- Botsch, Gideon (2019): Rechtsextremismus und »neuer Antisemitismus«, in: Olaf Glöckner/Günther Jikeli (Hg.), Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim: Georg Olms, S. 21-38.
- Botsch, Gideon (2020): Die lange Blutspur des rechten Terrors, in: Die Zeit vom 24.09.2020, S. 19.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2013): National Solidarity – no to globalization. The economic and sociopolitical platform of the National Democratic Party of Germany (NPD), in: Sabine von Mering/Timothy Wyman McCarty (Hg.), Right-wing radicalism today. Perspectives from Europe and the US, London: Routledge, S. 37-59.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2019): »Umvolkung« und »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm: Klemm & Oelschläger.
- Dornbusch, Christian/Raabe Jan (Hg.) (2002): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg: Unrast.
- Hoffmann, Alexander (2018): Nebenkläger*innen aus der Keupstraße und die Ideologie des NSU-Netzwerkes. Plädoyer vom 5. und 13. Dezember 2017, in: Antonia von der Behrens (Hg.), Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk: Plädoyers im NSU-Prozess, Hamburg: VSA, S. 139-160.
- Kaplan, Jeffrey (1997): Leaderless resistance, in: Terrorism and Political Violence 9(3), S. 80-95.
- Kaplan, Jeffrey (Hg.) (2000): Encyclopedia of white power. A sourcebook on the radical racist right, Walnut Creek/Calif.: AltaMira Press.
- Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Die »Deutsche Stimme« der »Jungen Freiheit«. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster: Unrast.
- Krüger, Daniel (2012): Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spree-wald. Das Internet-Projekt spreedichter.info, in: Michael Kohlstruck/Dirk

- Wiling (Hg.), Einblicke IV, Potsdam: Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, S. 51-80.
- Quent, Matthias (2014): Der »Volkstod« und die übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen, in: Berliner Debatte Initial 25(1), S. 40-53.
- Quent, Matthias (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Ramelsberger, Annette/Ramm, Wiebke/Schultz, Tanjev/Stadler, Rainer (2018): Der NSU-Prozess. Das Protokoll, München: Antje Kunstmann.
- Rensmann, Lars (2008): Rechtsextreme Parteien in der Europäischen Union. Welche Rolle spielen »Globalisierung« und Antisemitismus?«, in: Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hg.), Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, S. 399-453.
- Röpke, Andrea (2012): Im Untergrund, aber nicht allein, in: APuZg 62(18-19), S. 4-8.

Zitierte Webseiten

<https://www.nsu-nebenklage.de>
<https://www.nsu-watch.info>

Rechter Terror in Deutschland

Wie Rassismus und Männlichkeit zusammenhängen

Rebekka Blum

Seit dem öffentlichen Bekanntwerden des NSU im November 2011 kam es in Deutschland zu einer weiteren Zuspitzung von rechten, rassistischen und antisemitischen Mobilisierungen bis hin zu rechtem Terrorismus. Genannt seien hier der Anschlag in Halle an Yom Kippur 2019, der Mord an Walter Lübcke am 01. Juni 2019 und der rassistische Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020. Trotz des öffentlichen Versprechens von Angela Merkel, die Taten und Hintergründe des NSU aufzuklären, trotz zahlreicher Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in den verschiedenen Bundesländern und eines langjährigen Prozesses, sind noch immer zahlreiche Fragen offen und zahlreiche extrem rechte Netzwerke unbehelligt (Nebenklagevertreter*innen im NSU-Prozess 2018; NSU-Watch 2018). Oftmals sind es zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die wichtige Hintergründe recherchieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies macht deutlich: Eine zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der rechtsterroristischen Taten und ihrer gesamtgesellschaftlichen Ermöglichungsräume ist daher eine unabdingbare und wichtige Aufgabe.

Bei den genannten rechtsterroristischen Taten fällt auf, dass alle Täter und Tatbeteiligten (außer Beate Zschäpe) *weiß*¹ cis-Männer² sind bzw. waren. Auffällig ist, dass das Geschlecht bei männlichen Tätern meist nicht diskutiert wird, wohingegen bei Beate Zschäpe ihr Geschlecht Teil der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte ist. Männlich *weiße* Täter gelten als

1 Im Beitrag schreibe ich *weiß* klein und kursiv, um zu zeigen, dass *weiß* eine Differenzierungskonstruktion in Abgrenzung zu Schwarz ist. Schwarz als positive, empowernde Selbstbezeichnung Schwarzer Menschen schreibe ich hingegen groß.

2 Cisgender bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität mit ihrem körperlichen Geschlecht übereinstimmt (Schock 2013).

Norm, daher wird hier die geschlechtliche Dimension selten analysiert. Dieser Beitrag verfolgt einen anderen Ansatz. Ich werde die Norm des *weißen* männlichen Täters ins Zentrum meiner Analyse stellen und der Frage nachgehen, wie Rassismus und Männlichkeitsideale der extremen Rechten zusammenhängen. Ein Aspekt wird dabei die gesamtgesellschaftliche Einbettung dieser Ideologien sein.

Geschlechterbilder in der extremen Rechten

Es ist der feministischen Forschung zur extremen Rechten zu verdanken, dass Geschlechterbilder in der Ideologie der extremen Rechten, insbesondere seit Ende der 1980er-Jahre, verstärkt thematisiert und analysiert werden (Birsl 2011: 11).³ Diese Analyse macht deutlich, dass das Geschlechterbild wie insgesamt die Ideologie der extremen Rechten auf der Naturalisierung, Essentialisierung und Biologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Vorstellung natürlicher Hierarchien aufbaut. Mit anderen Worten: Das Geschlechterbild basiert auf der Vereindeutigung von Geschlecht (Goetz 2018: 254), Männer und Frauen werden als gegensätzliche Pole konstruiert und eine grundlegend verschiedene Wesenhaftigkeit der Geschlechter behauptet (Goetz 2018: 259). Geschlecht fungiert hier als »sozialer Platzanweiser« (Lang 2015: 169) und als identitätsstiftendes Moment, wobei es keinen Platz für Geschlechtsidentitäten jenseits der zweigeschlechtlichen Norm gibt (Volpers 2020: 46).⁴ Männer gelten als überlegen, stark und aktiv, Frauen hingegen teils als faul, bequem und passiv (Claus 2014: 40). Aufgrund der Zuschreibung

3 Insbesondere seit den 1990ern widmen sich Wissenschaftler*innen dem Thema Frauen- und Rechtsextremismus, wie im Jahr 2000 gegründeten Forschungsnetzwerk »Frauen- und Rechtsextremismus« (Claus et al. 2010: 13). In diesem Zusammenhang hat sich bspw. ein Forschungszweig entwickelt, der sich speziell mit Antifeminismus als Basis des Geschlechterbilds der extremen Rechten auseinandersetzt und gleichzeitig die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit antifeministischer Diskurse aufzeigt (Blum 2019, S. 13).

4 Bei diesen Beschreibungen des Geschlechterbilds in der extremen Rechten ist es gleichzeitig wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch hier, ähnlich wie im neorassistischen Ethnopluralismus-Konzept, Modernisierungen stattfinden (Goetz 2018: 254) und verschiedene Spektren der extremen Rechten viele ähnliche, aber auch unterschiedliche Versatzstücke eines extrem rechten Geschlechterbilds teilen (Volpers 2020: 33). Der gemeinsame Kern all dieser Versatzstücke ist jedoch Männlichkeit als »unsichtbare Norm« (Sanders 2019: 8).

als schwach, zur Dekadenz neigend und einem vermeintlichen Mangel an Selbstkontrolle und Rationalität müssen sie – so die Vorstellung – von den Männern geschützt werden (Müller/Overdieck 2010: 48). Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Frau, Kinder zu gebären und zu umsorgen, Männer sind hingegen für den Unterhalt und das Auskommen der Familie zuständig (Volpers 2020: 43).

Männlichkeit und extreme Rechte

Die gemeinsame Klammer der durchaus verschiedenen Männlichkeitsideale in der extremen Rechten (Müller und Overdieck 2010: 49) bietet das Ideal von Kompetitivität, Risiko- und Gewaltbereitschaft und Homosozialität, also dem Ausschluss von Weiblichkeit (Heilmann 2010: 54). Dem Mann wird insgesamt die Rolle als familiärer Ernährer und Beschützer mit Eigenschaften wie Strenge und Disziplin, Mut und Härte gegen sich selbst zugeschrieben (Virchow 2011: 42-44). In der Forschung wird oftmals der Terminus der »soldatischen Männlichkeit« für dieses Ideal verwendet. Diese Variante von Männlichkeit galt insbesondere im Nationalsozialismus als hegemonial (Dietrich/Heise 2013: 8). Seit 1945 fand eine Übertragung in die Gegenwart statt, wobei insbesondere in der extremen Rechten weiterhin Werte wie Härte, Disziplin, Elitedünkel, Gehorsam, Kampf- und Opferbereitschaft sowie eine hierarchische Vorstellung von Gesellschaft als hegemonial zu betrachten sind (Raewyn 2013: 38).

Da dieses Männlichkeitsbild ein reines Konstrukt ist, muss es, um wirkmächtig zu sein, regelmäßig reinszeniert und wiederhergestellt werden. Darum ist es wichtig, dass Männer in der extremen Rechten diesem Geschlechterbild entsprechen: »Sollten sie nicht genügen, ist dies nicht lediglich ein Verstoß gegen etwaige Verhaltensregeln, sondern stellt die gesamte Weltanschauung in Frage.« (Volpers 2020: 45) Insgesamt konstruiert sich das Männlichkeitsbild zu großen Teilen durch Ausschlussmechanismen. Die eigene Wir-Gruppe wird zum einen von marginalisierten Männlichkeiten – also allen Männern, die nicht in das Bild des *weißen*, heterosexuellen und starken Mannes passen – abgegrenzt (Claus et al. 2010: 14). Zum anderen ist zur Konstruktion des Ideals extrem rechter Männlichkeit eine vehemente Abwehr jeglicher Form von konstruierter Weiblichkeit notwendig (Lehnert 2011: 91). Dies macht bereits deutlich, dass Gewalt integraler Bestandteil dieser männlichen Hierarchie- und Abgrenzungskämpfe ist. Diesbezüglich

lässt sich von einem »Doppelcharakter der Gewalt« (Kohlstruck 2002: 80) sprechen, »um die Gleichzeitigkeit der Gewalt in der extremen Rechten als Demonstration einer aggressiven Selbstdarstellung einerseits sowie als Ausdruck einer gewaltvollen politischen Ideologie andererseits zu fassen« (Volpers 2020: 40f.). Das Autor*innenkollektiv feministische Intervention (AK FE. IN 2019: 37) sieht in dem auf Selbstaufwertung beruhenden Männlichkeitsentwurf ein Identitätsangebot, das Munition für die Angriffe gegen alle bietet, die nicht als Teil der hegemonialen Männlichkeit betrachtet werden.

Erweiterung des Geschlechterbilds um Rassismus

In der insbesondere ab Ende des 19. Jahrhunderts propagierten und während des Nationalsozialismus angestrebten Gesellschaftsform der Volksgemeinschaft wird das hierarchische und naturalisierte Geschlechterbild um rassistische und antisemitische Komponenten ergänzt. Nach außen findet eine als natürlich behauptete hierarchische Grenzziehung auf der Basis rassistischer und antisemitischer Denkbilder statt, nach innen wird die Gesellschaft über biologistisch und naturalistisch begründete Unterschiede zwischen sozialen Gruppen und zwischen den Geschlechtern geordnet (Lehnert 2011: 90, 98). Die Vorstellung der »Volksgemeinschaft« hat dabei stets die Schaffung einer Einheit zum Ziel (Stögner 2014: 72).

Zu betonen ist, dass sowohl das in der extremen Rechten angestrebte Männlichkeitsbild als auch die Idee der Volksgemeinschaft stets Ideale sind. Nur wenige Männer (in der extremen Rechten) entsprechen diesem Ideal (Müller/Overdieck 2010: 49) und die Idee der Volksgemeinschaft war auch im Nationalsozialismus lediglich Verheißung für die Zukunft (Lang 2015: 168f.). Beide Ideale sind damit dauerhaft in einer Krise, da sie nicht der eigenen Realität entsprechen und müssen in der Ideologie der extremen Rechten umso aggressiver erkämpft werden. Ausdruck dieses ständigen Bedrohungsgefühls findet sich in der Konstruktion des Volkskörpers als weiblich, der – so die Ideologie – von außen beschmutzt und infiziert werden könne (Lehnert 2011: 95). In Ergänzung zu dieser Vorstellung werden nicht-weiße Männer als »bedrohliche Fremde« konstruiert (Overdieck 2011: 102). Ganz im Sinne rassistischer Konstruktionen geht es um die »Reinhaltung vor externen Einflüssen«, wobei diese Argumentation auch im bevölkerungspolitischen Sinne gelesen werden kann (Virchow 2011: 49) und im Konstrukt

der »Rassenschande«⁵, die es als zu verhindern gelte (Overdieck 2011: 100), Vollendung findet. Diese vergeschlechtlichte völkische Feindbildkonstruktion ist mit Gewaltfantasien verbunden. Um Migrationsprozesse zu bekämpfen, müssten – so die Vorstellung – Männer an der »Spitze [...] der »nationalen Bewegung« [...] für ein weißes, mächtiges Deutschland« (Virchow 2011: 49) kämpfen.

Die bisherige Analyse macht deutlich, dass Rassismus und das Ideal der *weißen* Männlichkeit Ideologien sind, die auf Ausschluss von Weiblichkeit und als fremd markierten Männern basieren. Daraus speist sich die Vorstellung eines Anspruchs auf eine gesellschaftlich hierarchische Positionierung, die sich auch als Ideologie der *weißen* und männlichen Vorherrschaft beschreiben lässt. Insbesondere »fremde« Männer unterlaufen diese Ideologie und müssen im Weltbild der rechten Täter*innen bekämpft werden.

Die Ideologien von männlicher und *weißer* Vorherrschaft als Grundlage für rechten Terror

Diese Vorherrschafts-Ideologien vereinigen sich in der Verschwörungserzählung eines vermeintlichen »Großen Austauschs«. Demnach führt eine vermeintliche Masseneinwanderung zum Austausch der *weißen* Bevölkerung. In der Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs« gilt dieser Prozess als von einer kleinen Gruppe von Menschen gesteuert. Schuld an diesem angeblich desolaten Zustand europäischer Gesellschaften habe »der« Feminismus (Haas 2020: 6).⁶ Diese Verschwörung ist auch Grundlage der »14 words«, die

5 »Das Bedrohungsszenario »Rassenschande« basiert auf bestimmten rassistischen und sexistischen Geschlechterkonstruktionen von Weiblichkeiten und »nicht-deutschen« beziehungsweise »fremden« Männlichkeiten. Die Konstruktion einer die »Volksgemeinschaft« bedrohenden »fremden Männlichkeit« beinhaltet die Behauptung von Übergriffigkeit »fremder« Männer gegenüber deutschen Frauen.« (Müller/Overdieck 2010: 47)

6 Diese Verschwörungserzählung wurde von dem extrem rechten französischen Schriftsteller Renaud Camus in seinem in Frankreich 2010 erschienen Buch »Le grand remplacement« (Der große Austausch) ausformuliert, hat aber bereits eine lange Geschichte. Bereits um 1900 grassierte im deutschen Kaiserreich die Angst vor einer »Entvölkerung Deutschlands« (Planert 1998: 113), für die die Frauenbewegung, insbesondere die Frauenerwerbsarbeit und Mädchenbildung verantwortlich gemacht wurde. Ähnlich wie heute wurden seitens rechter und antifeministischer Akteur*innen Schwangerschaftsabbrüche harsch kritisiert (Planert 1998: 113–115).

als Code in der extremen Rechten fungieren und für »We must secure the existence of our people and a future for White children« stehen. Sie richten sich insbesondere an *weiße* Männer, deren Aufgabe es sei, für »Rassenreinheit« und »*weiße* Vorherrschaft« zu kämpfen (Virchow 2011: 47).

Die rechtsterroristischen Anschläge des NSU und in Halle und Hanau haben alle direkte oder indirekte Bezüge zu diesen Verschwörungserzählungen und der Konstruktion des »bedrohlichen Fremden«. Ganz explizit tritt diese Ideologie beim Attentäter des antisemitischen und rassistischen Anschlags an Yom Kippur 2019 zutage. In dem während der Tat gefilmten Video behauptet er ganz im Stil der Erzählung des »Großen Austauschs«, der Feminismus sei schuld an der niedrigen Geburtenrate *weißer* Menschen, was zu Masseneinwanderung führe. In seinem Verschwörungswahn gibt er »den Juden« die Schuld daran (Gensing/Schwarz 2019).⁷

Nicht explizit, aber ideologisch für sich stehend, fällt bei den Morden des NSU auf, dass die aus rassistischen Motiven Ermordeten (Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat) alles Männer waren, die darüber hinaus noch in ökonomisch selbstständigen Kleingewerben arbeiteten. Auch der Attentäter des rassistischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020 beging seine terroristischen Morde an öffentlichen Orten, die insbesondere von Männern besucht wurden. So waren auch bei diesem Anschlag die aus rassistischen Motiven Ermordeten, außer Mercedes Kierpacz, alles Männer (Ferhat Unvar, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu). Diese Begebenheit scheint kein Zufall, sondern ein Muster zu sein. Ganz im Sinne eines sexistischen Weltbilds werden Männer als relevanter für das öffentliche Leben erachtet und im Sinne rassistischer und bevölkerungspolitischer Feindbildkonstruktionen als bedrohlich für »das eigene Volk« konstruiert und damit bis zum Tod bekämpft.

7 Bereits beim rassistischen Anschlag von Christchurch am 15. März 2019 auf zwei Moscheen, bei dem 51 Menschen getötet wurden, nahm der Attentäter Bezug zu dieser Verschwörungserzählung. Auch beim Attentat am 22. Juli 2011 in Oslo und auf das sozialdemokratische Jugendcamp auf der Insel Utøya sind neben Rassismus und dem Islam als Feindbild auch Antifeminismus als zentrale Motive zu nennen (AK FE. IN 2019: 112-114).

Rassismus, Männlichkeit und Gewalt

Wie gezeigt wurde, leitet sich aus der Annahme einer *weißen* und männlichen Vorherrschaft der Anspruch auf eine hierarchische gesellschaftliche Positionierung ab, die allerdings meist nicht der Selbstwahrnehmung entspricht. Im Sinne der Ideologien der *weißen* und männlichen Vorherrschaft erscheint es als legitim, sich diese Positionierung auch mit Gewalt zu erkämpfen. Forschungen zeigen, dass die Vorstellung von Ungerechtigkeit eines der zentralen Motive von Attentaten ist (Kelly et al. 2021). Hier lässt sich von einem gekränkten Anspruchsdenken sprechen, das darüber hinaus eine geschlechtsspezifische Emotion ist. Die männliche Sozialisation, die auch die meisten der rechten Attentäter in Deutschland durchlaufen haben, basiert auf der Vorstellung, dass erfahrenes Unrecht, ob real oder imaginiert, es erlaubt, mit Gewalt aus der Welt geschafft zu werden (Kracher 2020: 182). Analysen zeigen, dass Mord und Gewalt zunächst eine Dehumanisierung der Personen vorausgeht (Kracher 2020: 195). Dies wird anhand des rassistischen Weltbilds und einer entmenslichenden Sprache (rechter) Attentäter deutlich: Nicht-*weiße* Menschen tauchen hier je als Kollektiv und selten als Individuen und Menschen mit Träumen und Hoffnungen auf.

Gesellschaftliche Ermöglichungsräume

Die Beschreibung der extrem rechten Geschlechterbilder machte bereits indirekt deutlich, dass diese Geschlechterideale nicht nur in der extremen Rechten vorhanden, sondern breit gesellschaftlich anschlussfähig sind. Dies zeigt sich an geschlechtsspezifischen Gewaltformen wie Stalking, Vergewaltigungen und der sowohl in Deutschland als auch weltweit enorm hohen Zahl an Femiziden (Wersig et al. 2019). Stalking und das Bild, dass Männer ein Anrecht auf Frauen(-körper) hätten, ist gesellschaftlich weit verbreitet und wird auch in der Popkultur oft romantisiert und damit legitimiert (Kracher 2020: 140f.; Kelly et al. 2021)

Ebenso ist Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, was an gesellschaftlich weit verbreiteten rassistischen Handlungen und Begriffen deutlich wird. Von vielen Teilen der *weißen* Gesamtgesellschaft wird deutlich mehr Energie darauf verwandt, Pegida-Anhänger*innen zu verstehen, statt solidarisch und empathisch mit den Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus und weiteren rechten Ideologien zu sein. Auch Racial Profiling und die bei

allen rassistischen Morden des NSU zu beobachtenden Ermittlungen ins Opfermilieu (John 2014: 24; Şimşek 2014: 32f.; Taşköprü 2014: 57; Kılıç 2014: 67; Turgut 2014: 76; Yaşar 2014: 95; Kubaşık 2014: 113; Yozgat 2014: 143) sind Ausdruck eines strukturell verankerten Rassismus, der auch seitens vieler Journalist*innen und eines großen Teils der Zivilgesellschaft unwidersprochen blieb und großteils noch immer bleibt. Rechter Terror ist in diesem Sinne als eine Zuspitzung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen, in der weißes und männliches Vorherrschaftsdenken teils offen, meist latent wirkt. Aus diesem Grund müssen neben sicherheitsbehördlichen und strafrechtlichen Verfolgungen auch seitens der Zivilgesellschaft Antworten auf rechten Terror und seine Ermöglichungsräume gefunden werden.

Aufbauend auf der Analyse der misogynen Incel-Community⁸ schlagen Kelly et al. (2021) vor, pädagogische Programme zu verfolgen, die an der Vorstellung der männlichen Vorherrschaft ansetzen sowie strikte Geschlechterrollen infrage stellen. Sie halten pädagogische Ansätze für sinnvoll, die auf Konsens, der Wahrnehmung körperlicher Grenzen und gegenseitiger Anerkennung aufbauen. Außerdem kritisieren sie, dass viele der literarischen Klassiker, die in der Schule gelesen werden, aus der Sicht weißer Männer geschrieben sind und es viel Sympathien und Platz für männliche sexuelle Frustration und das Überschreiten von Grenzen gebe. Sie schlagen daher vor, im Lehrplan Literatur auch aus antirassistischer und feministischer Perspektive zu lesen. Parallel dazu sollten Bildungsinitiativen weiter gefördert werden, die für Rassismus und Empathie gegenüber Menschen sensibilisieren, die von Rassismus und insgesamt Diskriminierung betroffen sind. Das Thema Antidiskriminierung sollte außerdem in der Ausbildung von Erzieher*innen, Lehrkräften und Pädagog*innen verankert werden. Darüber

8 Incel ist die Abkürzung für involuntary celibacy (unfreiwillige Enthelmsamkeit). Unter dieser Selbstbezeichnung finden sich im Internet Männer zusammen, die frustriert darüber sind, noch nie Sex gehabt zu haben. Incels führen die Tatsache, dass sie keinen Sex haben, darauf zurück, dass Frauen ausschließlich mit attraktiven Männern schlafen, wobei schon kleine Makel für Incels als Grund dafür gelten, als unattraktiv angesehen zu werden. In ihren Augen verweigern Frauen ihnen ihr natürliches Anrecht auf Frauen(-körper). Incels entwickeln daraus teilweise eine äußerst aggressive Feindbildrhetorik. Insbesondere Frauen werden von ihnen objektiviert und entmenslicht. In den USA und Kanada gab es bereits mehrere (Terror-)Anschläge mit zahlreichen Toten aus dem Spektrum der Incels (Kelly et al. 2021). Seit dem Mord an einer Sexarbeiterin im Februar 2020 werden Angriffe von Incels in Kanada als Terrorismus bewertet (Kraher 2020: 134).

hinaus ist weitere Forschung im Bereich misogynen, antifeministischer und rechter Ideologien und Gewalt notwendig. Kelly et al. (2021) fordern für die Forscher*innen in diesem Bereich Trainings zur digitalen Sicherheit und ausreichend Therapiemöglichkeiten, um einen Umgang mit dem gewaltvollen Forschungsthema zu finden.

Fazit/Ausblick

Der Beitrag macht deutlich, dass Rassismus und (extrem rechte) Männlichkeitsideale eng zusammenhängen. Zwar können *weiße* und männliche Vorherrschaft auch je für sich stehen. Untersuchungen zeigen aber, dass Massenmörder (»perpetrators of mass violence«) in der Regel bereits Gewalt gegen Frauen ausgeübt haben, etwa sexualisierte Belästigung oder übergriffiges Verhalten (Kelly et al. 2021). Ich schlage daher vor, diesbezüglich von verschränkten und sich gegenseitig verstärkenden Ideologien zu sprechen.

Abschließend ist wichtig zu betonen, bei dem Blick auf die Zusammenhänge von extrem rechten Weltbildern und Männlichkeit Geschlecht wiederum nicht zu essentialisieren und sich blind zu machen für Frauen als (Mit-)Täterinnen. Es ist der feministischen Forschung zur extremen Rechten zu verdanken, dass Frauen nicht mehr qua Geschlecht als friedfertig gesehen werden (Birsl 2011, S. 13). Wie gefährlich die Unterschätzung von Frauen als aktiver Teil der extremen Rechten ist, zeigt sich deutlich anhand des NSU. Das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus kommt in seiner Stellungnahme zum Abschluss des NSU-Prozesses zu folgendem Ergebnis:

»Zschäpe konnte nicht zuletzt schon in ihrem Leben im Untergrund feststellen, dass die Strategie, sich als friedfertige soziale Frau zu inszenieren, erfolversprechend ist. [...] Wenn weibliche Neonazis überhaupt in den Fokus der Behörden und letztendlich in den Zeug*innenstand kamen, so konnten wir beobachten, wie vergeschlechtlichte Strategien der Zurückweisung von Verantwortung für die eigenen Taten und Mittäterinnenschaft zum Tragen kamen. [...] Um das Phänomen Rechtsterrorismus allgemein und den NSU speziell verstehen zu können, muss Gender als Analysekategorie miteinbezogen werden – nicht zuletzt damit die beteiligten Frauen im Umfeld des NSU nicht so unsichtbar und nebensächlich bleiben, wie sie es im Nachhinein gerne sein wollen.« (Forschungsnetzwerk Frauen- und Rechtsextremismus 2018)

Geschlechtsspezifische Wahrnehmungsfilter dürfen nicht blind für die Motive von Täter*innen und Tatbeteiligten machen. Daher ist es wichtig, stets die Ideologie und konkrete Tat zu bewerten und nicht die zugeschriebene Geschlechtsidentität der Täter*innen in den Vordergrund zu stellen. Es ist bedeutsam, die Ideologie der Täter*innen als vergeschlechtlicht und von Rassismus durchdrungen zu erkennen und dies nicht aus zugeschriebenen Identitäten abzuleiten.

Literatur

- AK FE. IN (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus, Hamburg: Marta Press.
- Claus, Robert (2014) Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (2010): Einleitung, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), »Was ein rechter Mann ist ...«: Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Dietz, S. 9-25.
- Dietrich, Anette/Heise, Ljiljana (Hg.) (2013): Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus: Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis, Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Forschungsnetzwerk Frauen- und Rechtsextremismus (2018): <http://frauen-und-rechtsextremismus.de/wp-content/uploads/2018/07/stellungnahme-2018-07-12.pdf> [07.05.2021].
- Goetz, Judith (2018): »Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt...«. Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären‘, in: Judith Goetz/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«, Hamburg: Marta Press, S. 253-284.
- Haas, Julia (2020): Antifeminismus und seine Rolle in der neurechten Erzählung des »Großen Austauschs«. In Überblick, vol. Rechte Frauen* und

- Frauen* Rechte? Antifeminismus in der extremen Rechten, Überblick, in: Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit 1, S. 6-9.
- Heilmann, Andreas (2010): Normalisierung und Aneignung – Modernisierung und Flexibilisierung von Männlichkeiten im Rechtsextremismus, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), Normalisierung und Aneignung – Modernisierung und Flexibilisierung von Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Dietz, S. 53-67.
- John, Barbara (2014): »Manche Wunden sind einfach zu tief«, in: Barbara John (Hg.), Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Freiburg i.Br.: Herder, S. 41.48.
- Kelly, Megan/DiBranco, Alex/DeCook, Julia R. (2021): <https://www.newamerica.org/political-reform/reports/misogynist-incels-and-male-supremacism/> [07.05.2021].
- Kılıç, Pinar (2014): Was gibt ihr uns, um eine Zukunft aufbauen zu können?«, in: Barbara John (Hg.), Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Freiburg i.Br.: Herder, S. 65-73.
- Kohlstruck, Michael (2002): Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt: eine Herausforderung für die pädagogische Praxis, Berlin: Metropol.
- Kracher, Veronika (2020): Incels: Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults, Mainz: Ventil.
- Kubaşık, Elif (2014): Ich habe mein Herz schon begraben, ?«, in: Barbara John (Hg.), Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Freiburg i.Br.: Herder, S. 109-120.
- Lang, Juliane (2015) Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender, in: Paula-Irene Villa/Sabine Hark (Hg.), Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: transcript, S. 167-181.
- Lehnert, Esther (2011): »Angriff auf Gender Mainstreaming und Homo-Lobby« – der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), »Was ein rechter Mann ist...«: Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 89-99.
- Müller, Yves/Overdieck, Ulrich (2010): Der Kampf um Männlichkeit, in: antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Hg.), Berliner Zustände 2010. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus, Berlin, S. 46-50.

- Nebenklagevertreter*innen im NSU-Prozess (2018): <https://www.nsu-nebenklage.de/blog/2018/07/11/11-07-2018-presseerklaerung-von-nebenklagevertreterinnen-zum-ende-des-nsu-verfahrens/> [07.05.2021].
- NSU-Watch (2018): <https://www.nsu-watch.info/2018/08/abhaken-statt-aufklaeren-das-urteil-im-nsu-prozess-soll-die-unhaltbare-trio-these-zementieren/> [07.05.2021].
- Overdieck, Ulrich (2011): Der Komplex der »Rassenschande« und seine Funktionalität für Männlichkeitskonstruktionen in rechtsextremen Diskursen, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), »Was ein rechter Mann ist...«: Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Dietz, S. 100-108.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Raewyn, Connell (2013): Masculinity and Nazism, in: Anette Dietrich/Ljiljana Heise (Hg.), Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus: Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis, Zivilisationen & Geschichte, Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 37-42.
- Sanders, Eike (2019): Von Helden, Denkmälern und Barbaren. Eine Analyse der Neuen Rechten und ihrer Männlichkeiten, Hamburg.
- Schock, Alex (2013): <https://magazin.hiv/2013/03/22/alles-queer-oder-was/> [07.05.2021].
- Şimşek, Abdulkemal (2014): »Ohne meine Religion wäre ich in Hass versunken«, in: Barbara John (Hg.), Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Freiburg i.Br.: Herder, S. 31-41.
- Stögner, Karin (2014): Antisemitismus und Sexismus: historisch-gesellschaftliche Konstellationen, Baden-Baden: Nomos.
- Taşköprü, Ayşen (2014): »Lasst und einfach in Ruhe«. In Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Hg. Barbara John, 56-65. Freiburg i.Br.: Herder.
- Turgut, Mustafa. 2014. »Sie haben meinen Eltern den Sohn und die Heimat geraubt«, in: Barbara John (Hg.), Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet, Freiburg i.Br.: Herder, S. 74-85.
- Virchow, Fabian (2011): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis »idealer Männlichkeit«, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hg.), »Was ein rechter Mann ist...«: Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin: Dietz, S. 39-52.

- Volpers, Simon (2020): *Neue rechte Männlichkeit: Antifeminismus, Homosexualität und Politik des Jack Donovan*, Hamburg: Marta Press.
- Wersig, Maria/Lembke, Ulrike/Steinl, Leonie (2019): https://www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st19-24_IK1_Femizide.pdf [07.05.2021].
- Yaşar, Kerem (2014) »Ich fühle mich so heimatlos«, in: Barbara John (Hg.), *Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet*, Freiburg i.Br.: Herder, S. 93-103.
- Yozgat, – (2014): *Wir haben an Deutschland geglaubt*, in: Barbara John (Hg.), *Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet*, Freiburg i.Br.: Herder, S. 134-143.

Der NSU als »Mikroholocaust«

Rechter Terror im Geschichtsbild der Neuen Rechten

Anja Thiele

Die »Neue Rechte« und ihre weltanschaulichen Verbündeten geben sich gern gemäßigt und konservativ. Der »bürgerliche« Anstrich ist ein zentraler Türöffner im Kampf um neue Zielgruppen und Wähler*innenstimmen. Vom militanten Rechtsextremismus und Neonazismus, insbesondere von deren terroristischen Auswüchsen, grenzen sich neurechte Akteur*innen daher bewusst ab. Nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011, aber auch nach den jüngsten rechtsterroristischen Anschlägen von Halle und Hanau sowie der Ermordung Walter Lübckes hatten es neurechte Akteur*innen eilig, sich gegen den Vorwurf der ideellen »Brandstiftung« zu wehren. Unisono wurde eine geistige Verbindung zum rechtsextremen Terror scharf zurückgewiesen. Aber wie ernst sind diese Beteuerungen zu nehmen? Und wie glaubwürdig ist die beschworene Distanzierung vom Rechtsterrorismus durch die vermeintlich bürgerlichen Rechtsintellektuellen?

Tatsächlich lässt sich bei genauerem Hinsehen vielmehr eine Strategie der umfassenden Bagatellisierung, Relativierung und sogar verschwörungs-ideologischen Umdeutung rechten Terrors durch die Neue Rechte unter dem Deckmantel der Distanzierung beobachten. Die Deutungsmuster rechter Gewalt sind aufs Engste mit der Geschichtspolitik der Neuen Rechten und ihren auf die (Erinnerungs-)Kultur zielenden Strategien verknüpft. Im »Kulturkampf« dienen solche »Camouflage«-Strategien (Salzborn 2017: 61) dazu, rechtsextreme Positionen unbemerkt in den vorherrschenden Diskurs zu schleusen und zu normalisieren. Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie die Neue Rechte die Aufarbeitung des NSU-Komplexes und weiterer rechtsterroristischer Anschläge rezipiert – und wie sie diese vor dem Hintergrund ihrer kultur- und geschichtspolitischen Strategien bewertet.

Kulturkampf der Neuen Rechten

Seit den 2010er-Jahren verzeichnen neurechte Strategien verstärkte Verbreitung – bis in die Parlamente hinein. Mit der gestiegenen Konjunktur der Neuen Rechten geht aber auch eine diffuse Verwendung des Begriffs einher: Insbesondere im publizistischen Diskurs wird der Begriff oft im Sinne einer rein zeitlichen Veränderung im Rechtsextremismus gebraucht. Im Gegensatz dazu sollen hier im deskriptiv-analytischen Sinne, wie es Samuel Salzborn vorgeschlagen hat, Akteur*innen, Organisationen, Publikationsorgane etc. unter der Neuen Rechten subsumiert werden, die eine Intellektualisierung und Theoretisierung des Rechtsextremismus mit dem Ziel einer rechten »Kulturrevolution« anstreben (2017: 35). Unabhängig davon, ob sie sich selbst als rechtsextrem, rechtskonservativ oder nationalliberal verstehen (vgl. Stöss 2016), sind ihnen sowohl weltanschauliche Grundüberzeugungen als auch politische Strategien gemein:

Strategisch geht es der Neuen Rechten um einen »geistigen Bürgerkrieg«; einen Kampf »um die Köpfe« (Kellershohn 2016a: 6). Mit der Terminologie der Neuen Rechten ausgedrückt: Mithilfe von intellektueller »Metapolitik« soll eine »kulturelle Hegemonie« rechter Ideen und Weltanschauungen etabliert werden (Salzborn 2017: 35). Die selbst ernannten Rechtsintellektuellen beabsichtigen, auf den vorpolitischen bzw. kulturellen Raum einzuwirken, z.B. in Form von intellektuell und ästhetisch anspruchsvollen Publikationen. Damit soll langfristig eine »Umwandlung von Mentalitäten und Wertvorstellungen« (Langebach/Raabe 2016: 567) in der Gesellschaft herbeigeführt werden. Einer solchen »Kulturrevolution« (Pfahl-Traughber 1998: 25) könne anschließend die »politische Neuordnung« (Salzborn 2017: 38) folgen. Das Konzept der »kulturellen Hegemonie« wurde von der politischen Linken adaptiert, genauer vom marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci. Im Gegensatz zur »alten« Rechten, etwa zu neonazistischen Akteur*innen, will die Neue Rechte in Anschluss an Gramsci politische Macht weder über Militanz und Straßenkampf noch über »parteilpolitische Regierungsverantwortung« (Salzborn 2017: 36) erringen. Mit dem Aufkommen der AfD haben Teile der Neuen Rechten ihr Verhältnis zur Parteipolitik jedoch neu austariert – erweist sich die Allianz mit der AfD doch als geeignet zur Herstellung jener gewünschten »kulturellen Hegemonie«.

Auf ideologischer Ebene kennzeichnet die Neue Rechte eine vordergründige Distanzierung bzw. Ablehnung von Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus sowie die Abkehr von einer brachial-rechtsextremen Rhe-

torik. Stattdessen verortet sich der dominierende Teil der Neuen Rechten seit den 1990er-Jahren verstärkt in der Tradition der sogenannten »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik. Die Akteure der Neuen Rechten möchten die »Konservative Revolution« als eine vermeintlich vom Nationalsozialismus »unberührte«, ja gegen diesen Widerstand leistende konservativ-nationalistische Strömung der Vorkriegszeit verstanden wissen. Volker Weiß hat die angeblich eigenständige ideengeschichtliche Bewegung der »Konservativen Revolution« jedoch als ein »historisches Konstrukt« neurechter Vordenker der Nachkriegszeit entlarvt, das nach 1945 zur Re-Etablierung nationalistischer Ideen diene (2015: 102). Tatsächlich erweisen sich die unter dem Label der »Konservativen Revolution« subsumierten, heterogenen Autor*innen und Denker*innen weitestgehend als weltanschauliche Wegbereiter des Nationalsozialismus (vgl. Salzborn 2017: 39).

Ähnlich irreführend ist das genuin neurechte Konzept des Ethnopluralismus, das oft als Ausweis für die eigene nicht-rassistische Weltanschauung dienen soll. Der Ethnopluralismus begründet die Ungleichheit der Menschen nicht biologisch-rassistisch, sondern ethnisch-kulturalistisch (vgl. Salzborn 2017: 39). Individuen werden über ihre kollektive Zugehörigkeit zu einer bestimmten »Kultur« definiert, die als ethnisch homogen und, entgegen ihrer historischen Gewordenheit, als statisch verstanden wird. Die Vertreter*innen des ethnopluralistischen Ansatzes befürworten eine Bewahrung der Verschiedenheit der Kulturen und Ethnien, die zu diesem Zweck räumlich segregiert werden müssen. Eine »Vermischung« der Kulturen wird abgelehnt. Das Konzept ist insofern dezidiert anti-universalistisch und anti-egalitaristisch und negiert die Werte der Aufklärung. Vor diesem Hintergrund haben Bruns, Glösel und Strobl den Ethnopluralismus als eine »modernisierte Form des Rassismus« (2018: 228) bezeichnet (vgl. Aftenberger 2007).

Insgesamt hat die Rechtsextremismusforschung der Neuen Rechten – entgegen ihrer Selbstdarstellung – als ideologischen Kern eine völkisch-nationalistische Weltanschauung attestiert (vgl. u.a. Kellershohn/Kastrup 2016; Salzborn 2017; Weiß 2017). Die hier am Beispiel des Konservatismus und Ethnopluralismus dargestellte, offenkundige rhetorische Verschleierung der eigentlich völkischen Ziele der Neuen Rechten ist – in aller Regel – strategisch gewollt: Es handelt sich dabei um einen bewussten Akt politischer »Mimikry« (Salzborn 2017: 37), der Teil der Strategie zur Erlangung kultureller Hegemonie ist. Über den Umweg der »Selbstverharmlosung« können breitere gesellschaftliche Schichten für die eigenen Ideen erreicht und agitiert werden.

Angriffe auf die Erinnerungskultur

Zu den zentralen Themen der neurechten metapolitischen Agitation gehört das Thema der nationalen Identität, das eng mit dem Komplex der Geschichtspolitik und der Frage nach einer nationalen »Leitkultur« verbunden ist. Diese Themen werden – der metapolitischen Strategie gemäß – vermehrt auch im Bereich der Kultur und des Gedenkens bzw. der Geschichtsvermittlung ausgetragen. Im Zuge des »Kulturkampfes« geraten zunehmend Kunst- und Kultureinrichtungen, aber auch erinnerungskulturelle Institutionen wie Gedenkstätten und Museen in den Blick neurechter Offensiven. Insbesondere die AfD ist darum bemüht, ihren Einfluss auf die (Erinnerungs-)Kulturpolitik in den Parlamenten und Stadträten geltend zu machen. In den vergangenen fünf Jahren häuften sich Angriffe auf Einrichtungen des Kulturbetriebs und der Gedenklandschaft. Dabei reicht das Spektrum von exzessiv gestellten parlamentarischen Anfragen und der Forderung nach Kürzungen von Zuschüssen und Steuergeldern über juristische Anfechtungen bestimmter Kulturproduktionen und deren gezielten Diffamierungen auf Social Media bis hin zu Drohanrufen, Bombendrohungen und anderweitigen Störungen von Aufführungen und Gedenkveranstaltungen (vgl. VDK/MBR 2019). Neben Gedenkstätten, die an nationalsozialistische Verbrechen erinnern, stehen aktuell auch verstärkt neuere Erinnerungspraktiken auf dem Radar – etwa postkoloniale Debatten oder die Erinnerung an die Opfer rechter Terroranschläge.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Neue Rechte rechts-extreme Terroranschläge deutet und wie sie auf bisherige Ansätze, den Opfern rechtsterroristischer Anschläge zu gedenken, reagiert hat. Hier erweist sich ein Blick in die wichtigsten und auflagenstärksten Leitmedien der gegenwärtigen Neuen Rechten – die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (vgl. Kellershohn 1994; Braun/Vogt 2007) und die einmal pro Quartal erscheinende Zeitschrift *Sezession* (vgl. Pfahl-Traugher 2017), inkl. des dazugehörigen Blogs auf *sezession.de* – als sinnvoll. Die Analyse der in den zentralen Publikationsorganen transportierten Narrative ist relevant, weil diese die maßgeblichen Deutungsmuster für ein breites Spektrum an Verbündeten und Sympathisant*innen, wie etwa die AfD, und darüber hinaus prägen. Zudem liefert eine Textanalyse das empirische Material, um die camouflierte »Bürgerlichkeit« und vermeintliche Harmlosigkeit der Neuen Rechten zu dekuvirieren.

Der neurechte Umgang mit Rechtsterrorismus

In der Analyse sämtlicher auffindbarer Beiträge mit Bezug zum NSU und jüngeren rechtsterroristischen Anschlägen ließen sich vier wiederkehrende Narrative und Deutungsmuster finden, die argumentativ aufeinander aufbauen und sich dabei zunehmend verschärfen. Ziel dieser Narrative ist es, rechtsextreme Gewalt und Terror in systematischer Weise zu bagatellisieren, seine Thematisierung und die Erinnerung daran zu delegitimieren und stattdessen die Rechten selbst als Opfer eines neuerlich »aufgefrischten«, ursprünglich auf den Nationalsozialismus zurückgehenden »Schuldkomplexes« zu inszenieren. Die vier Argumentationsschritte lassen sich folgendermaßen beschreiben: Mit der systematischen Bagatellisierung und Aufrechnung rechter Gewalt (1) oder gar ihrer verschwörungsideologisch grundierten Revision (2) geht eine umfassende Täter-Opfer-Umkehr (3) einher, die letztlich eingebettet wird in das (antisemitische) Narrativ eines anhaltenden »Schuldkultes« (4), dem die deutsche Nation angeblich seit 1945 unterworfen sei.

Zunächst lassen sich in der Auseinandersetzung der neurechten Leitmedien mit den Verbrechen des NSU, aber auch mit aktuelleren rechtsterroristischen Morden zahlreiche rhetorische Strategien der Verharmlosung, Ablenkung oder Aufrechnung finden, die dazu dienen, rechtsextreme Gewalt und Terror zu bagatellisieren. Neben einer omnipräsenten Häufung von Adjektiven, die die Faktizität rechter Gewalt beiläufig infrage stellen (»vermeintliches Terror-Trio«, »angebliche NSU-Tote«, »zwielfichtiger Prozess«, »Morde, die dem NSU zur Last gelegt werden« etc.) werden die Opfer rechtsextremer Gewalt besonders häufig anderen – vermeintlichen oder tatsächlichen – Opfern gegenübergestellt. Eine beliebte und oft wiederholte Behauptung ist die der Opferhierarchie: Es wird behauptet, deutsche Opfer oder die Opfer islamistischer Attentate oder linksradikaler Gewalt bekämen in Deutschland weniger Aufmerksamkeit als die (»ausländischen«) Opfer rechten Terrors. In einem unmittelbar nach der Selbstenttarnung des NSU veröffentlichten und für diese Argumentation paradigmatischen Leitartikel in der *Sezession* schreibt Chefredakteur und Vordenker der Neuen Rechten Götz Kubitschek (vgl. Kellershohn 2016b) in Bezug auf die Schweigeminute für die Opfer des NSU im Bundestag:

»Es gibt keinen Grund für Hunderte Abgeordnete, sich deswegen zu erheben und gedenkend innezuhalten. [...] Wäre er konsequent, müßte sich der Bundestag längst erhoben haben für die im Mutterleib getöteten Opfer indi-

vidualistischer Lebensplanung oder für die Opfer deutschenfeindlicher Gewalt von Ausländern, um nur zwei Beispiele zu nennen. Der Bundestag hat dies nicht getan [...]» (Kubitschek 2011: 14)

Im selben Duktus verweisen Autor*innen des Sezessionsblogs sowie der *Jungen Freiheit* darauf, dass die »Zahl derjenigen, die in Angst vor Mafia-Clans, Kiezpaten und Schutzgelderpressern nicht-biodeutscher Herkunft leben« (Lichtmesz 2013) oder derjenigen, die ihr »Auto an zündelnde Linksextremisten [...] verlieren, von einer deutschenhassenden Jung-Immigranten-Gang auf Beutezug aufgemischt [...] werden oder zwischen die Fronten schwarzvermummter linksterroristischer Bürgerkriegsarmeen [...] geraten« (Paulwitz 2012: 1), wesentlich größer sei als die Zahl der von rechter Gewalt Betroffenen. Mit dieser Argumentationsstrategie wird nicht nur rhetorisch vom Problem des mörderischen Rechtsextremismus abgelenkt. Vielmehr wird rechte Gewalt faktisch zu einem qualitativ wie quantitativ geringfügigerem Phänomen degradiert, dessen bloße Erwähnung schon ideologisch verdächtig zu sein scheint. Die objektive Aufrechnung und Verharmlosung rechten Terrors wird durch die Gleichsetzung von strafrechtlich nicht miteinander vergleichbaren Handlungen noch verstärkt – und zwar in zwei Richtungen: Die strafrechtlich weniger schwerwiegenden bis gar nicht strafbaren Handlungen (z.B. linke Demonstrationen, legale Schwangerschaftsabbrüche) werden durch die Ineinssetzung mit dem rechtsextrem motivierten Mord dämonisiert, Mord aus rechtsextremer Gesinnung dagegen wird trivialisiert und nivelliert.

Verharmlosung und Umdeutung

Die massive Relativierung rechtsextremer Gewalt ist Bestandteil eines noch umfassenderen Umdeutungsnarrativs, das rechtsextreme Gewalt allgemein für ein politisch wie medial aufgebauschtes bzw. sogar konstruiertes und inszeniertes Phänomen hält. In der neurechten Rezeption des NSU lassen sich zwei unterschiedlich stark revisionistische Umdeutungen des rechten Terrors erkennen: In der abgeschwächten Variante wird behauptet, rechte Gewalt bzw. rechter Terror werde von der Politik, den Medien, der Wissenschaft etc. absichtlich übertrieben dargestellt und dramatisiert, ja letztlich dazu instrumentalisiert, um allgemeine »Anti-Rechts-Kampagnen« (Bosselmann 2019) durchführen zu können. Ziel dieser künstlich erzeugten »Hysterie« (Lichtmesz 2019b) und »Paranoia« (Lichtmesz 2011) sei die Diffamierung

und Denunziation des politisch rechten Lagers: Es gehe darum, »die Angst vor der politischen Rechten zu schüren und sie mit Gewalt und Extremismus zu assoziieren« (Lichtmesz 2020), »Konservative, EU-Kritiker, Nationalisten und Rechte als ›Nazis‹ zu diffamieren« (Bosselmann 2019) oder »Kritik am multi-kulturellen Umbau Deutschlands zu ersticken, indem ihren Urhebern gedroht wird, sie per Denunziation namhaft zu machen« (Bosselmann 2012). In einem mit *Der neue Totalitarismus* betitelten und doppeldeutig mit dem Konzentrationslager Auschwitz bebilderten Artikel der *Jungen Freiheit* vom 4. Februar 2012 vergleicht Michael Paulwitz politische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus mit politischen Säuberungen:

»Neonazi-Zentralregister, Untersuchungsausschüsse, interministerielle »Kompetenzzentren« – im Wochentakt werden neue Instrumente aus der Taufe gehoben, um der allenthalben vermuteten »braunen Gefahr« entgegenzutreten. Beim Einstreichen der Dividende aus dem Auffliegen der Zwickauer Neonazi-Zelle verliert die Gesinnungsindustrie keine Zeit: Der »Kampf gegen Rechts« geht in die nächste Runde und legt wieder ein paar hysterische Umdrehungen zu.« (Paulwitz 2012: 1)

Wie sich hier bereits ablesen lässt, ist diese Argumentation Teil der noch näher zu beschreibenden Umkehrung von Täter*innen und Opfern.

Verschwörungsideologien

Die Behauptung einer »medialen Dauerhysterie« (Paulwitz 2012: 1) um rechts-terroristische Anschläge wird im Falle des NSU von einem noch revisionistischen, verschwörungsideologisch grundierten Narrativ übertroffen: In einigen der untersuchten Beiträge wird gemutmaßt, es handele sich beim NSU – mithin bei der gesamten neonazistischen Szene – um eine vom Staat gelenkte, verdeckte Operation bzw. um ein staatlich inszeniertes »Potemkinsches Dorf« (Junge Freiheit 2015), das dazu dient, eben jene gegen rechts gerichtete »Hysterie« in der Gesellschaft auszulösen und den »Kampf gegen rechts« zu legitimieren:

»Verfassungsschützer »paktieren« nicht klammheimlich mit »Nazis«, wie von links und von Seiten türkischer Verbände gern unterstellt wird – sie basteln sie sich immer wieder mal selbst, um mit diesem Popanz die Bürger zu erschrecken und letztlich die eigene Existenz zu rechtfertigen. Dieser

staatliche Beschaffungsextremismus [...] ist die eigentliche Wurzel des NSU-Skandals.« (Junge Freiheit 2012)

Obgleich sich manche Autor*innen von derlei verschwörungsideologischen Narrativen distanzieren, offenbart die Mehrzahl der Beiträge zumindest Sympathien für die verschwörungsfantastische Lesart: So wird etwa das verschwörungsideologische Buch des Compact-Autoren Kai Voss (*Das NSU-Phantom. Staatliche Verstrickungen in eine Mordserie*), der den NSU als Erfindung der Geheimdienste bezeichnet, zitiert oder positiv rezensiert, und die eigene Analyse der NSU-Mordserie bzw. anderer rechtsterroristischer Attentate mit verschwörungsideologisch aufgeladenen Mutmaßungen über mögliche »False-Flag-Operation[en]« oder Machenschaften eines »Deep State« (vgl. Lichtmesz 2020) garniert. Die Argumentation hat zwei Stoßrichtungen: Zum einen lässt sich durch dieses revisionistische Narrativ die Gefährlichkeit rechtsextremer Ideologie, mithin die Existenz rechtsextremer Gewalt und Terror als solche leugnen. Mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus geht zum anderen eine Überzeichnung staatlicher Macht einher, die nicht nur verschwörungsideologische Züge trägt, sondern auch dabei hilft, sich selbst als eigentliche Opfer zu inszenieren.

Insofern dienen alle bisher beschriebenen Narrative letztlich dazu, einen Opferstatus des politisch rechten Spektrums zu konstruieren: nicht die (wie auch immer camouflierte) nationalistische, rassistische, antisemitische, rechtsextreme Ideologie ist es, die Diskriminierung, Gewalt, Verfolgung und Mord bestimmter Menschengruppen implizit oder explizit legitimiert, sondern der anti-rassistische und gegen rechts gerichtete Diskurs bzw. die Politik sind es, die die vermeintlich unschuldigen Rechten diffamieren und exkludieren. Nach dem Anschlag in Hanau etwa erwiderte die Co-Vorsitzende der AfD-Bundesfraktion Alice Weidel in einem Gastbeitrag in der *Jungen Freiheit* auf die Vorwürfe, die AfD trage eine Mitverantwortung für den rechten Terror:

»Es sind Unterstellungen wie diese, die das politische Klima in unserem Land vergiften und die Gesellschaft spalten [...]. Die Auswirkungen sind dramatisch. Das Netz fließt über von Haß – vom Haß derjenigen, die sich durch dieses Narrativ ermuntert sehen, im »Kampf gegen Rechts« nun erst recht jede Schranke und jede Hemmung fallen zu lassen. Manche sehen sich davon sogar ermächtigt, in Selbstjustiz zur Tat zu schreiten.« (Weidel 2020)

Die Abwehr jeglicher Verantwortung und gleichzeitige massive Opferinszenierung wird bisweilen so weit getrieben, dass die tatsächlichen Betroffenen rechtsextremer Gewalt – etwa Migrant*innen und Geflüchtete – als eigentliche Verursacher*innen rechtsextremer Pogrome diffamiert werden. Martin Lichtmesz etwa betont im Blog der *Sezession*, nur wenige Wochen nach der Selbstenttarnung des NSU:

»Nehmen wir aber einmal an, daß die Ermordeten tatsächlich Opfer von ein paar moralisch degenerierten »Fremdenfeinden« mit zwielichtigen Verbindungen zum Verfassungsschutz waren. Was spräche [...] dagegen, sie als Kollateralschäden der angeblich alternativlosen Multikulturalisierung in Kauf zu nehmen [...]?» (Lichtmesz 2011)

Demnach soll nicht etwa die rechtsextreme Ideologie der Täter*innen ursächlich für die neonazistischen Morde sein, sondern vielmehr die Einwanderung und eine »multitribale und multireligiöse« (Junge Freiheit, 2017) Gesellschaft, die rechtsextreme Gewalt provoziere. Noch drastischer wird die Täter-Opfer-Umkehr in der *Jungen Freiheit* betrieben, wo Michael Paulwitz proklamiert, die »Türkei- und Islamlobby« habe mit den »mutmaßlichen NSU-Morden und ihrer Aufarbeitung [...] ihren Reichstagsbrand gefunden« (2013: 1). Die hier vollzogene Gleichsetzung von Teilen der Betroffenenverbände und antirassistischen Organisationen mit Nationalsozialist*innen ist auf mehreren Ebenen eine perfide und rassistische Verhöhnung der Opfer rechter Gewalt: Nimmt man die historische Analogie ernst, wird unterstellt, die Betroffenen hätten die Morde selbst inszeniert, um Profit aus den Morden zu schlagen oder gar eine faschistische (Meinungs-)Diktatur zu errichten. Die Täter-Opfer-Umkehr dient hier nicht nur der Selbstentlastung, sondern auch dem Ausdruck des eigenen rassistischen Weltbilds.

Schuldabwehr und Antisemitismus

In letzter Konsequenz wird die Aufarbeitung des NSU und das Gedenken an die Opfer rechtsterroristischer Gewalt in beinahe allen untersuchten Beiträgen eingebettet in das dominierende geschichts- und erinnerungspolitische Motiv der (Neuen und alten) Rechten: Demnach stehe das deutsche Volk seit 1945 unter einem aufoktroierten Zwang zur ständigen Konfrontation mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und einer damit verbundenen Schuld; kurz: in einer »Büßerhaltung« (Scholdt 2012: 41), die wiederum zu bestimmen

›politisch korrekten‹ Sprech- und Denkverboten nötige. Die heutige Auseinandersetzung mit dem NSU wird dementsprechend von mehreren Autor*innen als ein von der Politik zum »Mikroholocaust« (Lichtmesz 2019a) aufgebauschtes Druckmittel verstanden, als »Auffrischung« (Lichtmesz 2012) dieser vermeintlich anerzogenen »Kollektivschuld« (Lichtmesz 2019a) der NS-Vergangenheit. Paradigmatisch für diese Argumentation fasst Götz Kubitschek in oben genanntem Artikel die neurechte Deutung in einer rhetorischen Frage zusammen: »Neonazistischer Terror-Popanz zur Erneuerung und Verfestigung der deutschen NS-Traumatisierung also?« (Kubitschek 2011: 17). Das Narrativ eines vermeintlichen »Schuldkultes« in Deutschland; eines Kults, der Deutsche mittels der nationalsozialistischen Vergangenheit moralisch erpresst und letztlich eine positive Identifikation mit der Nation verhindert (vgl. Salzborn 2018), ist Teil einer umfassenden und konstitutiven Schuld- und Vergangenheitsabwehr, die das gesamte rechte Spektrum kennzeichnet (Salzborn 2017: 104). In aller Regel sind solche Narrative antisemitisch und werden dem Schuldabwehr-Antisemitismus (vgl. Bergmann 2007) zugerechnet, der auch in der Neuen Rechten verbreitet ist (Salzborn 2015; Weiß 2018). Der antisemitische Grundtenor dieses Deutungsmusters durchzieht auch die untersuchten Beiträge und tritt besonders dort offen zutage, wo die notwendige Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah sowie die Erinnerung daran als »Zivilreligion« oder »Mythos« bezeichnet werden – zum Beispiel von *Junge Freiheit*-Autor Thorsten Hinz: »Der NSU wird auf eine quasi-mythische Ebene transformiert und dazu genutzt, den zivilreligiösen Holocaustbezug um das Element des Multikulturalismus zu ergänzen.« (2012: 13). Die These des Holocausts als »Zivilreligion« oder gar »Mythos« ist ein weit verbreiteter Topos in der Neuen Rechten (vgl. Pechel 2007; Weiß 2018). Ohne die Shoah damit direkt infrage zu stellen, wird die Aufarbeitung der Vergangenheit zu einem angeblich unumstößlichen »Dogma«, einer quasi-religiösen »Erlösungsgeschichte« verzerrt, die die Deutschen unterdrücke und an deren Deutung es nichts zu rütteln gebe. Diese Form der Erinnerung bedinge den deutschen »Identitätsverlust« (Weiß 2018: 145). Mit der Aufarbeitung des NSU bzw. neuerlichen rechtsterroristischen Anschlägen, so wird hier suggeriert, komme zu diesem vermeintlich unanfechtbaren Glaubensbekenntnis auch der von den Rechten aller Couleur verhasste Multikulturalismus hinzu.

Die Analyse der neurechten Deutungsmuster machen dabei zweierlei deutlich: Zum einen werden in der neurechten Auseinandersetzung mit dem NSU im Besonderen und dem gegenwärtigen rechten Terror im Allgemeinen bekannte Argumentationsmuster aus der geschichtspolitischen Agenda im

Umgang mit dem Nationalsozialismus reaktualisiert und wiederholt: Sowohl Relativierungs- und Bagatellisierungsstrategien bis hin zu revisionistischen Umdeutungen, Schuldabwehr, Selbstentlastung sowie die »rituelle [...] Kultivierung der eigenen Unschuld und des eigenen Opferstatus« (Salzborn 2017: 108) als auch die antisemitische Umkehr von Tätern und Opfern, die den Opfern unterstellt, Profit aus ihrer Verfolgung zu ziehen, gehören zu den zentralen Elementen neurechter Geschichtspolitik (vgl. Salzborn 2015). Der Geschichtsrevisionismus und die Schuld- und Erinnerungsabwehr der Neuen Rechten zielen folglich nicht mehr nur auf den Nationalsozialismus, sondern werden in ihrer aktuellen Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt, Mord und Terror fortgeführt.

Zum anderen liegt der gesamten Deutung des gegenwärtigen rechten Terrors das antisemitische Leitmotiv der Schuldabwehr zugrunde, die in der Aufarbeitung nationalsozialistischer – und in Folge auch neonazistischer – Morde und Verbrechen nur ein Mittel zur Erpressung, Denunziation und Ruhigstellung der (patriotischen) Deutschen sehen will. Insofern verbinden sich in diesem Argumentationsgang rassistische mit antisemitischen Diskursen.

Insbesondere Schuldabwehr- und Relativierungsnarrative, die um den Topos einer deutschen »Büßerhaltung« oder »Kollektivschuld« kreisen, stoßen auch außerhalb der rechtsextremen Szene auf offene Ohren und sind bis in weite Teile der Bevölkerung anschlussfähig (vgl. Salzborn 2020). Zuletzt haben die gehäuften Shoah-Relativierungen und antisemitischen Codes auf den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen gezeigt, dass der Diskurs dessen, was als sagbar gilt, bereits nach rechts verschoben wurde. Wer das Gedenken an die Opfer rechten Terrors vor Anfechtung schützen will, sollte daher auch diese Diskursverschiebungen nicht aus den Augen verlieren.

Quellen

- Bosselmann, Heino (2012): <https://jungefreiheit.de/kolumne/2012/der-nazi-als-projektionsfigur/> [07.04.2021].
- Bosselmann, Heino (2019): <https://sezession.de/61320/garzweiler-greta-vergebliche-warnungen> [07.04.2021].
- Hinz, Thorsten (2012): Wenn alle einer Meinung sind, in: *Junge Freiheit*, 46/12, S. 13.
- Junge Freiheit (2012): <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2012/verfassung-ohne-schutz/> [07.04.2021].

- Junge Freiheit (2015): <https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2015/ein-syste-m-schafft-sich-seine-nationale-opposition/> [07.04.2021].
- Junge Freiheit (2017): <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/hiera-rchisierung-der-opfer/> [07.04.2021].
- Kubitschek, Götz (2011): Der Dreck, der sich für uns interessiert, in: Sezession 45, S. 14-17.
- Lichtmesz, Martin (2011): <https://sezession.de/28908/du-bist-terrorist> [07.04.2021].
- Lichtmesz, Martin (2012): <https://sezession.de/30663/die-rituale-der-globalis-tischen-religion> [07.04.2021].
- Lichtmesz, Martin (2013): <https://sezession.de/38096/wer-sind-die-terroriste-n-2> [31.03.2021].
- Lichtmesz, Martin (2019a): <https://sezession.de/61356/mordfall-luebcke-sink-ende-hemmschwellen> [07.04.2021].
- Lichtmesz, Martin (2019b): <https://sezession.de/61650/was-der-anschlag-von-halle-bedeutet> [07.04.2021].
- Lichtmesz, Martin (2020): <https://sezession.de/62200/hanau-zweierlei-psych-osen> [07.04.2021].
- Paulwitz, Michael (2012): Der Neue Totalitarismus, in: Junge Freiheit vom 04.02.2012, S. 1.
- Paulwitz, Michael (2013): Statthalter der Sultane. Dass Gezerre um den NSU-Prozess offenbart erneut, dass Deutschland kein souveränes Land ist, in: Junge Freiheit vom 05.04.2013, S. 1.
- Scholdt, Günter (2012): Was darf Satire?, in: Sezession, 47, 38-41.
- Weidel, Alice (2020): <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2020/halte-n-wir-inne/> [07.04.2021].

Literatur

- Aftenberger, Ines (2007): Die Neue Rechte und der Neorassismus. Graz: Leykam.
- Bergmann, Werner (2007): ›Störenfriede der Erinnerung‹. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Klaus-Michael Bogdal/Klaus Holz/Matthias N. Lorenz (Hg.), Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart: Metzler, S. 13-35.

- Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.) (2007): Die Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden: Springer VS.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2018): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster: Unrast.
- Kellershohn, Helmut (1994): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg: DISS.
- Kellershohn, Helmut (2016a): Vorwort. In: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster: Unrast, S. 5-7.
- Kellershohn, Helmut (2016b): Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik, in: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster: Unrast, S. 92-106.
- Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.) (2016): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster: Unrast.
- Langebach, Martin/Raabe, Jan (2016): Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik Deutschland, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 561-592.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen: Leske & Budrich.
- Pfahl-Traughber, Armin (2017): Zeitschriftenporträt: Sezession, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 29/2017, S. 216-230.
- Pechel, Michael (2007): Das Geschichtsverständnis der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, in: Stephan Braun/Ute Vogt (Hg.), Die Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden: Springer VS, S. 95-115.
- Salzborn, Samuel (2015): Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015, S. 284-301.
- Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim: Beltz Juventa.
- Salzborn, Samuel (2018): Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland«. In: Samuel Salzborn (Hg), Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen, Baden-Baden: Nomos, S. 197-216.

- Salzborn, Samuel (2020): Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Stöss, Richard (2016): <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/229981/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik> [07.04.2021].
- Verein für demokratische Kultur (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (2019): https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/190313_mbr_Broschuere_Kulturkampf_Auflage2_Online.pdf [07.04.2021].
- Weiß, Volker (2015): Die ›Konservative Revolution‹ Geistiger Erinnerungsort der ›Neuen Rechten‹, in: Martin Langebach/Michael Sturm (Hg.), Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden: Springer VS, S. 101-120.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Weiß, Volker (2018): Rolf Peter Sieferles ›Finis Germania‹. Der Antaios Verlag und der Antisemitismus, in: Stefanie Schüler-Springorum für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung Band 28, Berlin: Metropol, S. 123-146.

München

Vier Jahrzehnte im Kampf gegen das Verdrängen und für die Perspektive der Überlebenden

Robert Andreasch

Der mörderische Brandanschlag auf das Wohnheim der israelitischen Kultusgemeinde 1970, die Geiselnahme an der israelischen Olympiamannschaft 1972, der Sprengsatz gegen den Radiosender AFN durch einen Aktivist der Wehrsportgruppe Hoffmann 1976, die Bombenexplosion auf dem Oktoberfest 1980, der tödliche Anschlag der Gruppe Ludwig 1984, zwei Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2001 und 2005, das rassistisch motivierte Attentat am Olympia-Einkaufszentrum 2016 – in München haben rechte und antisemitische Täter*innen in den vergangenen Jahrzehnten eine besonders furchtbare Blutspur gezogen. An die Taten und die Betroffenen wird vor Ort in sehr unterschiedlichem Ausmaß erinnert oder auch nicht.

41 Jahre ist der neonazistische Anschlag auf dem Oktoberfest nun her. Und genauso lang dauern die Kämpfe für Aufklärung und Erinnerung schon an.

Am 26. September 1980 legte der 21-jährige Student Gundolf Köhler, der seit seiner Jugend in neonazistischen Vereinigungen aktiv gewesen war, um 22.19 Uhr eine Bombe in einen Drahtgitterpapierkorb am Haupteingang zur Münchner »Wies'n«. Sie explodierte, als Köhler noch in direkter Nähe stand. Die Metallteile des Sprengkörpers und des Papierkorbs verstärkten die tödliche Wirkung. Zwölf Oktoberfestbesucher starben sofort oder in den folgenden Tagen, 221 wurden verletzt. Auch Köhler kam bei der Detonation ums Leben (vgl. Andreasch 2020: 33).

Bereits am Folgetag des Attentats, dem Samstag, 27. September 1980, hatte das Volksfest geöffnet, als sei nichts geschehen. Der Bombenkrater am Eingang war eilig zugespacht worden, keine 12 Stunden nach der Detonation der Bombe wurde in den vollen Festzelten wieder gefeiert. Die Angehörigen

der Toten und die Verletzten wurden damit in einer Zeit, in der sie die Solidarität und den Rückhalt der Gesellschaft hätten spüren müssen, brüskiert, ihre Gefühle komplett ignoriert. Die Frankfurter Rundschau wies damals auf den Unterschied zu den Reaktionen hin, die es in Bologna nach dem rechtsterroristischen Attentat auf den Bahnhof unmittelbar zuvor gegeben hatte: »Während in München das Oktoberfest beinahe so weitergeht, als wäre nichts gewesen [...] hatten sich in der italienischen Stadt sofort alle demokratischen Kräfte zu machtvollen und beeindruckenden antifaschistischen Demonstrationen zusammengefunden. Und um die Stelle des Attentats wurde wenigstens eine Absperrung aus Pietät gezogen.« (Arens 1980) In München verteilten einige Menschen Flugblätter an die Wiesnbesucher*innen: »Hier starben gestern Menschen! Wenn Sie noch Lust haben auf das Oktoberfest zu gehen, denken Sie daran, dass an der Stelle, an der Sie jetzt stehen, Kinder, Frauen und Männer zerfetzt wurden.«

Dem langen Nichthandeln von Stadt, Staat und Mehrheitsgesellschaft haben Linke, Antifaschist*innen und Teile der Betroffenen über 40 Jahre lang kontinuierlich politische Aktionen entgegengesetzt. Von Anfang an musste das Erinnern und Gedenken an das Oktoberfestattentat und die dabei Ermordeten gegen vielfältige Widerstände erkämpft werden. Am Rande der offiziellen Trauerfeier der Stadt auf dem Marienplatz trugen Antifaschist*innen am 30. September 1980 Schilder und ein Banner »Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande« mit sich. Die Staatsanwaltschaft München klagte später zwei von ihnen wegen Verstößen gegen das Versammlungs-gesetz an und vom Amtsgericht München wurden sie wegen des Vorwurfs, eine »unangemeldete Versammlung« durchgeführt zu haben sogar zu einer Geldstrafe verurteilt. Ebenfalls am 30. September 1980 kamen rund 1.500 Menschen zu einem Fackelzug unter dem Motto »Verbot aller faschistischen und neonazistischen Gruppen« der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) zusammen. Im Mai 1981 führte der bayerische Verfassungsschutz diese Aktion im Abschnitt »Linksextremismus« seines Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 1980 auf (vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern 1981: 39).

In der Berichterstattung hatten zunächst Beiträge über die Tat und den tatverdächtigen Gundolf Köhler dominiert. Einmal, am 29. September 1980, berichtete die Süddeutsche Zeitung in einem Artikel (»Ein riesiger Feuerball – und alles schrie«) über die Perspektive und das Leiden von vier der 221 beim Attentat Verletzten. Ein Jahr nach dem Attentat wurde im BR-Fernsehen eine Dokumentation ausgestrahlt, die entgegen ihrem optimistischen Titel »Jetzt

geht's schon wieder aufwärts« am Beispiel von drei Jugendlichen aufzeigte, welche schlimmen Auswirkungen der Bombenanschlag auf die Betroffenen hatte. Aktivist*innen der VVN/BdA brachten am 8. Mai 1981 an der Theresienwiese eine erste Gedenktafel für die Opfer des Neonazi-Attentats an. Die Stadt München ließ sie rasch entfernen, gegen den Opferverband stellte sie Strafanzeigen. Aktivist*innen des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD errichteten daraufhin im August an der Theresienwiese ein acht Tonnen schweres Steinmahnmal mit der Aufschrift »Dem Naziterror Einhalt gebieten! Wir gedenken der Toten von München«. Die Stadt München sorgte für einen Abtransport nach nicht einmal neun Stunden. An der Theresienwiese ließ sie stattdessen eine Gedenksäule aus Bronze errichten, die mit der Aufschrift »Zum Gedenken an die Opfer des Bombenanschlags von 26.9.1980« nicht nur nichts über die Hintergründe des Attentats verriet, sondern in der damaligen Version auch die Namen der Ermordeten verschwieg.

Zum ersten Jahrestag am 26. September 1981 organisierten linke Gruppen und Gewerkschaften eine Kranzniederlegung an der Theresienwiese und eine Demo durch die Münchner Innenstadt. Auf dem Marienplatz erinnerten sie mit einzelnen Tafeln an die Ermordeten, z.B. »Gabriele Deutsch, 18 Jahre, könnte heute noch leben ...«. In einem Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wurde an die Leiden der Betroffenen erinnert:

»Noch immer liegen Attentatsopfer im Krankenhaus. Elf von ihnen mussten die Beine amputiert werden, 177 haben Rentenanträge gestellt. Die Überlebenden haben noch heute die physischen und psychischen Qualen der Folgen des Attentats zu ertragen. Die ausländischen Opfer des Anschlags warten noch immer auf eine Entschädigung. [...] Bis heute sind die Hintergründe des Bombenanschlags nicht aufgeklärt, keiner der Hintermänner zur Rechenschaft gezogen worden. Die Sonderkommission zur Aufklärung des Attentats stellte Mitte des Jahres ihre Arbeit ein. Diese Politik der Verschleierung des faschistischen Terrors, die Version von der Einzeltäterschaft Gundolf Köhlers darf nicht hingenommen werden.«

Auch wenn meist Betroffene des Attentats in die Durchführung der jährlichen Gedenkfeiern von linken Gruppen und der DGB-Jugend einbezogen wurden, sind viele der Hinterbliebenen und ein großer Teil der Schwerverletzten in den Folgejahren doch aus dem Blickfeld geraten, zumal viele Betroffene nicht in München leb(t)en. Im Vordergrund der allermeisten politischen Aktionen in den vergangenen 41 Jahren stand der Skandal, dass die Behörden den politischen, rechten Hintergrund des Attentats beharrlich bestritten und nicht

nach möglichen Mittäter*innen oder Mitwisser*innen von Gundolf Köhler ermittelten. Hinzu kam die Wut über den Umgang mit rechter Gewalt und Terror: Die Ermordeten könnten vielleicht noch am Leben sein, wenn Staat und Gesellschaft nicht die Warnungen vieler Antifaschist*innen vor der rechtsterroristischen Gefahr allgemein und vor der Wehrsportgruppe Hoffmann im Besonderen in den Wind geschlagen hätten. »Wer die Täter*innen nicht sehen will, will auch die Perspektive der Opfer nicht sehen«, sagte Siegfried Benker, der geschäftsführende Vorstand des BEFORE e.V., im Herbst 2020 in einer Broschüre seines Münchner Vereins rückblickend. Insbesondere »das Ausblenden des politischen Hintergrundes des Täters« hätte »immense Auswirkungen auf die Opfer« gehabt, weil die »drängende Frage nach dem ›Warum‹, nach dem Motiv des Täters und dem Grund des eigenen Leidens« unbeantwortet geblieben sei (Beratungsstelle BEFORE 2020).

Zum zweiten Jahrestag, 1982, verbot die Stadt München eine politische Gedenkaktion auf dem Königsplatz u.a. mit der Begründung, es sei unzulässig, wie von den Initiator*innen geplant, eine Verbindung zwischen dem Wies'n-Attentat und neonazistischen Kreisen herzustellen. Die Veranstaltung wurde nach einem Rechtsstreit im Oktober 1982 nachgeholt. Zu den Redner*innen gehörten mit Ignaz Platzer, der beim Anschlag zwei Kinder verloren hatte, sowie Renate Martinez, die durch die Bombe schwer verletzt worden war, auch zwei Betroffene. Die Veranstaltenden stellten die Verbindung zu den Opfern anderer rechtsterroristischer Anschläge her und so traten auch die beim Attentat Helmut Oxners in Nürnberg am 24. Juni 1982 verletzten Ali Riza Kaygusuz und Yung ae Young ans Mikrofon.

Einige der Opfer nahmen den Kampf um Aufklärung nun in die eigene Hand. Im Januar 1983 gingen sechs Betroffene des Oktoberfestattentats und ihr Rechtsanwalt Werner Dietrich mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Sie forderten eine Wiederaufnahme der durch die Bundesanwaltschaft mittlerweile eingestellten Ermittlungen und beantragten ihrerseits Akteneinsicht. »Wir nehmen diese Anstrengung auf uns«, sagten die Betroffenen, »um beizutragen, anderen solch schmerzliche Erfahrungen zu ersparen, wie wir sie am eigenen Leib erleben mußten, und die wir in unserem Land vorher nicht für möglich gehalten hätten.« Man hoffe »auf die publizistische und materielle Hilfe weiterer engagierter Juristen, auf die breite Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit und auf Geldspenden«. Eine der damals schwer Verletzten, Claudia Z., schilderte im September 2020, wie die Betroffenen bei der Bewältigung des Geschehenen jedoch weitgehend alleingelassen wurden: »Am Anfang war das schon ein Thema. Aber nach einer relativ kur-

zen Zeit wollte das die Umwelt nicht mehr hören. Mit meiner Tochter konnte ich sehr viel darüber sprechen, auch mit meinem Mann, innerhalb der Familie, ja. Aber außerhalb war das kein Thema.« Im Juni 1984 lehnte der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eine Wiederaufnahme der Ermittlungen ab. Der Stadtrat verweigerte sich im selben Jahr der Idee eines Gedenkabends an der Wiesn mit früherem Betriebsschluss des Oktoberfests. Die antifaschistische Mahnwache am Mahnmal auf der Theresienwiese wurde schließlich von Neonazis gewalttätig angegriffen. Im selben Jahr hatten Neonazis der Gruppe Ludwig bei einem Attentat am 7. Januar in der Münchner Schillerstraße Corinna Tartarotti so schwer verletzt, dass sie im April 1984 verstarb. 30 Jahre lang wurde sie in der Stadt komplett vergessen und es sind Antifaschist*innen und Feminist*innen, die sich seit einigen Jahren für ein Erinnern einsetzen.

Ignaz Platzer, Renate Martinez, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, das Anti-Strauß-Komitee und der DGB organisierten zum fünften Jahrestag 1985 eine Mahnwache am Eingang des Oktoberfests unter dem Motto »Die Opfer könnten noch leben«. Die DGB-Jugend organisierte einen Fackelzug zur Theresienwiese und ließ bei einer gesonderten Veranstaltung den BR-Hörfunkjournalisten Ulrich Chaussy zum Thema »Der staatliche Umgang mit Neofaschisten« referieren. Vier Jahrzehnte lang gehörten sowohl Chaussy als auch die DGB-Jugend zu denjenigen Akteur*innen, die dem allgemeinen Vergessen des Skandals »Oktoberfestattentats« kontinuierlich entgegenarbeiteten.

Nach dem rassistischen Attentat von Hanau am 19. Februar 2020 wurde eine Kampagne unter dem Hashtag #saytheirnames populär, mit der die Ermordeten der Anonymität und dem schnellen gesellschaftlichen Vergessen entrissen werden sollten. Nicht die durch den Attentäter angestrebte »Auslöschung« der Person solle sich durchsetzen, sondern gerade die Nennung und Erinnerung in der Zukunft obsiegen. Varianten davon gab es auch schon in den Jahren nach dem Oktoberfestattentat: 1986 hängte Ignaz Platzer während einer städtischen Kranzniederlegung eine Tafel mit den Namen der Opfer an das Mahnmal. 1987 war ein Flugblatt des Arbeiterbunds mit den Porträts und Namen der beim Oktoberfestattentat Ermordeten illustriert. Der Text begann mit der Erinnerung »Hier an dieser Stelle, heute vor sieben Jahren, wurden sie von einer Bombe zerrissen.« Für die offizielle Stadtpolitik war das Gedenken zu dieser Zeit bereits nur noch ein Ritual. Die Abendzeitung kritisierte, dass die städtische Gedenkfeier im Münchner Rathaus ganze 28 Minuten gedauert habe, bevor sich der Stadtrat dann dem »Hofbräuhaus-Gelände, de[m] neuen Flughafen und Dachgeschoßausbau« gewidmet habe (Böhm/Huber 1990). Die

jährlichen kritischen linken Mahnwachen am Jahrestag des Attentats, noch dazu am Tatort (dem Haupteingang zur Wiesen), schienen zunehmend zu stören. 1991 versuchte die CSU-Stadtratsfraktion während des Oktoberfestes eine generelle Bannmeile um die Theresienwiese durchzusetzen, sodass »keinerlei politische Veranstaltungen, Informationsstände, Demonstrationen oder dergleichen während der Zeit des Oktoberfestes stattfinden können«, wie es im Antrag hieß. Gegen die Verteiler eines antifaschistischen Flugblattes, das zum Jahrestag des Wiesen-Attentats auch die Ermordung Jorge Góndais in Dresden sowie ein rechtsterroristisches Attentat im Münchner Ostpark 1991 thematisierte, stellte die CSU Strafanzeige wegen »Verunglimpfung des Staates« (§90 StGB). Es hatte u. a. die Passagen »Die Staatsorgane betrachten das Schlagen und Morden mit verschränkten Armen« und »Politiker gießen täglich Öl ins Feuer« enthalten. Zum 20. Jahrestag am 26. September 2000 bekamen die Betroffenen erstmals wieder etwas mehr Aufmerksamkeit. Wolfgang Görl veröffentlichte unter der Überschrift »Die falsche Zeit, der falsche Ort. Vor 20 Jahren explodierte die Bombe auf der Wiesen – für die Überlebenden ist es, als ob es gestern gewesen wäre« einen ausführlichen Bericht, in dem er die Schicksale einiger Hinterbliebenen und Verletzter schilderte und sie ausführlich zu Wort kommen ließ (vgl. Görl 2000).

Zehn Jahre später war das neonazistische Oktoberfestattentat bei vielen in Vergessenheit geraten. Im September 2010 beschrieb Annette Ramelsberger in der Süddeutschen Zeitung die Lage unter der Überschrift »Ein kollektives Trauma« wie folgt:

»Es spricht für das allgemeine Trauma, dass die Stadt das Attentat bis heute intensiv verdrängt, die Opfer an den Rand schiebt, selbst das Denkmal für sie spät und lieblos aufstellte wie eine lästige Pflichterfüllung. Die glänzende Stadt München bemühte sich sehr, den Einbruch des Grauens auf ihr liebstes Fest zu verdrängen.« (Ramelsberger 2010)

Wieso wurden die Betroffenen derart ignoriert? War das wirklich die Folge eines »allgemeinen Traumas«, waren wirklich »alle« traumatisiert worden? Der Anschlag war keiner rassistisch motivierten Opferauswahlstrategie gefolgt. Das Nichtwahrnehmenwollen der Betroffenen war, anders als zwei Jahrzehnte später bei der Mordserie des NSU, keine Folge der gesellschaftlichen oder institutionellen Rassismen. Eine Erklärung für die dennoch lange Verweigerung von Solidarität mit den Betroffenen könnte sein: Die Hinterbliebenen und Verletzten erinnerten durch ihr bloßes Dasein schon an die Gefahren rechter Ideologie, an die Bedrohung durch den rechten Terrorismus und eben

auch an die Untätigkeit von Staat und Gesellschaft. Sie störten den Konsens des allgemeinen Vergessens und mussten deshalb entnannt und ausgegrenzt werden. Vielleicht könnte man sogar in Anlehnung an Stuart Hall sagen, dass sie nicht wie die Angehörigen der vom NSU Ermordeten als »äußere Andere« konstruiert (und durch eine rassistische Täter-Opfer-Umdrehung exkludiert) wurden, sondern als »innere Andere« (ebenfalls) negativ wahrgenommen wurden (vgl. Hall 2004). Und sie sollten gerade deshalb auch bewusst vergessen werden. Die beim Attentat verletzte Claudia Z. schilderte im September 2020 rückblickend: »Wir sind unverschuldet einfach lustig auf der Wiesen gewesen. Wir haben keine Fehler gemacht und sind eigentlich bestraft worden.« (Beratungsstelle BEFORE 2020)

Dass die Betroffenen de facto aus der kollektiven Aufmerksamkeit ausgeschlossen wurden, hatte materiell katastrophale Auswirkungen auf sie. Die Münchner Beratungsstelle BEFORE für Opfer rechter Gewalt beschrieb es im Jahr 2020 so: »Die Realität vieler Betroffener [sei] in der Folge aber leider nicht von großzügiger Unterstützung und verständnisvoller Hilfe geprägt« gewesen; und:

»In der Praxis müssen und mussten Betroffene aber um die Übernahme kleinster Beträge kämpfen. Einige berichten von jahrelangen Widerspruchsprozessen bis hin zu Aussagen von Mitarbeiter*innen des Versorgungsamtes, dass sie sich nicht ihr ganzes Leben »darauf ausruhen« könnten, Opfer des Attentats zu sein [...] Das Vorgehen der zuständigen Behörden verstärkte über die lange Zeit von 40 Jahren hinweg, dass sich Betroffene nicht ernst genommen fühlten, nicht anerkannt in ihrem Erleben, ihren Leiden und den Folgen der körperlichen und seelischen Verletzungen.« (Beratungsstelle BEFORE 2020)

2010 setzte sich u.a. der Attentats-Überlebende Robert Höckmayr für einen Hilfsfonds ein: »Ich will Gerechtigkeit. Wenn ich jemanden bei einem Auto-Unfall verletze, zahlt die Versicherung. Für uns war niemand da.« In der öffentlichen Wahrnehmung war die Betroffenenperspektive sehr unterrepräsentiert. Der Überlebende Hans Roauer schilderte der Süddeutschen Zeitung seine Erfahrungen bei der städtischen »Gedenkstunde« im Jahr 2005. Im Artikel heißt es:

»Doch als Roauer an dem Ort ankam, der ihm bis heute Angst macht, da habe es für ihn und die anderen, oft schwerstbehinderten Attentatsopfer nicht einmal einen Sitzplatz gegeben, sagt er. »Nur die Honoratioren saßen hinter

der Absperrung, wir standen mitten in der Meute. Und dann die salbungsvollen Worte. Ich habe das nur fünf Minuten ausgehalten«, sagt Roauer.« (Riedel 2015)

Ungefähr ab dem Jahr 2010 waren die erneuten Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen zentral. Für diese wichtige Initiative engagierte sich u.a. auch der Betroffene Ignaz Platzer. 2014 errangen Rechtsanwalt Werner Dietrich & Co. ihr Ziel: 32 Jahre nach der Einstellung der Ermittlungen nahm die Bundesanwaltschaft die Untersuchungen wieder auf.

Im November 2011 enttarnte sich der rechtsterroristische NSU und seine Mordserie selbst. In München hatten die Neonazis Habil Kılıç (2001) und Theodoros Boulgarides (2005) ermordet. Ulrich Chaussy verfasste ein neues Kapitel für sein Buch und bezeichnete die »Geschichte des Oktoberfest-Attentats und der gescheiterten Aufklärung dieses Terroranschlages« als »Vorgeschichte« des NSU, als »einen lange schon bestehende[n] blinde[n] Fleck in der Wahrnehmung der Gefahren des Rechtsextremismus« (Chaussy 2014). 2016 ermordete David Sonboly neun Menschen bei seinem Attentat am Olympia Einkaufszentrum (OEZ). Es war nun aber die Stadtspitze, die in Zusammenarbeit mit den Hinterbliebenen ein Denkmal errichten ließ und drei Jahre lang engagiert gegen Verfassungsschutz und LKA ankämpfte, die die rassistisch und antiziganistisch motivierte Opferauswahl des Täters ignoriert hatten. Die DGB-Jugend bewarb ihre Gedenkveranstaltung zum 37. Jahrestag des Oktoberfestattentats nun mit einer opferzentrierten Sicht: »Im Mittelpunkt des Gedenkens sollen 2017 die Überlebenden stehen: Wie ist es ihnen ergangen? Wie geht es ihnen heute? Wie blicken sie in die Zukunft?« Im Folgejahr gestand die Stadtverwaltung erstmals den oft erniedrigenden Umgang mit eben jenen Überlebenden in den vergangenen Jahrzehnten ein. Im Durchgang zum Innenhof des Rathauses ließ sie eine Tafel anbringen, die mit dem Satz beginnt »Ihr unbeachtetes Leid mahnt uns zur Fürsorge«. Bis 2018 waren die Überlebenden nicht als Opfer einer politisch motivierten Gewalttat entschädigt worden. 2018 und 2019 bewilligte der Stadtrat je 50.000 Euro für einen städtischen Unterstützungsfonds. Die Mittel, so die Hoffnung, sollten zukünftig durch Gelder von Land und Bund aufgestockt werden. Claudia Z. berichtete im Herbst 2020 über die gewissermaßen neue Ära, die für die Betroffenen begann:

»Der Umgang ist auf einmal so positiv. Wir haben auf einmal Raum, wir dürfen sprechen, wir durften weinen, wir durften lachen. Das war so angenehm. Da sind Menschen, die hören zu, die nehmen das ernst, was du sagst, die

sehen dich nicht als Nummer, wie ich mir im Versorgungsamt immer vorgekommen bin« (Beratungsstelle BEFORE 2020).

Seit 2015 hatte die Stadtverwaltung mit Hinterbliebenen und Betroffenen, aber auch den Akteur*innen der jahrzehntelangen Erinnerungsarbeit die Ausstellung »Dokumentation Oktoberfest-Attentat« erarbeitet, die seit September 2020 in der Nähe des damaligen Tatorts an der Theresienwiese aufgebaut ist. Erstmals wurde ein Ort geschaffen, an dem Überlebende, Angehörige und Augenzeug*innen zu Wort kommen und die Hintergründe des rechten Terrorattentats ebenso erläutert werden wie der gesellschaftliche Umgang mit dem Anschlag in den 40 Jahren danach. Für die Erinnerung an die vom NSU in München Ermordeten steht eine adäquate Erinnerungsform noch aus. Kurz vor der Eröffnung der Dokumentation, im Sommer 2020, stellte der Generalbundesanwalt die Ermittlungen erneut ein, gleichzeitig hielt er jedoch erstmals eine »rechtsextremistische Motivation« der Tat als Ergebnis der Untersuchungen fest. Gundolf Köhler habe u.a. über eine Beeinflussung der Bundestagswahl im Oktober 1980 durch ein Attentat gesprochen. Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums kündigte an, die Opfer des Oktoberfestattentats nun entschädigen zu wollen. Bayern und der Bund stellten je 500.000 Euro zur Verfügung.

»Nach den Morden des NSU, der langen Leidensgeschichte von deren Betroffenen und Angehörigen, nach dem OEZ-Attentat und nach den Anschlägen von Halle und Hanau hat sich der Blick verändert«, fasste Siegfried Benker in der Publikation »Historische Verantwortung« von BEFORE diese Entwicklung zusammen (Beratungsstelle BEFORE 2020). Nach der Gedenkveranstaltung am 26. September 2020 analysierte auch Andrea Hübler (2020) in der Fachzeitschrift der rechte rand die veränderte Situation:

»Um Entwicklungen in der offiziellen Gedenkpoltik nachzuvollziehen, lohnt sich der Blick auf Reden des Bundespräsidenten – auf Anlässe und Inhalt. Bundespräsident Steinmeier sprach nicht nur zur Trauerfeier für die Opfer des Anschlags in Hanau, sondern lud die Angehörigen sechs Monate später in seinen Amtssitz zu einer Gedenkveranstaltung. Auch die Hinterbliebenen kamen in Hanau zu Wort, ebenso im September in München. Anlässlich des 40. Jahrestags des Oktoberfestattentats sprachen neben dem Bundespräsidenten, dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Münchner Oberbürgermeister vier Überlebende des Anschlags«.

Auch Hübler sieht in den Auseinandersetzungen über den NSU-Komplex einen Grund für den aktuellen Wandel:

»Vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes gewann die Suche nach Antworten in ungeklärten Fällen, das Einfordern von Wahrheit und Gerechtigkeit, die Fragen nach Motiven, Strukturen und Kontinuitäten an Bedeutung. Das ist ebenso wie das Anprangern der gesellschaftlichen Grundlagen seither untrennbar verbunden mit dem Gedenken an die Opfer und das Erinnern an die Taten.« (Hübler 2020)

Literatur

- Andreasch, Robert (2020): »Dulden, Leugnen, Entpolitisieren«, in: Das Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung 9.
- Arens, Roman (1980): »Wenige Stunden danach waren die Bierzelte wieder voll«, in: Frankfurter Rundschau vom 29.09.1980.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (1981): Verfassungsschutzbericht Bayern 1980, München.
- Beratungsstelle BEFORE (2020): »Historische Verantwortung«, München.
- Böhm, Angela/Huber, Thorsten (1990): »Gedenkfeier für Wiesn-Opfer: Stadtrat hatte keine Zeit«, in: Abendzeitung vom 27.09.1990.
- Chaussy, Ulrich (2014): »Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann«. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Görl, Wolfgang (2000): »Die falsche Zeit, der falsche Ort«, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.09.2000.
- Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des »Anderen«, in: In Stuart Hall (Hg.), Ideologie – Identität – Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument.
- Hübler, Andrea (2020): »Gedenken an Opfer rechter Gewalt in Deutschland«, in: der rechte rand 187.
- O.A. (1980): »Ein riesiger Feuerball – und alles schrie«, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.09.1980.
- Ramelsberger, Annette (2010): »Ein kollektives Trauma«, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.09.2010.
- Riedel, Katja (2015): »Schweres Erbe. 35 Jahre nach dem Oktoberfestattentat verändert sich langsam der Umgang mit dem Terroranschlag«, in: Süddeutsche Zeitung vom 26./27.09.2015.

Die mittleren Ebenen müssen fokussiert werden!

Franz Knoppe

Dass das Gras, das über den NSU-Komplex wächst, ausgegraben wird, war mein Ziel. Mit Beginn des NSU-Prozesses in München am 6. Mai 2013 haben wir damit begonnen, in der Frühlingsstraße 26, in Zwickau, dem letzten Unterschlupf des NSU, wo bis heute nichts an die Verbrechen des NSU erinnert. Bis heute lernen Schüler und Schülerinnen an Schulen in Sachsen nichts über die Folgen und Wirkungen des NSU-Komplexes. Viele Kunstaktionen, Theatertreffen, Ausstellungen und Tribunale später ist in Sachsen die Forderung nach einem NSU-Dokumentationszentrum im aktuellen Koalitionsvertrag aufgenommen. Das Bewusstsein ist gewachsen, das der NSU kein Ausreißer war, sondern ein Versagenssymbol im Umgang mit Rechtsterrorismus in Deutschland. Die zunehmende Aufarbeitung um den NSU-Komplex macht die Leerstellen unserer Gesellschaft sichtbar. Zu wenig sind die Auswirkungen des Terrors, den dieser in den migrantischen Gemeinschaften angerichtet hat, in Sachsen sichtbar. Zu wenig wird in Sachsen verstanden, was institutioneller Rassismus in staatlichen und nicht staatlichen Organisationen für negative Wirkungen entfaltet. Zu wenig sind zivilgesellschaftliche Akteure, Verwaltungen, Polizei, Wissenschaft und Kulturakteure zwischen Ost und West verknüpft. Zu wenig werden migrantische Perspektiven einbezogen. Zu wenig werden internationale Stimmen berücksichtigt. Rechtsextreme Diskurse wirken global. Akteure, die demokratiestärkende Narrative voranbringen, arbeiten oft lokal und regional.

Die gesellschaftlichen Gründe, die dazu geführt haben, dass der NSU in Chemnitz und Zwickau untertauchen und von dort bundesweit morden konnte, sind bekannt. Hier fühlte man sich wohl, unbeobachtet, unterstützt und verstanden. Nicht alle haben unterstützt. Aber zu viele haben weggesehen oder sogar aktiv mitgeholfen.

Doch das Versagen ist vielfältiger. Im Zuge unserer Aufarbeitung hat eine wissenschaftliche Einrichtung sich nicht getraut, eine Ausstellung

zu zeigen, die den Verfassungsschutz kritisiert. Erst nach Intervention der Wissenschaftsministerin wurde sie dann doch gezeigt. Nach einem Sprengstoffanschlag auf eine Kultureinrichtung in Chemnitz, während des Theatertreffens »Unentdeckte Nachbarn«, das anlässlich des fünften Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU stattfand, war das Schweigen besonders laut aus den beteiligten Städten in Sachsen zu vernehmen. Man könnte jetzt noch von den Fällen erzählen, wo nach einer Messerattacke auf ein Demokratieprojekt die Polizei nicht kam, um zu schützen. Die Liste würde lang werden.

Das Fazit bleibt dasselbe: Die Entscheider*innen ohne Haltung auf der mittleren Ebene haben großen Anteil daran, dass rechter Terror in unserer Gesellschaft wächst. Diesen Mittelbau müssen wir fokussieren und darüber informieren, warum die Verbrechen des NSU kein Einzelfall sind. Wir müssen die Muster erklären und Menschen, die betroffen sind, sprechen lassen und einbeziehen. Narrative stärken, die demokratiefördernd sind, und Netzwerke bilden, die zwischen den Perspektiven verbinden, sowie Anlässe schaffen, an denen Betroffenenperspektiven von breiten Zielgruppen gehört werden. Es wird nie einen Schlusstrich geben, aber es wird Erfolge geben. In Sachsen wäre es der erste Spatenstich für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex, in dem die nächsten Generationen lernen können, ihre Gesellschaft besser zu gestalten.

*Franz Knoppe betreibt seit 2013 Aufarbeitung zum NSU-Komplex mit kulturellen Mitteln. Er hat die Grass Lifter gegründet, eine Künstler*innengruppe, die in Zwickau die Aufarbeitung des NSU einforderte, und organisierte das Theatertreffen »Unentdeckte Nachbarn« anlässlich des fünften Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU. Als Vorstand des ASA-FF e.V. bringt er erinnerungspolitische Projekte zum NSU voran. Mittlerweile arbeitet er für das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung als Referent für Grundsatzfragen Demokratie und ist dort für die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Sachsen zuständig. Dieser Beitrag gibt seine private Meinung wieder.*

Kämpfe um den rechten Terror von der Kölner Keup- zur Jenaer Johannisstraße

Oder: Wie aus Wasser Joghurt wird

Matthias Quent im Gespräch mit Mitat Özdemir und Katharina König-Preuss

Mitat Özdemir kam in den 1960er-Jahren als Jugendlicher zum Arbeiten aus Çorum nach Köln, wo er immer wieder mit Rassismus konfrontiert wurde. Als Vorsitzender der Interessengemeinschaft Keupstraße und in der Initiative Keupstraße ist überall musste er miterleben, wie die am 9. Juni 2004 gezündete Bombe des NSU nicht nur 22 Menschen teilweise schwer verletzte und Geschäfte verwüstete, sondern auch, wie die Bewohnerschaft einer ganzen Straße diskriminiert, verurteilt und kriminalisiert wurde. Katharina König-Preuss erlebt seit den 1990er-Jahren in Jena rechte Gewalt und Ausgrenzung gegen jene, die sich gegen Nazis engagieren: insbesondere in der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der zentralen Johannisstraße. Als Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE hat sie sich parteiübergreifend den Ruf einer gründlichen und rückhaltlosen Aufklärerin erarbeitet. Niemand kennt sich in den Netzwerken und Strukturen der Thüringer Neonaziszene so gut aus wie sie. Die beiden lernten sich durch den NSU-Komplex kennen und schätzen. Matthias Quent spricht mit ihnen über ihre Erfahrungen zu unterschiedlicher Zeit und in unterschiedlichen Städten, über Vertrauen in die Polizei und warum beide trotz vieler Enttäuschungen hoffnungsvoll bleiben.

MITAT ÖZDEMİR: Ich möchte mich einer Geschichte beginnen – von einem Mann, der »Nasreddin Hodscha« heißt. Er saß immer verkehrt herum auf einem Esel und ritt verkehrt. Irgendwann machte der Nasreddin Hodscha etwas an einem See und alle Menschen, die drum herum waren, wurden neugierig und sagten: »Hodscha, was machst du denn da?« Er sagte: »Ich versuche, im See Joghurt zu machen.« Da sagten sie: »Das geht doch nicht – das ist doch nicht Milch! Das ist doch Wasser.« Und er antwortete: »Ja, ich versuche es aber.« Daraufhin sie: »Hodscha, bist du verrückt, das geht

nicht.« »Haha«, sagt er, »ich weiß, das geht nicht. Aber wenn es klappt, dann habe ich richtig viel!«

MATTHIAS QUENT: Das ist eine schöne Metapher – dieses Bild für das Gefühl, etwas zu tun, was eigentlich unmöglich ist. Ist das etwas, das Dich in deinem Leben begleitet hat?

MITAT ÖZDEMİR: Ja. Absolut. Es schien mir von Anfang an, dass viele Sachen schwer sind. Aber ich musste es versuchen, sowohl in der Türkei als auch später in Deutschland. Diese Einstellung hat mir sehr viel Kraft gegeben: unmögliches zu versuchen. Es hat in meinem Leben viele Enttäuschungen gegeben, Niederlagen, aber ich habe immer versucht, weiterzugehen. Und jedes Mal, wenn ich etwas nicht geschafft habe, dachte ich: »Es gibt noch Schlimmeres.«

MATTHIAS QUENT: Katharina, Du versuchst auch regelmäßig, aus dem Saalewasser Joghurt herzustellen, oder?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS (lacht): Naja, die große Hoffnung bleibt, dass es doch gelingt: einen breiten Widerstand oder eine Gesellschaft zu erreichen, in der Rassismus, Antisemitismus und rechte Strukturen keine Chance haben oder zumindest auf Widerstand und Empörung stoßen. Das ist nach fast 30 Jahren tatsächlich ein bisschen wie Joghurt aus Wasser machen.

MATTHIAS QUENT: Kommen wir vom Metaphorischen zum Konkreten: Bitte stellt Euch für die Leser:innen vor. Der Ausgangspunkt hinter unserem Gespräch ist: Ihr seid – oberflächlich betrachtet – unterschiedlich und habt trotzdem viele Gemeinsamkeiten, die Euch und uns auch miteinander in Kontakt gebracht haben.

MITAT ÖZDEMİR: 1948 wurde ich in der türkischen Provinz Çorum geboren, zwischen Ankara und dem Schwarzen Meer. Ich machte eine Ausbildung zum Schlosser und Dreher, ähnlich einem dualen Studium. Damit hatte ich auch die Hochschulreife in der Türkei. Aber es waren wirtschaftlich und politisch keine stabilen Jahre in der Türkei. Ich hatte meine Ausbildung hinter mir, wollte studieren und das war nicht möglich. Mein Vater sagte, ich sollte nach Deutschland und später, so der ursprüngliche Plan, als Maschinenbau-Ingenieur in die Türkei zurückzukehren. Doch daraus wurde nichts und 1966 kam ich nach Köln – doch nicht als Student, sondern als

einfacher Montage-Arbeiter. Ich war der Jüngste im Transport und reiste mit dem Zug durch mehrere Länder, die ich mir vorher nie erträumt hätte. Das war sehr aufregend. Und als ich durch die Länder des Ostblocks fuhr, fiel mir auf, dass da Frauen auf der Straße, im Straßenbau arbeiteten. Frauen, die wie Männer normal arbeiten. Dann erreichten wir München und wurden von da aus verteilt. Wir kamen, wahrscheinlich 150, 200 Leute, mit einem anderen Zug nach Köln in der Nacht am Bahnhof an. Weiß bekleidete ältere Damen gaben uns aus einem Karton Brot und Käse und schwarze Brühe. Das sollte Kaffee sein. Ich habe Kaffee anders kennengelernt, aber das sollte Kaffee sein. Die Damen standen ordentlich da, wie Soldaten, und waren nicht gesprächsbereit. Ich bedankte mich auf Türkisch. Und dann in der Nacht kamen wir in ein Wohnheim, in der Ecke lief Schwarz-Weiß-Fernsehen. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich einen Fernseher. Der Heimleiter, groß und blond, erzählte uns, dass wir alle zu Ford gehen würden. Ich arbeitete erst am Ford-Fließband, dann an einer Kolbenmaschine, acht Stunden. Das war meine Arbeit: eine große Enttäuschung. Ich wollte etwas anderes machen. Irgendwann war ich an der Maschine und der Meister wollte, dass ich die Stückzahl erhöhe. Als ich da anfing, schaffte ich 74, später 130. Ich wurde krank, an den Organen war nichts, nur Erschöpfung. Drei, vier Tage war ich im Krankenhaus, die Woche darauf musste ich wieder arbeiten. Aber so hatte ich mir das nicht vorgestellt – nur im Wohnheim und dann zur Arbeit. Wenn wir einkaufen gingen, sprach nicht mal die Kassiererin mit uns. Wir waren immer unter uns und alle nervös. Wir konnten uns irgendwann auch gegenseitig nicht mehr ertragen.

MATTHIAS QUENT: Waren die deutsche Geschichte, die Präsenz von Nazis und von Rassismus bei Euch damals Thema?

MITAT ÖZDEMİR: Wir haben uns nicht mit solchen Sachen beschäftigt, wir mussten uns erstmal orientieren in dieser Gesellschaft. Es war ein neues Land, eine neue Welt für uns – von der Ernährung bis zur Sprache usw. 1969, 1970 fing es dann an.

MATTHIAS QUENT: Wir kommen gleich darauf zurück. Aber zunächst möchte ich Katharina bitten, sich vorzustellen.

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Ich bin 1978 in Erfurt geboren. Meine Familie war bereits in Erfurt in der sogenannten Bürgerrechtsopposition gegen die DDR.

Mein Vater hat Theologie studiert und seine erste Pfarrstelle war dann in Merseburg in Sachsen-Anhalt und da ging dieses Oppositionelle in unterschiedlichen Formen weiter und die Kirche bot ihm dann eine Stelle an als einem der Akteure der im Nachhinein so bezeichneten Friedlichen Revolution. Nach der Wiedervereinigung gab es dann zwei Jobangebote: Berlin und Jena und nach Jena gab's schon eine Verbindung über alte Freunde und die Studienzeit. Wir sind als Familie 1990 nach Jena gezogen. Mein Vater übernahm die JG-Stadtmitte, meine Mutter arbeitete später als Sozialarbeiterin. Ich erlebte 1991 oder 1992 den ersten Übergriff von Neonazis auf Freunde von mir mit und wurde 1992 oder 1993 selbst das erste Mal zusammengeschlagen. Ab dem Moment war das Thema dauerhaft präsent. Ich kann mich nur an eine Phase ohne Nazis erinnern: Das ist die Zeit 1998/1999, als ich in Israel war. Ich studierte erst semitische Philologie und Islamwissenschaften, als ich aus Israel zurückkam. Das Studium habe ich nicht beendet. Ich ging dann in die Berufsakademie, studierte Soziale Arbeit und arbeitete währenddessen in der JG-Stadtmitte. Bis 2009 war ich sowohl in der offenen Jugendarbeit als auch in der Straßensozialarbeit aktiv und wurde dann von der Linkspartei gefragt, ob ich für sie in den Landtag will. Nach längerem Nachdenken nahm ich an. Und dann kam der 4. November 2011, als Mundlos und Böhnhardt im Wohnmobil gefunden wurden. Dann ging alles los: Untersuchungsausschüsse, Recherche, Aufarbeitung, Aufklärung und und und. Und natürlich viel Rückerinnerung an die 90er-Jahre in Jena, an die eigenen Erlebnisse, die vielen Geschichten von Antifaschist*innen der 90er-Jahre zu Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, aber auch zu Wohlleben, Kapke und den ganzen Leuten, die man heute als NSU-Komplex im weitesten Sinne bezeichnet. Bis 2019 liefen die zwei Untersuchungsausschüsse zum NSU und das war schon meine Schwerpunktarbeit über acht Jahre hinweg. Und das hört nicht auf – auch unabhängig vom Untersuchungsausschuss gibt es in Thüringen genügend Probleme mit Neonazis. Das ist sehr prägend für mich, zumindest in meinem bisherigen Leben.

Ansonsten wohne ich in Jena und freue mich, das klingt immer so verrückt, aber dass dieser NSU-Komplex auch so einige, verrückterweise doch positive Momente hat – zum Beispiel Mitat kennengelernt zu haben oder Semiya Şimşek oder Gamse Kubaşık. Es geht mir nicht darum, irgendwas positiv zu reden, aber ich glaube, Mitat und ich würden uns ohne den NSU-Komplex nicht kennen.

MATTHIAS QUENT: Der NSU-Komplex, trotz aller Unterschiede in Euren Hintergründen und Entwicklungen, verbindet Euch. Mitat, wie hat diese politische Dimension für Dich angefangen?

MITAT ÖZDEMİR: Ich habe 1969 oder 1970 gemerkt, was in Deutschland los ist. Aber bereits vorher erlebte ich einige Sachen, bei denen ich erst später merkte, worum es ging. Wir kamen im August 1966 in Köln an, im Februar 1967 wollten wir uns den Karneval ansehen. Ich stellte mich irgendwo allein an eine Mauer und der Umzug fuhr vorbei und die Menschen waren fröhlich. Dann kam ein betrunkenener junger Mensch, vielleicht zwei, drei Jahre älter als ich, auf mich zu und schubste mich. Ich ging weg, er kam hinterher und schimpfte mit mir. Ich stellte mich ganz weit von ihm weg, aber er kam wieder. Und irgendwann schubste ich ihn zurück und sagte: »Lass mich in Ruhe.« Er ging weg und kam nach zehn Minuten mit mehreren Jugendlichen mit Ketten zurück; rechtsradikale Typen würde ich heute sagen. Der Typ schimpfte mit mir, ob ich ihn eben erwürgen wollte oder prügeln. Ich wusste nicht, was diese Jungs von mir wollten. Aber sie schaukelten schon diese Ketten und näherten sich mir, ich hatte große Angst und wusste gar nicht mehr, was ich machen soll. Ich dachte, jetzt bist du erledigt. Ich war enttäuscht vom Karneval, denn keiner kümmerte sich. Ab und zu mal gingen Leute vorbei an diesen Jugendlichen, die mich mit dieser Kette schlugen, und einige lachten und schupsten mich immer hin und her. Irgendwann kam dann einer, der auch verkleidet war, und hielt sie zurück. Dann hörten sie auf und waren weg. Er hat mich gerettet. Das war mein erster großer radikaler Angriff – und diese rassistische Haltung, das war ein Schock meines Lebens, in Deutschland, in Köln. Warum, was wollten die von mir? Ich hatte ja nichts gemacht, ich schaute nur den Karneval, die neue Kultur an.

Irgendwann hatte ich Zahnschmerzen und ging zu einem Zahnarzt. Ein Zahn hatte Karies und musste gefüllt werden. Der Zahnarzt schimpfte mit mir. Ich weiß nicht, warum. Soweit konnte ich ihn aber verstehen, dass er auf seine Geräte zeigte und sagte, dass es in der Türkei so was nicht gibt, ich müsse doch froh sein, dass es hier so etwas geben würde. Ich hatte Schmerzen und er sagte, ich sollte froh sein, in Deutschland zu sein. Es gab viele solche Situationen damals in Köln. Beispiel Kneipen: Ich wollte in eine Kneipe gehen, nicht weit vom Wohnheim. Alle Jugendlichen konnten sich in Kneipen aufhalten, trinken, tanzen usw. Und dann irgendwann ging ich mal hin und es stand groß an der Tür: Türken dürfen nicht rein. Und unten, klein geschrieben: Hunde dürfen auch nicht rein. An der gleichen Tür. Und da wusste

ich nicht mehr weiter. Enttäuschung. Aber Enttäuschung nicht in dem Sinne, dass mich das runtergezogen hat. Ich habe Kraft gebildet. Aber dann war ich an einem Unfall beteiligt mit einem älteren Deutschen. Die Polizei kam und der Polizist sprach die ganze Zeit mir ihm, nicht mit mir. Ich sagte, dass ich auch etwas dazu sagen möchte. Und er guckte mich erst so an, von der Seite, und sagte: »Halt den Mund! Euch muss man alle hier raus jagen.« Dann sprach er weiter mit dem anderen und sie einigten sich darauf, was ich falsch gemacht haben sollte.

MATTHIAS QUENT: Sagte das der Polizist oder der Fahrer?

MITAT ÖZDEMİR: Der Polizist. Das war für mich das, was mich am meisten innerlich bewegt hat: Ein Polizist, der mir sagt, man solle uns alle rausjagen aus Deutschland. Ich wurde als schuldig befunden, obwohl ich gar nichts sagen durfte. Ich schluckte das alles runter.

1972, 1973 lernte ich Deutsch. Dieses rassistische Verhalten ermutigte mich dazu, mehr Deutsch zu lernen, obwohl ich in Fremdsprachen nicht begabt war, aber ich zwang mich immer dazu: Lerne etwas, sonst kommst Du nicht weiter. Mein Vater schrieb, ich soll studieren und als Ingenieur in die Türkei zurückkommen. Aber dort gab es eine große Unterdrückung. Wir waren Aleviten in der Türkei, in einer Zeit, als sich Aleviten verstecken mussten. Dann kam ich nach Deutschland und musste auch im Wohnheim vor den Bewohnern meine Identität verstecken. Aber auf der Straße konnte ich mich nicht vor rassistischer Unterdrückung verstecken. Damit lebte ich, bis es bei Ford einen Streik gab. Ich glaube, das war für mich eine große Wende. Der Streikführer, das Megafon in der Hand, verlangte mehr Geld und zwei Wochen Urlaub usw. Ich fragte mich zuerst, was er da machte, aber dann sah ich die Leute, die auf die Straße gingen und alle hörten ihm zu. Ein Streik, wenn etwas ungerecht ist! Das hat mir sehr geholfen. Langsam baute ich darauf meine Kraft auf und fing an, politisch aktiv zu werden.

MATTHIAS QUENT: Katharina, Du kommst aus einem rebellischen Haushalt. Hattest Du auch so ein Erlebnis, das Dir das Gefühl gegeben hat, es macht einen Unterschied; ich kann meine Stimme erheben?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Ich weiß nicht, ob es so ein Erlebnis gibt. Ich glaube, was zumindest so in meiner Jugend und heute auch noch feststellbar ist: Was hilft und Kraft gibt ist das Gefühl, nicht alleine zu sein, sondern in Ge-

meinschaft, dass es zu mindestens eine kleine Gruppe oder vielleicht auch eine größere Gruppe gibt, mit denen man Übergriffe oder Neonaziaktivitäten gemeinsam bearbeitet, mit denen man gemeinsam auf eine Demonstration fährt oder sogar eine Demonstration organisiert. Wenn in der Jugendzeit eine Sache durchweg Kraft gegeben hat, neben der Familie, dann definitiv die JG-Stadtmitte als Ort und Möglichkeit des Zusammenkommens von Menschen, die sich nicht einer damals schon vorhandenen rassistischen, rechten Mehrheitsposition oder auch Gleichgültigkeitsposition unterworfen hatten. Das Schlimme in den 90ern war vor allem die Gleichgültigkeit.

MATTHIAS QUENT: Du hast die Angriffe erwähnt, die Du erlebt hast in Deinem Umfeld. Was sind Dir da noch für Situationen präsent?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Die Situationen, die mir selbst widerfahren sind, haben nicht direkt mit Rassismus zu tun. Also ich bin nicht von Rassismus betroffen. Ich habe allerdings Situationen mitbekommen, wo Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zusammengeschlagen wurden. Eine ganz schlimme Situation: Ein Freund meiner Eltern, der aus der Republik Kongo geflüchtet war, und den sie im Asylverfahren begleiteten, meldete sich ein paar Tage nicht. Anfang der 90er-Jahre hatten vielleicht einige schon Handys, aber in Ostdeutschland musste man zum Teil froh sein, wenn man ein Telefon hatte. Meine Eltern fuhren nach zwei oder drei Tagen zu ihm nach Lobeda. Er lag blutend in seiner Wohnung. Eine Gruppe von Nazis hatte ihn in einem dieser Neubaublocks abgefangen und an der Wohnung zusammengeschlagen. Es hat eigentlich jede Woche weitere ähnliche solcher rassistischen Übergriffe gegeben. Ich wurde mit 14 oder 15 das erste Mal zusammengeschlagen, wahrscheinlich, weil ich die Tochter von Lothar König bin, keine Ahnung, ich weiß nicht mal, was der Grund gewesen ist oder der Auslöser. Da wurde ich, von einem Fußballspiel kommend, auf dem Rückweg plötzlich festgehalten von zwei männlichen Neonazis, die ein paar Jahre älter waren, und von einer Freundin von Beate Zschäpe erst in den Magen und dann ins Gesicht getreten. Klar, das tat in dem Moment und auch noch einen Tag später wahnsinnig weh und es gab eine Narbe und ähnliches mehr, aber das eigentlich Schlimme waren die Leute, die vorbei gegangen sind – diese Gleichgültigkeit. Dann habe ich mehrere organisierte Angriffe auf die JG-Stadtmitte erlebt. Einmal schleiften sie meinen Vater am Bart, an den Haaren den Flur entlang auf die Johannisstraße, traten und schlugen auf ihn ein. Eine andere Situation, als ich nachts nach Hause wollte und meine Mutter sich von mir verabschiedete

te und es kamen Leute vorbei, die sagten: »Euch müsste man vergasen, Ihr seid Abschaum.« Irgendjemand in der JG bekam das mit und mein Vater und ein paar andere Leute kamen dazu und dann sind die Nazis wieder auf meinen Vater drauf und verletzten ihn massiv. Er hat seitdem die große Narbe am Auge. Eine Freundin von mir, die vom Geigenunterricht nach Hause ging, wurde von Neonazis abgefangen, ihre Geige wurde zerstört und brennende Zigaretten im Dekolleté ausgedrückt. Dann Leute aus der JG, ich denke, das war schon 1992 oder 1993, denen mit Baseballschlägern auf die Köpfe und die Oberkörper geschlagen wurde. Die hätten tot sein können. Es war bekannt, dass dienstags immer ein Treffen in der JG war und das wussten auch die Nazis und dann waren sie ab einer bestimmten Uhrzeit in Autos unterwegs, bewaffnet, um zu warten, bis die Leute nach Hause gingen; es gab Leute, die sich stundenlang in irgendeinem Keller oder Gebüsch versteckten und versuchten, möglichst nicht laut zu atmen, weil die Nazis unterwegs waren und suchten.

MATTHIAS QUENT: Wo war die Polizei?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Keine Ahnung. Die sind nicht gekommen. Es gab einmal einen Angriff auf die JG, da war ich mit meinen Brüdern im Vorderhaus in der Dienstwohnung meines Vaters. Mein Vater war nicht da und wir hörten einen Wahnsinnskrach. Wir schauten aus dem Fenster und sahen einen Mob von 50 bis 100 Leuten, der uns Angst machte. Das Tor war abgeschlossen und die Nazis versuchten, Sachen reinzuschmeißen und das Tor aufzukriegen. Wir riefen die Polizei, aber die kam nicht. Irgendwann kam mein Vater mit so einem ganz alten VW-Bus zurück von seiner Veranstaltung und er fuhr mit dem Bulli einfach auf die Nazis zu, um sie auseinanderzutreiben – wie Zombies. Bei mir ist das Zombie-Bild immer noch im Kopf. Die Polizei kam meiner Erinnerung nach nicht. Auch nachdem ich zusammengeslagen wurde, ging ich zur Polizei und erstattete Anzeige, doch es passierte nichts. Freunde und Bekannte von mir, die nachts gejagt wurden, erzählten, dass sie zur Polizei rannten und versuchten, in der Polizeistation Schutz zu suchen und dass sie rausgeschickt wurden. Die Polizei sagte ihnen: »Wir sind hier so braun wie die Tür.«

Das ist aber etwas, was bei mir bis heute nachwirkt. Ich habe kein Vertrauen in die Polizei. Ich habe kein Vertrauen, dass mich staatliche Strukturen schützen. Woher soll das Vertrauen kommen? Und noch mal mehr vor dem Hintergrund, was man jetzt mitbekommt mit den sogenannten Einzelfällen

– die ganzen rassistischen Sachen in der Polizei, NSU 2.0, Datenweitergabe und und und. Ich habe ein paar Polizisten kennengelernt, die okay sind und dann merke ich, dass mein Schwarz-Weiß-Denken nicht funktioniert. Aber ich habe kein Vertrauen in die Struktur Polizei. Da ist zu viel kaputt gemacht worden und ich glaube nicht nur bei mir.

MATTHIAS QUENT: Mitat, hast Du Vertrauen in die Polizei?

MITAT ÖZDEMİR: Von Vertrauen kann ich nicht sprechen nach allem, was ich erlebt und gesehen habe. Jetzt soll niemand kommen mit Vergleichen mit der Türkei! Das höre ich immer, wenn ich sage, dass ich kein Vertrauen in Polizisten oder Polizei oder diese Struktur hier habe. Dann werden mir sofort Vorwürfe gemacht und gefragt, was in meinem Land los sei? Doch was interessiert mich die Türkei? Aber dadurch bin ich gehemmt – wenn ich davon frei wäre, dann würde ich es genauso sagen wie Katharina. Wenn es hart auf hart kommt, wenn es um etwas geht, dann können die wie ein Drachen werden. Es gibt vorn eine schöne Fassade, klar, und ich schließe auch einzelne Polizisten oder einzelnes Vorgehen aus. Aber hinter der Fassade ist es anders, gefährlich.

MATTHIAS QUENT: Wie müsste denn für Euch eine Polizei oder eine Behördenstruktur aussehen, der Ihr vertrauen könnt? Und was müsste passieren, damit Ihr Vertrauen gewinnen könnt?

MITAT ÖZDEMİR: Da komme ich jetzt zum großen Ereignis in der Keupstraße. Es hieß immer, es würde lückenlos aufgeklärt werden. Was ist davon aufgeklärt worden? Gar nichts. Für viele Menschen war das gerichtliche Vorgehen in München ein Schlag ins Gesicht. Mag sein, dass viele Sachen okay waren, einige Strafen usw. Für mich war es aber nicht mal ein Bruchteil von dem, was ich erwartet habe. Wenn es wirklich so gewesen wäre, wie ich erwartet hätte, wären der Hintergrund, die Hintermänner, die ganze Struktur auseinandergenommen worden – für dieses Land und für Demokratie – so wie es versprochen wurde. Bis jetzt habe ich in meinen ganzen Jahren in Deutschland immer wieder rassistisches Benehmen gegenüber Migranten erlebt und immer wieder wird erzählt, das seien Einzelfälle. Aber es ist ja gar nicht so.

MATTHIAS QUENT: Katharina, was müsste passieren, damit Du Vertrauen gewinnst?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Ich glaube, bei mir ist es zu spät. Das eine sind die Erfahrungen aus den 90er- und frühen 2000er-Jahren. Dann kommt noch eine ganz andere Erfahrung dazu, nämlich der Dresden-Prozess gegen meinen Vater, in dem Polizeibeamte vor Gericht nachweisbar gelogen haben und in dem nachgewiesen wurde, dass Polizeibeamte Videos manipuliert haben, um ihn ins Gefängnis zu bringen. Der Prozess endete mit Einstellung, weil wir die manipulierten Vorwürfe widerlegen konnten, weil wir Videobeweise hatten, die die Lügen der Polizei und das manipulative Videos-Zusammenschneiden nachweisen konnten. Es wurden Videoparts rausgeschnitten aus ihrem Material, um ihn zu belangen, um ihn ins Gefängnis zu bringen, und da ging es immerhin um eine mögliche Verurteilung von mehreren Jahren.

Wie soll da je wieder Vertrauen entstehen? Vielleicht wäre es anders, wenn die Polizei diejenigen, die angegriffen wurden, in den 90er-Jahren ernst genommen hätte. Und auch diejenigen, die anfangen, sich zu bewaffnen. Ich hatte auch irgendwann eine Schreckschusspistole, um mich im Fall der Fälle wehren zu können. Aber die Polizei hat uns nicht ernst genommen. Das nimmt nichts davon, dass ich an unterschiedlichen Stellen das, was die Polizei macht, richtig und gut finde – beispielsweise die Durchsuchungsmaßnahmen in Thüringen bei den Turonen. Aber immer, wenn es auf die persönliche Betroffenheitsebene geht, kommen meine Erinnerungen hoch. Meine Erfahrung mit der Polizei ist eben, dass sie einen hängen lassen, allein lassen, sogar Beweismaterialien manipulieren.

Auf einer politischen Ebene kann ich sagen, wie eine Polizei aufgebaut und aufgestellt sein muss, um besser zu agieren. Sie muss diverser sein, sie muss sensibel sein für rassistische Übergriffe, sie muss sensibel sein für Übergriffe von rechts, sie muss Antisemitismus erkennen, sie sollte entsprechende Zeugenbefragungen durchführen und mit Menschen, die von Rassismus betroffen sind und gerade einen Übergriff hatten, anders umgehen. Sie sollte die Betroffenenperspektive auf dem Schirm haben. Und vielleicht ist es ja irgendwann so weit, dass sich die Polizei in so eine Richtung entwickelt. Es gibt erste, kleine Anfänge: dass sie aufhören mit diesem Korpsgeist und sich auch distanzieren von rechten Polizisten; dass sie NSU 2.0 bedingungslos aufklären und auch das, was den NSU-Komplex angeht, wo Polizeibeamte im Prozess, aber auch in den Untersuchungsausschüssen immer wieder gesagt haben, sie könnten sich nicht erinnern – bis auf wenige, einzelne Ausnahmen. Ja, dann gibt's eine Chance, dass die jetzt junge Generation ein anderes Verhältnis zur Polizei entwickelt. Aber ich? Ich weiß es nicht.

MATTHIAS QUENT: Es scheint da einen inneren Widerspruch zu geben – persönlich nicht vertrauen können, aber politisch Verhältnisse herstellen zu wollen, in der alle der Polizei vertrauen können. Ist da etwas dran?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Es wäre ja nicht schlecht, wenn ein Staat, der entstanden ist, mit einem klaren, eigentlich nach meinem Verständnis antifaschistischen Konsens, der sich durch das Grundgesetz durchzieht, dies mit seinen Organen auch entsprechend umsetzen würde. Aber was ich immer wieder feststelle: Er macht das Gegenteil. Er machte das Gegenteil in den 90er-Jahren, er machte das Gegenteil in den 2000er-Jahren, in den Ermittlungen beispielsweise im Zusammenhang mit den NSU-Morden, und er macht auch heute in weiten Teilen das Gegenteil, indem er Antifaschist*innen vor Gericht stellt wegen der Aussage »Kommt nach vorne«, wegen einer Fahne, die hochgehalten wird, wegen einem Lautsprecherwagen, der gefahren wird; indem er Antifaschist*innen scharf verfolgt, Neonazis aber agieren lässt, antifaschistischen Initiativen die Gemeinnützigkeit entzieht, während rechte Strukturen weiterhin die Gemeinnützigkeit haben und damit Geld absetzen können als Spendengelder. Ich würde mir wünschen, dass sich dieser Staat seiner Ursprünge und Aufgabe bewusst wird. Es ist nicht so, dass das gar nicht passiert. Aber es geschieht immer noch viel zu wenig. Und dann kommen diese ständigen politischen Erklärungen hinzu, dass man keine Ahnung haben konnte – nach Hanau, Halle, Kassel, nach dem NSU, nach dem nächsten Mord, nach dem nächsten schweren Übergriff, immer wieder dieselben Floskeln. Aber es passiert nicht das, was notwendig wäre, dass sich Menschen geschützt fühlen, dass sich Menschen sicher fühlen. Da geht's um Geflüchtete, um Menschen mit Einwanderungsgeschichte, um Menschen, die erkennbar antifaschistisch oder Punks sind oder um obdachlose Menschen. Sie fühlen sich nicht sicher in diesem Staat und da versagt er. Und da hat er wahn-sinnig viele Menschen enttäuscht und allein gelassen.

MATTHIAS QUENT: Es gab jüngst eine große Debatte über Studien zu Rassismus in der Polizei. In einer Meinungsumfrage im Auftrag der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 gaben 84 Prozent der Deutschen an, Vertrauen in die Polizei zu haben. Die Polizei ist mit Abstand die Institution, die am meisten Vertrauen genießt. Wie geht man um mit einer Situation, dass es Erfahrungen gibt, die von vielen nicht geteilt werden? Ich kann mir vorstellen, dass es zu einer ständigen Wiederholung des Eindrucks kommt, nicht verstanden und nicht ernst genommen zu werden? Anders gefragt: Muss man

spezifische Erfahrungen gemacht haben, um kein Vertrauen in die Polizei zu haben und wie erlebt Ihr das? Werdet Ihr von Menschen verstanden, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben?

MITAT ÖZDEMİR: Genau das wäre die Erklärung: keine Erfahrungen haben, aber vertrauen wollen. Ich möchte wieder das Fassadenbild nehmen: Es ist eine Fassade, wenn du die Zahlen sagst – das ist das, was wir von der Fassade sehen oder fühlen und merken, das ist das Vertrauen. Aber hinter der Fassade bleibt versteckt, was alles passiert. Die Zahl 84 Prozent erscheint mir sehr hoch, da steckt bestimmt auch ein bisschen Angst dahinter. Auf der anderen Seite, wer hat denn so was erlebt wie ich? All das, was auf der Keupstraße passiert ist, wie die Menschen leiden mussten und wie eine ganze Gesellschaft mit den Fingern auf die Betroffenen in der Keupstraße gezeigt hat. Unter den 84 Prozent sind sicher viele, die keine Ahnung haben. Und: Die Gesellschaft muss der Polizei vertrauen, sie hat ja keine andere Chance. Doch viele Menschen sollten hinter die Fassade gucken.

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: 16 Prozent, die der Polizei nicht vertrauen, sind 13 Millionen Menschen. Klar ist der Anteil der Vertrauensvollen trotzdem hoch und ich würde mich da Mitat anschließen: Da spielen sicher viele Faktoren mit rein – etwa, dass man nicht betroffen ist; also man hat gegebenenfalls mit der Polizei Kontakt gehabt bei einem Verkehrsunfall oder Diebstahl, wo die Polizei normal agiert hat. Aber sie agieren in bestimmten Situationen, die 13 Millionen Menschen betreffen, anders – das ist jetzt populistisch. Und wenn ich jetzt überlege, dass ich zu den 16 Prozent gehöre, dann unterstelle ich, dass die 16 Prozent Gründe dafür haben, dass sie der Polizei nicht vertrauen können.

MATTHIAS QUENT: Es sollte nicht um eine Rechtfertigung gehen, sondern mich interessiert, wie kriegt man ein Verständnis oder eine Vermittlung hin – gelingt es Euch in Eurer politischen Arbeit, verstanden zu werden mit Eurem fehlenden Vertrauen?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Das ist unterschiedlich. Ich kenne Menschen, mit denen ich politisch viel zu tun habe, die komplettes Vertrauen in die Polizei haben, die beispielsweise im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex Sachen kritisieren und sagen, dass viel schiefgelaufen ist und die nachvollziehen können, warum ich aufgrund meiner Erfahrungen der Polizei nicht vertraue. Und

dann gib't Menschen, die genau dieses fehlende Vertrauen auf die Abstempelung als Linksextremistin mit drauf packen. Da wird gar nicht hinterfragt, warum das Vertrauen fehlt. Es gibt mittlerweile auch Polizeibeamte, denen ich das erklärt habe, und die das jetzt nachvollziehen können und sagen, sie könnten mit diesen Erfahrungen wahrscheinlich auch kein Vertrauen mehr haben.

MATTHIAS QUENT: Fehlender Schutz und Kriminalisierung – Mitat, sind das Dinge, die Du im Kontext der Keupstraße auch erlebt hast?

MITAT ÖZDEMİR: Ja. Mit der Keupstraße erreichte meinem Leben eine ganze andere Phase. Es gab in anderen Städten Morde und die wurden als »Dönermorde« bezeichnet. Und man hat damit sagen wollen, so haben wir das jedenfalls verstanden, dass Türken und Migranten Morde unter sich begehen. Und das ist wieder ein Beispiel dafür, was vor der Fassade passiert und was in Wirklichkeit dahinter abläuft. Jedes Mal nach einem Mord an Migranten wurde wieder ein Argument für diese These gefunden und ich fragte mich: Was soll denn das? Ich kann mir das nicht vorstellen, was ist denn da los? Alle Politiker, Fernsehberichte und Zeitungen waren oberflächlich. 2004 explodierte die Bombe. Die Sache passierte vor meiner Nase. Das wurde auch als Einzelfall bezeichnet, auch wenn es keiner war. Der Anschlag auf die Keupstraße erschütterte mich richtig. Ich hatte zwei Geschäfte dort, einen Großhandel und einen Kiosk. Im Kiosk arbeitete ein Mitarbeiter von mir und nach diesem Geschehen hat man gefragt: »Hör mal, überall in Kiosken und Dönerläden mordet man, tötet man Türken, hast Du denn überhaupt keine Angst?« Und meine erste Reaktion war: »Nein, ich habe keine Angst – warum, wieso?« Aber hinterher dachte ich: Moment, ja, ich bin ja manchmal allein hier. Das, was irgendwo passiert ist, in Kassel oder irgendwo, kann auch mir passieren.

Und dann wurde ich aktiv. Ich habe mit ein paar Freunden überlegt, dass wir auf der Keupstraße irgendetwas machen müssen – einen Verein auf die Beine stellen, wieder zusammenkommen und uns wehren gegen dieses rassistische Vorgehen, dieses ständige Beharren, dass wir diese Bombe selbst gelegt hätten. Wir riefen den Verein zusammen und dann wurde ich mit 87 Prozent der Wählerstimmen als Vorsitzender für die Interessengemeinschaft Keupstraße gewählt. Wir setzten uns dann 10 Punkte. Der erste Punkt war, dass wir mit Behörden in Kontakt kommen – mit der Polizei, der Stadt und auch mit Journalisten. Wir haben berichtet und aufgeklärt. Ein Beispiel kann ich erzählen: Wir wollten in unserer Ortschaft Mühlheim, in der sich

die Keupstraße befindet, in andere Vereine gehen und aufklären. Ich erzählte immer, was es in der Keupstraße zu kaufen gab, also tolle Sachen, dass wir mit dieser Bombengeschichte nichts zu tun hatten, dass wir auch Leidende waren, Opfer und dass uns keiner richtig hörte! Und während ich das erzählte, hob eine ältere Dame die Hand und sagte: »Herr Özdemir, Sie erzählen gut und schön, aber die Keupstraße war meine Straße und jetzt gehe ich da nicht mehr durch.« Ich antwortete: »Liebe Frau, warum denn nicht?« Da sagte sie: »Ich habe Angst! Da sind die Kriminellen, die da wohnen, die Geschäfte machen, ich habe Angst, dass mir etwas passiert, der Bombenanschlag usw., da könnte immer was passieren.« Ich hatte danach nicht mehr den Mut, weiter zu erzählen. Mir ging es richtig schlecht. Ich fand keine Wörter mehr, weil es keinen Sinn hatte. Die Gesellschaft, die Behörden – es war alles vergiftet. Unser Eindruck damals war: Wir können machen, was wir wollen, die Keupstraße ist schuldig, wir sind kriminell, wir haben die Bombe selbst gelegt, Türken sind schlecht, die sind wie ein Virus, das man bekämpfen muss. Das tat weh. Das tat wirklich weh.

MATTHIAS QUENT: Katharina, siehst Du Gemeinsamkeiten zwischen diesen Erlebnissen von Mitat und deinen?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Ich würde es nicht gleichsetzen. Das ist eine ganz andere Erfahrung, die Mitat und die Leute aus der Keupstraße gemacht haben, die wieder viel mit Rassismus zu tun hat. Aber ja, Ausgrenzungsstrategien und erfolgte Ausgrenzung und Isolation gab es in den 90ern und die gibt es auch heute. In den 90ern wurde zum Beispiel der JG-Stadtmitte der Vorwurf gemacht, dass sie die Nazis brauchen würde, um zu existieren. Und als zum Beispiel durch die JG skandalisiert wurde, dass Fußballfans auf dem Weg zu einem Auswärtsspiel das sogenannte antisemitische U-Bahn-Lied gesungen hatten, wurde im Nachgang dann gesagt, das sei nicht gut, weil es der Stadt Jena schade und damit ging eine Ausgrenzung einher. Und die Begrifflichkeiten, die für die JG, aber auch für die linke Szene in Jena verwendet wurden: die »Dreckigen«, die »Punks«, die »Königskinder«, die »Linksradiakalen« – immer der Versuch, alle Leute in eine Gruppe zu packen und diese Gruppe aus der Mehrheitsgesellschaft zu exkludieren. Das mündete in Versuchen, der JG Gelder zu streichen oder die JG komplett aus der städtischen Finanzierung rauszunehmen. In einem gewissen Sinne erlebe ich das teils bis heute. Es wird gesagt: Das ist die Linksradiakale, das ist die Linksextremistin, mit der gibt man sich nicht ab. Das haben sie damals schon mit meinem Vater und

Leuten gemacht, die sich gegen rechts positioniert haben – denen wurde gesagt, sie seien zu links, zu radikal, zu umstritten. Und heute macht man das Spiel weiter. Die Spaltung funktioniert.

MATTHIAS QUENT: Mich interessiert noch ein Blick vor allem auf Eure jeweiligen Stadtgesellschaften. Was ist in Jena und Köln in den letzten 20 und verstärkt in den letzten 10 Jahren seit dem öffentlichen Bekanntwerden des NSU-Komplex passiert – seit bewiesen wurde, dass eben nicht die Menschen der Keupstraße schuld sind, sondern die Nazis und das Versagen von Behörden und Gesellschaft. Was hat das mit Euch und Eurem Umfeld gemacht?

MITAT ÖZDEMİR: Es hat sich sehr viel geändert – auch zum großen Teil im positiven Sinne, weil viele Menschen dazu gezwungen sind, sich damit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig sind auch die Rechtsextremisten mehr geworden. Sie sind überall und fühlen sich auch kräftig, klar. Aber dann gibt's auf der anderen Seite die Stadtgesellschaft, die in der Mehrzahl jetzt etwas anders denkt und nicht vor jedem rassistischen Vorfall die Augen verschließt. Es gibt viele, die aus ihrem Inneren heraus sagen, dass es so nicht mehr weiter gehen darf. Wenigstens in diesem Sinne sprechen sie es aus. Und tun auch was. Es gibt auch sehr viele Menschen, die vorher nicht da waren und die viel tun, damit es besser wird. Auch bei Migranten hat sich einiges geändert. Wir sind ein Stückchen weiter – dass Migranten nicht alles schlucken und dass sie nicht alleine sind. Es gibt Menschen, die daran sehr interessiert sind, dass sich Dinge ändern. Solche Sachen sind ans Licht gekommen. Und ich bin heute froh, ich glaube, ich lebe heute etwas wohler als vorher. Ob das Radikale weniger geworden ist? Nein! Umgekehrt: Es ist mehr geworden. Aber trotzdem bin ich heute nicht allein. Von den Gesetzen usw. fühle ich mich nicht unbedingt besser, aber von der Gesellschaft her fühle ich mich nicht allein gelassen.

MATTHIAS QUENT: Das ist schön zu hören. Katharina, wie ist das bei Dir?

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Ja, es hat sich etwas zum Positiven verändert. Es gibt eine höhere Sensibilität gegenüber rechten, rassistischen, antisemitischen Übergriffen. Es gibt mittlerweile bundesweit sogenannte Bürgerbündnisse. Das mag zynisch, verrückt oder komisch klingen, aber Bürgerbündnisse gab es in den 90er-Jahren in Ostdeutschland nicht. Es gab antifaschistische Gruppen oder manchmal war die Kirchgemeinde noch mit dabei oder eine lokale Gewerkschaft. Aber es gab keine Bürgerbündnisse gegen rechts. Da hat sich

definitiv etwas geändert – auch, dass Medien versuchen, anders zu berichten, oft rassistische Vorfälle einordnen und beginnen, ihre Sprache zu ändern. Also ich würde schon sagen, da ist ein Unterschied zu 2011. Und das ist noch mal ein viel größerer Unterschied zu der Zeit vor 2011. So eine Begrifflichkeit wie damals der rassistische Name der Sondergruppe, die wegen den NSU-Morden ermittelt hat, das würde es heute, glaube ich, nicht mehr geben. Aber vielleicht hoffe ich das nur.

MATTHIAS QUENT: In Köln hat die Polizei mit dem Begriff »Nafris« gearbeitet – mindestens bis 2015/16.

KATHARINA KÖNIG-PREUSS: Stimmt. Aber zumindest würde es eine schnellere Skandalisierung geben und große Teile der Gesellschaft würden sich den Begriff nicht selbst aneignen, sondern widersprechen. Und das ist ein Fortschritt. Es gibt mittlerweile in vielen Städten eine Auseinandersetzung mit Rassismus; angefangen mit Parteien, die sehr bewusst Menschen mit Einwanderungsgeschichte aufstellen und auf die Listen nehmen, die mit in den Parlamenten vertreten sind, bis hin zur Mehrsprachigkeit von Veröffentlichungen einer Stadt. Ich denke, da ist viel geschehen. Dann aber gibt es diesen krassen Alltagsrassismus, bei dem sich wenig geändert hat: das selbstkritische Hinterfragen, das Sich-Eingestehen: Ich bin rassistisch, weil ich in einer Gesellschaft aufgewachsen bin, die so funktioniert. Und dann zu gucken, wie ich mich in bestimmten Situationen verhalte. Wann wechsle ich zum Beispiel die Straßenseite? Bei mir ist das ganz oft bei Männergruppen, aber zeitweise auch, wenn Gruppen von mehreren Geflüchteten zusammen waren. Ich war dann selbstkritisch und fragte mich, warum und merkte, dass es doch gar keinen Grund gibt. Und dann habe ich mir bewusst das andere Verhalten angeeignet. Das fehlt immer noch – dass sich die Gesellschaft dem eigenen Rassismus stellt und nicht nur nach außen Rassismus kritisiert. Das eine ist, bei Black Lives Matter auf die Straße zu gehen oder auf die Straßen zu gehen, wenn, wie in Hanau, Menschen ermordet werden. Das ist gut, das ist notwendig, dass das gemacht wird. Und es ist beispielsweise auch zu kritisieren, wenn Shishabars kontinuierlich polizeilichen Maßnahmen unterzogen werden. Warum macht das denn die Polizei? Sie unterstellt, dort würde schon wieder irgendetwas passieren. Also vielleicht mal aus Solidarität in eine Shishabar gehen?

Wenn ich mir diese Black Lives Matter-Bewegung anschau und sehe, was im Nachgang in Halle und Hanau passiert ist, dann sehe ich auf der einen Sei-

te eine starke Selbstermächtigung von Betroffenen. Im Halle-Prozess konnten die Betroffenen durchsetzen, auch medial, dass der Name des Täters nicht genannt wird. Das ist Wahnsinn, wenn man überlegt, wie die Berichterstattung im NSU-Prozess aussah – als Beate Zschäpe mit Bild auf der Titelseite abgedruckt wurde. Jetzt wird die Betroffenenperspektive ernster genommen. Und ähnlich ist es ja im Nachgang von Hanau passiert, dass die Namen derjenigen, die ermordet wurden, viel stärker im öffentlichen Raum sind als der Name des Täters. Das finde ich beeindruckend. Das macht Hoffnung darauf, dass sich in zehn Jahren auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft etwas zum Positiven hin verändert. Und dass Menschen stärker rassismuskritisch gegenüber sich selbst sind und nicht nur dann, wenn ein rassistischer Mord passiert.

MITAT ÖZDEMİR: Das, was Katharina gesagt hat, kann ich nur bestärken. Die Medien haben sich geändert, die Sprache von damals, die wir erlebt haben, die ganzen Jahre, ist weg. Diese Sprache hat uns damals sehr gestört. Für uns war die erniedrigende Sprache in normalen Berichten und Artikeln deprimierend. Das ist weg. Und auch die Gesellschaft reagiert ganz anders. Viele, viele Menschen sehen, was an Unrecht und undemokratischen Sachen in Deutschland passiert, und sie sind nicht damit einverstanden. Und sie kommen von sich aus – nicht aus einer Organisation oder sonst was, nein, es sind Einzelne. 2015 und 2016 haben wir auf der Keupstraße Begegnungsfeste gemacht: Protestfeste. Bis zu 170.000 Menschen kamen einfach dahin. Das zeigt mir, dass die Gesellschaft nicht damit einverstanden ist und nicht untätig bleibt. Sobald etwas geschieht, protestieren viele und organisieren sich. Das ist gut, so fühle ich mich nicht mehr allein. Dankeschön!

Transversale Politik des Antirassismus und Antifaschismus?

Çağrı Kahveci

1 Einführung

Im folgenden Text werde ich einen Überblick über die antirassistische Mobilisierung seit den 1980er-Jahren in Deutschland geben und zeigen, wie Migrant*innen und andere rassifizierte Gruppen ihre politische Subjektivierung durch diese Kämpfe konstituieren. Dabei werde ich eine altbekannte Einsicht hervorheben, nämlich dass Migrant*innen, auch wenn sie sich in autonomen politischen Initiativen organisieren – und das aus verständlichen Gründen –, nie alleine kämpfen, sondern sich immer in transversaler Solidarität engagieren und bewusst und unbewusst neue präfigurative Formen politischer Kollektive jenseits der Grenzen ihrer Gruppenidentität konstruieren. Ich werde am Beispiel einiger politischer Initiativen und Mobilisierungen in verschiedenen historischen Momenten (wie in den 1990er-Jahren, dem langen Sommer der Migration und rund um den NSU-Komplex) zeigen, wie transversale Politik als Solidarität erfahren wird, wie sie die Denk-, Fühl- und Handlungsfähigkeit von Migrant*innen und »anderen Akteuren« erweitert und transformiert, wie und warum sie scheitert und wie sie immer wieder angestrebt wird.

2 Antirassismus/Antifaschismus

In den 1980er-Jahren begann in Deutschland ein neuer Zyklus von sozialen Kämpfen gegen Rassismus, der sich von den Kämpfen der 1960er- und 1970er-Jahre unterschied. Migrant*innen hatten in ihren früheren Kämpfen über ihre eigenen Vereine oder über Gewerkschaften für einige grundlegende Rechte und Schutzmaßnahmen gekämpft, aber nur wenige dieser Kämpfe forder-

ten, dass auch Ausländer*innen Rechte gewährt werden. In den 1980er-Jahren traten Migrant*innen als politische Subjekte ihrer Anliegen in der Öffentlichkeit auf und behaupteten sich als Vertreter ihrer Rechte. Dies löste heftige und anhaltende Debatten darüber aus, welche Rechte ihnen zugestanden werden sollten (vgl. Nicholls/Uitermark 2017: 36ff.). Insbesondere Frauen und Migrant*innenkinder wurden zur Zielscheibe einer restriktiven Migrationspolitik unter der konservativen Kohl-Regierung (CDU-FDP) (vgl. Gürsel/Kahveci i.E.). Ein Gesetz, das Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit Abschiebung drohte, führte zu ersten Demonstrationen türkeistämmiger Migrant*innen gegen ihre prekäre rechtliche Situation in der BRD und signalisierte den Wechsel von der Exil- zur Antirassismuspolitik (vgl. Özcan 1992).

Darüber hinaus war die Zunahme neonazistischer Übergriffe, wie der Mord an Ramazan Avcı in Hamburg 1985, ein weiterer Katalysator für antirassistische Selbstorganisation und Politik (vgl. Köxüz 1997). Als Reaktion auf die zunehmende Gewalt bildeten sich in Großstädten multiethnische Jugendbanden zur Selbstverteidigung. Die Antifaşist (Antifa) Gençlik (deutsch: Antifaschistische Jugend) ist eine der bekanntesten Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher mit einer explizit antirassistischen bzw. antifaschistischen Politik bzw. sie überbrückte eine Kluft zwischen antirassistischer und antifaschistischer Bewegung, obwohl diese Bewegungen nicht so klar zu trennen waren (ak wantok 2015). Die Antifa Gençlik bestand aus 20 bis 30 jungen Migrant*innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, wobei türkische und kurdische Jugendliche in der Mehrheit waren. Aufgrund ihrer sozialräumlichen Anbindung in Berliner Kreuzberg und ihres militanten Auftritts (physische Konfrontation mit den Rechtsradikalen/Faschisten) war Antifa Gençlik unter migrantischen Jugendlichen populär.¹

Das antirassistische politische Feld hat in den 1990er-Jahren neben Antifa Gençlik auch andere antirassistische Selbstorganisationen von Migrant*innen, von Schwarzen Frauen usw. hervorgebracht (wie Cafe Morgenland in Frankfurt, Köxüz in Hamburg, Femigra, Adefra etc., vgl. Rostock 2013: 146). Ab Mitte der 1990er-Jahre kamen Initiativen von Geflüchteten dazu (vgl.

1 Der Neonazi-Kader Kaidl starb, als einige Gençlik-Aktivist*innen 1992 das Neonazi-Treffen in Berlin-Neukölln stürmten. 1994 wurden drei davon wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu drei Jahren Haft verurteilt, die beiden anderen zu Bewährungsstrafen. Die Antifa Gençlik löste sich während des Prozesses auf. Die Fragen des Selbstschutzes, der Gewalt, der Militanz usw. wurden in der antifaschistischen Bewegung heftig diskutiert.

Jakob 2016). Neue Initiativen und Gruppen innerhalb der deutschen Linken mit antirassistischem Fokus sind in den 1990er-Jahren entstanden, wie »kein mensch ist illegal« etc., in deren politischer Agenda Migration, Rassismus, kulturelle Diversität, Menschenrechte, Privilegien, Selbstreflexion zunehmend Eingang fanden. In dieser Zeit wurden Begriffe wie Migrant*in (statt Ausländer*in), Schwarze/r, People of Color etc. als politische Selbstbezeichnungen (auch in Konkurrenz zueinander) popularisiert bzw. positiv umgedeutet, wie der pejorative Begriff »Kanake« (Nobrega 2011). Erst durch die Selbstorganisationen von Migrant*innen (und anderen Gruppen, die von Rassismus betroffen sind, aber ihre politische Selbstdefinition nicht aus der Migrationspolitik ableiten, wie Schwarze, Sinti*zze, Romn*ja, oder solche, die Mehrfachdiskriminierungen betonen, wie feministische Migrant*innen etc. und damit die Diversifizierung der Akteure im politischen Feld) begannen die Debatten um Bündnispolitik, Solidarität, Abgrenzungen, Artikulationen zwischen verschiedenen Akteuren und deutschen linken Gruppen. Die Fragen, wie rassistische Machtverhältnisse, z.B. bei Aufenthaltsproblemen, Zugangsbarrieren zu Schule, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Gesundheit etc. zu analysieren sind, wie Gegenstrategien zu entwickeln sind sowie mit wem und auf welcher Grundlage zu kooperieren ist, waren entscheidend für die Gestaltung der antirassistischen Szene.²

Die Beziehungen zwischen der weißen deutschen Linken und der nicht weißen (deutschen) antirassistischen Selbstorganisation waren aufgrund der Kritik an letzterer entlang mehrerer Linien konfliktreich. Eine zentrale Kritik betrifft die »Ein-Themen-Politik« der deutschen Antifa-Gruppen. Die Antifaschismusanalyse und die Antifa-Bewegung (mit eigener Szeneästhetik, Rhetorik, historischen Bezügen und Gruppenidentität) hatten sich seit Ende der 1980er-Jahre im Zuge des Wiederauflebens des Neofaschismus und des Anstiegs rechtsradikaler Gewalt auf Rechtsextremismus fokussiert (vgl. Schuhmacher 2014; Häusler/Fahrenschild 2020). Aus rassismuskritischer Perspektive wird dies als eine eingeschränkte Perspektive gesehen, die sogar Gefahr läuft, das Problem des Rassismus an den Rand der Gesellschaft zu verweisen, nämlich auf die Auswüchse der ansonsten gut funktionierenden imaginierten demokratischen Ordnung. Damit wird jedoch die konstitutive Kraft

2 In antirassistischen Diskursen fand in dieser Zeit eine Perspektivenverschiebung statt: weg von den Problemen der Migrant*innen hin zur sozialen Konstruktion (der Figur) der weißen deutschen Linken.

rassistischer Differenzierungen, Stratifikationen und Hierarchien außer Acht gelassen und keine adäquate radikaldemokratische Alternative angeboten.

Neben dieser Ideologiekritik gab und gibt es eine weitere Kritik: die Bevormundung und Infantilisierung als Reaktion auf die autonome antirassistische Selbstorganisation. Dies lässt sich an einem konkreten Beispiel innerhalb der linksradikalen Szene verdeutlichen. Bei einem Treffen antifaschistischer Initiativen Anfang der 1990er-Jahre – das von rassistischen Pogromen gegen Migrant*innen und Geflüchtete geprägt war –, bei dem auch einige Antifa-Gençlik-Aktivist*innen anwesend waren, äußerte ein bekannter deutscher Aktivist einen berüchtigten Satz: »Unser Intellekt, euer Wut.«³ Diese Aussage spiegelte auch eine vorherrschende Haltung innerhalb linker Kreise gegenüber ihren nicht deutschen Genoss*innen wider, mit denen sie gemeinsam gegen den rassistischen Mob auf den Straßen kämpften. Während Deutsche als rationale, denkende Köpfe fantasiert wurden, galten Migrant*innen als nützliche Gewalttäter. Dahinter steckte eine Logik, die viele Migrant*innen und nicht weiße Aktivist*innen als Kontinuität einer kolonialen Denkweise der Linken interpretierten. In den antirassistischen Bewegungen gab es heftige Auseinandersetzungen über Universalismus versus Partikularismus, die die Beziehungen zwischen den verschiedenen Lagern immer noch aufheizen. Übrigens verliefen diese Debatten nicht immer entlang der ethnischen Zugehörigkeit, sondern entlang politischer, ideologischer usw. Unterschiede. Innerhalb radikaler Kreise wurden immer wieder neue Konzepte, Ansätze entwickelt, um gemeinsame politische Kämpfe zu führen, ohne die Unterschiede zu leugnen. Eines davon war die Idee der transversalen Solidarität.

3 Transversale Politik des Antirassismus?

Den Begriff Transversalität prägte der französische Philosoph Guattari, um die Befreiung von sozialen Unterdrückungen zu beschreiben, die sowohl vertikal (im Sinne von Hierarchien) als auch horizontal (im Sinne des zugewiesenen sozialen Status) strukturiert sind (vgl. Guattari 1984). Die feministische Soziologin Yuval-Davis entwickelte das Konzept der Transversalität in

3 Die verschiedenen Zitierweisen dieser Phrase haben mit der Zeit eine kleine urbane Legende innerhalb der Szene geschaffen. Sie alle weisen jedoch auf eine asymmetrische oder hierarchische Trennung zwischen weißen deutschen Aktivisten und Anderen hin

den 1990er-Jahren vor dem Hintergrund der Diskurse um Universalität, Partikularität, Identitätspolitik und Subjektivität weiter (vgl. Yuval-Davis 1999). Sie betonte, dass die sogenannte universalistische Politik (vieler Linken) ein koloniales Erbe trägt und westeuropäische bzw. ethnozentrische Grundlagen perpetuiert und ausgrenzend ist. Partikularistische Politik hingegen operiere mit essenzialistischen Vorstellungen von Kultur und Identität und verdingliche die Grenzen zwischen sozialen Gruppen. Sie erwies sich als ebenso undemokratisch wie der Universalismus, weil sie kollektive Identitäten homogenisierte und individuelle Identitäten vollständig von sozialen Gruppen abhängig machte. In der transversalen Politik wird eine konzeptionelle Unterscheidung zwischen Positionierung, Identität und Werten getroffen. Menschen, die demselben Kollektiv angehören und ähnliche sozioökonomische Positionen teilen, können sich dennoch in ihren Identitäten stark unterscheiden, abhängig von ihren Zugehörigkeiten (Klasse, Geschlecht, Fähigkeit, Sexualität etc.), sozialen Bindungen und normativen Wertesystemen (ebd.).

Transversale Politik bietet Chancen für eine egalitäre Politik der Solidarität und Allianz, in der die Unterschiede der Akteure zwar anerkannt, aber nicht als unüberwindbare Hindernisse, sondern als offene Prozesse gesehen werden. Denn Unterschiede werden nicht hierarchisch gedacht. Sie setzen den Respekt vor der Positionierung des jeweils anderen voraus – was die Anerkennung der unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und politischen Machtpositionen der Akteure einschließt – sie und umarmen diese Unterschiede mit Respekt und Anerkennung der einzelnen Teilnehmer*innen. Akteure agieren nicht als die »authentische Stimme« ihrer Gemeinschaften, sondern als Fürsprecher, die ihre Sache vertreten. Aktivisten bringen in den politischen Dialog das reflexive Wissen um ihre eigene Positionierung und Identität ein. Yuval-Davis betont, dass sich die Akteure der Multiplexität ihrer spezifischen Positionierungen bewusst sein sollten (ebd.). Der Zweck des Dialogs ist es, ein gemeinsames Verständnis darüber zu entwickeln, welche sozialen und politischen Veränderungen notwendig sind, um die normativen und politischen Ziele der Teilnehmer*innen zu unterstützen. Transversale Politik wird dabei durch normative Werte begrenzt, die über Gruppengrenzen hinweg geteilt werden. Transversalität ist ein politisches Prinzip, welches die Bereitschaft erfordert, sich einem kollektiven Prozess zu öffnen. Transversale Politik bedeutet nicht, dass jeder Interessenkonflikt überbrückt werden kann, aber sie lässt die Möglichkeit, dass Interessen in einem Prozess der Solidarität artikuliert werden können. Daher ist für transversale Politik die Solidarität ein entscheidendes Thema.

Transversalität ist nicht nur eine gelebte Solidarität, sondern auch eine Perspektive, durch die politische Ereignisse anders betrachtet und interpretiert werden können. Yuval-Davis betont immer wieder, dass sich Transversalität sowohl von universalistischen als auch von partikularistischen Wahrheitsansprüchen abhebt und die Aufmerksamkeit auf dialogische Prozesse und die verborgenen Momente der Solidarität über die Grenzen von Gruppen, aber auch von einheitlichen Perspektiven hinweg richtet (ebd.). Betrachtet man etwa das konkrete Beispiel des Verhältnisses zwischen der Antifa Gençlik und der deutschen Antifa-Szene durch die Linse der transversalen Politik, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Die Antifa Gençlik hatte substantielle Kritik an den deutschen linksradikalen Gruppen, war aber tief in der West-berliner Linken und in Antifa-Szene verankert. Sie organisierten gemeinsam Veranstaltungen, Telefonketten, fuhren gemeinsam nach Mölln, um gegen die Nazis zu demonstrieren usw. Als die Antifa Gençlik zerschlagen wurde, versuchten migrantische Gruppen und deutsche Linke gemeinsam gegen die staatliche Repression, die sich vor allem gegen antifaschistische, insbesondere migrantische Aktivist*innen richtete, zu protestieren.

Es gibt eine Tendenz in der antirassistischen Geschichtsschreibung und Erzählung, die Konflikte zwischen weißen deutschen Linken und migrantischen/rassifizierten Gruppen zu betonen, auch weil die oben beschriebene transversale Solidarität oft an der majoritären Haltung deutscher Gruppen gescheitert ist, obwohl es immer eine minoritäre Haltung gegeben hat. Die antirassistische feministische Forscherin Chandra Mohanty greift diesen Punkt an und reflektiert selbstkritisch, dass sie, wie viele andere kritische Forscherinnen, mehr über Differenzen und Abgrenzungen als über Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen sozialen emanzipatorischen Kämpfen und Bündnissen geschrieben hat, obwohl Abgrenzungen nie vollständig und determinierend waren/sind (vgl. Mohanty 2003: 226). Ihre Kritik lässt sich gleichermaßen auf politische Bewegungen und kritische Forschung nach Deutschland anwenden. Was fehlt, ist eine Perspektive von unten, die z.B. die Kämpfe gegen Rassismus nicht als Kämpfe einzelner Gruppen thematisiert, sondern als Ergebnis einer produktiven transversalen politischen Solidarität.

4 Solidarität im und nach dem »langen Sommer der Migration«

Ich springe zu einem anderen historischen Moment, als die Diskurse der Solidarität in Bezug auf Migration und Antirassismus explodierten, weil viele

politische Bewegungen in Solidarität mit Flüchtlingen entstanden und sich gegen das tödliche europäische Grenzregime und den Wohlstandschauvinismus stellten. Mohanty definiert Solidarität als »Reziprozität, Verantwortlichkeit und die Anerkennung gemeinsamer Interessen als Grundlage für Beziehungen zwischen verschiedenen Gemeinschaften« (Mohanty 2003: 7; eigene Übersetzung (e. Ü.)). Diese prägnante Definition fasst die wichtigsten ethischen Punkte des Konzepts zusammen. Solidarität leitet sich genealogisch aus dem Prinzip der Verpflichtung ab, dass Akteure füreinander eintreten müssen, weil sie eine »gemeinsame Welt« teilen. Sie leiden unter einer gemeinsamen Unterdrückung und/oder einem gemeinsamen Feind. So entsteht aus der Erkenntnis, dass sie eine gegenseitige Verstrickung haben, dass sie in die Situation des anderen verwickelt sind (vgl. Wilder 2020), ein Gefühl der gegenseitigen Verantwortung (vgl. Hage 2017).

Solidarität ist ein politischer und umkämpfter Akt. Sie unterscheidet sich von bloßer Wohltätigkeit oder Empathie, indem sie vertikale Formen der Vergesellschaftung durch die Schaffung horizontaler Allianzen untergräbt. Die durch die Nationalstaaten rassistisch erzeugten Hierarchien zwischen Bürger*innen und Fremden/Ausländer*innen werden durch die Bildung gemeinsamer Initiativen, Besetzungen (in den letzten Jahren vor allem von Geflüchteten und ihren Genoss*innen praktiziert) etc. infrage gestellt. Die Transversalität der Solidarität ergibt sich also aus ihrer radikalen Offenheit und ihrem Potenzial, neue politische Kollektive zu schmieden, neue Allianzen zu bilden und neue Imaginationen zu inspirieren. Sie ist temporär und oft riskant, aber auch rebellisch und aufrührerisch für die Machthaber. Die Kriminalisierung derjenigen, die zum Beispiel mit den Geflüchteten gegen die Grenzregime kämpfen, ihnen helfen, das Meer oder die Wüste zu überqueren, oder ihnen bei ihrer listigen Taktik helfen, gültige Papiere zu erhalten, ist eine Reaktion auf die unkontrollierten und undisziplinierten Solidaritätspraktiken und zeigt, wie sehr das herrschende System die Verbreitung und Institutionalisierung dieser Praktiken fürchtet (vgl. Fekete 2018).

Solidarität hat keine Garantien; sie ist immer von den Verlockungen des Machtwillens, des Egoismus und des Mikrofaschismus heimgesucht. Die Gefahr der Bevormundung, der Instrumentalisierung, Freiwilligkeit, der karitativen Hilfe und des Mitleids torpediert die Solidarität. Die ethischen Grundlagen der Solidarität können so von der liberalen Logik kooptiert oder korrumpiert werden, die die eine Seite der Solidaritätspraktiken als »leidende Individuen« sieht und die Reziprozität als Aufgabe des Staates umdefiniert, das Letzteres zu schützen (Mohanty 2003; Wilder 2020). Die liberale Logik neigt

somit dazu, das politische Gedächtnis der Solidaritätspraktiken zu neutralisieren. Sie setzt zudem die purifizierten Spaltungen, Trennungen der Kategorien voraus und individualisiert die politischen Kämpfe und deren Subjekte. Es ist eine Aufgabe der Progressiven, die »über Zeiten sedimentierten und über Grenzen zirkulierten Wissen und Archiven der Kämpfe« anzueignen (vgl. Tazzioli/Walter 2019 e. Ü.), die sowohl Spannungen als auch Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Akteure und Bewegungen aufweisen.

Eine transversale Politik der Solidarität im Sinne Mohantys kann Hoffnung aus emanzipatorischen, freudvollen Begegnungen schöpfen, statt ihre Energie in die Reproduktion ideologischer Unterschiede und Abgrenzungen zu investieren. Die Praktiken der Solidarität, die wir seit 2015 im Kontext von Migration und Flucht erlebt haben, zeugen von der Potenzialität einer Politik, die Grenzen überschreitet, um neue Räume der Freiheit zu schaffen. Was diese Praktiken zeigen, ist keine Utopie, sondern Möglichkeiten, aus den »Gefangenschaften« herauszutreten, in die uns Machtverhältnisse zu sperren versuchen. Insbesondere geht es darum, die Strukturen des Begehrens und der Subjektivierung zu verändern.

5 NSU-Komplex und die transversale Politik

Das letzte Beispiel, an dem sich die transversale Politik des Antirassismus analysieren lässt, ist der traurige Anlass um den NSU-Komplex. Die rechts-extreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hatte zwischen 2000 und 2006 neun rassistisch motivierte Morde an Migranten und zahlreiche weitere Anschläge verübt und Menschen verletzt⁴. Wie es dazu kam, dass 2006 der letzte rassistische Terrorakt von NSU verübt wurde, ist nicht bekannt. Vermutlich haben die Demonstrationen von Angehörigen der Opfer in Kassel und Dortmund mit Beteiligung von über 5.000 Menschen (im Wesentlichen mit Migrationsbiografie) dazu geführt, dass der NSU nicht weiter morden konnte. Das Interessante ist, dass diese Demonstrationen völlig an den sonst so wachsam link(sradikal)en Kreisen vorbeigingen. Die Kernpolitik von Antifa-Gruppen besteht in der Regel darin, rechtsextreme Strukturen, Akteure auch in den entlegensten Dörfern auszuforschen. Wie NSU-Watch, die durch unverzichtbare Arbeit im Laufe der Zeit in den Prozess der

4 Der letzte Mord des NSU war der an einer weißen Polizistin, Michele Kiesewetter, im Jahr 2007.

Aufarbeitung involviert war, selbstkritisch feststellte, tragen die Antifa oder linke Gruppen somit zur Ignoranz der Öffentlichkeit bei (NSU-Watch 2020).

Der NSU-Prozess⁵ von dem Oberlandesgericht München endete im Juli 2018. Viele Fragen zu den genauen Hintergründen der Verbrechen, zum Neonazi-Netzwerk hinter dem Kerntrio und vor allem zur Verstrickung des Verfassungsschutzes sind noch offen. Während es der kritischen Öffentlichkeit nicht gelungen ist, den NSU-Komplex aufzuklären, hat sich um den NSU-Prozess ein breites demokratisches Bündnis gebildet. Die Bemühungen lokaler antirassistischer und antifaschistischer Gruppen, die sich mit einer Reihe von Aktionen in den öffentlichen Diskurs einbrachten, trugen dazu bei, dass Rassismus als Motiv für die Morde erkannt wurde (vgl. Burschel 2014). Die Zusammenarbeit führte zu einer Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, die kritisches Wissen über institutionellen Rassismus, neonazistische Strukturen und das V-Leute-System produzierten. Die Angehörigen der Ermordeten und die Überlebenden der Anschläge traten nun in der Öffentlichkeit vor, um ihre Geschichten zu erzählen und sich mit anderen Angehörigen von Opfern des rechten Terrors zu vernetzen. Mit ihren Geschichten stellten sie das offizielle Narrativ infrage.

Begleitet wurde der Prozess von zahlreichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen, die von antirassistischen und antifaschistischen Initiativen in ganz Deutschland organisiert wurden. Es entstanden mehrere künstlerische Arbeiten, teilweise gemeinsam mit den Angehörigen der Ermordeten und Verletzten, die sich mit dem NSU-Komplex auseinandersetzten. Das Tribunal NSU-Komplex auflösen, das im Mai 2017 über mehrere Tage in Köln stattfand, schuf eine intensive Vernetzung migrantischer und deutscher Initiativen. Der sozialen Organisation rund um den NSU-Komplex gelang es, eine gesellschaftliche Debatte über Rassismus und Neonazismus zu initiieren.

Menschen unterschiedlicher Herkunft, Gruppen und Initiativen mit diversen politischen Schwerpunkten etc. kamen zusammen, kooperierten über die Grenzen ihrer Zugehörigkeit hinweg und übten politischen Druck zur Aufklärung des NSU-Komplexes aus. In diesem Prozess der Solidarität ging es weder um die Aufhebung von Unterschieden noch um die Homogenisierung oder Aneignung von Erfahrungen. Die Unterschiede und Grenzen zwischen

5 Der Bundesgerichtshof prüft derzeit die Revisionen der Angeklagten Zschäpe etc. gegen ihre Haftstrafen.

Familien der Opfer, migrantischen Aktivist*innen, weißen Deutschen, Künstler*innen, Journalist*innen, Anwalt*innen, Antifa-Recherchegruppen, Parlamentarier*innen usw. verhinderten keine transversale Solidarität. In vielen Fällen der Mobilisierung ging es nicht nur um das Leid der Familien und Überlebenden, sondern auch um die rassistische Polizeistruktur, die Medienberichterstattung, die Prävention usw. Während die Familien und Überlebenden mit ihren – teils subversiven – Aktionen, Demonstrationen, Recherchen als Sprachrohr für ihre Anliegen an die Öffentlichkeit gingen und das Schweigen oder die Täter-Opfer-Umkehr herausforderten, konnten die weißen Aktivist*innen die »Sache der Anderen« übernehmen und sich mit der bestehenden Struktur solidarisieren.

Aus diesem Geiste transversaler Kämpfe sind neue Initiativen hervorgegangen, wie Unteilbar und Seebrücke. Als Reaktion auf die antisemitischen und rassistischen Angriffe in Halle 2019 und Hanau 2020 ist eine neue Gruppe namens Migrantifa entstanden. Sie mobilisiert die jungen Generationen gegen Polizeigewalt und Racial Profiling und beweist, dass die rassifzierten Menschen in der Lage sind, ihre Stimme zu erheben und sich als handlungsfähige Akteure zu zeigen. In diesem Zusammenhang sind auch die Black Lives Matter-Mobilisierungen zu erwähnen, die landesweit Tausende von Menschen (vor allem Jugendliche) auf die Straße gebracht und gezeigt haben, dass die neue Generation, zumindest aktive Teile davon, für eine andere Welt kämpft, in der Rassismus nicht akzeptiert wird.

6 Ausblick: »Kanakisierung« linker Politik?

Ausgehend von den Erfahrungen antirassistischer Migrant*innen (und anderer rassifizierter Gruppen) wurden die Möglichkeiten und Herausforderungen einer transversalen Politik und Solidarität erläutert und dabei der Fokus auf die »deutsche Linke« gelegt. Über die politische Subjektivierung der antirassistischer Migrant*innen wurde in den letzten Jahren einiges geschrieben, auch wenn es noch wenig ist, während es über die »deutsche Linke« und ihre antirassistische Haltung wenig kritisches Wissen gibt. Die Diskurse der »Kanakisierung« deutscher Gesellschaft oder linker Politik (vgl. Kron 2017) bieten Anknüpfungspunkte für weitere Überlegungen. Während ersterer auf migrationsbedingte Heterogenität und Diversität verweist, transnationale Lebensstile in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen beschreibt und sich auf die demografische Entwicklung beruft, insbesondere der jünge-

ren Generationen, ist die »Kanakisierung« linker Positionen alles andere als eindeutig. Der Multikulturalismus oder Humanitarismus sowie Wohlstandschauvinismus der nationalen Linken versäumen es, eine radikale politische Perspektive einzunehmen, die radikal-egalitäre Antworten auf die durch Migration ausgelösten oder verschärften Fragen der Produktion und Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum, Teilhabe und Kollektivität gibt.

Noch wichtiger ist aber die Frage der politischen Subjektivierung. Hierzu möchte ich abschließend zwei Punkte hervorheben, die (weitere) Impulse für eine Transformation der politischen Subjektivität deutscher Linker aufgreifen bzw. vorbringen: Des-Identifikation und Minoritär-Werden. Der erste Ansatz basiert auf den Überlegungen von Rancière und beschreibt, dass sich die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft nicht vollständig mit den Anderen (rassifizierte, postkoloniale Migrant*innen etc.) identifizieren können, aber sie können sich mit dem Staat desidentifizieren (vgl. Rancière 1998). Dies ist eine Verweigerung einer Identität, die ihnen durch Machtverhältnisse gegeben ist, also ein Bruch mit einem bestimmten Selbst. Diese Verweigerung soll dem Anderen, der durch eine bestimmte Ungerechtigkeit definiert ist, demonstriert werden. Die Idee der Des-Identifikation mit dem Staat, mit der Staatsbürgerschaft, mit dem sozialen (dominanten) Ort, dem Raum usw. ist eine schwierige Aufgabe, aber eine, die uns daran erinnert, dass es in der Politik darum geht, die Gleichheit aller mit allen durchzusetzen. »Politik existiert, weil die Sache des Anderen existiert« (ebd: 31, e.Ü.).

Neben dem radikaldemokratischen Konzept der Dis-Identifikation ist ein weiterer Schritt notwendig, der positive politische Bezüge zu Differenz und dem Anderen eröffnen kann: »Minoritär-Werden« (Deleuze und Guattari 1987). Minoritär-Werden ist ein Prozess der sich ständig verändernden Identitäten. Majoritär bezieht sich auf die qualitative Mehrheit derjenigen, die in der Gesamtbevölkerung als zählbar gelten, während minoritär eine Position darstellt, der es an Macht mangelt. »[...] Der durchschnittliche erwachsene-weiße-heterosexuelle-europäische-Mann [...] [hält] die Mehrheit, auch wenn er weniger zahlreich ist als Moskitos, Kinder, Frauen, Schwarze, Bauern, Homosexuelle usw. [...]« (ebd: 105; e. Ü.). Da er die Macht hat, stellt er den qualitativen Standard dar, an dem diese anderen gemessen werden. Das heißt, Majoritär ist die Regel, der Standard, die Norm, das Modell, die Identität, die mit bestimmten Systemen von Macht und Kontrolle verbunden ist. Minoritär-Werden ist dagegen das Potenzial von Individuen oder Gruppen, von der Norm abzuweichen (ebd. 106), sich weigern, in die dominante Form einzugliedern und sich neue Formen der Beziehungen zu kreieren. Während

Majoritär die Repräsentation einer starren Identität ist, ist Minoritär-Werden inklusiv, auf das sich jeder einlassen kann und das die Macht hat, das majoritäre System zu stören und zu verändern. Minoritär-Werden widersetzt sich dem Zwang des Gesetzes und der herrschenden Normen. Es sucht nach Fluchtlinien aus Institutionen, politischer Ordnung und sozialer Struktur. Minoritär-Werden nimmt die Triebkraft von Kämpfen und Transformationsprozessen der Minoritären, ist aber mit der Transformation des majoritären Subjekts verbunden und schreibt sich in die gesamte Gesellschaft ein (vgl. Guattari 1984).

Inwieweit eine minoritäre Subjektivierung deutschen Linken gelingt, hängt davon ab, wie sie die Politik »aus der Perspektive derer wahrnimmt, die am weitesten vom Zentrum des Privilegs entfernt sind« (Deleuze/Parnet 1987). So muss linke Politik alle majoritären Ansprüche auf Lebensbereiche untergraben, all ihren bewussten und unterschweligen Stolz auf Wahrheiten, Prestige, Wissen, Anerkennungen aufgeben und die Ökonomie ihres Begehrens umstrukturieren. Die Praktiken der Solidarität im Kontext des Sommers der Migration und um NSU-Mobilisierung zeugten von der Möglichkeit, vertikale Politik in einem dialogischen solidarischen Prozess jenseits der Grenzen zu erproben. Abschließend lässt sich Grosz Konzept der feministischen Kämpfe für antirassistische transversale Politik umformulieren:

»dezentrierte, molekulare, multiple Kämpfe, diversifiziert [...] ausgerichtet in nur provisorischen und temporären Netzwerken, in nicht-hierarchischen rhizomatischen Verbindungen, die an den Orten stattfinden, wo die Repression oder die Anti-Produktion am intensivsten ist« (Grosz 1993: 170, e. Ü.).

Literatur

- Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (2014): »Der Sommer ist vorbei ...«. Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremimusklausel«, Berlin: Edition Assemblage.
- Fekete, Liz (2018): Migrants, borders and the criminalisation of solidarity in the EU, in: *Race & Class* 59(4), S. 65-83.
- Deleuze, Gilles/Parnet Claire (1987): *Dialogues*, London: Athlone Press.
- Grosz, Elisabeth (1993): A thousand tiny sexes: Feminism and rhizomatics, in: *Topoi* 12(2), S. 167-179.

- Guattari Felix/Deleuze, Gilles (1987): *A thousand plateaus: Capitalism and schizophrenia*, Minneapolis: University of Minnesota.
- Guattari, Felix (1984): *Molecular revolution: Psychiatry and politics*. Puffin Books.
- Gürsel, Duygu/Kahveci, Cagri (2021, in Erscheinung): *Self-organized Struggle Against Racism*.
- Hage, Ghassan (2017): *Is racism an environmental threat?*, Cambridge: Polity.
- Häusler, Alexander/Fehrenschild Michael (2020): *Faschismus in Geschichte und Gegenwart*, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Jakob, Christian (2016): *Die bleibenden: Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Köxüz (1997): *MigrantInnenbewegung Passe*.
- Kron, Stefanie (2017): *Move it! Die Kanakisierung linker Politik*, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1.
- Mohanty, Chandra T. (2003): *Feminism without Borders: Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*, Durham/London: Duke University Press.
- Nobrega, Onur Suzan (2011): *Das ›K-Wort‹ im Kontext des Europäischen Kolonialismus und der deutschen Nachkriegsmigrationsgeschichte*, in: Susann Arndt/Nadja Ofuately-Alazard (Hg.), *Gefärbtes Wissen. Kolonialismus, Rassismus und Weißsein im Wissensarchiv der deutschen Sprache*, Münster: Unrast-Verlag, S. 638-643.
- Nicholls, Walter J./Uitermark. Justus (2017): *Cities and social movements: Immigrant rights activism in the US, France, and the Netherlands, 1970-2015*, Chichester/West Sussex: Wiley Blackwell.
- Özcan, Ertekin (1989): *Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Hitit.
- Rancière, Jacques (1998): *The Cause of the Other*, in: *Parallax* 4(2), S. 25-33.
- Schuhmacher, Nils (2014): *»Nicht nichts machen«? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa*. Duisburg: Salon Alter Hammer.
- Tazzioli, Martina/Walters, William (2019): *Migration, solidarity and the limits of Europe*, in: *Global Discourse: An interdisciplinary journal of current affairs* 9(1), S. 175-190.
- Wilder, Gary (2020). *Solidarity. Thinking with Balibar*, Fordham University Press, S. 253-274.
- Yuval-Davis, Nira (1999): *What is ›transversal politics?‹*, in: *soundings* issue 12 summer, S. 88-93.

Is it okay to punch a Nazi?

Matthias Quent im Gespräch mit Jasmina Kuhnke und Torsten Meireis

Jasmina Kuhnke, Comedian, Autorin und serbokroatische Afrodeutsche, sitzt noch auf gepackten Umzugskartons, als sie sich mit dem Ethiker, Theologen und Direktoren des Berlin Institute for Public Theology, Prof. Torsten Meireis, und mit Matthias Quent zu einer Videokonferenz trifft. Torsten Meireis forscht an der Berliner Humboldt Universität u.a. zu politischer Ethik und Friedensethik und geht der Frage nach, wie eine gewaltfreie Gesellschaft möglich ist. Kuhnke ist wegen massiven rassistischen Bedrohungen gerade erst mit ihren vier Kindern umgezogen. Seit Jahren wird Kuhnke, die bei Twitter und Instagram unter dem Namen quattromilf (vierfache Mom I'd like to follow) unterwegs ist, angefeindet und bedroht. Wiederholte rassistische Beleidigungen, Morddrohungen, Drohvideos und die Veröffentlichung ihrer privaten Adresse im Internet haben sie nicht eingeschüchtert, aber Vorsichtsmaßnahmen für sich und ihre Familie treffen lassen. Polizeischutz erhält sie nicht und auf den Kosten bleibt sie privat sitzen. Immerhin: Im Netz solidarisieren sich Tausende mit ihr und unterstützen sie durch Spenden. Die weißen Cis-Männer Torsten Meireis und Matthias Quent können nur erahnen, was es bedeutet, im Alltag immer wieder mit den Versuchen konfrontiert zu sein, aus rassistischen Gründen zum Opfer gemacht zu werden. Das Gespräch dreht daher den Spieß um und fragt: Ist es okay, Nazis zu schlagen? Der ehemalige US-Präsident Obama jedenfalls ließ in seinem Podcast wissen, dass er mal einem Mitschüler die Nase gebrochen habe, der ihn rassistisch beleidigte. Obamas Podcastkumpel Bruce Springsteen fand: »Gut gemacht«.

MATTHIAS QUENT: »Is it okay to punch a Nazi?« – Diese Diskussion ist im Kontext der Entwicklungen in den USA entstanden: 2017 wurde der amerikanische Rechtsextremist Richard Spencer vor laufender Kamera ins Gesicht geschlagen. Ein Video davon ging viral und im Netz entspann sich eine Debatte. Nazis schlagen – das klingt erst mal sehr eindeutig. Es ist ein Element von Gewalt, Eindeutigkeit zu schaffen. Aber die Frage verhandelt tieferliegende Fragen: Wie werden in einer Demokratie, die notwendigerweise nicht per-

fekt ist, Konflikte ausgetragen; nicht zuletzt auch ethische und symbolische Konflikte? Es tangiert direkt das Vertrauen in den Staat. Unser Gespräch ist nicht gescrriptet, wir kennen tatsächlich also die jeweils anderen Standpunkte nicht. Aber wir drei können uns sicher darauf einigen, dass Gewalt generell eine schlechte Sache ist, oder?

JASMINA KUHNKE: Nein, ich glaube, darauf können wir uns generell nicht einigen. Und da fängt es schon an. Ich lehne Gewalt ab. Allerdings ist Gewalt manchmal ein Mittel der Selbstverteidigung. Das ist ein Aspekt, den man nicht vergessen darf. Nach meinen persönlichen Erfahrungen war ich oftmals gezwungen, mich auch physisch zu wehren, so sehr mich das belastet und so furchtbar ich das finde, zumal es auch überhaupt nicht in mir veranlagt ist. Umso notwendiger war es leider. Deswegen kann ich nicht generell sagen, dass Gewalt abzulehnen ist. Das ist nicht Teil meiner Lebensrealität, leider.

TORSTEN MEIREIS: Ich würde sagen: Ja, Gewalt ist prinzipiell das schlechteste Mittel, mit Konflikten umzugehen, weil es in der Regel nicht der Konfliktlösung dient. Aber es gibt bestimmte Situationen, in denen – angesichts der Tatsache, dass die Menschen leider nicht alle gut sind – Gewalt nicht völlig auszuschließen ist. Von der christlich-kirchlichen Position gibt es eine Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007, in der es um den gerechten Frieden geht. Da wird grundsätzlich gesagt, dass Krieg als Mittel für irgendetwas abzulehnen ist, dass es aber bestimmte Situationen gibt, z.B. Genozid, brutalste Verstöße gegen Menschenrechte, bei denen man auch nicht einfach daneben stehen kann und sagen kann: »Joa, das ist jetzt aber sehr schade.« Individuell können Christinnen und Christen sagen: »Ich gehe gewaltlos dazwischen und bin bereit, diese Gewalt als Zeichen auf mich zu leiten. Ich kann das aber nicht von allen Menschen verlangen, zumal von welchen, bei denen ein gewaltloser Widerstand nicht dazu geeignet ist, die Gewalt zu beenden.« Deswegen lehnen die meisten Christinnen und Christen auch die Polizei und ein Gewaltmonopol des Staates nicht ab. Deshalb würde ich Jasmina an der Stelle gar nicht widersprechen. Gewalt ist prinzipiell schlecht, sie ist kein Mittel der Konfliktlösung. Aber an manchen Stellen ist sie aus Gründen des Opferschutzes nicht zu umgehen.

MATTHIAS QUENT: Da klingen bei Euch zwei Sachen mit, einmal: Gewalt als Notwehr. Das ist selbst juristisch verankert. Und die andere Frage: Wer ist

das gewaltausübende Subjekt? Ist es die Polizei, also die Staatsgewalt, oder sind es Privatpersonen? Jasmina, was waren das für Situationen, in denen Du Dir das Privileg der Gewaltfreiheit nicht leisten konntest?

JASMINA KUHNKE: Ich kann einem Neonazi nicht immer ansehen, dass er ein Neonazi ist oder eine Neo-Nazistin. Dieser Neonazi oder diese Neonazistin sieht jedoch immer: Da ist eine Schwarze Frau. Das bedeutet, dass ich immer potenziell ein Opfer von Gewalttaten durch Neonazis, Rassist*innen und Faschist*innen werde. Ich habe leider schon Übergriffe erlebt, gewaltvolle Übergriffe, von einem sehr jungen Alter an, und ich habe früh begonnen, mich zu wehren. Das war nicht immer von Erfolg gekrönt. Aber es hat mir zumindest das Gefühl gegeben, mich nicht völlig hinzugeben, mich nicht völlig aufzugeben. Und die Art und Weise, wie ich Rassist*innen auch physisch gegenüber trete, hat mich schon vor Schlimmerem bewahrt. Ich werde nie vergessen, wie aus einer größeren Gruppe ein Typ auf mich zuing und auf den Bordstein zeigte, in Anlehnung an American History X, und ich nur entgegen brüllte: »Aber einen von euch nehme ich mit!« Und ich meinte das in dem Moment so. Es war mir bewusst, dass wenn diese Personengruppe es darauf anlegt, ich den nächsten Tag nicht erleben werde. Aber mir war auch klar, dass ich das nicht ohne Gegenwehr geschehen lasse. Ich glaube, dieses selbstbewusste Auftreten, dieses Bewusstsein, das es mir im schlimmsten Fall das Leben kosten könnte, hat eine Ausstrahlung, die dazu führte, dass es eben in dem Moment nicht zu einem weiteren Überfall gekommen ist. Das funktioniert nicht immer, aber es hat einige Male geholfen. Wenn ich eingeschüchtert bin, bin ich ausgeliefert. Ich habe für mich persönlich – und das möchte ich auf gar keinen Fall anderen empfehlen, ich kann immer nur von mir und für mich sprechen – den Weg gewählt, mich nicht noch kleiner zu machen, als ich von der Außenwelt oft schon gemacht werde, und diesen Menschen nicht auch noch recht zu geben.

TORSTEN MEIREIS: Es ist ein absoluter gesellschaftlicher Skandal, dass so etwas passiert. Sei es, dass sich Passanten bemüßigt fühlen, irgendwelche Kommentare abzulassen, oder sei es Racial Profiling. Ich finde die persönliche Politik von Jasmina, sich der Missachtung der Selbstachtung entgegenzusetzen und zu zeigen, dass man sich nicht doppelt viktimisieren lässt, plausibel. Das ist auch ein wichtiger Aspekt des Die-andere-Wange-Darbietens. Das heißt nicht, dass ich jedem Schläger die Möglichkeit gebe, nochmal draufzuschlagen, sondern es heißt, dass ich die aktive Rolle übernehme. Die Situation,

die in der Bergpredigt vorausgesetzt ist: »Wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt ...«, meint einen Schlag mit dem Handrücken. Das ist eine Demütigungsgeste. Und die andere Wange hinhalten meint eine Unterbrechung dieses Gewaltzusammenhangs und eine Verweigerung der Opferposition – aber eben nicht durch Gewalt, sondern durch Gewaltunterbrechung.

JASMINA KUHNKE: Interessant. So habe ich das noch nie interpretiert und sonst auch noch nie gehört. Now we are talking. Ab dem Moment finde ich den religiösen Ansatz sehr interessant. (Lachen)

TORSTEN MEIREIS: Ja, was glaubst Du, warum Leute wie Martin Luther King auf die Idee kamen, in dieser Weise Protest zu üben. Wir wissen vom historischen Jesus nicht so furchtbar viel, aber ...

JASMINA KUHNKE: Dass Jesus PoC war, wissen wir.

TORSTEN MEIREIS: Ja genau (Lachen). Und dass er nichts mit Waffen ausrichten wollte, das ist auch klar. Und dass er gewaltlos die Eliten seiner Zeit herausforderte: Er wusste, was da passiert. Aber die Pointe ist ja dann gerade zu sagen: Davon lass ich mich nicht kleinmachen. Schwierig wird es nur dann, wenn man sagt: »Wenn wir die Gewalt organisieren, dann kriegen wir das gut hin.« Die Sicht, sich der Demütigung, Missachtung und Misshandlung zu widersetzen, halte ich – nicht nur im Sinne der persönlichen Integrität, sondern auch im Sinne der Verbesserung der Welt – für sinnvoll. Im christlichen Kontext: Wir unterscheiden zwischen Person und Werk. Bei einer Person, die mir rassistisch begegnet, würde ich die rassistische Begegnung, also ihr Handeln, verurteilen und dieses Handeln auch zu stoppen versuchen. Davon zu unterscheiden ist dann aber: Was machen wir eigentlich mit der Person? Ist sie nur dieser Rassist oder ist sie auch noch etwas anderes? Und ich hätte immer noch die Hoffnung, dass solche Leute noch was anderes sind.

JASMINA KUHNKE: Das wäre eine Entmenschlichung und das ist etwas, was uns von denen unterscheidet: der Gedanke einer Entmenschlichung, der Gedanke, dass es Menschen gibt, die weniger wert sind. Es gibt Charakterzüge, die ich für wesentlich weniger sinnvoll oder weniger unterstützenswert halte oder die ich auch einfach komplett ablehne. Das bedeutet aber nicht, dass ich jemandem das Menschsein abspreche. Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass der Neonazi ein Mensch mit Sorgen und Bedürfnissen ist. In dem Mo-

ment, wo es um Leben und Tod und um mein persönliches Leben geht, sind das aber die Dinge, die ich verdrängen muss; ich auch das Mitgefühl hintenanstellen muss, um mich selbst zu schützen. Dieser Gedanke, der kann vielleicht im Nachhinein kommen oder vielleicht in einem Diskurs wie jetzt; da ist der Raum dafür gegeben. In dem Moment, wo es um Leben und Tod, um physische Gewalt und um das Bewusstsein geht, dass ich durch diese Person der Gewalt ausgesetzt bin – nicht andersherum –, darf ich das kurz verdrängen.

TORSTEN MEIREIS: Es geht darum, die Gewalt zu unterbrechen. Dann ist richtig zu sagen: »Ich mache mich nicht einfach klein.« Aber von vornherein für eine Ausnahmesituation vorherzusagen, wie man das am besten macht, ist immer schwierig. Ich habe solche Situationen natürlich anders erlebt. Als weißer Mann gehöre ich zu den am meisten geschonten Personen, wie Luca di Blasi das sagt. Aber: sich Unterstützung von anderen zu holen, in einer Situation, wo ich bedroht werde, wenn das gelingt, ist das die bessere Variante, als in die Gewalt zu gehen.

JASMINA KUHNKE: Da geht es auch um Verantwortung. Das muss man auch aufspalten, denn ich trage ja in dem Moment auch die Verantwortung für andere. Aber das kannst Du natürlich aus einer weißen, cis-männlichen Situation gut sagen. Für mich ist es im Zweifelsfall immer ein Kampf um Leben und Tod, wenn ich auf Rassist*innen treffe. Machen wir uns nichts vor. Da gibt es leider keinen Spielraum mehr.

TORSTEN MEIREIS: Naja, aber Du weißt ja von vornherein nicht, wer Rassist*in ist oder nicht.

JASMINA KUHNKE: Deswegen sag ich ja, dass es immer ein Spiel auf Leben und Tod ist, weil ich nicht weiß, inwieweit diese Person radikal oder moderat unterwegs ist.

MATTHIAS QUENT: Es geht ja nicht nur um Situationen, sondern um gesellschaftliche Verhältnisse, um übersituative, strukturelle Formen von Gewalt und Unterdrückung. Der Nazi Spencer wurde nicht in einer Situation geschlagen, in der er jemanden körperlich angegriffen hat, sondern er stand vor der Kamera und hat ein Interview gegeben. Das heißt, er hat durch Medien, durch seine Politik Rassismus und weiße Vorherrschaft verbreitet. Es geht

auch um latente Vernichtungswünsche in Teilen der Bevölkerung, die sich in politischen Spektren artikulieren, die wir als rechtsextrem oder als Nazis labeln, die immer da sind und die dann erfolgreich sind und ihre Pläne dann umsetzen, wenn man es zulässt. Ist es okay, »to punch a nazi«, um diese Pläne zu stören? Vielleicht darf ich mal eine Erfahrung aus meiner Jugend berichten, als ich so 15, 16 war: Ich wurde immer wieder von Nazis angegriffen, weil meine Kleidung den Nazis nicht passte. Das ist immer noch eine völlig andere Situation als jene, die Jasmina und andere Gruppen aushalten müssen. Ich war immer noch privilegiert, denn ich hätte mein Punkrock-Shirt ausziehen können. Morgens am Bus stand eine Zeit lang immer eine Gruppe Nazis; die haben mich und ein paar Freunde dort auf dem Schulweg abgefangen und angegriffen. Es kam auch mal die Polizei und es wurde einer der Skins verurteilt. Aber sobald die Polizei nicht da war, waren die Nazis wieder da. Jeden Morgen. Sodass ich irgendwann mit Angst in die Schule gegangen bin. Irgendwann kam eine Gruppe älterer Punks. Die haben ein paar Backpfeifen verteilt und von da an hatten wir Ruhe. War das legitim oder nicht?

TORSTEN MEIREIS: Mir ist die Unterscheidung zwischen einer situativen Beurteilung und der Frage nach Gewalt als Mittel der Politik sehr wichtig. In einer situativen Beurteilung würde ich das für möglich halten. Ich könnte mir auch das Szenario, welches Du beschrieben hast, falls die Polizei untätig ist, gut als eine erweiterte Notwehrsituation vorstellen. Aber wenn man sagt: »Wir machen jetzt eine linke Bürgerwehr!«, dann wird es in dem Maß schwierig, wo du die demokratische politische Regelung nicht anerkennt. Denn wenn du davon ausgehen musst, dass alle Staatsorgane prinzipiell rassistisch unterwandert sind, immer, – das ist ja eine These –, dann wäre das ein Fall für das große Widerstandsrecht, welches auch in der Verfassung verankert ist: Wenn Leute irgendwie die Verfassung kaputt machen wollen, dann muss jeder Widerstand leisten. Da wäre ich aber vorsichtig. Ich will keinerlei Bedrohungssituationen kleinreden, wäre aber doch bei der Entfesselung von Gewalt als alltägliches Mittel unter der Unterstellung, dass es einen demokratischen Staat nicht mehr gibt, der diese ordentlich regeln kann, mehr als zurückhaltend. Man kann sehen, dass – sagen wir mal vorsichtig – »Rechtsausleger« wie Herr Maaßen sich auf Dauer da nicht halten können.

MATTHIAS QUENT: Ich verstehe die Einschränkung und würde auch sagen, dass der Rechtsstaat im Großen und Ganzen funktioniert und lernfähig ist. Aber offenbar funktioniert er nicht für alle Gruppen gleich. Es gab den Dauerzu-

stand der »Baseballschlägerjahre« in den 1990er- und 2000er-Jahren vor allem in Ostdeutschland, in denen weder Staat noch Zivilgesellschaft die Nazis stoppten, die sich vielerorts das Recht der Stärkeren erprügelten und erzündelten. Dort, wo diese Leute mit Gewalt Hegemonien erkämpft haben, ist heute die AfD besonders stark. Es gab 14 Jahre den Dauerzustand des NSU-Terrors, dessen Keimzelle vom Thüringer Verfassungsschutz mit aufgebaut wurde, und es gab das Versagen staatlicher Behörden und der Gesellschaft, diesen Rassismus überhaupt zu erkennen. Stattdessen wurde die Spaltung durch Fehlreaktionen von Behörden, Medien und der Gesellschaft noch verstärkt. Jasmina muss sich trotz Morddrohungen von Rassist*innen selbst um ihre Sicherheit kümmern. Es gibt den NSU 2.0 und, und, und. Die auf Erfahrungen beruhende Wahrnehmung vieler Menschen, dass der Staat nicht da ist, um einen zu schützen, ist da und führt bei manchen erst zu Staatsferne und Radikalisierung.

TORSTEN MEIREIS: Ich würde nicht bestreiten, dass es diese Wahrnehmung gibt und der Sachverhalt ist skandalös! Aber ich bin skeptisch, ob man dann zur direkten Aktion übergeht. Wenn Gewalt als Mittel eingesetzt wird, ist Ziel der wechselseitigen Anerkennung als Grundlage von Rechtszuständen, das erreicht werden soll, in der Regel schon verfehlt worden. Das ist auch bei der Polizei und umso mehr beim Militär so. Deshalb ist Gewalt immer grenzwertig und deshalb kann sie immer nur eine Ultima Ratio sein, um das Schlimmste zu verhüten und einen Rechtszustand der wechselseitigen Anerkennung zu wahren. Trotz aller Probleme, die diese Situation hat, die Ihr beschreibt, möchte ich die demokratischen Institutionen verteidigen. Denn das lehrt uns die historische Erfahrung der Weimarer Republik, dass die Logik der Gewalt auf die Gewalt Ausübenden abfärbt und die Vorstellung des guten Gewalttäters oder der guten Gewalttäterin in der Regel nicht lange funktioniert. Das kann zu einer Verunmöglichung jeder zivilen Konfliktaufarbeitung führen. So war es jedenfalls in der Weimarer Republik. Das ist eine Gefahr, die ich nicht gering schätzen würde.

JASMINA KUHNKE: Es hat niemand diese Gefahr unterschätzt. Wir haben in dieser ganzen Situation das Problem, dass die Entnazifizierung nicht stattgefunden hat. Das bedeutet, dass wir nach wie vor die verschleppten Überreste einer Gesinnung in den staatlichen Behörden, aber auch in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Wir sind in der Situation, dass Rassismus immer noch als Meinung wahrgenommen wird – auch durch Behörden, an die ich mich ge-

wendet habe, wenn mir was passiert ist. Es wurde durch die Behörden als Kavaliersdelikt wahrgenommen, weil es so geframt ist, weil es so über Generationen mitgegeben wurde. Wenn wir uns anschauen, welche Menschen oder welche Firmen in Deutschland immer noch maßgeblich eine Machtposition innehaben und feststellt, dass diese auf Verbrechen der Täter*innen basieren, dann finde ich das mehr als fragwürdig. Das finde ich erschreckend und absolut nicht nachvollziehbar. Oder wenn man schaut, dass teilweise Leute ganz normal in den Polizeidienst gewechselt sind, obwohl sie vorher bei der SS waren. Ich finde, dass bei der Entnazifizierung gründlich geschlampt wurde.

Das bedeutet: Wenn wir gewaltfrei leben wollen, müssen wir vor allem dafür sorgen, dass Gewalt auch durch Behörden usw. nicht mehr weitergegeben wird, dass sie nicht akzeptiert und toleriert wird. Ein mögliches adäquates Mittel kann keinesfalls ebenfalls Gewalt sein – außer in einer Notfallsituation. Wenn wir uns die aktuellen Demonstrationen anschauen und dort rechtsradikale Gewalttäter*innen unterwegs sind, dann müssen wir fragen: Wie soll das gelöst werden? Und warum sind die Polizeibehörden da nicht tätig und machen ihren Job so, dass gewährleistet ist, dass die potenziellen Gewalttäter*innen keinen Raum bekommen? Es kann nicht sein, dass in Deutschland, im Land mit dieser Geschichte, Antisemitismus und Rassismus straffrei akzeptiert werden. Da sehe ich die Verantwortung auch bei der Obrigkeit. Es darf nicht sein, dass Antisemitismus in Deutschland passieren darf, überhaupt noch stattfinden darf. Ich finde es nach wie vor unfassbar, dass etwa Verlagshäuser immer noch auf den Geldern dieser Verbrechen sitzen, immer noch diese Machtpositionen innehalten und alle es wissen. Es kann dann nicht erwartet werden, dass die Mitte der Gesellschaft anfängt, antirassistisch zu sein, wenn Arbeitgeber*innen und Menschen, die in Machtpositionen sitzen, damit wunderbar leben können. Persönlich würde ich das wahrscheinlich auch nicht machen, wenn ich nicht betroffen wäre. Wir sollten sehen, dass wir eine antirassistische Grundhaltung als Basis des Miteinanders erreichen.

TORSTEN MEIREIS: Also, wenn wir uns auf Folgendes einigen können: Erstens: Es hat eine Entnazifizierung gegeben, bei der aber geschlampt wurde und die noch nicht abgeschlossen ist. Und zweitens: So etwas wie Antirassismus ist nach Art. 3 Grundgesetz eine Staatszielbestimmung. Dann sind wir uns, glaube ich, einig.

MATTHIAS QUENT: Würdet Ihr denn im Allgemeinen sagen, dass man sich darauf verlassen kann, dass Staat und Polizei uns vor rechter Gewalt beschützen?

JASMINA KUHNKE: Nein.

TORSTEN MEIREIS: ›Dem Staat‹ darf man sowieso nie vertrauen. Das, was wir den Staat nennen, ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich – über die Fiktion des Gesellschaftsvertrags – geeinigt haben, bestimmte Freiheiten abzugeben, um andere Freiheiten und Rechte zu erhalten. Die Organisationen, die sie mit der Wahrung der Ziele des Staates oder des gemeinsamen Verbundes beauftragt haben, müssen immer kontrolliert werden. Sie verdienen kein unbeschränktes Vertrauen. Niemals. Deswegen müssen wir als Bürgerinnen und Bürger auf Probleme achten. Es gibt Offizielle, die korrupt sind. Es gibt Rassisten, die in Funktionspositionen sitzen. Aber wir als Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu verlangen, dass Verstöße gegen geltendes Recht und Angriffe auf Menschen und deren Integrität verfolgt werden und vor allem, dass Menschen davor geschützt werden. Das ist das Wesen einer guten Demokratie.

JASMINA KUHNKE: Ich finde, das kann man so stehen lassen.

MATTHIAS QUENT: Du hast die Entnazifizierung angesprochen. Im Kontext von Aufarbeitung und Erinnerungskultur gehört symbolische und tatsächliche Militanz zur deutschen Geschichte. 1950 prügeln Herbert Wehner und andere SPD-Abgeordneten einen Alt-Nazi aus dem Bundestag. 1959 wurden die Kölner Synagoge und das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit Hakenkreuzen beschmiert. Der damalige CDU-Bundeskanzler Adenauer forderte danach eine »Tracht Prügel« für antisemitische »Lümmel«. 1969 ohrfeigte Beate Klarsfeld den CDU-Bundeskanzler Kiesinger, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, und nannte ihn »Nazi«. In der schwedischen Stadt Växjö steht die Skulptur »Die Frau mit der Handtasche«, die eine Szene dokumentiert, bei der 1985 die Tochter einer Holocaustüberlebenden mit ihrer Handtasche gegen einen Neonazi-Demonstranten ausholt. Welche Rolle spielen solche militanten Akte, die auch das öffentliche Bewusstsein aufrütteln, im Kampf um Erinnerungskultur? Welche Rolle kommt ihnen hinsichtlich des Aufbrechens von nationalsozialistischen Traditionen und im Weiteren des aktuellen Rassismus zuteil?

JASMINA KUHNKE: Die Nazis haben sich selbst als Übermacht gesehen, sie wurden aber durchaus infolge ihrer Gewalttaten als Übermacht empfunden. Ich finde eine Backpfeife für diese Menschen völlig in Ordnung. Tut mir furcht-

bar leid. Ich würde gerne etwas anderes sagen, weil ich weiß, dass sich so etwas nicht gehört. Aber es gibt eben dieses Machtgefälle, diese Machtposition der Menschen, die dafür gesorgt hat, dass Millionen andere Menschen sterben. Das Entzaubern dieser Machtmenschen finde ich gut. Tut mir leid, aber ich finde es grandios. Wenn ich das sehe, bin ich leider eine derjenigen, die in solchen Momenten Beifall klatscht. Ich bin auch nur ein Mensch. Ich weiß nicht, ob ich vor einer Frau von Storch stehen könnte, ihre Reden hören könnte, und nicht das Gefühl hätte: »Jetzt möchte ich ihr eine Backpfeife geben.« Ich bin dann froh, dass das PENG!-Kollektiv das übernommen und sie getortet hat. Das macht mich tatsächlich ein bisschen glücklich. Jetzt fühle ich mich weiß (lacht).

TORSTEN MEIREIS: Ich würde den Begriff »Militanz« nicht unbedingt mit der Anwendung von physischer Gewalt gleichsetzen. Les militants (franz.) können gewaltsam sein, müssen es aber nicht. Es bedeutet zunächst nur eine bestimmte Form eines Widerstandsgeistes und kritischen Bewusstseins. Und an der Stelle kann ich mir das vorstellen. Ich halte Gewalt, auch symbolische Gewalt, als Mittel der Politik für hoch problematisch. Und zwar deswegen, weil man damit auch den Bereich der symbolischen Kenntlichmachung dessen, was diese Person getan hat, verlässt. Man macht sie damit in gewisser Weise zum Opfer. Man demütigt sie auf eine Art, die sie kleinmacht, die ihre Persönlichkeit negiert, mit den Mitteln, die gegebenenfalls von dieser Seite auch angewendet werden. Ich halte die Form, die Du Jasmina in der Regel als Comedian nutzt, für adäquater. Auch damit findet eine symbolische Form von Achtungsentziehung statt – nicht der Achtung als Mensch, denn die hältst Du immer aufrecht. Aber die Aussage: »Du verdienst meine Wertschätzung als Bürger oder Bürgerin nicht, weil du dich so nicht verhältst«, die kann durch Formen des Parodierens unter Umständen besser erreicht werden. Ob diese Formen die besten sind – ich bin kein Comedian und wäre wahrscheinlich ein mieser – sei dahingestellt. Aber diese Formen halte ich für adäquater, weil sie die Konfrontation, die öffentliche Darstellung der Missetaten betätigt, anstatt auf eine Ebene zu gehen, auf der ich den anderen überhaupt nicht mehr als eine Person wahrnehme, sondern ihn wie einen Gegenstand züchtige. An der Stelle finde ich Gewalt, auch als symbolische Aktion, nicht angemessen. Ich kann nachvollziehen, dass der Impuls da ist, wenn man selbst dauernd verletzt wird und ein anderes Mittel in dem Moment nicht zur Verfügung hat. Aber ich finde es kein plausibles Mittel.

JASMINA KUHNKE: Ich glaube, wir müssen da auch den geschichtlichen Kontext berücksichtigen. Ich fand das, wenn man sich das in der Vergangenheit anschaut, als Symbol tatsächlich völlig gerechtfertigt, weil diese Menschen nun mal sehr viele Menschen getötet haben. Jetzt ist es so, dass neue Rechte sich das vielleicht gern zurückwünschen, aber nicht in der Position sind, das zu tun, zumindest noch nicht. Da ist auch eine andere Form von Verzweiflung und Notwendigkeit bei den politischen Gegner*innen. Auf das Heute übertragen gibt es andere Mittel. Wir können das satirisch lösen, wir können das anders lösen, aber im geschichtlichen Kontext finde ich das gerechtfertigt.

MATTHIAS QUENT: Ich möchte Dich gern in Deiner Rolle als Medienexpertin fragen: Ein guter satirischer Spruch oder eine gute satirische Reaktion, wie das Torsten dargestellt hat, ist sicher vermittelnder. Aber wir leben nun mal in einer Aufmerksamkeitsökonomie, die das Extreme und sogar Gewalt regelrecht belohnt, jedenfalls in der Währung der Aufmerksamkeit – wenn wir beispielsweise an die Reichstagstreppenerstürmungsbilder und die aufgeregte Debatte darüber denken. Bei Querdenken-Protesten hat fast jeder ein Handy in der Hand und filmt jede Rangelei mit der Polizei. Es gibt in allen Protestbewegungen Ikonografien und Akte, die Debatten anstoßen. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, heißt es, und gleichzeitig gibt eine öffentliche Doppelmoral, die Gewalt vordergründig ablehnt, aber hintergründig immer noch bewundert und quasi einfordert – und sei es die Gewalt des Staates. Du bist auf Twitter mit sehr deutlichen und klaren, nicht gewaltaffinen, aber doch robusten Aussagen unterwegs. Wie wichtig ist es, auch aus der Sicht als Medienexpertin, verkrustete Realitäten, wie strukturellem Rassismus, mit Regel- oder zumindest Normverletzungen aufzubrechen?

JASMINA KUHNKE: Wir müssen klar festhalten, dass ein satirischer Spruch oder eine satirische Aktion vielleicht ganz unterhaltsam ist. Aber es ist nichts, was die Geschichte umschreiben wird und gegebenenfalls neue Rechte aufhalten würde. Mein Auftreten auf Twitter würde ich nicht als antirassistische Arbeit graden, weil das nicht an der Wurzel greift. Das ist mal ganz interessant, aber auch sehr kurzlebig. Ich glaube, kein Satire-Stück hat unsere Politik dauerhaft verändert. Wir haben die Möglichkeit, Menschen zu erreichen und Aufmerksamkeit zu schaffen. Aber letztendlich sind es nicht die Taten, die wir dadurch beeinflussen.

MATTHIAS QUENT: Welche Rolle spielen Aufmerksamkeitsökonomien gegenüber Gewalt, die öffentlich immer beachtet wird?

JASMINA KUHNKE: Das ist vor allem deshalb wichtig, weil nur ein Teil der Bevölkerung den Bereich Satire, Medien usw. wahrnimmt. Ich glaube, es ist wichtig, dass für eine breite Masse begreifbar wird, dass auch die Emotion, die dahintersteckt, begreiflich ist, und sich mehr Menschen dadurch angesprochen fühlen. Nicht jede oder jeder kann da mit mir konform gehen. Womit wir aber hoffentlich gesellschaftlich konform gehen können: dass Nazis keinen Fußbreit in dieser Demokratie stattfinden sollten.

TORSTEN MEIREIS: Ich finde, dass Du dem Wort und auch eigenen Aktionen wenig zutraust. Ich glaube zum Beispiel, dass die satirischen Poetry-Slams, die gegen bestimmte Formen von Politik vorgebracht werden, sehr wohl eine Wirkung entfalten. Ich hoffe sogar zuweilen, dass Wissenschaftler*innen wie Matthias und ich eine gewisse Wirkung entfalten, die natürlich sehr viel mittelbarer und langsamer ist als die Wirkung einer spektakulären Aktion. Das Problem beim Gewalteinsatz ist, dass man damit – und wenn man dann anfängt über Gewalt als möglicherweise effektivstes Mittel der Politik zu diskutieren – die Ebene der Politik, als Auseinandersetzung unter Würdegleichen über bestimmte Formen des Zusammenlebens, immer schon verlassen hat. Deshalb können gegenüber einer konkreten Gewalttat das Stoppen und Widerstand sinnvoll, wichtig und richtig sein. Wenn aber Gewalt als Mittel der Politik eingesetzt wird, ist das hoch gefährlich, weil wir damit den Bereich verlassen, in dem wir uns miteinander verständigen und in dem ich den anderen als Menschen ansehe, der – auch wenn mir dessen Handlungen absolut nicht passen – potenziell Gesprächspartner*in für mich ist und bleibt.

MATTHIAS QUENT: Also mit Nazis reden?

TORSTEN MEIREIS: Moment. Ich würde mit Menschen reden, auch wenn diese Positionen vertreten, die ich unter keinen Umständen teile. Jetzt kommt es auf die Gesprächssituation an. Wenn eine Diskussion organisiert wird, die keine Diskussion ist, weil von vornherein völlig klar ist, dass hier jemand vorgeführt und möglichst anschließend zusammengeschlagen werden soll, dann ist das ein völlig anderer Gesprächskontext. Aber prinzipiell würde ich erst mal, in der Tat, mit jedem Menschen reden. Mein Problem ist der Essentialismus, der da mitschwingt. Indem Du Menschen als »Nazis« bezeichnest,

reduzierst Du sie auf diese Haltung und gibst immer schon vorm, zu wissen, wer ein Nazi ist. Es gibt Leute, die Elemente nationalsozialistischer Einstellungen vertreten. Das finde ich zutiefst schlecht – nur das verdirbt diese Personen nicht durch und durch, sondern ich würde immer sagen, dass es einen Unterschied zwischen Person und Werk gibt. Und es gibt niemanden, der so verloren ist, dass er oder sie sich nicht ändern kann. Da bin ich tatsächlich Christ, meine aber auch, dass das menschenrechtlich und im Hinblick auf die Vorstellung der Menschenwürde nicht anders geht. Menschen mit nationalsozialistischen Einstellungen habe ich zum Beispiel schon in der Nachbarschaft wahrgenommen. Man hat es nie vermutet und auf einmal kommt ein Spruch, den ich als nazimäßig, rassistisch qualifizieren würde. Nicht-Intervenieren ist keine Lösung. Aber macht dieser Spruch diese Person essenziell zum Nazi? Ich würde »Nein« sagen. Muss man diese Person darauf aufmerksam machen, dass ein solcher Spruch gar nicht geht? Ja, das muss man.

JASMINA KUHNKE: Wait. Ich muss das nicht. Und da sind wir zum ersten Mal absolut nicht einer Meinung. Ich muss nicht mit Nazis reden. Ich habe irgendwann mal getwittert: »Während Ihr mit Nazis redet, hängen Menschen wie ich in Euren Vorgärten an Bäumen.« Das ist ein Privileg, dessen man sich bewusst sein sollte, dass man mit Nazis oder Neonazis oder Rassist*innen oder den neuen Rechten reden kann. Ich kann das nicht und ich werde das auch nicht. Ich werde niemandem den Raum bieten, um mit Menschenfeindlichkeit zu argumentieren und mir mein Existenzrecht absprechen zu lassen. Das tun diese Menschen mit jeder Silbe. Es gibt dort keine legitime Meinung.

TORSTEN MEIREIS: Da würde ich Dir wieder zustimmen. In dem Moment, in dem die Gesprächssituation völlig klar darauf zielt, jemanden das Gesprächsrecht von vornherein abzusprechen, brauche ich in das Gespräch gar nicht reinzugehen. Die Frage ist: Woher weiß ich, dass jemand bleibend ein Nazi ist? Diesen Essenzialismus finde ich problematisch.

JASMINA KUHNKE: Dein Nachbar, der einen scheiß Spruch bringt, ist wahrscheinlich jemand, der rassistisch sozialisiert ist. Das ist ein Unterschied.

MATTHIAS QUENT: Ich möchte zuspitzen, weil es um die Frage der Anerkennung der Position der anderen geht – nämlich derjenigen, die wir jetzt hier unter dieser Überschrift als »Nazis« bezeichnen. Ich würde mich zum Beispiel nicht

mit einem Höcke auf eine Podiumsdiskussion oder in eine Talkshow setzen, weil ich seine Anwesenheit auf einem solchen Podium falsch finde, weil es seine politischen Positionen, für die er ja dort sitzt, legitimiert. Klar ist es theoretisch denkbar, dass auch aus Höcke mal ein halbwegs anständiger Mensch werden könnte, aber bis zu diesem unwahrscheinlichen Tag sollte man ihm einen Strich durch die Rechnung machen.

TORSTEN MEIREIS: Ja, man darf keine Bühne bieten. Das ist ja klar. Da tritt Herr Höcke ja nicht als die Person Höcke auf, sondern gewissermaßen in der Rolle der Kaderpersönlichkeit, die das als öffentliche Inszenierung nutzt.

MATTHIAS QUENT: Aber wenn er in seiner Rolle als Geschichtslehrer oder als Vater, der er ja auch ist, eingeladen worden wäre, wäre das ja nicht besser, weil dann könnte er unter dem Vorwand des Geschichtslehrers das verbreiten, wofür er nun mal steht.

TORSTEN MEIREIS: Ja, aber in dem Wissen, dass er diese Rolle genutzt hat, um die andere zu befördern, würde ich ihm diese Bühne verweigern. Das würde ich machen, weil wir natürlich hier über strategische Kommunikation reden. Ich würde aber auch Herrn Höcke nicht auf seine politische Position reduzieren. Jasmina, ich würde Deine Position an der Stelle teilen, wenn ich aus der historisch-konkreten Erfahrung weiß, dass ich im Gespräch mit Person A und B niemals zu Wort kommen werde, weil sie mich nicht als Gleiche anerkennen und ausdrücklich leugnen, dass ich würdegleich bin. Dann würde ich mich auf das Gespräch natürlich auch nicht einlassen, weil die Grundlage nicht gegeben ist.

JASMINA KUHNKE: Aber das ist ja nun mal die Position, die ich als Schwarze Frau im Kontext zu Faschist*innen habe. Es gibt keinen Rassisten, der mich als eine Gleiche sieht. Das schließt sich aus. Das bedeutet, dass für mich die Grundlage ganz anders ist. Und wir müssen deutlich unterscheiden, ob jemand rassistisch sozialisiert ist, aufgrund des systemischen Rassismus, den wir alle hier haben. Auch ich bin so sozialisiert. Und wenn der Nachbar Heinz seine rassistischen Beleidigungen oder Bezeichnungen reproduziert und ich das mitbekomme, dann sage ich dem Heinz natürlich: »Sag mal Heinz, tickst du noch ganz sauber?! Das kannst Du so nicht machen! Wir leben nicht im Jahr 1940, lass es!« In diese Diskussionen gehe ich natürlich. Das müssen wir unterscheiden. Wenn ich aber weiß, dass dieser Nachbar nicht Heinz, son-

dern Björn Höcke ist, dann werde ich mit Björn Höcke, von dem ich weiß, dass er ein Faschist ist, nicht reden. Der wird von mir kein »Guten Tag« kriegen. Ich sehe da folgendes Problem: Wenn wir auf diese Menschen zugehen, dann erhalten sie ein Zeichen, dass sie noch ein gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft, sind. Aber Menschenfeinde, die propagieren, dass andere Menschen weniger Lebensrechte haben, also auch Menschen – jetzt weg vom Rassismus –, die ableistisch sind und damit Menschen mit Behinderung die Gleichberechtigung absprechen, die queere Menschen ausgrenzen und ihnen teilweise sogar das Lebensrecht absprechen, haben als solche keinen Platz in unserer Gesellschaft. Sie haben kein Anspruch auf eine normative Teilhabe in unserer Gesellschaft. Sie sind nicht Teil dieser demokratischen Werte, die wir vertreten. Da geht es auch nicht um Gewalt, sondern da geht es darum, gewaltlos zu demonstrieren: »So geht es nicht. Entweder du hältst Dich an unsere demokratischen Werte, die wir haben, oder Du musst das Leben des Outsiders führen, das du gewählt hast.«

TORSTEN MEIREIS: Völlig richtig. Wer mit Äußerungen und Taten gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausdrückt, der oder die verwirkt bestimmte bürgerliche Rechte. Das würde ich auch so sehen. Ich bin nur immer vorsichtig mit: »Du bist jetzt das und das!« Solange sie solche Äußerungen tun und solange sie das in Worten und Werken ausdrücken und andere Menschen nicht in dieser Form anerkennen, haben sie sich in gewisser Weise außerhalb dieser Anerkennungsgemeinschaft gestellt. Aber das macht ihre Menschenwürde nicht kaputt.

JASMINA KUHNKE: Das ist ja selbstverständlich. Dann sind wir uns einig. Wir hatten uns darauf geeinigt, dass die Menschenrechte und Menschenwürde gewahrt werden müssen. Wir sind uns vielleicht an dem Punkt nicht einig, wo wir jeweils die Grenze zwischen Meinung und Faschismus ziehen würden. Ich würde bei dem Beispiel, welches Du genannt hast, schon schauen, dass man zwischen Meinung und Faschismus, der nach außen getragen wird, unterscheidet, und darauf achtet, wie viel Raum man dem gibt. Ich möchte aber festhalten, dass wir als Mitte der Gesellschaft eine Verantwortung tragen. Und wir müssen sehr genau schauen, wo die Grenzen verlaufen.

TORSTEN MEIREIS: Das ist ein Kampf um Deutungshoheit, der mit Worten geführt wird und um die Köpfe und Herzen geht. Der ist viel bedeutsamer als irgendeine Form von Straßenkampf, weil die Gewaltförmigkeit problematisch

ist – im Falle von Wehner etwa, der die Leute aus dem Bundestag geprügelt hat, war es eine Reminiszenz an Weimar, sie war auch so gedacht, das ist seinen Reden zu entnehmen. Da wird gewissermaßen die Gewalt schon als Mittel der Politik angelegt. Es muss darum gehen, dass wir diese Anerkennungsgemeinschaft rekonstruieren und deutlich machen, dass diejenigen, die versuchen, diese Anerkennungsgemeinschaft zu torpedieren, indem sie bestimmten Leuten immer schon das Recht mitzuspielen verweigern, mit Sanktionen rechnen müssen. Und die Sanktionen sind so, dass den Anerkennungsverweigerern der bürgerliche Respekt entzogen wird und gesagt wird: »Nein, so geht das nicht.« Die Gewaltunterbrechung ist zentral an der Stelle.

JASMINA KUHNKE: Ich glaube, dass die Positionen hier aufgrund der Privilegienverteilung wieder unterschiedlich sind. Wenn man sich vorstellt, dass wir uns gewaltlos wehren würden, es aber zu einer Massenübernahme der Rechten käme, dann seid Ihr beiden wahrscheinlich nicht diejenigen, die als erstes fallen. Es wäre dann Eure eigene Entscheidung, ob Ihr Euch gegen das System auflehnt und gegebenenfalls Opfer werdet. Ich habe diese Wahl dann nicht. Das bedeutet, dass wir unterschiedliche Motivationen haben angesichts dieser Gewaltaussicht, die uns entgegengebracht wird. Da zählt nicht nur die körperliche Gewalt dazu, sondern auch die Entmenschlichung und die Mikrogewalt, also die rassistischen Bezeichnungen, sowie der Umstand, dass es migrantisch markierte Personen in unserem System schwerer haben, nach oben zu kommen. Wenn wir das alles vergegenwärtigen, dann könnt Ihr beide – und es tut mir leid, dass ich das so brutal sagen muss – Euch freiwillig entscheiden, ob ihr Antirassist*innen sein wollt und dann gegebenenfalls diesem System erliegt. Ich habe die Wahl halt nicht. Natürlich ist da die Frage, wie Danger Dan so schön gesagt hat: »Wenn du gegen die Gewalt friedlich nicht ankommen kannst, dann ist das letzte Mittel Militanz.« Ich stimme dem zu. Ich habe einfach ein ganz anderes Need und eine ganz andere Angst und Sorge. Wenn ich mir meine Kinder und die Entwicklung ansehe, habe ich eine andere Bedürftigkeit. Das, was gesellschaftlich passiert, geht an meine Substanz und an die Substanz meiner Familie. Klar, man kann sich entspannt zurücklegen und sagen: »Ach ja. Rassismus ist schon schlimm und es auch irgendwie nicht angenehm, vielleicht auch ein bisschen blöd. Aber es ist jetzt auch nicht so schlimm.« Doch für uns ist das schlimm. Man kann das in Eurem Fall aus einem akademischen Blickwinkel sehen. In meinem Fall ist das ein sehr konkreter Blickwinkel – es ist meine Lebensrealität und ich kann aus dieser Rolle der Schwarzen Frau zu keinem Zeitpunkt aussteigen.

TORSTEN MEIREIS: Natürlich haben wir, sowohl Matthias als auch ich, Dir gegenüber in einer Situation des Racial Othering Privilegien, weil wir nicht von vornherein als Antirassisten erkennbar oder als ›Andere‹ markierbar sind. Das wird überhaupt nicht bestritten. Aber ich würde sagen, dass wir uns normativ auf diese Argumentation nicht einmal im Ansatz einlassen dürfen. Das betrifft den Niemöller-Spruch: »Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude. Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist ... und als sie mich holten, gab es keinen mehr, der für mich hätte sprechen können.« Auf diese Ebene des Auseinanderdividierens dürfen wir uns nicht einlassen. Der Rassismus, der Dir begegnet, verletzt uns als Bürger*innen und man darf sich nicht daraus ziehen und sagen, dass mich das nichts angeht.

MATTHIAS QUENT: Das ist die Norm und der Anspruch. Aber das ist nicht die gesellschaftliche Realität. Vielleicht wird sie es einmal werden.

TORSTEN MEIREIS: Und genau diesen Anspruch müssen wir – metaphorisch gesprochen – im Diskurs mit Zähnen und Klauen verteidigen. Genauso müssen wir den Anspruch der antirassistischen Gesellschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen und als Staatsziel ausweisen. Deswegen würde ich das Auseinanderdividieren nicht mitmachen und sagen: »Das geht uns ganz genauso an.« Das ist eine normative Setzung, die uns in Fleisch und Blut, in Recht und Alltag übergehen muss. Sich zurückziehen darf man nicht.

JASMINA KUHNKE: Aber das Können – das ist der Unterschied! Du kannst es. Unsere Gesellschaft kann es. Ich kann es nicht. Und diese Unterschiede müssen gemacht werden. Wir können diese Unterschiede erst dann nicht mehr wahrnehmen, wenn sie nicht essenziell sind. Erst dann, wenn wir tatsächlich gleichgestellt sind, wenn es nicht bedeutet, dass ich rausgehe und keine Angst haben muss, irgendwann im Vorgarten zu hängen, weil Inge und Klaus weggeguckt haben, dann können wir diese Unterschiede vergessen. Es geht auch gar nicht darum, dass Du Dich nicht solidarisch zeigen würdest. Es geht darum, dass ich markiert bin und das nicht wegschalten kann.

TORSTEN MEIREIS: Inge und Klaus müssen genauso wie Matthias und Torsten verstehen, dass in der Läsion Deiner Person die Würde unserer Personen mitlädiert wird. Wenn wir das nicht verstehen, dann ist der gemeinsame Struggle für diese Art der Würdegleichheit gegenstandslos. Das ist auch Gegenstand

meiner Ethik und Lehrbemühungen. Es soll verstanden werden, dass die Verletzungen der einen auch die Verletzung meiner selbst ist. Eine Ordnung, die darauf pocht, dass die Würde eines jeden und einer jeden gleich zu achten ist, hängt daran, dass an der Stelle die Differenzen nicht stark gemacht werden, sondern zunehmend zum Ausgleich gebracht werden. Ich weiß, dass die Situation so ist, dass man Dich sehr leicht als Außenseiterin markiert und bedroht. Das muss unerträglich sein.

JASMINA KUHNKE: Das ist doch aber ein philosophischer oder theologischer Ansatz.

TORSTEN MEIREIS: Der ist aber auch existenziell.

JASMINA KUHNKE: Es ist ein »All Lives Matter«-Ansatz. Den können wir erst gemeinsam durchboxen, wenn wirklich all lives matter. Das Bestreben, das Du in Dir trägst, ist ein sehr christliches und lobenswertes. Ich verstehe auch, dass wir uns als gesamte Gesellschaft wahrnehmen müssen. Fakt ist aber, dass das nicht funktioniert, da wir geothert werden, anders markiert sind, anders markiert werden und es gesellschaftlich bzw. in unserer sozialen Struktur noch nicht verankert ist, dass migrantisch markierte Menschen, Menschen mit Behinderungen, queere People gleichgestellt sind. Doch vorher geht es nicht. Ihr müsst gerade für uns mit stark sein. Ich möchte, dass Inge und Franz begreifen, dass es markierte Menschen sind, die als Opfer wahrgenommen oder zu Opfern gemacht werden, vor die sie sich stellen müssen. Da bin ich wieder bei Dir. Aber dass die Nichtmarkierten dieselbe Motivation haben, dass Rassist*innen nicht an die Macht kommen, das stimmt nicht.

TORSTEN MEIREIS: Ich glaube, dass wir da doch nicht so weit auseinander sind. Meine Pointe war, dass sich das all lives matter hier und heute an der Priorisierung des black lives matter bewährt. Wenn wir das nicht mal hinkriegen, gibt es niemanden, der sicher ist. Deshalb muss man das immer mal wieder in das Gesamtbewusstsein der Gesellschaft rufen, sodass das nicht auch zum »Joa, das gibt es auch, wie andere unangenehme Dinge« verkommt.

JASMINA KUHNKE: Wir sind uns einig.

MATTHIAS QUENT: Da haben wir jetzt die Synthese aus den vermeintlichen Widersprüchen zwischen Identitätspolitik vs. Universalismus geschafft? So ein-

fach ist das? Spaß bei Seite. Ich bin Euch sehr dankbar, dass Ihr Euch für dieses Gespräch Zeit genommen habt. Gibt es etwas, das Ihr noch sagen möchtet?

TORSTEN MEIREIS: Danke, dass Du uns eingeladen hast. Ich glaube immer noch an die Möglichkeit, mit Worten Dinge zu verändern. Ich fand das ein sehr anregendes Gespräch. Vielen Dank auch Dir Jasmina für das bereichernde Gespräch.

JASMINA KUHNKE: Ich habe Megaspasß gehabt. Vielen lieben Dank. Ich werde diesen christlichen Ansatz bezüglich »die andere Wange hinhalten« notieren und mitnehmen. Ich fand das einen spannenden Aspekt, den ich so noch nicht kannte und das ist auch mal ganz schön. Wir lernen miteinander, voneinander. Das ist sehr nice. Geht schlechter – oder?

Expertise und Erinnerung

Zuhören und Zeitzeugenschaft als notwendige Bedingungen zukunftsfähiger Gedenkkultur

Simon Meinenreis

Am 6. Mai 2006, genau einen Monat nach der Ermordung von Halit Yozgat, riefen seine Angehörigen und Freund*innen in Kassel zu einem Schweigemarsch auf: Ca. 4.000 Menschen, von den Ermittlungsbehörden enttäuscht und teilweise selbst verdächtigt, forderten: »Kein 10. Opfer!« Am 13. Juni fand in Dortmund ein weiterer Marsch statt – organisiert von der Familie Mehmet Kubaşıks. Nur einen Tag später sollte in eben dieser Stadt der 1:0 Siegtreffer der Fußballnationalmannschaft im WM-Spiel gegen Polen den letzten schwarz-rot-goldenen Damm brechen. Im kollektiv-national-besoffenen Freudentaumel des Sommermärchens konnten die Appelle der Familien nur mediale Randnotizen bleiben. Schließlich schickte sich der Export- wie Erinnerungsweltmeister an, auch auf dem grünen Rasen zu triumphieren. Im öffentlichen Bewusstsein des Jahres 2006 war kein Platz für ein Rassismusproblem – höchstens in Form von ein paar Glatzen im tristen Hinterland des Erzgebirges. Auch jede Herausforderung der sogenannten Integration war gelöst: Kinder und Enkel*innen der in den 50er- bis 70er-Jahren nach Deutschland Eingewanderten durften und sollten Hand in Hand mit all den anderen kleinen und großen unverkrampften Patriot*innen die Nationalhymne schlanden und sich die Nationalfarben ins Gesicht schmieren. Gleichzeitig luden Stadttheater zum Public Viewing und selbsterklärt linke Tageszeitungen wollten sich die taumelnde Siegesfeier einer spezifisch (west-)deutschen Weltdeutung nicht durch Bedenken und mulmige Gefühle von zur Ironie unfähigen Nörgelnden vermiesen lassen.

Diese aus heutiger Sicht sehr zweifelhaften Seifenblasen mussten angesichts des Hasses und der Gewalt im Netz, auf den Straßen und in den Parlamenten platzen. Gleichzeitig wurden immer mehr Stimmen laut, die die

ser scheinheilig widerlichen Selbstbesessenheit die tönernen Füße wegzo-gen. Es sind die rassifizierten und migrantisierten Stimmen von Menschen, die natürlich vorher schon, aber seitdem und bis heute immer nachdringlicher Raum und Ressourcen im öffentlichen Diskurs einfordern und sichtbar machen, was nicht gesehen werden wollte: einerseits, dass Deutschland ein rassistisch strukturiertes Land ist, und andererseits, dass seine jahrzehntelange Vielheit und Vielschichtigkeit sich noch lange nicht ausreichend in den Institutionen, medialen Diskursen, öffentlichen Gedenkpraktiken, Theatern und Schulbüchern widerspiegeln. Es ist in erster Linie der Verdienst von Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Aktivist*innen, Politiker*innen und weiterer Mitbürger*innen *of color*, dass im Land der Dialektik eingeübte Deutungshoheiten hinterfragt werden und Widerstand gegen festgefahrene Herrschaftspraktiken geleistet wird. Zu lange wurden Ausschlussmechanismen im Bildungs- und Arbeitsbereich, rassistische Praktiken der Staatsorgane, Alltagsverletzungen und -diskriminierungen, Wesen und Folgen deutscher Kolonialgeschichte und vieles Weitere mehr in der Öffentlichkeit aus einem verkümmerten dominanzkulturellen Blickwinkel betrachtet, und eben nicht ausreichend gleichzeitig mit der Expertise, die für die Zukunftsfähigkeit einer multiperspektivischen Demokratie notwendige Bedingung ist – die Expertise des Wissens aus Erfahrung. Eine Gesellschaft, die lernen möchte, ist in ihrer Auseinandersetzung mit Geschichte, Narrativen und Erinnerungen auf dieses Erfahrungswissen angewiesen.

Die Anerkennung der Expertise des Erfahrungswissens bedeutet für mich als Kurator von »Kein Schlussstrich« gleichzeitig Verpflichtung und Bereicherung. Ich bin dankbar, mit meinen Kolleg*innen Ayşe Güleç und Tunçay Kulaoglu und den fünf Beirätinnen Ferda Atamann, İdil Baydar, Isidora Randjelović, Vanessa Eileen Thompson und Katharina Warda zusammenarbeiten zu dürfen, und dafür, dass so viele Expert*innen aus unterschiedlichsten Disziplinen das Programm durch ihr Mitwirken unterstützen und die gleichnamige Münchener Initiative uns den Titel »ausgeliehen« hat.

Wenn wir als Gesellschaft lernwillig sein wollen, dann dürfen unsere Erinnerungs- und Gedenkpraktiken nicht an dem Wissen aus Erfahrung vorbeilaufen, sondern müssen diese vielmehr ins Zentrum rücken. Um Rechtsextremismus und Rassismus, auch über die Morde an Theodoros Boulgarides, Michèle Kiesewetter, Habil Kılıç, Mehmet Kubaşık, Abdurrahim Özüdoğru, Enver Şimşek, Süleyman Taşköprü, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar und Halit Yozgat hinaus, begreifen zu können, ist die Expertise der Angehörigen und weiterer Betroffener von zentraler Bedeutung. Ihrem Schmerz,

ihrer Stärke und Kraft, ihrem Einklagen und Anklagen, ihren Analysen und Forderungen wurde lange nicht zugehört. In einer zukünftigen und tatsächlich lehrreichen Erinnerungskultur sollte ihre Expertise im Kern des Diskurses stehen.

Simon Meienreis ist Dramaturg und bildet gemeinsam mit Ayşe Güleç und Tunçay Kulaçoğlu das Kuratorium von KEIN SCHLUSSSTRICH!

Die mörderische Gewalt der »Generation Terror« und die Verdrängung ihrer Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis

Eine Spurensuche und Würdigung antirassistischer und antifaschistischer Gedenkinitiativen

Heike Kleffner

Mehr als 180 Menschen starben seit 1990 bei rassistisch, antisemitisch und rechts motivierten Gewalttaten.¹ Doch die Forderungen nach Gerechtigkeit, Erinnerung, Aufklärung und Konsequenzen sind in zahlreichen Fällen aus der ersten Welle der rassistischen Mobilisierungen nach der Wiedervereinigung noch immer nicht erfüllt.

Der lange Kampf um die staatliche Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt und ein würdiges öffentliches Gedenken an den 48-jährigen schwulen Busfahrer Klaus-Peter Beer aus Amberg (Bayern), den 17-jährigen Malerlehrling und Punk Patrick Thürmer aus Oberlungwitz (Sachsen) und den 31-jährigen Asylsuchenden Samuel Kofi Yeboah aus Saarlouis (Saarland) stehen stellvertretend für viele vergessene Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch Täter*innen der »Generation Terror« (vgl. Kleffner 2015). Eine Spurensuche nach den Täter*innen führt mitten ins bundesweite Unterstützer*innen-Netzwerk des »Nationalsozialistischen Untergrunds«, in das Verfassungsschutz-System des *Quellenschutzes vor Strafverfolgung*, in weit verbreitete Abwertungs- und Ausgrenzungsdiskurse, in Kontinuitäten staatlicher Aufklärungsblockaden und Verharmlosung der tödlichen Dimension

1 Vgl. »Todesopfer rechter Gewalt: 187 Schicksale«, eine Langzeitrecherche von Tagespiegel und ZEIT Online seit September 2000 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet> sowie: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht> [08.05.2021].

rechter Gewalt. Gleichzeitig offenbart diese Spurensuche den langen Atem und Mut der Hinterbliebenen, Freund*innen und antifaschistischer Initiativen, gegen viele Widerstände über Jahrzehnte hinweg beharrlich für Aufklärung und ein würdiges Gedenken zu kämpfen.

Tatmotiv: Hass auf Linke und politische Gegner*innen

16 Jahre hatte sich die Gemeinde Hohenstein-Ernstthal und deren Oberbürgermeister Erich Homilius gegen die rost-braune Granitplatte mit der hellgrauen Aufschrift gewehrt: »Es sind die Lebenden, die den Toten die Augen schließen. Es sind die Toten, die den Lebenden die Augen öffnen: Patrick Thürmer, 2. Februar 1982 – 3. Oktober 1999, Opfer rechter Gewalt«. Seit 2015 erinnert die Platte nun in der Nähe des Mahnmals für die Opfer des Faschismus in der als Geburtsort von Karl May bekannten 15.000-Einwohner-Kommune Hohenstein-Ernstthal an den 17-Jährigen, der in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1999 von drei Neonazis aus dem HoNaRa-Netzwerk zwischen Chemnitz und Zwickau ermordet wurde. Der Haupttäter: ein Neonazi mit engsten Verbindungen zum HoNaRa-Gründer Thomas Haller und zum langjährigen V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Ralf Marschner alias »Primus«. Dessen Rolle im Unterstützernetzwerk des NSU-Kerntrios und beim Tod von Patrick Thürmer war ein zentrales Thema des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages und umfasst mehrere Hundert Seiten in dessen Abschlussbericht (vgl. Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, BT-Drs. 18/12950: 340 – 494, 1104 – 1191, 1192 – 1310).

Der zarte, lediglich 1,56 Meter große Jugendliche war zusammen mit einem Freund in der Nacht zum 3. Oktober 1999 auf dem Nachhauseweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal bei Chemnitz. Plötzlich bemerkten die beiden einen blauen Kleintransporter. »Da ist einer«, rief einer der drei Männer, die aus dem Auto heraussprangen und sich auf den 17-jährigen Patrick und seinen Freund stürzten. Mit einem Axtstiel, einem Hammer und einem Billardqueue prügelten die über 1,80 großen und zwischen 80 und 90 kg schweren Neonazis auf den schwächlichen 17-Jährigen ein. Patrick Thürmer erlitt dabei schwerste Kopfverletzungen und Brüche und Prellungen am ganzen Körper. Gegen 7.30 Uhr morgens fanden ihn Passant*innen blutüberströmt auf dem Boden liegend vor einem Bauernhof in Oberlungwitz, einem

kleinen Ort unweit von Hohenstein-Ernstthal. Wenige Stunden später starb der Malerlehrling im Zwickauer Krankenhaus.²

Während die überregionale Öffentlichkeit kaum Notiz von dem tödlichen Angriff auf den Punk nahm, wurden in der Region die Ereignisse dieser Nacht und die nachfolgenden Proteste linker Jugendlicher breit diskutiert: Vor allem die Regionalmedien und politisch Verantwortlichen machten massiv Stimmung gegen die Jugendlichen aus der Punkszene, die auf den Tod ihres Freundes mit wütenden Demonstrationen reagierten. Dabei verschwiegen sowohl die Lokalzeitungen als auch Kommunalpolitiker lange Zeit, dass der Ausgangspunkt für die tödliche Hetzjagd auf Patrick Thürmer ein Angriff von mehr als 50 Naziskins auf das zweite »99er Punkfestival« im alternativen Jugendhaus »Off Is« in Hohenstein-Ernstthal gewesen war. Notrufe von Festivalbesucher*innen und mindestens drei verletzte Punks führten allerdings zu keinerlei erkennbaren polizeilichen Maßnahmen. Gegen Mitternacht entschlossen sich dann rund 30 Punks zu einem Besuch der bei rechten Hooligans und Neonazis beliebten nahe gelegenen Discothek »La Belle«, wo sie die Angreifer auf ihr Festival vermuteten. In der Discothek würden »sehr viele Besucher kurze Haare haben«, räumte nach dem Tod von Patrick Thürmer auch ein Polizeipressesprecher ein. Polizeieinheiten, die die Hilferufe der Punks ignoriert hatten, reagierten nun auf einen Notruf des Discobetreibers. Allerdings hatten zuvor schon die Türsteher der »La Belle« die Punks vertrieben. Dennoch nahmen Polizeibeamt*innen elf Punks wegen Landfriedensbruchs fest und kontrollierten die Personalien nahezu aller Besucher*innen des Jugendhauses.³ Im Laufe der Nacht reagierte dann auch das von dem langjährigen Neonazi Thomas Haller aufgebaute »HoNaRa«-Netzwerk aus Chemnitz auf die Anrufe aus dem »La Belle«. Mehr als ein Dutzend Naziskins und rechte Türsteher aus Zwickau, Chemnitz und kleineren Orten der Umgebung fanden sich innerhalb weniger Stunden in Autos vor Ort ein, um Jagd auf Punks zu machen.

2 Vgl. Weller, Andreas (1999): Punker (17) nach Festival erschlagen, in: Chemnitzer Morgenpost vom 04.10.1999 sowie: Bild Chemnitz (1999): Rache für Disko-Überfall. Punker (17) totgeprügelt, in: Bild Chemnitz vom 04.10.1999.

3 Vgl. Hübler, Ulrich/Wagner, Manuela (1999): https://www.terz.org/texte/texte_11_99/Ja_gdszenen.html [08.05.2021].

Ein »Denkzettel« gegen »Linke«: tödliche Gewalt als Botschaft und Bestrafung

Patrick Thürmer, der erst Wochen vor seinem Tod den lang ersehnten Ausbildungsplatz als Maler und Lackierer erhalten hatte, starb »stellvertretend für jene Linken«, die an dem Angriff auf die Discothek beteiligt gewesen seien, stellte das Landgericht Chemnitz im September 2000 im Prozess gegen drei Angeklagte im Alter von 21 bis 24 Jahren aus Zwickau und Niederlungwitz fest.⁴ Dennoch benannte die Jugendkammer des Landgerichts Chemnitz in ihrem Urteil vom März 2001 keinen rechtsextremen Hintergrund für den gewaltsamen Tod von Patrick Thürmer (Kleffner 2017). Der 23-jährige Haupttäter wurde wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt, sein 21-jähriger Mittäter erhielt eine achtjährige Jugendstrafe. Bei dem 24-jährigen Angeklagten ging das Gericht davon aus, dass er nicht selbst zugeschlagen hatte und verurteilte ihn wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu vier-einhalb Jahren Haft. Die Täter hatten behauptet, sie hätten den Punks lediglich »einen Denkzettel« verpassen wollen, und eine Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene bestritten.⁵ Dabei waren es Ermittlungen der Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) in der Mischszene von organisierten Naziskins, Türstehern und rechten Hooligans gewesen, die an Weihnachten 1999 überhaupt erst zur Festnahme der Täter geführt hatten. Mitten in den Ermittlungen, zunächst als Beschuldigter und dann als Zeuge: V-Mann und Neonazi Ralf Marschner, der wenige Tage nach dem Tod von Patrick Thürmer von einem anonymen Anrufer als Tatbeteiligter gegenüber der Polizei genannt wurde. Nachdem Marschner sich in einer Zeugenvernehmung auf eine One-Night-Affäre als Alibizeugin berief, stellte sich im Zuge der weiteren Ermittlungen heraus, dass der damals weit über Zwickau hinaus im Blood&Honour-Netzwerk aktive und für seine Brutalität, seine endlose Liste an Vorstrafen sowie guten Kontakte zur Scientology-Sekte und den Behörden bekannte Endzwanziger den Haupttäter schon Stunden nach dem Tod von Patrick Thürmer telefonisch gewarnt hatte. Die Polizei suche dessen auffälliges Auto, er solle es deshalb abkleben und dessen Äußeres verändern, befahl Marschner (vgl. 2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages 20XX: 369-375f.). Das LKA

4 Vgl. Deutsche Presseagentur (2000): Hohe Haftstrafen nach Tod eines Punks, in: DPA-Meldung vom 08.09.2000.

5 Vgl. Associated Press (2000): Prozess gegen drei Schläger wegen Tod eines Punks, in: AP-Meldung vom 30.08.2000.

Sachsen leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung ein, das – wie ein Dutzend weitere Ermittlungsverfahren gegen Marschner auch – ergebnislos endete. Der NSU-Untersuchungsausschuss, der die Akten zur Rolle des V-Mannes beim tödlichen Angriff auf Patrick Thürmer sowohl beim Freistaat Sachsen als auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz angefordert hatte, wo Marschner zehn Jahre lang als V-Mann geführt wurde, erhielt dazu nur eingeschränkt Akteneinsicht. Auch im Fall von Patrick Thürmer setzte sich ein Muster von verschwundenen Akten und eingestellten Ermittlungsverfahren fort: Erst durch die Recherchen des Autors Dirk Laabs zu Marschners Bauservice und dessen Unterstützung für das NSU-Kerntrio⁶ gelang es dem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss knapp fünf Jahre nach der NSU-Selbstenttarnung, überhaupt einen relevanten Anteil von Akten und Zeug*innen zu Ralf Marschner und dessen Bedeutung für das NSU-Netzwerk vom Bundesamt für Verfassungsschutz und den sächsischen Strafverfolgungsbehörden und Ämtern zu erhalten. Am Ende, das lässt sich wörtlich im Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages nachlesen, fiel das Votum der Obleute aller Fraktionen zu Marschners Rolle als Unterstützer des NSU-Kerntrios einhellig aus:

»Dem Ausschuss liegen aufgrund der Akten zahlreiche durchaus glaubhafte Aussagen vor, die auf ein Kennverhältnis zwischen Marschner einerseits und Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe andererseits hinweisen. Der Ausschuss hat zudem keine Zweifel an der persönlichen Glaubwürdigkeit der diesbezüglich vernommenen Zeugen (...). Der Untersuchungsausschuss geht davon aus, dass Marschner Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe kannte.« (2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages 2017: 369-275f.)⁷

Schwerer noch als der Vorwurf der Unterstützung des NSU-Kerntrios durch zeitweilige Anstellung in seinen Läden bzw. im Marschner Bauservice in Zwickau wiegt jedoch die bis heute nicht dementierte Annahme, dass die Anmietung von drei Mietfahrzeugen durch Marschner zum jeweiligen Tatzeitpunkt der Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru am 13. Juni 2001 in Nürnberg, Süleyman Taşköprü am 27. Juni 2001 in Hamburg und an Habil Kılıç am

6 Vgl. Die Welt (2017): <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163970309/Spuren-die-keine-sein-duerfen.html> [08.05.2021].

7 Siehe den gemeinsamen Bewertungsteil, Abschnitt A Kennverhältnisse zwischen M., Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe sowie mutmaßlichen Unterstützern der Terrorgruppe »NSU«, S. 1115ff.

29. August 2001 im Zusammenhang mit der rassistischen Mordserie standen (vgl. ebd.). Denn anders als bei den beiden Sprengstoffanschlägen des NSU-Netzwerks in Köln und den sieben weiteren Mordtaten, existieren für die rassistischen Morde des NSU-Netzwerks im Jahr 2001 (als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach Aussagen von Arbeitskollegen und dem damaligen Bauleiter für den Marschner Bauservice in dessen Abrisskolonne bundesweit tätig waren) keine Autoanmietungen unter den bekannten Alias-Namen von Mundlos und Böhnhardt.

Wie sehr der Tod von Patrick Thürmer, jüngster Sohn einer alleinerziehenden Mutter aus Chemnitz, die alternative und nichtrechte Jugendszene in der Region geprägt hat, wurde auch an dessen zehnten Todestag im Oktober 2009 deutlich: Rund 250 linke Jugendliche kamen zu einer Gedenkdemonstration nach Hohenstein-Ernstthal. Sie forderten von der Lokalpolitik, einen Gedenkstein für Patrick Thürmer zu errichten und die nach wie vor massiv präsente Neonazi-Szene in der Region endlich ernst zu nehmen. »Er stand noch am Anfang seines Lebens und hatte noch viele Wünsche und Träume«, sagte Patrick Thürmers Schwester damals. Ihren traumatischen Verlust beschrieb sie auch in einem Gedicht für den jüngeren Bruder: »Immer wieder quälende Fragen: Wie ist es dort in deiner Welt, ist jemand dort, der zu Dir hält? Fragen: Was hast du alles durchgemacht in deiner allerletzten Nacht?«⁸ Die Trauer um ihn könne »auch am zehnten Jahrestag seines Todes von Angehörigen und Freunden noch nicht bewältigt werden«. Und an den langjährigen Oberbürgermeister von Hohenstein-Ernstthal, Erich Homilius, gerichtet, fügte die junge Frau hinzu: Die Tatsache, dass dieser mit »allen Mitteln« die Errichtung des Gedenksteins verhindert habe, stoße bei den Angehörigen »auf Unverständnis«. Schließlich solle das Mahnmal doch an Patrick Thürmer erinnern und »gegen menschenverachtende Ideologien in der Gesellschaft stehen«.⁹

»Ablenken, Dämonisieren und Diskreditieren« – mit diesen Stichworten beschrieben wütende Freund*innen des Ermordeten und antifaschistische Aktivist*innen die Blockade-Strategie des von 1994 bis 2012 amtierenden Oberbürgermeisters Homilius, der öffentlich bezweifelte, dass es sich bei den Tätern um Neonazis gehandelt hatte, und der damaligen CDU-

8 Vgl. <http://020kt1999.blogspot.de/images/gedicht.jpg> [08.05.2021].

9 Siehe den Redebeitrag der Schwester von Patrick Thürmer unter: http://020kt1999.blogspot.de/images/redebeitrag_schwester_1.jpg [08.05.2021].

Stadtratsmehrheit.¹⁰ Erst nachdem im Nachgang zur Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios im November 2011 auch im Freistaat Sachsen eine Überprüfung von sogenannten »Altfällen« rechter Gewalt durch eine Anhörung vor dem Innenausschuss des Landtags und das Landeskriminalamt dazu führte, dass Patrick Thürmer zwölf Jahre nach seinem Tod auch durch das sächsische Innenministerium offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt wurde, bröckelte die Mauer der Abwehr vor Ort. Schließlich konnte zum 27. Januar 2015 dann tatsächlich die oben zitierte Gedenktafel für Patrick Thürmer im Stadtzentrum von Hohenstein-Ernstthal errichtet werden.¹¹

Dennoch: Wie wirksam und nachhaltig die Dämonisierung von linken und nichtrechten Jugendkulturen in einer Stadt und deren Umgebung ist, in der bei den Landtagswahlen 2019 ein Viertel der Wähler*innen für die AfD stimmten, deren prominentester Stadtrat über Jahre Kontakte zu den inzwischen verbotenen Nationalen Sozialisten Chemnitz hatte,¹² zeigte sich am 20. Todestag von Patrick Thürmer am 3. Oktober 2019. Den antifaschistischen Aktivist*innen des Bündnisses Chemnitz Nazifrei gelang es trotz langer Suche nicht, einen Raum für eine Gedenk-Lesung vor Ort zu erhalten:

»Für die Ausstellung und die Lesung wurde händeringend in der Stadt Hohenstein-Ernstthal eine Räumlichkeit gesucht. Dafür wurden über 15 Orte städtischer, öffentlicher und privater Träger angefragt. Diesbezüglich sind Mitwirkende unseres Bündnisses mehrfach nach Hohenstein-Ernstthal gefahren, um persönlich mit Menschen zu reden, viele Mails wurden geschrieben und viele Telefonate geführt. Dennoch sagten alle möglichen Veranstaltungsflächen ab – teilweise unter fadenscheinigen Ausreden, teilweise ganz offen auf Grund der angeblichen politischen Brisanz. Städtische und öffentliche Räumlichkeiten behaupteten, keine politischen Veranstaltungen durchführen zu wollen/dürfen. Dennoch fanden in diesen Räumlichkeiten in der Vergangenheit beispielsweise Veranstaltungen der AfD statt.«

10 Siehe Bündnis (2009): <http://02okt1999.blogspot.de/2009/09/25/stadt-hohenstein-e-v-erhindert-denkmal-fuer-opfer-von-rechter-gewalt/> [08.05.2021].

11 Vgl. die Rede der Opferberatung der RAA Sachsen anlässlich der Einweihung der Gedenktafel, zum Nachlesen unter: <https://www.raa-sachsen.de/index.php/news-beitrag/rede-der-opferberatung-fuer-betroffene-rechtsmotivierter-und-rassistischer-gewalt-des-raa-sachsen-ev-zur-einweihung-der-ge-denka.html> [08.05.2021].

12 Kiwitter, Erik (2021): <https://www.freipresse.de/zwickau/zwickau/hatte-afd-kreisrat-kontakte-in-die-neonazi-szene-artikel11360713> [08.05.2021].

Das Bündnis verlegte die Lesung daraufhin notgedrungen nach Chemnitz.¹³ Ganz anders hingegen die öffentliche Gedenkkultur nach dem krankheitsbedingten Tod des langjährigen »HoNaRa«-Chefs Thomas Haller im März 2019: Der Regionalligaverein Chemnitzer FC gedachte des Neonazis, zeitweiligen Stadion-Security-Chefs und politischen Ziehvaters der Tatbeteiligten an der tödlichen Misshandlung von Patrick Thürmer mit einer Schweigeminute, Pyrotechnik und dem Einblenden seines Fotos mitsamt eines schwarzen Trauerflors auf der Leinwand.¹⁴

Ein Vierteljahrhundert Auseinandersetzung um Anerkennung im kollektiven Gedächtnis einer bayerischen Kleinstadt

In Amberg, einer 40.000 Einwohnerstadt in der Oberpfalz, ist seit dem Spätsommer 2020 ein bunter Wegweiser am Ufer der Vils mit Pfeilen im freundlichen Grün, strahlenden Zartrosa, hellem Gelb, Lila und Blau zu sehen, auf denen die Schlagworte »Menschlichkeit, Respekt, Hilfsbereitschaft, Toleranz, Empathie, Gemeinschaft« zu lesen sind. Auswärtige Wanderer*innen lässt dies ratlos zurück. Dabei sollte – wenn es nach dem Amberger Bündnis gegen das Vergessen¹⁵ ginge – an dieser Stelle am Vilssteg schon seit 2010 eine schlichte silberne Platte mit der Aufschrift: »In Gedenken an Klaus Peter Beer – Opfer faschistischer Gewalt – 7.9.1995« alle Bewohner*innen und Besucher*innen an einen rechtsextremen Mord aus homophoben Motiven erinnern. Doch Neonazis aus dem Umfeld des mittlerweile verbotenen Freien Netz Süd entfernten die Platte, die ein antifaschistisches Bündnis und der ver.di-Bezirksvorsitzende anlässlich des 15. Todestags von Klaus Peter Beer am Vilssteg angebracht und symbolisch der Stadt überreicht hatten. Zuvor hatten die Neonazis bereits die Gedenkveranstaltung gestört. Die Stadtverwaltung ließ damals erklären, in Amberg gebe es kein Problem mit Neonazis und das Gedenken an eine einzige tödliche Gewalttat schädige das Image der

13 Siehe den offenen Brief des Bündnisses unter: <https://www.facebook.com/buendnis.frieden.toleranz/photos/a.567392356625769/2626503980714586/?type=3&theater> [08.05.2021].

14 Vgl. Cáceres, Javier (2019): <https://www.sueddeutsche.de/sport/chemnitzer-fc-thomas-haller-neonazi-1.4361983> [08.05.2021].

15 Siehe die Facebook-Seite des Amberger Bündnisses gegen das Vergessen: <https://www.facebook.com/pg/buendnisgegendasvergessen/> [08.05.2021].

Stadt.¹⁶ Wenige Wochen, nachdem die Stadtverwaltung Amberg zehn Jahre später stillschweigend den bunten »Wegweiser der Demokratie« in 2020 am Ufer der Vils angebracht hatte, erinnerte das Amberger Bündnis gegen das Vergessen am 25. Jahrestag der Ermordung des 48-jährigen Busfahrers Klaus Peter Beer auf dem Marktplatz der Stadt im September 2020 daran, dass ein namenloser Wegweiser keine angemessene Form des Gedenkens darstelle:

»Konkret fordern wir ein offizielles würdiges Gedenken seitens der Stadt Amberg am Todestag Klaus Peter Beers, die Umbenennung des Multifunktionsplatzes am Amberger Bahnhof in »Klaus Peter Beer Platz«, die Anbringung einer Gedenktafel am Vilssteg, und die öffentliche Auseinandersetzung der Stadt und der Polizei mit über Jahrzehnten aktiven extrem rechten Gruppierungen in Amberg!«

Rund 300 Menschen machten pandemiekonform mit Masken, Abstand und bunten Transparenten mit Botschaften wie »Den rechten Terror stoppen«, »Gegen Verdrängung und Verharmlosung« die Forderungen des Bündnisses weithin sichtbar.

Ein Jahr später, wenige Monate vor dem 26. Jahrestag, scheint das Bündnis in der Stadt endlich Gehör gefunden zu haben. Nachdem der CSU-geführte Stadtrat im November 2020 erstmals einen entsprechenden Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel nicht ablehnte, will die Stadt Amberg nun im Sommer 2021 eine Tafel mit dem Namen und den Hintergründen des gewaltsamen Todes von Klaus Peter Beer anbringen lassen. Stefan Dietl, der 2003 als antifaschistisch engagierter Teenager gemeinsam mit gleichaltrigen Freund*innen erstmals eine Gedenkveranstaltung an Klaus Peter Beer organisiert hatte, sagt heute, der Kampf gegen das Verdrängen und die Verharmlosung rechter Gewalt und Homophobie, der sich in der zwei Jahrzehnte währenden Auseinandersetzung um das Gedenken an Klaus Peter Beer in Amberg spiegele, sei damit nicht beendet: Denn nun gelte es auch, die Kontinuitäten neonazistischer Netzwerke in der Opferpfalz und die Verbindungen der Täter im Mordfall Klaus Peter Beer zum Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sichtbarer zu machen. Denn einer der beiden Täter, der damals 21-jährige Richard L., war schon zum

16 Vgl. die Broschüre »Die braune Perle der Oberpfalz« sowie Bothner, Michael (2020): <https://www.regensburg-digital.de/amberger-buendnis-fordert-offizielles-gedenken-an-neonazi-opfer/08092020/> [08.05.2021].

Tatzeitpunkt ein polizeibekannter Neonazi. Dass Ambergs Polizeipräsidenten über Jahrzehnte wider besseres Wissen behaupteten, in der Stadt gebe es keine Neonaziszene, belegen nicht nur die Chroniken antifaschistischer Initiativen über brutale rassistische Angriffe und neonazistische Überfälle auf politische Gegner*innen, sondern auch offizielle Dokumente, die dem bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss und dem Bundestagsuntersuchungsausschuss durch das Innenministerium des Freistaats Bayern übermittelt wurden. In einer vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in den 1990er-Jahren jährlich herausgegebenen Broschüre mit dem Titel »Darstellung und Bewertung der im Jahre 1997 in Bayern bekannt gewordenen Skinhead-Szenen« werden 40 Neonaziskinheads aus Amberg und Umgebung namentlich aufgeführt: Mittendrin in dieser Liste findet sich auch Richard L., der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Untersuchungshaft für den Mord an Klaus Peter Beer befand, sowie eine Reihe bekannter Neonazis aus dem NSU-Netzwerk, darunter etwa Matthias Fischer von der mittlerweile ebenfalls verbotenen Fränkischen Aktionsfront aus Nürnberg.¹⁷ Wie stark Richard L., der schon als Jugendlicher in Amberg und Umgebung in den frühen 1990er-Jahren an Aufmärschen der militanten Nationalistischen Front (NF) teilgenommen hatte, in der Naziskinheadszene eingebunden war, zeigte sich schon in den beiden Hauptverhandlungen um den gewaltsamen Tod von Klaus Peter Beer, 1997 vor der Jugendkammer des Landgerichts Amberg und dann im Revisionsprozess 1998. Gegenüber dem Amberger Bündnis gegen das Vergessen erinnerten sich Prozessbeobachter*innen noch Jahre später an das »Klima der Angst«, das von den Neonazi-Freunden der beiden Angeklagten im Prozess verbreitet wurde:

»Mehrere Zeugen wollten aufgrund von Drohungen aus der rechten Szene nur unter Ausschluss der Angeklagten aussagen. Einem Reporter von Radio Ramasuri wurde von Neonazis aus den Zuschauerreihen gedroht, dass er als nächstes dran wäre. Der Vorsitzende Richter der Revisionsverhandlung sprach von einem »Klima der Angst und des Terrors, unter dem der Prozess stattfand.«

17 Vgl. BT-Drs. 17/14600 zur Bedeutung der sogenannten »Skinhead-Broschüre« des Landesamts für Verfassungsschutz Bayern im Kontext der Ermittlungen zur rassistischen NSU-Mordserie.

In der Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht Nürnberg betonte der Vorsitzende Richter in der mündlichen Urteilsverkündung im April 1998 auch das neonazistische Motiv für den Mord an Klaus Peter Beer:

»Die Angeklagten maßten sich an, einen Menschen hinzurichten, alleine weil er sexuell nicht so empfand wie sie [...]. Die Scheußlichkeit und Menschenverachtung der Tat erinnerten an die düstersten Zeiten der deutschen Geschichte.«

Zudem machte der Vorsitzende Richter deutlich, dass das Revisionsgericht zwar wegen des Verbots der Schlechterstellung das Urteil der Vorinstanz wegen Totschlags berücksichtigen müsse und Richard L. und seinen Mittäter daher auch lediglich wegen Totschlags zu Haftstrafen von zwölf und acht Jahren verurteilen könne. Das Gericht sehe aber in der Heimtücke, mit der Richard L. und sein Mittäter den ahnungslosen Klaus Peter Beer nach einer Zufallsbegegnung in einer Amberger Kneipe am Abend des 6. September 1995 verfolgt, brutal zusammengeschlagen und den bewusstlosen Busfahrer dann ans Ufer der Vils gezerrt hatten, wo sie den leblosen Körper in den Fluss warfen, eindeutige Mordmerkmale – zumal die beiden Angeklagten dann gegenüber der Polizei angegeben hatten, sie hätten Klaus Peter Beer wegen seiner »Homosexualität bestrafen« wollen. »Über der Tat und der Hauptverhandlung« habe »der Geist des Terrors« gelegen, so der Vorsitzende Richter.

Für Richard L. war der mörderische Angriff auf Klaus Peter Beer die Eintrittskarte in die bundesweiten militanten Neonazistrukturen. Nachdem er am 29. April 1998 in zweiter Instanz wegen Totschlags zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war, unterstützten den damals 24-jährigen »inhaftierter Nationalisten« in der JVA Straubing (Bayern) Aktivist*innen der erst seit 2011 verbotene Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) e.V. mit Briefen und neonazistischen Propagandamaterial. Eine derjenigen, die durch die HNG den Kontakt zu Richard L. aufnahm, war Mandy Struck. Sie verschaffte als sächsische Blood&Honour-Aktivistin dem NSU-Kerntrio nach seiner Flucht vor der Festnahme im Februar 1998 in Chemnitz bei ihrem damaligen Freund eine erste Unterkunft in der Illegalität. Die Bundesanwaltschaft ermittelt seit der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios im November 2011 gegen sie wegen »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« nach §129a StGB. Im ersten NSU-Prozess am Oberlandesgericht München bestätigte Mandy Struck in zwei Aussagen ihre über mehr als ein Jahrzehnt währende Kommunikation mit Richard L. Dieser habe sie auch nach seiner Haftentlassung in ihrem Wohnort in Schwarzenberg (Thü-

ringen) besucht. Den Kontakt habe sie erst im Jahr 2013 verloren (NSU Watch 2014a).

Die Einbindung von Richard L. während seiner Haftzeit in strategische Diskussionen der Blood&Honour-Bewegung und dessen Bekenntnis zur Ideologie der »White Supremacy« zeigt sich u.a. in einem Artikel, den er gemeinsam mit Mandy Struck im Jahr 2001 in dem Heft »Landser« der Fränkischen Aktionsfront (FAF) veröffentlichte. »Der Landser« galt bundesweit als Sprachrohr der Blood&Honour-Bewegung und rief – während der NSU seinen ersten Sprengstoffanschlag im Café Sonnenschein in Nürnberg verübte und dann die drei rassistischen Morde in Nürnberg beging – offen zur Gründung von militanten Neonazi-Zellen auf. In dem Artikel von Richard L. und Mandy Struck für das Heft Nr. 8 des »Landser« erklärten die beiden Neonazis ihre militante Feindschaft gegen den Rechtsstaat und die Demokratie und riefen die Neonazibewegung dazu auf, interne Streitigkeiten beizulegen: »Der Nationale Widerstand ordnet sich dem herrschenden System nicht in irgendeiner Richtung zu, sondern steht ihm frontal gegenüber und dieser soll alle in unserer Nation umfassen, die reinen Blutes sind.«¹⁸ In ihren Vernehmungen vor dem Oberlandesgericht München im Jahr 2014 wurde Mandy Struck ausführlich zur Entstehungsgeschichte des Artikels befragt und machte dessen Intention deutlich: Zu diesem Zeitpunkt habe es innerhalb der Neonaziszene viele Spaltungen und Verdächtigungen gegeben. Richard L. habe sie dann aufgefordert, statt darüber »zu meckern«, solle sie etwas dagegen tun. Sie habe daraufhin gemeinsam mit Richard L. den Text als Aufruf zur Einheit verfasst – der Halbsatz »die reinen Bluts sind« sei von Richard L. hinzugefügt worden (NSU Watch 2014a, 2014b).

Kollektive Abwehr von Erinnerung und Anerkennung

Während Richard L. aus der Haft heraus die Einheit der Neonazibewegung im Kampf gegen »das herrschende System« beschwor, gerieten der mörderische Angriff auf Klaus Peter Beer und die Erinnerung an ihn in seiner Heimatstadt Amberg nach dem Prozessende schnell in Vergessenheit. »Zur Jahrtausendwende herrschten in der Stadt und Region definitiv eine Politik der Verharmlosung und der Ignoranz gegenüber den mörderischen Aktivitäten von organisierten Neonazis«, sagt Stefan Dietl. Das sei schon in der Verleugnung

18 Zitiert aus: Der Landser, Nr. 8 (2001), S. 14 in: Sanders (2014).

des rassistischen Motivs nach dem neonazistischen Brandanschlag im nahen Schwandorf auf ein Mehrfamilienhaus am 17. Dezember 1988 durch einen Aktivist der Nationalistischen Front deutlich geworden. Das Ehepaar Osman und Fatma Can, deren 12-jähriger Sohn Mehmet und der 47-jährige Jürgen Hübener starben damals, ein Dutzend weitere Hausbewohner*innen erlitten schwerste Verletzungen. Obwohl der geständige Täter aussagte, er habe mit dem Anschlag »Türken ärgern« wollen und aus seiner Zugehörigkeit zur Neonaziszene keinen Hehl machte, dauerte es bis zum Jahr 2007, bis die Stadt im offiziellen Gedenken auch das Motiv erwähnte.¹⁹

Auch die Reaktionen auf die erste Kundgebung im Jahr 2003 in Amberg zum achten Jahrestag der Ermordung von Klaus Peter Beer seien von »Abwehr, Angst vor einem Imageverlust für die Stadt und Ignoranz« geprägt gewesen, sagt Stefan Dietl. Im Mittelpunkt des langen Kampfes um die Erinnerung und das Gedenken habe vor allem die Würdigung von Klaus Peter Beer als Person gestanden. Der hatte als junger Schwuler die konservative Enge der Kleinstadt Amberg bei Nürnberg schon Mitte der 1960er-Jahre verlassen, wo bis zum Ende der 1980er-Jahre Katholik*innen knapp 80 Prozent der Bevölkerung stellten. Durch einen Umzug ins liberalere Hessen hoffte der junge Auszubildende, dem Verfolgungsdruck des §175 Strafgesetzbuch zu entkommen, mit dem homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt waren und Zehntausende Männer in der Bundesrepublik kriminalisiert wurden (LS-VD o.J.). Gänzlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde der »Schandparagraf« erst im Juli 1994 – ein knappes Jahr vor dem Mord an Klaus-Peter Beer. Dessen lebenslangen Kampf gegen Homophobie und für ein selbstbestimmtes, freies Leben zeichnet der sehenswerte 45-minütige Dokumentarfilm »Tödliche Begegnung« der Filmemacherin Gabriele Jenk nach, der im Jahr 2001 im Rahmen der ARD-Themenwoche »Toleranz« ausgestrahlt wurde und dank des Amberger Bündnisses schließlich 19 Jahre später – im Jahr 2020 – erstmals auch in der Heimatstadt von Klaus Peter Beer gezeigt wurde. Der Film, so hofft Stefan Dietl nach dem positiven Stadtratsbeschluss im November 2020, könne bald auch in Amberger Schulen gezeigt werden, »damit niemand mehr bei Homophobie und Neonazigewalt wegsieht und Klaus Peter Beer einen Platz im kollektiven Gedächtnis der Stadt erhält«. Auch dass das bayerische Innenministerium im Frühjahr 2021 ein Vierteljahrhundert nach

19 Vgl. Kleikamp, Antonia (2018): <https://www.welt.de/geschichte/article185629148/Auslaenderhass-Der-Moerder-lief-mit-Baseballschlaeger-durch-den-Ort.html> [08.05.2021].

der Tat Klaus Peter Beer endlich offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt hat, wertet das Amberger Bündnis gegen das Vergessen als weiteren wichtigen Erfolg jahrzehntelanger antifaschistischer Arbeit.²⁰

Kein Ende in Sicht

Andernorts dauert der Kampf um das öffentliche Gedenken und eine angemessene Strafverfolgung der tödlichen Dimension rassistischer Gewalt der »Generation Hoyerswerda« (Kleffner/Spangenberg 2016) weiter an, beispielsweise in Saarlouis. In der zweitgrößten Stadt des Saarlandes starb bei einem neonazistischen Brandanschlag der 31-jährige Samuel Kofi Yeboah, der nach einem Militärputsch in Ghana nach Deutschland geflohen und Asyl beantragt hatte.²¹ Wenige Tage nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda, das von Neonazis bundesweit als Fanal für einen militanten Kampf um »ausländerfreie« Städte begriffen wurde, verschütteten Neonazis in den frühen Morgenstunden des 19. September 1991 Brandbeschleuniger im hölzernen Treppenhaus der Flüchtlingsunterkunft, in der Samuel Kofi Yeboah und 18 weitere Menschen schliefen. Feuer und Rauch versperrten jegliche Fluchtwege. Noch heute, sagen einige der Überlebenden, erinnern sie sich an die verzweifelten Hilferufe von Samuel Kofi Yeboah. Während antirassistische und antifaschistische Aktivist*innen schon unmittelbar nach dem mörderischen Brandanschlag konkrete Namen von überregional in der Hammerskin-Bewegung aktiven Neonazis aus Saarlouis als mögliche Täter veröffentlichten, taten Ermittlungsbehörden und die Stadtverwaltung von Saarlouis vieles, um deren Strafverfolgung zu blockieren und das Gedenken zu kriminalisieren. Als ein breites Bündnis in Gedenken an Samuel Kofi Yeboah zum zehnten Jahrestag des Brandanschlags im September 2001 in einer öffentlichen Erinnerungsaktion einen Gedenkstein am Rathaus der Stadt anbrachte, stellte der damalige Oberbürgermeister Strafanzeige wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung. Das Amtsgericht Saarlouis erließ daraufhin gegen

20 Vgl. ONetz (2021): https://www.onetz.de/oberpfalz/amberg/klaus-peter-beer-offiziell-opfer-rechtsmotivierter-gewalt-erfasst-id3209613.html?utm_medium=Social&utm_source=Facebook#Echobox=1617797324 [08.05.2021].

21 Vgl. die ausführliche Dokumentation der Antifa Saar: <https://antifa-saar.org/samuel-yeboah/> [08.05.2021].

den Anmelder der Gedenkaktion wegen des Vorwurfs, »rechtswidrig öffentliche Denkmäler beschädigt oder zerstört zu haben«, einen Strafbefehl mit einer Geldstrafe von 1.200 €. Nachdem der Anmelder Widerspruch einlegte, folgte ein jahrelanges juristisches Tauziehen, das erst im Jahr 2006 mit einer Einstellung des Verfahrens durch das Amtsgericht Saarlouis endete.²² Weit weniger Nachdruck bewiesen die Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach den Tätern des mörderischen Brandanschlags. Das änderte sich erst 30 Jahre nach dem Mord an Samuel Kofi Yeboah und dem versuchten Mord an 18 weiteren Hausbewohner*innen, als die Generalbundesanwaltschaft 2020 in Karlsruhe die Ermittlungen an sich zog, das Verfahren neu eröffnete und die Wohnungen von fünf mutmaßlichen Tatbeteiligten aus der Neonaziszene durchsuchen ließ.²³ Während die Überlebenden nun erstmals eine vage Hoffnung haben, dass sich die Täter doch noch vor Gericht verantworten müssen, erinnert in Saarlouis noch immer keine offizielle Gedenktafel an Samuel Kofi Yeboah. Doch der Flüchtlingsrat Saarland und antifaschistische Gruppen haben deutlich gemacht, dass sie in dem drei Jahrzehnte während Kampf um Aufklärung, Erinnerung, Gerechtigkeit und Konsequenzen nicht lockerlassen werden.

Die Forderungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und einem würdigen Gedenken sind vielerorts Ausgangspunkte für Gedenkinitiativen an Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt der 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre. Oft kommen Kontinuitätslinien des Verdrängens von rechter Gewalt durch Kommunen und Stadtgesellschaft sowie eklatante Ermittlungsfehler, Desinteresse und offene Täter-Opfer-Umkehr durch Strafverfolgungsbehörden hinzu. Dabei orientieren sich die neuen Initiativen im Gedenken an teilweise 30 oder auch 40 Jahre zurückliegende rechtsterroristische Attentate an Überlebenden wie Ibrahim Arslan aus Mölln, dem Tribunal NSU-Komplex auflösen und den solidarischen Bündnissen der Überlebenden der antisemitisch, rassistisch und rechtsterroristisch motivierten Attentate von Halle und Hanau. Ihre Sichtbarkeit und Stärke vor Ort erhalten sie auch durch eine selbstbewusste Generation junger Aktivist*innen, die u.a. von der Black Lives

22 Vgl. Antifa Saar (o.J.): <https://antifa-saar.org/samuel-yeboah-gedenktafel/> [08.05.2021].

23 Vgl. Baumgärtner, Maik/Röbel, Sven/Wiedmann-Schmidt, Wolf (2021): <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saarland-fahnder-ermitteln-mutmasslichen-taeter-eine-s-rassistischen-brandanschlags-im-jahr-1991-a-8a1758fo-ed24-475a-b451-b84e6fe11403> [08.05.2021].

Matter-Bewegung inspiriert konkrete Veränderungen und Gerechtigkeit einfordert. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass die neue Sichtbarkeit der Opfer und die Stimme ihrer Angehörigen und Freund*innen zu einem gesellschaftlichen Perspektivwechsel führen.

Literatur

- BT-Drs. 18/15290 Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/129/1812950.pdf>, 2017.
- Kleffner, Heike (2017): »Die tödliche Dimension rechter Gewalt«, in: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg), *Unter Sachsen – Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin: Ch. Links.
- Beschlussempfehlung und Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag, BT-Drs. 18/12950 (Berlin, 2017)
- Kleffner, Heike (2015): »Gesellschaftlicher und staatlicher Umgang mit NSU und rechter Gewalt«, in: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf (FORENA) (Hg.), *Wissenschaft und Frieden* Nr. 77/2015 (<https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=081> [08.05.2021]).
- Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hg.) (2016): *Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*, Berlin: be.bra.
- Laabs, Dirk/Aust, Stefan (2014): *Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU*, München: Pantheon.
- LSVD (o.J.): <https://www.lsvd.de/de/ct/1022-Paragraph-175-StGB-Verbot-von-Homosexualitaet-in-Deutschland> [08.05.2021].
- NSU Watch (2014a): <https://www.nsu-watch.info/2014/03/protokoll-90-verhandlungstag-27-februar-2014/> [08.05.2021].
- NSU Watch (2014b): <https://www.nsu-watch.info/2014/04/protokoll-108-verhandlungstag-28-april-2014/> [08.05.2021].
- Sanders, Eike (2014): <https://www.nsu-watch.info/2012/05/geschlechterverhaeltnisse/> [08.05.2021].

Aber das haben wir nicht gesehen

Erinnerungsarbeit und struktureller Rassismus

Jonas Zipf im Gespräch mit Mehmet Daimagüler und Wolfgang Frindte

*Wenn von Expert*innen des Gedenkens und Erinnerns die Rede ist, denken die meisten Menschen unwillkürlich an Historiker*innen und Politiker*innen. Und daran, ob es gelingt, die Perspektiven der »Zeit- oder Augenzeugen«, also der von Geschichte direkt Betroffenen, widerzuspiegeln bzw. zu repräsentieren. Seltener liegt der Fokus auf anderen Profis der Erinnerungsarbeit: Dabei wird die öffentliche Wahrnehmung rund um die Geschichte und Geschichten der Betroffenen maßgeblich von deren Begleiter*innen, Berater*innen oder Sprecher*innen bestimmt, zum Beispiel von Psycholog*innen oder Jurist*innen. Auf der Suche nach einem Einblick in die Narrative rund um Opfer und Täter, um individuelle Erinnerungen und kollektive Gedächtnisse begibt sich Jonas Zipf daher ins Gespräch mit dem Bonner Anwalt Mehmet Daimagüler und dem Jenaer Psychologen Wolfgang Frindte. Daimagüler erlangte als Anwalt der Nebenklage beim Münchner NSU-Prozess spätestens durch sein erschütterndes Schlussplädoyer bundesweite Aufmerksamkeit, Frindte beschäftigt sich seit den 1990er-Jahren in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen mit Rechtsextremist*innen und ihrem Umfeld. Beide wurden in diversen Kontexten, nicht zuletzt im Rahmen verschiedener Untersuchungsausschüsse, als Experten gehört. Im sonntäglichen Gespräch mit Jonas Zipf begegnen sie sich zum ersten Mal.*

JONAS ZIPF: In unserem Gespräch soll es um Erinnerungsarbeit gehen. Sie beide haben mit der Konstruktion von Erinnerung von Berufs wegen viel zu tun, Mehmet Daimagüler im Rahmen der Beweisaufnahme und Zeugenschaft vor Gericht, Wolfgang Frindte etwa in biografischen Interviews. Schon die beiden Begriffe Gedenken und Erinnerung stehen in einer erheblichen Spannung zueinander. Während es bei Gedenken um so etwas wie eine öffentliche Wahrnehmung geht, also letztlich um umstrittene Konstrukte wie das sog. kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft, geht es bei Erinnerungsarbeit um die subjektive Perspektive. Lassen Sie uns zunächst die Begriffe eingrenzen.

Wolfgang Frindte, darf ich Sie als den Wissenschaftler in der Runde um eine entsprechende Startrampe bitten?

WOLFGANG FRINDTE: Für mich sind diese Begriffe in erster Linie soziale, damit immer sprachliche Konstrukte. Wenn es um Erinnerung und Gedenken geht, dann geht es um Nachdenken, um Gedächtnis. Aber auch um Verdrängen, Vergessen, Aufklären, Aufarbeiten, Schuld und Verantwortung.

Aus einer psychologischen Perspektive können wir die Sache des Erinnerns jedenfalls immer nur näherungsweise bestimmen. Denn Erinnern ist mehr als das verlässliche Abrufen von Informationen aus dem Gedächtnis. Erinnern ist immer eine Re-Konstruktion von Vergangenheit in der Gegenwart für die Zukunft. Erinnern ist selektiv, da es nicht nur eine retrospektive, sondern auch eine prospektive Funktion erfüllt. Auf der individuellen Ebene ist Erinnern so etwas wie ein dynamisches Prozessinstrument, um unsere subjektiven Erlebnisse zu verarbeiten. Und das natürlich im Dienst eines Sinnzusammenhangs unserer individuellen, personalen Identität. Jede Erinnerung ist also immer ein Narrativ, ein narratives Konstrukt.

Und auf dieser Ebene kommen wir dann zu der Geschichte, die sie als kollektives Gedächtnis angesprochen haben. Neben die individuellen Narrative und kleinen Erzählungen treten gesellschaftliche Narrative und große Erzählungen. Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses stammt von dem französischen Psychologen Maurice Halbwachs, der hier ganz in der Nähe von Jena, in Buchenwald, gestorben ist. Gemeinsam mit Miriam Rieck habe ich vor einigen Jahren versucht, diese Konstrukte zu differenzieren. Wir sprechen von einem individuellen Gedächtnis; von einem sozial interaktiven, das kleine Gruppen, etwa Familien umfasst; von einem kommunikativen oder kollektiven Gedächtnis, das sich auf größere Gruppen und Institutionen bezieht; und von einem gesellschaftlichen Gedächtnis, das auf einer Makroebene zu finden ist. Erinnerungskultur findet auf der Ebene des kommunikativen und des gesellschaftlichen Gedächtnisses statt, etwa in Museen und in Form von Denkmälern. Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses wurde von den Historiker*innen kontrovers diskutiert. Dabei hängt das individuelle Gedächtnis für uns Psychologen immer eng zusammen mit dem kommunikativen und gesellschaftlichen Gedächtnis; das individuelle Erinnern ist immer mit den Erinnerungen anderer Menschen verwoben. Und das ist es doch, was die Sache des Erinnerns oftmals so komplex macht. Es geht eben nicht nur um unsere personale Identität, wenn wir erinnern, sondern gleichzeitig auch um die Erinnerung der anderen, um Konstruktion und Rekonstruktion unserer

sozialen Identität, unserer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen. Wenn ich an Gedenken denke, denke ich an das Nach-Denken. Wir gedenken, also denken an jemanden, an Geschehnisse, an Personen, an Personengruppen. Dabei reflektieren wir unser Denken, denken über unsere Erinnerung, unser An-Denken nach. Dafür nutzen wir Brückenkonstruktionen: Hinterlassenschaften, Bilder, Gegenstände, Briefe, Tagebücher, Kleidungsstücke oder Denkmäler. Das Gedenken verschränkt das individuelle mit dem kollektiven Gedächtnis-Prozess des Erinnerns. Dabei kommt noch etwas dazu, das ich als Stellungnahme benennen würde: Beim Gedenken erinnern wir uns nicht nur, wir anerkennen und würdigen die, an die wir uns erinnern.

JONAS ZIPF: Hier in Jena haben wir bei der Benennung eines Platzes im Stadtteil Winzerla nach Enver Şimşek 20 Jahre nach dessen Ermordung eine sehr intensive Berührung mit der Familie Şimşek erlebt. Die Angehörigen der Familie sprachen von einer dreifachen Traumatisierung. Von einer ersten Traumatisierung als Hinterbliebene des Mordopfers; von einer zweiten Traumatisierung als Kriminalisierte und zu Unrecht Verdächtige; und von einer dritten Traumatisierung als von der politisch zugesagten Aufarbeitung Enttäuschte und von der Öffentlichkeit Zurückgelassene. Herr Daimagüler, lassen Sie uns auf die Erinnerungsarbeit der Opferangehörigen des NSU zu sprechen kommen. Ich kann mir vorstellen, dass es ein sehr schmerzhafter Punkt ist, wenn jemand bei der Polizei, später gar vor Gericht aussagt, und seine Erinnerung in Zweifel gezogen wird. Wie bereiten Sie Ihre Mandant*innen auf diese schwierige Situation vor?

MEHMET DAIMAGÜLER: Beim Strafprozess haben sie verschiedene Beweismittel. Sie haben Urkundsbeweise, Augenscheinbeweise und den Zeugenbeweis. Unter Juristen ist allgemein bekannt, dass der Zeugenbeweis der schwächste ist. Man muss dabei immer davon ausgehen, dass das, was vorgetragen wird, in vielfacher Hinsicht besonders geprüft werden muss. Wenn dann vor Gericht eine Retraumatisierung auftritt, dann hängt das häufig damit zusammen, wo die Fragezeichen gemacht werden, mit welchem Ziel bestimmte Beweismittel dargestellt werden. Ich mache mal ein Beispiel: Wir haben im NSU-Verfahren Hunderte von Fotos gesehen. Und dann erleben wir einen Polizeibeamten, der Fotos aus der Wohnung des Ermordeten Abdurrahim Özüdoğru zeigt. Warum macht er das? Herr Özüdoğru wurde doch nicht in seiner Wohnung ermordet, sondern in seiner Schneiderei. Trotzdem werden diese Fotos präsentiert, und zwar mit einer entsprechenden Kommentierung: Wir sehen die

unordentliche Wohnung eines Mannes, der getrennt lebt von seiner Frau. An dieser Stelle habe ich dann als Nebenklageanwalt schon mal auf den Knopf gedrückt und gefragt: A) Was soll jetzt diese Kommentierung? und B) Was sollen überhaupt diese Fotos? Was lernen wir über die Tat und Rechtsfolgenfrage der Angeklagten, wenn wir sehen, wie es in der Küche aussieht? Eine ähnliche Situation hatten wir dann einige Wochen später bei der Verhandlung des Mordes an Habil Kılıç. Herr Kılıç wurde in seinem Ladenlokal in München ermordet. Und da bekommen wir Fotos von der Kleidung des Ermordeten zu sehen u.a. von einer an der Pinnwand aufgehängten Unterhose des Toten, an der sich keinerlei Blutflecken befinden oder sonst wie beweiserhebliche Tatsachen zu sehen sind. Auch an der Stelle muss man fragen: Was soll das? Welchen Zweck verfolgt das Darstellen dieses Fotos an dieser Stelle des Verfahrens? Als besonders widerlich habe ich in diesem Zusammenhang dann die Fragen der Verteidigung des Angeklagten Wohlleben empfunden, als die Tochter des Ermordeten Mehmet Kubaşık anwesend war. Ihr Vater wurde in seinem Kiosk ermordet. Er war ursprünglich als Asylbewerber nach Deutschland gekommen, hatte daher damals zunächst keine Arbeitserlaubnis und bekam Sozialhilfe. Und genau danach fragt natürlich der Verteidiger von Wohlleben. Das sind Fragen, die ich unzulässig finde. Die Opferangehörigen sind zu diesem Prozess gekommen und haben ein besonders zu schützendes Umfeld erwartet. Natürlich gehört es zu einem rechtsstaatlichen Verfahren, dass die Verteidigung die Anzeigen der Zeug*innen der Anklage kritisch würdigt, wie bei jedem anderen Zeugen auch. Aber was einfach nicht zulässig ist, und auch den Rahmen eines Strafverfahrens sprengt, das sind Fragen und Präsentationen von Fotos, die nichts zur Sache tun. Hätte man das auch bei anderen Opfern gemacht? Bei biodeutschen Opfern und deren Angehörigen? Am Ende des Tages hat das Gericht, hat der Vorsitzende Richter, eine Fürsorgepflicht gegenüber allen Verfahrensbeteiligten, insbesondere auch gegenüber den Zeuginnen und Zeugen, die zugleich Nebenkläger sind und die schon einmal traumatisiert wurden. Ich bin der Meinung, dass das Gericht an diesen Stellen eingreifen hätte müssen und das nicht getan hat.

JONAS ZIPF: Diese Darstellungen zeigen, dass die Erinnerungsarbeit rund um die Opfer des NSU, so wie sie insbesondere in der Ermittlungsarbeit und dann auch bei der juristischen Verhandlung in München stattgefunden hat, von strukturellem Rassismus zeugt. Die Frage zum NSU-Komplex ist doch aber auch: Welche kulturellen Bilder schlagen sich in den Erinnerungen der Mehrheitsgesellschaft nieder? Finden sich hier ähnliche blinde Flecken? Oder

helfen kulturelle Repräsentationen der Geschichten der Opfer – so ganz aktuell »Saal 101«, das Hörspiel des Bayrischen Rundfunks zum NSU-Prozess – dabei, dass es eine andere öffentliche Wahrnehmung gibt?

WOLFGANG FRINDTE: Mir fallen bei den Fragen weitere Fragen ein. Wer und was ist die Mehrheitsgesellschaft? Ist das der Rückzugsort für die »Gutmenschen«, um sich von den »Bösen« abzugrenzen? Ist es ein statistischer Begriff, der darauf verweist, dass die »Mitte« der Gesellschaft frei von Rassismus und der NSU-Komplex nur ein »Ausrutscher« am Rande einer Normalkurve war, so wie der Mord an Walter Lübke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle zu Jom Kippur 2019 oder der Mord an zehn Menschen am 19. Februar 2020 in Hanau? Es handelt sich ja nicht um irgendwelche Phantomschmerzen. Der Rassismus bewegt sich in der Mitte der Gesellschaft. Die bekannten »Mitte-Studien« von Oliver Decker und Elmar Brähler aus Leipzig oder von Andreas Zick und Kolleg*innen aus Bielefeld belegen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten in Deutschland seit 2002 auf einem relativ hohen Niveau stabil sind. 2012, also ein Jahr nach Aufdeckung des NSU, erreichten die Werte von Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Rechtsextremismus die höchsten Ausschläge bei signifikanten Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. Das sind keine blinden Flecke, sondern gefährliche Angriffe auf die demokratische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft. Aber welche Bilder prägen die Erinnerungen an den NSU-Komplex? Bilder von einer Frau, die überheblich im Saal 101 mit ihren Verteidigern scherzt; Bilder von Wohlleben, dessen Verteidiger von »nicht gerade rein deutschem Blut« faseln und vom Gericht wegen derartig rassistischer Formulierungen nicht zurechtgewiesen werden; Bilder von Menschen, die das NSU-Trio unterstützten, aber nicht auf der Anklagebank saßen?! Übrigens: Einzig der Nebenklage sind die rassistisch geprägten Äußerungen im Gerichtssaal aufgefallen. Rechtsextreme und rassistische Milieus und Bedrohungen können sich dann formieren, wenn sie vom Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft und vom strukturellen Rassismus in den Institutionen flankiert werden. Das ist fatal. Zehn Menschen wurden ermordet und es gibt die Familien der Opfer, die noch immer unter den Morden leiden. Darauf sollten sich die kulturellen Repräsentationen von den Geschichten der Opfer beziehen, ob in Hörspielen, Theaterstücken oder anderen Dokumentationen.

MEHMET DAIMAGÜLER: Die Opfer wurden doch unvermittelt getroffen, jedenfalls die Opfer der Ceska-Mordserie und auch die der Bombenanschläge, einfach

weil sie anders waren bzw. anders gemacht wurden – durch die Wahrnehmung und die Definition der Täter. Wenn ich mir das anschau als jemand, sagen wir mal, der in Deutschland zu Hause ist, aber dessen Eltern aus der Türkei stammen, dann erkenne ich Menschen, die umgebracht worden sind, die sich hinsichtlich dessen, was sie so erleben, erhoffen, welche Gefühle sie haben, in nichts unterscheiden vom Rest des Landes. Deren Fremdheit eine konstruierte Fremdheit war. Und dennoch erfolgen schließlich Polizeiberichte, in denen steht, dass die Opfer in einer besonders brutalen Art und Weise umgebracht worden seien, die darauf hindeutet, dass die Täter aus einem anderen Kulturkreis stammen. Fünf Seiten zuvor steht im selben Protokoll, dass die Toten in kriminelle Machenschaften verwickelt worden seien. Dafür gebe es zwar keine Beweise, aber dass es keine Beweise gibt, deute darauf hin, dass sie in besonders cleverer Art und Weise vorgegangen seien, sodass man eben keine Beweise habe. Solche Schlussfolgerungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichte.

Schauen wir uns einerseits in den Akten an, mit welcher Umsicht, mit welcher Fürsorge den Angehörigen von Michèle Kieseletter, der ermordeten Polizeibeamtin, die Todesnachricht überbracht wurde: Da hatten die Polizeibeamten von Anfang an einen Arzt und einen Pfarrer dabei. Die sind mit der Sorgfalt und Fürsorge aufgetreten, die man erwarten muss von einem Rechtsstaat. Schauen wir uns dagegen an, wie die Witwe von Enver Şimşek zur Wache geschleppt wurde, bevor sie zu ihrem im Sterben liegenden Mann gehen durfte. Wie man dieser Frau Fotos untergejubelt hat von einer wildfremden Frau, mit der ihr Mann angeblich ein Verhältnis hatte und sie daher jetzt doch bitte schön endlich mal auspacken solle über die Drogengeschäfte ihres Mannes. Dieser krasse Unterschied in der Art und Weise, wie man die Opfer behandelt hat, deutet doch darauf hin, dass auch in der Vorstellung der Staatsorgane die Opfer so anders sind, dass Mindeststandards der Rechtsstaatlichkeit, aber auch der Menschlichkeit, nicht notwendig sind, dass sie überflüssig sind.

Und wenn man dann im Gerichtssaal sitzt und erlebt, miterlebt, dass einige der Nazizeugen einfach rein- und rauskommen, ohne dass was passiert, aber Verfahrensmittel angedroht werden, ausgerechnet dem Vater von Halit Yozgat, nur weil der während des Verfahrens in seiner Erregung aufgesprungen war und man sehen konnte, wie die Dienstbeamten und die Polizeibeamten sofort da waren und bereit waren, diesen Mann zu bändigen – ja, dann denkt man sich: Passt mal auf, diese Menschen sind genauso wie ihr. Die lei-

den, wenn das Kind ermordet wurde, so wie ihr leiden würdet, wenn euer Kind ermordet wurde. Wir sind nicht anders.

Da fallen dann so Kleinigkeiten gar nicht mehr ins Gewicht: Dass auch nach fünf Jahren Verfahren die Bundesanwälte und die Richter nicht in der Lage waren, die Namen der Opfer richtig auszusprechen, obwohl Kollegen unter den Anwälten der Nebenklage, ich auch, in der Pause immer wieder hingegangen sind und darauf hingewiesen haben. Aber das alles deutet immer und wieder darauf hin, dass ihnen diese Fremdheitsprägung einfach so durchrutscht. Weil sie sich sagen: Wer ist hier fremd, ich bin nicht fremd. Die Einzigen, die fremd sind, das seid ihr.

Zum Gerichtsverfahren selbst muss man immerhin Folgendes sehen und zugestehen: Das Ganze ist ja nicht zuletzt ein ritualisierter Ablauf mit bestimmten Rollen. Wie bei einem Drehbuch oder einem Theaterstück: Die Strafprozessordnung gibt einen groben Rahmen, wie das Ganze ablaufen soll, und dann gibt es noch ein ganz konkretes Drehbuch, das wird geliefert von der Staatsanwaltschaft, in diesem Fall von der Bundesanwaltschaft, nämlich die Anklageschrift. In der Anklageschrift steht, was den Angeklagten vorgeworfen wird und wie das bewiesen werden soll. Da haben wir das Narrativ, von dem vorhin die Rede war. Gegen dieses Narrativ anzugehen, anzukommen, das ist sehr schwierig. Nehmen wir die wiederholten Fragen der Nebenklage nach den Kontakten zu V-Leuten oder die Fragen nach dem Netzwerk hinter dem NSU. Da kann es leicht passieren, und es ist regelmäßig passiert, dass einer aus der Anwaltschaft da reingrätscht und sagt: Moment mal, das hat mit der Tat- und der Rechtsfolgenfrage des Angeklagten nichts zu tun. Warum nicht? Weil es nicht in der Anklageschrift enthalten ist! Das heißt, die können sich immer wieder auf das eigene Drehbuch berufen. Oder aber, wenn ich einen Polizeibeamten fragte, warum da ein Mensch verdächtigt wurde, der vollkommen unverdächtig war, warum da Drogenhunde eingesetzt wurden etc. Dann ruft die Bundesanwaltschaft ein und sagt: Das hat mit der Tat- und Rechtsfolgenfrage nichts zu tun. Aber diese Tat- und Rechtsfolgenfrage-Sachen habt ihr doch selber in die Anklageschrift geschrieben. Ihr habt ein Drehbuch geschrieben und jetzt seid ihr besorgt darum, dass es zu Abweichungen von diesem Drehbuch kommen könnte. Da bekommt dieses Wort vom Staatsschutz eine doppelte Bedeutung. Staatsschutz bedeutet: Der Staat schützt sich selbst.

JONAS ZIPF: Ein eindrückliches Beispiel dafür, wie Narrative funktionieren und wie Narrative Erinnerungen prägen: Selbstverständlich spielt es für die

anschließende Bewertung eine große Rolle, wie die Erzählung strukturiert wird, was wie und wann erzählt und dadurch anders wahrgenommen wird. Lassen sie uns zur öffentlichen Wahrnehmung, zum öffentlichen Erinnern an die NSU-Opfer kommen. Sind die davon geprägt, dass die Gesellschaft strukturell blind ist für die Gleichheit der Menschen? Wir müssen doch nur ein einziges Mal die Opfernamen des NSU googeln, dann sehen wir Bilder, die aussehen wie die Rasterfahndungsfotos der RAF in den 1970ern. Als wären das die Täter, nicht die Opfer. Genauso wird immer noch von Döner-Morden gesprochen. Dieses Wort ist nicht weg aus der kollektiven Wahrnehmung. Lassen sie uns darüber sprechen, wie wir diese Erinnerungs- und Gedenkkultur rund um den NSU-Komplex verändern können!

MEHMET DAIMAGÜLER: Herr Zipf, lassen Sie mich da erst noch einen weiteren Aspekt reinbringen, ja? Sie sprachen ja von der Mehrfachtraumatisierung, auch der Kriminalisierung der Toten und ihrer Angehörigen. Wir hatten in diesem Verfahren, nach etwa zwei, drei Jahren, einige Hundert Zeuginnen und Zeugen gehört. Wir hatten Dokumente eingesehen und, und, und. Es existierte und existiert nicht ein einziger, kein einziger Hinweis darauf, dass irgendeines der Opfer in kriminelle Machenschaften verstrickt war. Und dennoch gibt es dann einen Kommentar der Gerichtsreporterin Friedrichsen in der Tageszeitung »Die Welt«, in dem sie sich zunächst darüber echauffiert, dass die Nebenklage unverschämte Fragen stelle, um dann zu bemerken, bei einigen der Opfer seien Ermittlungen in Richtung, wenn ich mich recht erinnere, Geldwäsche und Drogengeschäfte gerechtfertigt gewesen. Diese Vorwürfe muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Würde man so umgehen mit Opfern, die man nicht als fremd wahrnimmt oder zu solchen macht? Ich habe in diesem Verfahren Witwen und Halbwaisen vertreten, die nach jahrelanger Verdächtigung endlich ein Verfahren gegen die eigentlichen Täter bekommen hatten. Und obwohl wir also jetzt schon ein jahrelanges Verfahren hatten, in dem wir Hunderte von Zeugen gehört hatten, die immer und immer wieder fest bestätigt hatten, dass an diesen Vorwürfen nichts dran ist, und ohne dass dieser skandalös fehl gelaufene Verdacht bei irgendjemandem einen Aufschrei ergeben hätte, konstatiert man dann mal eben so ganz cool, dass diese Verdächtigungen eben doch gerechtfertigt seien. Da frage ich sie, Herr Zipf: Was für eine öffentliche Erinnerungskultur, wir sprechen von Kultur, soll sich denn entwickeln, wenn Leute, die sich Prozessbeobachter schimpfen, so tun, als hätten sie das, was sie da jetzt Jahre gehört haben, gar nicht wahrgenommen?! Das ist doch ein Schlag ins Gesicht aller in diesem

Verfahren, die sich in irgendeiner Weise darum bemüht haben, um Wahrheit zu ringen.

JONAS ZIPF: Da kann ich kaum weiterfragen.

MEHMET DAIMAGÜLER: Am Ende fällt doch dieses Lügennarrativ von den Döner-Morden einfach auf fruchtbaren Boden. Dazu noch ein letzter Aspekt: Manchmal wird ja so ein bisschen paternalistisch gesagt, dass die Erwartungshaltung der Opfer vor dem Oberlandesgericht in München nur enttäuscht werden konnte. Die Angehörigen hätten sich Sachen vorgestellt, die im Strafverfahren ans Tageslicht kommen sollen, die nicht in ein Strafverfahren gehören. Dieses Land hat offensichtlich nicht nur 83 Millionen Fußballtrainer, sondern auch 83 Millionen Strafprozessexperten. Als wären die Nebenklageanwälte keine Juristen, als hätten wir uns unsere Sache nicht genau überlegt. Als hätte eine einzige Frage, die wir gestellt hatten, nicht in ein Strafverfahren gehört.

JONAS ZIPF: Wenn ich das so höre, ließe sich ja schon fast von einer vierten Traumatisierung sprechen.

WOLFGANG FRINDTE: Wir müssen aber aus dem Kreislauf des Re-Traumatisierens rauskommen. Ich würde diese Stelle des Gesprächs jetzt ganz gerne rückkoppeln mit meinen einführenden Überlegungen zu Erinnerung und Gedenken. Ich hatte ja gesagt, dass das Gedenken vom An- und Nachdenken kommt, vom Reflektieren, Stellung beziehen, von einer Stellungnahme der Würde und Anerkennung. Diese Würde und Anerkennung bezieht sich auf diejenigen, an die erinnert wird.

Was mich nach den Ausführungen von Mehmet Daimagüler wirklich beschäftigt, sind die selbstbegründenden Mechanismen. Die Polizeiarbeit passiert offensichtlich vor dem Hintergrund des Andersseins und wird dann noch mal stabilisiert durch die Art und Weise, wie die Verhandlung vor Gericht verläuft und noch weiter verstärkt über den Kommentar von Frau Friedrichsen: eine mediale Inszenierung, die dieses Anderssein in aller Öffentlichkeit noch mal neu konstruiert, und zwar genauso, wie es auf den anderen Ebenen vorher auch abläuft. Es gibt also Selbstbegründungsprozesse, die das Anderssein einfach weiter transportieren. Nun muss man sich fragen: Wie kommen wir denn aus diesen sich selbst begründenden Kreisläufen heraus?

Damit bin ich bei der Frage: Wie können wir trotzdem gedenken? Wie könnte eine Gedenkkultur aussehen, bezogen vor allen Dingen auf die Betroffenen, auf die Opfer, auf die Angehörigen? Ich will an dieser Stelle historisch vor den NSU-Komplex zurückgehen und auf die Gedenkdebatte rund um den Holocaust verweisen: Es gibt da eine Auseinandersetzung zwischen Adorno und Paul Celan. Adorno sagte 1951: »Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch.« 1967 schreibt Paul Celan, kurz vor seinem Selbstmord: Was das für ein Dünkel sei, wenn sich jemand unterstehe, Auschwitz aus der Nachtigallen- oder Singdrossel-Perspektive zu betrachten. Mit seinen Gedichten nimmt Celan dann die Perspektive von »unten« ein – die Perspektive derjenigen, die betroffen sind. Indikator und Kriterium für eine Gedenkkultur sollten und müssen also immer die Opfer und Betroffenen sein. Genau das hat uns ja Mehmet Daimagüler gerade vorgeführt. Und genau das ist vor Gericht nicht erfolgt. Kann man das jetzt noch aufholen, kann man das noch einholen? Kann man das gedenkkulturell noch ins Lot bringen? Ich weiß es nicht genau. Ich frage mich, wie man aus solchen Teufelskreisen herauskommt bzw. wie man die kleinen Teufel, die in den Kreisen sitzen, da rausholen kann?!

JONAS ZIPF: Dann bleibe ich doch noch mal bei meiner Leitfrage nach einer breitenwirksam gelingenden Gedenkkultur. Ich möchte ein konkretes Beispiel dafür machen, wie Kultur dazu beiträgt, dass es nicht erst nachträglich zu einer sich verändernden Erinnerungskultur kommt, sondern dass es praktisch schon im Moment der gedenkenden Aufarbeitung zu einer qualitativ anderen Wahrnehmung kommt, auch des Fremdseins: Dafür vergleiche ich die Bilder, die medial und kulturell repräsentiert werden und zirkulieren, so wie wir sie von den NSU-Opfern in unseren Köpfen haben, mit den Bildern der Opfer in Hanau. In Hanau ist es anscheinend gelungen, dank einer sehr aktiven, aktivistischen und – ich möchte es so nennen: kulturellen Arbeit – im Umfeld der Opfer und ihrer Angehörigen, die mediale Repräsentation substanziell zu beeinflussen. Wenn wir die Hanauer Opfer googeln, sehen wir freundliche, menschliche Bilder, gemalte und grafisch aufbereitete, nicht fotografierte und dann im Rasterverfahren runtergepixelte Porträts. Das ist eine Hilfestellung, eine Gedenkkultur, die von unten kommt. Diese Bilder sind nicht entstanden, weil der hessische Landtag oder der Oberbürgermeister in Hanau sie in Umlauf gebracht haben, sondern dadurch, dass Aktivist*innen in Hanau die Gesichter an die Wände gesprüht und im Netz mit dem Hashtag #saytheirnames geteilt haben. Meine nochmalige Frage an

Sie, Herr Daimagüler: Gab es kulturelle und aktivistische Aktivitäten parallel zum NSU-Prozess, bei denen Sie sagen, dass diese dabei geholfen haben, dass eine andere öffentliche Repräsentation, eine andere mediale Wahrnehmung der Belange der Opferfamilien entsteht?

MEHMET DAIMAGÜLER: Also ich glaube, dass das, was nach Hanau geschehen ist, ein Ausdruck dessen ist, dass wir gelernt haben, wie wichtig die Macht der Bilder ist. Wir haben uns im Strafverfahren als Anwälte, ich persönlich und andere, sehr, sehr stark auf den narrativen Widerspruch, das Widersprechen, konzentriert. Wir wollten sicherstellen, dass dem staatlichen Narrativ ein anderes Narrativ entgegengesetzt wird, das das Framing zwischen den unterschiedlichen Wirklichkeiten dekonstruiert: Etwa da, wo von Pannen gesprochen wird, zu sagen: Nein, das waren keine Pannen. Sondern das waren bewusste Entscheidungen, basierend auf rassistischen Stereotypen. Das ist etwas anderes als eine Panne: Man fährt auf einer Landstraße und dann hat man einen Platten, kommt vor. Deswegen wird man jetzt nicht sagen, dass Mercedes Benz als Automobilunternehmen ein systematisches Problem hat. Auf solche Framings haben wir uns fokussiert. Und gelernt, den Begrifflichkeiten zu widersprechen und über Rassismus zu sprechen. Das ist ein Kulturwechsel: Noch vor einigen Jahren war es in Deutschland fast ein Tabu, über Rassismus zu sprechen. Gerade die Vorstellung von Rassismus in einer staatlichen Institution kollidiert massiv mit der Staatsdoktrin. Mit der Vorstellung eines Staates, der seine Vergangenheit bewältigt hat. Eines Staates, der sich versöhnt hat. Darüber ließ sich kaum sprechen, bis der NSU-Komplex dann öffentlich wurde. Und ich glaube, Hanau hat da auch noch einmal einen ganz, ganz wichtigen Schritt nach vorne gebracht. Etwa indem die Namen der Opfer individualisiert wurden, sie nicht nur zu anonymen Vertretern einer Gruppe gemacht wurden, so wie es die Täter wollen. Dem Täter in Hanau ging es um den Angriff auf eine anonyme Gruppe. Ich glaube, dass wir gelernt haben.

Im Gegensatz dazu ist das Credo des Staates »Wir haben unsere Lehren aus der NSU gezogen« einfach falsch. Wenn der Staat Lehren gezogen hätte, dann würden wir heute offensiv über institutionalisierten Rassismus sprechen. Wenn wir als Gesellschaft die Lehren gezogen hätten, dann würden wir uns die Frage stellen, wie es in manchen Gegenden in Deutschland zu selbstbewusst ausgeprägten Nazikulturen kommen konnte und welche Rolle der Staat dabei ganz konkret gespielt hat? Was ich dagegen immer wieder wahrnehme, das sind westdeutsche Attitüden: Im Grunde genommen gehe es doch beim NSU nur um Außenseiter und Minderheiten. Denn wir hätten es sowohl

auf der Opferseite mit Leuten zu tun, die nicht so richtig dazugehören, als auch auf der Täterseite. Dieses Naziproblem, das sei ja eigentlich etwas fast exklusiv Ostdeutsches. Wie oft habe ich das schon erlebt in Gesprächen mit westdeutschen Bekannten, in denen genau genommen so getan wurde, als sei das ein Problem, mit dem sie als Westdeutsche überhaupt nichts zu tun haben. Das waren halt Naziossis. Wir können das Problem aber nicht einfach lokal begrenzen auf Jena oder Zwickau oder auf Dortmund-Nord. Die Amerikaner nennen eine so ehrliche Debatte Soul-Searching: eine Debatte, mit der wir uns als Gesellschaft darüber Gedanken machen über das, was wir eigentlich sein wollen und was wir in Wirklichkeit sind. Und das vermeidet man immer, indem man die Problemlage ausbürgert.

JONAS ZIPF: Doch wie kommt es überhaupt zu dieser Debatte? Als Kulturmensch in der Runde versuche ich es noch ein Mal: Welche kulturellen Repräsentationen haben dabei geholfen, die öffentliche Wahrnehmung der NSU-Opfer zu verändern?

MEHMET DAIMAGÜLER: Ich glaube, die NSU-Monologe haben eine ganz, ganz große Rolle gespielt. Ein Format, das an vielen Orten vielen Menschen einen unmittelbaren Eindruck davon gegeben hat, was da geschehen ist und noch geschieht. Ganz wichtig waren auch die Protokolle, die in der Süddeutschen Zeitung das Verfahren unkommentiert präsentiert haben. Was in diesem Kontext die türkischstämmige Minderheit in Deutschland angeht, glaube ich, war es ganz, ganz wichtig, dass sie in den Nachrichten auch einen Anwalt oder eine Anwältin sehen mit einem Namen, der ihnen vertraut ist: Mehmet statt Hans, Seda statt Sabine. Die dann als Verfahrensbeteiligte nicht einfach mit dem Kopf nicken, in so einer Onkel-Tom-Manier, sondern die benennen, was nicht richtig läuft. Darin besteht vielleicht ein großer Unterschied zu den Verfahren, die beispielsweise nach Mölln oder Solingen stattgefunden haben, in denen sozusagen andere Deutsche für uns gesprochen haben.

JONAS ZIPF: Auch auf der kulturellen Seite fand die Aufarbeitung der Ereignisse in den 1990er-Jahren ja noch sehr stark über Vertreter der sogenannten Mehrheitsgesellschaft statt. Da standen auf den Bühnen dieses Landes Udo Lindenberg, Peter Maffay, Herbert Grönemeyer, haben Lichter hochgehalten und zum Ausdruck gebracht: »Wir sind nicht so, die Mehrheit ist nicht so.« Als der NSU-Komplex aufgefliegen ist, war das erste, was passiert ist, auch hier in Jena ein solches Konzert: »Rock gegen Rechts« im Paradiespark, mit densel-

ben Protagonisten. Offensichtlich ist das aber nicht ausreichend. Wolfgang Frindte, Sie haben ja die These gebracht, dass eine gelingende Gedenkkultur von den Opfern ausgehen muss, siehe Celan vs. Adorno. Und in der Tat, beim Holocaust kommt es mir so vor, dass die wesentlichen Spuren, die im kollektiven Gedächtnis geblieben sind, hauptsächlich von Opferperspektiven künden. Ich denke da zum Beispiel an Anne Frank oder Maurice Halbwachs, neben vielen anderen Angehörigen dieses und anderer Lager. Daher auch die Frage: Was ist Ihnen im Gedächtnis rund um den NSU, bei dem man jetzt schon sagen kann, es hat geholfen und wird auch weiterhin dabei helfen, dass eine andere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit Niederschlag findet?

WOLFGANG FRINDTE: Zunächst Mal fand ich in den Neunzigerjahren das Aufbegehren der Mehrheiten gar nicht so schlecht. Da gibt es interessante Untersuchungen aus der Sozial- und Medienpsychologie, in denen die Reaktionen der Rechtsextremen nach Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda im Vergleich zu Mölln und Solingen untersucht wurden. Die Befunde zeigen u.a., dass nach Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen die rechtsextremen Straftaten und Gewalttaten angestiegen sind, nach Mölln und Solingen scheinen sie aber leicht zurückgegangen zu sein. Etwas pauschal zusammengefasst, gibt es zwei Erklärungen: Zum einen lag das daran, dass die Lichterketten, also Demonstrationen der Mehrheit, nach Mölln und Solingen zugenommen hatten. Zum anderen daran, dass die Medien nach Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda verstärkt über die Täter berichtet haben. Der Spiegel bezog sich zum Beispiel im September 1991 mit einem Titelbild, auf dem vor dem Schriftzug »Gewalt gegen Fremde – HASS« junge Männer zu sehen sind, die mit erhobener Hand bzw. ausgestrecktem Mittelfinger ins Bild grüßen, auf die Krawalle in Hoyerswerda. Nach Mölln und Solingen und diesen Lichterketten ist dagegen vor allen Dingen über die Demonstrationen gegen rechtsextreme Gewalt berichtet worden. Auch hier spielen Medien eine starke Rolle. Das spricht für das Engagement der aufgeklärten Mehrheitsgesellschaft. Daneben sehe ich, genauso wie Mehmet Daimagüler, diese sehr konkreten Dokumentationen und Berichte, die NSU-Monologe, aber auch andere konkrete Berichte und Porträts von und über die Opfer. Das gab der Perspektive von unten noch etwas anderes mit, nämlich das, was der Historiker Jan Assmann wie folgt benannt hat: »Nur, was nicht aufhört, wehzutun, bleibt im Gedächtnis.«

MEHMET DAIMAGÜLER: Worin bestehen jetzt aber die Ziele von Gedenken und Erinnern?! Die Leute sollen ja nicht glauben, dass das Gedenken vor allem für

die Opfer und Angehörigen geschieht. Die Zielgruppe des Erinnerns ist doch vor allem die Mehrheitsgesellschaft selbst, die sich überlegen muss: Wer wollen wir sein? Und: Was wollen wir verhindern in Zukunft? Es geht doch nicht darum, zu sagen, wir erinnern uns jetzt, damit es der Frau Şimşek ein bisschen besser geht. Der Frau wird es nicht besser gehen. Der Schmerz war, ist und wird bleiben. Da soll sich bitte mal keiner vertun, da braucht es eine klare Kommunikation: All diese Menschen wären noch am Leben, wenn die Mehrheitsgesellschaft sie nicht zu Fremden gemacht hätte. Es waren ja nicht Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe, die als erste auf den Trichter gekommen sind, dass Türken fremd sein können. Wenn Hans-Ulrich Wehler, einer der bekanntesten Historiker Deutschlands, Anfang der Neunzigerjahre sagt: »Wir haben kein Ausländerproblem in Deutschland, sondern ein Türkenproblem«; wenn ein Bundeskanzler Kohl zwar den amerikanischen Präsidenten auf einen SS-Friedhof schleppt, aber sich zugleich weigert, zur Trauerfeier für die in Solingen oder Mölln Ermordeten zu gehen, mit der Begründung, er mache keinen Beileidstourismus – dann muss man doch konstatieren: All diese Sachen, all diese Gedanken, haben sich die Leute in Zwickau oder in Jena, wo sie damals lebten, nicht selbst ausgedacht. Die kannten gar keine Türken. Das Feindbild des Türken als Fremder, das ist doch eine Sache, die von der Mehrheitsgesellschaft vermittelt worden ist, auch von der Machtelite vermittelt worden ist. Also, es soll mal keiner so tun, als würde gedacht und erinnert für uns Migranten oder gar für die Opfer. Gedenken und Erinnern ist der Auftrag an und für euch selber. Wenn nur gedacht und erinnert wird an die Opfer, für die Opferangehörigen, dann ist das doch ein Stück weit ein Exkulpieren, ein Sich-aus-dem-Staub-Machen. Nach dem Motto: Wir haben doch schon so viel gemacht, wir haben doch schon eine Straße nach denen benannt, was wollt ihr denn noch? Dagegen will ich, dass alle nachdenken. Ich will Auseinandersetzung, ich will eine schmerzhaft Auseinandersetzung. Damit wir weiterkommen, damit wir uns entwickeln.

JONAS ZIPF: Vielen Dank für das klare Statement. Das stellt sich neben die These von Wolfgang Frindte und arbeitet heraus, dass es eine Verbindung braucht zwischen den Sichtweisen der Opferangehörigen und deren Übersetzung in die öffentliche Wahrnehmung. Die Funktion von Gedenken und Erinnern erfüllt sich nicht im versöhnlichen Rückblick, sondern als Frage an die Gegenwart und die Zukunft: Wie können wir eine Wiederholung verhindern? Welche Rolle spielt dabei aber die Wahl der Mittel? Ich möchte in der letzten Kurve unseres Gesprächs auf den Punkt der Breitenwirksamkeit zu

sprechen kommen. Da stelle ich jetzt mal provokativ den Widerhall der Lyrik Paul Celans im Deutschunterricht dem Film von Fatih Akin gegenüber, der auch einer breiten Öffentlichkeit den Schmerz der Opferangehörigen präsentiert hat. Und das übrigens, wie ich finde, auf eine ganz schlaue Art und Weise, nämlich indem die Opferangehörige, die in diesem Film im Zentrum steht, eben keine Fremde ist, sondern die Frau eines Fremden und damit das Thema gleich in die Mitte der Gesellschaft holt. Wie kommen wir also mit dem konkreten Schmerzpunkt der Opferangehörigen, von dem Wolfgang Frindte sprach, und der Erkenntnis und Veränderung der Mehrheitsgesellschaft, von der Mehmet Daimagüler sprach, in die notwendige gesellschaftliche Breite?

MEHMET DAIMAGÜLER: Ich glaube, dass wir verstehen müssen, dass die Mittel zum Erinnern das Erinnern selbst nicht ersetzen. Ein Beispiel: Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Teilen des Landes eine Attitüde des Schlussstrichziehen-Wollens erlebt, des Abhaken-Wollens, des Weitermachen-Wollens und der Verweigerung, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Mit dem, was nicht im deutschen Namen geschehen ist – auch das ist so eine deutsche Formulierung –, sondern mit dem, was von Deutschen getan wurde. Diese erfolgreiche Verdrängung, erfolgreich in Anführungsstrichen, hat sehr lang, sehr gut funktioniert. Die erste wirklich tief greifende Auseinandersetzung der Gesellschaft mit dem, was passiert war, geschah aber nicht im Zuge von 1968. Auch im Zuge von 1968 blieb die Diskussion auf einer intellektuellen Ebene, Teil einer elitären Randgruppe. Die richtige Auseinandersetzung der Gesellschaft, an die ich mich persönlich auch noch erinnern kann, war die Ausstrahlung der Serie »Holocaust«. Eine amerikanische Serie über eine fiktive Familie Weiss aus Berlin und das, was mit der Familie geschah. Die hat zum ersten Mal nach meiner Erinnerung eine Diskussion zur Folge gehabt, morgens im Bus, überall haben sich die Leute darüber unterhalten. Es war also erst ein popkultureller Import aus Hollywood, eine fiktive Geschichte, die dazu geführt hat, dass über diese Dinge breit diskutiert wurde, obwohl die realen Opfer ja längst bekannt waren. Aber dieser Film war eben Auslöser für Diskussionen, hat die Diskussion selbst nicht ersetzt. Und deswegen ist es ganz wichtig, zu überlegen: Was passiert nach dem Aufrütteln, was passiert anschließend? Ich finde es beispielsweise sehr gut, wenn Fußballvereine auf das Spielfeld laufen und sagen: »Nein zu Rassismus!« Ja, und dann stelle ich mir die Frage: Was passiert eigentlich am Tag danach? Geht der deutsche Fußball hin und nimmt das Thema Rassismus ernster? Schließlich stellt sich immer wieder

die Frage nach der Wahrhaftigkeit des Kommunikativen. Deswegen finde ich beispielsweise die Stolpersteine auch in ihrer Reduziertheit so beeindruckend. Da steht einfach nur: »Hier lebte dieser Mensch, geboren dann und ermordet dort«. Mehr bedarf es an der Stelle nicht. Es bedarf keiner verbalen Nebelkerzen.

WOLFGANG FRINDTE: Wir kommen immer wieder auf den Punkt zurück, dass es um die Gesellschaft als Ganzes geht, nicht wahr? Wenn Erinnern und Gedenken infrage kommen, wenn wir uns fragen, wie wir gedenken oder wie wir uns erinnern an Vergangenes in der Gegenwart, dann geht es eigentlich immer um die Zukunft von uns allen. Daran anknüpfend fällt mir eine recht interessante Studie ein, die unmittelbar nach den ersten Staffeln der Holocaust-Serie durchgeführt wurde und die genau das bestätigt, was Sie gerade gesagt haben, Herr Daimagüler: dass nämlich in der Gesellschaft damit etwas angestoßen wurde, was nach den Auschwitz-Verhandlungen in diesem Zuge in der westdeutschen Gesellschaft nicht passiert ist. Das Interessante ist nun allerdings, dass mir in Israel gerade zur Holocaust-Serie gesagt wurde, das seien relativierende Bebilderungen eines schrecklichen Geschehens auf Hollywood-Niveau. Auf der anderen Seite gelang es Miriam Rieck und mir auf einer Konferenz dann durchaus, einige Israelis davon zu überzeugen, dass diese Wirkung in Deutschland, also sozusagen im Land der Täter, eine ganz andere Reaktion erzeugt hat als in Israel. Dass auf dem Weg dieser künstlerischen Umsetzung tatsächlich die Nachfahren der Mörder erst damit angefangen haben, darüber nachzudenken, was passiert ist, den Schmerz vielleicht nachempfinden und so daraus ableiten konnten, dass den Kindern und Kindeskindern auch weiterhin davon erzählt werden muss. Dabei gilt es nochmals zu berücksichtigen, dass sich Erinnern auf der individuellen Ebene unterschiedlich abspielt. Miriam Rieck und ich haben in unseren Studien mit Holocaust-Überlebenden auch gefunden, dass manche sich gar nicht erinnern wollen und damit gut leben können. Ihre Erinnerung wird im wahrsten Sinne des Wortes verdrängt, um die Zukunft gestalten zu können. Dagegen gibt es andere, die mit den posttraumatischen Geschehnissen nicht umgehen können. Das führt in den schlimmsten Fällen bis in den Selbstmord.

Ich denke, mit dem Gedenken und der Gedenkkultur ist es ähnlich. Es gibt ganz unterschiedliche Arten und Weisen. Ich war 2016 mit meiner Frau auf dem Weg, ihren Halbbruder in Frankreich zu besuchen. Da haben wir Station in Verdun gemacht und ich war auf der Suche nach dem Grab meines jüdischen Großvaters, der dort als deutscher Soldat 1915/16 in Verdun gefallen

sein soll. Wir haben das Grab nicht gefunden, aber wir haben dieses riesige Gräberfeld gesehen und haben dann noch eine Gedenkstätte für die jüdischen Soldaten gefunden, die auf der Seite Frankreichs gekämpft haben. Und dieses Bild, das beschäftigt mich immer noch. Es ist für mich eine ganz wichtige Grundlage, auch für mein politisches Engagement.

Und das hört nie auf, auch wenn es manchmal sehr weh tut. Ich habe mit meinen jungen Kolleginnen und Kollegen in den Neunzigerjahren, also bis in die Zweitausender, sehr viel zum Rechtsextremismus gemacht. Wir haben standardisierte Befragungen durchgeführt, wir haben Interviews mit Jugendlichen, auch ihren Eltern, durchgeführt und ich musste dann bei der Anhörung im Ausschuss, im NSU-Ausschuss des Thüringer Landtages, zugeben: Wir haben viel gemacht, wir haben wenig erreicht. Wir sind zum Teil auch von Politikerinnen und Politikern ausgebremst worden. Aber was wir nicht gesehen haben, vielleicht auch, weil wir die falsche Brille auf hatten, dass diese jungen Leute, die wir interviewt haben – und ich nehme heute an, einer von dem direkten NSU-Umfeld war darunter – dass diese jungen Leute tatsächlich später terroristische Attentate und Morde verübten. Das haben wir nicht gesehen.

Ich habe ja vorhin gesagt, was nicht aufhört, wehzutun, das bleibt im Gedächtnis. Aber es reicht nicht, wenn es nur im Gedächtnis bleibt, es muss auch zu Handlungen führen. Zu politischem Engagement, dass sich auf die Mitte unserer Gesellschaft konzentriert, da unsere Demokratie momentan enorme Angriffe auszuhalten hat. Das ist mir wichtig. Das darf nicht aufhören.

MEHMET DAIMAGÜLER: Sie hatten eingangs und immer wieder nach den kulturellen Möglichkeiten des Erinnerns und Gedenkens gefragt, Herr Zipf. Ich möchte dazu noch die Wege nennen, die die Städte München und Nürnberg gegangen sind, wo ja fünf der zehn Mordopfer des NSU getötet wurden. Die beiden Städte haben den Jugendpreis Mosaik gestiftet, der alle zwei Jahre vergeben wird und sich im Gedenken an die Nürnberger und Münchner, die umgebracht wurden durch die NSU-Morde, an eine breite Öffentlichkeit richtet. Ausgezeichnet werden Initiativen, Ideen, Einzelpersonen, Vereine, die genau das Gegenteil dessen vormachen, was die Vorstellungswelt des NSU war. Die nicht zwischen wir und denen unterscheiden, sondern das Gemeinsame betonen. Und zwar mit Ideen, die nicht auf einer totalen Abstraktionsebene bleiben, sondern ganz einfach sind. Beispielsweise eine Initiative in Nürnberg von jungen Leuten, bei der Geflüchtete und Nürnberger*innen gemeinsam kochen, Geflüchtete die Kocherfahrung, die Esserfahrung aus ihrer Heimat

mitbringen, genauso wie es dann fränkische Sachen gibt, aus der Gegend. Die Leute kochen zusammen, reden, lachen und speisen gemeinsam. Das ist doch eine Idee, die in ihrer Einfachheit große Konsequenzen hat und großartig ist. Solche Sachen werden bei diesem Preis explizit im Gedenken an die Opfer des NSU ausgezeichnet. So kann man auch gedenken. Ein Gedenken, dass sich ganz konkret nach vorne richtet – bei dem die Zielgruppe junge Leute sind, junge Menschen.

JONAS ZIPF: Wie schön, dass wir mit diesem Ausblick enden. Vielen lieben Dank.

Queere Nostalgie

Jin Haritaworn

Mein Buch *Queer Lovers and Hateful Others*, aus dem der folgende Auszug stammt, beschreibt die räumlichen Auswirkungen homonationalistischer Territorialität im Zuge der Gentrifizierung der Berliner Innenstadt in den 2000er- und frühen 2010er-Jahren (vgl. Haritaworn 2015). Das Drama zwischen queeren Liebenden und hasserfühlten Anderen, welches die Verdrängung rassifizierter Menschen aus Stadtteilen wie Kreuzberg und Neukölln naturalisiert und als progressive Entwicklung umdeuten lässt, ist zugleich ein Narrativ der Zeit. 2008 wurde im Berliner Tiergarten das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen eingeweiht, einen Steinwurf entfernt vom drei Jahre älteren Holocaust-Denkmal. Als fester Bestandteil queerer Sightseeing-Touren spielt das »Homo-Denkmal«, wie es liebevoll anthropomorphisiert wird, eine privilegierte Rolle in der Erinnerungskultur an die nationalsozialistische Vergangenheit, die sowohl als das ultimative Böse der rassistischen und sexuellen Unterdrückung als auch als mythischer Ursprung einer weltweiten lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender (LSBT-)Community gilt.

Dieser Essay untersucht die Kampagne für das Denkmal sowie dessen ästhetische und affektive Eigenschaften, und betrachtet beide als Performanzen eines Präsentismus, die das Drama der queeren Liebenden und hasserfühlten Anderen neu aufführen als die Wiederholung einer grauenhaften Vergangenheit. Dieses Drama findet in der Gegenwart neue Inkarnationen in rassifizierten Bevölkerungsgruppen, die queere Menschen terrorisieren. Im Folgenden beziehe ich mich auf Literaturen zu queerer Temporalität und auf intersektionale Historiografien zum Nationalsozialismus, die die Privilegierung des Konzentrationslagers als markantesten Ort queerphober Unterdrückung infrage stellen. Dagegen lege ich dar, inwiefern diese Gedenkformen des vergangenen Terrors ironischerweise mörderische Logiken im Hier und Jetzt bedienen.

Wie so oft bei dominanten Historiografien spiegelt sich das sowohl darin wider, an wen erinnert wird, als auch darin, wer diese Erinnerung betreiben darf. Wie viele Autor*innen bereits erläutert haben, reproduzieren die Skripte der nationalsozialistischen Vergangenheit eine relativ kleine Auswahl an zulässigen Erinnerungen, Handlungen und Affekten. Die richtige, korrekte Erinnerung geht einher mit dem richtigen Affekt: eine weiße, nicht-jüdische Schuld, die unerreichbar bleibt für diejenigen, die heute mit Rassismus konfrontiert sind. Es ist kein Zufall, dass in den Diskursen über die vermeintlich ausgeprägtere Homophobie, Gewalttätigkeit und Kriminalität von »Migrant*innen« oder »Muslim*innen« diejenigen Körper, die zum Träger der Überreste des Antisemitismus gemacht werden, dieselben Körper sind, die auch Träger der Rückstände von Homophobie sind. Die Leichtigkeit, mit der rassifizierte Jugendliche entbehrlich gemacht werden, wird so in einem weiteren historiografischen Diskurs bestätigt.

In meinem Aufsatz versuche ich zu zeigen, dass diese Erinnerungsakte – anders als in Debatten zur Temporalität manchmal angenommen – über die reine Trauerarbeit oder das Verarbeiten traumatischer Ereignisse hinausgehen. Es ist vielmehr so, dass das Verlangen nach der Vergangenheit zur dominanten politischen Orientierung geworden ist. Diese Orientierung bezeichne ich als *queere Nostalgie*: eine aktive Investition in mörderische Zeiten und Orte, die das nostalgische Subjekt vorgibt, überwinden zu wollen.

Pädagogien der Vergangenheit

Wie beschwören heutige Agenden der LSBT-Inklusion, -Sichtbarkeit und -Anerkennung die Vergangenheit herauf? Es gibt noch viel Spielraum, um queere Temporalität als Methode der Auseinandersetzung mit Momenten mörderischer Inklusion zu mobilisieren, und um über die Unterscheidung zwischen wertvollen Subjekten und pathologischen Bevölkerungsgruppen nachzudenken. [...]

Auf den folgenden Seiten wird die Vergangenheit – und die Körper und Orte, die scheinbar in ihr feststecken – als ein Terrain der *queeren Nostalgie* verstanden, in welches weiße Subjektivitäten aktiv investieren, anstatt zu versuchen, ihm lediglich zu entkommen. In zeitgenössischen Mobilisierungen existieren vervielfachte, ambivalente und widersprüchliche Figurierungen der Vergangenheit. Die Vergangenheit transportiert uns zurück zu einer imaginierten Community vor der Assimilierung, als »wir« noch Sinnvol-

leres zu tun hatten als Shoppen und Feiern. Sie verspricht vielleicht auch die Rückkehr zu einer Zeit, die echter und radikaler war. Fortschritt beinhaltet ironischerweise die ständige Rückkehr zur Vergangenheit. Diese Rückwärtsbewegung durch die Zeit weitet den Horizont der Liberalisierung (und des Liberalismus) auf Orte und Communitys aus, die ihn brauchen und wollen sollen, angesichts der Rechte, die hier erkämpft wurden und des Unrechts, das dort fortbesteht. »Unsere« Vergangenheit ist wie »ihre« Gegenwart. Sie prädestiniert »uns« dafür, an »ihrer« Stelle zu handeln. [...]

Die Vergangenheit ist ein fruchtbarer Ort für queere Investition und queere Regeneration – ein Konzept, welches ich in meinem Buch (vgl. Haritaworn 2015) für räumliche Identifikationsprozesse im Kontext der Gentrifizierung verwende. In diesem Aufsatz erläutere ich das Drama der queeren Liebenden und hasserfüllten Anderen ferner als ein temporales Narrativ der Zeit, welches sein Subjekt und Objekt auf die Gegenwart/Zukunft, beziehungsweise umgekehrt auf die Vergangenheit projiziert. Während der/die queere Liebende als Botschafter*in einer progressiven Liebe figuriert, die unabhängig von Geschlecht oder Hautfarbe existiert, spielt der homophobe »Ausländer«/»Türke«/»Muslim« die Rolle des rassifizierten Überschusses, der uns in eine Vergangenheit zurückwirft (archaisch, patriarchal, ländlich), die er nie verlassen hat. Während die Vergangenheit somit in den hasserfüllten Anderen eindringt, gilt auch das Gegenteil: In Texten zur Vergangenheit tritt der hasserfüllte Andere als unheilstiftend auf. Er warnt vor Gräueltaten, die sich wiederholen werden, wenn nicht sofort gehandelt wird. [...]

Gloria Wekker (2009) erklärt dies mit dem Begriff der Homonostalgie. Sie schreibt über die Niederlande, die sich im dominanten Diskurs als »freier« und »toleranter« Vorreiter für Homosexuellenrechte identifizieren – etwa anhand ihres Status als erstes Land weltweit, dass die Homo-Ehe legalisiert hat. An Wekker anlehnend könnten wir sagen, dass die nostalgische Verklärung der »besseren« Vergangenheit zur Gefühlstruktur weißer niederländischer LSBT-Communitys geworden ist. Wekker illustriert diese Beobachtung mit einer öffentlichen Aussage von Pim Fortuyn, dem berüchtigten schwulen, rechten Politiker, der 2002 sagte, dass der »Islam eine rückständige Kultur« sei, und dass er »keine Lust ha(be), die Emanzipation von Frauen und Homosexuellen noch einmal neu zu machen« (Übersetzung O.H.A.). Die glückliche Vergangenheit des niederländischen Liberalismus wird als die Ära vor der Einwanderung periodisiert: »die gute alte Zeit, als es hier noch keine Muslime gab« (Wekker 2009: 1). Wekkers Konzept der niederländischen Homonostalgie hinterfragt die dominante Narration der Niederlanden als langjähriger

Vorreiter der LSBT-Inklusion. So erfordert die LSBT-Freundlichkeit des niederländischen Nationalismus eine Relativierung: wenn es besser sein könnte, dann deshalb, weil es in der mythischen Vergangenheit besser *war*. Die idealisierte Vergangenheit endet mit der Einwanderung, und die homo-freundliche Community findet ihr konstituierendes Außen in der Figur der Muslime, die immer auch »nicht-von-hier« sind.

Wekkers Betrachtung von Nostalgie als einer positiven Orientierung zur Vergangenheit weicht interessanterweise von einem häufiger auftretenden Fokus in der queeren und weiteren Temporalitäts-Forschung auf Melancholie, Trauer, Trauma und Verlust ab (siehe Freeman 2007). In der Einführung zu ihrem Sammelband *Loss: The Politics of Mourning* fordern Eng und Kazanjian (2003) eine Politik der Trauer ein, die eine Spanne von »Verlusten des 20. Jahrhunderts« umfasst, zu denen Genozid, Sklavenhandel, Lynchen, AIDS und Apartheid gehören, und die aus »der Perspektive dessen, was bleibt« erfolgen soll (Eng/Kazanjian 2003: 2, 5). Unter Bezugnahme auf Benjamin und Freud, insbesondere des letzteren Unterscheidung zwischen Trauer und Melancholie, rücken sie ein ent-pathologisiertes Konzept der Melancholie in den Vordergrund, das diese als kreativ, produktiv und politisch fasst. Die Vergangenheit verbleibt hier als schädigende Erfahrung, die psychisch bearbeitet werden muss. Im Gegensatz dazu beschreibt Wendy Brown (1999) in ihrer Untersuchung der »linken Melancholie« die Vergangenheit als ein Objekt der Begierde. Aufbauend auf Stuart Halls Kritik an der Linken während der Zeit des Thatcherismus sowie auf Benjamins älterem Konzept der linken Melancholie, argumentiert Brown, dass sich die Linke seit dem Fall des Sozialismus an veraltete und fetischisierte Objekte, Visionen, Methoden und Ideale klammere. So wird sie zwangsläufig zu einer konservativen Kraft, die sich weigere, die relevanten Widersprüche der Gegenwart sowie die Möglichkeiten, die sich gegenwärtig für eine radikale Veränderung ergeben, aufzugreifen.

Heather Love (2007) wendet sich gegen eine problematisierende Sicht der Melancholie und fordert zu einer Akzeptanz »rückwärtsgerichteter« Gefühle wie Scham, Depression und Selbsthass auf. Auch sie arbeitet mit einem älteren Archiv – lesbischen Romanen des frühen 20. Jahrhunderts – und zieht dabei eine Verbindung zwischen dem ungebrochenen Reiz und der Resonanz dieser Werke einerseits und den anhaltenden Auswirkungen einer unterdrückten Vergangenheit andererseits, die queeren Fortschritts-Narrativen zufolge schon längst überwunden sein müsste. Love betont, dass die bejahende Wende, weg von der Scham hin zu Stolz, Rechten und Sichtbarkeit, und von einer negativen Vergangenheit zu einer positiven Gegenwart und

Zukunft, diejenigen ausschließt, die unfähig sind, Glück und Optimismus zu verkörpern. [...]

Die queeren Texte, die Gegenstand dieses Aufsatzes sind, sind auf ähnliche Weise »rückständig«, denn sie suchen aktiv die Vergangenheit auf und warnen immer wieder vor ihrer Wiederkehr. Allerdings steht die Rückwärtswendung dieser Texte nicht im Gegensatz zu queerem Fortschritt. Sie vereinen eine affirmative Orientierung, die Rechte und Sichtbarkeit feiert – insbesondere im Vergleich zur Rückständigkeit rassifizierter Bevölkerungen –, mit einer Ausrichtung, die aktiv bei den Schäden der Vergangenheit verweilt. Außerdem unterscheidet sich die Nostalgie dieser Texte von der Homonostalgie nach der glücklichen Vergangenheit der Homosexuellen-Freundlichkeit, wie Wekker sie beschreibt. Vielmehr richtet sich die *queere Nostalgie*, die im Folgenden untersucht wird, auf eine unglückliche Vergangenheit der homophoben Verfolgung.

Erinnerung an den Hass

Die Nazizeit ist mehr als ein außerordentlicher Zeitraum, der allein zu Berlins Vergangenheit gehört. Sie ist ein fruchtbares Terrain für diverse transnationale Künstler*innen, Publika und Besucher*innen, deren unterschiedliche Investitionen in die Stadt – im Sinne von Kapital wie auch Affekten – dazu führen, dass vermeintlich lokale Geschichten zwangsläufig global betrachtet werden müssen. In Deutschland und anderswo auf der Welt wird die Nazizeit als Ursprungsmythos der LSBT-Identitätspolitik angesehen. Diese Sicht wird von Koray Yilmaz-Günay und Salih Wolter (2013) hinterfragt, die die Koexistenz von Mit-Täter*innenschaft und Verfolgung in dieser Zeit herausgearbeitet haben. Dazu zählen Beispiele von Antisemitismus in homosexuellen Szenen, die relativ offene Homosexualität hoher Nazifunktionäre wie Ernst Röhm, und der Fortbestand vieler homosexuellen Kneipen während des Krieges (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2013; siehe auch Haag 2008).

Diese Autoren problematisieren ein Verständnis von Homophobie als zeitgleich mit der Nazizeit. Die meisten der als männlich zugeordneten »Homosexuellen« wurden aufgrund von §175 verfolgt, einem Paragraphen des Strafgesetzbuches, der bereits 1872 in Kraft trat. Dieses Gesetz war auch während der Zeit der Weimarer Republik gültig, also in der »sexuell freizügigen« Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die häufig als der eigentliche Vorläufer des heutigen, »homo-freundlichen« Deutschlands imaginiert wird.

Das Gesetz war bis 1994 in Kraft, also weit bis in die demokratische Ära hinein. 1957 wurde es vom Bundesverfassungsgericht explizit als der Moral der Deutschen entsprechend aufrechterhalten (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2013).

Diese Punkte stellen den privilegierten Platz, den die Nazizeit und die Konzentrationslager in der LSBT-Identitätspolitik innehaben, infrage. Selbst zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde nur eine Minderheit der als homosexuell Kriminalisierten – Schätzungen variieren zwischen 6.000 (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2013) und 10.000 (LSVD 2009) – in Konzentrationslagern interniert. Diejenigen, die getötet wurden, waren laut Yilmaz-Günay und Wolter (2013) tendenziell jüdisch oder anderweitig rassifiziert und wurden nicht ausschließlich aufgrund ihrer Sexualität verfolgt. Tatsächlich wurden Menschen, die wegen ihrer Sexualität verfolgt wurden, nicht eingesperrt, um ihre minderwertige »Veranlagung« auszumerzen, sondern zur Umerziehung ihres problematisches Verhalten (siehe auch Haag 2008).

Sowohl im deutschen als auch globalen LSBT-Diskurs beruht der Fokus auf die Nazizeit als Epoche der absoluten sexuellen Unterdrückung auf einer Analogie von Homophobie und Antisemitismus, die den Holocaust zum Ausnahmefall der absoluten rassistischen Unterdrückung erhebt. Diese Analogie ist wetteifernd und anti-intersektional. Yilmaz-Günay und Wolter erläutern, dass schwullesbischer Aktivismus in Deutschland oft einen Diskurs der »einzigen vergessenen Opfer« einschreibt, der im »anerkannten« jüdischen Opfer eine*n gegnerische*n Andere*n sieht (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2013: 67).

Diese Tendenz, Erinnerung analog, konkurrierend und anti-intersektional zu betreiben, wurde durch die Kampagne für das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen – welches in Farbe, Material, Form, Standort und Kontroverse das ältere und größere »Holocaust-Denkmal« (Denkmal für die ermordeten Juden Europas) nachahmt, noch gesteigert. Im Rahmen einer lokalen Geschichte entworfen, hat sich das Homo-Denkmal dennoch zu einem globalen Markierer queerer Geschichte und Identität entwickelt. In Hinblick auf seine Rezipierung in queeren Medien in den USA hat Jennifer Evans die These aufgestellt, dass in der internationalen Debatte ums Denkmal »Berlins Einzigartigkeit als lebendiges Denkmal nicht nur für die Opfer eines der grausamsten Regime des 20. Jahrhunderts, sondern auch für den anhaltenden Kampf um Menschenrechte im sogenannten liberalen Westen« bestätigt wird (Evans 2014: 76; Übersetzung O.H.A.). Die Erstellung des Homo-Denkmals muss im Kontext

der Ausbreitung und Zentralisierung der Holocaust-Erinnerungsstätten im wiedervereinten Berlin betrachtet werden. Veronika Zablotzky (2012) spricht zynisch von der Geburt einer »nationalen Erinnerungsmeile« nach der Wiedervereinigung, als Stadtplaner*innen versuchten, die *leere Mitte* des Grenzstreifens zu füllen – um Hito Steyerls bekannten Dokumentarfilm zu zitieren. Dies war Teil der Stadt-Entwicklung Berlins als unternehmerische Stadt und touristisches Ziel (siehe auch Ha 2013).

Während jüdische Menschen in diesen Erinnerungsorten und -objekten anscheinend privilegiert behandelt werden, weist Zablotzky darauf hin, dass diese Objekte jüdische Differenz kodifizieren und ihre Entfremdung zur deutschen Nation so wiederholen. Statt »für« jüdische Menschen zu sein, konsolidieren diese Denkmäler vielmehr ein post-genozidales Deutschsein, indem sie die gewaltsame Vergangenheit ästhetisieren, ritualisieren und sensationalisieren. Sie sind transzendente Orte, an denen Deutschsein als etwas Unschuldiges performiert werden kann, und zwar durch die »richtigen« Erinnerungen, Gefühle – inklusive Schuld und Betroffenheit (ein unübersetzbares Gefühl, das weißen, nicht-jüdischen, deutschen Identitäten vorbehalten ist) – und Verhaltensweisen – so wie Kranzniederlegungen und Kniefällen (siehe auch Shapira 2014).

Diese These ist im Einklang mit Allen Feldmans (2004) Vorschlag, Erinnerungsperformanzen als Objekte zu betrachten, deren Umlauf und Konsumption hinterfragt werden sollte. Feldman fasst Verletzungen der Menschenrechte als biografische Artefakte und Waren auf und verfolgt deren Zirkulierung durch unterschiedliche »Theater« und »Markplätze« u.a. Wahrheitskommissionen und Massenmedien. Auf diese Weise erben Gewaltnarrative die Skripte und Figuren älterer medizinischer Schauplätze, die »durchgesetzt sind mit einer Post-mortem-Ästhetik, die den öffentlichen Seziersälen des 17. und 18. Jahrhunderts ähnelt«, inklusive dem Wunsch danach, den brutalisierten Körper in den Stadien der Diagnose, Behandlung und Katharsis erleben zu können (Feldman 2004: 167; Übersetzung O.H.A.). Solche Trauma-Narrative schreiben sich in eine lineare, teleologische Zeit ein, um einen klaren Bruch mit der Vergangenheit zu erzielen. Insbesondere institutionelle Gewalt muss als archaisch und zeitlich begrenzt gefasst werden, damit die Vernunft »post-Gewalt« wieder hergestellt werden kann – ironischerweise von denselben Institutionen, die die Gewalt zuvor ausgeübt haben (vgl. ebd. 168).

Auch in Deutschland werden Gewalt-Narrative dazu verwendet, weiße Subjekte und Institutionen von ihrer Verantwortung zu befreien. So legt Zablotzky (2012) dar, wie dominante Erinnerungsformen die Auslöschung der eu-

ropäischen Jüd*innen von den Kontinuitäten des Rassismus isolieren. Insbesondere negieren sie die Verbindung zwischen dem Rassismus der NS-Vergangenheit und der Gegenwart mit der blutigen Geschichte des deutschen Kolonialismus, der in dem Genozid an den Herero und Nama im heutigen Namibia gipfelte. Eine weitere, wenig bekannte Tatsache sind die Experimente an afrikanischen Menschen und Schwarzen Deutschen, die Eugen Fischer durchführte, der nicht zufällig ein Lehrer des Ausschwitz-Arzttes Mengele war (vgl. El-Tayeb 1999). Nach 1945 arbeitete Fischer ungehindert weiter und setzte sogar seine Versuche an Sinti*zze- und Rom*nja-Kindern fort (vgl. Zablotzky 2012: 5, 9).

Wie so oft wird die Vergangenheit auf eine Art und Weise beschworen, die die Gegenwart als post-rassistisch revidiert. Mehr als anderswo wird in Deutschland jedoch der post-rassistische Status quo von den Widerstandsbewegungen rassifizierter Menschen entkoppelt. Es ist zum Beispiel aussagekräftig, dass das Gründungsmotto der Bundesrepublik – Nie wieder! – ein fehlendes Verb beinhaltet. Die post-genozidale Identität der Nation verweist auf etwas Unsägliches, das zwar zahllose Bände füllt, aber gleichzeitig produktiv leer bleibt. Ich bezeichne diese Identität als post-genozidal, da sie den Genozid fest in der Vergangenheit verortet, während Prozesse, die in der Gegenwart tödliche Konsequenzen haben, unspektakulär, selbst verschuldet und nur unter großer Gefahr benennbar sind.

Die Errungenschaft des post-rassistischen Status quos beruht scheinbar auf der Arbeit von gutwilligenden, unmarkierten deutschen Subjekten, die sich »korrekt« erinnern anstatt auf der Arbeit unterdrückter Subjekte, deren antirassistische Anstrengungen weiterhin unerwünscht sind. Diese Unterscheidung wird durch die Neu-Erfindung des Antisemitismus als muslimischem Problem auf die Spitze getrieben. Es gibt heute eine Vielzahl von staatlich geförderten Programmen, die rassifizierten Jugendlichen den »korrekten« Umgang mit der Nazi-Vergangenheit beibringen sollen (aber nicht zum Beispiel mit der Kolonialvergangenheit oder mit der Gegenwart rassistischer Arbeits- und Grenzordnungen). Diese Programme entstehen in denselben segregierten Erinnerungsräumen. [...] Beispielsweise beschreibt Esra Özyürek (2013), wie Programme, die auf türkischstämmige Jugendliche abzielen, Antisemitismus zu einem »türkischen« Problem machen, dessen offensichtlicher Ursprung im Versagen der Türkei liege, sich mit »ihrem« Antisemitismusproblem auseinanderzusetzen – im Gegensatz zu Deutschland. Laut Özyürek sind rassifizierte Jugendliche, die sich zu sehr statt zu wenig mit den verfolgten Jüd*innen identifizieren, das Schreckgespenst, welches diese Programme

motiviert. Diese Identifikation bedroht die post-genozidale Sicht der Nation, indem sie Verbindungen zwischen vergangenen und gegenwärtigen Formen des Rassismus offenlegt.

Interessanterweise verortet Özyürek die Rassifizierung von Antisemitismus im Kontext der 2000er-Jahre – einer Zeit, in der es einfacher wurde, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die frühen 2000er sind auch die Zeit, in der Homophobie zu einem muslimischen Phänomen gemacht wurde. Die Generationen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und erst kürzlich Staatsbürgerrechte erlangt haben, werden in der post-genozidalen Gesellschaft erneut zu Nicht-Bürger*innen gemacht, indem sie zum Träger der Rückstände von Antisemitismus und Homophobie werden. Der pädagogische Versuch, Jugendliche of Colour »historisch zu sensibilisieren« reiht sich so nahtlos ein in das Arsenal der anti-homophoben und Anti-Gewalt-Programme, die das Haupt-Thema von *Queer Lovers and Hateful Others* sind (vgl. Haritaworn 2015). Das Bemühen, rassifizierten Jugendlichen die richtige Emotion beizubringen (Mitgefühl auf der einen Seite, Schuld und Betroffenheit auf der anderen) lenkt davon ab, wie Menschen of Colour aus der Arbeiterklasse in der Gegenwart als überschüssig behandelt werden, und sorgt dafür, dass das Sprechen über Rassismus-im-Hier-und-Jetzt sträflich wirkt. Durch ihre doppelte Weigerung, einerseits Antisemitismus als eine Form von Rassismus anzuerkennen und andererseits den Widerstand von Menschen of Colour als Antirassismus zu betrachten, beschreiben diese Programme ironischerweise eine Welt, in der »Rassisten« nicht durch ihr unterdrückendes Verhalten gekennzeichnet sind, sondern durch ihr *Versagen, weiß zu sein*. In diesem philo-semitischen Skript wird Antisemitismus fest und sicher in rassifizierten Körpern verortet.

Die Performanz der schuldigen Erinnerung (als korrekter Erinnerung) beschränkt also nicht-rassistisches Sprechen auf diejenigen, die sich durch ihre ungetrübte Abstammung von Täter*innen auszeichnen, und deren rassistische Disposition sicher in der Vergangenheit ruht. People of Colour werden zu Schuldigen, da sie nicht in der Lage sind, geerbte Schuld zur Schau zu stellen, insbesondere, wenn sie Desidentifizierung mit dieser Ökonomie von Erinnerung und Affekt zeigen. In ebendiese rassifizierte Erinnerungslandschaft fügen sich queere Ansprüche auf die Vergangenheit ein. Wie ich im Folgenden zeige, erscheint die Vergangenheit kaum als ein Terrain, von dem wir uns möglichst weit entfernen sollten, sondern vielmehr als ein begehrenswertes Objekt und ein fruchtbarer Schauplatz für präsentistische Skripte von queeren Liebenden und hasserfüllten Anderen.

Das Homo-Denkmal

Während Lehrer*innen und Jugendbetreuer*innen am Holocaust-Denkmal die falschen Erinnerungen innerstädtischer Kinder diagnostizieren, spielen sich am Homo-Denkmal im Tiergarten gegenüber, andere, damit verwandte Dramen ab. Dieses Skript erscheint zutiefst lokal, war in seiner Produktion und Zirkulierung jedoch von Anfang an transnational. Beispielsweise wird das Denkmal von queeren Menschen aus aller Welt besucht, die selbst zu Opfer-Subjekten werden, sobald sie in Berlin ankommen. Sein Design wurde vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) zwei weißen schwulen Skandinaviern in Auftrag gegeben, Ingar Dragset und Michael Elmgreen, die bekannt sind für sex-radikale Interventionen im öffentlichen Raum.

Das Denkmal, eingeweiht 2008, hat zahlreiche Elemente, die Bezug nehmen auf das ältere Holocaust-Denkmal. Es steht in Sichtweite des älteren und größeren Denkmals und echot dieses in seiner Form, Farbe und in seinem Material. Aber statt der 2.711 Betonstelen des Holocaust-Denkmals gibt es beim Homo-Denkmal nur eine einzige Stele, die die anderen gleichsam queer wiederholt. Diese Stele steht schief, sozusagen nicht »straight«. Außerdem gibt es eine weitere Abweichung von seinem Vorgänger: innerhalb des Denkmals, hinter einer Glasscheibe, läuft ein Film, in dem sich zwei Männer küssen. 2012 wurde, nachdem sich lesbische Feministinnen beschwert hatten, dieser Film durch einen anderen ersetzt, in dem sich auch Frauen küssen (siehe Evans 2014; Haakenson 2009).

Die Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Erinnerungsorten [und zwischen den Körpern im Mahnmal, den Körpern der im NS verfolgten Homosexuellen, an die erinnert werden soll, und den Körpern queerer Liebender, die von hass-erfüllten Anderen in Kreuzberg und Neukölln bedroht werden, ist kein Zufall. Sie ist Teil von] Metonymien, die ständig wiederholt werden, beispielsweise in den vielen Pressemeldungen, Aktionen [und Studien, die für die Früherkennung und Bestrafung homophober und antisemitischer Muslime plädieren] sowie in politischen Reaktionen wie dem Aktionsplan gegen Homophobie der Grünen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2008). [...]

Diese Nebeneinander-Stellung von Vergangenheit und Gegenwart, Objekt und Körpern, Rassismus und Homophobie ist extrem produktiv. Sie verwebt den neuen Diskurs der »muslimischen Homophobie« mit den allgemein geächteten Gräueltaten des Nationalsozialismus. Die Kriminalisierung von Hassverbrechen wird so zu einer Methode, die verhindert, dass der Genozid sich jemals wiederholen kann. Dabei bleibt die Ironie, dass die Erinnerung

an eine Vergangenheit, in der unterdrückte Menschen eingesperrt wurden, uns in eine Zukunft führen sollte, in der weitere Menschen eingesperrt werden, und dass die Polizierung und Abschiebung Anderer eine angemessene »Wiedergutmachung« für den Holocaust sein könnten, auf der Strecke.

Fazit

Dieser Aufsatz hat sich der queeren Nostalgie gewidmet, die sich durch Erinnerungen an die Nazi-Vergangenheit zieht. Die hier untersuchten Erinnerungspraktiken mobilisieren faschistischen Terror als einen transtemporalen Affekt, der die Homophobie einer Gegenwart prägt, in die der vergangene Terror zurückzukehren droht. Diese Erinnerungspraktiken normalisieren Rassifizierung und Kriminalisierung, indem sie den Kampf gegen die Hasskriminalität als unmittelbaren Erben des Kampfes gegen den Nationalsozialismus positionieren. Sie verwandeln faschistische Gewalt in eine Eigenschaft rassifizierter Körper. Der rassistische/homophobe Hass der Vergangenheit wird so zu einem homophobem Hass der Gegenwart, der nur rassifizierten Körpern inne liegt. Im Zuge dessen werden Akteur*innen des Terrors – vergangen wie gegenwärtig – auf dringende Weise aufeinander reduziert.

Aus dem Englischen von Christa Hohmann und Oscar Herzog Astaburuaga

Literatur

- Brown, Wendy (1993): Wounded attachments, in: *Political Theory* 21(3).
- Bündnis 90/Die Grünen (2008) Berliner Aktionsplan gegen die Homophobie. Berlin Senate, Print matter 16/1966 (1 December), 16th election period.
- El-Tayeb, Fatima (1999): *Schwarze Deutsche: Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890-1933*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Eng, David L./Kanzanjian, David (2003): *Loss. The Politics of Mourning*, Berkeley: University of California.
- Evans, Jennifer (2014): Harmless kisses and infinite loops: Making space for queer place in twenty-first century Berlin, in Matt Cook/Jennifer Evans (Hg.), *Queer Cities, Queer Cultures: Europe since 1945*, London: Bloomsbury.

- Feldman, Allen (2004): Memory theatres, virtual witnessing, and the trauma-aesthetic, in: *Biography – An Interdisciplinary Quarterly* 27(1), S. 163-202.
- Freeman, Elizabeth (2007): Still after, *South Atlantic Quarterly* 106(3).
- Ha, Noa (2013): *Handel(n) und Wandel(n) – Urbane Informalität, städtische Repräsentation und migrantische Existenzsicherung in Berlin am Beispiel des mobilen Straßenhandel* (PhD Dissertation, Technische Universität Berlin).
- Haag, Oliver (2008): Inventing a tradition of oppression: On the commemoration of the 'queer' Nazi victims in Austria, Paper presented at the Sex/ualities In an Out of Time conference, University of Edinburgh – St Andrews, 28-29 November.
- Haakenson, Thomas (2009): Queers in space: The queer art of Michael Elmgreen and Ingar Dragset, paper presented at the Queer Futurities Symposium, Finland Institute, Berlin, 18-19 May.
- Haritaworn, Jin (2015): *Queer Lovers and Hateful Others: Regenerating Violent Times and Places*, London: Pluto.
- Love, Heather (2007): *Feeling backward: Loss and the politics of queer history*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- LSVD (2009) 'Feier zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus' Available at: www.berlin.lsvd.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=450&Itemid=82 (accessed 15 August 2009).
- Özyürek, Esra (2013): *Creating Parallel Communities of Perpetrators: Muslim-Only Holocaust Education and Anti-Semitism Prevention Programs in Germany*, Vortrag am Kevorkian Center (New York University).
- Shapira, Avner (2014): The Holocaust Memorial that became a refuge for drunks and sunbathers, *Haaretz*, 28 April. Available at: www.haaretz.com/life/books/1.587863 (accessed 1 January 2015).
- Wekker, Gloria (2009): On Homonostalgia and better times: Multiculturalism and postcolonialism/postcoloniality, George Mosse Lecture (University of Amsterdam, 16 September).
- Yılmaz-Günay, Koray/Wolter, Salih Alexander (2013): Pink Washing Germany? Der deutsche Homonationalismus und die »jüdische Karte«, in: Duygu Gürsel/Zülfukar Çetin/Allmende e.V. (Hg.), *Wer macht Demokratie. Kritische Migrationsforschung*, Münster: Edition Assemblage.
- Zablotsky, Veronika (2012): *Die Diasporisierung des »Anderen« in deutschen Erinnerungslandschaften: Zur Konstruktion Jüdischer Differenz in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990* (Unpublished Master's Diploma: Freie Universität Berlin).

Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit in Zeiten des kognitiven-kulturellen Kapitalismus

Ein warnendes Beispiel aus Frankfurt-Bockenheim

Eray Çaylı

Der Kampf um das Bleiberecht für ein antirassistisches Denkmal

In Bockenheim in Frankfurt a.M. gibt es einen Platz, der Hülya-Platz heißt, benannt nach Hülya Genç, einem der fünf Opfer des Brandanschlags in Solingen im Jahr 1993. Den Namen trägt der Platz seit 1999 – Resultat einer Kampagne von lokalen Erinnerungsaktivist*innen (Behrend 2009), die zudem ein bescheidenes Denkmal, den sogenannten Hammering Man (Bild 1), aufstellen ließen. Die Skulptur ist eine lebensgroße Reinterpretation des kolossalen, mechanisierten Hammering Man des berühmten Künstlers Jonathan Borofsky. Borofskys Statuen gedenken an den allmählichen Tod der traditionellen westlichen Arbeiterklasse, wie sie vor der Neoliberalisierung (d.h. vor der Deindustrialisierung und Finanzialisierung) der Wirtschaft existierte. Die Denkmäler befinden sich meistens an Orten, die repräsentativ und signifikant für das neoliberale Wirtschaftssystem sind. In der Tat schmückt ein Hammering Man den Vorplatz der Frankfurter Messe (Bild 2), nur ein paar Kilometer von seiner kleineren Version auf dem Hülya-Platz entfernt. Anders als Borofskys Figuren ist der Kleine Hammering Man nicht nur ein proletarisches Symbol, sondern auch ein antirassistisches: Die Figur zerschlägt ein gekrümmtes Hakenkreuz.

Ich habe den Kleinen Hammering Man und zwei seiner Initiator*innen im Mai 2013 kennengelernt, in etwa zum 20. Gedenktage an Solingen. Das Denkmal sah ziemlich heruntergekommen aus. Es bestand aus Sperrholz und das kaputte Hakenkreuz, auf das die Figur einschlagen sollte, fehlte. Ursprünglich war das Denkmal aus Eisen angefertigt und hatte einen beweglichen Arm, den Besucher*innen absenken konnten, um das krumme

Abb. 1: Hüllya-Platz, Frankfurt

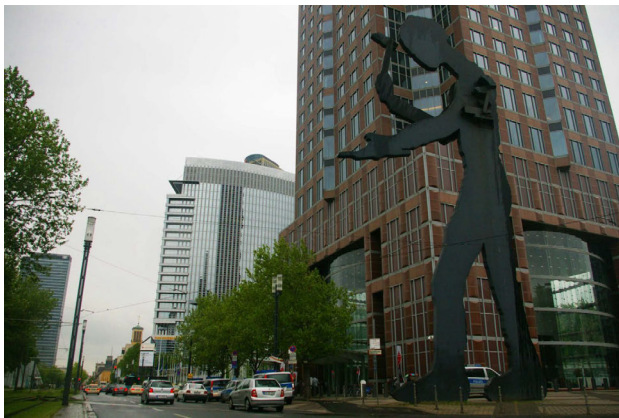


© Eray Çaylı

Hakenkreuz zu zerschlagen. Aber die Behörden beanstandeten, dass die Skulptur in dieser Form potenziell gesundheitsgefährdend sei – der sich ansammelnde Rost auf dem Eisen hatte zu ihren Gunsten gearbeitet – und drohten damit, das gesamte Denkmal zu entfernen. Die Aktivist*innen entschieden sich deshalb dafür, die Skulptur neu zu bauen, dieses Mal aus Sperrholz und statisch. Das hinderte die Behörden aber nicht daran, das Denkmal noch einmal infrage zu stellen und die Erinnerungsaktivist*innen weiter herauszufordern. Dieses Mal war das Hakenkreuz das Problem, dessen Darstellung in Deutschland verboten sei. Die Aktivist*innen widersprachen: Ihr Hakenkreuz sei ein Anti-Hakenkreuz, kein wirkliches – und innerhalb des Denkmals bestünde seine Funktion doch eindeutig darin, zerstört zu werden. Um ihre Argumente zu stärken, verwiesen sie auf bereits existierende Präzedenzfälle, bei denen solche Anti-Hakenkreuze in Deutschland genehmigt worden waren. Daraufhin mussten die Behörden nachgeben. Nichtsdestotrotz fanden sie bald einen neuen Vorwand, um das Denkmal zu entfernen: Es sei Borofskys Werk nachempfunden und verletze damit dessen Rechte am geistigen Eigentum. Zeitgleich luden die Behörden – um ihren guten Willen zu zeigen – die Aktivist*innen zu einem Treffen mit dem Architekten ein, den die Behörden mit der Neugestaltung des Hüllya-Platzes beauftragen wollten (Vetter 2013a; 2013b). Die Behörden suggerierten, dass

sie sich sogar besondere Mühe gegeben hatten, um einen Architekten zu finden, der eine ähnliche Migrationsbiografie wie die Aktivist*innen habe. Als die Aktivist*innen viele Elemente des Entwurfs ablehnten und die Diskussion ziemlich hitzig wurde, schlugen die Behördenvertreter*innen vor, sie könnten »sich gern weiter auf Türkisch unterhalten, falls das einfacher ist«. Die Aktivist*innen verließen frustriert das Treffen.

Abb. 2: The Hammering Man (Jonathan Borofsky 1990), Frankfurt



© Eray Çaylı

In dieser Pattsituation steckte der Kleine Hammering Man, als ich ihn kennenlernte. »Warum sollten wir uns damit begnügen, aus dem, was uns vorgegeben wird, etwas auszuwählen«, beschwerten sich die Aktivist*innen: »Wir haben selbst schon ein Denkmal entwickelt und das wird immer unser Favorit bleiben; es ist und bleibt das bestmögliche Denkmal, auch wenn sie die weltbesten Architekt*innen beauftragen.« Trotz ihrer Entschlossenheit fühlten sich die Aktivist*innen ohnmächtig wegen des Copyright-Vorwurfs der Behörden. Rein zufällig hatte ich, bevor ich nach Frankfurt kam, Borofsky eine E-Mail geschickt und ihn nach dem Kleinen Hammering Man gefragt, da ich, nachdem ich das Denkmal auf Fotos gesehen hatte, davon ausgegangen war, dass die Figur von Borofsky selbst sei. Borofsky hatte geantwortet, das Mahnmal sei »eine der zahlreichen Neuinterpretationen des Hammering Man [...], die über die Jahre entstanden sind«, und dass »es völlig normal ist, dass jegliche Kunst, die im öffentlichen Raum platziert wird, von Menschen im

Sinne ihrer eigenen Interpretationen und Bedürfnisse umfunktioniert und in neue Symbolik überführt wird«. Als ich den Aktivist*innen von Borofskys Antwort erzählte, reagierten sie völlig euphorisiert:

»Du hast uns ein großartiges Geschenk mitgebracht; diese E-Mail kann das Denkmal retten. Die Leute im Rathaus, die denken doch: ›Diese Gastarbeiter*innen, die verstehen kein Wort. Die werden bald den Überblick verlieren und aufgeben.« Aber wir haben ihnen gesagt, wenn das wirklich eine partizipatorische und demokratische Gesellschaft ist, in der wir schließlich schon seit 30, 40, 50 Jahren leben, dann wollen wir Teil daran haben! Wenn wir schon 30 bis 35 % der Bevölkerung in diesem Viertel ausmachen, dann ist das Denkmal auch Teil unserer Geschichte. Wenn wir hierher gehören, und das tun wir, dann bezieht sich das auch auf die Kultur und damit auf dieses Denkmal. Es steht hier jetzt seit 15 Jahren und es verdient, endlich legalisiert zu werden. Wir werden ein Bleiberecht für dieses Denkmal erkämpfen – so wie das Denkmal waren auch wir anfangs ›illegale Migrant*innen‹, die jetzt Teil dieser Gesellschaft sind.«

Nach meinem Besuch setzten die Aktivist*innen ihre Worte in Taten um und verwendeten Borofskys E-Mail gegenüber den Behörden als Beweis dafür, dass es in Wahrheit überhaupt keine Copyright-Verletzung gibt. Im November 2013 wurde der Kleine Hammering Man endlich legalisiert.

Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit: global, kosmopolitisch, dialogisch, multidirektional

Was könnte die Geschichte des Kleinen Hammering Man im Hinblick auf die Hindernisse für das heutige antirassistische Streben nach Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit bedeuten? Zu den Hindernissen zählten üblicherweise Formen der Diskriminierung und Marginalisierung, die sichtbar, benennbar und greifbar waren: ausgeübt von konkreten Täter*innen, die sich gegen bestimmte rassifizierte Körper richten. Das Beispiel des Kleinen Hammering Man macht deutlich, dass dies nicht mehr die einzigen Hindernisse sind, die antirassistische Arbeit überwinden muss. Die Kontroverse rund um das Denkmal und die Rollen, die Kunst, Architektur und das Gesetz in dieser Kontroverse einnehmen mussten, verweisen darauf dass die Hindernisse, die dem Antirassismus gegenüberstehen, zunehmend diversifizierter werden. Heute umfassen sie einige der grundlegenden Institutionen der modernen libera-

len Gesellschaft – etwa Gesundheit und Sicherheit, geistiges Eigentum und sogar Gesetze gegen rassistische Symbole; auf all dies Argumente wurde sich in Frankfurt-Bockenheim berufen, um die Arbeit von antirassistischen Aktivist*innen zu erschweren. Es gab keine klar abgrenzbare Gruppe von offenen Rassist*innen, die Antirassist*innen und von Rassismus betroffene Gruppen den Eindruck der Entfremdung vermittelten. In diesem Fall wurde impliziert, dass die Hindernisse, mit denen sich die antirassistischen Aktivist*innen konfrontiert sahen, notwendig für das Allgemeinwohl und zum Erhalt der liberalen Ordnung seien – mit Verweis auf Gesundheit und Sicherheit, geistiges Eigentum und das Verbot von faschistischen Symbolen.

Zeitgleich dazu erlebte die wissenschaftliche Forschung zu Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit in Hinblick auf Historien der politischen Gewalt einen Boom. Dieser Boom war so bedeutsam, dass sich daraus ein eigenständiger Forschungsbereich entwickelte: die Erinnerungsforschung. Die Forschung der Wissenschaftler*innen, die dieses Feld begründet hatten, war bahnbrechend. Sie trugen dazu bei, Erinnerung von herkömmlichen Assoziationen einer statischen und monolithischen Vorstellung von Identität zu lösen, um Erinnerung als »mobil« (Rigney 2012), »transnational« (Levy/Sznajder 2006; Assmann/Conrad, 2010, de Cesari/Rigney 2014), »transkulturell« (Bond/Rapson 2014) und »multidirektional« (Rothberg 2009) zu qualifizieren. Sie haben Erinnerung als ein »reisendes«, sich durch Raum und Zeit »bewegendes« und sogar »globalisierendes« Konzept erfasst, das die Grenzen von Ethnizismen und Nationalismen überschreitet (Levy/Sznajder 2006; Assmann/Conrad 2010; Erll 2011; Rigney 2012; Bond/Rapson 2014). Im Kontext von Denk- und Mahnmalen hat James E. Young – der führende Theoretiker für Holocaust-Gedenken in Deutschland – die »dialogische Qualität« der neuen (post-Wiedervereinigung) Generation der Mahnmal-Entwickler*innen gelobt (Young 2008: 364). Diese Generation habe, so Young, »Gegen-Denkmale« entwickelt, die konventionelle Denkmäler infrage stellen, indem sie die Interpretation von Geschichte als eine partizipative und dauerhaft offene sowie unvollendete Aufgabe begreifen (Young 2000: 9).

Die Geschichte des Kleinen Hammering Man zeigt, dass Diversifizierung und Divergenz womöglich nicht nur charakteristische Merkmale von Erinnerungsarbeit sind, die sich mit der Geschichte politischer Gewalt auseinandersetzen, sondern auch Merkmale der Hindernisse, die dieser Arbeit im Weg stehen. Der kontinuierlich divergente Dialog und das Bekenntnis zur Vielfältigkeit der am Entscheidungsprozess beteiligten Individuen spielen in dieser Geschichte keine hilfreiche, sondern eher eine hinderliche Rolle für antiras-

sistische Erinnerungsarbeit. Tatsächlich spielt das Individuum eine entscheidende Rolle in dieser Geschichte – als Bezugspunkt, durch den die Merkmale der Divergenz und Vielfältigkeit bewertet werden kann. Denken wir bloß an das Individuum ›Architekt aus der Türkei‹, der eingeladen wurde, in Rücksprache mit mehreren anderen Individuen/Aktivist*innen, ein Projekt zu entwickeln, weil angenommen wurde, dass alle denselben ethnischen/nationalen Hintergrund haben. Die »verhindernden« Antworten der Behörden zum Kleinen Hammering Man stellten das individuelle Recht auf geistiges Eigentum und eine gesunde und sichere Umwelt in den Vordergrund. Letztendlich werden Kunst und Architektur, in den Reaktionen der Behörden auf das Denkmal, zu einem Mittel, um individuelle Rechte und Freiheiten zu schützen, und zwar indem die ethnische Zusammenstellung der Individuen, die an der Erinnerungsarbeit beteiligt sind, diversifiziert wird und indem ein kontinuierlicher divergenter Dialog mit ihnen ermöglicht wird.

Konzeptuelle Arbeit und antirassistische Politik in Zeiten des kognitiv-kulturellen Kapitalismus

Das Problem besteht darin, dass liberale Ansätze zu Rechten und Freiheiten, die das Individuum ins Zentrum stellen, möglicherweise antirassistische Arbeit erschweren und ihr nicht den sozialen und politischen Raum geben, den sie braucht. Insbesondere im Kontext von konzeptuellen Praktiken wie Kunst und Architektur können liberale Ansätze antirassistische Arbeit begünstigend behindern, auch wenn sie unter dem Vorwand vorgebracht werden, Diversität und Gerechtigkeit für alle rassifizierte Subjekte zu fördern – wobei beides als eine Frage der Ethnizität/Nationalität verstanden wird.

Vor dem Hintergrund dieser Definition verlangt das Problem danach, das Verhältnis von konzeptuellen Arbeiten und antirassistischer Politik auch im Bereich der kulturellen und wissenschaftlichen Produktion zu reflektieren. Heutzutage ist diese Reflexion umso dringlicher vonnöten, da konzeptuelle Arbeit zum zentralen Element der materiellen Strukturen geworden ist, die Diskriminierung und Marginalisierung – insbesondere Formen, die rassifizierte/rassifizierende Aspekte beinhalten – aufrechterhalten oder sogar verstärken. Aktuelle Forschungen der *Critical Urban Geography* haben die gegenwärtige Ära als eine des »kognitiv-kulturellen Kapitalismus« konzeptualisiert (vgl. Wylie 2013; Scott 2014; Arboleda 2015): »eine Zeit, die geprägt ist von einer markanten dritten Welle der Urbanisierung, die auf kognitiv-kulturellem Ka-

pitalismus beruht, im Gegensatz zu einer ersten Welle im 19. Jahrhundert, die geprägt war von Fabriken und handwerklichen Betrieben und einer zweiten Welle im 20. Jahrhundert, die geprägt war durch den Fordismus« (Scott 2014: 570). Der Begriff »kognitiv-kultureller Kapitalismus« hilft nicht nur dabei anzuerkennen, dass konzeptuelle und intellektuelle Arbeit eine zentrale Rolle in der heutigen kapitalistischen Ordnung spielt, sondern betont zugleich, dass konzeptuelle Produktion einen reellen, fassbaren, *materiellen* Unterbau und ebensolche Konsequenzen hat – und nicht bloß im immateriellen Raum existiert.

Kognitiv-kulturelle Produktion, insbesondere die mit künstlerischem Charakter, ist in den öffentlichen Debatten um das antirassistische Streben nach Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit zunehmend bekannt. Künstlerische Repräsentationen von Orten, an denen politische Gewalt, inklusive rassistischer Gewalt, stattgefunden hat, stehen im Zentrum der heutigen medialen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Fragen der Verantwortung und Schuld. Ein prominenter Vertreter dieser Wissenschaftler*innen ist Eyal Weizman, der Gründer und Leiter von *Forensic Architecture*, eine Forschungsagentur mit Sitz an einer Londoner Universität. *Forensic Architecture* definiert ihren Auftrag als Sammeln und zugänglich machen von Beweisen im Dienste der Menschenrechte und des Umweltschutzes, um Communitys zu unterstützen, die staatlicher Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind.¹ Ihre Arbeit beinhaltet auch einen Fall der jüngsten deutschen Geschichte: den Mord an Halit Yozgat in Kassel im Jahr 2006, »den neunten von zehn Morden, die über ganz Deutschland verteilt in den Jahren 2000 bis 2007 stattfanden, ausgeführt von einer Neonazi-Gruppe, die als Nationalsozialistischer Untergrund bekannt wurde«². Während ihre Hauptmotivation darin zu bestehen scheint, mit Methoden der Kunst und Architektur vor Gericht Beweise zu liefern und damit den Widerstand der Basis zu stützen, präsentiert *Forensic Architecture* dieselben »Beweise« auch im Kunst- und Wissenschaftskontext – und zwar mehr oder weniger mit denselben visuellen und diskursiven Mitteln aufbereitet, mit denen sie sie auch vor Gericht vorbringen. Die visuellen Beweise und dazugehörigen Diskurse bieten eine chirurgisch genaue, klinische Sezierung und Diagnose

1 Vgl. Forensic Architectur (o.J.): <https://forensic-architecture.org/about/agency> [16.05.2021].

2 Vgl. Forensic Architectur (o.J.): <https://forensic-architecture.org/investigation/the-murder-of-halit-yozgat> [16.05.2021].

der Orte der Verbrechen unter Verwendung der neuesten audio-visuellen Technologien, mit deren Hilfe unterschiedliche räumliche und zeitliche Skalen durchquert werden können.³ Befürworter*innen von *Forensic Architecture* gehen davon aus, dass diese Art von audio-visueller Seizierung und Diagnose dabei helfen kann, zum Ideal einer einzigen, objektiven und universell gültigen Wahrheit zurückzukehren, nachdem die Postmoderne Jahrzehnte lang die epistemische Fragmentierung gefeiert hat, aus der das aktuelle Dilemma der »Post-Wahrheiten« (Weizman 2014; siehe auch Kurgan 2017) entstanden ist.

Im juristischen Kontext sind hoch technologisierte Verfahren mit audio-visueller Diagnose der Orte, an denen Verbrechen stattgefunden haben, ohne Zweifel unerlässlich. Aber ihre nahezu unveränderte, unmittelbare Übertragung in den sozio-kulturellen Raum sollte kritisch reflektiert werden. Der anhaltende Fokus auf Rechtsmechanismen, Institutionen und Akteur*innen als solche führt dazu, dass die sozio-politische Autorität, die dem Gesetz und seinen Vertreter*innen bereits durch Staaten, Firmen und supranationale Organisationen gewährt wird, weiter ausgeweitet wird. Dabei ist es dieselbe Autorität, die die Opfer oder Überlebenden von politischer Gewalt und deren Verbündete unterdrückt, wenn sie durch ihre Basisarbeit, im Streben nach Wahrheit, Gedächtnis und Gerechtigkeit, für rechtliche Anerkennung und/oder Veränderung kämpfen. Wenn diese Autorität aus dem Bereich der institutionellen Politik und Justiz, durch die bereits ein großer Einfluss auf die Gesellschaft ausgeübt wird, in den Bereich der Ideen und Kultur übertragen wird, sollte dies kritisch reflektiert werden. Denn dabei besteht die Gefahr, dass – wenn auch indirekt – genau jene Ausschlussmechanismen und Hierarchien gestärkt werden, die die politische Arbeit der Opfer, Überlebenden und ihrer Verbündeten an der Basis erschweren. Die Geschichte des Kleinen Hammering Man stellt ein warnendes Beispiel sowohl für die Seite der Behörden als auch für die der involvierten Wissenschaftler*innen und Künstler*innen dar, die sich zwar dazu bekennen, das antirassistische Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit unterstützen zu wollen, aber womöglich genau in die Strukturen verwickelt sind, die sie durch ihre Arbeit hinterfragen wollen.

Wenn ich nach den jeweiligen Rollen und Verwicklungen frage, dann denke ich dabei besonders an Michael Rothbergs letzte Arbeit zum Konzept *Implizierte Subjekte* (Rothberg 2019). Für Rothberg sind Individuen (in seinem Fall hauptsächlich Kultur-Produzent*innen), die an Orten und in Strukturen mit

3 Vgl. Forensic Architectur (o.J.): <https://forensic-architecture.org/> [16.05. 2021].

einer faschistischen oder kolonialen Geschichte leben, von einer »gewaltvollen Unschuld« geprägt (ebd.: 19). Auf die eine oder andere Weise sind sie alle in historische Gewalt verwickelt und profitierten von ihr – eine Verwicklung, die die Opfer-Täter-Dichotomie überschreitet. Ich finde Rothbergs Verständnis von »Impliziertheit« mit seiner Forderung nach Selbstreflexion unverzichtbar. Aber ich frage mich, ob das kritische Potenzial seiner Arbeit noch stärker zur Geltung käme, wenn sein Fokus auf »das Subjekt« als diejenige sozio-politische Kategorie, durch die die Frage der »Impliziertheit« betrachtet wird, überdacht werden würde. Insbesondere würde ich gerne der Frage nachgehen, ob »Impliziertheit« nicht nur als Beziehung zwischen Geschichte und individuellem*r Kulturproduzent*in gedacht werden sollte, sondern auch als eine Beziehung, die Kulturproduzent*innen an Kollektive, die antirassistische Basisarbeit organisieren und praktizieren, bindet.⁴ Wie bei der Geschichte des Kleinen Hammering Man ersichtlich wird, trägt die in der *Zusammenarbeit* des Kollektivs entwickelte Expertise sowie das gemeinsam produzierte Wissen in ihrem Selbstverständnis politische und *kulturelle* Bedeutung, selbst wenn andere Akteur*innen versuchen, ihnen diese Bedeutung zu verweigern. In einer Ära, in der Beispiele wie *Foresensic Architecture* erkennen lassen, dass professionelle Kulturproduzent*innen selbst zunehmend behaupten, ihre Arbeit sei nicht nur kulturell, sondern auch politisch bedeutend⁵, stellt sich die

-
- 4 Diese Möglichkeit klingt in der Tat auch in einigen Fragen und Ausblicken an, die Rothberg am Ende der Schlussfolgerungen in seinem Buch über »implizierte Subjekte« aufwirft (2019: 200ff.). Mein Eindruck ist, dass diese Schlussfolgerungen darauf abzielen, »Impliziertheit« in Richtung kollektiver Solidarität weiterzuentwickeln. Mein eigener Ansatz ist hingegen, eher bei Rothbergs Verständnis von Impliziertheit zu bleiben, es aber zu erweitern: als ein Verhältnis, das Kulturproduzent*innen (insbesondere diejenigen, deren Arbeiten ihren kulturellen Wert durch offensichtliche politische Motivation gewinnen) mitdenkt als Teil der Strukturen, welche die kulturelle Legitimität oder Illegitimität der Praktiken bewertet, die von den Kollektiven vor Ort mit ihrer antirassistischen Arbeit geleistet werden.
 - 5 Diese Forderung wurde besonders deutlich in einem Interview über die Einzelausstellung von *Forensic Architecture* am Institute of Contemporary Art (ICA) in London, die nur wenige Monate vor ihrer Nominierung für den Turner Prize und der dazugehörigen Ausstellung in der Tate Modern stattfand. Gefragt, warum das ICA der richtige Ort für die Ausstellung sei, antwortete Eyal Weizman, der Direktor von *Forensic Architecture*, dass diese Institution eine »radikale Geschichte« habe, und gab im Folgenden durch zahlreiche Euphemismen indirekt zu verstehen, dass diese Radikalität die politische (stärker als die künstlerische) Bedeutung der Arbeiten von *Forensic Architecture* widerspiegele: »Wenn man Kunst sehen will, geht man in die Tate« (Bevan 2018).

Frage, ob es sein könnte, dass sie selbst in die doppelte Signifikanz impliziert sind, die jenen, die kollektive Basisarbeit der Organisierung anti-rassistischer Politik leisten, verwehrt wird?

Tatsächlich hat die Praxis von *Forensic Achitecture* uns in jünster Zeit einen Einblick gegeben, wie professionelle Kulturproduzent*innen mit einem Gefühl ihrer eigenen Impliziertheit innerhalb derselben sozio-politischen Probleme operieren, die sie durch ihre Arbeit anzugehen versuchen, die aber in erster Linie Opfer, Überlebende und/oder ihre Verbündeten vor Ort betreffen. Eben das trug sich im Zusammenhang mit einer Kontroverse um die Whitney-Biennale 2019 zu, an der u.a. *Forensic Achitecture* teilnahm. Warren B. Kanders – seit 2006 prominentes Mitglied im Vorstand der Whitney-Biennale – war zugleich Besitzer der Firma Safariland, die Tränengas und ähnliche Munitionen produziert. Als Reaktion auf die wachsende Kritik an und den Protest gegen Kanders Vorstandstätigkeit verkündete *Forensic Architecture* zunächst, ihr Beitrag zur Biennale werde ein Video über das Tränengas Triple Chaser sein, das von Kanders Safariland produziert wird. Dann, ein paar Wochen nach der Eröffnung, zogen *Forensic Architecture* und sieben weitere Künstler*innen ihre Arbeit zurück. Zeitgleich veröffentlichte *Forensic Architecture* ein weiteres Video, das enthüllte, dass Munition, die von einer anderen Firma, die Kanders gehört (Sierra Bullet), in Gaza eingesetzt wurde – einem Teil der Welt, der seit Langem im Zentrum der Arbeiten von *Forensic Architecture* steht. Kanders reichte schließlich Ende Juni 2019 seinen Rücktritt aus dem Vorstand der Biennale ein. Daraufhin revidierten die acht Künstler*innen, darunter *Forensic Architecture*, ihre Entscheidung, ihre Werke zurückzuziehen.

Unabhängig davon, wie die Kontroverse um Kanders am Ende ausging, zeigt dieses Beispiel, dass Kulturproduzent*innen ein Bewusstsein dafür entwickeln können, inwiefern ihre Arbeit, ihre Methoden und Konventionen, in dieselbe Gewaltstruktur impliziert sind, die sich doch eigentlich helfen wollen zu hinterfragen.

Dennoch frage ich mich, ob diese Art des Bewusstseins – oder, um Rothbergs Vokabular zu verwenden, der Impliziertheit – nicht noch viel mehr Punkte betrifft als so offensichtlich verstörende Verbindungen wie diejenigen, die zwischen kulturellen Institutionen und gefährlichen Rüstungsunternehmen durch Fördergelder und Posten in Vorständen entstehen. Ich frage mich, ob Kulturproduzent*innen dieses Bewusstsein nicht zu einer Grundlage ihres Vorgehens machen könnten, indem sie dieses auf alle ihre Praktiken, in denen sie mit Rechtsverletzungen in Berührung kommen, anwenden. Dieses Vorgehen würde jedoch bedeuten, dass es ein Bewusstsein dafür geben

muss, dass die eigenen Methoden der Dokumentation, Repräsentation, Narration, Präsentation und Ausstellung womöglich dazu beitragen, die sozio-politische Autorität und/oder die Handlungsmacht des Gesetzes in den Bereich der Kultur und der Ideen zu übertragen – und damit in einen Bereich, in dem diese Autoritäten zuvor geringeren Zugriff hatten, der nun aber ausgeweitet wird und damit indirekt die Handlungsmacht der Marginalisierten weiter einschränkt.

Fazit

Meine Feldforschung zu Erinnerungsarchitekturen des Solinger Brandanschlags fand 2013 nicht nur zeitgleich zum 20. Gedenktag der Anschläge statt, sondern auch zeitgleich mit der Aufarbeitung der Welle der rassistischen Morde des National Sozialistischen Untergrunds (NSU), die in den 2000er-Jahren begangen worden waren. Viele meiner Gesprächspartner*innen gaben an, dass sie sich genauso wie in den späten 1980er- oder frühen 1990er-Jahren fühlten, als die Wiedervereinigung die Unterdrückung des Nationalismus, die in der Nachkriegszeit dominant war, aufhob, und der politische Mainstream auf einen wirtschaftlichen Rückgang reagierte, indem er ein migrationsfeindliches und rassistisches Klima beförderte (Kaufman 2005: 126f.; Mushaben 2010: 161f.). Dass dieses Klima ein fester Bestandteil des Mainstreams war, wurde deutlich, als der deutsche Bundestag auf regressive Weise das Asylrecht für politisch Verfolgte änderte und politischen Verfolgten nicht mehr automatisch das Asylrecht zuerkannte (Hainsworth 1993: 28). Nur drei Tage nach dieser Gesetzesänderung wurden die Brandanschläge in Solingen verübt. Und eine Woche nach Solingen wurde in Frankfurt a.M., dem Zuhause des Kleinen Hammering Man, ebenfalls ein Brandanschlag auf eine Unterkunft von »34 Ausländern« verübt (Frankfurter Allgemeine Zeitung 1993). Wenn Anschläge wie der gescheiterte in Frankfurt a.M. oder der tödliche Anschlag in Solingen stattfinden, ist der automatische Reflex zu betonen, dass diese Anschläge »Immigrant*innen« oder »Ausländer*innen« galten. Auch mir selbst ist es beim Schreiben dieses Essays nicht gelungen, vollständig auf solche Sprache und Konzepte zu verzichten. So habe ich beispielsweise die Formulierung »mit Migrationshintergrund« verwendet. Solche Konzepte und Formulierungen sind vielleicht zu bestimmten Zeiten für bestimmte Anliegen hilfreich, haben aber Auswirkungen auf Menschen und die Welt. Das Konzept »Ausländer« beschreibt nicht einfach die existie-

rende Realität des Fremdseins, sondern konstituiert es aktiv, indem es dazu beiträgt, diejenigen *fremd zu machen*, die als »Ausländer« bezeichnet werden.

Als solches verstanden, betrifft das Fremdmachen nicht nur die Nationalität, Ethnizität oder andere Aspekte des persönlichen Hintergrunds, sondern auch die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Konzeptualisierung der Lebenswelt und die Möglichkeit, sie so zu gestalten, wie man es für richtig hält. Diesen Punkt möchte ich konkretisieren, indem ich ein letztes Mal zum Hülya-Platz zurückkehre. Als ich den Platz im Mai 2013 besuchte, stand auf der offiziellen Erinnerungstafel, die sich am Straßenschild des Platzes befindet, dass Hülya Genç Opfer eines Anschlags »gegen Ausländer« (*ausländerfeindlicher Anschlag*) wurde – und dass, obwohl sie ihr ganzes Leben in Deutschland lebte – sie wurde hier geboren und umgebracht. Zur gleichen Zeit, nur ein paar Meter weiter, kämpften der Kleine Hammering Man und die Aktivist*innen mit ihrem Einsatz für die Legalisierung dieses Denkmals gegen genau dieses Konzept von Fremdheit, und zwar auf eine Art und Weise, die deutlich macht, auf wie vielen unterschiedlichen Ebenen Fremdmachung heutzutage auftreten kann. Aktivist*innen sind, unabhängig davon, ob sie selbst als Fremde betrachtet werden, im Hinblick auf ihre Nationalität oder Ethnizität oder andere Aspekte ihres Hintergrundes unterschiedlichen Versuchen der Fremdmachung ausgesetzt: durch die Zurückweisung ihrer konzeptuellen, ideellen, kritischen und kulturellen Handlungsmacht und Autorität. Der Kleine Hammering Man ist nicht nur ein warnendes Beispiel, weil er diese Versuche deutlich macht, sondern auch, weil der Kampf um konzeptuelle und kritische Handlungsmacht, der im Zentrum dieser Geschichte steht, auch zentral für die Impliziertheit professioneller kultureller Produktionen und wissenschaftlicher Forschung ist.

Aus dem Englischen von Christa Hohmann und Oscar Herzog Astaburuaga

Literatur

- Arboleda, Martin (2015): The biopolitical production of the city: Urban political ecology in the age of immaterial labour, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 33(1), S. 35-51.
- Behrend, Kim (2009): <https://www.fr.de/rhein-main/neues-zwischen-kleine-see-strasse-friesengasse-11480497.html> [09.04.2021].
- Bertelsmann Foundation (2009): *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*, Gütersloh: BertelsmannStiftung.
- Bevan, Robert (2018): <https://www.standard.co.uk/culture/counter-investigations-forensic-architecture-review-buildings-that-can-turn-detective-in-uncovering-the-truth-a3783716.html> [09.04.2021].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (1993): Der Held hat am Morgen danach keine Worte mehr, in: *FAZ* vom 09.06.1993.
- Kaufman, David [1998] (2005): The Nazi legacy: Coming to terms with the past, in: Peter James (Hg.), *Modern Germany: Politics, Society and Culture*. London: Routledge, S. 119-134.
- Keysar, Hagit (2019): A spatial testimony: The politics of do-it-yourself aerial photography in east Jerusalem, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 37(3), S. 523-541.
- Kurgan, Laura (2017): Conflict urbanism, Aleppo: Mapping urban damage, in: *Architectural Design* 87(1), S. 72-77.
- Mushaben, Joyce Marie (2010): From Ausländer to Inlander: The changing faces of citizenship in post-wall Germany, in: *German Politics & Society* 28(1), S. 141-164.
- Rothberg, Michael (2019): *The Implicated Subject: Beyond Victims and Perpetrators*, Stanford: Stanford University Press
- Scott, Allen John (2014): Beyond the creative city: Cognitive-cultural capitalism and the new urbanism, in: *Regional Studies* 48(4), S. 565-578.
- Sliwinski, Sharon (2009): The aesthetics of human rights, in: *Culture, Theory and Critique* 50(1), S. 23-39.
- Staal, Jonas (2016): Law of the state, truth of art: Two case studies of art as evidence, in: *On Curating* 28, S. 14-23.
- Vetter, Johannes (2013a): <https://www.fr.de/frankfurt/hammermann-muss-11711779.html> [09.04.2021].
- Vetter, Johannes (2013b): <https://www.fr.de/frankfurt/hammermann-muss-b-leiben-11711745.html> [09.04.2021].

- Weizman, Eyal (2014): Introduction: Forensis, in: *Forensic Architecture* (Hg.), *Forensis. The Architecture of Public Truth*, Berlin: Sternberg Press, S. 9-32.
- Wily, Elvin (2013): The city of cognitive-cultural capitalism, in: *City* 17(3), S. 387-394.
- Young, James E. (2000): *At Memory's Edge: After-Images of the Holocaust in Contemporary Art and Architecture*, New Haven: Yale University Press.
- Young, James E. (2008): The Texture of Memory: Holocaust Memorials in History, in: Astrid Erll/Ansgar Nünning (Hg.), *Cultural Memory Studies: An International and Interdisciplinary Handbook*, Berlin: de Gruyter, S. 357-366.

Forensische Architektur, NSU-Monologe und andere Songs

Zur juristischen, politischen und gesellschaftlichen Wirksamkeit von Kunst

Jonas Zipf im Gespräch mit Fritz Burschel und Dietrich Kuhlbrodt

Auf die erste Anfrage reagiert der Publizist und langjährige Beobachter des Münchner NSU-Prozesses Fritz Burschel prompt und begeistert. Dietrich Kuhlbrodt, den Mitbegründer der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen Ludwigsburg, langjährigen Oberstaatsanwalt und späteren Schlingensief-Performer, wollte er schon immer kennenlernen. Als er im Vorfeld des verabredeten Gesprächs erfährt, dass sich die Ausgangsfrage um die Relevanz künstlerischer Interventionen drehen soll, formuliert er Skepsis und Reserve gegenüber dem gängigen »Kunst-Talk«. Unter der Moderation von Jonas Zipf begegnen sich die beiden schließlich am Telefon: am einen Ende der Leitung Nazi-Jäger Kuhlbrodt, in einer Drehpause des gleichnamigen Films, den Max Czollek gerade über ihn dreht, am anderen Ende der Referent »Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Fritz Burschel

DIETRICH KUHLBRODT: Könnt Ihr bitte erst mal definieren, was das ist: »Forensic Architecture«? Also ich muss leider sagen: Kein Mensch wusste das. Ich frage mich immer, wie geht eigentlich die Sprache dieser Gruppen, die jetzt erst anfangen, sich für die Nazi-Themen zu interessieren. Werden die nicht durch zu viel Fachvokabular abgeschreckt?

FRITZ BURSCHEL: Das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Die Jüngeren haben diese ganzen englischsprachigen Begriffe doch drauf. Forensic Architecture ist jedenfalls eine multidisziplinäre Forschergruppe am Goldsmith College in London. Die bauen u.a. Tatorte in Fällen nach, wo der Verdacht staatlicher Verbrechen vorliegt. So verfahren sie auch im Falle des NSU-Mords in Kassel, der Ermordung von Halit Yozgat im April 2006. Sie haben den Laden, das

Internetcafé, von Halit Yozgat nachgebaut, um herauszufinden, ob der Verfassungsschützer, der zur Tatzeit der Ermordung von Halit Yozgat dort war, etwas von der Ermordung Yozgats mitbekommen haben kann oder könnte. Und sie sind zu dem zwingenden Schluss gekommen, dass er das entgegen seinen Beteuerungen mitbekommen haben muss und infolgedessen lügt.

JONAS ZIPF: Und schon sind wir mitten im Thema: Forensic Architecture ist ein viel diskutiertes Beispiel im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex und wurde stark rezipiert, auch außerhalb der Filterblasen und Echokammern der Kunstwelt. Aber wie wirksam war diese künstlerische Intervention denn tatsächlich, außerhalb der künstlerischen Wirklichkeit? Herr Burschel, Sie kennen das Beispiel, Dietrich Kuhlbrodt kennt es nicht. Immerhin war diese Arbeit das Werk einer Gruppe, deren Name Forensic Architecture ja schon zum Ausdruck bringt, dass sie auch für eine juristische Beweisführung in Stellung gebracht werden kann. Wurde sie denn juristisch auch wirksam?

FRITZ BURSCHEL: Das Drama von Forensic Architecture zeigt sich schon in Ihrer Anmoderation. Wenn Sie Forensic Architecture als Künstler*innen-Kollektiv bezeichnen, dann sagen Sie nur die halbe Wahrheit. Neben Künstler*innen sind Leute beteiligt, die aus ganz anderen Fächern kommen, zum Beispiel Forensiker*innen oder Soziolog*innen. Forensic Architecture hat sich weltweit einen Namen mit verschiedenen Versuchen gemacht, Verbrechen von Staaten aufzuklären. Zum Beispiel hat sich das Kollektiv mit den Morden der mexikanischen Polizei an dortigen Studierenden beschäftigt. Oder mit der letzten Auseinandersetzung im Gazastreifen, als die israelische Armee auf demonstrierende Menschen geschossen hat. Immer wieder haben sie wissenschaftlich rekonstruiert, wer wie was gemacht hat. Das Drama jedenfalls habe ich unmittelbar erlebt im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Arbeit von Forensic Architecture zum Mord an Halit Yozgat auf der documenta 13 als Kunstwerk präsentiert wurde. Das hat denjenigen Munition in die Hand gegeben, die gesagt haben: »Sie werden ja wohl nicht von uns erwarten, dass wir uns im Zusammenhang mit strafrechtlichen oder parlamentarischen Ermittlungen auf ein Kunstwerk beziehen.« Ich habe das erlebt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages zum NSU in Wiesbaden, als der Fraktionsobmann der CDU Bellino sagte, er werde sich auf gar keinen Fall zu »diesem Film zum 6. April 2006« äußern, da es sich dabei um ein Kunstwerk handle. In derselben Sitzung des Untersuchungsausschusses war übrigens auch Andreas Temme

als Zeuge anwesend. Das ist genau der Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen, der auch bei der Ermordung von Halit Yozgat in dessen Internetcafé anwesend war. Und der hat natürlich diese Steilvorlage der CDU aufgenommen. Er wurde da als Zeuge gehört, und hat gesagt, er möchte zur Simulation von Forensic Architecture keine Stellung nehmen, denn sie sei ein Kunstwerk. Mit dem alleinigen Label als Kunstwerk hat man den ermittlungstechnischen Beweiswert der Ergebnisse von Forensic Architecture zunichte gemacht, sie wurden nicht ernst genommen. Auch im NSU-Prozess in München kam die Simulation nicht zum Zuge. Ich ging davon aus, dass das Gericht es ermöglicht, den Film anzuschauen, um ihn in die Beweisausnahme aufzunehmen. Das ist dann allerdings aus verfahrenstechnischen Gründen unterblieben. Das Abwehrargument »Kunstwerk« musste in München nicht mal bemüht werden. Forensic Architecture sind also leider mit ihrem minutiös-wissenschaftlich aufbereiteten, wenn auch durchaus künstlerisch wertvollen Beitrag zur Ermittlungsarbeit nicht wirklich durchgedrungen.

JONAS ZIPF: Auch wenn das Beispiel von Forensic Architecture also eher als transdisziplinäre Arbeit ernst genommen werden sollte, so möchte ich dennoch zunächst bei der juristischen Wirksamkeit von Kunst bleiben. Dietrich Kuhlbrodt, erinnern Sie im Verlauf Ihrer langen juristischen Karriere Beispiele für künstlerische Interventionen, die im Sinne einer Beweisführung in Anwendung gebracht wurden?

DIETRICH KUHLBRODT: Aber jetzt reden wir über Sachen, die längst passiert sind, über die Vergangenheit. Dabei wollen wir ein Publikum erreichen, das heute in die Theater strömen soll. Mich interessiert mehr: Wie erreicht man diejenigen, die nicht mehr über Texte und Diskurse usw. zu erreichen sind. Die jüngere Generation bezieht ja ihre Weisheiten über Medien und Musik. Also vor allen Dingen das Thema Musik fehlt völlig, in dem, was wir jetzt so sprechen. Das ist aber das, was die Leute interessiert. Kunst bedeutet doch, dass man Kontakt aufnimmt, dass man von Auge zu Auge spricht und nicht nur über Texte und Diskurse. Deswegen ist es für mich schwierig, mich auf diese Geschichte als Jurist einzulassen, muss ich sagen.

FRITZ BURSCHEL: Na ja, also es fällt mir ein Beispiel ein, aber das ist hochproblematisch. Da geht es um diesen Krimiautor Wolfgang Schorlau, der unter dem Titel »Die schützende Hand« einen Krimi über den NSU-Komplex ge-

schrieben hat. Der hat sich verkauft wie geschnitten Brot. Wolfgang Schorlau hat, meiner Meinung nach, mit diesem populären Medium Krimi eine Position bezogen, mit der er Verschwörungsideen publik gemacht und im Nachwort zu seinem Buch sogar postuliert hat, er möchte mit diesen Fragen zur Wahrheitsfindung beitragen. Er hat also die künstlerische Verarbeitung von offenen Fragen dazu verwendet, sich als Akteur der Aufarbeitung des NSU-Komplexes zu präsentieren. In besagtem Schlusswort wundert er sich offen darüber, dass er in einem Land lebt, das nicht souverän sei. Er hat da letztlich eine Art Reichsbürgerideologie mit reingebracht. Hat aber als Krimiautor tatsächlich Hunderttausende erreicht. Andere Leute haben nicht annähernd eine solche Reichweite.

Ich habe natürlich die Theaterstücke gesehen. Gerade Elfriede Jelineks »Das schweigende Mädchen« ist sehr früh gekommen. Zu einem Zeitpunkt, an dem Beate Zschäpe tatsächlich noch geschwiegen hat. Ein tolles Stück, fand ich, das uns ganz viele sprachliche Zugänge zum Prozess eröffnet hat. Gleichzeitig denke ich, dass es nur ein sehr exklusives Publikum erreicht hat. Und letztlich wahrscheinlich auch zu früh kam, da niemand wusste, wohin die Reise geht mit dem Prozess. Damit wird auch deutlich, wie schwierig es ist, wenn Künstlerinnen und Künstler sich zu aktuellen Fragen äußern, die vielleicht noch gar nicht fertig diskutiert werden konnten. Kurzum: Ich halte die Rolle der Künstlerinnen, des Künstlers in solchen Auseinandersetzungen schon eher für problematisch.

JONAS ZIPF: Sie sprechen es an: Wie breitenwirksam sind künstlerische Mittel? Dietrich Kuhlbrodt, Sie haben bereits angemahnt, wir sollten über Musik reden und über das Netz, gerade wenn es um die jüngeren Generationen geht. Wie wirksam können Kunst und Kultur also letztlich politisch werden, wenn es um gesellschaftliche Veränderungen geht?

DIETRICH KULHRODT: Ich erinnere mich da zum Beispiel an das Fernsehen! In Ludwigsburg wurden wir ja offen auf der Straße angefeindet, bedroht und deswegen ja auch mit Waffen ausgestattet. Seitdem habe ich eine 7,65er-Sauer-und-Sohn-Dings, habe ich immer noch hier in meinem Haus. Das war damals richtig kritisch für uns. Und was erscheint da? Da erscheint das Fernsehen mit einer Dokumentensendung, die immer in Primetime lief, um 20:15 Uhr donnerstags, ich glaube, heute auch immer noch. Die sind gekommen und da habe ich mir den Mund fusselig geredet und habe das da in die Kamera reingesprochen und das wurde 20:15 Uhr gesendet. Und das hat mögli-

cherweise ein Millionen-Publikum gehabt – (Akustisches Störgeräusch) Hallo, seid ihr noch dran?

FRITZ BURSCHEL: Ja, wir sind noch da.

DIETRICH KUHLBRODT: Ja. Das piepte eben hier bei mir.

FRITZ BURSCHEL: Ja, bei mir auch.

DIETRICH KUHLBRODT: Ja, aber das ist doch die Wahrheit. Also ihr von der Abhörabteilung, das stimmt alles, was ich sage. Regt euch doch nicht so auf.

JONAS ZIPF: Alles mitgeschnitten.

DIETRICH KUHLBRODT: Unter Juristen ist Filmemachen Kunst und sei der Film noch so scheiße geworden. Das Fernsehen hat uns jedenfalls weitergeführt. Wir hatten mit einem Mal das Gefühl, wir sind da nicht alleine in Ludwigsburg als Feinde des blühenden Barocks.

JONAS ZIPF: Parallel zu Eurer Arbeit in Ludwigsburg läutete Peymann ja eine dezidiert politische Arbeit auf der Bühne des Staatstheaters in Stuttgart ein. Haben Euch die dortigen, ebenfalls kontroversen Debatten, beispielsweise rund um die RAF, dabei geholfen, mehr gesellschaftliches Gehör für die Sache der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu finden?

DIETRICH KUHLBRODT: Ja, schon. Wenn auch schwer zu sagen, welche Ziele die da nun genau verfolgt haben. Jedenfalls haben sie es angesprochen, versucht, ihr Publikum zu erreichen, es neugierig zu machen und zu irgendwas zu motivieren. Das endete damit, dass wir irgendwann selbst an Demos teilgenommen haben. Unsere juristische Aufarbeitung hat sich dadurch aber kaum verbessert.

FRITZ BURSCHEL: Da wir gerade über Peymann sprechen, frage ich mich das schon: Ob die künstlerischen Impulse der Nachkriegsjahre nicht gerade für die breite Wahrnehmung von juristischer Aufarbeitung eine entscheidende Rolle gespielt haben? Es hat ja schon unmittelbar nach dem Ende des Krieges Filme wie Wolfgang Staudtes »Die Mörder sind unter uns« gegeben, etwas später »Rosen für den Staatsanwalt«, 1965 dann ein Theaterstück wie »Die

Ermittlung« von Peter Weiss, das an einem Tag in 14 Städten in Ost und West gleichzeitig aufgeführt wurde – also künstlerische Ereignisse, die die Shoa oder das deutsche Vernichtungsregime thematisiert haben.

DIETRICH KUHLBRODT: Bloß, wie geht es jetzt mit den jüngeren Leuten? Guck mal, wir waren ja zu dem Zeitpunkt auch noch relativ jung, in den Dreißigern, so alt wie Jonas Zipf vielleicht. Die Frage ist doch, wie das heute geht! Ich habe einen Enkel, der ist 14. Der weiß gut Bescheid in den Medien. Das ist die Gegenwart. Mich erinnert er daran, wie es war, als ich 14 war. Na ja, da war ich gerade aus der Hitlerjugend raus. Aus einer Gruppenbildung, die eine wahnsinnige Voraussetzung ist. Und bleibt. Also praktisch das Podium für eine darauf aufzubauende Geschichte. 1944, da war ich gerade 12 geworden, standen wir Appell. Und da kursierte unter uns ein Spruch. In dem haben wir einfach alle verbotenen Vokabeln zusammengefasst: »Und auf dem Adolf-Hitler-Platz machen Juden-N****-Jazz«. Statt da also irgendwelche Marschmusik zu hören, haben wir uns verständigt, dass wir uns einig sind. Und wenn ein Hitlerjugend-Führer kam und fragte: »Warum lacht ihr da?«, dann sagten wir nur: »Ja, wir sind so glücklich.« Da hat der natürlich mit den Achseln gezuckt und fühlte, dass er verarscht wurde und entfernte sich. Aber mit einem Mal war ich in einer Gruppe, wir waren uns einig. Später habe ich diesen Spruch in einem Buch wieder gefunden als einen Merkspruch der Swing-Jugend in Hamburg. Mit diesem Extrembeispiel fange ich an. Damit fängt mein politischer Weg an. Was ich damit sagen will: Bevor man aktiv wird mit der Kunst, in der Kunst, soll man erst mal das Miteinander mitkriegen und mitmachen und zusammen sein, das stärkt nämlich ungeheuer. Das sind Stärkegeschichten.

JONAS ZIPF: Später sind Sie selbst zum Künstler geworden, haben sich von Christoph Schlingensief auf eine Bühne werfen lassen. Das war die Phase, in der wir uns kennenlernten. Schlingensief hat Mittel und Wege gesucht, um breiter wirksam zu werden, mehr Menschen zu erreichen, auch jüngere Menschen. Er hat dafür Medien genutzt, das Fernsehen etc. Haben Sie das Gefühl, dass seine Kunst, eure gemeinsame Kunst, tatsächlich impulsiver, breiter, jünger war?

DIETRICH KUHLBRODT: Ja, er hat ja eine besondere Methode gehabt. Er hat die Sachen, die er eigentlich bekämpfte, für sich benutzt. Er hat sogar Elfriede Jelinek benutzt, in Wien, ihr Stück einfach umgeschrieben, mit seinen eige-

nen Worten gefüllt. Dann kam die Premiere, Jelinek war da. Aber sie sagte zu Christoph nur: »Ich finde das sehr gut, dass sie meine Texte animiert haben, dass es so gespielt worden ist.« Das sind Geschichten des Benutzens, die er geschrieben hat.

Und wenn wir sagten, wir jagen jetzt vier Millionen Arbeitslose zum Schwimmen in den Wolfgangsee, genau dahin, wo das Ferienhaus von Kohl steht, damit das überflutet wird, ja, dann war das teils Spaß, teils sehr ernst gemeint. In jedem Fall hat es auf das Problem dieser vier Millionen Arbeitslosen aufmerksam gemacht. Dafür hat er die Privatsphäre dieses Politikers benutzt, hat die Arbeitslosen benutzt, hat das Fernsehen benutzt.

Das ist mein Thema. Wir bauen keine Feindbilder auf. Stattdessen greifen wir von dem Feindbild etwas für unsere Zwecke auf. Das ist wie mit diesen Impfungen jetzt: Wir nehmen den ganzen Feind einfach auf, eignen uns ihn an und schalten ihn aus.

JONAS ZIPF: Was hätte Schlingensiefel wohl zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes beitragen können ...!? – Sprechen wir über die Sichtweisen der Betroffenen. Herr Burschel: Kennen Sie künstlerische Interventionen rund um den NSU, von denen Sie sagen, dass sie in besonderem Maße dazu geeignet waren, Perspektiven von Opfern, Angehörigen und, breiter gedacht, Betroffenen von strukturellem Rassismus aufzugreifen?

FRITZ BURSCHEL: Da fallen mir die NSU-Monologe ein. Das sind ja szenische Lesungen in bester Doku-Theater-Manier, die mit jeweils wechselnden Schauspielerinnen und Schauspielern in den verschiedenen Städten aufgeführt werden. Sehr, sehr eindrücklich, sehr intensiv, unglaublich erdrückend und gleichzeitig ergreifend. Die Abende waren so konzipiert, dass man hinterher noch an einem Publikumsgespräch teilnehmen konnte. Da haben die Theatermacher von »Der Bühne für Menschenrechte« immer irgendwelche Leute eingeladen, Selbstorganisationen migrantischer Gruppen oder Expert*innen zu einem bestimmten Thema, zu einem bestimmten Aspekt des NSU-Komplexes. Als Beobachter des Prozesses wurde ich dahin auch mehrere Male eingeladen. Was ich da im Gespräch mit den Leuten mehrfach erlebt habe: Die Leute haben sich nicht nur über anderthalb Stunden dieses Theater gefallen lassen, sondern sie sind auch noch eine Stunde länger geblieben, um sich erklärende Worte von Expert*innen und Betroffenen anzuhören, aber auch ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren. Ich habe selten erlebt, dass etwas so eine starke Wirkung hatte wie dieses Theaterstück.

Es gab allerdings etliche andere Theaterabende, die ähnliche Wirkungen hatten, zum Teil unter direkter Beteiligung von Betroffenen. Ich denke da an die Kölner Keupstraße und das Theaterstück »Die Lücke« oder ein regelrechtes Theatertreffen in Chemnitz unter dem Titel »Unentdeckte Nachbarn«, zu dem viele dieser Inszenierungen zusammengekommen sind. Dort hat es 2015 sehr unmittelbare Begegnungen zwischen einem wirklich neugierigen und wissbegierigen Publikum und Schauspieler*innen, Betroffenen und Expert*innen gegeben.

JONAS ZIPF: Woran liegt es, dass Theater offensichtlich eine besondere Rolle in der künstlerischen Aufarbeitung des NSU spielten?

FRITZ BURSCHEL: Darüber habe ich mir tatsächlich viele Gedanken gemacht. Am Anfang habe ich mich fast ein bisschen geärgert darüber – zum Beispiel über Jelineks Stück, weil das so enorm früh kam. Dann sind aber immer mehr Theaterstücke gekommen. Vielfach sehr stark am Narrativ der Betroffenen orientiert. Und ich habe mich gefragt: Was bedeutet das? Ich habe den Eindruck, dass das an der offensichtlichen Unfähigkeit lag und liegt, einen gesellschaftlichen Diskurs über all die Schrecklichkeiten des NSU-Komplexes zu führen. Dem Theater ist eine Möglichkeit eingeschrieben, über den Umweg der Kunst ein Thema anzusprechen, das mit Scham besetzt ist und sonst vor allem Sprachlosigkeit ausgelöst hat. Ähnliche Wege der künstlerischen Intervention sehe ich bei lyrischen Arbeiten wie »Blumen für Otello« von Ester Dischereit oder den Arbeiten von Sebastian Jung, die sich mit Winzerla beschäftigen, also dem Ortsteil Jenas, aus dem die Mörder und die Mörderin kamen. Und insofern: Ja, die künstlerischen Interventionen waren im Grunde die Brücke über die Sprachlosigkeit der Gesellschaft, so könnte man es vielleicht ausdrücken.

JONAS ZIPF: Hat diese von Ihnen benannte Qualität auch etwas mit dem Charakter von Live-Kunst zu tun?

FRITZ BURSCHEL: Ganz bestimmt sogar. Und sei es nur in der Erinnerung an die Erfahrung von Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang würde ich gerne einen Ton zur Musik sagen, auch weil Dietrich Kuhlbrodt dieses Genre angesprochen hat. Es gibt ja eine ganze Reihe von Bands, die den NSU-Komplex aufgegriffen haben – ob das die »Antilopen Gang« ist, »Feine Sahne Fischfilet«, »Waving the Guns« oder andere sich selbst antirassistisch und antifa-

schistisch labelnde Musikgruppen mehr. Aber ich sehe das größere Problem eigentlich auf der anderen Seite, da Musik in der Nazi-Szene eine wichtige Rolle spielt und zu einem enormen Trigger werden kann für Leute, die sich auf dem Weg befinden, Gewaltverbrechen zu verüben. Eines der drastischsten Beispiele in diesem Zusammenhang ist der Attentäter von Halle, der sich zu seinem Anschlag einen Soundtrack zusammengestellt hatte, den er während des Anschlags laufen und mit den Bildern über die Helmkamera streamte.

JONAS ZIPF: Was ist nur geblieben von den altvorderen »Rock-Gegen-Rechts-Rockern«? Damit haben wir hier in Jena auch Erfahrungen gemacht, Ende 2011. Peter Maffay, Jule Neigel und Udo Lindenberg sind einmal im Paradiespark über die Bühne gejagt, dann hat sich die Mehrheit der Stadtgesellschaft gefreut. Alle haben sich verbrüdet und gesagt: Wir haben kein Problem, wir stehen hier zusammen und halten die Lichter an der Kette hoch und dann ist alles gut. Welche Verantwortung haben Künstler*innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?

FRITZ BURSCHEL: Ich sehe Künstler*innen, gerade zeitgenössische Bands, in einer enormen Verantwortung. Allerdings bin ich da im Zwiespalt. Ich erwarte von Künstlerinnen und Künstlern, dass sie politische Menschen sind und politisch agieren und eben genau diese Verantwortung auch im Auge haben. Ich habe vorvergangenes Jahr auf dem Marktplatz von Forst in der ostdeutschen Provinz im Rahmen der #wannwennnichtjetzt-Tour zwei Bands gehört, »Waving The Guns« und »Egotronic«, die ganz klar und dezidiert antifaschistische und antinationale Songs vor ein paar Dutzend Zuhörer*innen gespielt haben. Und ich glaube, für die 12 bis 20 Kids, die da vor der Bühne standen, war das ein prägendes Erlebnis, für den Rest ihres Lebens. Ich finde, dass diese Verantwortung sehr groß ist. Allerdings wird jede Künstlerin, jeder Künstler antworten: »Alter, ich bin Künstler. Ich bin nicht dein Auftragsarbeiter. Ich bin nicht der Volkspädagoge, ich habe keinen Bildungsauftrag. Ich mache in allererster Linie meine Kunst, ich stehe in dieser Kunst drinnen.« Genau darin sehen wir ein großes Problem. Es gilt, Kunst nicht zu instrumentalisieren. Die künstlerische Freiheit ist wichtig. Ich möchte das an einem Beispiel noch mal verdeutlichen. Es gab am 1. September 2018 diesen irrwitzigen Naziaufmarsch in Chemnitz mit etwa 10.000 Teilnehmer*innen. Das ganze Spektrum von AfD bis zum rechten Terroristen Stefan Ernst, der später Walter Lübcke ermordet hat, hatte sich dort auf den Straßen von Chemnitz versammelt. Einige Tage später fand vor 65.000 Leuten in Chemnitz dieses große Konzert

»Wir sind mehr« statt. Es waren unglaublich viele junge Menschen gekommen, die diese Bands hören wollten, letztlich aber vor allem wegen des Events und weniger wegen der politischen Aussage gegen menschenfeindliche Ideologien und Faschismus. Die Leute sind danach wieder auseinandergegangen und erzählen sich wahrscheinlich heute noch eher vom Konzert als vom Anlass des Konzerts.

DIETRICH KULHRODT: Ja, aber das ist eben eine Sache, die ankommt. Ich finde, da muss man auch in Schritten denken. Man muss nicht denken: »Wir sind jetzt soweit« – und deswegen müssen die auch so weit sein und werden daher jetzt unterrichtet, dass sie das auch lernen, soweit zu sein. Es geht darum, sich einzulassen, auch mal zuzuhören und so in eine Szene reinzukommen. Meine Identität hat sich ständig gewechselt, die hat sich kompliziert. Ich bin hierhin rein- und dahin rausgegangen. Dann war ich nicht mehr in der kommunistischen Ecke, dann war ich wieder in einer anderen Ecke. Und dann bin ich hier und dann bin ich da und dann bin ich beides gleichzeitig, so dass ich immer sage: Wenn man heute vom Begriff der Vielheit redet und der Vielfalt, dann bin ich auch Vielfalt. Ich habe diese Sachen alle gespeichert in meinem Kopf, Erinnerungen speichert man ja bekanntlich und wird die nicht wieder los.

JONAS ZIPF: Die entscheidende Frage ist doch folgende: Was bleibt hängen, nachhaltig? Wir reden über die Wirksamkeit von Kunst und Kultur, letztlich immer auch über die Rolle von Künstlerinnen und Künstlern in der Gesellschaft. Was erwartet Ihr Euch von unserem Projekt KEIN SCHLUSSTRICH! in 14 Städten mit 13 beteiligten Stadt- und Staatstheatern, gut 20 Jahre nach den ersten Morden des sogenannten NSU, 10 Jahre nach seinem Bekanntwerden, zumindest zunächst der engeren Terrorzelle? Was verspricht und erwartet Ihr Euch von dieser künstlerischen, kulturellen Arbeit?

FRITZ BURSCHEL: Ich erwarte mir von jeder Art der Thematisierung des NSU-Komplexes, dass der Skandal, dass das nicht aufgearbeitet worden ist in einer Weise, wie es notwendig gewesen wäre, bewusst wird und bleibt. Insofern erwarte ich mir sehr viel: Es geht darum, daran zu erinnern, was da passiert ist, in welcher Weise staatliche Stellen in den rechten Terror verwickelt waren. Es ist ja ganz eindeutig so, dass der Verfassungsschutz eine Mit-Verantwortung daran trägt, dass der NSU zu dem werden konnte, was er gewesen ist: eine mörderische Kerngruppe, umgeben von einem mehrere Dutzend oder sogar

mehrere hundert Personen umfassenden Netzwerk, die unbehellig über 13 Jahre Menschen aus rassistischen Motiven umbringen konnten und die dafür nötige Unterstützung fanden. Und vor allem: nicht gestoppt wurden, obwohl das möglich gewesen wäre. Diese ganzen Dinge liegen auf dem Tisch, sind nachgewiesen. Das sind auch nicht nur irgendwelche Behauptungen von irgendwelchen antifaschistischen Spinnern wie mir oder so was. Das haben sowohl die Beweisaufnahme in München als auch die Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse offengelegt. Es gibt dennoch weiter zu viele offene Fragen über die Verstrickung des Verfassungsschutzes. An das alles muss erinnert werden und es muss die Stimme derjenigen immer und immer wieder gehört werden, solange das notwendig ist, die von diesem Terror betroffen waren und die von uns als Gesellschaft zurecht beanspruchen, sorgenfrei leben zu können und sich auf unseren Schutz verlassen zu können. Genau das wäre mein Wunsch: Dass durch Theaterstücke, Musikstücke, Ausstellungen, Filme, Bücher, Menschen in dieser Hinsicht bewegt werden, sich noch mal ganz anders mit dem Komplex auseinanderzusetzen. Und die juristischen und parlamentarischen Befunde noch und noch mal infrage zu stellen. Und zu sagen, eine Gesellschaft, die etwas auf sich hält, die muss da mehr drauf haben und muss kritischer nachfragen und eben, was ja auch in eurem Titel drinsteckt, »keinen Schlussstrich« zulassen. Das dürfen wir auf keinen Fall, so wie es ist, auf sich beruhen lassen. Wir beobachten seit dem Ende des NSU-Prozesses eine beispiellose Eskalation rechten Terrors, rechter Gewalt. Es hat Anschläge gegeben, es gibt Bewaffnung von Leuten in Uniform, die mit Waffen umzugehen wissen, die sich auf einen Tag X vorbereiten. Diese Dinge, die sind da, die stehen im Raum, und die werden schon geschickt umgangen oder geleugnet, wenn zum Beispiel der Bundesinnenminister es nicht zulässt, dass eine Studie zu Rassismus in den Reihen der Polizei in Auftrag gegeben wird. Es gibt so etwas wie eine Verleugnung staatlicherseits, gegen die wir mit allen Mitteln, auch künstlerischen Mitteln, ankämpfen müssen.

DIETRICH KUHLBRODT: Ja, ich würde das auch unterstreichen. Das alles richtet sich zwar an etwas reifere Leute, die sich Gedanken machen können und schon in der Lage sind dazu. Aber ich würde sagen, gleichzeitig bleibt es eben auch die Aufgabe, mit Leuten Kontakt zu haben, die dann auch in der Lage sein werden, überhaupt anzufangen damit, nachzudenken und so etwas. Also dass man nicht gleich mit dem Ziel anfängt, sondern mit dem Anfang, ein Gedankenmensch zu werden.

JONAS ZIPF: Herr Burschel, Sie haben vorhin eine These aufgemacht, die wir an dieser Stelle vielleicht für die letzte Kurve unseres Gespräches tatsächlich noch mal aufgreifen und diskutieren sollten. Sie haben auf die Frage hin, warum so viel im Theater stattfand, gesagt, weil dort möglicherweise eine Art des Brückenbauens möglich ist, weil dort Gesellschaft stattfindet. Nun sind wir mitten in einer Phase, in der wir genau das nicht erleben: Menschen sich nicht begegnen können in physischer Ko-Präsenz und aushalten müssen, dass ein Sitznachbar nach Schweiß riecht oder dass auf der Bühne etwas behauptet wird, was ich ganz und gar falsch finde. In diesem Sinne wäre auch und gerade das Theater ein Ort, an dem sich Demokratie ganz physisch und greifbar ereignet. Zu guter Letzt frage ich nach Euren Wünschen an und für Kunst und Kultur.

DIETRICH KULHRODT: Ich finde es völlig legitim, die Theater zu nutzen. Die sind vorhanden, die Theater kriegen ihre Gelder usw. Man muss das benutzen für die Ziele, die man selbst verfolgt. So wie Schlingensiefel eben auch die Kunst gefunden hat oder auch die Politik mit Chance 2000, als ich damals im Bundesinnenministerium erklärt habe, das ist keine Spaßpartei, sondern das ist eine echte und das wurde sie dann ja auch. Also man muss die Sachen nicht sagen: »Das ist ein Feindbild, ich tue das nicht.« Aber man kann so gut sagen: »Ich untermauere das.«

JONAS ZIPF: Wie lauten Ihre Wünsche, Herr Burschel?

FRITZ BURSCHEL: Ich glaube, es war der gute, alte Kommunist Luigi Nono, der sinngemäß gesagt hat, dass gute Musik sich dadurch auszeichne, dass sie von Faschisten nicht instrumentalisiert werden kann. Ich meine, dass vielleicht so ein Moment von Eindeutigkeit drinsteckt in etwas grundsätzlich Vieldeutigem wie Kunst, das eine faschistische Interpretation verunmöglicht. So was würde ich mir wünschen. Wenn ich an die Theater denke und die Theateraufführungen und Euren Wunsch, der hoffentlich in Erfüllung geht, dass möglichst viele junge und diverse Leute sich in die Theater begeben werden, verbindet sich damit, dass Theater auch Bildung sein kann – nicht so sehr schulische Bildung, eher menschliche Bildung; in dem Sinne, dass Menschen sich über diese Theateraufführungen auseinandersetzen mit der Unmenschlichkeit im Denken von sehr vielen: Das ist Rassismus, das ist Misogynie, das ist Antisemitismus.

Dazu fällt mir diese irrwitzige Geschichte aus dem Halle-Prozess ein. Die Mutter des Täters versuchte, sich am Tage des Anschlages, am 9. Oktober 2019, umzubringen. Aber es ist ihr misslungen. In ihrem Abschiedsbrief finden sich jedenfalls dieselben antisemitischen Wahnideen, die ihr Sohn für die Begründung seines Anschlages auf die Synagoge in seinem Manifest und auch vor Gericht geäußert hat. Sie hat auf den Brief Davidsterne gemalt, die sie dann durchgestrichen hat. Hat gesagt, er habe sein Leben »für Euch« gegeben und sei damit gescheitert, weil die Juden freie Hand hätten. Diese Frau war ihr ganzes Berufsleben lang Grundschullehrerin, u.a. für Ethik. Und da ist mir irgendwie klar geworden, dass die ganz frühe Bildung enorm wichtig ist; dass es wichtig ist, dass da Lehrende, die eine antifaschistische Grundhaltung vermitteln, die Menschen dazu führen, solche Ideologien zu erkennen und sich gegen sie zu stellen – anstatt sie zu verinnerlichen. Zum Teil haben wir keine Ahnung, was für eine Art von Unterricht an den Schulen stattfindet, was dort vermittelt wird. Da ist es mir dann fast lieber, junge Leute gehen öfter mal mit der Klasse ins Theater und haben ein Brecht-Stück oder etwas anderes Starkes zu diskutieren. Ich würde mir wünschen, dass das möglichst viele tun. Und ich hoffe, hoffe, hoffe, dass diese Pandemie sich langsam in Luft auflöst und uns die Möglichkeit gibt, wieder auf Tuchfühlung miteinander zu gehen.

JONAS ZIPF: Ihr Wort in all unseren Ohren! War es nicht Luigi Nono, der auch folgenden Satz geprägt hat: »Es gibt keinen Weg, wir müssen ihn gehen.«?! – In diesem Sinne danke ich für den Versuch unserer heutigen Annäherung...

Institutioneller und struktureller Rassismus im Theater¹

Azadeh Sharifi

1 Rote Ampeln

Wann sind wir nur Zuschauer_innen und wann verschwimmt die Grenze zwischen der realen Welt und der Welt, die auf der Bühne gezeigt wird? Vielleicht dann, wenn das Trauma so präsent und überwältigend ist, dass nicht mehr zwischen Fiktion und Realität unterschieden werden kann, wenn die Reproduktion von rassistischen und diskriminierenden Strukturen nicht nur in Wort und Bild perpetuiert werden, wenn eine abstrakt differenzierte Auseinandersetzung nicht mehr möglich ist, weil das, was auf der Bühne passiert, im Magen, in den Beinen und in jeder Pore der Haut empfunden wird.

Während der Vorstellung von *Urteile* am Residenztheater München bin ich mehrmals in diesen Zustand verfallen. Nicht nur an den Stellen, die alle so tief treffen, weil sie mit dem Wahnsinn, mit der Ohnmacht und der Unfassbarkeit konfrontieren, die den Erfahrungen der Familien der Ermordeten eingeschrieben sind. Die Grenze verschwamm an den Stellen, die mit »Körper aus Scham« betitelt sind. Es handelt sich dabei um eine Art Schilderung von Kindheitserfahrungen rassifizierter Personen aus der Innensicht. Auch ich finde mich mit meinen Erfahrungen auf der Bühne wieder. »Mein klopfendes Herz, meine schwitzenden Hände. Mein zerbröckelnder Name«. Erfahrungen von Rassismus in Deutschland. »Mein glühender Kopf. Schweigen. Scham. Scham, ein Gefühl meiner Kindheit« Ich höre nur »Alles richtig machen, sich

¹ Dieser Text ist ein Wiederabdruck aus dem Buch »Urteile – Ein dokumentarisches Theaterstück über die Opfer der NSU«, herausgegeben von Azar Mortazavi, Tunay Önder und Christine Umpfenbach, Azar Mortazavi. Unrast Verlag 2017. Mit freundlicher Genehmigung des Unrast Verlags sowie der Herausgeberinnen.

keinen Fehler erlauben« wie eine Dauerschleife in meinem Kopf. »Alles richtig machen, sich keinen Fehler erlauben, nicht bei Rot über die Ampel, damit niemand rufen kann: ›Bei euch gibt es wohl keine Ampeln!‹« Die Sätze treffen mich bis ins Mark, ich kann dem Geschehen auf der Bühne nicht mehr richtig folgen, weil ich mit meinem eigenen Trauma konfrontiert bin. Mit Erfahrungen, die jeden Tag und in jedem Moment passieren. In öffentlichen Räumen und in privaten Lebenssphären.

Es ist nicht nur der nationalsozialistische Terror, der rassifizierten und marginalisierten Menschen den Boden unter den Füßen wegzieht. Es ist die strukturelle und institutionelle Diskriminierung, die sich beispielsweise in Schulempfehlungen der Lehrer_innen, in Abweisungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche aufgrund des Namens oder des ›ausländischen‹ Aussehens, im Racial Profiling bei Polizeikontrollen oder eben in sprachlichen Diffamierungen wie ›Dönermorde‹ manifestiert und bestehende hegemoniale Machtverhältnisse weiter verfestigt. Die rassistische Gewalt zeigt sich nur selten in ihrer rohsten Form. Meistens ist sie als anhaltender, dumpfer Ton in unseren Leben präsent, der uns stets daran erinnert, dass wir niemals frei von ihr sein werden.

Im dokumentarischen Theaterstück *Urteile* geht es nicht nur darum, Habil Kılıç, Theodoros Boulgarides und ihren Familien eine würdige und respektvolle öffentliche Auseinandersetzung, wenigstens auf der Theaterbühne, zu ermöglichen. Es geht auch darum, die verschiedenen Dimensionen von strukturellem und institutionellem Rassismus aufzudecken und zur Verhandlung zu stellen. Die Kritik des Theaterstückes geht soweit, dass auch das eigene Medium, das Theater, zur Verhandlung gestellt wird.

Ich möchte diese Dimension herausgreifen und diskutieren, wie im Theater als einer staatlichen Kulturinstitution struktureller und institutioneller Rassismus immer wieder reproduziert wird. Einerseits geht es um die Übersetzbarkeit des Themas ins Theatrale, andererseits sollen Möglichkeiten der Repräsentation und (Selbst-)Ermächtigung diskutiert werden.

2 Der schmale Grat der theatralen Auseinandersetzung

Als sich 2011 durch den Selbstmord der zwei rechtsradikalen Neonazis und Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos der Nationalsozialistische Untergrund selbst enttarnte, wurde sehr bald versucht, den gesellschaftlichen Schock – oder vielmehr die Bewahrheitung von dem, was von der migranti-

schen Bevölkerung seit langem befürchtet wurde – in der Kunst und insbesondere im Theater zu verarbeiten. Mit fiktionalen, dokumentarischen und diskursiven Strategien wurde versucht, der Unfassbarkeit dieses nationalsozialistischen Terrors habhaft zu werden. In den folgenden Jahren sind viele Theaterstücke entstanden, die aus unterschiedlichen Perspektiven ein Begreifen ermöglichen sollten. *Urteile* wählt die Strategien des dokumentarischen Theaters. Im Mittelpunkt des Stückes stehen die zwei Münchner Opfer des NSU-Terrors, Habil Kılıç und Theodoros Boulgarides. Fragmente aus den Interviews mit den Familienangehörigen, ihren Anwält_innen, ehemaligen Arbeitgeber_innen und mit Journalist_innen setzen sich wie Puzzleteile zusammen und vermitteln ein Gefühl für die physische und psychische Gewalt, die die Betroffenen erfahren haben und immer noch erfahren. Als eine der wenigen Produktionen wird in *Urteile* die psychologische Dimension von Rassismus aufgegriffen und die ›besondere‹ Gewalt des NSU mit alltäglichem Rassismus verknüpft.

Aber ist es überhaupt möglich, solche unfassbaren und unbeschreiblichen Erfahrungen in ein Theaterstück zu übersetzen? Viele der Theaterproduktionen, die sich mit Rassismus beschäftigen, gehen erst gar nicht auf die emotionale und psychologische Dimension der rassistischen Gewalt ein. Denn meist haben die Künstler_innen keine eigenen Erfahrungen mit rassistischer Gewalt und damit verbleiben die Inszenierungen oft auf einer rein intellektuellen Ebene. Wird über diese Ebene hinausgegangen, so geschieht dies, wie so oft im deutschen Theater, unter Ausschluss der Betroffenen, der Personen mit eigenen Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen. Es lassen sich unzählige Beispiele aus der jüngsten deutschen Theatergeschichte nennen, bei denen Künstler_innen, anstatt sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, in ihren persönlichen Befindlichkeiten verhaftet bleiben. Sehr oft werden auf der Erzählebene, aber auch in ästhetischen Mitteln, rassistische Zuschreibungen und koloniale Stereotypisierungen aufgenommen und reproduziert. So sei hier auf die immer wieder auftretende Blackface²-Debatte (Sharifi 2015) und die N-Wort³-Debatte (Kilomba 2009) verwiesen. Beim Ersten handelt es

2 Blackface ist eine aus dem 19. Jahrhundert stammende Tradition aus den Minstrel Shows, bei der sich weiße Schauspieler_innen das Gesicht schwarz anmalen, um in einer ›narrischen Art‹ Schwarze Menschen darzustellen.

3 »Ursprünglich kommt das N-Wort aus dem Lateinischen als Bezeichnung für die Farbe Schwarz: *niger*. Am Ende des 18. Jh. war jedoch das N-Wort bereits ein abwertender Begriff mit verletzendem Charakter, der durchaus strategisch genutzt wurde, um

sich um ein rassistisches theatrales Mittel, beim Zweiten um ein gewaltvolles, aus der Kolonialzeit stammendes Wort, das von *weißen* Theatermacher_innen benutzt wird, um einen gesellschaftlichen Rassismus-Diskurs ›anzuregen‹.

»Aber gerade weil er [N-Wort] provoziert, befördert er auch die wichtige Debatte über vergangenen und gegenwärtigen Rassismus. Wir müssen in unserer künstlerischen Arbeit auch frei sein, schmerzende Wege zu gehen« (Simons 2014).

Die gewaltvolle – euphemistisch als ›schmerzend‹ bezeichnete – Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus wird immer wieder von Künstler_innen of Color kritisiert. Aber diese Kritik wird nicht etwa als konstruktives Moment zur Neuausrichtung und Neugestaltung ästhetischer und damit auch politischer Diskursräume, die dem Theater innewohnen, gedeutet, sondern nur als Angriff auf die Kunstfreiheit. Aus der Verletzung der Würde wird nur ein ›Gefühl‹ konstruiert – eine gefährliche Umdeutung, die die Kritik zu einem individuellen Problem degradiert, das der heiligen ›Kunstfreiheit‹ gegenüber gestellt wird.

»Mag sein, dass davon die Gefühle mancher Afrodeutscher verletzt worden wären. Doch bislang rechtfertigte man dieses Risiko mit der Heiligkeit der Kunstfreiheit« (Heine 2012).

3 Institutioneller und struktureller Rassismus im Theater

Die Frage, die sich bei diesen meist gutgemeinten, aber oft problematischen Ansätzen stellt, ist, wem oder was diese Form der künstlerischen Diskurse etwas bringt: Wer darf mitdiskutieren? Wer darf den Diskurs mitgestalten? Und wer spricht für wen?

Fast am Schluss des Stückes *Urteile* sagt die Schauspielerin Demet Gül: »Ich bin hier nur Gast. Engagiert für die Ausländerrolle. Ich bin schon fast wieder weg.«

Diese Aussage referiert möglicherweise auf die eigene Erfahrung der Schauspielerin, sie lässt sich darüber hinaus aber in die Reihe von

das Gefühl von Verlust, Minderwertigkeit und die Unterwerfung unter *weiße* koloniale Herrschaft zu implementieren.« (Kilomba 2009: o.S.).

Diskriminierungs-Erfahrungen von Theatermacher_innen of Color einreihen. Diese sind in den letzten Jahren vermehrt öffentlich gemacht worden und haben den Diskurs geprägt. Ein prominentes Beispiel ist der Ende 2013 veröffentlichte offene Brief des Schauspielers Murali Perumal, der als Antwort auf den in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Artikel »Offene Türen« (Lutz 2013) entstanden ist. Im SZ-Artikel wurde eine Diskussionsrunde zur Situation von Theatermacher_innen mit Migrationshintergrund in München besprochen. Im Artikel wurde behauptet, dass die »Türen« der Stadt- und Staatstheater »offen stünden« und die »Theatermacher_innen mit Migrationshintergrund« aufgrund ihrer mangelnden künstlerischen Qualität an diesen Häusern nicht beschäftigt seien.

Der Schauspieler Murali Perumal entgegnete in seinem offenen Brief: »In all den Jahren, die ich am Theater erlebt habe, spielen deutsche Schauspieler mit sichtbarem Migrationshintergrund auf unseren hiesigen Bühnen keine Rolle«. Er werde, wenn überhaupt, nur als »Gast(arbeiter) [...] für Ausländerrollen« engagiert oder in

»speziellen Migrantenstücken« auf Neben Bühnen [besetzt], aber eben nicht im Haupthaus, da man das ›Silbermeer‹ im Zuschauerraum nicht ›verstören‹ will. Das Ensemble spiegelt in keinsten Weise unsere Gesellschaft wider und das ist meiner Meinung nach ein Armutszeugnis für die deutschsprachige Theaterwelt. Es ist keine ästhetische Frage [...], sondern eine Haltung zu unserer heutigen durchmischten Gesellschaft, die auf der Bühne nicht existent ist [...]. Es wird Theater von ›Weißen‹ für ›Weiße‹ gemacht.« (Perumal 2013)

Perumals Brief basiert auf persönlichen Erfahrungen, die allerdings für viele Künstler_innen of Color zutreffen. Dass diese Erfahrungen kollektiviert werden müssen, um Beachtung zu finden, ist ein Symptom der strukturell schwachen Position marginalisierter Subjekte im hegemonialen Diskurs. Weiße Künstler_innen befinden sich meist im Einklang mit dominanten Normen und sehen daher keine Notwendigkeit, diese zu thematisieren. So sind es nur die Stimmen von Künstler_innen of Color, die Kritik an ihrer Diskriminierung üben und die sich dabei explizit auf kollektive Identitätszuschreibungen beziehen müssen, um wahrgenommen zu werden (Weiß 2013: 281).

In ihrer Abschlussarbeit am Mozarteum Salzburg hat sich die Regisseurin Julia Wissert mit den Erfahrungen von Schwarzen Schauspieler_innen, Regisseur_innen und Choreograph_innen beschäftigt. So waren die Erfahrungen bei den Vorsprechen immer wieder gleich: »Ich hab dann an der ... vorgesprochen. Bin in die letzte Runde gekommen. Da hat der Schulleiter mir

aber direkt gesagt, dass ich mir dessen bewusst sein muss, dass ich immer die Putzfrau oder die Prostituierte spielen werde« (Wissert 2014: 20). Ähnlich beschreibt es der mittlerweile erfolgreiche Regisseur Nurkan Erpulat, dessen Theaterstück *Verrücktes Blut* dem Ballhaus Naunynstraße 2011 zum Durchbruch in der deutschen Theaterszene verholfen hat, immer wieder in Interviews: »Shakespeare durfte ich nicht machen, das wurde mir an der Hochschule für Schauspielkunst in Berlin nicht zugetraut« (Sevil 2012).

Das läuft ganz automatisch ab, weil das das Weltbild ist. Und das färbt auf eine Fragestellung, auf die Interpretation von Antworten, auf die Formulierung von Antworten, das färbt ab, welchen Spuren ich nachgehe, welche Spuren ich favorisiere, welche Spuren ich eher ausschließe. Das ist das Problem [...] institutioneller Rassismus. (Urteile)

In sehr seltenen Fällen wird von den Leitenden und den Theaterinstitutionen offen ausgesprochen, was ihre Entscheidungen motiviert. Eine der unfreiwilligen, aber sehr deutlichen Motivationsoffenbarungen war der Brief des Schlossparktheaters Berlin, in dem die Verwendung von »Blackface« bei dem Theaterstück *I am not Rappaport* begründet werden sollte:

»Unsere Besetzung des »Schwarzen Amerikaners« mit einem »weißen Schauspieler« folgt einer langen Tradition im deutschsprachigen Raum, die nicht rassistisch ist. Kaum einem Ensemble eines Theaters in Deutschland, Österreich und der Schweiz gehören schwarze Schauspieler an. Allein deswegen, weil das Stückrepertoire der Theater ihnen zu wenige Rollen in einer Spielzeit bieten könnte, die ein Festengagement rechtfertigten.« (Zit. nach Wissert 2014: 51)

Die Antwort zeigt, wie mehrschichtig struktureller und institutioneller Rassismus im Theater verankert ist und wie sich dieser durch solche Ausschlussmechanismen immer wieder selbst stabilisiert. So wird hier behauptet, dass aus »deutschsprachiger Tradition« heraus die Besetzung eines_r weißen Schauspielers_in für eine Schwarze Rolle nicht rassistisch sein kann. Diese Tradition nährt sich daraus, dass es angeblich keine Schwarzen Schauspieler_innen in Deutschland gäbe. Und wenn es Schwarze Schauspieler_innen gäbe, dann gäbe es für diese nicht genug Theaterrollen, denn scheinbar können Schwarze Schauspieler_innen keine weißen Rollen spielen. Weswegen Schwarze Schauspieler_innen nicht in den Ensembles eingestellt werden. Die Argumentation entlarvt die Normsetzungen auf der Bühne, bei denen Nicht-weiße Körper und Subjekte als Abweichung deklariert werden.

Die eigentlich gängige – und sehr verschleiernde – Argumentation ist allerdings die Unterstellung des Fehlens von künstlerischer Qualität. Karin Beier, die Intendantin des Schauspielhauses Hamburg und ehemalige Intendantin des Schauspiels Köln, nutze eine solche Argumentation, um das Scheitern ihres »multiethnischen« Ensembles zu begründen. 2007 hatte sie die Intendanz des Schauspiels Köln mit dem Anspruch angetreten, die Diversität der Stadt Köln in ihrem Schauspielensemble abbilden zu wollen. Das »multiethnische« Ensemble wurde aber nach einer Spielzeit wieder aufgelöst und viele Schauspieler_innen of Color haben ihr (Nicht-)Engagement am Schauspiel Köln kritisiert (Aras/Hart 2011). In einem Interview der Berliner Zeitung wurde Karin Beier gefragt, wie es komme, dass »wenige Schauspieler mit Migrationshintergrund engagiert« werden, worauf sie antwortete: »Wir würden jeden engagieren, den wir gut finden! Aber es gibt da nicht so viele. Das ist ein soziales Problem!« (Pilz 2011) Hier werden zum einen Menschen aus unterschiedlichen ethnischen, sozialen und kulturellen Lebenskontexten zu einer Gruppe – »Menschen mit Migrationshintergrund« – konstruiert und als »Andere« klassifiziert. Ihre Arbeit und ihre Person werden ethnisiert und rassifiziert (Mecheril 2007: 220). Neben den rassistischen Strukturen, die sich in der Konstruktion der »Anderen« zeigen, wird aber auch die klassistische Ausgrenzung deutlich. Denn wenn Karin Beier in ihrer Begründung den »Migrationshintergrund« der Künstler_innen als »soziales Problem« einstuft, bezieht sie sich auf die Verwobenheit von »ästhetischer Qualität« und »Klasse«, die im Sinne von Bourdieu als Geschmack des weißen Bildungsbürgertums an den Stadt- und Staatstheatern als Qualität institutionalisiert ist (vgl. Bourdieu 1982). Die Exklusion ist also in vielfacher Hinsicht strukturell in die Institution Theater verwoben. Diese Diskriminierungsstrukturen existieren nicht nur im Theater, sondern sind symptomatisch für eine immer noch existierende gesellschaftliche Negierung einer gelebten Realität in Deutschland, die von Migration und Diversität geprägt ist. Aber wie können längst gelebte Realitäten auf die Bühne gebracht werden? Durch Widerstands- und Ermächtigungsstrategien von Künstler_innen und Theatermacher_innen, die neue Narrative schaffen, neue ästhetische Ansätze umsetzen und diskriminierungskritische Wege einschlagen.

4 Ermächtigungsräume und Selbstermächtigungsstrukturen

In den letzten Jahren ist durch die Präsenz von Künstler_innen of Color und den von ihnen geschaffenen Orten der Ermächtigung und des Widerstandes eine Verschiebung der Kunst-Diskurse entstanden, sodass beispielsweise Kritik an strukturellem Rassismus und den hegemonialen Verhältnissen auch in den Mainstream-Medien diskutiert wird.

Die Arbeiten von Künstler_innen of Color können als ›sites of resistance‹ gelesen werden – als Widerstands- und Überlebensstrategien.

Das prominenteste Beispiel im Theaterkontext ist das Ballhaus Naunynstraße, das sich aus der Notwendigkeit einer Institutionalisierung und Sichtbarmachung von marginalisierten künstlerischen Positionen entwickelt hat. Mit seiner Gründung durch Shermin Langhoff und ihrem künstlerischen Team im Jahre 2008 wurde für Theatermacher_innen der zweiten und dritten Migrationsgeneration ein theatraler Raum geschaffen, in dem bis dahin überhörte Geschichten über die deutsche Gesellschaft aus der Perspektive von Menschen, »die selbst nicht mehr migriert sind, diesen Migrationshintergrund aber als persönliches Wissen und kollektive Erinnerung mitbringen« (Langhoff 2011: 400), erzählt werden konnten. Das Theater bezeichnet sich selbst als ›postmigrantisches Theater‹, eine Bezeichnung, die bald auch von anderen künstlerischen Bereichen sowie der Wissenschaft aufgegriffen wurde. ›Postmigration‹ ist ein diskurstheoretischer Begriff, der eine Auseinandersetzung mit Migration kritisch und reflexiv ermöglicht (Lornsen 2007: 211). Einerseits soll die homogene und problemfokussierte Diskussion um Migration aufgebrochen werden und andererseits sollen Perspektiven von Menschen mit – eigener oder intergenerativer – Migrationsgeschichte in den Diskurs eingebracht werden, damit ein gemeinsamer Assoziations- und Denkraum eröffnet werden kann. Shermin Langhoff verdeutlicht, dass in der postmigrantischen Kulturpraxis des Ballhauses Naunynstraße nationale Kategorisierungen zurückgewiesen werden: »Das Haus hat sich einer postmigrantischen Positionierung verschrieben, die die Künstler_innen bewusst ›Beyond Belonging‹ nennen« (Nah&Fern 2009: 21). ›Beyond Belonging‹ bedeutet übersetzt ›Jenseits von Zugehörigkeit‹ und kann als eine transnationale Perspektive verstanden werden, in der Theatergeschichten nicht mehr national und regional, sondern translokal verortet werden.

Im Jahr 2013 hat Shermin Langhoff die Intendanz des Maxim-Gorki-Theaters in Berlin übernommen, das es sich nun zur Aufgabe gemacht hat, ein ›Migration Mainstreaming‹ in der gesamten Struktur des Stadttheaters

durchzusetzen. Wagner Carvalho hat die künstlerische Leitung des Ballhaus Naunynstraße übernommen und Schwarze und Afropolitane künstlerische Positionen in den Diskurs des postmigrantischen Theaters eingeführt.

Ein anderer, ebenfalls in Berlin angesiedelter Ort des Empowerments ist das JugendtheaterBüro Berlin, das sich als künstlerischer Betrieb versteht und von Jugendlichen und Mitarbeiter_innen gemeinsam getragen und gestaltet wird. In seinen Grundsätzen orientiert es sich an der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der sechziger und siebziger Jahre. So wurde beispielsweise die eigene Bühne Theater X nach Malcolm X benannt. In der Theaterarbeit werden selbst gewählte, politisch und gesellschaftlich relevante Themen in künstlerische Performances umgesetzt. Die Performer_innen, meist Jugendliche of Color, gestalten aktiv alle Bereiche des Theaterbetriebs mit und übernehmen zunehmend Verantwortung. Beim jährlich stattfindenden, selbstorganisierten Jugendtheaterfestival Festiwalla sind die jugendlichen Künstler_innen für die konzeptionelle, organisatorische und ästhetische Umsetzung zuständig. Bei der Kampagne KulTür auf! nutzen die Jugendlichen die Methodik der ästhetischen Forschung, um Kulturinstitutionen für ihre Diskriminierung produzierenden Strukturen zu kritisieren und eine machtkritische Institutionsöffnung zu erzeugen. Schließlich wurde in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Berlin Spandau der Refugee Club Impulse gegründet. Refugee Club Impulse ist eine Theatergruppe, die sich in ihren künstlerischen Arbeiten mit der Situation von Geflüchteten auseinandersetzt. Im Vordergrund stehen die Ermächtigung und die Stärkung des Selbstbewusstseins der Menschen, deren Leben durch das Asylregime fremdbestimmt wird.

Die Ansätze des postmigrantischen Theaters haben auch auf europäischer Ebene für einen gemeinsamen Diskursraum gesorgt. So gab es von 2011 bis 2013 das Projekt *Europe Now* als Zusammenschluss von Theatermacher_innen of Color und Theaterhäusern mit einer postmigrantischen Ausrichtung. Die Idee hinter dem *Europe Now*-Projekt war die Schaffung einer Plattform, die in Europa verstreute Künstler_innen of Color zusammenbringt. Es wurden gemeinsame Geschichten entwickelt und einem breiteren, europäischen Publikum zugänglich gemacht.

5 Visionen und Strategien diskriminierungskritischer Kunst

Es gibt zwar erst wenige solcher Orte des Empowerments, an denen die Positionen der noch immer marginalisierten Künstler_innen of Color thematisiert und abgebildet werden, jedoch sind diese bereits heute so machtvoll, dass sie in der Theaterlandschaft und darüber hinaus nicht länger ignoriert werden können. Sie schaffen neue und gemeinsame Narrative, um »Erfahrung von Zerstreutheit und Fragmentierung [...] einen imaginären Zusammenhang zu verleihen« (Hall 1994: 28). Aber sollte diese Aufgabe nicht auch von anderen Theaterhäusern übernommen werden? Und: Was können die einzelnen Orte des postmigrantischen Theaters leisten und wo sind auch ihre Grenzen in Bezug auf Ressourcen und Expertise?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Bündnis kritischer Kulturpraktiker_innen, das sich während einer Berliner Konferenz über »niedrigschwellige Kulturvermittlung« in den Kulturinstitutionen aus Protest gegen die auf der Konferenz eingenommenen Perspektiven gründete. Während bei der Konferenz der Fokus auf der Frage lag, wie Gruppen, die bisher kaum Kulturinstitutionen besuchen, an diese herangeführt werden könnten, kritisierte das Bündnis, dass dabei unterlassen wurde, die diskriminierenden Strukturen zu untersuchen, mittels derer die Kulturinstitutionen Ausschlüsse produzieren.

Mit dieser Perspektive steht das Bündnis kritischer Kulturpraktiker_innen »in einer langen Reihe von Kämpfen und Protesten, die versuchen, die bestehende, kulturelle Deutungshoheit aus den Angeln zu heben und zur Disposition zu stellen« (Sharifi/Scheibner 2015).⁴ Es fordert eine institutionelle und personelle Umstrukturierung öffentlich finanzierter Kulturbetriebe und eine damit einhergehende Umverteilung finanzieller Ressourcen, bei der Vertreter_innen marginalisierter Communitys an Entscheidungen beteiligt werden, indem sie auch in den Gremien der staatlichen Kulturförderung mitwirken. Darüber hinaus fordert es eine langfristige Förderung von Räumen, in denen auch jenseits eurozentristischer ästhetischer Traditionen Kunstproduktionen entwickelt werden können. »Um über diskriminierungskritische Kulturproduktion nachzudenken, braucht es Raum zum Denken, zum Verlernen, zum Neu- und Wieder-Erfinden. Raum für Visionen, in dem vor-

4 Dabei beziehen sie sich u.a. auf die Jüdische Gemeinde, die gegen den Antisemitismus des Fassbinder-Stückes *Der Müll, die Stadt und der Tod* im Jahr 1985 protestierte und auf den Protest der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland im Jahre 2003 gegen den rassistischen Sprachgebrauch der Berliner Volksbühne.

nehmlich jene Perspektiven zu Wort kommen, die sonst selten gehört werden, weil ihnen die Relevanz abgesprochen wird. Diskriminierung wirkt nicht nur in eine Richtung, sondern in zahlreiche und das zugleich. Rassismus, Sexismus, Ableismus, Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Religion etc. sind nicht unabhängig voneinander zu denken, sondern in vielfacher Art und Weise miteinander verwoben. Um die tiefgreifenden Verflechtungsformen diskriminierender Strukturen im Kulturbetrieb benennen zu können, muss es also Orte geben, an denen es möglich ist, die verschiedenen Variationen von Ausschlüssen zusammen zu denken« (Sharifi/Scheibner 2015).

Auf der vom Bündnis organisierten Konferenz »Vernetzt Euch! Strategien und Visionen für diskriminierungskritische Kunst« wurde ein Austausch von Selbstorganisationen geschaffen, um exkludierende Mechanismen sichtbar zu machen und abzubauen zu können. Das »aktivistische (Alltags-)Wissen« der teilnehmenden Akteur_innen bildet die Grundlage des gemeinsamen Denk- und Erfindungsprozesses, aus dem gemeinsame Handlungsfelder entstehen sollen, um Strukturen im Kulturbetrieb aufzubrechen und Raum für Neues zu schaffen.

6 Der Blick nach vorn

Was kann also Theater leisten? Oder wie kann sich Theater verändern, um nicht bei der Reproduktion von Diskriminierung stehen zu bleiben?

Theater kann einen Raum schaffen, einen Raum ermöglichen, in dem subalterne Perspektiven und Positionen sichtbar werden. Dabei muss es seine eigenen Strukturen und theatralen Mittel permanent kritisch in Betracht ziehen.

Dem Theaterstück *Urteile* ist es gelungen, das Trauma der rassistischen Gewalt, unter dem subalterne Subjekte in der deutschen Gesellschaft leben, in seiner Mehrdimensionalität abzubilden. Zusätzlich zur Theaterproduktion wurde ein kulturpolitisches Rahmenprogramm am Residenztheater geschaffen, bei dem struktureller und institutioneller Rassismus in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen diskutiert wurde. Es bleibt die Frage, wie der Diskurs im Residenztheater München und in anderen Theaterhäusern weitergeführt wird. Räume und Diskurse können geschaffen, aber auch wieder abgeschafft und abgebrochen werden. Die Notwendigkeit besteht in einer

beständigen und fortwährenden Auseinandersetzung, die sich immer wieder mit den Gegebenheiten auseinandersetzt.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Crenshaw, (1995): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity, Politics, and Violence against Women of Color. in: Kimberlé W. Crenshaw/Kendall Thomas/Neil Gotanda/Garry Peller (Hg.), *Critical Race Theory. The Key Writings that Formed the Movement*, New York: The New Press, S. 357-384.
- Ha, Kien Nghi (2007): People of Color – Koloniale Ambivalenzen und historische Kämpfe. In: Kien Nghi Ha/Nicola Lauré al-Samarai/Sheila Mysorekar (Hg.): *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, Münster: Unrast, S. 31-40.
- Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften* 2, Hamburg.
- Kilomba, Grada (2009): <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59448/das-n-wort> [26.04.2016].
- Mecheril, Paul/Broden, Anne (2007): Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung, in: Paul Mecheril/Anne Broden (Hg.): *Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft*, Düsseldorf: IDA NRW, S. 7-28.
- Nah&Fern (2009): »Theater kann eine Identitätsmaschine sein«, Interview mit Shermin Langhoff, in: Nah&Fern 43, S. 18-23.
- Langhoff, Shermin/Kulaoglu, Tuncay/Kastner, Barbara (2011): *Dialoge I: Migration dichten und deuten. Ein Gespräch zwischen Shermin Langhoff, Tuncay Kulaoglu und Barbara Kastner*. In: Artur Pelka/Stefan Tigges (Hg.): *Das Drama nach dem Drama. Verwandlungen dramatischer Formen in Deutschland seit 1945*, Bielefeld: transcript, S. 309-408.
- Lornsen, Karin (2007): *Transgressive Topographien in der türkisch-deutschen Post-Migranten-Literatur*, Vancouver: University of British Columbia.
- Lutz, Christiane (2013): <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/582406/Offene-Tueren> [26.04.2016].
- Perumal, Murali (2013): https://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=8880:debatte-migranten-an-deutschen-theate

- rn-ein-offener-brief-des-schauspielers-murali-perumal-an-die-sueddeutsche-zeitung&catid=101:debatte&Itemid=84 [26.04.2016].
- Pilz, Dirk (2010): <https://www.berliner-zeitung.de/archiv/karin-beier--dem-naechst-intendantin-am-hamburger-schauspielhaus--ueber-erfolg-und-gutes-theater-man-muss-bestimmte-menschen-meiden,10810590,10780134.html> [26.04.2016].
- Sevil, Canan (2012): https://www.nrw-buehnen.de/buehnen/ensembledetail.php?id_adr=23418&id_user=65016&event_account=35214 [26.04.2016].
- Sharifi, Bahareh/Scheibner, Lisa (2015): <https://mindthetrapberlin.wordpress.com/2015/05/25/paradigmenwechsel-mit-hindernissen-diversitat-in-der-deutschen-kulturlandschaft-eine-bestandsaufnahme/> [26.04.2016].
- Sharifi, Azadeh (2015): Moments of significance – On artists of Color in European Theatre, in: Moslund Sten Pultz/Anne Ring Petersen/Moritz Schramm (Hg.), *The Culture of Migration: politics, aesthetics and histories*, London/New York: Tauris, S. 243-257.
- Simons, Johan (2015): <https://dshgenet.wordpress.com> [26.04.2016].
- Weiß, Anja (2013): *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden: Springer.
- Wissert, Julia (2014): *Schwarz. Macht. Weiß. Eine künstlerische Recherche zur Frage nach strukturellem Rassismus auf deutschsprachigen Bühnen*, Salzburg 2014.

Die Lücke 2.0

Über den Nagelbombenanschlag des sogenannten NSU und das Leben auf der Keupstraße

Stawrula Panagiotaki

Im Mai 2020 kommt im Kupferzug, einer großen Industrie-Probebühne des Schauspiels Köln, eine kleine Gruppe Menschen zusammen: Ismet Büyüç, Ayfer Sentürk Demir und Kutlu Yurtseven. Die drei stehen bereits einige Jahre auf der Bühne, da sie gemeinsam mit Schauspieler*innen des Ensembles Teil der Ursprungsbesetzung des Theaterstücks *Die Lücke* sind. Die Inszenierung des Regisseurs und Autors Nuran David Calis aus dem Jahr 2014 widmet sich dem zehn Jahre zuvor stattgefundenen Nagelbombenanschlag auf der Keupstraße, bei dem 22 Menschen teilweise schwer verletzt wurden. Nun sind sie erneut in einer improvisiert eingerichteten Tonkabine auf der Probebühne zusammengekommen. Die Gespräche über Rassismus und das Leben in Deutschland werden nahtlos weitergeführt, als ob keine Zeit vergangen ist.

Nach den Ereignissen von Hanau, Halle und Kassel plant das Schauspiel Köln ursprünglich die Inszenierung *Die Lücke* umzuarbeiten und erneut zu zeigen. Wegen der Pandemie muss dieser Plan auf Eis gelegt werden. Doch die Themen drängen und die Auseinandersetzung ist unausweichlich. So entsteht ein Hörstück, bei dem sich Teile der ursprünglichen Inszenierung mit einer aktuellen Befragung mischen: Ayfer, Ismet und Kutlu beschreiben den Tag des Nagelbomben-Anschlags auf der Keupstraße; sie schildern, wie bis zur Selbstenttarnung des sogenannten NSU im Jahr 2011 sieben Jahre lang Opfer und Angehörige des Anschlages als potenzielle Täter*innen stigmatisiert werden, sprechen über das noch nicht realisierte Mahnmal in der Keupstraße und über Rassismus-Erfahrungen in Deutschland. Das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat ist nach wie vor erschüttert, in einer Notsituation die Polizei zu rufen unvorstellbar – »wir sind uns selbst überlassen«, sagt Ayfer Sentürk Demir. Nach den rassistischen Morden der jüngsten Zeit und dem

steten Bekanntwerden weiterer rechter Netzwerke mit Involvierung der Bundeswehr, Verfassungsschutz und Polizei wird dieser Eindruck immer stärker.

Als das Schauspiel Köln 2013 aufgrund der Theatersanierung in die Interimsspielstätte nach Mülheim zieht, gilt es sich in der neuen Umgebung einzufinden. Die unmittelbare Nähe zur Keupstraße legt die künstlerische Auseinandersetzung mit den Morden des sog. NSU nah. Mit der ursprünglichen Inszenierung *Die Lücke* des Regisseurs Nuran David Calis und des Dramaturgen Thomas Laue entsteht ein wichtiger, dokumentarisch-zeitgeschichtlicher Beitrag des städtischen Theaters, der die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund rückt und gemeinsam mit den Ensemble-Schauspieler*innen einen Ort für Begegnung stiftet, in dem Erfahrungen ausgetauscht und unterschiedliche Standpunkte verhandelt werden. Die Inszenierung ebnet den Weg für die an drei aufeinander folgenden Jahren stattfindende viel beachtete und besuchte Kundgebung *Birlikte – Zusammenstehen* sowie das *Tribunal NSU Komplex auflösen* im Jahr 2017. Die Debatte um ein Mahnmal für den Anschlag auf der Keupstraße geht derweil weiter.

Die Erinnerung, aber vor allem die Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus und dessen Symptomen muss in unserer Gesellschaft aktiv vorangetrieben werden. Kulturinstitutionen haben die Räume, die Öffentlichkeit und die Subventionen für die Sichtbarmachung und Involvierung von Betroffenen, um damit Gehör zu verschaffen für die Belange und Positionen abseits der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Darüber, welchen Stimmen und Positionen auf der Bühne Raum gegeben werden und für welches Publikum Theater produziert wird, darüber müssen wir uns dringend verständigen, um ein aus der Vergangenheit lernendes und zukunftsweisendes Theater zu gestalten: »Denn wie wir als Individuen und Kollektive uns erinnern, hängt davon ab, wo wir uns heute sehen und welches Morgen wir anstreben.« (Fatima El-Tayeb)

Im Herbst 2021 wird die Fortsetzung *Die Lücke 2.0* als Teil der bundesweiten Initiative *Kein Schlussstrich!* auf der Bühne zu sehen sein.

Stawrula Panagiotaki, Dramaturgin am Schauspiel Köln

Deutschland ist Tatort

Gedenken der NSU-Opfer im öffentlichen Raum

Franziska Kreuzpaintner

Über Denk- und Mahnmale im öffentlichen Raum zu schreiben, die in Gedenken an die Opfer des NSU erbaut und konzipiert wurden, gestaltet sich schwierig: einerseits, weil die Verbrechen derart grausam sind, dass sie sich doch eigentlich jeglicher Darstellbarkeit entziehen; andererseits, weil die Informationslage so unvollständig und unübersichtlich ist, dass oftmals unklar bleibt, ob Erbautes von offizieller oder inoffizieller Seite stammt – ob also der Mut da war, sich der eigenen Verantwortung gegenüber Stadt und Bürger*innen, vor allem aber gegenüber den Hinterbliebenen zu stellen. Aus alldem ergibt sich, was vorliegender Text in erster Linie ist: eine Bestandsaufnahme, deren Vollständigkeit nicht garantiert und hoffentlich noch nicht erreicht ist. Dargestellt werden bereits existierende künstlerische wie architektonische Projekte. Und was durchscheint, ist der Wunsch nach mehr und mutiger Aufarbeitung. Dabei werden die weitreichenden und hitzigen Debatten, die von leisen Zweifeln an der angemessenen Umsetzung bis hin zu rassistischen und gewaltvollen Kommentaren reichen, nicht wiedergegeben. Mehrmals wurde jenen Denk- und Mahnmalen eher wenig Aufmerksamkeit geschenkt, was sich etwa in fehlerhaften Opferangaben niederschlug; auch wurden sie bereits oft Ziele rechter Anschläge, sie wurden beschmiert und beschädigt. Viel häufiger jedoch werden sie als das wahrgenommen, was sie sind: Beweis dessen, wozu Rassismus fähig macht, und Würdigung derjenigen, die dem zum Opfer gefallen sind.

Nie wieder! – ein wiederkehrendes Memento

Der Ausruf *Nie wieder!* ist Mahnung und Ermahnung zugleich. Ebendiese zwei Worte finden, wie die jüngste Geschichte zeigt, oftmals gerade dann Verwen-

dung, wenn sich eine demokratische Gesellschaft derart grauenvoller Taten gegenüberstellt, dass weder Tragweite noch vermeintlicher Sinn greifbar, geschweige denn vorstellbar scheinen. Sie sind gängige Maxime etwa, wenn die Verbrechen durch die Nationalsozialist*innen im »Dritten Reich« angeklagt werden. Und elf Jahre nach der Ermordung des Nürnberger Blumenhändlers Enver Şimşek werden sie wiederholt, um des mutmaßlich ersten Todesopfers und der neun weiteren, die durch den NSU erschossen wurden, zu gedenken. Beinahe intuitiv ruft der Umgang mit derartigen Grausamkeiten, die aus derselben Erfindung heraus geboren wurden, Menschen könnten unterteilt werden in »Rassen«, den gleichen Wortschatz auf, sicherlich die immer gleiche Hoffnung und womöglich auch die trotz allem Gutglauben festsitzende Furcht vor dem, was kommen könnte.

Um ein Zeichen nach außen zu setzen, dass es nicht bloß in der individuellen Verantwortung, sondern besonders in der gesellschaftlichen liegt, dass sich Derartiges nicht wiederholt, haben sich die sieben »Tatortstädte« Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund, Kassel und Heilbronn zusammengetan: Unter dem Memento *Nie wieder!* einigten sich die Oberbürgermeister*innen sowie der Innensenator der Hansestadt im April 2012 darauf, Gedenktafeln mit identischer Inschrift aufzustellen bzw. anzubringen:

»Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!«

Trotz des begrüßenswerten Bemühens, die Opfer durch Nennung ihrer Namen und Sterbedaten aus der Anonymität zu holen und so auch die Schicksale der Hinterbliebenen greifbar zu machen, ist besonders die Entscheidung zu kritisieren, den Begriff »Rassismus« auszulassen, und jenen somit nicht explizit genug anzuklagen. Was obendrein dadurch verstärkt wird, dass man die Opfer selbst als »anders« und nicht als selbstverständlichen Teil der Gemeinschaft markiert, indem man ihren Wohnort als »neue Heimat« und sie, mit antiquiertem Pathos, als »Mitbürger« betitelt, wenngleich jene Menschen bereits über Jahrzehnte hinweg in Deutschland lebten. –

Mit einer Ausnahme haben die genannten Städte um ebendiese Worte herum Konzepte für Denk- und Mahnmale entwickelt, die schließlich über einen Zeitraum von 2012 bis 2020 umgesetzt wurden. Allein Rostock hat eine

andere Inschrift für sein im Jahr 2014 errichtetes *Mahnmal für Mehmet Turgut* gewählt: Nach den Plänen des Leipziger Künstlers David Albert wurden genau dort, wo Turgut als Verkäufer in einem Imbiss gearbeitet hatte und erschossen wurde, im Beisein seiner Familienmitglieder zwei sich gegenüberstehende, dabei jedoch stark versetzte Betonbänke mit folgenden eingravierten Zeilen in Deutsch sowie Türkisch aufgestellt: »Im Gedenken an Mehmet Turgut, der hier am 25. Februar 2004 dem menschenverachtenden, rechtsextremistischen Terror einer bundesweiten Mordserie zum Opfer gefallen ist.«

Abb. 1: *Mahnmal für Mehmet Turgut*



© Erik Groß. Mit freundlicher Genehmigung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Vorangestellt ist ein Auszug aus dem ersten Artikel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (AEdM) der UN. Grund zur Diskussion bietet besonders der unspezifische Begriff »Mordserie«, der, wenngleich die ultrarechte Motivation des NSU umrissen wurde, außer Acht lässt, dass es vor allem darum ging, systematisch Angst unter nicht-weißen Menschen zu schüren und dies durch bisweilen aktive Hilfe von außen getragen wurde. Dem künstlerischen Konzept Alberts, einen Ort der Begegnung zu schaffen, der trotz Distanz zum gegenseitigen Annähern führen kann, tut dies jedoch nicht zwingend Abbruch. Denn tatsächlich ist denkbar, dass Passant*innen im Stadtteil Toitenwinkel im Neudierkower Weg ins Gespräch darüber kommen, was

geschehen ist. Allerdings ist zu fragen, ob nicht mutiger gegen rechten Terror mobil gemacht werden müsste – in einer Stadt, in der die Triebkraft von Rassismus sich bereits knapp zehn Jahre vor Turguts Erschießung bei den Angriffen im Ortsteil Lichtenhagen gezeigt hat und die damit im innerdeutschen Gedächtnis festsetzt. Das ist ein Problem, so wird sich im Folgenden zeigen, das, mal mehr mal weniger, auch bei den anderen sechs ›Tatortstädten‹ greift, von denen die meisten aufgrund ihrer eng mit dem NS verwobenen Geschichte eine besondere Verantwortung tragen.

In München, wo der hochemotionale »NSU-Prozess« von 2013 bis zur Urteilsverkündung 2018 geführt wurde – was den Seitenhieb der Inschrift auf das Versagen der Justiz dort noch einmal anders treffen lässt –, wurden im November 2013 zwei quadratische Gedenktafeln aus Stein an den Hauswänden der Tatorte montiert. Die beiden ca. 50 auf 50 cm großen Tafeln erinnern in der Bad-Schachener-Straße in Ramersdorf sowie in der Trappentreustraße im Bezirk Schwanthalerhöhe an Habil Kılıç und Theodor Boulgarides, die je in den familieneigenen Betrieben ermordet wurden. Die Gedenktafeln sind unscheinbar gestaltet, mit schmalen Lettern in Weiß auf grauem Grund; dennoch wurde sich dafür entschieden, die Namen der zwei Münchner durch Fettdruck abzuheben und damit den Ort des Geschehens, also auch dessen Rolle im NSU-Terror kenntlich zu machen. Die beiden marmornen Tafeln werden so eher zu Grab- und Gedenksteinen als zu Denkmälern, was jedoch angesichts der Brutalität des Geschehenen durchaus gewünscht gewesen ist. Leicht können die Tafeln übersehen werden. Werden sie allerdings als das wahrgenommen, was sie sind – ein direkter Fingerzeig darauf, wie nah an der eigenen Lebensrealität die NSU-Morde trafen –, dann können sie das Geschehene in den Alltag der Menschen (zurück-)holen und mit Vergangenheit und Verantwortung konfrontieren. Wahrscheinlicher aber ist, dass jene Orte von denjenigen aufgesucht werden, die bereits um das Geschehene wissen. Und dennoch werden sie begrüßt von Kılıçs und Boulgarides' Familienmitgliedern, die, nach langem Ringen um einen Gedenkort, nunmehr auf breites Erinnern hoffen.

Mehr Raum, weil abseits der Tatorte und somit ›ausgelagert‹, bietet demgegenüber die nur wenige Monate zuvor eingeweihte Informations- und Gedenkstele in Nürnberg, gefertigt vom Bildhauer Christof Popp. Sie ist knapp 2,5 m hoch und wurde, in Abstimmung mit den Opfer-Angehörigen, ähnlich der anderen Metalltafeln gestaltet, die an verschiedenen Gedenkortern der Stadt zu finden sind.

Abb. 2: Gedenkstele Nürnberg



© Stadt Nürnberg

Flankiert wird die Stele von vier Ginkgo-Bäumen am Kartäusertor, womit sie sich nahe der *Straße der Menschenrechte* befindet. Die *Straße der Menschenrechte* ist eine weitreichende architektonische Skulptur, die rund um die Erweiterung des Germanischen Nationalmuseums 1993 erbaut wurde. Durchschreitet man das durch weißen Sichtbeton geschlagene Eingangstor, kann man auch hier auf 27 Rundpfeilern Auszüge aus der *AE dM* auf je Deutsch und einer anderen Sprache lesen, darunter Jiddisch und Türkisch. Laut Nürnberger Menschenrechtsbüro soll die Skulptur des israelischen Künstlers Da-

ni Karavan die Verbrechen des NS im Zweiten Weltkrieg wachhalten. Eine Gedenkstätte für die Opfer des NSU, der unmittelbaren Konsequenz Nazi-deutschlands, dieser Skulptur an die Seite zu stellen, erscheint strukturell sinnvoll: als Betonung demokratischer Werte angesichts »undemokratischer« Ideologien. Anders als der skulpturale Bereich funktionieren die inoffiziellen Mahnungen, die in Form von Tafeln und einer Bodenplakette an den Tator-ten zu finden sind: In der Liegnitzer Straße und in der Gyulaer Straße, wo Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru tödlich verwundet wurden, sind dies deren Porträts mit Sterbedatum und dem Hinweis »von Nazis ermordet. Kein Vergeben, kein Vergessen« sowie ein einfaches Schild mit Şimşeks Namen und Bibelzitat; letzteres wurde aufgestellt durch einen sich aus an-liegenden Gemeinden bildenden ökumenischen Kreis. In der Scharrerstraße haben Kinder aus dem Stadtteil gemeinsam mit der Künstlerin Manuela Dilly eine Gedenkplakette, ähnlich eines Stolpersteins, in den Boden eingelassen, um die Erinnerung an den dort im Jahr 2005 ermordeten Ismail Yaşar zu be-wahren. Sie alle markieren die auf den ersten Blick alltäglich wirkenden Orte als das, was sie heute sind: Schauplätze und Beweis dessen, wozu Rassismus fähig macht. Auch deshalb plant die Stadt Nürnberg, alle Tatorte ferner durch offizielle Gedenkstelen zu kennzeichnen. Bis dahin aber bleibt ein Ort der Ru-he – mit einem Baum, der als eine der ältesten Pflanzen der Welt vor allem in Japan als Symbol der Hoffnung, des Lebens und der Beständigkeit gilt und der damit eher in weiterem Sinne mit den NSU-Opfern in Verbindung ge-bracht werden kann, auch wenn den Bäumen je ein Auszug aus der *AEdM* zur Seite gestellt ist. Drei der Bäume sollen die Nürnberger Opfer symbolisieren, der vierte stehe für alle Opfer rechter Gewalt. Idee war, das NSU-Denkmal der Stadt mit der in 2007 begonnenen Sozialen Skulptur *Bäume für die Menschen-rechte* zu verknüpfen, in deren Zuge schon rund 80 dieser Bäume gepflanzt wurden.

Ähnlich verhält es sich in Dortmund. Hier wurde im Jahr 2013 angesichts der Ermordung von Mehmet Kubaşık 2006 eine zwei Meter hohe Gedenk-stele aufgestellt, die durch ein im Boden eingelassenes Lichtband mit einem zehn Meter langen Bastaltstrahl verbunden ist. Während die eine Seite der Stele Angaben zu den NSU-Opfern trägt, zeigt die andere, wem die Installa-tion gewidmet ist: Sie ist »Gedenkstätte für die Opfer rechtsextremer Gewalt« und damit tragischer Endpunkt dessen, worauf der Basaltstrahl mit dem *Nie wieder!* obenauf verweist. Expliziter noch als in Nürnberg wird durch die Plä-ne u.a. von Bildhauerin Dorothee Bielfeld sowie von Stadtplanerin Christa Reicher, die mit Kubaşıks Angehörigen zusammengearbeitet haben sollen,

die gewaltvolle Konsequenz ultrarechter Ideologien dargestellt; wie ein Blitz schlagen sie ein.

Abb. 3: Gedenkstele Dortmund



© Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund

Und doch ist die Fläche umgeben von Sitzbänken und Platanen. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe des Auslandsinstituts sowie des ehemaligen Gefängnisses *Steinwache*, das SS und Gestapo ab 1933 als Folterkammer und Durchgangsstation zum Weitertransport in Konzentrationslager diente. Ruhe und Besinnung angesichts ungreifbaren Terrors. – Vergleichbar, wenn auch anders gestaltet, funktioniert Gedenken an jener Stelle in der Mallinckrodtstraße, an der Kubaşık Kiosk stand, in dem er erschossen wurde: Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord ließ im November 2019 den durch die Mallinckrodt-, die Münster- und die Kleine Burgholzstraße eingefassten Platz nach Kubaşık benennen; und sie setzte am Tatort eine ca. 50 auf 50 cm große Gedenktafel mit abgeschrägter Plinthe auf den durch andersartige Pflasterung markierten Boden. Der dadurch deutlich sichtbare Platz verbindet Mahn-, Gedenk und Ruhestätte.

Der Dortmunder *Mehmet-Kubaşık-Platz*, dessen Beschilderung mit dem ungeschönten Hinweis »Ermordet durch Neonazis« versehen ist, ist eine der wenigen Ausnahmen rund um den NSU-Terror – wenngleich (Um-)Widmungen eine gängige Form des Gedenkens darstellen. Vornehmlich sollen, so offizieller Tenor, rechte »Wallfahrtsorte« verhindert werden. In Kassel aber,

wo nur zwei Tage nach Mehmet Kubaşık Halit Yozgat in seinem Internetcafé erschossen wurde, wurde 2012 eine 500 qm große Fläche nahe von Hauptfriedhof und Tatort in der Holländischen Straße in *Halit-Platz* umbenannt. Auf diesem steht heute eine ca. 1,20 m hohe Stele mit kupferner Gedenktafel.

Abb. 4: Gedenktafel Kassel



© Friedrich Burschel

Ursprünglich war geplant, angestoßen durch den Vater des Opfers Ismail Yozgat, die Holländische Straße umzuwidmen, und nicht den zuvor namenlosen Platz. Das stieß auf massiven Gegenwind vonseiten Kasseler Mitbürger*innen. Dennoch versteht Ismail Yozgat die letztendliche Umwidmung als wichtigen Schritt in Richtung gemeinsamen Gedenkens. Hierzu lädt der *Halit-Platz* mit teils begrüntem Gelände durchaus ein.

Einen ähnlichen Kompromiss mussten die Hinterbliebenen des Gemüsehändlers Süleyman Taşköprü eingehen. Er wurde 2001 im Hamburger Stadtteil Behrenfeld ermordet. Anders als geplant, wurde im Jahr 2014 nicht die eigentliche Straße des Geschehens umbenannt, sondern ein 300 m langes Teilstück der nah am Tatort gelegenen Kohlentwiete: dort befindet sich heute die *Tasköprüstraße*. Am Tatort selbst findet sich seit demselben Jahr ein auf Plänen von Steinmetz Bert Ulrich Beppler basierendes Ensemble aus zwei unbearbeitet anmutenden organischen Steinblöcken von knapp einem Meter Höhe; mit einer Tafel zum beschlossenen *Nie Wieder!* sowie einer mit Namen, Sterbedatum und -ort der NSU-Opfer obenauf. Zusätzlich ist ein Porträt Taşköprüs mit Lebensdaten, inmitten eines gleichzackigen roten Sterns, in den Boden eingelassen. Auch wenn die Steine mehr Wirkung entfaltet und mehr Passant*innen abgefangen hätten, wären sie exponierter und nicht derart nah an einer halbhohen Mauer aufgestellt worden, so schaffen es die drei zwar auf den ersten Blick eher bescheiden anmutenden Tafeln doch, durch ihre differierenden Aussagen zumindest den Ansatz der Tragweite des Geschehenen nahezubringen. Steht man zentral vor dem Steinpaar, was die Bodenplatte durchaus vorgibt, wandert die Blickrichtung von den zehn Namen über das Memento hin zum Bild Taşköprüs'. Das lässt zu, zunächst der Verstorbenen zu gedenken, anschließend die Ungerechtigkeit ihres Todes zu erfassen und zuletzt die Greifbarkeit eines solchen Verlusts zu spüren.

An die Polizistin Michèle Kiese Wetter, das vermeintlich letzte NSU-Mordopfer, erinnert seit 2012 eine Gedenktafel in Sichtweite des Tatorts auf der Theresienwiese in Heilbronn. Bereits im Anschlagsjahr 2007, und damit im Gegensatz zu den anderen Opfern, deren Ehrung Jahre auf sich warten ließ, wurde dort ein Mahnmal für den sogenannten »Polizistenmord« aufgestellt, dem beinahe auch Kiese Weters Kollege Martin Arnold zum Opfer gefallen wäre. Dieses wurde, nachdem es mehrmals demoliert und beinahe gänzlich zerstört wurde, durch die an eine übergroße Buchstütze erinnernde, ca. zwei Meter hohe Tafel in mattem Gold ersetzt. Sie steht unter einem Baumdach, umgeben von Pflanzen-, Blumentöpfen und Rindenmulch. Dies lässt die Gedenkstätte deutlich mit einer Grabstätte assoziieren. Kiese Weters Name ist von den anderen hervorgehoben und um die Berufsbezeichnung »Polizeimeisterin« erweitert worden. Weniger die Wut auf rechten Terror bzw. die Verzweiflung angesichts dessen scheint bei der Konzeption der Tafel bestimmend gewesen zu sein. Vielmehr wird hier individueller wie gesamtgesellschaftlicher Stolz um eine Person bekundet, die brutal aus dem Leben gerissen wurde – ähnlich eines Krieger- oder Gefallenendenkmals.

Abb. 5: Gedenktafel Hamburg



© Friedrich Burschel

Die Pflicht nach bundesweitem Erinnern

War bisher die Rede von ›Tatortstadt‹, waren damit solche gemeint, in denen der NSU unmittelbar mordete; doch die Gewalttaten der Terrorzelle reichen noch weit darüber hinaus. Und auch zu anderen deutschen Orten gibt es starke Verbindungen, die bereits fest im bundesweiten Gedächtnis verankert sind. Manche dieser Städte haben ihre eigene Verantwortung erkannt und Denkmalsprojekte erarbeitet; andere, etwa Chemnitz, wo Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt immerhin von 1998 bis 2000 lebten und sich radikalisierten, sind ihrer (gesellschaftlichen) Pflicht noch nicht nachgekommen.

Abb. 6: Gedenktafel Heilbronn



© Friedrich Burschel

An bereits bekannte Konzepte knüpfte das sächsische Zwickau an, das dem Trio bis zu ihrer ›Aufdeckung‹ Unterschlupf und Wohnort war: Mit enormer Zeitverzögerung wurden 2019 zehn noch junge Bäume, darunter Eiche, Ahorn und Blutbuche, in einer der repräsentativsten Gartenanlagen der Stadt, dem Schwanenteichpark, gepflanzt. Ein jeder Baum wird begleitet von einer Gedenkplakette, die je Namen, Lebens- und Todesumstände eines der NSU-Opfer nennt. Noch wirken die schmalen Stämme ein wenig verloren und auch die knapp 25 auf 25 cm großen Tafeln können, weil ebenerdig, leicht ungesehen bleiben. Dadurch scheint bis dato in erster Linie die durch die Morde entstandene Leerstelle vor allem im Leben der Betroffenen gekennzeichnet. Stellt man sich jedoch die Bäume ausgewachsen vor, erscheint

vor dem inneren Auge eine Lichtung, die eindrucksvoller Gedenkort und Refugium sein kann

Abb. 7: Gedenkort Zwickau



© Stadt Zwickau

Kurz nach Einweihung des Gedenkorts wurde, im Zuge des neunten Jahrestags der ›Selbstenttarnung‹ 2020, ein weiterer eingerichtet: Die hiesige anonyme Künstlergruppe *Sternendekorateure* schuf zehn Sitzbänke in knallbunten Farben, darunter Pink, Gelb und Grün, mit naiv anmutender Beschriftung. Heute stehen sie installiert auf dem Zwickauer Robert-Schumann-Platz, nachdem sie seit ihrer Konstruktion im Jahr 2016 durch Deutschland gereist waren. Dabei tragen die Bänke – ihrer Form nach gängiges Gartenmobiliar – jeweils einen Opfernamen sowie emotionalisierende Ich-Botschaften, darunter »Ich war aktive Sportlerin ...« oder »Kurz bevor ich starb, hielt mich mein Vater noch in seinen Armen.« Den Opfern sollte eine Stimme gegeben werden. Doch vermag der Widerspruch aus lebensbejahenden Farben, erschütterndem Leid und der Möglichkeit, *auf* diesen Worten Platz zu nehmen, durchaus zu irritieren. Womöglich aber wird manchen Passant*innen so die unmenschliche Grausamkeit des NSU spürbar nahegebracht.

Ebenfalls lange nachdem die NSU-Gräuel offenkundig wurden, setzte sich Jena, Geburtsort des Trios und des NSU, mit dem unfreiwilligen Erbe auseinander. An die Mordserie erinnert einerseits im Stadtteil Winzerla seit

September 2020 der *Enver-Şimşek-Platz*, an dessen Einweihung u.a. der Sohn des Opfers teilgenommen hat, sowie andererseits ein von vielen Fußgänger*innen passiertes Mahnmal aus Holz in der Johannisstraße, aufgestellt von und vor der JG Stadtmitte, einer Gruppe aus antifaschistischen jungen Aktivist*innen aus der evangelischen Gemeinde.

Abb. 8: Mahnmal JG-Stadtmitte, Jena



© JenaKultur

Allerdings hat sich Jena seiner Verantwortung noch nicht in angemessenem Maße gestellt, wie die Stadt selbstkritisch einräumt und nunmehr im ›Jubiläumsjahr‹ 2021 u.a. durch die Konzeption einer Mahn- und Gedenkstätte nachzuholen bemüht ist. So widmet sich der Botho-Graef-Kunstpreis für zeitgenössische bildende Kunst dem NSU. Der Wettbewerb lässt hoffen, da das letzte Siegerprojekt, die *Erkundungsbohrungen* des Künstlerduos Horst Heisel und Andreas Knitz, ein mutiges, unkonventionelles dezentrales Denkmal mit disruptivem Potenzial war. Es fokussierte im Jahr 2020 die Sichtbarmachung ausgelöschten jüdischen Lebens und Schaffens durch die Nazis am Beispiel von Eduard Rosenthal.

Der beständige Wunsch nach Verantwortung

Die seit Jahren andauernde hitzige Debatte in Köln zeugt davon, dass die Auseinandersetzung mit rechten Strukturen über bekannte Formen im öffentlichen Raum hinausgehen kann und sollte. Dort wurden 2001 und 2004 zwei Bombenanschläge durch den NSU verübt: In einem Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse erlitt die Tochter des Ladenbesitzers, Mashia Malayeri, schwere Verletzungen, weil eine als Christstollendose getarnte Bombe in ihren Händen detoniert war. Drei Jahre später, in der Keupstraße, platzierten Bönnhardt und Mundlos ein Fahrrad mit Nagelbombe vor dem Friseursalon von Özcan Yildirim. Bei der Explosion wurden 22 Menschen lebensbedrohlich verletzt. Genau dort, Ecke Keupstraße und Schanzenstraße, parallel zum Salon, ist seit Wettbewerbsauslobung durch die Stadtverwaltung im Jahr 2016 geplant, eine Betonplatte mit Grundriss des Salons zu errichten. Der multimediale Preisträgerentwurf des Berliner Künstlers Ulf Aminde sieht einen interaktiven Mahn- und Begegnungsort vor, der mittels App ausgehend von der 6 x 24 m großen Grundfläche unendlich hohe Mauern entstehen lässt. Diese bestehen aus digitalem Infomaterial, das von allen mitgestaltet werden kann. So entsteht eine sich ständig modernisierende Gedenkstätte, die unbegrenzt zugänglich ist, jedoch nicht sein muss. Denn die steinerne Fläche ist ausdrücklich konzipiert, um auch öffentlicher Platz für soziales Miteinander, um Tanzfläche oder Skaterplatz zu sein, wie es vonseiten der Initiative *Herkesin Meydanı – Platz für Alle* heißt. Seit Dezember 2020 scheint die teils unerbittliche Diskussion ein Ende gefunden zu haben: Hatte sich die Investor*innengruppe, der die fürs Projekt gewünschte Baufläche gehört, aus kapitalorientierten Interessen bisher geweigert, jene abzutreten, kann die Fläche nun von der Stadt für das Bauvorhaben gekauft werden. Schnell und in regem Austausch mit Betroffenen und Anwohner*innen soll das Projekt umgesetzt werden – zur, wie es heißt, großen Freude der Kölner*innen.

Gerade die letztgenannten Beispiele unterstreichen, dass angemessene Teilnahme u.a. durch repräsentative Denk- und Mahnmale, auch Jahre später noch im öffentlichen Interesse liegt. Ein Beweis hierfür ist das mit zwei auf vier Metern großformatige Relief des Jenaer Künstlers Sebastian Jung. Es fußt auf seinen während des NSU-Prozesses im Gerichtssaal gezeichneten Skizzen und wurde 2020 an der Fassade des Münchner Strafjustizzentrums angebracht.

Als temporärer Fingerzeig, weil Teil einer Ausstellung des *NS-Dokumentationszentrums*, sollte das Relief, das schemenhaft einen Gerichtssaal und lee-

Abb. 9: Relief zum NSU-Prozess am Oberlandesgericht in München von Sebastian Jung



© Orla Connolly

ren Zeug*innenstand zeigt, die als unzureichend empfundene Auseinandersetzung Münchens in Form alleinstehender Gedenktafeln anklagen. Jung ging es ferner um die Undarstellbarkeit dieser grausamen Verbrechen, die den Städten, so legen zumindest viele der bereits existierenden Gedenkstätten rund um den NSU und die schleppenden Prozesse nahe, eine explizite und mutige Auseinandersetzung, auch mit der eigenen (Mit-)Verantwortung, erschwert.

Die Schwierigkeit, Rassismus zu erinnern

Zwickau, Chemnitz, Jena und der NSU-Komplex

Maria Alexopoulou

»Aber das Erinnern ist eine Störung, denn es erinnert nicht nur an die Tat, sondern auch an die fortdauernde Präsenz rassistischer und antisemitischer Gewalt und ihrer institutionellen Verankerung. Es ist ein Akt der Aneignung von Geschichtsschreibung.« (Perinelli 2018)

Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft

Was bedeutet ›Erinnerungskultur‹ in der inzwischen bekennenden Einwanderungsgesellschaft Deutschland? Das ist momentan ein sehr heiß diskutiertes Thema. Nachdem es in den letzten 20 Jahren darum ging, Migration überhaupt in die Geschichtspolitik und das historische Bewusstsein der mittlerweile herkunftsheterogenen Gesellschaft auch im Sinne eines neuen »Wir« – und damit einer veränderten »Identitätsgeschichte« – aufzunehmen, fokussieren die Debatten heute auf die eigentliche Substanz der spezifisch deutschen Konzeption ›Erinnerungskultur‹. Welche Rolle kann darin Rassismus jenseits des Holocausts spielen?

Seit dem Kaiserreich haben sich aufgrund »endemischer« Rassialisierungspraktiken, die sich etwa auch vor und nach dem Dritten Reich gegen Jüd*innen richteten, im Gefolge der deutschen kolonialen Gewalt- und Expansionspolitiken in Übersee und im Osten Europas und im Kontext von Migrationen nach Deutschland mehrere, zum Teil inzwischen unsichtbare und sich überlagernde Schichten von Rassismuserfahrungen verschiedenster Betroffenengruppen aufgetürmt, die heute nach Gedenkort, Gedenkzeichen und Räumen der Auseinandersetzung suchen. Eine neue Generation von (Post)Migrant*innen, BiPoCs, Sinti*zze und Romn*ja, Jüd*innen sowie solidarische Nicht-Betroffene nehmen diese Räume zunehmend in Eigenre-

gie ein. Es sind jedoch weiterhin prekäre Erinnerungsorte, etwa das *Mahnmal in Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt* am Oranienplatz in Berlin, das von Unbekannten errichtet und für dessen Erhalt sich die Initiative #WoIstUnserDenkmal gegenüber der Bezirksverwaltung einsetzt.¹ Eine Plakette zum Gedenken an Hanau, die Stuttgart gegen Rechts auf eigene Faust an das Stuttgarter Rathaus angebracht hatte, ließ die Stadtverwaltung aus »Gründen der Gleichbehandlung« dagegen relativ rasch entfernen.²

Derartige Erinnerungsorte sind aber auch insofern prekär, als dass sie selbst Gegenstand rassistischen Terrors werden, wie die Hanauer Plakette in Stuttgart, die mit schwarzer Farbe beschmiert wurde, bevor sie die Stadt abnahm.³ Auch die dürre deutsche Eiche, die die Stadt Zwickau im September 2019 für das erste bekannte Mordopfer des NSU, Enver Şimşek, in einem Park pflanzen ließ, wurde einen Monat später abgehackt⁴, eine als Ersatz aufgestellte Bank wurde zwei Tage später zerstört⁵. Diese Prekarität teilen die eigenorganisierten wie auch die offiziell eingerichteten Gedenkort an Rassismus mit den Holocaust-Gedenkstätten sowie den sichtbaren Orten jüdischer Präsenz in Deutschland, die seit jeher Angriffe erfahren.

Doch auch die »Mitte der Gesellschaft« hat Orte des Gedenkens an Rassismus immer auch als Störung empfunden und ist gegen sie vorgegangen wie unzählige Beispiele zeigen: So etwa im Jahr 1982, als in Mannheim-Sandhofen

- 1 So in der Veranstaltung des Nachbarschaftshauses Urbanstraße e.V. und xart splitta e.V.: *Umkämpfte Erinnerungen – Erinnerungskultur in einer Migrationsgesellschaft* am 23. März 2021: https://www.nachbarschaftshaus.de/arbeitsbereiche/aktuell/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=367&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=8f9fo22d84ed3217f553291e1de25a8d, das Video der Veranstaltung findet sich hier: <https://vimeo.com/530872853>, die Initiative #WoIstUnserDenkmal hier: <https://twitter.com/wdenkmal?lang=de> [08.04.2021].
- 2 Meier, Sascha (2021): <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rathaus-in-stuttgart-rt-stadt-entfernt-hanau-gedenktafel.81e2823a-3807-4cc2-9756-a70a68068032.html> [02.04.2021] sowie Meier, Sascha (2021): <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rathaus-in-stuttgart-stadt-entfernt-hanau-gedenktafel.81e2823a-3807-4cc2-9756-a70a68068032.html> [02.04.2021].
- 3 Meier, Sasha (2021): <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.diskussion-um-gedenk-ort-in-stuttgart-illegale-hanau-gedenktafel-am-rathaus-beschmiert-tatti-wirt-putzt.691c4e19-d3b5-4b9d-b718-43df7e2a7327.html> [02.04.2021].
- 4 Zeit Online (2019): <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/zwickau-gedenkb-aum-enver-simsek-nsu-mordopfer> [02.04.2021].
- 5 Zeit Online (2019): <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/zwickau-gedenkor-t-nsu-beschaedigt-rechtsextremismus-sachsen> [02.04.2021].

das Gebäude eines KZ-Außenlagers, das sich inmitten eines Wohngebiets befunden hatte, in einem öffentlichen Akt mit einer Plakette gekennzeichnet wurde – nachdem Jahre zuvor die erste provisorische Holztafel, die eine Geschichtswerkstatt 1979 angebracht hatte, mit schwarzer Farbe beschmiert worden war. Bis dato war die Existenz des Sklavenarbeiterlagers in dem Schulgebäude von Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft »vergessen« worden; doch selbst dieses verspätete Erinnern war von einem Eklat bei der Zeremonie und einer Schuldabwehr-Debatte in der Folge begleitet, in der sich viele öffentlich weigerten, diese »Nestbeschmutzung« hinzunehmen (Brenneisen 2011: 102). 1990 wurde dort eine KZ-Gedenkstätte errichtet, auf die die Stadt in ihrer erinnerungskulturellen Arbeit inzwischen freilich gerne hinweist, auch wenn sie, so der Historiker Brenneisen im Jahr 2011, von der ansässigen Bevölkerung mehr oder minder ignoriert wird (vgl. ebd.: 169-189).

Als »Weltmeister der Erinnerungskultur«, von dem, so zuletzt die jüdisch-amerikanische Philosophin Susan Neiman, andere – in dem Fall die USA – gar lernen sollten, wie Rassismus aufgearbeitet, gesühnt und wie seiner Opfer gedacht wird, müsste Deutschland eigentlich inzwischen sehr gut wissen, wie das geht. Man könnte also meinen, dass der adäquate Umgang mit Rassismus zum kulturellen Kapital einer Gesellschaft gehört, deren Staat sich die Ächtung der Shoah – dem welthistorischen Peak jeder Form von Rassismus – zum Markenkern gemacht hat. Doch die Aufarbeitung, das Sühnen und das Gedenken an den deutschen Kolonialrassismus und seine weitreichenden Folgen, den Rassismus gegen Migrationsandere – besonders gegen Zwangsarbeiter*innen aus dem Osten Europas – sowie selbst an den Pharrajmos, reicht kaum an eine weltmeisterliche Leistung heran. Davon zeugen erneut die aktuellen Kämpfe von Sinti*zze und Romn*ja, die gegen die Verlegung des zentralen Gedenkortes an ihre Holocaust-Opfer in Berlin protestieren – bei der Demonstration im Juni 2020 trug ein Schild die bezeichnende Aufschrift: »Deutschland, Weltmeister selektiver Erinnerungskultur«. ⁶

Erschwerend kommt hinzu, dass es bis vor Kurzem keine historiografische oder gar erinnerungskulturelle Auseinandersetzung mit Rassismus und

6 Siehe das Video *Das Mahnmal bleibt* auf der Website des Bundes-Roma-Verbandes: <https://www.bundesromaverband.de/protestaktion-schuetzt-das-mahnmal-der-ermordeten-sinti-und-roma-europas/> [30.03.2021].

Antisemitismus⁷ gab, der sich nach 1945 in Deutschland manifestiert hat, ein Zustand, der regelrecht provinziell wirkt. Vielmehr herrschte bis vor einigen Jahren ein politischer, gesellschaftlicher und sogar wissenschaftlicher Konsens darüber, dass es Rassismus in der Bundesrepublik lange gar nicht gegeben habe und wenn doch, nur am »rechten Rand«. Rassismuskritische und postkoloniale Perspektiven galten lange als ideologisch oder überspannt, vor allem wenn sie auf Erfahrung von Migrant*innen in Deutschland Anwendung fanden (vgl. Dirim et al. 2016). Stattdessen hatte man in Deutschland Ende der 1970er-Jahre Konzepte wie »Ausländer-« bzw. »Fremdenfeindlichkeit« und »Fremdenangst« erfunden, um den manifesten Hass auf *Ausländer* zu benennen. Diese Konzeptionen warfen die Ursachen für die Produktion und Hierarchisierung von Anderen, die auf Grundlage dieser Herkunftshierarchie rechtlich, gesellschaftlich und sozial diskriminiert, gehasst und manchmal auch getötet wurden, auf die Betroffenen selbst zurück: *Ausländer* beanspruchten knappe Ressourcen, die ihnen nicht zustanden, waren zu zahlreich oder einfach zu fremd (vgl. Alexopoulou 2020: 187ff.).

An der Nicht-Benennung von Rassismus änderte sich allerdings auch mit Bekanntwerden des NSU wenig (vgl. Bojadžijev 2013). Selbst auf der aktuellen Konjunkturwelle des Sprechens über Rassismus in Deutschland seit dem Sommer 2020 will man von diesen inadäquaten Konzeptionen nicht lassen. Paradigmatisch sei eine Szene aus Markus Lanz vom August 2020 beschrieben⁸: Ajla Kurtović und Saida Hashemi hatten in der Sendung – bei der sie als letzte Gäste und nur kurz zu Wort kamen – einige Sätze zuvor gut nachvollziehbar erklärt, warum es nicht Fremdenfeindlichkeit war, die ihre Brüder am 19. Februar 2020 in Hanau getötet bzw. schwer verletzt hatte, sondern Rassismus. Dennoch sprach der Moderator weiter von Fremdenfeindlichkeit⁹ und

7 Es ist eine offene und recht komplexe Forschungsfrage, in welchem Verhältnis Antisemitismus und Rassismus stehen, die aktuell kontrovers diskutiert wird und auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

8 Sendung vom 20.08.2020 in der ZDF-Mediathek: <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-20-august-2020-100.html> (Video nicht mehr verfügbar).

9 Delles, Konstantin (2020): https://de.nachrichten.yahoo.com/der-anschlag-von-hanau-bei-lanz-es-ist-zum-verzweifeln-113240969.html?guccounter=1&guce_referrer=aHRocHM6Ly93d3cuZ29vZ2x1LnNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAI70uvVNsmnXo2DRSJF9oJ6rt_MBbFH4caIploGHdUTDaDgyNCPQ3nODxhAohqBEaEMuF8ZwsdMovlBQ6t6v_USWPCKVconaJixP7K-4YiUWhnpAPCnNZR8TKtSkWQww92bvHNVJcqrk5FJ2tov8l9n962N9mQUgGu4MOnGj9ziQ [07.04.2021].

reproduzierte in der Gegenwart der um Fassung ringenden Frauen das, wogegen die Angehörigen und die Initiative 19. Februar von Anbeginn gekämpft haben, nämlich dass diese Opfer rassistischen Terrors eben keine Fremden waren.

Deutsche Spitzenpolitiker*innen hatten überraschenderweise derartige Fauxpas im Februar 2020 vermieden und sprachen gleich von Rassismus und nannten die Namen der Opfer, was selbst der Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble in der Gedenkstunde des Bundestages am 3. März 2020 tat.¹⁰ Damit waren (post)migrantische Gedenkpraktiken im Mainstream angekommen, die Betroffenen-Initiativen und allen voran das *Tribunal NSU-Komplex Auflösen* in Deutschland erarbeitet und etabliert hatten. Das kann als Zeichen der Transformation von Erinnerungskultur gelten. Die Aufarbeitung des NSU im Theater hatte dabei auch selbst Formen der Holocaust-Zeugenschaft und -Gedenkens übernommen und adaptiert (vgl. Brodt 2020: 109).

Doch trotz dieser erinnerungskulturellen Weiterentwicklungen bleibt die aktuelle deutsche Rassismusdebatte – auch innerhalb der Wissenschaft – historisch und theoretisch uninformiert und wohl auch deshalb so äußerst polemisch. In einem derartigen diskursiven Umfeld wundert es nicht, dass die immer lauter werdenden Forderungen von Betroffenen, dass auch ihr Leid erinnert und damit anerkannt wird, stellenweise als »Opferkonkurrenz« oder eigennützige Identitätspolitik kritisiert werden. Der schwerwiegendste Vorwurf, die Shoah zu relativieren, ist dann auch nicht weit.¹¹

Dabei würde schon die Rückkopplung auf die Praktiken der Rassist*innen selbst, so etwa der Täter*innen von Halle und des NSU, genügen, um die engen Zusammenhänge der Phänomene und damit auch die Zusammengehörigkeit des Gedenkens daran zu erkennen: Es war ein Döner-Imbiss, Innbegriff eines translokalen Ortes der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, zu dem der mordlustige Antisemit ging, als er keine jüdischen Gläubigen in der Synagoge töten konnte. Das NSU-Trio beteiligte sich in den 1990er-Jahren an den antisemitischen Aktionen des Thüringer Heimatschutzes, die mehrfach Puppen mit einem Davidstern an Masten oder Brücken aufhängten. Zu-

10 Ansprache von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Anschlag von Hanau am 05.03.2020 unter <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2020/062-685354> [07.04.2021].

11 Siehe dazu Felix Axster (2021) in einer Sendung des Deutschlandfunk: https://www.deutschlandfunk.de/erinnerungskultur-im-globalen-kontext-es-geht-um.911.de.html?drm:article_id=494732 [04.04.2021].

dem sollen sie 2002 eine Synagoge in Berlin ausgespäht, sich aber letztlich migrantische Einzelopfer als »einfachere Ziele« ausgewählt haben (Kleffner 2018).

Alle Formen von Rassismus sowie Antisemitismus haben nicht viel mit den Gruppen zu tun, denen sie gelten, sondern sind in die Gesellschaften eingebettet, in denen sie produziert und perpetuiert werden. Diesen systemischen Rassismus auch in der Erinnerung zu thematisieren, stellt keine Konkurrenz dar, sondern stellt Kongruenz her (vgl. Rothberg 2021; Arnold/König 2018). Das hatte Ignatz Bubis bereits 1992 mit seinem Besuch in Rostock-Lichtenhagen implizit unterstrichen (vgl. Alexopoulou 2020: 240ff.). Doch das zu ignorieren, gehört zur Geschichte des Rassismus in Deutschland seit 1945, die gleichzeitig eine Geschichte der Ignoranz ist.

Gedenken in den »Täterstädten« Zwickau, Chemnitz und Jena¹²

Jena, Chemnitz und Zwickau als Orte, an denen die NSU-Kerngruppe zeitweilig ansässig war, haben auch, solange es nur ging, ignoriert, dass ihnen eine besondere Rolle beim Geschehen um den NSU zukommt. »Es war Zufall, dass die drei hier gewohnt haben. Zwickau hat keine höhere Verantwortung als die Gesellschaft insgesamt«, so die damalige Oberbürgermeisterin Zwickaus Pia Findeiß (SPD) in einem Interview aus dem Jahre 2018. Sie hatte sich bereits 2011 direkt bei Bundeskanzlerin Merkel dafür eingesetzt, dass die Hauptakteur*innen des Nationalsozialistischen Untergrunds nicht »Zwickauer Zelle« genannt werden sollten. Auch der Stadtrat und Landtagsabgeordnete Gerald Otto wehrte sich gegen das Stigma »Zwickau, die NSU-Stadt«, das er als »Katastrophe für das Stadtmarketing« betrachtete. Denn die Stadt sei eben kein »Nazi-Nest«, das NSU-Trio hätte hier so lange gelebt, gerade weil sie hier keinem »Beobachtungsdruck« ausgesetzt gewesen seien und die Bürgerlichkeit ihres letzten Domizils in der Frühlingsstraße ein ideales Versteck geboten hätte.¹³ Doch gerade diese Bürgerlichkeit scheint das eigentliche Problem zu sein: Denn das Trio blieb nicht nur unauffällig, sondern fand

12 Ich danke Matthias Quent für die Übermittlung von Informationsmaterial und Literatur zu diesem Aspekt des Themas.

13 Sundermann, Tom (2018): <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-12/nsu-zwickau-recht-er-terror-beate-zschaepe-prozess/komplettansicht> [07.04.2021].

selbst in dieser letzten gutbürgerlichen Gegend, ebenso wie zuvor in der weniger bürgerlichen Polenzstraße, von wo aus fast alle Anschläge starteten, eine »Nachbarschaftsgemeinschaft«, die dieselben Überzeugungen teilte – auch wenn nicht in dieser Radikalität. Die »Nachbarschaftsgemeinschaft« distanzierte sich nach dem Bekanntwerden der rassistischen Morde nämlich nicht klar von ihren in guter Erinnerung gebliebenen ehemaligen Nachbar*innen (Quent 2016a: 286).

Ähnlich integriert waren die Täter*innen im Heckert-Gebiet, einem ihrer Wohnorte in Chemnitz, wo sie »nicht im Untergrund im eigentlichen Sinne« lebten, sondern als »Protagonist*innen in eine stellenweise hegemoniale neonazistische Subkultur eintauchen« konnten, so die Ergebnisse eines Studierenden-Forschungsprojekts vor Ort im Jahre 2020.¹⁴ Lange stießen derartige »Spurensuchen« oder Erinnerungsaktionen, die von kleineren Initiativen, Journalist*innen, Künstler*innen oder Wissenschaftler*innen durchgeführt wurden, bei der Mehrheit der Bevölkerung der »Täterstädte« auf Desinteresse oder sogar offene Abwehr.¹⁵ Auch eine kleine Künstler*innengruppe, die wohl als erste in Zwickau eigeninitiativ am 4. November 2016 einen Kontrapunkt setzten wollte, indem sie elf Bänke, zehn mit den Namen der Opfer und eine für etwaige unbekannte Opfer, aufstellte, die mehrfach zerstört oder gestohlen wurden, blieb aus Angst vor Repressalien anonym, selbst als ihre Aktion prämiert wurde. Und auch sie stellten in ihren Dankesworten für den Preis auf ihrer Website, weiterhin anonym, das Imageproblem heraus:

»Es wurde somit deutlich, dass das Image unserer Heimatstadt keinesfalls darunter leidet, wenn sie daran erinnert, dass in unserer Mitte leider Menschen gelebt haben, die die Existenz anderer als nicht lebenswürdig erachtet und sie einfach ausgelöscht haben.«¹⁶

Besonders störend empfand man den Imageverlust allerdings in der Universitätsstadt Jena, der Heimatstadt der drei NSU-Protagonist*innen, die sich

14 O.A. (2020): <https://offener-prozess.de/ein-fritz-fuer-das-fritz-heckert-gebiet/> [07.04.2021].

15 So etwa in Zwickau, gemäß des Artikels von Tom Sundermann: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-12/nsu-zwickau-rechter-terror-beate-zschaepe-prozess/komplettansicht> [07.04.2021].

16 Eintrag vom 2. Dezember 2018: <https://sternendekorateure.wordpress.com/2016/12/02/preisverleihung-selbstverstaendlich-menschlich/> [01.04.2021].

im Bezirk Winzerla kennengelernt und dort ihre Terrorlaufbahn begonnen hatten. »Gerade noch lebten sie in einer ›Boomtown an der Saale‹ (Handelsblatt), jetzt müssen es die Jenaer auf einmal ertragen, als Einwohner einer gewalttätigen Problemstadt geführt zu werden«, fasste die Zeitung *Der Westen* das Imageproblem Jenas zusammen.¹⁷ Allerdings bezog sich der Artikel nicht auf die Reaktionen nach der Selbstenttarnung des NSU, sondern auf die Empörung, die ein *aspekte*-Feature vom 18. November 2011 in Jena ausgelöst hatte. Der Beitrag thematisierte recht provokativ die »Angst des Ausländers« vor dem Osten mithilfe einer Stippvisite des Münchner Schriftstellers Steven Uhly, der, so erfuhr man im Intro, einen bengalischen Vater hat. Nachdem Uhly u.a. den Jugendpfarrer Lothar König interviewt hatte, der sich seit Jahrzehnten gegen die neonazistische Jenaer Szene einsetzte, drückte er seine Erleichterung darüber aus, dass er die Stadt rasch wieder mit dem ICE nach München verlassen konnte.¹⁸ Der Zorn über diesen Beitrag war in Jena so groß, dass einige Wochen später eine sehr gut besuchte Podiumsdiskussion im Beisein des *aspekte*-Chefredakteurs und des Jenaer Oberbürgermeisters dazu stattfand, bei der sich ersterer bei den Jenaer Bürger*innen entschuldigte.¹⁹

Auch hier waren es zunächst kleinere Initiativen aus Studierenden, antifaschistischen Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Geschichtswerkstätten, die sich mit dem NSU und dem Thema Rassismus auseinandersetzten.²⁰ Die Beschäftigung mit dem rechtsradikalen und neonazistischen Milieu war allerdings alles andere als neu oder nach 2011 überwunden, auch was die oftmals ignorante oder relativistische Haltung von Behörden und Politik mit dieser massiven Problematik betrifft. So stellte eine Expertise für den Bundestag noch 2016 fest, dass die Thüringer Sicherheitsbehörden weiterhin große Defizite beim adäquaten Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt hätten (vgl. Quent 2016b: 47-51). Inzwischen gehen allerdings von Jena und

17 Thiele, Charlotte (2011): <https://www.derwesten.de/incoming/jena-fuehlt-sich-vom-zdf-boesartig-verleumdet-id6113989.html> [05.04.2021].

18 Siehe den Beitrag auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=FZt9-WxVIZc> [08.04.2021].

19 Thüringer Allgemeine (2011): <https://www.thueringer-allgemeine.de/video/jena-diskutiert-zdf-aspekte-beitrag-id216906091.html> [07.04.2021] – inklusive Video von Teilen der Diskussion.

20 Siehe beispielsweise Aktionen und Veranstaltungen seit 2012 bei KoKont: <https://www.kokont-jena.de/?s=nsu&lang=en> [07.04.2021].

dem Land Thüringen Signale für einen adäquateren Umgang mit dem Gedenken an die Ursachen und Folgen des NSU-Terrors aus: So wurde im September 2020 in Jena-Winzerla der Enver-Şimşek-Platz eingeweiht, der Landtag beschloss eine finanzielle Entschädigung der Opfer sowie die Errichtung eines NSU-Archivs.²¹ »Wir sind keine Täterstadt, aber wir sind die Stadt, aus der die Täter kamen« – unter dieses Motto stellte der Oberbürgermeister Jenas Thomas Nitzsche (FDP) die neue Haltung zum NSU.²²

Trotzdem deuten die letzten Wahlerfolge der Höckeschen AfD in Thüringen und die Nähe, die bürgerliche Parteien teilweise zu ihr zeigten, darauf hin, dass all das, was unter das Motto »NSU-Komplex« fällt, politisch und gesellschaftlich keineswegs nur der Vergangenheit angehört. Auch in Zwickau, wo die AfD bei der Kommunalwahl 2019 mit ca. 22 Prozent nur einige Zehntel hinter der CDU als zweitstärkste Partei abschnitt, scheint die politische Konstellation in Hinblick auf einen adäquaten Umgang auch mit offen rassistischen Tendenzen und die gesellschaftliche Einbettung einer rassismuskritischen Erinnerungskultur eher schwierig. Nachdem Oberbürgermeisterin Findeiß 2020 abtrat, die das NSU-Dokumentationszentrum zumindest nominell immer unterstützt hatte, scheint dieses Projekt inzwischen auch in weite Ferne gerückt.²³

Zwar hatte sich die oben erwähnte Chemnitzer Initiative *Offener Prozess* und deren politischen Unterstützer*innen, die sich jahrelang – auch in Zwickau – für die Errichtung des NSU-Dokumentationszentrums in Sachsen eingesetzt hatten, im Dezember 2019 gefreut, dass dieses Ansinnen in den Koalitionsvertrag der Landesregierung aufgenommen wurde.²⁴ Im November 2019 hatte auch das erste in Ostdeutschland, in Chemnitz/Zwickau, stattfindende *Tribunal NSU-Komplex Auflösen*, diese Forderung unterstrichen²⁵ und

21 Litschko, Konrad (2020): <https://taz.de/Jahrestag-der-NSU-Aufdeckung/!5722528/> [05.04.2021].

22 InSüdthüringen.de (2020): <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.deutschland-jena-benenn-platz-nach-nsu-mordopfer-enver-im-ek.09154ab5-6ad7-49e6-af86-197daf51c6d1.html> [08.04.2021].

23 Mitic, Katja (2020): https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article205601873/Dann-haetten-die-anderen-gewonnen.html [06.04.2021].

24 Tolerantes Sachsen (2019): <https://www.tolerantes-sachsen.de/offener-prozess-nsu-dokumentationszentrum-im-koalitionsvertrag/> [05.04.2021].

25 Pressemitteilung *Tribunal NSU-Komplex Auflösen* vom 03. November 2019 unter: https://www.nsu-tribunal.de/wp-content/uploads/2019/11/PM_Tribunal-fordert-Dokuzentrum-in-Zwickau_web.pdf [07.04.2021].

eine Zwickauer Geschichtswerkstatt schon mit dem Sammeln und Präsentieren von entsprechendem Material begonnen.²⁶ Doch die Zuversicht, die 2019 herrschte, dass das Dokumentationszentrum sehr bald in Zwickau eröffnet werde, hat sich bislang als trügerisch erwiesen. Die Schwierigkeit, Rassismus an den Herkunfts- und Wirkungsorten der Täter*innen zu erinnern, wird gerade an solch zähen, langen und mitunter undurchsichtigen Prozessen manifest.

Inzwischen hat Chemnitz eine Ausschreibung über die Gestaltung einer Wanderausstellung über den NSU gestartet, die sich nicht nur mit dem Handeln der Terrorist*innen, sondern mit der Rezeption und dem Nachleben des NSU vor Ort befassen soll. Ob das gerade jetzt geschieht, da man es angesichts der Ernennung Chemnitz zur europäische Kulturhauptstadt 2025 als imagefördernd ansieht?²⁷ Chemnitz hat seit den Ereignissen im Spätsommer 2018 ohnehin ein Image als Stadt des Rassismus (Friese/Nolden/Schreiter 2019) und somit ein Imageproblem, das weit über das Bild der NSU-»Täterstadt« hinaus geht. Die Bewertung, wie man mit dem Imageschaden umgehen soll, hat sich offenbar gewandelt: Eine Thematisierung wird wohl als weniger nachteilig betrachtet als Ignoranz. Das birgt wiederum die Gefahr, dass das Engagement einiger Weniger, die sich seit Jahren einsetzen, in den Image-Kampagnen der Städte als Feigenblatt benutzt wird, um die dominanten Stimmungen und Haltungen, die in großen Teilen der Bevölkerung herrschen, zu kaschieren. Auch hier gibt es also Parallelen zum Umgang mit der Gedenkstättenarbeit, die über Jahrzehnte ignoriert, lokal abgewehrt und dann wieder ignoriert wurde, um heute kommunal als »Standortfaktor« vermarktet zu werden (Brenneisen 2020: 637).

Doch sind zehn Bäume und Plaketten – auf denen Namen falsch geschrieben und die Tatverhalte unsensibel und reißerisch beschrieben wurden – in einem Park überhaupt eine angemessene Art, Opfern rassistischen Hasses zu gedenken, zudem dem weiterhin in seinen zahllosen Verästelungen noch im Dunklen liegenden, stellenweise noch aktiven NSU-Komplex entgegenzuwirken? »Ich weiß auch gar nicht, ob ich möchte, dass in Zwickau ein Baum für ihn gepflanzt wird, wenn man dort gar nicht sicher sein kann, dass

26 Reinhard, Doreen (2019): <https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-11/rechtsextremismus-zwickau-nsu-geschichtswerkstatt-ausstellung-aufmerksamkeit/komplettansicht>[05.04.2021].

27 MDR (2021): <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/chemnitz-wanderausstellung-nsu-100.html> [07.04.2021].

er nicht wieder abgesägt wird«, wurde Gamze Kubaşıks zitiert, die Tochter Mehmet Kubaşıks, die ähnlich wie die anderen Hinterbliebenen nicht gefragt und nicht einmal eingeladen worden war, zur ersten offiziellen Gedenkfeier in Zwickau am 4. November 2019.²⁸

Täterstädte – Opferstädte?

Der NSU wird erst aus der Wende-Gewalt, die wiederum eine Zuspitzung der rassistischen Gewalt der 1980er war, verständlich – diese *Storyline* hat sich vor allem aus einer migrantischen Perspektive und der Betroffenen-Community herausgeschält (Perinelli 2020:342; Kahveci/Sarp 2017). Doch reichen die Kontinuitätslinien nicht viel weiter zurück, vor allem, wenn man sie aus der spezifischen Erfahrung der aus der Türkei Eingewanderten und ihrer Nachkommen löst, die außer einem Griechen, alle migrantischen Todesopfer in der Serie Mölln, Solingen, NSU zu beklagen haben? Zu diesem Gedanken zwingt nicht nur das ›NS‹ in NSU: nationalsozialistisch. Daraus soll keine grobe Gleichsetzung erfolgen, sondern unterstrichen werden, dass das rassistische Wissen und die davon geprägten Praktiken – samt der Gewaltpraktiken –, Denkweisen, Institutionen und Strukturen eine lange Geschichte haben, der Rassismus somit hierzulande systemisch ist.

Betrachtet man etwa die Entwicklungen in der Bundesrepublik genauer, zeigt sich, dass schon in der direkten Nachkriegszeit die ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter*innen aus dem Osten Europas, unter ihnen viele Jüd*innen, als *Displaced Persons* weiterhin dem Hass der ehemaligen *Volksgemeinschaft* ausgesetzt waren. Auch jene Wenigen, die blieben, wurden Objekt zahlreicher Diskriminierungen, trotz der gesetzlichen Schutzmaßnahmen, die die Alliierten für die sog. »heimatlosen Ausländer« von der Bundesrepublik abverlangt hatten. Wie viel rassistische Gewalt »Gastarbeiter*innen« schon seit den 1950er-Jahren erlebten, ist bislang historiografisch nicht aufgearbeitet. Dass sie auf sehr vielen Ebenen mit einem durch rassistisches Wissen über den *Ausländer* imprägnierten Migrationssystem konfrontiert waren, ist bekannt, wurde von der Migrationsforschung in Deutschland und der allgemeinen Zeitgeschichte allerdings auch retrospektiv normalisiert (vgl. Alexopoulou 2020: 64–94, 216, passim).

28 Monecke, Nina (2019): <https://ze.tt/neues-nsu-denkmal-in-zwickau-schreibt-ihre-namen-richtig/> [23.03.2021].

Es greift also zu kurz, nur auf die »Baseballschläger-Jahre« oder auf das »Ossi-Trauma« oder den völkischen Nationalismus der Wendezeit zu schauen (vgl. Alexopoulou 2019), auf die letzten Jahre der DDR, in der angeblich der Rassismus durch ein Aufblühen einer jungen rechten Szene dort erst begann und auf der anderen Seite der Mauer auf die gleichzeitigen Jahre der »Ausländerfeindlichkeit«. Vielmehr gibt es eine gemeinsame deutsche Rassismusgeschichte, die eben nicht in der *Stunde Null* endete, was der Gründungsmythos beider deutscher Staaten war. Welchen Sinn, außer einem dokumentarischen, macht dann die Unterscheidung »Täterstadt – Opferstadt« überhaupt im Kontext des NSU, außer, dass er bewusst macht, dass alle Opfer außer einem, im Westen zu Tode gebracht wurden und die Verortung und Herkunft der Täter*innen ostdeutsch war?

Die Frage, die sich der Zeithistorikerin hier aufdrängt, ist freilich, ob und inwiefern auch hier die vielbeschworene Asymmetrie der BRD- und DDR-Geschichte(n)²⁹ wirksam wurde und sich nun in dieser Konstellation widerspiegelt. Sicherlich gab und gibt es Unterschiede: Der NSU-Terror fand primär im Westen statt, da hier die Transformation zur Einwanderungsgesellschaft schon viel weiter war, da hier eben schon länger viel mehr Migrant*innen lebten, die diesen Prozess zum großen Teil eigensinnig und autonom eingeleitet und vollzogen hatten. Doch bekanntlich fanden die Täter in den Opferstädten den »Komplex« am NSU-Komplex vor, der eben nicht nur aus rechten Netzwerken bestand, sondern auch aus Sicherheitsbehörden, politischen Vertreter*innen und Medien, die selbst Teil in der Maschinerie der Produktion und Reproduktion rassistischen Wissens im Alltag, in Strukturen und Institutionen waren. Kann man also schlussfolgern, dass der Westen mit seinen Opferstädten auch das bessere NSU-Gedenken reklamieren kann?³⁰ Kann der Westen daraus auf die eigene antirassistische und damit – mal wieder – vermeintlich moralische Überlegenheit gegenüber dem Osten schließen?

29 Der Zeithistoriker Christoph Kleßmann prägte den Begriff der »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« der BRD und DDR.

30 Dass in Köln die Arbeit am Gedenken anders aussah als in Zwickau, zeigt etwa folgender Beitrag aus dem Jahr 2019: <https://ze.tt/wie-koeln-und-zwickau-um-das-gedenken-an-die-nsu-opfer-ringen/> [08.04.2021]. Doch auch in Köln ist das Mahnmal noch nicht realisiert, auch wenn seine Errichtung und sein Standort gesichert sind, siehe <https://www.express.de/koeln/16-jahre-nach-anschlag-streit-um-nsu-mahnmal-in-koeln-muelheim-geloest-37782312?cb=1617886793204> [08.04.2021].

Das ostdeutsche Lamento gerade darüber kann freilich auch legitimatorische Züge annehmen: So etwa, wenn der »alltägliche [...] Rechtsextremismus im Osten« durch die »ostdeutsche Wendeerfahrung« aufgehoben und die dadurch befeuerte »Subalternisierung« der Ostdeutschen beklagt wird, wie das etwa der Soziologe Lessenich 2013 in einem Band zum NSU tat. Bezeichnend an diesem Artikel ist, dass er bei seiner Besprechung der »deutschlandpolitischen Implikationen« des Geschehens fast vollständig ohne Migrant*innen auskommt – abgesehen vom oben schon erwähnten Steven Uhly, der hier auch nur im Kontext der Skandalisierung der *aspekte*-Sendung erscheint (Lessenich 2013: 117).

Diese »deutsche« Nabelschau ist typisch. Sie entspringt der gleichen Haltung wie das Vorgehen der Stadt Zwickau in ihrem Gedenken, das eben vollends ohne die Betroffenen geplant und ausgeführt wurde, ein Versäumnis, das der Stadtverwaltung erst drei Tage vor der geplanten Veranstaltung auffiel und das sie mit einer Anfrage an Verantwortliche des *NSU-Tribunals*, ob man noch jemand von den Opferfamilien organisieren könne, mal schnell behoben werden sollte.³¹ Auch das Rock-Konzert in Jena im Dezember 2011, nicht einmal einen Monat nach Bekanntwerden des NSU³², wirkt aus heutiger Sicht fast pietätslos oder zumindest deplatziert. Das Selbstreferentielle derartiger Aktionen erklärt auch das Unbehagen, das die viel gerühmten Lichterketten der 1990er-Jahre bei vielen Migrant*innen damals auslösten. An das nämlich erinnert das paternalistische Gehabe von professionellen Ausländerexpert*innen und -freund*innen in den 1980ern und 1990ern, die den *ausländischen Mitbürgern*, um die sie sich »kümmerten«, keine oder nur wenig Mitsprache einräumten (vgl. Alexopoulou 2020: 218f., 190f., *passim*).

Denn die eigentliche Frage sollte hier weniger sein, ob der scheinbar demokratischere und antirassistischere Westen tatsächlich besser abschneidet und damit den »braunen Osten« diskreditiert oder gar diskriminiert. Die wichtigen Punkte sind andere und ich nenne hier aus Platzgründen nur zwei. Erstens ist die Erinnerungsarbeit an Rassismus in Deutschland seit 1945 nicht ohne die migrantische bzw. Betroffenen-Partizipation beim Aufarbeiten und Gedenken möglich; nicht nur waren und sind es vor allem migrantische und andere minoritäre Akteur*innen, die das Wissen *über* Rassismus haben, es aufdecken und Formen der Verarbeitung finden und einklagen. Im Falle des

31 So Massimo Perinelli bei einem Telefoninterview mit der Verfasserin am 26. März 2021.

32 Der Spiegel (2011): <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/konzert-in-jena-5000-rocken-gegen-rechts-a-801447.html> [08.04.2021].

NSU waren es gar die Betroffenen selbst, die den Staat und die Sicherheitsbehörden direkt auf das korrekte Täter*innen-Milieu hinwiesen und gleichzeitig – vergeblich – um Schutz davor baten.³³ Die Partizipation an diesem Gedenken ist ihr *Recht*.

Zweitens ist das Fehlen an Forschung zum NSU-Komplex nochmalig herauszustreichen, wie das Karakayalı et al. bereits 2017 taten, insbesondere auch an historischer Forschung, die diese Autor*innen allerdings nicht explizit nannten. Denn der NSU-Komplex und das Versagen in Ost und West sind nur historisch in ihrem vollen Ausmaß und ihrer eigentlichen Tiefe zu verstehen. Wie unzureichend dieses Themenfeld zeithistorisch erforscht ist, zeigt sich etwa daran, dass bislang nur eine historiografische Monografie zu den Ereignissen in Hoyerswerda existiert, die zudem legitimatorisch argumentiert. Es habe zwar »manifeste Fremdenfeindlichkeit in Hoyerswerda« gegeben, das »eigentliche Motiv für die Gewalt lag jedoch in der zunehmenden Unsicherheit der Einwohner«; daraus schließt der Autor, dass es sich nicht um ein Pogrom, sondern um sozialen Protest gehandelt hatte (Wowtscherk 2014: 215), eine Einschätzung, die oftmals unkritisch von der allgemeinen Zeitgeschichte übernommen wird. Schon allein die Zeugenschaft eines Einzelnen der damals anwesenden Betroffenen bringt dieses Narrativ allerdings ins Wanken, denn sie offenbart plastisch, dass hier durchaus manifeste rassistische Haltungen ausgelebt wurden (vgl. Sineması 2020). Ein funktionalistisch gewendetes Verständnis von sozialem Protest, der sich »ethnische[r] Differenzen« nur bediente (Wowtscherk 2014: 215), scheint daher wenig überzeugend.

Ebenso existiert nicht eine Studie, die die zahllosen und teilweise nicht einmal in ihrer Gesamtheit erfassten Pogrome gegen Wohnstätten von Geflüchteten und anderen Migrant*innen in jenen Wende-Jahren zusammenträgt und analysiert, woraus auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Pogrome Ost und West herausgearbeitet werden könnten. Ein Beispiel: In Mannheim-Schönau waren, anders als in Hoyerswerda, keine Skinheads die treibende Kraft des rassistischen Pogroms Ende Mai 1992, sondern hier wirkte das klassische Motiv der »Rassenschande«: Ein aufgebrachter Mob aus

33 Siehe »Kein 10. Opfer!« – Kurzfilm über die Schweigemärsche in Kassel und Dortmund im Mai/Juni 2006 unter: <https://www.nsu-watch.info/2014/01/kein-10-opfer-kurzfilm-ueber-die-schweigemaersche-in-kassel-und-dortmund-im-maijuni-> sowie siehe das Video zu den Schweigemärschen und den Forderungen der Angehörigen: [https://pad.m.a/CTC/editor/00:00:00,00:05:43.321#embed\[o8.04.2021\]](https://pad.m.a/CTC/editor/00:00:00,00:05:43.321#embed[o8.04.2021]).

»beunruhigte[n] Bürger[n]«³⁴ wollte an den *Asylanten* Rache nehmen, da ein Schwarzer Mann ein deutsches Mädchen vergewaltigt hatte – ein haltloses Gerücht, wie auch sehr schnell, noch während der Hochphase des Pogroms, von der Polizei selbst öffentlich gemacht wurde³⁵ – was als Reminiszenz wirkt an den »Terror vor Ort, im Alltag der Städte und Dörfer«, an die »Freude an der Gewalt«, wie sie die *Volksgemeinschaft* im *Dritten Reich* einst erlebt hatte (vgl. Schüler-Springorum 2021)³⁶ – was ein typisches Szenario rassistischer Pogrome zu sein scheint.

Die Angst, den Osten wegen des dort stark verbreiteten und verwurzelten rechten und neonazistischen Milieus nicht zu stigmatisieren oder den Sieger des Kalten Krieges nicht von seinem hohen Podest als »erfolgreiche Demokratie« zu stoßen, kann also auch für die Zeitgeschichtsschreibung nicht leitend bleiben. Vielmehr sollte man auch hier anfangen, die migrantischen Stimmen und minoritären Gegengeschichten zu hören, auch jene der jungen ostdeutschen zweiten migrantischen Generation und der »Ossis of Color« (Lierke/Massochua/Zimmermann 2020), die sich auch auf dem *NSU-Tribunal* in Chemnitz/Zwickau selbstbewusst repräsentiert haben. Sie weisen darauf hin, dass es in den »Täterstädten« eben auch Opfer gab, weit vor und nach dem Wirken des NSU-Trios, sie aber gleichzeitig integraler Teil dieser Städte sind, der nicht mehr ignoriert werden möchte³⁷ – auch nicht von den linken Aktivist*innen, von denen viele erst »lernen mussten, dass auch die DDR eine Migrationsgeschichte hat«³⁸.

Das verweist darauf, dass auch die Geschichten der asymmetrischen Einwanderungsgesellschaften BRD und DDR noch darauf warten, »vereinigt« zu werden, was ebenso eine notwendige Voraussetzung für eine inklusivere und kohärentere Erinnerungsarbeit in Deutschland zu sein scheint.

34 So in einem Schreiben des damaligen Oberbürgermeisters Gerhard Widder an die Schönaauer Bürgerschaft, in: o. D. [30.5.1992], MARCHIVUM, Zug. 77/1996, Nr. 97.

35 Diese Einschätzung beruht auf eigenen Forschungen im Rahmen meiner Habilitationsschrift *Rassistisches Wissen in der Transformation Deutschlands zur Einwanderungsgesellschaft*, die am LS Zeitgeschichte der Universität Mannheim entsteht.

36 Zitiert nach Schüler-Springorum: Das erste Zitat auf S. 229 ist von Reinhard Rüpp (siehe dort Fußnote 69), das zweite Zitat auf S. 227 von Michael Wild (siehe dort Fußnote 61 und 29).

37 Massimo Perinelli im telefonischen Interview mit der Verfasserin am 26. März 2021.

38 So Maria Diedrich, die 2011 als Studierende und Aktivistin in Jena war und in den *NSU-Tribunalen* aktiv ist, bei einem telefonischen Interview mit der Verfasserin am 29. März 2021.

Literatur

- Alexopoulou, Maria (2020): Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen: Reclam.
- Alexopoulou, Maria (2019): »Wir sind auch das Volk!« Das deutsche Volk in der Transformation der Bundesrepublik zur Einwanderungsgesellschaft, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 28, Berlin: Metropol, S. 225-254.
- Arnold, Sina/König, Jana (2018): »The whole world owns the Holocaust« – Geschichtspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft am Beispiel der Erinnerung an den Holocaust unter Geflüchteten, in: Naika Foroutan/Juliane Karakayalı/Riem Spielhaus (Hg.), Postmigrantische Perspektiven: Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik, Frankfurt a.M.: Campus, S. 155-172.
- Bojadžijev, Manuela (2013): Wer von Rassismus nicht reden will. Einige Reflexionen zur aktuellen Bedeutung von Rassismus und seiner Analyse, in: Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hg.), NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld: transcript, S. 144-154.
- Brenneisen, Marco (2020): Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die »zweite Geschichte« der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945, Stuttgart: Verlag Kohlhammer.
- Brenneisen, Marco (2011): Das Konzentrationslager Mannheim-Sandhofen im Spiegel der Öffentlichkeit. Die Rezeptionsgeschichte eines KZ-Außenlagers, Marburg: Tectum Verlag.
- Brod, Anna (2020): Anerkennung als Opfer und Überwindung von Viktimisierungen: Zwei Theaterstücke zum NSU im Vergleich, in: Eva Binder/Christof Diem/Miriam Finkelstein/Sieglinde Klettenhammer/Birgit Mertz-Baumgartner/Marijana Milošević/Julia Pröll (Hg.), Opfernarrative in transnationalen Kontexten, Berlin: De Gruyter, S. 95-115.
- Dirim, İnci/Varela, María do Mar Castro/Heinemann, Alisha M.B./Khakpour, Natascha/Pokitsch, Doris/Schweiger, Hannes et al. (2016): Nichts als Ideologie? Eine Replik auf die Abwertung rassismuskritischer Arbeitsweisen, in: María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.), Die Dämonisierung der Anderen: Rassismuskritik der Gegenwart, Bielefeld: transcript, S. 85-96.
- Frieße, Heidrun/Nolden, Marcus/Schreiter, Miriam (Hg.) (2019): Rassismus im Alltag: Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz, Bielefeld: transcript.

- Kahveci, Çağrı/Özge Pınar Sarp (2017): Von Solingen zum NSU. Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft, in: Juliane Karakayali/Cagri Kahveci/Doris Liebscher/Carl Melchers (Hg.), *Den NSU-Komplex analysieren: aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript, S. 37-56.
- Karakayali, Juliane/Liebscher, Doris/Melchers, Carl/Kahveci, Cagri (2017): Der NSU-Komplex und die Wissenschaft, in: Juliane Karakayali/Cagri Kahveci/Doris Liebscher/Carl Melchers (Hg.), *Den NSU-Komplex analysieren: aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript, S. 17-36.
- Kleffner, Heike (2018): <https://www.nsu-watch.info/2018/09/keine-gespalten-e-wahrnehmung-antisemitismus-und-der-nsu/> [08.05.2021].
- Lessenich, Stephan (2013): Brauner Osten? Rechtsextremismus als deutscher Einsatz und Effekt, in: Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hg.), *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*, Bielefeld: transcript, S. 135-143.
- Lierke, Lydia/Massochua, Jessica/Zimmermann, Cynthia (2020): Osis of Colour. Vom Erzählen (post)migrantischer Geschichten, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 451-467.
- Neiman, Susan (2019): *Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können*, Berlin: Hanser.
- Rothberg, Michael (2021): *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin: Metropol-Verlag.
- Perinelli, Massimo (2018): <https://www.rosalux.de/publikation/id/38511/solidaritaet-in-der-migrantisch-situierten-erinnerungsarbeit?cHash=68cfac3ba08a46fe90411f34161facf5> [08.05.2021].
- Perinelli, Massimo (2020): 30 Jahre NSU-Komplex – 30 Jahre MIGRANTIFA. Postmigrantische Selbstbehauptung von Mauerfall bis heute, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 339-359.
- Quent, Matthias (2016a): *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus: Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Quent, Matthias (2016b): Sachverständigengutachten für den 3. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.
- Schüler-Springorum, Stefanie (2021): *Geschlecht und Gewalt. Zur Emotionsgeschichte des Antisemitismus*, in: Stefanie Schüler-Springorum/Jan Sü-

- selbeck (Hg.), Emotionen und Antisemitismus: Geschichte – Literatur – Theorie, Göttingen: Wallstein Verlag, S. 212-232.
- Sineması, Dostluk (2020): Hoyerswerda und die Geburt des Antirassismus. Interview mit Emmanuel Adu Agyeman, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hg.), Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 321-338.
- Wowtscherk, Christoph (2014): Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen: V&R Unipress.

Denkmäler gegen rechte Gewalt und Rassismus in Deutschland: 1922-2022

Verena Krieger

Anlässlich der zehnten Jährung des Öffentlichwerdens des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und seiner Morde plant die Stadt Jena, ein Denkmal zu errichten. Es soll die Opfer würdigen, die gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen und ihrer Hintergründe fördern und damit jeder Schlussstrich-Rhetorik entgegenwirken. Ein solches Denkmal ist ein ästhetisch wie konzeptionell höchst komplexes Unterfangen. Um es erfolgreich anzugehen, ist es sinnvoll, sich anzusehen, welche Denkmäler gegen rechte Gewalt und Rassismus bisher in Deutschland gesetzt wurden, wie bei ihnen diese anspruchsvolle Aufgabe gelöst wurde und was aus ihren Stärken und Schwächen zu lernen ist.

Auf den ersten Blick erscheint ein Denkmal gegen rechte Gewalt und Rassismus als ein Widerspruch in sich. Üblicherweise dienen Denkmäler der erinnernden Würdigung von Personen oder Ereignissen, sie zielen auf Identitätsbildung, Legitimation und positive Sinnstiftung und ziehen zu diesem Zweck eine positive Kontinuitätslinie von der Vergangenheit in die Zukunft. Charakteristisch für das traditionelle Denkmal, wie es seinen Höhepunkt im 19. Jahrhundert hatte und bis heute fortexistiert, ist insofern ein affirmativer Bezug auf das Erinnernte. Wie aber kann ein Denkmal aussehen, das entsetzliche Gewaltereignisse zum Gegenstand hat? Diese Frage wurde in Deutschland erstmals bereits vor hundert Jahren reflektiert, und es ist erhellend, einen kurzen Blick auf die verschiedenen Antworten zu werfen, die seither entwickelt wurden. Denn auch wenn die Debatte bezogen auf Krieg und Nationalsozialismus geführt wurde, sind darin Problemstellungen und Paradigmen erkennbar, die auch für Denkmalsetzungen gegen aktuelle Formen von Rassismus und rechter Gewalt relevant sind. Deshalb stelle ich schlaglichtartig wichtige Stationen in der Entwicklung einer nicht-affirmativen Denkmalkultur vor, bevor ich exemplarisch drei Denkmäler gegen rechte Gewalt und Ras-

sismus beleuchte, die in den letzten Jahren in Deutschland errichtet wurden. Ich nehme dabei eine analytische Perspektive ein, d.h. ich untersuche mit kunsthistorischem Instrumentarium, welche Sinnbildungsstrategien den jeweiligen ästhetischen Formen zugrunde liegen.

I.

Das Spannungsverhältnis zwischen negativem Erinnerungsgegenstand und affirmativer Denkmalsfunktion ist fast allen Denkmälern inhärent, die zum Totengedächtnis im Zusammenhang von Krieg und Gewalt gesetzt worden sind. Von der Antike bis ins 20. Jahrhundert hinein werden Denkmäler für gefallene Soldaten oder Gewaltopfer fast ausnahmslos mit der Intention errichtet, ihrem Tod einen positiven Sinn zu verleihen: Sie werden geehrt als Helden im Dienste des Imperiums, der Religion oder der Nation, dienen insofern einem »politischen Totenkult« (Koselleck/Jeismann 1994). Nach dem Ersten Weltkrieg, als in großer Zahl Kriegerdenkmäler gesetzt wurden, die das sinnlose Massensterben durch die heroisierende Feier des »Opfertods für das Vaterland« positivierten, wurde diese Diskrepanz besonders evident, und es entstand der Gedanke, dass es Denkmäler bedürfe, die nicht affirmativ, sondern in dezidiert kritischer Weise an den Krieg erinnern. So forderte der Architekt Bruno Taut 1919, »Erinnerungsmaie größten Formats, die Grauen und Entsetzen wachhalten« (Arbeitsrat für Kunst 1919: 101). Damit war die Idee eines radikal neuen Denkmals geboren, in dem sich kristallisiert, was der Historiker Reinhart Koselleck später als »negatives Gedächtnis« bezeichnete (Koselleck 2002) – die kritische Erinnerung an Ereignisse, die nicht hätten geschehen dürfen, mit deren unumgänglichem Faktum sich die Nachwelt gleichwohl auseinanderzusetzen hat.

Nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern auch Gewalttaten rechtsradikaler Kräfte wurden in der Weimarer Republik zum Auslöser denkmalskultureller Aktivitäten und damit zur Herausforderung, Gestaltungen für negative, d.h. gewaltsame und traumatische Ereignisse zu finden. Ein solches Ereignis war der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, ein Militärputsch reaktionärer Eliten des Kaiserreichs, die die junge Republik zerschlagen und die alten autoritären Verhältnisse restaurieren wollten, und der durch einen Generalstreik der Arbeiterschaft, vor allem im Ruhrgebiet, Thüringen und Sachsen, erfolgreich verhindert werden konnte. Dies wurde zum Anlass der Errichtung eines

ästhetisch radikal innovativen Denkmals – vermutlich zugleich des ersten auf Dauer realisierten Denkmals gegen rechte Gewalt in Deutschland überhaupt.

Kämpferische Würdigung – das *Denkmal der Märzgefallenen* in Weimar (1922)

Ende 1920 erhielt Walter Gropius, der Gründungsdirektor des Bauhauses, von den Weimarer Gewerkschaften den Auftrag, ein Denkmal für die neun Weimarer Arbeiter*innen zu gestalten, die bei einer Streikkundgebung gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch erschossen worden waren. Gropius hatte einen Wettbewerbsentwurf vorgelegt, der mit den Konventionen eines traditionellen Denkmals brach. Anstelle einer figurativen, allegorischen Darstellung schlug er eine rein gegenstandslose Gestaltung vor. Ohne Sockel, auf dem Grundriss eines offenen Dreiviertelskreises liegen unregelmäßig geformte Platten schräg versetzt übereinander und schieben sich zu einem Ende hin zu einer keilförmigen Erhöhung aus Trapez- und Dreieckformen zusammen. Das Denkmal kann umrundet und auch im Inneren begangen werden. Von jedem Standort aus bietet sich eine andere Ansicht, deren Gesamteindruck stets aus einer kristallförmigen Aufwärtsbewegung besteht. Die flachen Partien des Bauensembles wirken wie Grabplatten, und tatsächlich steht das Denkmal auf dem Historischen Friedhof in Weimar und ist zugleich die Begräbnisstätte von sieben der neun getöteten Arbeiter*innen.

Aus der Doppelrolle als Denkmal und Grabstätte ergibt sich eine Erinnerungsfunktion an die Opfer der rechten Gewalt. Das Denkmal trägt denn auch eine Inschrift »Den Märzgefallenen 1920 – die Arbeiterschaft Weimars«; geplant war außerdem eine Tafel mit den Namen der Toten. Die Bezeichnung als »Märzgefallene« charakterisiert die Toten als Soldaten, obwohl sie als unbewaffnete Teilnehmer*innen einer Kundgebung erschossen wurden. So erscheinen sie nicht als Opfer rechter Gewalt, sondern als – letztlich erfolgreiche – Kämpfer gegen rechte Gewalt. Die Dedikation weist zudem über die Weimarer Toten hinaus auf alle, die an den Massenstreiks beteiligt waren. Die Individualität der Gewürdigten spielt eine untergeordnete Rolle, im Vordergrund steht ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung.

Die symbolische Aussage der dynamisch-kristallinen Form wurde von den Zeitgenoss*innen unterschiedlich gedeutet. Gropius bezeichnete es als »Blitz-Strahl aus dem Grabesboden als Wahrzeichen des lebendigen Geistes« (zit.n. Winkler/van Bergeijk 2003: 29). Seither hat sich die Bezeichnung des Denkmals als »Blitz« etabliert. Während Gropius darin einen allgemeinen

Ausdruck des Strebens nach geistiger Freiheit sah, fungierte der Blitz für die Arbeiterbewegung als Symbol für ihre Erhebung gegen die Reaktion und für den Sozialismus. Beide Deutungen werden durch die ästhetische Gestalt des Denkmals gestützt, das mit seiner in dynamischem Zickzack aufsteigenden Keilform über die Würdigung der Toten und ihres Kampfes hinausweist, ja auch den Anlass überschreitet. Jenseits konkreter politischer Gesellschaftsmodelle verweist sie auf den Kampf für eine bessere zukünftige Welt. Insofern hat das Denkmal, obwohl es sich in ästhetischer Hinsicht vom traditionellen Denkmal absetzt, mit diesem mehr gemeinsam, als auf den ersten Blick erscheint: Es ist ein Heldenmal, das die Gerechtigkeit ihres Kampfs und die Notwendigkeit ihn fortzusetzen beschwört. In diesem Sinne ist es ein affirmatives Denkmal im Sinne traditionellen politischen Totenkults. Neu ist allerdings, neben seiner abstrakten Formensprache und mit dieser kongruierend, die Sinnstiftung durch ein die Gegenwart transzendierendes utopisches Gesellschaftsideal.

II.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Frage nach angemessenen Denkmalsformen auf radikalisierte Weise. Eine bruchlose Fortsetzung der nationalistisch-kriegsaffirmativen Denkmalspolitik war nicht möglich, zumal der Alliierte Kontrollrat 1946 in einem Dekret verfügte, alle NS-Denkmale, die der Verherrlichung des Krieges dienten, zu zerstören. Vor diesem Hintergrund entstand in der Nachkriegszeit eine neue Spielart des Denkmals: das Mahnmal. Dieses charakterisiert das zu erinnernde Gewaltereignis direkt oder indirekt als etwas Negatives und enthält als zentrale Botschaft eine »Mahnung« an die Lebenden. Dabei entwickelten sich nach der Teilung bezeichnende Spezifizierungen in Ost- und Westdeutschland: In der DDR dienten Mahnmale wie Fritz Cremers Buchenwald-Denkmal (1958) primär der legitimatorischen Propaganda für das neue Staatswesen, sie waren also letztlich affirmativen Charakters (vgl. Knigge 1998: 130-141). Wie traditionelle Denkmäler sprechen sie die Rezipient*innen aus einer normativen Position heraus an und verbinden ihren Aufruf mit dem geschichtsteleologischen Wissen um eine erstrebenswerte Zukunft, deren Grundlagen in der Gegenwart bereits gelegt sind. Da die DDR-Denkmalkultur vor allem den antifaschistischen Widerstand der Kommunist*innen heroisierte, wurden die Täter*innen pauschalisiert und viele Opfergruppen ausgeblendet.

In der Bundesrepublik stand dagegen eine Trauermetaphorik im Vordergrund, die die Täterschaft ausblendete und die Differenz zwischen Tätern und Opfern nivellierte. Da man sich mit der Geschichte nicht mehr offen identifizieren konnte, suchte man sich ohne Auseinandersetzung von ihr loszusagen. An die Stelle des »Kriegers« oder »Helden« trat der vieldeutige Begriff des »Opfers«, der ganz verschiedene Gruppen – Jüd*innen, Opfer politischer Verfolgung, Bombenopfer, Vertriebene, Wehrmachtsoldaten etc. – umfasste (vgl. Vogt 1993: 189-211). Dabei fanden viele Opfergruppen auch hier Jahrzehnte lang keine Erwähnung. Diese Mahnmalspolitik der Nachkriegszeit setzte sich auch nach der deutschen Vereinigung teilweise fort. So basierte die ursprüngliche Konzeption der *Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft* in der Neuen Wache in Berlin (1993) auf einem höchst unspezifischen Opferbegriff, der Holocaustopfer ebenso wie ins NS-Regime-Involvierte umfasste (vgl. Endlich 1993: 107). Erst nach massiver Kritik wurde dies durch die Hinzufügung einer Tafel mit der Auflistung der konkreten Opfergruppen des Nationalsozialismus korrigiert.

Für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen gilt, dass das Mahnmal sich gegenüber dem traditionellen (Krieger-)Denkmal nur auf ambivalente und vordergründige Weise absetzt. Einerseits ist ein wichtiges Charakteristikum des Mahnmals die Erweiterung des Personenkreises, dessen gedacht wird, über die gefallenen deutschen Soldaten hinaus, d.h. die Einbeziehung von zivilen Kriegs- und Gewaltopfern sowie sukzessive auch von nicht-deutschen Opfern. Andererseits wird in den Mahnmalen die traditionelle Denkmalsästhetik weitgehend ungebrochen weitergeführt, mit all ihren semantischen Konnotationen einer martialischen oder beschönigenden Sinngebung. Vor allem aber liegt in der – inhaltlich meist unspezifischen – »Mahnung«, der zeigefingerhebenden Geste ein autoritatives Moment, das dem des traditionellen Denkmals gleicht. Insofern sind Mahnmale nicht anti-affirmativ. Hinsichtlich der Akteur*innen, Motive und Hintergründe des zu Erinnernden Ereignisses bleiben sie aussagelos, und sie verzichten auch nicht auf nachträgliche Sinnstiftung. Mahnmale sind ein Versuch, sich von negativer Geschichte zu distanzieren, ohne sich (selbst-)kritisch damit auseinanderzusetzen.

III.

Heute wird der Begriff des Mahnmals vielfach als pauschale Bezeichnung für alle Denkmäler eingesetzt, die an negative Ereignisse erinnern – ganz ungeachtet der Art und Weise, *wie* sie dies tun. Diese unspezifische Verwendung des Begriffs ist irreführend. Denn sie nivelliert die Unterschiede zwischen Mahnmalen und neueren Denkmalsformen, die aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem Mahnmal heraus entstanden und von dem Anspruch getragen sind, mit der affirmativen Struktur konsequent zu brechen.

Ernsthafte Bestrebungen zur Entwicklung eines neuen, kritischen Denkmaltypus setzten in den 1980er-Jahren ein – basierend auf geschichtspolitischen Kämpfen gegen starke Widerstände, den Nationalsozialismus und den Holocaust aus dem Verschweigen und Vergessen zu holen und zum Gegenstand einer kritisch-selbstreflexiven Geschichtskultur zu machen. In diesem Kontext stellte sich die Frage nach angemessenen Formen der visuellen Repräsentation und Vermittlung der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Hintergründe. Man war sich dessen bewusst, dass die gegenständliche und allegorische Bildsprache traditioneller Denkmäler für diese Herausforderung keine adäquate Antwort bietet, weil es schlicht keine tradierten Bilder und Allegorien für massenhafte Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung gibt. Es war nun klar, dass sich jede Form einer nachträglichen Sinnstiftung, die aus einem affirmativen Bezug auf geschichtliche Ereignisse Orientierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Zukunft konstruiert, verbietet. Deshalb bedurfte es neuer Denkmäler, die mit dem traditionellen Denkmal in jeder Hinsicht brechen: hinsichtlich der Botschaft, der ästhetischen Form und der Art und Weise der Publikumsadressierung. Es bedurfte eines kritischen Denkmalstyps, der die direkten Nachfahr*innen der Tätergesellschaft anstößt, sich mit geschichtlichen Ereignissen, »die nicht hätten geschehen dürfen« (Arendt 2002: 7), kritisch auseinanderzusetzen, der diesen nicht nachträglichen Sinn verleiht, sondern vielmehr dazu auffordert, sich ihrer radikalen Sinnlosigkeit und Unerträglichkeit zu stellen, der Reflexion ermöglicht, anstatt fertige Antworten zu liefern.

Mitte der 1980er-Jahre begannen Künstler*innen wie Esther Shalev-Gerz, Jochen Gerz, Horst Hoheisel, Dani Karavan, Micha Ullman und Jenny Holzer Denkmäler zu entwickeln, die die bis dahin gängigen Denkmaleigenschaften auf unterschiedliche Weise verweigern, indem sie weder monumental noch affirmativ sind und auch keine mahnende Botschaft transportieren, sondern zum Fragen oder eigenen Handeln anregen. Aufgrund dieser Eigen-

schaften – die nicht nur ein neuer Umgang mit dem geschichtlichen Gegenstand, sondern auch eine Selbstkritik des Mediums Denkmal sind – fasst der US-amerikanische Kulturwissenschaftler James E. Young (1992) diese im Einzelnen sehr unterschiedlichen Denkmäler unter dem Begriff »Counter-Monument« zusammen. Unter der Bezeichnung »Gegendenkmal« etablierte sich dieser neue (selbst-)kritische Denkmalstypus erfolgreich in Deutschland und bildet unterschiedlichste ästhetische und konzeptionelle Ausdifferenzierungen. Eines der frühesten Beispiele ist das *Mahnmal zum Aschrottbrunnen* in Kassel.

Ausstellen des Verlusts – das *Mahnmal zum Aschrottbrunnen* in Kassel (1987)

Der Aschrottbrunnen war eine prächtige, vor dem Kasseler Rathaus aufgestellte historistische Brunnenanlage, die der Industrielle Sigmund Aschrott 1908 der Stadt Kassel gestiftet hatte. 1939 wurde der Brunnen aufgrund des jüdischen Hintergrunds seines Stifters zerstört. Nach Kriegsende wurde er nicht wieder errichtet, sondern die erhaltene Brunnenschale als Blumenbeet verwendet. Als in den 1980er-Jahren verspätet Überlegungen angestellt wurden, den Brunnen wiederherzustellen, schlug der Kasseler Künstler Horst Hoheisel vor, statt einer Rekonstruktion ein Erinnerungsmal an den Brunnen zu schaffen, das dauerhaft auf dessen Zerstörung aufmerksam macht.

Das 1987 eingeweihte Denkmal besteht aus einem Betonabguss des ehemaligen Aschrottbrunnens in vereinfachter Form, der an dessen ursprünglichem Standort als Negativform umgekehrt in den Boden eingelassen ist. Entsprechend der ursprünglichen Höhe des Brunnens, der durch eine hohe Sandsteinpyramide bekrönt war, reicht er mit einer Tiefe von zwölf Metern bis ins Grundwasser hinein. Wie beim ursprünglichen Aschrottbrunnen handelt es sich auch beim Denkmal um eine Brunnenanlage, nur dass das Wasser nicht in die Höhe gepumpt wird, sondern in der Hohlform der Pyramide in die Tiefe stürzt. Ein umlaufender Wasserkanal markiert die Dimensionen der ehemaligen Brunnenschale. Das Denkmal ist flach und begehrbar, sodass man auf Gittern stehend das Wasser in die umgekehrte Brunnenpyramide hinabfallen sieht.

Charakteristisch für das Denkmal ist, dass es nicht auf die NS-Verbrechen im Allgemeinen oder den Holocaust als Ganzes verweist, sondern auf eine konkrete Gewalttat, die vergleichsweise harmlos erscheint, insofern sie sich auf ein materielles Objekt bezieht. Die Zerstörung des Brunnens dient als

pars pro toto, als symbolischer Verweis auf das Ganze, ohne dies explizit auszuweisen.

Das Denkmal ist als solches nicht zu erkennen. Es ist nicht nur – im Gegensatz zum einst monumentalen Aschrottbrunnen – gänzlich un-monumental, sondern ausgesprochen unauffällig: Wer nicht weiß, dass es existiert, geht leicht daran vorbei. Es hat keine Hauptansicht, man kann nur seinen Grundriss, nicht seine Tiefenstruktur erfassen, und die ursprüngliche, nun in die Tiefe gestülpte Gestalt des Aschrottbrunnens existiert nur in der Imagination der Betrachter*innen. In diesem Verzicht auf materielle und visuelle Präsenz liegt eine fundamentale Abkehr von traditionellen Denkmälern, die üblicherweise an wichtigen städtebaulichen Positionen in Sichtachsen aufgestellt sind, um besondere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Hier sind stattdessen die Rezipient*innen gefordert, das Denkmal überhaupt zu entdecken und durch die eigene Vorstellungskraft zu vervollständigen.

Neben der Antimonumentalität ist die negative Inversion der Form ein wesentliches Merkmal von Hoheisels Denkmal, das deshalb als »Negativ-Monument« bezeichnet wurde (Young 2002: 15). Diese Verkehrung bedeutet das Gegenteil einer Rekonstruktion des Brunnens: Während ein Wiederaufbau den Gewaltakt der Zerstörung des Brunnens – und die in ihm symbolisch mit angesprochene massenhafte Vernichtung menschlichen Lebens – unsichtbar gemacht, die Wunde im Stadtbild vordergründig geheilt hätte, hält die Inversion der Form die Zerstörung dauerhaft sichtbar, die Wunde offen. So wie in Walter Benjamins geschichtsphilosophischen Thesen der »Engel der Geschichte« die Opfer der Geschichte im Blick behält, statt sie im Zuge des historischen Fortschritts hinter sich zu lassen (Benjamin 1991: 697f.), stellt dieses Denkmal den Verlust aus, statt ihn zu überdecken.

Zwar wird es irreführenderweise offiziell als »Mahnmal« bezeichnet, doch fehlt Hoheisels Erinnerungsmal für den Aschrottbrunnen gerade das zentrale Charakteristikum von Mahnmalen: der erhobene Zeigefinger. Es beschränkt sich darauf, lakonisch zu zeigen, was ist – genauer: was unwiederbringlich nicht mehr da ist. Mit dieser zurückhaltenden, die Rezipient*innen eher ermächtigenden als belehrenden Grundhaltung erweist sich Hoheisels Aschrottbrunnen-Denkmal als konsequent nicht-affirmatives Denkmal.

IV.

Mit den Gedenkdenkmälern hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine kritische Denkmalskultur etabliert, die zeigt, wie man im öffentlichen Raum traumatische Phänomene thematisieren kann. Auch wenn mit Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust historische Ereignisse thematisiert werden, handelt es sich nicht um abgeschlossene Geschichte. Gerade der NSU mit seiner expliziten Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, aber auch andere Formen aktueller rechtsradikaler Gewalt ziehen Kontinuitätslinien in die Gegenwart. Rassismus und rechte Gewalt sind auch unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaats virulente gesellschaftliche Probleme. Täglich können neue Vorkommnisse geschehen, es gibt keinen Sicherheitsabstand, aus dem heraus das Thema behandelt werden kann. So wie die Verurteilung des Nationalsozialismus – ein Grundpfeiler des staatlichen Selbstverständnisses der Bundesrepublik – von einem Teil der Gesellschaft nicht aktiv mitgetragen wird, und so wie Gedenkdenkmäler zum Nationalsozialismus häufig nur gegen Widerstände realisiert werden konnten, müssen auch Denkmalsprojekte gegen rechte Gewalt und Rassismus damit rechnen, nicht auf ungeteilte Zustimmung zu stoßen. Vor diesem Hintergrund sind die im Kontext der Gedenkdenkmals-Projekte entstandenen Konzepte und Erfahrungen im Hinblick auf aktuelle Denkmalsprojekte zu Ereignissen rechter Gewalt und Rassismus relevant.

Im letzten Jahrzehnt, seit der Enthüllung des NSU 2011, wurden in verschiedenen deutschen Städten Denkmäler errichtet, die sich auf rechte, rassistisch motivierte Gewalttaten beziehen. Dabei wurden ästhetisch wie politisch unterschiedliche Ansätze verfolgt, und sie sind auch qualitativ sehr verschieden. Doch gerade Leerstellen und Inkohärenzen können für ein tieferes Verständnis der besonderen Herausforderungen einer solchen Denkmalsaufgabe erhellend sein. Daher sollen drei Beispiele im Folgenden genauer beleuchtet werden.

Gedenken und Verurteilung – die Gedenkstätte für die Opfer rechtsextremer Gewalt in Dortmund (2013)

Nach dem Öffentlichwerden des NSU wurden in allen sieben Städten, in denen die Rechtsterrorist*innen zehn Menschen ermordet hatten, Gedenkstätten für die Opfer errichtet, die durch eine einheitliche Botschaft miteinander verbunden, jedoch individuell ausgestaltet sind. Die Gedenkstätte in Dort-

mund wurde unter Mitwirkung der Bildhauerin und Bühnenbildnerin Dorothee Bielfeld und der Professorin für Stadtplanung Christa Reicher realisiert. Sie befindet sich auf einer Freifläche vor dem Auslandsinstitut in der Dortmunder Nordstadt, einem postmigrantisch geprägten Stadtgebiet, in dem der Kiosk des NSU-Opfers Mehmet Kubaşık lag. Die Gedenkstätte besteht aus zwei miteinander verbundenen Elementen aus dunklem Basaltstein: einer zwei Meter hohen Stele und einer zehn Meter langen und 20 Zentimeter schmalen, am Boden auf die Stele hinführenden Leiste, deren Höhe sich aufgrund einer leichten Bodenabsenkung zum Rand des Wiesengrundstücks hin von 20 auf 50 Zentimeter erhöht, sodass sie eine keilförmige Form erhält. Vertikales und horizontales Element sind durch ein 1,2 Meter langes, in den Boden eingelassenes Lichtband verbunden, das die Stele teilweise unterzieht und bei Dunkelheit von unten beleuchtet. Aufgrund dieser Auskragung der Stele erscheinen Stele und Leiste trotz ihres Abstands als passgenau zusammengehörig. Die lange schmale, am Boden liegende Leiste trägt, zur Stele hinführend, die einheitlich für alle sieben Städte verabredete Inschrift: »Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!« Eine Seite der Stele enthält die Bezeichnung »Gedenkstätte für die Opfer rechtsextremer Gewalt«, auf der anderen Seite sind die Namen, Wohnorte und Geburts- und Todesdaten der zehn Mordopfer eingraviert. Beidseitig des Ensembles befinden sich jeweils drei Sitzbänke und drei Platanen, sodass ein zugleich nach außen geöffneter wie leicht abgegrenzter Gedenkbereich entsteht.¹

Wie schon aus der Gestaltung als Gedenkhain hervorgeht, eine traditionelle Form des Totengedenkens, steht hier das Gedenken an die Mordopfer im Zentrum. Darüber hinaus kommt die Grundidee des Gesamtprojekts, über die Einzelfälle hinausweisend den Zusammenhang der Mordserie anzusprechen, in der Inschrift zum Ausdruck. Sie basiert auf einem universalistischen Konzept der Menschenwürde. Durch die Aussage, dass »zehn Menschen« ermordet wurden, und die Bewertung des Mordmotivs als »Menschenverachtung« wird der elementare Gegensatz von Achtung der Menschenwürde und

1 https://www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/vielfalt_tolernz_und_demokratie/gedenkstaette/index.html[25.05.2021].

Menschenverachtung zu ihrem normativen Kern. Dementsprechend bezieht das »wir« alle Angehörigen der Gesellschaft als Mitbürger*innen appellativ mit ein, denn die NSU-Morde werden als Angriff auf die ganze Gesellschaft und ihre demokratische Verfasstheit gedeutet. Die Stärke dieser Inschrift liegt also gerade darin, dass sie die Leid- und Gewalterfahrung eines Teils der Gesellschaft als Herausforderung der ganzen Gesellschaft annimmt und alle zum Gegenhandeln auffordert.

In der stringenten Durchführung dieses Ansatzes entstehen gleichwohl einige Probleme, die zu beleuchten lohnend ist, weil darin grundsätzliche Herausforderungen im Kontext von NSU-Denkmalen erkennbar werden. Eines dieser Probleme betrifft die Ausdifferenzierung der zehn Mordopfer mit ihren unterschiedlichen Hintergründen, was grundsätzlich schwierig ist, weil Charakterisierungen leicht falsch verallgemeinernd oder auch exkludierend wirken können. Die Inschrift bezeichnet entsprechend ihrer universalistischen und inklusiven Grundtendenz, die Begriffe »deutsch« und »ausländisch« strikt vermeidend, die postmigrantischen Opfer als »Mitbürger«, um sie damit als Teil des Gemeinwesens zu charakterisieren – da allerdings die Polizistin nicht gleichfalls als »Mitbürgerin« bezeichnet und nur bei ihr der Beruf genannt wird, entsteht doch eine Asymmetrie. Ein weiteres Problem entsteht durch die Benennung des Mordmotivs als »Menschenverachtung« als Oberbegriff für alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, der für die neonazistische Terrorgruppe sachlich zutreffend ist – allerdings wird so der rassistische Hintergrund von neun der zehn Morde nicht explizit benannt. Umgekehrt wäre aber auch eine Beschränkung auf Rassismus unangemessen verengend. Insgesamt ist die Inschrift ein reflektierter Ansatz, die komplexen und facettenreichen Sachverhalte zum NSU kurz, klar und allgemeinverständlich darzustellen und im politischen Horizont von Menschenwürde und Demokratie zu bewerten. Sie bietet einen guten Ausgangspunkt, um über Lösungen für die genannten Probleme nachzudenken.

In ästhetischer Hinsicht kompiliert das Denkmal verschiedene Gestaltungsweisen der älteren und jüngeren Gedenkkultur. Während Gedenkhain, Stele und dunkler Basalt klassische Elemente der Sepulkralkultur sind, erinnern die minimalistisch anmutenden Formen an die Hochphase der Gegendenkmalsbewegung seit den ausgehenden 1980er-Jahren. Charakteristisch für diese Denkmäler, wie sie etwa der israelische Bildhauer Dani Karavan schuf, ist das Ersetzen klassischer Allegorese durch das Evozieren elementarer Symboliken von Form und Material, gekoppelt mit der Schaf-

fung von Bewegungs- und Assoziationsräumen für die Rezipient*innen (vgl. Krieger 2017). In diesem Sinne ist auch die Leiste zu verstehen, die Besucher*innen von der Straßenecke zur Stele hinleitet und zugleich mit ihrer Inschrift in die Denkmalsaussage einführt. Wie eine Zeitschiene verweist sie auf den Zusammenhang von rechtsradikaler Menschenverachtung und Verbrechen und implizit auch auf die Verbindung zwischen historischem Nationalsozialismus und neonazistischem NSU. Form und Text bilden eine sinnvolle Einheit. Zusätzlich wird durch die Nachbarschaft zum ehemaligen SS-Gefängnis Steinwache und die Charakterisierung der Täter eine Verbindung zum Nationalsozialismus hergestellt. Damit leistet das Denkmal einen Brückenschlag zwischen dem Gedenken für die Opfer und dem Verweis auf die historisch-gesellschaftliche Dimension des Verbrechens.

Selbstentschuldung und unverbindliche Versprechen – *Offene Tür – offenes Tor* in Hoyerswerda (2014)

Im September 2014, genau 23 Jahre nach dem Ereignis, wurde in Hoyerswerda ein Denkmal zur Erinnerung an das rassistische Pogrom im Jahr 1991 eingeweiht, durch das die sächsische Kleinstadt schlagartig international bekannt geworden war. Mehrere Tage lang waren ein Wohnheim für Vertragsarbeiter*innen und eine Flüchtlingsunterkunft durch Neonazis unter dem Beifall »normaler« Bürger*innen bedroht und mit Steinen und Molotowcocktails beworfen worden, was die Polizei nicht unterbinden konnte, die stattdessen die Bewohner*innen aus den Häusern und der Stadt herausführte. Neonazis feierten dies als Erfolg und bezeichneten Hoyerswerda als »erste ausländerfreie Stadt«. Diese Ausschreitungen bildeten den Ausgangspunkt zahlreicher weiterer kollektiver Gewaltaktionen.

Die Denkmalsetzung geht zurück auf den Anstoß einer Bürger*inneninitiative, die sich 20 Jahre nach dem Ereignis aus Empörung über die Untätigkeit der Stadt gegründet hatte. Die *Initiative Pogrom91* forderte einen Denkmalwettbewerb und legte gleich einen eigenen provokanten Entwurf vor, der aus einem Kasten mit Glasscherben und einem Pflasterstein bestand. In der Folge schrieb die Stadt einen künstlerischen Ideenwettbewerb aus, in den acht Entwürfe eingingen, aus denen die Jury den Vorschlag der in Hoyerswerda ansässigen Steinmetzmeisterin Martina Rohrmoser-Müller auswählte. Er besteht aus einem etwa drei Meter hohen, modernistisch-schlichten Tor aus dunklem Basalt, dessen Durchgang durch einen Regenbogen aus Buntglas überwölbt ist. Der obere Balken trägt auf der Vorderseite die Inschrift

»Herbst 91« und auf der Rückseite »Hoyerswerda vergisst nicht – wir erinnern«. Als Standort wurde eine Grünfläche an einem Kreisverkehr in dem Plattenbauviertel gewählt, wo die Ausschreitungen stattgefunden hatten, es besteht eine räumliche Nähe zu den Standorten der Häuser, die damals angegriffen wurden, allerdings keine Sichtverbindung. Das Tor steht auf einem geschwungenen Weg, der an dieser Stelle breiter wird, sodass man seitlich daran vorbei, aber auch hindurchgehen kann. An der Seite eines Pfostens ist ein QR-Code angebracht, mittels dessen man sich über die »Ereignisse im Herbst 1991« (so die Selbstdarstellung auf der Homepage der Stadt Hoyerswerda)² und die Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus informieren kann. Die Bildhauerin erklärte, der dunkle Basalt stehe »für die schlimmen Ereignisse und das offene Tor für Gastfreundschaft, der Regenbogen für Versöhnung und Hoffnung« (taz 2014). Die Denkmalsetzung steht im Kontext verschiedener, erst sehr spät nach dem Pogrom einsetzender Aktivitäten der Stadt »für Demokratie und Weltoffenheit« und eine Willkommenskultur, die neben dem Druck zivilgesellschaftlicher Gruppen wohl auch auf den Wunsch nach einer Imageverbesserung von Hoyerswerda zurückzuführen sind.

Das Denkmal von Hoyerswerda ist ein aufschlussreiches Anschauungsobjekt für den Konflikt zwischen affirmativem Repräsentationsanspruch und negativem Erinnerungsgegenstand, der hier einseitig zugunsten der Affirmation aufgelöst wird. Das negative Moment wird durch den dunklen Basalt repräsentiert, was an traditionelle Sepulkralkultur anknüpft, hier sachlich aber nicht passend ist. Dasselbe gilt für die Gestalt des Tores, das bei Grabmalen als Symbol des Übergangs vom Leben zum Tod verwendet wird. Durch den Regenbogen wird das Tor wiederum positiv umkodiert zu einem Willkommenszeichen, obwohl ein Tor immer nur eine Schwellensituation markiert, aber offenbleibt, wie der Raum dahinter beschaffen ist und ob dieser für die Eintretenden tatsächlich einladend ist. Die einladende Geste bleibt leer und ihre Verknüpfung mit dem Gewaltereignis unklar. Das Ereignis, auf das sich das Denkmal bezieht, wird überhaupt nicht benannt. Aus den Inschriften geht nur hervor, dass, nicht aber, woran erinnert werden soll. Weder die Täter*innen noch die Betroffenen werden benannt, das Skandalon der ignoranten oder gar applaudierenden Haltung eines Teils der Bevölkerung wird verschwiegen und der zugrundeliegende Rassismus bleibt unerwähnt. Rezi-

2 <https://www.hoyerswerda.de/stadtleben/stadtportrait/ort-der-vielfalt/> [25.05.2021].

pient*innen können von diesem Denkmal nichts erfahren und werden nicht zur Auseinandersetzung angestoßen.

Ein Denkmal gegen ein rassistisches Pogrom in einer Stadt, in der nicht nur eine starke Neonaziszene existiert, sondern auch unverhohlene Sympathie für deren Gewaltaktionen in bürgerlichen Kreisen, ist zwangsläufig ein Stachel im Fleisch, ein Ärgernis, eine Provokation. Entsprechend war in der Hoyerswerdaer Bevölkerung die Idee, ein Erinnerungszeichen für das Pogrom von 1991 zu setzen, wie der Bürgermeister gemäß der Homepage der Stadt in seiner Rede anlässlich der Denkmalseinweihung einräumte, umstritten. Die Hoffnung, mit einem inhaltlich aussagelosen, ästhetisch zum Kitsch tendierenden Denkmal weniger Ablehnung zu erzeugen, mag aufgegangen sein. Doch damit reduziert sich der Sinn des Denkmals darauf, durch eine unverbindliche Geste niemandem wehzutun und dem Stadtmarketing zu dienen.

Dezentrales Hinterfragen – das Denkmal *Gestern Heute Morgen* zum Rostocker Pogrom von 1992 (2017)

Im August 1992 attackierten einige Hundert Gewalttäter*innen unter dem Beifall Tausender Rostocker*innen das vollkommen überbelegte Wohnheim für Asylbewerber*innen in Rostock-Lichtenhagen über mehrere Tage hinweg mit Steinen und Brandsätzen. Nachdem die Polizei, die sich nicht in der Lage sah, die Angegriffenen zu schützen, das Haus evakuierte, drang der bewaffnete Mob in das angrenzende »Sonnenblumenhaus« ein, ein Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter*innen, und legte dort Feuer; die rund 120 Bewohner*innen konnten sich nur mit Not über das Dach retten. Das Rostocker Pogrom wurde zu einem Fanal rassistischer Gewalttaten in Deutschland.

25 Jahre nach diesen Ereignissen weihte die Stadt Rostock ein Erinnerungsmal ein, dem ein offener Kunstwettbewerb *Erinnern und Mahnen an Rostock-Lichtenhagen 1992* vorausgegangen war. Laut dem Konzeptpapier sollte das Projekt der Stadtgesellschaft ermöglichen, »sich der Verantwortung zu stellen und das Trauma zu bearbeiten und damit das Stigma zu drehen«. Die Ausschreibung sah vor, mehrere Elemente an verschiedenen Orten im Stadtgebiet zu errichten, die auf unterschiedliche Weise mit dem Pogrom in Verbindung stehen, und gekoppelt an diese Standorte die verschiedenen Akteur*innen und sachlichen Aspekte der Ereignisse zu thematisieren. Zum Sieger gekürt wurde der Entwurf *Gestern Heute Morgen* der Rostocker Künstler*innengruppe SCHAUM. Das Konzept von Alexandra Lotz und Tim Kellner sah vor, an fünf Standorten Stelen aus Naturstein aufzustellen,

die in ihrer individuellen Gestaltung jeweils einen spezifischen Aspekt des Geschehens thematisieren und zugleich durch die gemeinsame Ästhetik den übergeordneten Zusammenhang sichtbar werden lassen.

Realisiert wurde letztlich ein dezentrales Denkmal mit sechs Standorten. Diese werden auch in einem Internetauftritt präsentiert. Dabei wird jeder Standort unter einem Begriff gefasst, sodass er mit einer bestimmten Thematik in Verbindung gebracht wird. Während die über die Stadt verteilten Stelen ein unhierarchisches Netz von Stationen bilden, die in einer freien Abfolge aufgesucht werden können, werden sie auf der Webseite in einer klaren Reihung präsentiert.³ Bemerkenswerterweise wird als erster Standort nicht der Tatort des Pogroms gewählt, sondern das Rathaus. Unter dem daran gekoppelten Begriff »Politik« soll hier nach politischer Verantwortung gefragt werden – durch Tatenlosigkeit vor und während der Ausschreitungen, aber auch durch die Verschärfung des Asylrechts, die den Gewalttäter*innen praktisch im Nachhinein noch Bestätigung verschaffte. Für die Frage nach der Verantwortung wurde eine spezielle Symbolik entwickelt: An der oberen Seite der Stele ist die Negativform eines Gesichtes eingelassen, wobei von den Augen Bohrungen bis in die Tiefe des Bodens reichen. Aufgrund der Höhe der Stele von 1,20 Metern ist es möglich, in diese Negativform das eigene Gesicht einzulegen; die dafür erforderliche Beugung von Kopf und Oberkörper fungiert als symbolische Verbeugung vor den Opfern.

Zweiter Standort ist das »Sonnenblumenhaus«, dessen Bewohner*innen angegriffen wurden. Er ist betitelt mit »Selbstjustiz«. Die Stele steht auf einer zersplitterten Beton-Bodenplatte, deren Teile bei dem Pogrom als Wurfgeschosse benutzt worden waren. Ein Stück aus dieser Platte lag oben auf der Stele auf, als Hinweis auf die damals bedrohliche und weiterhin prekäre Situation – drei Tage nach Einweihung des Denkmals war es bereits verschwunden. Unter dem Titel »Staatsgewalt« befindet sich die dritte Stele vor der Polizeidirektion. Sie ist hier schräg gestellt und mit Auszügen aus dem Gesetz über die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern beschriftet, aus denen die Aufgabe der Polizei hervorgeht, Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verhüten. In Kombination mit der Schrägstellung der Stele weisen diese Inschriften auf das Versagen der Polizei während des Pogroms hin. Vor dem Sitz der regionalen Ostsee-Zeitung befindet sich die vierte Stele mit dem Titel »Medien«. Auf ihrer Oberseite befindet sich ein Verschiebepuzzle, bei dem aus Begriffen wie »Asyl«, »Recht«, »Neid«, »Mut«

3 [http://rostock-lichtenhagen-1992.de/\[25.05.2021\]](http://rostock-lichtenhagen-1992.de/[25.05.2021]).

und »Angst« sowie Präpositionen wie »zu« und »vor« verschiedene kurze Sätze gebildet werden können. Damit soll die Rolle der Medien bei der Erzeugung rassistischer Stimmungen und Ressentiments angesprochen werden. Die fünfte Stele mit dem Titel »Gesellschaft« befindet sich, inmitten eines Distelbeets stehend, in der Nähe eines ehemaligen alternativen Jugendzentrums, das während des Pogroms als Treffpunkt von Aktivist*innen diente, die den Gewalttaten entgegenwirken wollten. Sie enthält am oberen Ende eine Öffnung in Form eines stilisierten Hauses, in die man Sonnenblumenkerne hineinlegen soll. Ein Jahr nach Einweihung des Denkmals wurde zusätzlich eine sechste Stele errichtet, nachdem kritisiert wurde, dass bei den genannten fünf Kategorien die Opfer des Pogroms außer Acht gelassen sind. Diese Stele unter dem Namen »Empathie« enthält Negativabdrücke menschlicher Körper, sodass man sie umarmen kann.

Das dezentrale Denkmal ist in eine Vielzahl erinnerungspolitischer Aktivitäten von Stadt und Zivilgesellschaft eingebunden. Es gibt eine Dokumentationsstelle *Lichtenhagen im Gedächtnis*, die regelmäßig Workshops, Stadtrundgänge und Veranstaltungen anbietet. Die Stelen sind auch Orte von Kundgebungen, insbesondere die Stele »Empathie« wird als über das Ereignis von 1992 hinausweisendes Symbol im öffentlichen Raum genutzt, so wurden dort zum Gedenken an die Opfer des Anschlags in Hanau Blumen und Kerzen niedergelegt.

Die Dezentralisierung – bezogen auf Denkmäler ein relativ junges und eher seltenes Phänomen – ist eine spezifische Symbolisierungsstrategie, die es ermöglicht, komplexe Zusammenhänge sinnlich und kognitiv greifbar zu machen und aktive Rezeptionsformen zu fördern (vgl. Krieger 2021). Innovativ ist auch die Konzeption, jeweils einen Ort mit bestimmten Akteur*innen und zugleich mit einem sachlichen Aspekt des Ereignisses zu verknüpfen. Zu den Qualitäten des Rostocker Denkmals gehört die einfache, klare Form der Stele als Grundelement, das an den verschiedenen Standorten jeweils mit einer spezifischen Form versehen wird, die zugleich ein Partizipationsangebot an die Rezipient*innen enthält.

Die Ausführung des Konzepts weist aber auch einige Problempunkte auf. So wird mit dem Begriff »Selbstjustiz« der Sachverhalt auf gravierende Weise beschönigt – bezeichnet Selbstjustiz doch die eigenmächtige Vergeltung erlittenen Unrechts, während es sich bei dem Pogrom um einen verbrecherischen Vorgang handelte. Auch der Begriff »Gesellschaft« zur Charakterisierung des alternativen Treffpunkts ist verharmlosend, zählen doch die Gewalttäter*innen und ihre Unterstützer*innen ebenso zur Gesellschaft wie diejenigen, die

ihnen entgegentraten. Bei der Stele am Rathaus richtet sich das Angebot zu symbolischer Demut und Selbstbefragung – entgegen der erklärten Absicht – nicht erkennbar an politische Entscheidungsträger*innen, sondern an jedes einzelne Individuum, wodurch die Frage nach der Verantwortung der Politik verwässert wird. Die Stele »Empathie« fordert zwar dazu auf, sich den Betroffenen zuzuwenden, lässt diese aber nicht als Subjekte mit eigenen Perspektiven sichtbar werden.

Trotz dieser Inkonsequenzen ist zu würdigen, dass das Rostocker Denkmal auf differenzierte Weise die verschiedenen Aspekte des Pogroms in seiner Relevanz auch für die Gegenwart und Zukunft thematisiert. Nicht zuletzt ist der Ansatz, die Rolle von Medien, Polizei und Politik kritisch zu hinterfragen, mutig und wegweisend.

V.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun für das geplante Denkmalsprojekt zum NSU in Jena ziehen? Die Analyse der besprochenen Denkmäler hat gezeigt, dass es bestimmte Kurzschlüsse zu vermeiden gilt: Die Reduktion auf ein reines Trauermal würde die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen der Morde, ihren gesellschaftlichen Hintergründen und den zu ziehenden Konsequenzen ausblenden. Die rechtsradikalen Verbrechen erschienen gewissermaßen wie ein unerklärlicher Unfall. Noch mehr würde das Denkmal seine Aufgabe verfehlen, wenn es sich in einer bloßen Schlussstrich-Rhetorik und dem Verweis auf eine bessere Zukunft erschöpfte. Ein solches Denkmal symbolisierte vor allem die Verweigerung konkreter Auseinandersetzung und das Bestreben nach Selbstentschuldung.

Im Gegensatz dazu bedarf es eines Denkmals, das die Fragen nach (Mit-)Verantwortung im Sinne gesellschaftlicher Selbstreflexion und aktiven Gegenhandelns auf die Tagesordnung setzt. Dabei gälte es, die mörderischen Taten des NSU nicht isoliert zu behandeln, sondern ihre komplexen Hintergründe und Ursachen mit zu thematisieren. Drei Gesichtspunkte wären dabei besonders zu beachten: Erstens sollten die NSU-Morde in den Kontext der rechtsradikalen Bestrebungen zum Umbau von Staat und Gesellschaft in eine völkisch-rassistische Diktatur gestellt werden. Zweitens sollte die Tatsache thematisiert werden, dass staatliche Institutionen ihrer Verantwortung zum Schutz der Demokratie und *aller* Mitglieder der Gesellschaft im Falle des NSU nicht gerecht geworden sind, weil sie auf dem rechten

Auge blind waren. Und drittens sollte das Denkmal Licht darauf werfen, dass rassistische und antidemokratische Einstellungen kein Randphänomen sind, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft und auch bis in die staatlichen Institutionen hineinwirken – dies zeigt gerade auch der Umstand, dass die Ermittlungsbehörden über Jahre nicht nur die rechtsradikal-rassistische Motivation der NSU-Morde ausgeblendet, sondern stattdessen die Schuld bei den Angehörigen der Opfer verortet haben. Das Denkmalprojekt steht also vor der Herausforderung, drei Dimensionen miteinander zu verbinden: Es muss die Opfer der Mordtaten angemessen würdigen, die Tathintergründe in ihrer Komplexität thematisieren und auf eine vollständige Aufarbeitung insistieren.

Gegen den Schlussstrich stellt ein solches Denkmal kritisches Hinterfragen und gesellschaftliche Selbstreflexion.

Literatur

- Arbeitsrat für Kunst (1919): JA! – Stimmen des Arbeitsrats für Kunst in Berlin. Berlin: Photographische Gesellschaft.
- Arendt, Hannah (2002): Denktagebuch. 1950 bis 1973, Bd. 1, München/Zürich: Piper.
- Benjamin, Walter (1991): Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Schriften Bd. I, 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 691-704.
- Endlich, Stefanie (1993): Die Neue Wache 1818 – 1993. Stationen eines Bauwerks, in: Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nichttheatertragender Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Gütersloh (Hg.), Deutsche Nationaldenkmale 1790 – 1990, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S. 101-113.
- Knigge, Volkhard (1998): Buchenwald, in: Detlef Hoffmann (Hg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945 – 1995, Frankfurt/New York: Campus, S. 92-173.
- Koselleck, Reinhart (2002): Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge (Hg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München: C.H. Beck, S. 21-32.
- Koselleck, Reinhart/Jeismann, Michael (Hg.) (1994): Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne, München: Fink.

- Krieger, Verena (2017): Die Ambivalenz der Passage. Dani Karavans Gedenkort für Walter Benjamin, in: Burcu Dogramaci/Elizabeth Otto (Hg.), *Passagen des Exils. Jahrbuch für Exilforschung*, Bd. 35, München: De Gruyter, S. 168-191.
- Krieger, Verena (2021): Dezentralität als Symbolisierungsstrategie. Anmerkungen zum jungen Genre des dezentralen Denkmals, erscheint in: Wolfgang Brückle/Rachel Mader/Brita Polzer (Hg.), *Mit Denkmälern sprechen*, Zürich/Berlin: Piper.
- Vogt, Arnold (1993): *Den Lebenden zur Mahnung. Denkmäler und Gedenkstätten zur Traditionspflege und historischen Identität vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Hannover: Lutherisches Verlagshaus.
- Winkler, Klaus-Jürgen/van Bergeijk, Herman (2003): *Das Märzgefallenen-Denkmal*, Weimar: Universitätsverlag.
- Young, James E. (1992): The Counter-Monument. Memory against Itself in Germany Today, in: *Critical Inquiry* 18(2), S. 267-296.
- Young, James E. (2002): *Nach-Bilder des Holocaust in zeitgenössischer Kunst und Architektur*, Hamburg: Hamburger Edition.

Manifest(o)

Versuch eines Neuen Humanismus

Marc Sinan

Vielleicht ist es nur ein winziger Schritt
vom Himmel zur Hölle.
Vielleicht ist es nur ein Millimeter,
der uns vom Paradies trennt.
Als wäre der Mensch
eine Versuchsanordnung.
Gefangen und komplex
in seiner vereinzelter Psyche
und von außen betrachtet,
als Kollektiv
oder Schwarm
so bestürzend einfach
in seiner Kausalität.
Die Kraft der Schöpfung und die,
die Zerstörung bringt:
Sie ist dieselbe.

Und sie kennt kein Bewusstsein.
Bloß wir Menschen laden sie auf
mit unserem ungerichteten Willen.

Wüssten wir, was wir wollten,
so könnten wir jede Kraft dorthin wenden.
Denn jede Kraft wirkt hinein ins Universum,
bis sie zu Ende schwingt,
gleich einem Pendel
oder einer Welle.

Vielleicht ist es nur die Moral,
die wir den Kräften zuweisen,
die uns die Welt zur Hölle macht.
Denn die Kraft an sich
kennt keine Moral.
Kein Gut und
kein Böse,
schwarz
oder weiß.

Das Trauma ist ein Speicherort
für jene Kraft,
die Leid über uns bringt.
Die Wut,
der Schmerz,
die Angst,
die Trauer,
die Verzweiflung

– sie sind all jene Gefühle, die zur Klage werden,
zur Rache,
Vergeltung,
Vernichtung.
Und nur ein Hauch trennt sie doch von
der Vergebung,
der Erleuchtung,
der Glückseligkeit.

Diesen Hauch vermögen wir nicht zu überwinden.
Als wäre er ein Gebirge unbekannten Ausmaßes.

Vielleicht, weil wir nicht fähig sind,
die Flugbahn des Projektils zu beugen,
wenn es den Lauf verlassen hat;
jede Kraft zu richten und zum Guten zu wenden?

Doch – das könnten wir, wüssten wir denn,
was es ist, das Gute.

Könnten wir uns endlich
 und ein für alle Mal einigen,
 auf den Fluss des ewig Guten.
 Jeden Schuss,
 jedes Splittern von Glas,
 jede Träne,
 jeden Schmerz dorthin zu wenden,
 wäre der dann
 die Einfachheit des Guten.
 Wenn wir es zu benennen wüssten;
 wenn wir es zu benennen wüssten;
 wenn wir es zu benennen wüssten.

Die Welt ist voll von Geschichten,
 aber sie sind nicht auserzählt.
 Sie sind noch nicht unsere gemeinsamen Erzählungen.
 Wir haben die Kraft verloren für jene Geschichten,
 die den Fluss des Guten benennen
 und können doch nur aus ihnen
 jene Kraft schöpfen,
 nach der wir uns sehnen.

Jene, die den Hauch flugs überwindet,
 die die Zeit auflöst und
 das Licht gleißend erstrahlen lässt
 für uns winzige Wesen
 im Universum
 der Bedeutungslosigkeit.

Neue Erzählungen, denen wir uns anvertrauen.

Lasst es uns versuchen,
 lasst uns wieder damit beginnen.
 Immer und immer wieder.
 Und nicht mehr enden.

Marc Sinan ist Komponist und Autor. Im Rahmen von KEIN SCHLUSSSTRICH!

*realisiert er das polytopische Oratorium Manifest(o) unter Beteiligung von Laien-Musiker*innen und Kultureinrichtungen in bundesweit 14 Städten.*

Kein Schlusstrich!?

Gedenkkultur, Norm und Repräsentation

Jonas Zipf im Gespräch mit Ayşe Güleç und Volkhard Knigge

Die Versuchsanordnung dieses Gesprächs entspricht dem Grundgedanken des vorliegenden Buchs. Mit der Aktivistin und Kuratorin Ayşe Güleç, dem Historiker und langjährigen Leiter der Gedenkstätte Buchenwald Volkhard Knigge und dem Kulturmanager und -politiker Jonas Zipf treffen sich drei verschiedene Sichtweisen auf ein und dasselbe Thema: Wie kann eine wirksame und bleibende Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex gelingen? Welche Rolle spielen Kunst und Kultur beim Gedenken und Erinnern? Und warum nur laufen wir Gefahr, dass den Königen unserer Zeit ihre Schreiber abhandenkommen könnten?

JONAS ZIPF: Hallo Ayşe, hallo Volkhard. Ich freue mich sehr, dass Ihr beide euch bereit gefunden habt, mit mir über Gedenkkultur zu reden, gemeinsam laut nachzudenken und zu schauen, was wir an Gedanken sammeln können.

VOLKHARD KNIGGE: Guten Abend in die virtuelle Runde.

AYŞE GÜLEÇ: Guten Abend.

JONAS ZIPF: Ich habe erst gerade eben den idealen Einstieg für unser Gespräch gefunden. Vorhin, als ich meinen Sohn ins Bett gebracht habe, da hat er mich gefragt, wie das mit den Königen so ist. Er hat gesagt: »Wenn die Menschen mit dem König unzufrieden sind, dann verjagen sie den König.« Und dann hat er mich gefragt, ob jeder König einen Schreiber hat. Da habe ich ihm gesagt: »Ja, das war früher so.« Und da hat er gefragt: »Wozu hat er diesen Schreiber?« Ich habe geantwortet: »Damit er aufschreibt, was passiert ist. Damit die späteren Generationen wissen, was früher passiert ist.« Und dann hat er gefragt: »Gab es nur einen Schreiber?« Ich habe geantwortet: »Ich glaube, meistens gab es nur einen.« Und dann hat er gesagt: »Aber wenn die Leute unzufrie-

den sind damit, was er aufgeschrieben hat, dann haben sie ihn doch auch verjagt, oder?» Daran anknüpfend möchte ich einsteigen mit einer Kapitelüberschrift aus dem Buch »Das Unbehagen in der Gedenkkultur« von Aleida Assmann, die vom »Schock des 4. November« spricht und davon, dass mit dem Öffentlichwerden des NSU ein neues Stück Öffentlichkeit in den Fokus der gedenkpolitischen Debatte gekommen ist, das in der bundesrepublikanischen Geschichte bis dahin kaum vorkam – nämlich die Menschen, die als Gasterbeiter*innen und deren Nachfahr*innen zu uns gekommen sind. Ayşe, wie geht es Dir mit diesem Titel?

AYŞE GÜLEÇ: Es kommt darauf an, für wen dieser Satz stehen soll, aus welcher Perspektive dieser Satz gesagt wird. Für viele war es ein Schock, für andere wiederum war es kein Schock. Ich erinnere nur daran, dass sich in Kassel direkt nach dem Mord an Halit Yozgat, dem neunten Opfer des NSU, die Familien zusammengetan hatten, also die Familie Yozgat mit Familie Şimşek und Familie Kubaşık. Und ich muss an dieser Stelle betonen, dass die Familien sich bis dahin gar nicht kannten – die Morde haben sie zusammengeführt. Sie haben verstanden, was eigentlich vor sich ging, haben sich zusammengetan und gemeinsam eine große Demonstration mit über 3.000 Leuten veranstaltet. Hier in Kassel zuerst, am 6. Mai, dann fand diese Demo kurze Zeit später, am 13. Juni, glaube ich, auch in Dortmund statt. Für diese Menschen war der 4. November 2011 kein Schock. Die Frage nach dem Verfassungsschutz in der Causa Kassel war ja längst ein Thema. Warum war Temme im Internet-Café in der Holländischen Straße? Warum tut die Polizei nichts? Warum schläft der Innenminister? Das waren Fragen auf dieser Demo, auf den Schildern, aber auch in den Redebeiträgen des Vaters von Halit, Ismail Yozgat. Und diese Schilder sind dann von Kassel aus nach Dortmund gewandert und sind dort noch mal gezeigt worden. Es gab also ein Wissen darüber, dass die Morde einen Zusammenhang haben, dass es Nazis sein müssen und dass staatliche Stellen involviert sind, weil sie eben wegschauen, nicht hinschauen, nicht zuhören, stattdessen die Angehörigen, die Trauernden bedrängt haben, über viele Jahre. Dieses Wissen wurde von offizieller Seite jahrelang nicht ernst genommen, nicht gehört. Das ist mein Unbehagen.

JONAS ZIPF: Dieser Untertitel spiegelt also die Sicht der sogenannten Mehrheitsgesellschaft?

VOLKHARD KNIGGE: Ich pflichte Ayşe bei. Wenn man vom Schock des 4. November spricht, die NSU-Morde als Urereignis nimmt, dass Menschen in Deutschland, Deutsche mit »Migrationshintergrund« Opfer rechter Gewalt werden können, dann hat man alles, was in den Jahren vorher geschehen ist, nicht ernstgenommen. Rechte, neonazistische Radikalisierung und Gewalt haben sich lange angedeutet, schon vor 1990, sehr deutlich dann nach 1990 im vereinigten Land. Man denke nur an die Ereignisse in Rostock und Mölln. Daran, dass es Pogrome gab, Überfälle, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte ... Auch in Thüringen ist schon lange davor gewarnt worden, dass sich die rechtsradikale Szene diversifiziert, sich in Untergruppchen, in Kameradschaften organisiert, dass sie das »Argument der Tat« sucht und sich bewaffnet. Hätte man das ernst genommen und mit der langen Geschichte und Wirkung politisch und ethnisch ausgrenzender Weltanschauungen in Deutschland verbunden, hätte man nicht so tun können, als sei das gerade erst vom Himmel gefallen. Engagement gegen und kritische Aufklärung über diese Entwicklung gab es zwar auch immer, aber eben auch die Versuche der Verharmlosung, nicht zuletzt in Teilen der politischen Klasse. Insofern würde ich sagen – das ist ein kleiner Widerspruch zu Ayşe – da ist kein total blinder Fleck in der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch Gegenläufiges: Engagement und Aufklärungsforderungen versus Indifferenz, Verharmlosung, Vertuschung. Die von Jena ausgehende Initiative steht ja selbst in der Linie des Engagements. Diese Kräfte sollte man stärken, den – verkürzt – Geist im Sinne Artikel 1 des Grundgesetzes, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, ernstnehmen. Auch dahingehend, dass dieser Artikel nicht voll eingelöst ist, immer wieder beschädigt wird. Im Licht der durch die Erfahrung des Nationalsozialismus geprägten Normativität des Artikels 1, im Licht der eingeforderten Würde und der Gleichwertigkeit des Menschen ist es unerheblich, ob du Uralt-Biodeutscher oder Nachkomme von »Gastarbeiter*innen« der dritten Generation bist oder Flüchtling. Der Artikel gilt für alle und darauf kann man sich beziehen und Verletzungen anklagen.

AYŞE GÜLEÇ: Ich würde ja statt von Mehrheitsgesellschaft von Dominanzgesellschaft sprechen – mit dem Begriff stelle ich mich gerne zu Birgit Rommelspacher oder Max Czollek. Ähnlich geht es mir mit der thematischen Überschrift unseres Gesprächs: Gedenkkultur klingt nach staatlichem Sprechen, klingt nach Worten wie Leitkultur. Ich würde dagegen den Begriff der Erinnerungsarbeit vorschlagen.

VOLKHARD KNIGGE: Dominanzgesellschaft? Nivelliert der Begriff nicht die politische, kulturelle und soziale Diversität, die es in der Mehrheitsgesellschaft gibt und damit den Blick auf Bündnispartner*innen? Hier lohnt es sich, sich die Umbrüche deutlich zu machen, die infolge der Gewalt- und politischen Verbrechen Geschichte die Denkmals- und Gedenkkultur in Deutschland insbesondere nach 1945 verändert haben. Ganz knapp: Denkmale waren lange ausschließlich auf die angeblich positiven Figuren und Ereignisse der Nationalgeschichte bezogen. Sie zielten auf Nachfolge und Identifikation, sollten die jeweilige Herrschaft legitimieren, sie definierten Gemeinschaft und damit offen oder verdeckt auch, wer nicht dazugehört. Kurz, es ging um die Positionierung der eigenen Geschichte, nicht um die kritische Auseinandersetzung mit ihr. Es ging um die eigenen »Helden« und die eigenen Toten und nicht um die Erinnerung anderen – politisch und staatlich gerechtfertigt – zugefügten Unrechts und Leides. Diese Form rein affirmativer Denkmalskultur ist bereits mit der Erfahrung des Massentodes im Ersten Weltkrieg aus demokratischer Perspektive in die Kritik geraten, erst recht mit der Erfahrung der Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus. Mit dieser Erfahrung entstehen Denkmale, die nicht für, sondern gegen etwas sind, die nicht Identifikation fordern, sondern die fordern, es anders zu machen, mit politischen, staatlichen, rechtlichen Strukturen bewusst zu brechen, die Gewalt, Mord und Menschheitsverbrechen legitimiert haben. Nicht: »Weiter so!«, sondern »Nie wieder!« Walter Benjamin entwickelt in seinen geschichtsphilosophischen Thesen bereits Ende der 1930er-Jahre das Konzept des Eingedenkens: Den Opfern im Stand ihres Opferseins eingedenken heißt, ihren Tod nicht durch nachträgliche Sinngebung aus der Welt schaffen zu können, stellt den Anspruch an die Lebenden, diesen Tod wie einen Stachel im Fleisch auszuhalten, die Opfer nicht zu funktionalisieren, sich so das Leben wieder erträglich zu machen, anstatt ernstlich sich den Warum-Fragen zu stellen, zu fragen, was geändert werden muss, damit Menschen nicht von Menschen zu Opfern gemacht werden. Fassungslosigkeit bewahren, Fassungslosigkeit in Energie zur Analyse und zum Gegenhandeln verwandeln, historisch-politisch-ethisches Begreifen, Begreifenwollen anstoßen. Dafür stehen dann gerade Denkmalsformen in Bezug auf die NS-Verbrechen, wie sie ab Mitte/Ende der 1980er-Jahre entstehen. Ernstnehmen, dass Opfer und Täter nicht vom Himmel fallen. Ein Erinnern und Gedenken ohne gegenwartsbezogenes Begreifen und aus dem Begreifen handeln wollen, reicht nicht.

AYŞE GÜLEÇ: Lass uns das doch im Dialog machen. Und auf die unheimlichen Verbindungen zwischen der Geschichte und dem Heute und Morgen schauen!

VOLKHARD KNIGGE: Gerade heute können wir Gedenken nicht von Wissen trennen. Gedenken braucht Wissen darüber, wie und warum Menschen Menschen zu Opfern gemacht haben, wie es zu Gewalt gekommen ist, wie sie gerechtfertigt bzw. verharmlost worden ist, gerade auch im Fall des NSU. Das frühe Gedenken der Bundesrepublik im Blick auf den NS war ein völlig leeres Gedenken, eine historisch leere Pietät Opfern gegenüber. Dagegen wenden sich die neuen, selbstkritischen Denkmale ab Ende der 1980er-Jahre und dahinter sollte die Bundesrepublik auch im Fall des NSU, der sich ungeschminkt in die nationalsozialistische Tradition gestellt hat, nicht zurückfallen. Was die Morde hervorgebracht hat, ist noch da. Was die volle Aufklärung verhindert hat, wirkt fort.

AYŞE GÜLEÇ: Dennoch glaube ich, dass das Erinnern oder Gedenken an die NSU-Opfer noch einmal etwas anderes intendiert. Ich möchte nur einmal kurz ein Bild in die Kamera meines Laptops halten. Sie zeigt ein Foto. Das sind Mutter und Vater von Halit Yozgat mit einem Bildplakat ihres Sohnes als Kind. Ein Bild von Halit in dem Alter, als er ermordet worden ist, als 21-Jähriger. Sehr schick angezogen, mit Krawatte. Dieses Foto ist auf einer Hochzeit gemacht worden. Die Eltern haben dieses Foto immer benutzt, auch im Gerichtssaal, weil ihnen der Gerichtssaal den Raum zu sehr verengt und gewisse Erzählungen und eben ein gewisses Wissen nicht zugelassen hat. Mit dieser affirmativen Sabotage wollte die Familie Yozgat deutlich machen, dass es hier um ihr Kind geht. Es geht hier um Menschen. Die Gedenksteine für die Opfer des NSU befinden sich aber oft an Orten, die die Familien selbst nicht ausgesucht haben. Die Familie Yozgat verfolgte einen ganz anderen Wunsch nach einem Gedenkort, nämlich die Umbenennung der Holländischen Straße in Halitstraße. Diese Straße war einmal der Handelsweg zwischen Kassel und Nordholland, daher gab es argumentative Abwehr der Forderung: Es wurde gesagt, die Straße stünde für die Geschichte Kassels, die könne man nicht umbenennen. Im Umkehrschluss heißt das, dass das, was Halit passiert ist, und den anderen NSU-Opfern, nicht wichtig genug ist. Das Erinnern ist umkämpft, wenn es Überlebende und Angehörige gibt. Deshalb ist es auch wichtig, über all diese Ambivalenzen und Schwierigkeiten zu sprechen. Auch darüber zu sprechen, dass es einen Widerspruch zwischen Wünschen nach staatlicher Gedenkpoltik oder Gedenkkultur und dem, wie die Familien

selbst gedenken wollen, gibt. Vor diesem Hintergrund würde ich auch gerne die Reihenfolge der Begriffe des Titels des Buches umdrehen, für das wir hier zusammen sind. Statt »Rassismus. Macht. Vergessen« würde ich umgekehrt anfangen: »Vergessen. Macht. Rassismus«.

JONAS ZIPF: Diese Umkehr bezeichnet präzise den Unterschied der beiden gedanklichen Stränge, die ihr jetzt beschrieben habt. Volkhards kurze Geschichte der Gedenkkultur verdeutlicht, dass sich die Repräsentationsdynamik praktisch innerhalb von weniger als 150 Jahren von Reiterstandbildern bis zu den identitätspolitischen Diskussionen von heute entwickelt hat. Dazwischen liegen die wahnwitzigen kollektiven Traumata zweier Weltkriege mit all ihren anonymisierten Opfern. Daraus ergibt sich die Frage nach der Funktion von Gedenkkultur, einerseits nach dem, was wir lernen aus dem, was in der Vergangenheit war, und andererseits nach dem, wie wir Gesellschaft und Gemeinschaft in Zukunft gestalten. Hier lohnt sich demzufolge vielleicht auch der Begriff der Gedenkkultur, denn es ginge tatsächlich um etwas Gemeinschaftliches: um das Potenzial, dass eine Gesellschaft etwas über sich selbst lernt und dieses Wissen transferiert.

Dagegen der Strang, den Ayşe aufmacht, der nach der Authentizität von subjektiver Erinnerung fragt: Um wen geht es konkret? Welche Bilder haben wir von den Opfern im Kopf? Das menschlichere Antlitz, das freundlichere Antlitz, das lachende Porträt-Bild, ganz im Gegensatz zu den bekannten Bildern der NSU-Opfern, die eher Fahndungsfotos ähneln. Dieser Strang fragt nicht nach der kollektiven Funktion von Gedenken, sondern danach, ob wir der Erinnerung an die Opfer gerecht werden.

Ich frage mich: Stehen diese zwei Diskurse einander wirklich so diametral gegenüber, wie es scheint? Ein Schlüssel zur Verbindung beider Sichtweisen könnte das Paradox sein, das Walter Benjamin uns auf den Weg gibt, mit dem Hinweis auf das Ein-Gedenken, das Inne-Halten, ich möchte es mal mit dem Begriff der Logischen Sekunde fassen.

AYŞE GÜLEÇ: So einfach ist das nicht. Was ich mit dem Hinweis auf die Diskussion rund um die Halitstraße deutlich machen wollte: Es genügt nicht, eine Stele in den Boden zu rammen und eine Platte mit den Namen der Opfer zu haben. Das ist aber das, was in Kassel gemacht wurde, genauso wie an anderen Orten. Das sind zwar wenigstens Orte, an denen wir uns an den Jahrestagen versammeln können. Aber es zeigt sich, dass die Stelen und Platten nicht reichen: Denn diese Gedenkorte sind Seismografen dafür, wer sich

erinnern möchte und wer den Luxus hat, sich nicht erinnern zu müssen. Der Grund, warum es so wichtig ist, auf die Kämpfe um Erinnerung der Überlebenden zu bestehen, ist, dass sie im offiziellen Erinnern eben nicht gehört werden. Mir geht es nicht um Identität und auch nicht um identitäre Kategorien. Aber bei den Morden des NSU ging es ja offensichtlich um identitäre Zuschreibungen. Das zu verstehen bedeutet, dass wir über eine andere und zwar nicht identitäre Erinnerungs- und Gedenkpolitik nachdenken müssen.

VOLKHARD KNIGGE: Auch das ist etwas, was gedenkkonstitutiv ist. Ich betrachte deine treffende Beobachtung als Hinweis auf ein Spannungsverhältnis, nicht auf einen Widerspruch. Es ging und geht beim historischen Erinnern und Gedenken sowohl um die Erfahrung und Perspektive der unmittelbar Betroffenen, als auch um die faktisch und methodisch so sorgfältig wie möglich ermittelten umfassenden Sachverhalte und Kontexte der Taten. Andernfalls kann man Behauptungen und Wahrheit – Wahrheit wenn nicht absolut so doch als Anzustrebendes – nicht unterscheiden. Worauf ich hinaus will: Persönliche Erfahrungen und Einschätzungen und umfassende Sachverhaltser-schließung können in einem Spannungsverhältnis stehen. Darum geht es mir und darum, damit im Fall menschlich angemessen und doch sachlich klar und nachvollziehbar umzugehen, damit ein Denkmal und seine Aussage möglichst breit überzeugen und Angriffen standhalten.

Damit kein Missverständnis entsteht: Angehörige haben mit ihrer unmittelbaren Erfahrung des gewaltsam herbeigeführten Verlustes geliebter Menschen, wegen ihrer Nähe zu den Gemordeten, und weil auch sie verwundet worden sind, unbestreitbar das Recht anzuklagen, die Gesellschaft herauszufordern: Schaut hin, was mein Schmerz ist. Seht das Unrecht! Nehmt es ernst! Tut was! In dem »Schaut hin« steckt aber schon die Verbindung zu den anderen Menschen, zur Gesellschaft. Es geht im Gedenken an die Opfer politischer Verbrechen letztlich darum, sich, so gut es geht, in die Gewalt- und Leiderfahrungen der anderen nicht nur hineinzufühlen, sondern auch hinein-zudenken, um zu begreifen, was eigentlich passiert ist und warum es dazu kam. Dafür braucht es die konkreten Bilder der Ermordeten; dafür braucht es die Konfrontation mit den Wunden, die geschlagen worden sind. Aber es braucht auch die nicht unmittelbar Betroffenen, die sagen, das geht mich an: mitmenschlich und weil gemeinsame Werte und Grundrechte verletzt worden sind. Die sich fragen: Was bedeutet die Erfahrung dieser Gewalt auch für mich, für den Zustand der Gesellschaft, ihrer Institutionen? Was muss anders werden? Das sind Fragen, die alle angehen. Kurz: Öffentliche Denkmale

gegen politische, rechtsradikale, rassistische Gewalt müssen die Erfahrung der Opfer sehr ernstnehmen und gleichzeitig über jeweilige Einzelperspektiven hinaus ein politisches Zeichen setzen, das in einem der demokratischen Kultur angemessenen Verfahren entwickelt wird.

Was Jonas uns gerade gespiegelt hat, trifft allerdings zu: Auch die ästhetischen Formen und die Sachdimension, der Denkmalsgedanke, können differieren, auch sie stehen in einem Spannungsverhältnis. Damit ein Denkmal zum aufrüttelnden Denkmal werden kann, es Menschen breit in der Gesellschaft – wortwörtlich – bewegt, muss die Gesellschaft an der Diskussion beteiligt werden.

AYŞE GÜLEÇ: Dennoch bleibt die Frage im Raum, wer es sich leisten kann, sich nicht zu erinnern. Im Kontext des NSU gibt es Menschen, die müssen sich erinnern. Ich möchte keine Separierung oder Spaltung der Gemeinschaft, aber sie ist faktisch da: Es gab und gibt einen Teil der Bevölkerung, der wusste, was passiert, und einen Teil, der wegschaut. Das Morden des NSU, die Taten des NSU passierten am helllichten Tag, vor unseren Augen. Und trotzdem haben wir es nicht gesehen.

JONAS ZIPF: Ich möchte Euch eine andere Frage stellen. Ich drehe das Verhältnis derer, die sich erinnern müssen und derer, die es nicht müssen, jetzt mal um und sage: Ob sie wollen oder nicht, es gibt eine ganze Reihe von Amtsträger*innen, die sich erinnern müssen, sich bei der Wahl der Mittel aber mitunter hilflos benehmen. Ich mache ein Beispiel. Der hessische Landtag hat vor einigen Wochen im Angedenken an die Opfer und Angehörigen des Anschlags in Hanau Musik aus dem klassisch-romantischen Repertoire für den zentralen Gedenkakt des hessischen Landtags ausgewählt. Nun kann man sich darüber streiten, ob Beethoven & Co vielleicht eher den gedenkkulturellen Kontext und Erwartungshorizont der Landtagsangehörigen treffen. Aber mit der interkulturellen Perspektive, der sozialen Zugehörigkeit oder gar den persönlichen Vorlieben der Angehörigen hat diese Musikauswahl sicher weniger zu tun. Dagegen will ich euch fragen: Was sind gelingende Beispiele, die es vermögen, mit den Mitteln von Kunst und Kultur andere Teile der Gesellschaft zu erreichen?

VOLKARD KNIGGE: Ich kann nicht allein über ästhetische Formen sprechen und traue ihnen diese Qualität auch nicht umfassend zu. »Erinnerungskunst« und Denkmale werden oft überfrachtet und überfordert. Aufklärerische,

(selbst-)kritische Erinnerungskultur ist im gesellschaftlichen Konflikt entstanden. Das hat nicht die Kunst gemacht. Die Kunst konnte Teil des Konflikts sein. Man denke an die Diskussionen um Auschwitz und den Holocaust, bis hin zum Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden. Vor den Denkmälern waren immer wieder politisch-gesellschaftliche Kämpfe gegen das Verdrängen. Natürlich können Opfer von Gewalt und ihre Angehörigen, das habe ich in 30 Jahren Arbeit mit Überlebenden immer wieder erlebt, nicht vergessen. Trauma und Schmerz bleiben virulent. Auch Täter*innen können nicht wirklich vergessen, sie tun nur so. Hier geht es nicht nur um Erinnern und Vergessen, sondern es geht auch um Erinnern und Lügen. Lügen haben mit Vergessen nichts zu tun. Auch deshalb muss Gedenken personenkonkret sein, opfer- und täterkonkret: Wer sind die Menschen, die von dieser Gewalt betroffen sind? Welchen Schmerz haben sie erlitten? Aber auch: Wer hat das getan, aus welchen Gründen? Wer oder was hat beigetragen? Wer hat laut oder leise geklatscht? Wer hat es mit angesehen? Wie ist das gerechtfertigt worden? Es geht auch um Ereigniskonkretion: die genauen Tatorte, Tatabläufe, Tatwirkungen, Kontexte. Und es geht um Auseinandersetzung und Aufklärung: Wer konnte davon wissen? Wer hat etwas verdeckt? Aufklärung betrieben oder Aufklärung behindert, gerade auch in Institutionen, die eigentlich der Verbrechensaufklärung verpflichtet sind bzw. sein sollten.

AYŞE GÜLEÇ: Das möchte ich unterstreichen. Und übertragen auf den NSU: Die Ortskonkretion ist für die NSU-Opfer von großem Interesse. Fast alle Gedenkorte, die es für den NSU gibt, liegen nicht in der Nähe der Tatorte. Man wollte sie immer weit weg haben. Fast alle Gedenksteine beginnen nicht mit den Lebensdaten der Personen, sondern mit dem Datum ihres Todes. Ich frage mich dabei: Wie kann ein Gedenkort aussehen, der das Leben und nicht das Sterben der Person thematisiert? In Kassel hat sich die Stadt letztlich entschieden, nicht die Holländische Straße, sondern den Haupteingang zum Zentralfriedhof Halitplatz zu nennen. Dort steht jetzt eine Gedenkstelle. Dieser Platz war vorher kein Platz, zumindest nicht im architektonischen oder soziologischen Sinne, sondern der Haupteingang zum Friedhof. Die Befestigung wurde so verändert, dass der Ort aussieht wie ein Platz, aber er ist kein Platz. Was würde es dagegen bedeuten, wenn die Holländische Straße Halit-Straße hieße? Dann müssten alle, die dort wohnen, mit dem Namen von Halit leben. Und das ist doch etwas ganz anderes als die Nähe der Toten zu den Toten.

JONAS ZIPF: Das geht in die Richtung meiner Frage von vorhin. Ich spitze sie noch mal zu: Sind Musikstücke von der »Antilopen Gang« oder von »Feine Sahne Fischfilet« möglicherweise besser dazu geeignet, das Erinnern und Gedenken an Opfer und Angehörige des NSU in eine viel breitere Bahn zu lenken, weil Jugendliche diese Musik hören, die Namen hören – #saytheirnames – und dadurch an die Opfer denken, als jeder gedenkpolitische Diskurs über Kunstwerke im öffentlichen Raum? Ich will dabei einfach nur nach dem schnöden Momentum der Aufmerksamkeit fragen: Sollte das nicht eigentlich der oberste Anspruch sein? Sind es nicht Filme wie »Schindlers Liste«, die dafür sorgen, dass die Gesellschaft nicht vergisst? Letztlich beschreibt das den Anspruch, aus dem die im 20. Jahrhundert gewandelte Gedenkkultur im öffentlichen Raum herrührt. Hilmar Hoffmanns Leitspruch »Kultur für Alle« zielt auf eine Kunst im öffentlichen Raum, die immer anschlussfähig für eine breite Masse von Menschen sein soll. Diesen kulturpolitischen Anspruch hast du mit dem Beispiel des Straßennamens ganz plastisch beschrieben und gut getroffen, Ayşe. Das ist etwas, an dem niemand vorbeikommt. Ich gehe jeden Tag durch diese Straße, ich lebe dort, ich kann mir nicht aussuchen, ob sie Holländische Straße oder Halitstraße heißt. Vielleicht messe ich dem Stein, der da rumsteht, keine Bedeutung mehr bei, weil er immer da steht, diesem Brunnen oder diesem Denkmal. Aber der Impetus dieser Anfassbarkeit war und ist eine höchst demokratisierte Form für Kunst.

VOLKHARD KNIGGE: Ich muss einen kleinen Einspruch erheben, Jonas. Man sollte zwei Dinge nicht gegeneinandersetzen. Breitenwirkung ist zunächst nicht meine erste Frage. Breitenwirkung ist bereits eine Aufgabe und Herausforderung für die Gestaltung des Prozesses, der zu einem Denkmal führen soll und Breitenwirkung gehört in den Bereich der Vermittlung. Vermittlung in die Breite hat als Voraussetzung, dass etwas von der Relevanz des zu Vermittelnden zumindest in einem Teil der normsetzenden Schichten einer Gesellschaft angekommen ist. Und genau das macht den Gedenkakt im Hessischen Landtag, bei aller Kritik im Einzelnen, auch aus. Da mag Musik gespielt worden sein, die Ignoranz gegenüber den Herkunftswelten der Menschen, um die getrauert werden soll, zum Ausdruck bringt. Das muss man kritisieren. Aber solche Gedenkakte sind auch Akte der Normsetzung bzw. -bekräftigung. Sie markieren, was Recht und was Unrecht ist, sie sind auf die ganze Gesellschaft bezogene Akte moralischer, rechtlicher und politischer Selbstversicherung und Selbstverpflichtung. Solche Akte braucht es. Sie haben eine Tendenz zur Ritualisierung, Manchen mögen sie nur Lippenbekenntnis sein. Zuge-

spitzt: Wir kennen die Reden, wir kennen die Gesten, wir kennen die Musikstücke, wir kennen die Grünpflanzen, mit denen die Mikrofone umstellt werden. Trotzdem steckt darin etwas elementar Wichtiges im Sinne dieses normbegründenden, normstärkenden und auch normverteidigenden Aktes. Und dann ist da die Aufgabe der Vermittlung. Dafür braucht man einen langen Atem. Aber wenn sich etwas ändert, dann geht das vorher über Konflikte und wer sich in diesen Konflikten durchsetzt. Da ist etwa in Bezug auf Auschwitz ein Generalstaatsanwalt wie Fritz Bauer Anfang der 1960er-Jahre in Hessen, der gegen größte Widerstände die Frankfurter Auschwitzprozesse anstrebt, wohl einschneidender als Musik oder Filme. Auch wenn beides ineinander spielt, auch wenn z.B. ein Film wie »Nacht und Nebel« von Alain Resnais lange vor 68 einen großen Teil der jüngeren Westdeutschen sensibilisiert und mobilisiert. Im Endeffekt kenne ich aber auch nach 30 Jahren kein Patentrezept. Es gilt einfach, verschiedene Formate auszuprobieren, auch in Kombination: »Feine Sahne Fischfilet«, ich sage es einmal zugespitzt, erreicht eine Welt. Und Beethoven erreicht eine andere Welt.

AYŞE GÜLEÇ: Das mit dem normsetzenden Akt leuchtet mir ein. Aber Du kannst die Frage nicht negieren, wer diese Norm auf welche Art und Weise setzt. Sie wird für andere gesetzt und nicht mit anderen. Und das ist, glaube ich, das Problem.

VOLKHARD KNIGGE: Dass man Menschen nicht umbringt, dass Rassismus Verbrechen nicht legitimiert, sondern hervorbringt, selbst eins ist, sollte eine Norm sein, die jede und jeder bekräftigt. Bei aller Berücksichtigung des Besonderen bin ich ein Universalist. Hier geht es weniger um die Form des Denkens als um den Inhalt dessen, was wir daraus zu schließen haben. Wenn gegen zivilisatorische Grundnormen, wenn gegen Artikel 1 Grundgesetz zum Schaden von wem auch immer verstoßen wird, jemand – egal wer – sogar zu Tode gebracht wird, dann trifft mich das. Und es hat mich zu treffen. Mich und jeden anderen, der diese Verfassung ernst nimmt. Das meine ich mit normsetzendem Akt. Andererseits und ja, dass manche Politiker überhaupt normsetzend bzw. -bekräftigend agieren, verdankt sich leider nicht selten erst gesellschaftlichem Druck.

AYŞE GÜLEÇ: Aber es trifft viele nicht. Ganz und gar nicht. Das ist doch das Problem, das wir haben. Es trifft viele nicht. Viele trauern nicht. Das klingt erst einmal toll, wenn zum ersten Gedenktag an Hanau in Berlin 3.000 Leute

auf die Straße gehen und Aktionen machen, überall Menschen an Demonstrationen oder Gedenkfeiern teilnehmen. Aber entschuldige bitte: Es ist nicht die Mehrheit!

VOLKHARD KNIGGE: Darum kämpfe auch ich. Und damit lebe ich mein ganzes Leben, Ayşe.

AYŞE GÜLEÇ: Ich auch. Da können wir uns die Hand reichen.

JONAS ZIPF: Ich habe ein anderes Problem: Den Unterschied zwischen dem normsetzenden Akt und der Vermittlung, den du machst, Volkhard. Auch ich bin Universalist und sage: Es geht immer und überall um die unverhandelbaren, unveräußerlichen Menschenrechte. Gleichzeitig verstehe ich Ayşe. Da müssten wir demokratietheoretisch ansetzen, Governancekonzepte kritisieren und laut fragen: Wer repräsentiert wen? Aber wenn es jetzt darum geht, über Kunstwerke zu sprechen, dann greift die Reduzierung auf den Aspekt der Vermittlung zu kurz. Immerhin sprechen wir über Gedenk-Kultur, also etwas, was in Gesellschaft, in Gemeinschaft entsteht und was andere erreichen, möglichst viele mitnehmen soll. Wenn das funktionieren soll, empfinde ich die Unterscheidung zwischen dem, was top down definiert, und dem, was erst anschließend vermittelt werden soll, als ausgrenzend. Genau an dieser Stelle hat sich der Kunstbegriff doch stark gewandelt.

Nehmen wir nur mal das Format des dezentralen Denkmals. Das ist ein durch und durch demokratisches Kunstwerk, bei dem die normsetzende Kraft, nicht mehr allein beim Künstler liegt – der bekannteste Fall dürften die Stolpersteine von Gunter Demnig sein –, sondern die Realisierung der künstlerischen Idee, und damit des Gedenkens, in die Hände vieler gelegt wird. Mir fallen einige Beispiele ein, die noch weit darüber hinaus gehen. Beispiele für Kunstwerke im öffentlichen Raum, für Gedenken, das tatsächlich nicht erst bei der Vermittlung, sondern mit der Partizipation und der Beteiligung anderer Bevölkerungsschichten am Schaffensprozess beginnt, bei denen die Beteiligung von vorn herein dem Kunstwerk und damit dem Gedenken selbst eingeschrieben sind. Ich denke da an die unzähligen Formate der sogenannten Bürgerbühnen; an diverse Interventionen im öffentlichen Raum, die sich hart an der Schnittstelle zwischen Kunst und Aktivismus entlang bewegen, etwa die Arbeiten von Thomas Hirschhorn oder Christoph Büchel bei den letzten Ausgaben der Wiesbaden Biennale; oder an etliche Arbeiten bildender und darstellender Künstler von Schlingensief bis

Signa; sowie, latest but not least, im Kontext unseres bundesweiten Projekts »Kein Schlusstrich!« das Musikprojekt des Komponisten Marc Sinan, der gemeinsam mit diversen Laien-Ensembles unter Beteiligung der Theater im öffentlichen Raum aller vom NSU-Komplex betroffenen Städte einen »Neuen Humanismus« einfordert.

Das ist das, was mich interessiert: ein neues Kapitel der Gedenkkultur, ein demokratischer Übergang, jetzt auch kommunalpolitisch gesprochen, von Entscheidungsfindungswegen. Denn ein zunehmender Teil der Bevölkerung ist unzufrieden mit den bisherigen Wegen und beansprucht, direkt mitzubestimmen. Nicht umsonst hat sich genau vor diesem Hintergrund ein Arbeitskreis der Kommunen gegründet, initiiert durch die Stadtverwaltung Halle, weil die Hallenser*innen gemerkt haben, nach dem Attentat auf die Synagoge vor anderthalb Jahren, dass sie nicht alleine im Kreis der Expert*innen, Stadträt*innen und Politiker*innen entscheiden können, wie Gedenken in dieser Stadt entsteht. Die gedenkpolitisch verantwortlichen Menschen unterschiedlicher Kommunen sitzen da zusammen und tauschen ihre Erfahrungen mit Beteiligung der Zivilgesellschaft aus. Alle merken, dass wir uns in einem sehr fluiden Übergangsstadium befinden. Das meine ich gesellschaftspolitisch, aufgrund der Einflüsse von Aktivist*innen, aber auch künstlerisch. Wir erleben einen regelrechten Generationswechsel. Die Art und Weise, wie bisher Gedenkkultur entstanden ist – wie Künstler*innen dazu eingeladen wurden, sich alleine, im stillen Kämmerlein, Gedanken zu machen und diese bei einem Wettbewerb einzureichen – dieser Autorenbegriff im klassischen Sinne, eine stellvertretende, repräsentative Perspektive einnehmen zu können, kommt an ein Ende. An diesem Punkt der Veränderung gehe ich die Unterscheidung zwischen dem Kernpunkt des Normsetzens und einer ihm nachgeordneten Vermittlung nicht mit. Warum Inhalt und Form so stark voneinander scheiden, wenn die Formate, denen der Anspruch der breiten Vermittlung von Anfang an eingeschrieben ist, so viel wirksamer sein können?

AYŞE GÜLEÇ: Ich finde auch, dass sich da momentan etwas verändert. Es geht anders. Ich war zweimal in Hanau und ich war sehr beeindruckt davon, wie sich dort intuitives Gedenken ereignet hat. Nach den Morden sind die Bürger*innen zum Marktplatz gegangen. An der Gebrüder-Grimm-Statue werden Blumen abgelegt. Dort wird getrauert um die Mordopfer. Dort werden Kerzen niedergelegt. Die Marktfrau, die Blumen verkauft, wechselt, wenn sie da ist, das Wasser, damit die Blumen länger dort sind. Der Platz ist noch immer voll mit Blumen und mit Kerzen.

VOLKHARD KNIGGE: Ich predige keine Top-Down-Verordnung einer Memorial-ästhetik. Es geht um die Bekräftigung, auf welche Normen sich eine Gesellschaft verständigt. Was ist Recht und was ist Unrecht? Was ist Gerechtigkeit und was ist Ungerechtigkeit? Darum geht es. Denn wenn diese Normen nicht bekräftigt werden, auch von der politischen Klasse nicht bekräftigt werden, und man die politische Klasse nicht auch von unten herausfordert, diese zu bekräftigen und sich der Verteidigung dieser Normen zu stellen, dann wüsste ich nicht, wie man etwa solche Denkmalskonzepte gesellschaftlich tragen könnte. Die von Dir beschriebene Partizipation und Interaktion, Jonas, erreicht doch nicht als solche und automatisch die Massen. Sie korrespondiert mit dem Zerfall des Denkmalsbegriffs, mit der Krise der Repräsentation, das stimmt. Das haben wir schon in den 70er, 80er Jahren erlebt. Da wird das Problem schon gesehen: Wer setzt für wen welche Denkmäler? Wer hat die Definitionsmacht? Und kann es in einer pluralen, heterogenen, diversen Gesellschaft mit vielen Perspektiven überhaupt noch so etwas wie das eine Denkmal für alle geben? Aber gibt es nicht zivilisatorische Grundnormen, Rechte, auf die wir alle angewiesen sind? Sind Menschenwürde, Menschen- und Bürgerrechte nicht communityübergreifend? Auf der einen Seite braucht es die berechtigterweise geforderte Vielheit, aber auf der anderen Seite sollten wir uns bei aller Vielheit und vor jedem Anspruch an Breite in Bezug auf das einig sein, was politisch, rechtlich, kulturell oder sozial in keinem Fall der Fall sein darf, damit Staat und Gesellschaft ihren humanen, ihren solidarischen Atem nicht verlieren, damit Staat und Gesellschaften nicht ins Menschenfeindliche kippen, dafür braucht es genau an diesem Punkt einen Grundkonsens.

AYŞE GÜLEÇ: Aus wem besteht denn die Gesellschaft? Wer ist das genau? Wie wird denn mit denen gesprochen, die sich nicht als Teil dieser Gesellschaft fühlen, die sich aber sehr wohl von den Anschlägen adressiert sehen? Wie begegnen wir dieser Exklusion?

VOLKHARD KNIGGE: Die Gesellschaft sind die verschiedenen Menschen, die hier zusammenleben und wie auch immer sozial miteinander interagieren. Für deren Zusammenleben gibt es einige grundlegende Rechte bzw. universalistische Normen, die in der Verfassung bekräftigt und verbürgt sind, auf die gestützt man auch Uneingelöstes und Unrecht beschreiben kann. Dass Norm und Wirklichkeit auseinanderklaffen, dass es Machtgefälle gibt, dass Menschen- und Bürger*innenrechte politisch ausgehöhlt und auch offen bekämpft werden können und werden, ist mir klar. Trotzdem sollten wir dahin-

ter nicht zurückfallen, diese Rechte verteidigen. Andererseits, ja es stimmt: In der Frage, was das richtige, was das gute Leben ist und seine Voraussetzungen, da gibt es wahrscheinlich viele unterschiedliche Auffassungen, Diskussionen, auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen mit und in diesem Land, der Gesellschaft, der politischen Ordnung. Deshalb sollten Gedenkprojekte auch als Foren der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven verstanden werden. Trotzdem ist mir wichtig, dass wir sachlich feste, nachvollziehbare, analytisch gewonnene Begründungen finden müssen. Wir sprechen über ein Verbrechen. Und Mord ist überall ein Verbrechen – auch und gerade in der Bundesrepublik mit ihrer rechtlichen Verfassung. Gleiches gilt für Diskriminierung und die Verletzung der Menschenwürde. Und schon deswegen geht es jeden an. Und damit meine ich uns als Menschen und als Staatsbürger*innen. Es ist prinzipiell egal, ob wir Polizisten*innen oder Lehrer*innen, Bäcker*innen oder Männer oder Frauen, biodeutsch oder nicht, schwul oder hetero und was noch sind. Denn es geht um etwas, was uns als (Mit-)Menschen betrifft und um etwas, das in diesem Land mit seiner rechtlichen Verfassung nicht hätte stattfinden dürfen. Aber ich will mich nicht wiederholen.

JONAS ZIPF: Dann lasst uns über den Fokus der Aufarbeitung und konkreten Fragestellung sprechen. Müssen im Mittelpunkt einer neu entstehenden Gedenkkultur rund um den NSU die eigentlichen Morde stehen oder eher die nicht stattgefundene Aufklärung? Neben der von Euch eingangs diskutieren Frage, wie es zu den Morden kommen konnte, trotz aller Warnsignale nach Lichtenhagen, Mölln etc., steht dieser gänzlich andere Ausgangspunkt, der zweiten und dritten Traumatisierung, von denen etwa Şimşeks sprechen. Mit der zweiten Traumatisierung bezeichne ich die direkte Verdächtigung der Opferangehörigen und die jahrelang ausbleibende Ermittlung der Polizei in Richtung eines rassistischen Motivs; mit der dritten Traumatisierung den Zustand der inneren Lähmung und Ohnmacht der Opferfamilien, da die ihnen ab 2012 zugesicherte »lückenlose« Aufklärung ausblieb. All diese verunsichernden Momente, die Lücken in den Ermittlungen, die Ungereimtheiten, das Verschwinden von Akten, die nicht gestellten Fragen vor Gericht bilden ein in Hanau bereits jetzt wiederkehrendes Muster. Um mit Volkhards Forderung weiterzukommen, frage ich: Welchen Gegenstand soll das Gedenken konkret einnehmen? Soll es um die Morde an und für sich oder um die mangelnde Aufarbeitung danach gehen?

AYŞE GÜLEÇ: Für mich ist das klar: Wir erleben beim NSU-Komplex eine Gewalt nach der Gewalt, die nicht endet und nicht enden will. Erst die Gewalt der Morde selbst. Dann aber sind die Familien selbst kriminalisiert worden, über viele Jahre. Dann gab es das Versprechen nach einer lückenlosen Aufklärung. Das blieb aber heiße Luft! Dann kam der Prozess mit der Hoffnung, jetzt endlich klärt die Justiz auf. Auch das war eine Enttäuschung. Nicht nur eine Enttäuschung, da hat sich die strukturelle Gewalt noch wiederholt, weil dort die Angehörigen ihr Wissen, ihre Analysen überhaupt nicht einbringen konnten, weil sie regelrecht gesilenced wurden in diesem in jeder Hinsicht viel zu engen Gerichtssaal, sodass der Vater von Halit mit einem Bildplakat auftritt, um sein Wissen wenigstens auf einer visuellen Ebene einbringen zu können. Ein Beispiel: Im Abschlussbericht des Oberlandesgerichts München taucht schließlich 66 Mal das Wort »Südländer« auf. Da frage ich mich: Wo liegt dieses »Südland« eigentlich? Wir konnten beobachten, dass das Thema des Otherings und der Rassismus im Prozess nicht nur nicht verhandelt, sondern diese Gewaltform dort auch fortgesetzt wird. Und ich kann mich nicht daran gewöhnen und kann nicht akzeptieren, dass das die Norm sein soll. Und wenn sie es ist, geht es in der Erinnerungsarbeit auch darum, diese rassistische Norm und Normalität oder anders gesagt den Rassismus als Norm und Normalität – also Rassismus als strukturellen Teil von Institutionen – zu thematisieren.

VOLKHARD KNIGGE: Ich will es nicht an Dich zurückspielen, Jonas, aber es ist auch eine Frage an den Auftraggeber solcher Denkmale. Und das bist im Falle des bundesweiten »Kein Schlusstrich!«-Projekts nun mal Du bzw. die Stadt Jena. Es gäbe aus meiner Sicht drei gleichwertige, miteinander verflochtene Stränge. Erstens ist es wichtig und legitim, die Vorgeschichte dieser Verbrechen zu thematisieren: Dass man sie lange voraussehen konnte, durch das, was seit 1990 passiert ist. Da gibt es eine lange Vorgeschichte, nicht nur im Sinne der Rechtsradikalisierung, sondern auch im Abschmelzen, in der Destruktion gesellschaftlicher Solidarität, wie etwa über die Verschärfung des Asylrechts usw. Zweitens ist es genauso legitim und wichtig, sich auf die Würdigung und uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern, mit den unmittelbar Betroffenen, mit den Toten, mit den Ermordeten zu konzentrieren. Und drittens existiert die Sachlage, die Ihr beide jetzt beschrieben habt. Das ist quasi der heißeste Teil. Es geht darum, dass sowohl Verbrechen, als auch ihre polizeiliche, auch rassistisch grundierte Umdefinition – Stichwort Opfer-Täter-Umkehr – und schließlich die verweigerte, letztlich noch ausstehen-

de umfassende Aufklärung, sehr eng miteinander verbunden sind. In dieser Hinsicht geht es um anhaltende, mehr als beschädigte Gerechtigkeit und die Forderung nach der ganzen Wahrheit. Ich meine, deshalb muss man das Projekt in erster Linie aus dieser dritten Perspektive – mit Berücksichtigung der beiden anderen – denken, entwickeln. Aus der Fokussierung dieser skandalösen blinden Flecken, unvollkommener Aufklärung und der damit verbundenen Fortschreibung akuter Belastungen sowohl der Angehörigen, aber auch der Demokratie, des Rechtsstaates und der demokratischen Gesellschaft insgesamt.

AYŞE GÜLEÇ: Hier frage ich wieder: Wen schmerzt es denn? Lange Zeit gab es eine strukturelle Empathielosigkeit und Ignoranz gegenüber dem Leid derer, die um ihre Angehörigen trauerten. In der Trauer mussten sie sich zudem gegen rassistische Ermittlungen wehren. Sie wussten gleich, dass die Täter Nazis sind. Die Angehörigen und die Überlebenden der Bombenanschläge versuchten immer wieder, ihre Analysen mitzuteilen. Nur wurde ihnen nicht zugehört. Zuhören ist eine aktive Handlung, die lange Zeit ihnen gegenüber verwehrt wurde. Und eigentlich noch schlimmer: Dieses Silencing passierte leider auch im NSU-Prozess.

VOLKHARD KNIGGE: Wir werden immer, Ayşe, die finden, die politische Verbrechen nicht schmerzen, die sie sogar gewollt haben. Es klingt doof, aber das zieht sich durch die Menschheitsgeschichte. Wichtig ist für mich der andere Strang, sind die Menschen, die sich das Leid anderer etwas angehen lassen und die dagegen, auch politisch und institutionell angehen. Die muss man stärken und ermutigen, Indifferente trotz allem versuchen zu sensibilisieren und sich gegen die anderen politisch und auch mit den Mitteln des Rechts wehren. Ich verstehe aber das Entsetzen und die Enttäuschung gut, die in Deiner Frage zum Ausdruck kommt.

AYŞE GÜLEÇ: Was ich mag und sehr gut finde an Deinen Ausführungen ist, dass es einen neuen Pfad oder einen Weg beschreibt, der in die Zukunft weist.

JONAS ZIPF: Ich finde sehr gut daran, dass er den Mut erfordert, den heißesten Teil ...

AYŞE GÜLEÇ: ... anzufassen.

JONAS ZIPF: Ja. Nämlich den, der wirklich noch fluide ist – also das wirklich heißeste Stück des Eisens zu schmieden, während es noch heiß ist, und zu formen. Das berührt vor allem die wiederholte Beschreibung von Ayşe: Diese unendliche Ohnmacht, die man spüren muss, unweigerlich, wenn man erlebt, dass es erst des politischen Mordes an Lübcke bedurfte, bevor etwa ein Innenminister Seehofer einige notwendige Mittel für den Kampf gegen den Rechtsextremismus freigibt und dieses ständige Schielen und Ausweichen im Verweisen auf den hufeisenförmigen Linksextremismus wenigstens mal für eine Weile runterschluckt. Erst jetzt bewegt sich überhaupt ein signifikanter Teil der öffentlichen Debatte und der Mehrheits- oder Dominanzgesellschaft, und kommt auf den ersten Hauch einer Idee, diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Das ist doch die Ohnmacht, die Du beschreibst, Ayşe, nicht zuletzt im Vergleich der Ereignisse in Hessen, angesichts des Wegs von Kassel bis Hanau. Und das berührt der dritte von Dir genannte Punkt, Volkhard, am meisten.

AYŞE GÜLEÇ: Es ist so wichtig, genau da anzusetzen! Dazu braucht es eine kritische Öffentlichkeit. Es braucht uns als kritische Öffentlichkeit. Ich glaube, viele von uns haben aus dem NSU gelernt: So wie beim NSU praktisch sofort aus dem Wort »Döner« und »Mord« ein Wort gemacht worden ist und alle Journalist*innen dieser Republik das unreflektiert wiederholt und geschrieben haben, ist es nach den ebenfalls neun Morden in Hanau nicht wieder durchgegangen. Der Focus hatte hier ebenfalls versucht, aus »Shisha« und »Mord« ein Wort zu machen. Jetzt wurde aber sofort dagegen agiert, dann hat der Focus zurückgezogen. Was ich damit sagen will: Dass es gar nicht um den NSU, um dieses Trio selbst geht, sondern darum, die rassifizierenden gesellschaftlichen Blicke und Wahrnehmungen zu verändern. Darum geht es. Und es geht auch um folgendes – ich will es gerne mit den Worten von Sara Ahmed sagen: »Solidarität setzt nicht voraus, dass unsere Kämpfe die gleichen Kämpfe sind, oder dass unser Schmerz der gleiche Schmerz ist, oder dass unsere Hoffnung auf die gleiche Zukunft gerichtet ist. Solidarität beinhaltet Engagement und Arbeit sowie die Erkenntnis, dass wir, auch wenn wir nicht das gleiche Gefühl, das gleiche Leben oder den gleichen Körper haben, auf gemeinsamem Boden leben.«

JONAS ZIPF: »Der Schoß, aus dem das kroch, ist fruchtbar noch« – so sagt es Bertolt Brecht und damit möchte ich jetzt den Kreis unseres intensiven Gesprächs schließen. Du hast gerade für mich etwas zusammengefasst, Ayşe,

was auch diesen, unseren Gesamttitel »Kein Schlusstrich!« noch mal eindrücklich unterstreicht und manifestiert. Und Du hast beschrieben, was sich getan und verändert hat auf dem Weg, wohlgemerkt ohne dass dieser auch nur annähernd vorbei wäre, ohne dass Hanau jetzt das alleinig leuchtende Beispiel ist, bei dem nun plötzlich alles positiv laufe. Aber in der Tat: Von »Shisha-Morden« spricht im Gegensatz zu »Döner-Morden« keiner. Genau so haben wir erlebt, wie am Abend der Hanauer Attentate in den Tagesthemen noch die Rede von neun migrantischen Mitbürger*innen war, obwohl alle Opfer deutsche Staatsbürger waren, und wie dieser Eindruck in den Medien dann binnen weniger Tage korrigiert wurde. Auch sprechen wir nicht vom Täter, kaum einer kennt seinen Namen, im Gegensatz zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe.

AYŞE GÜLEÇ: Das haben wir den Kämpfern der Hinterbliebenen sowie den vielen antirassistischen, antifaschistischen sowie investigativen Journalist*innen und einer kritischen Öffentlichkeit zu verdanken!

JONAS ZIPF: Genau so ist. Und deswegen versuche ich, diesen Kreis zu schließen, indem ich auf die Fragen meines Sohns zurückkomme. Ihr werdet jetzt lachen, ich erfinde das nicht für das Gespräch, aber er hat ja danach gefragt, was mit dem Schreiber des Königs ist. Ihr könnt Euch erinnern: Der König, der, wenn die Menschen ihn nicht mehr wollen, verjagt wird; der König, der nur einen Schreiber hat, der aufschreibt, welche Geschichte es gab. Und der Schreiber, der ebenfalls verjagt wird von den Leuten, wenn sie nicht mehr zufrieden sind, mit dem, was er aufschreibt. Jetzt haben wir, glaube ich, gelernt, dass es sehr wohl darauf ankommt, dass es im Laufe einer zähen und langen Geschichte unverhandelbare universalistische Werte gibt. Das ist eine Grundlage. Und die ist normativ, diese Grundlage. Aber ganz am Ende hat mein Sohn mich gefragt, ob es denn auch Schreiberinnen gab. Und plötzlich bin ich mir sicher: Die Art und Weise des Schreibens, um bei meinem Sohn zu bleiben, die sollte doch nach Möglichkeit einer Mehrheit der Menschen so gerecht werden, dass diese den Schreiber nicht verjagen. Sonst wäre auch mein Sohn nicht zufrieden. *[Ayşe Güleç und Volkhard Knigge lachen.]*

Autor*innenverzeichnis

Maria Alexopoulou ist promovierte Historikerin und erforscht die Verflechtung von Migrations- und Rassismusgeschichte. Sie leitet ein Projekt am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und ist Habilitandin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim. Sie ist seit vielen Jahren Mitglied der migrantischen Selbstorganisation »Die Unmündigen« e.V. und hat migrationshistorische Ausstellungen kuratiert und Oral History Projekte durchgeführt.

Robert Andreasch arbeitet als Autor, Foto- und Hörfunkjournalist über rechten Terror und die radikale Rechte in Süddeutschland. Er engagiert sich bei der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) sowie im Netzwerk NSU Watch. Die Stadt München zeichnete ihn 2019 mit ihrem Publizistikpreis aus.

Ibrahim Arslan engagiert sich seit vielen Jahren in der Antirassismus-Arbeit, indem er bundesweit auf Veranstaltungen, Konferenzen, v.a. aber in Schulen als politischer Bildungsreferent aus der Perspektive der Betroffenen berichtet. Durch die »Möllner Rede im Exil«, die er seit 2013 gemeinsam mit seiner Familie und dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 veranstaltet, etablierte er eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft.

Rebekka Blum ist Soziologin, politische Bildnerin und Publizistin mit den Schwerpunkten (Geschichte des) Antifeminismus und (extreme) Rechte. Sie promoviert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu »Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990« und forscht neben-

her zu Antifeminismus in der Corona-Pandemie. Außerdem ist sie Mitglied im femPI-Netzwerk (feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte).

Gideon Botsch, Dr. phil., Politikwissenschaftler, ist außerordentlicher Professor an der Universität Potsdam und Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien.

Friedrich Burschel ist Historiker, Politologe und Publizist. Er arbeitet zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit an der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) zu Berlin. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zum Thema und hat als Journalist u.a. den NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München von 2013 bis 2018 für die RLS, NSU-Watch und Radio Lotte Weimar beobachtet.

Nuran David Calis wurde 1976 als Sohn armenisch-jüdischer Einwanderer aus der Türkei in Bielefeld geboren. Er arbeitete als Türsteher, studierte Regie an der Otto-Falckenberg-Schule in München und produzierte Musikclips für Hip-Hop-Bands. Er arbeitet als Regisseur, Theater- und Drehbuchautor. Zuletzt erregte seine Arbeit »Die Lücke – Ein Stück Keupstraße« am Schauspiel Köln großes Aufsehen, die er anlässlich des zehnten Jahrestages des Nagelbombenanschlages in der Kölner Keupstraße zusammen mit Anwohner*innen und Betroffenen entwickelte.

Eray Çaylı, PhD (UCL 2015), ist derzeit Leverhulme Early Career Fellow an der London School of Economics. Zu seinen Veröffentlichungen zählen neben »Victims of Commemoration: The Architecture and Violence of Confronting the Past in Turkey« (Syracuse University Press 2021) zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften und Sonderausgaben, die sich mit der visuellen und räumlichen Politik der Gewalt und Erinnerung beschäftigen.

Mehmet Gürcan Daimagüler, Dr. jur., 1968 in Siegen geboren, ist Rechtsanwalt und Buchautor. Regelmäßig schreibt er für Tageszeitungen und juristische Fachmedien. Er ist einer der bekanntesten Opferanwälte. Im NSU-Verfahren vertrat er die Geschwister von Abdurrahim Özüdoğru, der 2001 er-

mordet wurde, und die Tochter von İsmail Yaşar, den der NSU 2005 ermordete.

Esther Dischereit ist Lyrikerin, Essayistin, Erzählerin sowie Theater- und Hörstückautorin. Mit »Übungen jüdisch zu sein« (1998) und »Joëmis Tisch« (1988) gehört Dischereit zu den literarischen Stimmen der zweiten Generation nach der Shoah. Zuletzt erschienen ihre politischen Essays »Mama, darf ich das Deutschlandlied singen« (2020) und die Gedichte »Sometimes a Single Leaf« (2020).

Wolfgang Frindte, Prof. i.R. Dr., war bis 2017 Leiter der Abteilung Kommunikationspsychologie am Institut für Kommunikationswissenschaft der FSU Jena. Er hatte Forschungsaufenthalte an der Colorado State University, am Swarthmore College/Pennsylvania und an der University Haifa, 1999 bis 2004 war er Gastprofessor an der Universität Innsbruck. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Terrorismusforschung.

Ayşe Güleç ist Pädagogin, Autorin und aktivistische Forscherin an den Schnittstellen Anti-Rassismus, Kunst und Kunstvermittlung. Sie ist in verschiedenen anti-rassistischen Gruppen aktiv und Kuratorin der documenta fifteen, arbeitete für die 12., 13. wie auch für die documenta 14 in der Abteilung der künstlerischen Leitungen. 2018 bis 2019 leitete sie die Kunstvermittlung im Museum für Moderne Kunst in Frankfurt a.M. Von 1998 bis 2006 arbeitete sie im Kulturzentrum Schlachthof im Bereich kulturelle Bildung und lokale-europäische Vernetzungsarbeit.

Jin Haritaworn ist Associate Professor an der York Universität in Kanada. Jin ist Autor* der Bücher »Queer Lovers and Hateful Others und The Biopolitics of Mixing« und Mit-Herausgeber* von Sammelbänden wie »Queer Necropolitics, Queering Urban Justice und Marvellous Grounds«. Jin hat wegweisende Beiträge zu Debatten über Homonationalismus, Gay-Imperialismus, queer Space, neoliberale Städte, Polizeigewalt/Abolitionismus sowie Queer-of-Colour-Theorien geleistet.

Çagrı Kahveci, Dr. phil., ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber des Buches »Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft«. Er ist politisch engagiert bei Allmende e.V.

Heike Kleffner ist Journalistin und Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. Sie ist Mitherausgeberin der aktuellen Sammelbände »Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde« (Freiburg 2021) und »Extreme Sicherheit: Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz« (Freiburg 2020).

Volkhard Knigge, Prof. em. Dr., Friedrich -Schiller-Universität Jena, war von 1994 bis 2020 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Sein Wirken umfasst zahlreiche Ausstellungen, Arbeiten und Interventionen zur NS-Geschichte und zu deren Nachwirkungen, zur Geschichtskultur und Geschichtspolitik in Deutschland und Europa, zum historischen Begreifen und zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit.

Franz Knoppe betreibt seit 2013 Aufarbeitung zum NSU Komplex mit kulturellen Mitteln in Chemnitz und Zwickau. Mittlerweile arbeitet er für das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung als Referent für Grundsatzfragen Demokratie und ist dort für die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Sachsen zuständig.

Ferat Koçak ist gebürtiger Berliner, Neuköllner Aktivist und Lokalpolitiker der Linkspartei sowie als »Der Neuköllner« Politfluencer auf Social Media. Nach dem Abitur studierte er an der Freien Universität Berlin Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunktfächern in Betriebswirtschaftslehre und ist Diplom-Volkswirt. Nach einem Nachwuchsführungskräfteprogramm und langjähriger Arbeitserfahrung im Management des Versicherungsunternehmens Allianz arbeitete er viele Jahre an internationalen Hochschulen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit und war zuletzt Campagner im Bereich Rassismus und Rechtsextremismus.

Katharina König-Preuss, geb. 1978 in Erfurt, ist eine deutsche Politikerin (Die Linke) und seit 2009 Thüringer Landtagsabgeordnete. Sie gehörte den NSU-Untersuchungsausschüssen des Thüringer Landtags an und trug zur Aufklärung der Hintergründe der rechtsterroristischen Mordserie des NSU bei.

Franziska Kreuzpaintner hat Kunstgeschichte im europäischen Kontext, Interdisziplinäre Antisemitismusforschung und Germanistische Literaturwissenschaft studiert. Sie arbeitet als freie Lektorin und Autorin in Berlin.

Verena Krieger ist Professorin für Kunstgeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Collage/Montage, Denkmal und Erinnerungskultur, europäische Avantgarden, Spielarten ästhetischer Ambiguität sowie das gesellschaftspolitische Engagement zeitgenössischer Kunst. Sie kuratierte 2013 die Ausstellung »BRANDSCHUTZ//Mentalitäten der Intoleranz« und 2018 den künstlerischen Wettbewerb für das dezentrale Denkmal für Eduard Rosenthal in Jena, Weimar und Erfurt.

Gamze Kubaşık ist die Tochter von Mehmet Kubaşık. Sie fordert/kämpft seit Jahren für eine Aufklärung des NSU-Komplexes. Zusammen mit dem Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund erinnert und gedenkt sie ihrem Vater Mehmet Kubaşık, der am 4. April 2006 vom rechtsterroristischen NSU ermordet wurde. Zusammen mit dem Bündnis und dem Verein Train of Hope spricht sie bei Veranstaltungen über den NSU-Komplex.

Elif Kubaşık ist die Witwe von Mehmet Kubaşık. Sie fordert/kämpft seit Jahren für eine Aufklärung des NSU-Komplexes. Zusammen mit dem Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund erinnert und gedenkt sie ihrem Ehemann Mehmet Kubaşık, der am 4. April 2006 vom rechtsterroristischen NSU ermordet wurde.

Dietrich Kuhlbrodt, geboren 1932, ist promovierter Jurist, Autor und Schauspieler. In den 1960er-Jahren als Staatsanwalt bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, arbeitete Kuhlbrodt anschließend bis 1995 in Hamburg als Staatsanwalt, später Oberstaatsanwalt, mit dem Spezialgebiet der Verfolgung von Naziverbrechen. Seit 1997 wirkt er bei zahlreichen Theaterproduktionen mit – u.a. von Christoph Schlingensief, Wilfried Minks oder Angela Richter.

Jasmina Kuhnke geb. 1982, als Tochter einer Serbo-Kroatin und eines Senegalesen, ist Autorin für Fernsehen (Comedy), Print- und Digitalmedien. Öffentlich bekannt ist sie vor allem durch Twitter. Dort schreibt sie als »Quatromilf« täglich über Rassismus, Antifaschismus und Feminismus. 2021 wurde die Carolin Kebekus Show, an der Jasmina Kuhnke mitwirkte, mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Kuhnke lebt mit ihrem Ehemann, der ebenfalls TV-Autor ist, und den vier Kindern in Köln.

Simon Meienreis wurde 1986 in Bochum geboren und studierte Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Soziologie in Essen, Hamburg und Jena. Er arbeitet als Regisseur, Kurator und Dramaturg. In dieser Funktion war er fest am Theaterhaus Jena, am Hessischen Landestheater Marburg, am Schauspielhaus Bochum sowie zuletzt am Schauspiel Essen engagiert.

Torsten Meireis, Dr. theol., ist Professor für Systematische Theologie mit dem Schwerpunkt Ethik und Hermeneutik und Direktor des Berlin Institute for Public Theology an der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte sind Fragen der Nachhaltigkeitsethik, Wirtschaftsethik sowie Ethik des Politischen. Er ist in Wiesbaden aufgewachsen, politisch sozialisiert in der evangelischen Gemeinde, studierte Theologie, Philosophie und Soziologie in Frankfurt, München, Heidelberg, übernahm ein Gemeinde-, Industrie- und Schulpfarramt in Frankfurt a.M. und Darmstadt sowie akademische Lehrtätigkeiten in Münster, Darmstadt und Bern.

Onur Suzan Nobrega, PhD, promovierte am Goldsmiths, University of London in Media and Cultural Studies. Sie arbeitet seit 2016 im Institut für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu den Schwerpunkten Kultur und Migration sowie Frauen- und Geschlechterforschung. Seit 2008 ist sie international in der Lehre und Forschung tätig und arbeitet transdisziplinär in der Soziologie und den Medien-, Film- und Kulturwissenschaften zu den Themen Rassismus, Kolonialismus und Intersektionalität.

Stawrula Panagiotaki arbeitet als Dramaturgin am Schauspiel Köln und in freien Kontexten. Sie setzt sich aktiv für rassismuskritisches Denken und Handeln auf und hinter der Bühne ein.

Mitat Özdemir, geb. 1948 in der türkischen Provinz Çorum, kam in den 1960er-Jahren nach Köln. Der studierte Maschinenbauer arbeitete zunächst in der Montage, später als Ingenieur. Zwischen 2004 und 2011 war er Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) Keupstraße, die sich nach dem Bombenanschlag des NSU am 9. Juni 2004 in Köln gründete. Weiterhin ist er Mitgründer der im Jahr 2013 in Leben gerufenen Initiative Keupstraße ist überall in Köln.

Matthias Quent, Prof. Dr. phil., ist Soziologe an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in

Jena sowie Mitglied im Rat des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Rechtsextremismus und -terrorismus. Sein Sachbuch »Deutschland rechts außen« war Spiegel-Bestseller und wurde mit dem Preis »Das politische Buch 2020« ausgezeichnet.

Gözde Saçık hat in Oxford und Frankfurt Politikwissenschaften, Philosophie, Friedens- und Konfliktforschung studiert und schreibt zum NSU-Komplex und Kontinuitäten rechter Gewalt in Deutschland. Gözde Saçık hat bei den NSU-Tribunalen in Köln und Mannheim übersetzt sowie die Möllner Rede im Exil 2019 mitorganisiert und moderiert. Gözde Saçık arbeitete für die Stadt Hanau zum Umgang mit dem rassistischen Anschlag am 19.02.2020 und ist inzwischen freiberuflich für die Bildungsinitiative Ferhat Unvar tätig.

Azadeh Sharifi, Dr. phil., ist Theaterwissenschaftlerin und im Sommersemester 2021 Gastprofessorin an der UDK Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind (post)koloniale und (post)migrantische Theatergeschichte, zeitgenössische Performance Kunst sowie intersektionale und dekoloniale Praktiken im Theater. Sie ist Board Member (Development Officer) der Performance Studies international (PSi) und Mitherausgeberin des Online Journals Interventions – Contemporary Drama Review (CRT).

Marc Sinan ist Komponist und Gitarrist. In seiner Arbeit erprobt er neue Wege der Kollaboration zwischen Künstler:innen im transkulturellen und transmedialen Kontext. Dabei arbeitet er meist in Personalunion als Komponist, künstlerischer Leiter, Gitarrist und Produzent mit seinem eigenen Ensemble, der Marc Sinan Company, sowie wechselnden internationalen Gästen und institutionellen Partnern. Aufnahmen seiner Werke werden bei ECM Records veröffentlicht. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Anja Thiele, Dr. phil., ist Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Darüber hinaus leitet sie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen.

Vanessa E. Thompson ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Vergleichenden Kultur- und Sozialanthropologie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Black Studies, kritische

Rassismus- und Migrationsforschung, post- und dekolonial feministische Theorien und Abolitionismus. Seit Jahren engagiert sie sich in diesen Bereichen auch aktivistisch u.a. bei Copwatch Frankfurt, der Internationalen Unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Wahrheit über den Tod des Oury Jalloh, sowie in transnationalen abolitionistischen Bewegungen.

Roxanna-Lorraine Witt arbeitete bis 2020 als Leiterin des Referats für Bildung im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Roxanna-Lorraine Witt ist als Beraterin für Radikalisierungsprävention sowie im Anti-Rassismus-Training und Leadership tätig u.a. für OSCE, DFF und EDRI. Sie ist Gründerin der Plattformen RSWO, der Romblog Academy und Vorsitzende von save space e.V. Im Rahmen ihrer Forschung untersucht sie Radikalisierungsprozesse in digitalen Räumen.

Jonas Zipf, geb. 1982, arbeitet seit 2016 als *Werkleiter* von JenaKultur. In seiner Funktion ist der studierte Musik- und Sprechtheaterregisseur der Kulturverantwortliche der Stadt Jena und initiiert Kulturprojekte und stadtgesellschaftliche Prozesse wie »72 Stunden Urban Action Lobeda« oder »Kein Schlussstrich!«, in dessen Trägerverein Licht ins Dunkel e.V. er gemeinsam mit Amelie Deuffhard den Vorstand bildet. Vor diesem Engagement war er als Dramaturg und Schauspieldirektor u.a. am Thalia Theater Hamburg, dem Theaterhaus Jena und dem Staatstheater Darmstadt tätig.